

Zur historischen Dimension der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik

Vorbemerkung

Die Auswahl der hier besprochenen Einzelstudien und Sammelbände ist subjektiv, also durch die Interessen des Rezensenten bedingt. Es wurde dabei darauf geachtet, daß es sich um Studien aus der ersten Phase dieser für die Bundesrepublik neuen Forschungsrichtung handelt, in der es vor allem um deren eigene Selbstfindung ging. Diese Anfangsphase kann seit etwa 1972/73 als relativ abgeschlossen gelten. Die Maßstäbe der Bewertung sind eingengt durch die in der Überschrift des Berichts sich ausdrückende Absicht. Was heißt in diesem Zusammenhang *historische Dimension*? Entsprechend der ursprünglichen Bedeutung des Wortes *historia* ist damit in erster Linie die aus der (eigenen) *Erfahrung* gewonnene *Erkenntnis* gemeint, die, wie auch in anderen Wissenschaften, mehr oder minder eng mit der Lebenspraxis derer verbunden ist, die sich mit Friedens- und Konfliktforschung beschäftigen. Dabei ist nicht nur der Frage nachzugehen, inwieweit der Transfer der Ergebnisse historischer Forschung zu anderen Wissenschaften zu wünschen übrig läßt; damit hängt auch die Frage zusammen, ob und inwieweit die Friedens- und Konfliktforschung durch die von ihr verarbeiteten Erfahrungen konkreter Forschung (vgl. D. Senghaas, *Kritische Friedensforschung*, S. 315) zu Einsichten gelangt, die die Geschichtswissenschaft dazu zwingen, den ihr zugrundeliegenden (synchronischen wie diachronischen) Erfahrungsbegriff wie auch die mit diesem verknüpften Fragestellungen und Erklärungsansätze zu überprüfen¹.

Leider war es aus Platzgründen nicht möglich, in einer abschließenden Zusammenfassung die Einzelkritik systematisch aufzunehmen und ausführlicher darzulegen, welche der in der Friedens- und Konfliktforschung benutzten Grundbegriffe (z. B. Herrschaft, Macht, Interesse, Gewalt, Konflikt, Emanzipation, »positiver« und »negativer« Friede) und Annahmen historisch zu kurzatmig benutzt werden oder auf unilinearen Kausalitätsmodellen beruhen. Vielleicht kann dies in einem späteren Bericht nachgeholt werden. Die folgende Gliederung der einzelnen Abschnitte der Sammelrezension verfolgt lediglich den praktischen Zweck der größeren Übersichtlichkeit, enthält also keine Hierarchie der Wertigkeit der einzelnen Themen.

Am Anfang stehen Abschnitte über konzeptionelle Ansätze in der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik, wobei ausländische Beiträge, die die hiesige Forschung stark beeinflussen, einbezogen werden (besonders in den Sammelbänden). Danach geht es um Arbeiten zur quantitativen Kriegsursachenforschung, zur Kriegsverhütung und zum Problem der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit, zur Rüstungskontrolle, zu Militärhilfe und Waffenhandel. Sodann werden einige Beiträge zur neueren

¹ Zu diesem Problem vgl. Wolfram Wette, *Friedensforschung, Militärgeschichtsforschung, Geschichtswissenschaft. Aspekte einer Kooperation*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zu »Das Parlament«) 7/74, S. 3–31, bes. S. 19 ff.

Imperialismusforschung und zur Disziplin Internationale Beziehungen vorgestellt, Problembereiche, die zur Friedens- und Konfliktforschung gehören wie »die Henne zum Ei« (vice versa). Ihnen folgen einige Arbeiten von Historikern zu Fragen von Krieg und Frieden (Historische Friedensforschung)² sowie schließlich diverse Einzelstudien und Sammelbände.

1. Konzeptionelle Ansätze in der Friedensforschung

Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Studie zur Kritik organisierter Friedlosigkeit (= Kritische Studien zur Politikwissenschaft), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969, 320 S., Pb., 18 DM.

Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg (= Sozialwissenschaft in Theorie und Praxis, Bd. 4), 2. unv. Aufl., Rombach Verlag, Freiburg 1969, 408 S., Ln., 32 DM.

Johan Galtung, Modelle zum Frieden. Methoden und Ziele der Friedensforschung, Jugenddienst Verlag, Wuppertal 1972, 101 S., Folieneinbd., 4,80 DM.

Dieter Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung (= edition suhrkamp 478), Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1971, 2. Aufl. 1972, 444 S., kart., 10 DM.

Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, hrsg. i. A. des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V., Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf:

Bd. I: Karl Kaiser (Hrsg.), Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik, 1971, 313 S., Folieneinbd., 26 DM.

Bd. II: Theodor Ebert/Dieter Senghaas/Gerda Zellentin (Hrsg.), Friedensforschung und politische Praxis, 1972, 220 S., Folieneinbd., 26 DM.

Bd. III: Ulrich Albrecht/Lothar Brock/Egbert Jahn/Christiane Rajewsky (Hrsg.), Perspektiven der Kooperation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern, 1973, 196 S., Folieneinbd., 21 DM.

Paul Noack, Friedensforschung – ein Signal der Hoffnung? (= Bonn-aktuell), Eurobuch-Verlag, Freudenstadt 1971, 152 S., Folieneinbd., 10,80 DM.

Senghaas versucht in seiner Studie »Abschreckung und Frieden« in umfassender Weise die Abschreckungsdoktrin kritisch zu durchleuchten. Er beginnt mit zwei historischen Beiträgen zum Verhältnis von Politik und Krieg bei Clausewitz und Ludendorff. Im Beitrag über Clausewitz stellt Senghaas Ziele und Formen der Kriegführung vor 1789 verkürzt dar. Nicht in erster Linie die Schutzbedürftigkeit der Produktivkräfte hat zur »Hegung« des Krieges im 18. Jahrhundert beigetragen, sondern die Erfahrung der mit größter Erbitterung geführten Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts hat hier prägend gewirkt. Diese Bürgerkriege trugen entscheidend zur Monopolisierung der Gewaltmittel im Inneren der Staaten bei, ein Prozeß, dem die Entwicklung der staatlichen Souveränität nach außen korrelierte. Ebenso wenig leuchtet seine Feststellung ein, daß die von Ludendorff formulierte »faschistische« Doktrin des totalen Krieges ihrer Vorgängerin, der »liberalen« Theorie von Clausewitz, gleiche, die lediglich ihre Hemmungen verloren habe. Hier werden die völlig verschiedenen Erfahrungshorizonte beider Doktrinen außer acht gelassen: Clausewitz fürchtete die Beteiligung der Massen am Kriege, während Ludendorff 1917/18 die progressive Abnahme des Massenenthusiasmus

² Zur ersten Einführung vgl. Wolfgang Huber, Friedensforschung und Geschichte, in: Internationale Dialogzeitschrift 4, 1971, S. 291–301, sowie Kurt Jürgensen, Der Beitrag der Geschichtswissenschaft zur Friedensforschung, in: Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit, hrsg. von Eberhard Jäckel und Ernst Weymar (Festschrift für Karl Dietrich Erdmann), Stuttgart 1975, S. 238–252.

fürchten gelernt hatte («Nur dann verdient das Volk einen Feldherrn, wenn es sich in seinen Dienst, d. h. in den Dienst des Führers des totalen Krieges stellt»). Vom Engagement her verständlich, methodisch aber problematisch, geht Senghaas vor, wenn er in seiner Kritik der Abschreckungsdoktrinen – also von den extremen Positionen der Eskalationsstrategie Hermann Kahns und von den Theoretikern des *protracted conflict*, Possony und Strausz-Hupé, her – die logische Struktur des gesamten Abschreckungsdenkens und -handelns aufdecken will. Dies führt zu Widersprüchen. So spricht er von dem Zirkel, der dem Prinzip Abschreckung von Anfang an eigentümlich gewesen sei: »Dem Gegner lückenlos die Chance der Falsifikation der an ihn gehefteten Erwartungen aggressiven Verhaltens zu verbauen« (S. 76). Andererseits räumt er ein, daß die militärische Beziehung zwischen potentiellen Feinden nicht dem Modell eines absoluten Gegensatzes entspricht, sondern durch eine »eigenartige Mischung von Konflikt und Kooperation geprägt wird« (S. 97). In dieser Erkenntnis hat die Arms-Control-Schule ihren Ausgangspunkt. Insoweit ist fraglich, ob die Abschreckung über ihren instrumentellen Charakter hinaus als »umfassende Psychostrategie« (S. 129) gekennzeichnet werden kann. Ähnlich problematisch ist das »vorsichtige Ja«, mit dem Senghaas die Frage beantwortet, ob das sozialökonomische System des Westens von der Entwicklungsstufe des amerikanischen zu seiner Reproduktion eines äußeren Feindes bedarf (S. 158). Zweifellos gibt es mächtige Gruppen, die ohne solche Feindbilder nicht überleben zu können meinen. Aber es gibt auch einflußreiche Gegenströmungen, was wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß es keine allgemein verbindliche Basisideologie in den westlichen Ländern gibt, die wie in dem vom Marxismus-Leninismus geleiteten Herrschaftssystem offiziell den Kampfcharakter des politisch-sozialen Prozesses betont und hinter der sich ein Konfliktbegriff verbirgt, der dem des Nullsummenspiels sehr nahe kommt. Damit soll die Fruchtbarkeit der Autismus-These von Senghaas keineswegs grundsätzlich in Frage gestellt, sondern lediglich dazu aufgefordert werden, ihre jeweiligen Ursachen und ihre Reichweite genauer zu bestimmen. Ebenso wenig zu bestreiten sind die aus dem »autistischen Milieu« immer wieder von Neuem entstehenden Tendenzen zum *overselling*, *overcommitment* und zur *worst-case*-Analyse, die insgesamt die kollektive Intelligenz von Abschreckungsgesellschaften schwächt (S. 188 f.). Diese Erkenntnis ist um so fataler, als die Menschheit in ihrer politischen Organisation um ein »vielfaches komplexer« geworden ist und die Ansprüche an die kollektive Intelligenz der weit über hundert Nationen rapide gewachsen sind (S. 266). Die Forderung von Senghaas, der einzig mögliche Realismus in Friedensbemühungen sei die »Demontage des Abschreckungssystems« (S. 294), läßt, so berechtigt sie ist, die Frage offen, *was wie* und in *welchem* Zeithorizont danach kommt.

Stellt der gewaltfreie Aufstand nicht nur eine »Alternative zum Bürgerkrieg«, sondern auch – langfristig gesehen – ein *funktionales Äquivalent* zur Abschreckung in internationalen Systemen dar? *Theodor Ebert* versucht in seiner bekannten Studie Teilantworten auf diese Fragen zu geben. Bei der Analyse des Modells einer gewaltfreien Aktion orientiert er sich an Karl Deutschs Theorie des sozialen Lernens: Mißtrauen und Kommunikationsprobleme, die sich aus Gewaltakten ergeben, »lassen den aktuellen oder potentiellen Täter und die mit ihm Sympathisierenden vom normalen zum pathologischen sozialen Lernen tendieren« (S. 34). Nach Ebert sind »gewaltlose« von »gewaltfreien« Aktionen dadurch unterschieden, daß die ersteren gewaltsame Aktionen in späteren Eskalationsstufen nicht ausdrücklich ausschließen. Hingegen erhalten Kampagnen und Aufstände die zusätzliche Qualität »gewaltfrei« dadurch, daß die Teilnehmer solcher Bewegungen von vornherein die Gewaltfreiheit als die *ultima ratio* festlegen und dem Gegner bekanntmachen. Diese Mitteilung wie auch die Trennung von Rolle und Person des Gegners stellen wesentliche Grundzüge der Strategie der gewaltfreien Aktion dar. Dabei wird von der Definition des Konflikts durch K. E. Boulding ausgegangen, wonach

der Gegner nicht nur *ein anderer* sei, der niedergeworfen oder aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden könne, sondern daß er als Teil desselben sozialen Systems wie der Widerstandskämpfer oder der Aufständische zu betrachten sei (S. 55). Der Gegner wird gewissermaßen als »Gefangener« seines eigenen Herrschaftssystems angesehen. Für Historiker besonders interessant sind die Einsichten über die zentralen Motivationen, auf die die Aufständischen durch ihre gewaltfreien Aktionen einwirken wollen (Friede und Wohlfahrt, Selbstverwirklichung, Macht und Prestige). Zur Umorientierung dieser und anderer Motivationen der bisher Herrschenden sollen auf verschiedene Weise funktionale Äquivalente geschaffen werden. In allen gewaltfreien Aktionen steht das Organisationsproblem im Mittelpunkt, dies um so mehr, da die Beteiligung an solchen Aktionen grundsätzlich freiwillig ist, weil es den Zielen der Gewaltfreiheit widerspräche, über die Selbstverpflichtung der Beteiligten hinaus auf Unbeteiligte oder unfreiwillig Beteiligte Risiken abzuwälzen, die jeder nur für sich übernehmen kann. Eberts eigenes Engagement in gewaltfreien Aktionen trübt ihm in der Regel nicht den Blick für die Reichweite, die begrenzten Erfolge und die Fehler, die in den bisherigen Aktionen begangen wurden. Dennoch weist die Studie erhebliche Mängel auf. So wird etwa bei der Behandlung des politischen Streiks kaum unterschieden, ob es sich dabei jeweils um Abwehrstreiks handelt, bei denen bestehende Rechte verteidigt werden, oder um Angriffsstreiks, in denen politische Ziele (z. B. das allgemeine Wahlrecht) durchgesetzt werden sollen. Wichtiger noch ist die Tatsache, daß sich Ebert mit den Möglichkeiten gewaltfreier Aktionen in Regimen, die in politischer, sozialer, ökonomischer und kommunikativer Hinsicht über ein Monopol des Mitteleinsatzes wie der Zwecksetzung verfügen, nicht systematisch auseinandersetzt. Die von ihm herangezogenen Erfahrungen (der indische Unabhängigkeitskampf, die Kampagnen der englischen Atomwaffengegner und der amerikanische Rassenintegrationskampf sowie die südafrikanische Anti-Apartheid-Bewegung) stellen Beispiele von Konflikten in Ländern dar, in denen es eine teilweise fungierende Öffentlichkeit gibt oder zumindest die Möglichkeit besteht, die Öffentlichkeit außerhalb genauer zu informieren, in denen dazu die Möglichkeit besteht, sich zu organisieren, und in denen das Recht auf *dissent* seit Jahrhunderten anerkannt ist (die beiden letztgenannten Elemente gelten allerdings kaum für Südafrika). Durch diese Kritik wird der Wert dieser Arbeit, die zum erstenmal in deutscher Sprache die Probleme gewaltfreier Aktionen in umfassender Weise zu analysieren versucht, nicht gemindert. Historiker sollten sich durch diese Studie Eberts wie durch die Arbeiten anderer Theoretiker der gewaltfreien Aktion dazu provozieren lassen, ihrerseits die geschichtliche Wirklichkeit nach den Möglichkeiten gewaltfreier Aktionen zu befragen, und dabei auch die komplexen Verflechtungen solcher Aktionen mit stärker institutionalisierten Konfliktformen (Parlamente, Arbeitskämpfe, Massenmedien) in den Blick nehmen.

Galtung's kleine Schrift »Modelle zum Frieden« ist schon deshalb interessant, weil sie der Ausdruck des Versuchs ist, auf dem Wege einer Vortragsreihe der dänischen Funkuniversität (1966) die Ergebnisse der Friedensforschung einer größeren Öffentlichkeit bekanntzumachen. In der Einleitung werden auch einige Daten aus Galtung's Biographie mitgeteilt. Charakteristisch für Galtung war von Anfang an die Unterteilung in *negativen* und *positiven* Frieden: Frieden, so hieß es schon 1959, dürfe nicht nur die Abwesenheit von Krieg bedeuten, und auch nicht nur ein gewisses Maß an demokratischen Werten und einen hohen Lebensstandard. Neben der Frage, wie Krieg vermieden wird, steht also die positive Fragestellung, wie Frieden zur Schaffung einer Welt beitragen kann, in der sich die Menschen verwirklichen können. Grundlegend ist auch, daß nach Galtung's Meinung der Friedensforscher kein Vaterland hat, »sein Ziel ist das Welt-system für sich« (S. 33). Galtung erörtert dann Ziele und Mittel der Friedensforschung, Modelle zur Verteilung militärischer und nichtmilitärischer Macht, subnationale Frie-

densmodelle, die Organisation der internationalen Gesellschaft, supranationale Friedensmodelle sowie Zukunft und Rolle der Friedensforschung. Hinsichtlich der Fragen, die sich innerhalb des subnationalen Friedensmodells stellen, weist Galtung darauf hin, daß die Parteien des Zentrums *gradualistischer* eingestellt sind und die der Peripherie *absolutistischer*. Das Zentrum will, sofern es Änderungen wünscht, kleine Änderungen, während die Peripherie entweder völlige Stabilität oder große Veränderungen will (S. 47). Galtung betrachtet die Gesellschaften einzelner Länder und die dort bestehenden Beziehungen zwischen den Menschen, aus denen er Hypothesen über die Beziehungen zwischen Nationen zu entwickeln sucht. Er geht dabei von Deutschs Einteilung der Umwelt des Menschen in eine Anzahl von Ebenen (Familie, Clan, Dorf, Stamm, Provinz, Stadt, Nation, Kontinent und schließlich die Weltgesellschaft) aus. Die Frage, mit welcher Ebene sich der einzelne Mensch am meisten identifiziere, beantwortet Galtung: mit der Ebene, von der er am meisten oder zumindest viel erhält an materieller Bedürfnisbefriedigung, an Liebe, an Sicherheit und Geborgenheit, an vielerlei Werten (S. 80). Anregend ist Galtungs Gedanke — und hier orientiert er sich an G. Myrdal —, die Vereinten Nationen sollten eine »Wohlfahrtswelt« aufbauen, in der über die Unterorganisationen Leistungen angeboten würden, die Loyalitätsfonds für die Weltgesellschaft schaffen würden. Die einzelnen Nationen leisteten bisher dreißigmal mehr als die Weltgesellschaft (S. 82–84). In diesem Beitrag von 1966 zeigt sich Galtung eher skeptisch gegenüber der Möglichkeit, zu sagen, welchen der vielen Wege zum Frieden man nehmen solle. Für die Friedensforschung sei eher charakteristisch, daß sie versuche, Erfahrungsmaterial zu sammeln, um den Wert jedes Vorschlags zur Förderung des Friedens zu erhellen. Von Interesse für die Geschichte der Friedensforschung ist auch, daß Galtung hier das Eingeständnis macht, daß, im Unterschied zu den schon älteren Instituten für Außenpolitik, die Friedensforschung sich verhältnismäßig selten mit aktuellen Konfliktherden beschäftigt, nicht aus Desinteresse, sondern aus einem Gefühl der Unzulänglichkeit heraus, weil die Aussagen, die man auf wissenschaftlicher Basis »über etwas so kompliziertes wie den Vietnam-Konflikt« machen könne, über das hinaus, was ein guter politischer Journalist sagen könne, verhältnismäßig bescheiden seien (S. 94). Es ist kein Zweifel, daß Galtung diesen Standpunkt inzwischen längst revidiert hat. Dies zeigt sich in dem von *Senghaas* herausgegebenen Sammelband über »*Kritische Friedensforschung*«, in den drei spätere Beiträge von Galtung aufgenommen worden sind. Neben Vertretern der skandinavischen kritischen Friedensforschung (*Herman Schmid* und *Lars Dencik*), deren Thesen sehr zur Revision der Auffassungen Galtungs beigetragen haben, sind hier auch Arbeiten von *Deutsch*, *Senghaas*, *Singer*, *Vilmar* und *Rapoport* enthalten. *Senghaas* nennt vor allem die »konkreten politischen Erfahrungen der späten 60er Jahre« als Ursache für den Wandel der Themen und Fragestellungen wie auch der Erklärungsansätze in der Friedensforschung. *Senghaas* versucht einen objektiven Interessenbegriff in dreifacher Hinsicht zu differenzieren: Zunächst geht er von einer gruppensoziologischen Fundierung »subjektiven Interessiertseins« aus, wobei die Bezeichnung »subjektiv« dann als problematisch erkannt werden müsse, wenn es sich bei diesen partikularen Gruppen nicht um periphere, sondern um herrschende handle. Aus der Sicht der *topdogs* sei dieser Interessenbegriff konservativ angelegt. Während es beim ersten Interessenbegriff entweder um die Addition subjektiver Interessen oder um den Ausdruck der Interessenlage einer bestimmten Gruppe in einem Verband von Gruppen geht, wäre dieser zweite Begriff von objektiven Interessen in einem viel fundamentaleren Sinn zu begreifen, weil es hier um die Bewahrung bzw. Änderung ganzer Gesellschaftsordnungen gehe. Während von den *topdogs* aus der Versuch gemacht werde, Reproduktionschancen zu garantieren und eventuell zu erweitern, würden in diesem Typ von objektiven Interessen die *underdogs* versuchen, potentiell erreichbare, aber durch ungleiche Verfügungsmöglichkeiten über den gesell-

schaftlichen Reproduktionsapparat verstellte Lebenschancen zu verwirklichen. Da angesichts der wachsenden Komplexität von Gesellschaftsordnungen mit höherer Entwicklung die Folgen gesellschaftlichen Handelns nicht derart kalkuliert werden könnten, wie es zweckrationales Handeln voraussetze, bedürfe es eines dritten Ansatzes: »nämlich der Bestimmung der empirischen Wahrscheinlichkeit, intendierte objektive Interessen durch subjektives Handeln auch tatsächlich zu erreichen« (S. 14–16). Während das Begriffspaar *topdog-underdog* auf ein in der Friedensforschung inzwischen gängiges, aber die Wirklichkeit zu sehr vereinfachendes dichotomisches Modell hinweist, leuchtet gerade dieser letzte Hinweis ein, weil dadurch der mit den Interessen und ihren objektiven Realisationschancen verbundene Konfliktbegriff mehrdimensionaler angelegt ist und auf triadische Beziehungen hinweist.

H. Schmid geht in seiner Analyse des Zusammenhangs von Friedensforschung und Politik davon aus, daß Konflikt auf inkompatiblen Interessen beruhe, die in die Struktur des Systems eingebaut seien, in welchem der Konflikt situiert sei. Ein Klassenkonflikt z. B. sei nicht deshalb ein Konflikt, weil die Klassen inkompatible Ziele hätten, einander bekämpften und haßten. Vielmehr sei er ein Konflikt, weil die Gesellschaftsstruktur dergestalt sei, daß die eine Klasse verliere, was die andere gewinne (S. 44). Dies ist allerdings nur bei einem fundamentalen Konflikt richtig, wo totale Ungleichheit in den Mitteln und in den Zielsetzungen herrscht. Angesichts dieser Auffassung erstaunt es nicht, daß Schmid es nicht für sehr sinnvoll hält, das Etikett »Friedensforschung« überhaupt noch beizubehalten.

Galtung geht in seinem Beitrag über Gewalt, Frieden und Friedensforschung auf derlei Einwände ein und versucht eine Definition des Gewaltbegriffs: »Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflußt werden, daß ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist, als ihre potentielle Verwirklichung« (S. 57). Galtung unterscheidet dabei zwischen physischer und psychischer Gewalt, wobei die erstere noch einmal zu unterteilen ist in die Zufügung physischen Schmerzes (ihre extremste Form ist das Töten), in die »biologische Gewalt« (die die physischen Fähigkeiten vermindert, so daß sie geringer werden als die potentiellen) und die »physische Gewalt an sich«, die die Bewegungsfreiheit der Menschen beschränke. Diese Differenzierung des Gewaltbegriffs weist nur ungenügend auf die Zusammenhänge hin. Wo physische Gewalt angewandt wird, wird meist auch psychische Gewalt geübt, da die erstere ein Mittel ist, das sich (außer in Krieg und Bürgerkrieg) schnell abnutzt; wo vorrangig Methoden der psychischen Gewalt angewandt werden, steht physische Gewalt meist als Drohung im Hintergrund. In seiner Typologie der Gewalt betont Galtung, daß es keinen Grund zur Annahme gebe, daß strukturelle Gewalt weniger Leiden bringe als personale Gewalt. Die manifeste strukturelle Gewalt in den Ländern der mittel- und lateinamerikanischen Hemisphäre (und nicht nur dort) fordere bereits jährliche Opfer in der Größenordnung von Nuklearkriegen (S. 86). Diese These weitet den Begriff der strukturellen Gewalt in einer Weise aus, die diesen Begriff unhandlich macht. Wie steht es z. B. mit religiösen Einstellungen, die wesentlich die rapide Bevölkerungsvermehrung mitverursachen, deren Abschaffung aber von der Bevölkerung als Verkümmern ihrer Selbstverwirklichung aufgefaßt würde? Zuzustimmen ist seiner Auffassung, daß die Friedensforschung sich mehr auf asymmetrische Konflikte konzentrieren müsse. In zwei weiteren Beiträgen beschäftigt sich Galtung mit dem Pluralismus und der Zukunft der menschlichen Gesellschaft sowie mit Theorien des Friedens. Dabei unterscheidet er vier Typen von Gesellschaft, die durch zwei Variablen bestimmt sind: die kollektiv-individualistische und die vertikal-horizontale. In der kollektivistischen Gesellschaft liege der Akzent auf dem, was den Menschen gemeinsam ist, in der individualistischen Gesellschaft werde das betont, was die Menschen voneinander unterscheide. In der vertikalen Gesellschaft liege der

Schwerpunkt auf Ungleichheit, in der horizontalen auf Gleichheit (S. 164 f.). Auf die Frage, woher die Ungleichheit komme, gibt Galtung als vorläufige Antwort: »Die Ungleichheit kommt von einer bestimmten Art und Weise der Organisation des Interaktionsprozesses« (S. 166). Dieser Befund klammert die einfache Erfahrung (die jedermann schon in Primärgruppen wie der Familie machen kann) aus, wonach die Natur die Menschen mit körperlichen und geistigen Gaben sehr unterschiedlich ausgestattet hat. Diese Einsicht darf nicht zur Resignation führen, sondern soll vielmehr das politische Handeln dazu motivieren, den Interaktionsprozeß so zu organisieren, daß gerade auch schwächere Begabungen sich entfalten können. Galtung greift auf die utopische Tradition zurück und gewinnt daraus 15 Kriterien, wie eine horizontale und individualistische, »postrevolutionäre« Gesellschaft beschaffen sein soll. Indirekt kommt Galtung auf das Problem ungleicher Begabung im Zusammenhang mit der Frage zu sprechen, inwieweit eine (nicht sonderlich reiche, aber auf Gleichheit ausgehende) »postrevolutionäre« Gesellschaft einer (neomodernen) »postindustriellen« Gesellschaft, die auf Wachstum ausgeht, überlegen sein würde (S. 216–18). Die Grundfrage ist – und hier müssen sich aus der Natur der Sache heraus viele Theorien und Annahmen in den Haaren liegen –, ob eine mehr auf Gleichheit orientierte Gesellschaft wesentlich statischer sein würde als eine mehr die Unterschiede betonende Wachstumsgesellschaft. Im ersteren Fall wäre die *Gleichheit* wohl kaum auf Dauer aufrechtzuerhalten, nicht einmal durch physischen oder psychischen Zwang, etwa durch von oben verordnete Leitbilder und Wertsysteme, weil solche Zwänge wieder sehr *ungleiche* Verfügungspositionen voraussetzen. Die Ausführungen von *Deutsch* und *Senghaas* enthalten einige beachtenswerte Hinweise zum Problem der wachsenden Fehleinschätzung bei dem angestrebten Erfolg von Kriegen im 20. Jahrhundert (S. 106 und 146). Von Interesse ist auch die Diskussion über den »Schumpeter-Effekt«, in der sehr ausführlich zwischen Schumpeters allgemeinen Thesen, denen zugestimmt wird, und seiner spezifischen Schlußfolgerung unterschieden wird, nach der das auf kognitiven Verzerrungen (»Atavismus«) beruhende kriegerische Verhalten in erster Linie auf Aristokratie- und Grundbesitzergesellschaften beschränkt sei, während kapitalistische Gesellschaftsordnungen sich eher an Rationalität und Frieden orientierten (S. 128). Auch wenn die These richtig ist, daß das Versagen von nationalen Regierungen in der Frage von Krieg und Frieden sich in der Vergangenheit in eher zunehmendem Maße erwiesen hat, bleibt doch die Frage, ob der aus der Psychoanalyse entwickelte Begriff der »Ich-Schwäche« von Staaten in diesem Zusammenhang weiterführt. In der Interaktion von individuellen Antrieben – insbesondere bei den in solchen Krisen entscheidenden Akteuren – und den kollektiven Antrieben (bei den »spontanen« wie bei den »manipulierten«) laufen Prozesse ab, deren Komplexität noch kaum empirisch erforscht ist. Von Bedeutung in diesem Band ist auch *Denciks* Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung. Er weist vor allem darauf hin, daß die Benutzung assoziativer Technik nicht eingesetzt werden soll in ungleichgewichtigen (asymmetrischen) Konflikten; das würde nur die Macht der *topdogs* vermehren, denn ihre starke Verhandlungsposition würde sie begünstigen. Es zeigt sich auch hier, daß das Begriffspaar symmetrisch und asymmetrisch nur zu Bestimmungen relationaler Größen geeignet ist, die jeweils auf den verschiedenen Ebenen sehr verschiedene Asymmetrien aufweisen, die sich zum Teil ausbalancieren. Die totale Asymmetrie stellt eher einen Grenzfall dar. Seine Strategie zur Lösung von Konflikten sagt nichts aus über die immer wieder drohende Überwältigung der Zwecke durch die Mittel gerade auch in revolutionären Krisen. Dencik strebt eine Friedensforschung mit dem Ziel der »Subversion und Revolution« an; aus ihr wird also »Revolutionsforschung« (S. 267). Schließlich entwickelt *Fritz Vilmar* einen »systematischen« Entwurf zur »Kritischen Friedensforschung«, der für Historiker schon deshalb von Interesse ist, weil sozialgeschichtliche, sozioökonomische sowie ideologie- und motivationsgeschichtliche Faktoren an erster

Stelle genannt werden. Von Bedeutung ist auch, daß Vilmar, entgegen der Vorstellung von der friedlichen Urgesellschaft (sei sie idealistisch oder materialistisch konzipiert), die Entfaltung des gesellschaftlichen Herrschafts- wie Militarisierungs- und Kriegsprozesses auf objektive Lebensbedingungen, den materiellen und intellektuell-technologischen Mangel und einen dissoziierten »geopolitischen« Menschheitszustand zurückführt. Fraglich bleibt dagegen, ob die »objektive Tendenz der kapitalistischen Gesellschaft« den kapitalistischen Nationalismus tatsächlich hervorgebracht hat. Am Schluß des Bandes ist eine Erklärung »Zum Stand kritischer Friedensforschung« abgedruckt, die auf einer wissenschaftlichen Tagung in Berlin im April 1971 angenommen wurde. Dabei wird noch einmal die unterschiedliche Ausgangssituation der beiden Orientierungen der kritischen Friedensforschung deutlich. Während die eine Konzeption von der Hypothese ausgeht, daß sich personale und strukturelle Gewalt überwinden läßt, indem durch gewaltfreie Aktionen Macht von unten entwickelt wird, lehnt die andere Konzeption eine instrumentell verstandene Gegengewalt nicht grundsätzlich ab (S. 417). Bei der letzteren Schule wird das Problem deutlich, daß eine Orientierung an den Interessen der *underdogs*, so gerechtfertigt sie ist, zu Verzerrungen in der Wahrnehmung kommen muß, weil der Gegner als der Feind, als der »ganz andere« gesehen werden muß, damit die Motivation zum gewaltsamen Konflikt nicht absackt.

Der erste Band des *Jahrbuchs für Friedens- und Konfliktforschung* enthält die Referate und Diskussionsbeiträge des ersten wissenschaftlichen Kolloquiums der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) im Mai 1970 in München. Dort referierten u. a. C. F. von Weizsäcker, K. W. Deutsch, S. Schnippenkoetter, D. Senghaas, J. Joffe, G. Wettig und Th. Ebert. Es war das erste Mal in der BRD, daß »traditionelle« und »Kritische« Friedensforscher in dieser umfassenden Weise die Grundlagen ihrer Konzeption öffentlich diskutierten. In Weizäckers Einführung zum Tagungsthema (*Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik*) drückt sich große Skepsis aus, die traditionelle Struktur der Machtpolitik ändern zu können. Es sei ein »fast wahnsinniges Unternehmen«, 6000 Jahre Menschheitsgeschichte ändern zu wollen. Karl Deutsch geht in seinem Referat von der These aus, daß sich Gesellschaften heute schneller verändern als der Lebenszyklus des Individuums. Dies beleuchtet nur eine Seite des Problems. Der schnellere Wandel betrifft vor allem die technischen Mittel von Kommunikation und Organisation, kaum aber kollektive Verhaltensstile und Mentalitäten, wie wir sie in Institutionen und mehr oder minder organisierten Gruppen finden. Hier kann es sein, daß die Wandlungsgeschwindigkeit der Individuen erheblich höher ist als die von Gruppen und Institutionen. Deutsch lehnt die direkte Interesseninterpretation des Rüstungswettlaufs ab und benutzt zur Erklärung eine Theorie der kognitiven Korruption (S. 45). Dies bringt ihm in der Diskussion den Vorwurf ein, daß sich die Heranziehung von kommunikationstheoretischen und sozialpsychologischen Kategorien als Fluchtweg erweisen könne, weil die Analyse von Lernpathologien letztlich nicht mehr an historisch-konkreten Formen der sozialen Organisation festgemacht werde (L. Brock, S. 56). Deutsch entgegnet mit dem Hinweis auf die Mutter Courage von Brecht, in der die Widersprüchlichkeit der Interessen symbolisiert werde: Ihre gewinnbringenden Operationen enden im Tod ihrer Kinder (S. 58). Die von Senghaas hier vorgenommene Analyse von Drohhpolitik versucht das Abschreckungssystem als »idealtypische Grenzkonstellation« (S. 95) und damit als Folie zu benutzen, vor deren Hintergrund weniger extreme Konstellationen und deren Mischungsverhältnisse von Konflikt und Kooperation sowie deren Beziehungsstrukturen aufgehellt werden sollen. Problematisch ist auch die These, daß ideologische Konflikte »nicht realistische« Konflikte (vgl. L. Coser) seien. Dahinter steckt ein wesentlich materiell bestimmter Interessenbegriff. Es gibt ebenso elementare Bedürfnisse nach Sinn, die in Ideologien wenigstens teilweise eine Befriedigung finden können. Im Unter-

schied zu Senghaas, der von einer Tendenz zur Lückenlosigkeit der Abschreckung ausgeht, weist *Joffe* auf Lücken im Abschreckungssystem sowie auf den Unterschied zwischen Abschreckung und Verteidigung hin. Er zitiert Untersuchungen in den USA über »images of nations«, die kaum intensive Feindbilder in der Bevölkerung aufgewiesen hätten. In seinen Schlußbemerkungen zu einer Welt »jenseits der Abschreckung« weist er auf das Problem hin, nicht nur die Realität, sondern auch die Potentialität des Krieges aus einer Welt zu entfernen, in der keine effektive supranationale Institution Sicherheit und Wandel gewährleiste. Ohne diesen Schritt werde Drohpolitik weiterhin eine überragende Rolle in der internationalen Politik spielen. Auf ähnliche Weise wendet *G. Wettig* ein, die Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen zeige, daß letztlich der Wille und die Fähigkeit zur Gewaltanwendung die jeweiligen Entscheidungen herbeigeführt hätten. Hier bestand die Gefahr, daß aneinander vorbeigeredet wurde, denn Wettigs Erklärung des Vietnam-Krieges, die auf eine reine Fehldeutungsthese hinausläuft, vermag nicht die spezifischen Ursachen auszumachen, die im politisch-sozialen System und in den dort wirkenden Verhaltens- und Perzeptionsmustern liegen. In der Diskussion weist Senghaas unter anderem darauf hin, daß im Unterschied zur Innenpolitik in den internationalen Beziehungen viele Leerräume bestünden. Dadurch gebe es nur wenige Möglichkeiten, durch reale Austauschbeziehungen eigenes Verhalten zu korrigieren, ohne die Identität zu verlieren (S. 209). *Theodor Ebert* geht in seiner Abhandlung über Verteidigung ohne Drohung vor allem auf die soziale Verteidigung, die aus der gewaltfreien Aktion heraus entwickelt wurde, ein. Im Unterschied zur Drohpolitik der nuklearen Abschreckung spricht Ebert von der Warnungswirkung der sozialen Verteidigung, die den Gegner nicht bedrohe. Dies ist ungenau. Denn »im Ernstfall« muß soziale Verteidigung so umfassend wie möglich darauf aus sein, auch das soziale und politische System des Besetzers zu verändern. Ebenso problematisch ist die These von der »wirtschaftlichen Unrentabilität« von Besatzungspolitik. Hier gibt es nicht nur einen weiten Fächer von mittel- und längerfristigen Kalkulationen, sondern auch die Wahrscheinlichkeit, daß Rentabilitätsgesichtspunkte anderen (machtpolitischen, ideologischen) Überlegungen nachgeordnet sind. Weiter unbeachtet blieben das Problem des Vorhandenseins mehrerer Besatzungsmächte sowie die Rolle »fünfter Kolonnen«. Ebenso ist es denkbar, daß ein Gegner zuerst mit einigen A-Waffen die Bevölkerung demoralisiert sowie das Kommunikationsnetz und die Organisationsstruktur so weit zerstört, daß die zerschlagene Struktur nicht den Gegner behindert, wohl aber die soziale Verteidigung entscheidend erschwert. Eberts erweitertes Konzept der sozialen Verteidigung aus diesen und anderen Gründen als »Schreibtischkonzept eines kastrierten Guerillakrieges« zu bezeichnen (U. Schmitz, S. 281), ist dennoch unangemessen. Dieser Vorwurf blieb weit unter dem Niveau der Diskussion, die nur begrenzte Lernerfolge bei den beiden »Schulen« der Friedensforschung mit sich brachte.

Im zweiten Band des Jahrbuchs (*»Friedensforschung und politische Praxis«* mit Beiträgen von *Senghaas, Narr, Horn, Kuhn, Delbrück, Vilmar, Rosenblatt, Ebert, Scheer, Jochheim, Benedict, Beckmann*) macht *Narr* zu Recht darauf aufmerksam, daß Theorie der Erfahrung nur »im begrenzten Maße vorlaufen« kann (S. 24). Dabei müßte man noch genauer sagen, daß nur solche Theorien politisch, d. h. handlungsorientiert, sind, in deren analytischen Horizont wie Strategieentwurf bisherige Praxis als geronnene Erfahrung eingegangen ist. *Klaus Horn* gibt in seinem Beitrag zur Sozialpsychologie von Kommunikation und Interaktion unter Konfliktbedingungen den wichtigen Hinweis, daß plötzliche Urbanisierung einer überwiegend analphabetischen Bevölkerung zum signifikanten Ansteigen der Akte kollektiver Gewaltsamkeit führt (S. 45). Vielleicht wäre es von Bedeutung, im Zusammenhang mit den Theorien über den Faschismus (auf die *Horn* hinweist) z. B. einmal die Reichweite der von *H. A. Turner* formulierten Thesen vom Faschismus als »utopischem Antimodernismus« zu prüfen. *Horn* vertritt auch die These,

daß organisierte Friedlosigkeit Symptome einer paranoiden Inversion aufweisen, in der die Kommunikation entdifferenziert werde, das Feindbild eine Eigendynamik erhalte und die unbekannt gewordenen Weltaspekte mit einer »willkürlichen Sinnbesetzung« verbunden würden (S. 50 f.). Von Interesse ist der Begriff »Kommutation« (das sich Miteinanderwandeln zweier Länder, Systeme), mit dem *Fritz Vilmar* den Begriff der Konvergenz ersetzen und friedenspolitische Lernprozesse zwischen Ost und West beschreiben will. Es wäre eine interessante Untersuchung, einmal historisch nachzuweisen, wie sich die gegenseitige Lernbereitschaft der beiden deutschen Staaten – ein Aktionsfeld, auf das uns Vilmar unmittelbar verwiesen sieht – verändert hat und wo positives Lernen negatives Lernen dominiert.

H. J. Benedict gibt in der Analyse der Radikalisierung der amerikanischen Friedensbewegung während des Vietnam-Krieges eine Reihe interessanter Hinweise, so z. B. den, daß die Kritik der Vietnam-Veteranen für viele Amerikaner ein aktiver Wendepunkt war. Sie hätten damit zur Verhinderung einer drohenden »Faschisierung der Innenpolitik« beigetragen und die Friedensbewegung für viele Menschen als vernünftige Alternative erscheinen lassen (S. 202). Hier wäre es von Interesse, einmal zu untersuchen, wie stark durch die beiden Weltkriege und die dort entstandene Millionenschar von Veteranen die vorhandenen Tendenzen zum *grass-root*-Militarismus entscheidend gefördert wurden und wie stark diese kollektive Einstellung beim Entstehen und bei der langen Duldung des Vietnam-Krieges mitgewirkt hat.

Im Band III des Jahrbuches geht es um »*Perspektiven der Kooperation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern*« (mit Beiträgen von u. a. *U. Albrecht, S. Doernberg, E. Jahn, E. Krippendorff, L. Mates, V. Rittberger, H. Rosenfeld, D. Senghaas*). In einem Beitrag über unterschiedliche Gesellschaftssysteme und Vorstellungen eines europäischen Sicherheitssystems versichern die DDR-Wissenschaftler *S. Doernberg* und *H. Roede* sehr eifertig, die Divergenz der beiden Systeme werde sich nicht nur fortsetzen, sondern vertiefen, da ihnen auseinanderstrebende und unvereinbare innere Gesetzmäßigkeiten zugrunde lägen. Diese »objektive Tendenz« könne und dürfe eine neue, höhere Qualität ihrer Zusammenarbeit nicht ausschließen (S. 16). Die Begründung für die etwas widerspruchsvollen Feststellungen wird gleich mitgeliefert: Neben der Divergenz als der einen Realität in Europa gebe es als zweite Realität das Nebeneinanderbestehen der beiden Systeme und ihr Interesse, einen nuklearen Krieg und Gefahren seiner Entfesselung auszuschalten.

E. Krippendorff stellt im folgenden Beitrag die Frage »Kollektive Sicherheit oder internationaler Klassenkampf?«. Die Fragestellung macht deutlich, daß er beide Begriffe als Gegenbegriffe versteht. Der Klassenkampf, der *per se* internationaler Klassenkampf sei, könne durch staatliche Kollaboration nicht überwunden werden. In vier Thesen versucht der Autor den Rahmen einer Diskussion des Gegensatzes von kollektiver Sicherheit und internationalem Klassenkampf abzustecken. Dieser Rahmen, der an einem wenig differenzierten Imperialismusbegriff orientiert ist, erfaßt aber nur ein relativ schmales Segment der Wirklichkeit. Fragwürdig ist auch Krippendorffs Behauptung, daß multinationale Unternehmungen den aktiven Staat in den Metropolen und die staatliche Zersplitterung an der Peripherie brauchten. Nach aller Erfahrung (vgl. etwa die Kooperation der »Multis« mit einigen osteuropäischen Ländern) sind die Spitzenmanager dieser Unternehmen daran interessiert, Kontrahenten zu haben, die das auch einhalten können, was sie zusagen. In seinem Referat über Rüstungsdynamik als restriktive Bedingung in Versuchen einer Überwindung des Ost-West-Konflikts weist *D. Senghaas* auf den administrativ-militärisch-industriell-wissenschaftlichen Komplex und die damit verbundene »konfigurative Kausalität« der Rüstungsdynamik hin (S. 48–55). Von Interesse ist weiter der Beitrag von *Volker Rittberger* zur Problematik der Truppenverminderungs-

verhandlungen in Wien (MBFR). Seine Erklärung zur Genesis des MBFR-Projekts ist allerdings unzureichend. Es waren nicht die osteuropäischen Länder, die seit Mitte der 60er Jahre erneut (d. h. im Unterschied zu den 50er Jahren) die Forderung nach Truppenreduzierung in die Diskussion brachten, sondern vor allem die SPD in der Bundesrepublik, die auf ihrem Dortmunder Parteitag (Anfang Juni 1966) ein solches Konzept formulierte. *L. Mates* (Belgrad) stellt fest (»Die soziopolitische Bedeutung einer internationalen Kooperation«), daß der ideologische Antagonismus nicht das Hauptmotiv für den Kalten Krieg gewesen sei. Die Probleme der praktischen Politik, vor allem die gegensätzlichen Auffassungen über die Neugestaltung der Verhältnisse in Deutschland, seien entscheidend gewesen (S. 120–22). Ebenso folgten die Beziehungen zwischen Washington, Moskau und Peking nicht der Ideologie, sondern dem Gesetz der Symmetrie innerhalb des Dreiecks (S. 125). *E. Jahn* erörtert die gesellschaftspolitische Relevanz internationaler Zusammenarbeit; er behauptet – orientiert u. a. an L. von Stein – die Inkompatibilität von internationalem Frieden und antagonistischen Gesellschaften (S. 130). Es fragt sich, ob seine Bezeichnung der sowjetischen Produktionsweise als »etatistisch«, die sich »fundamental« von der kapitalistischen Produktionsweise unterscheidet, weiterführt (S. 137). Ähnlich wie Krippendorff meint Jahn, »daß weder die Demokratie, noch der Sozialismus in einem staatlich gegliederten internationalen System zu verwirklichen sind« (S. 154). Die Überblicksdarstellung von *Paul Noack* (»Friedensforschung – ein Signal der Hoffnung?«) wird nicht nur deshalb aufgeführt, weil es bisher nur wenige solcher allgemeinverständlicher Berichte über die Friedensforschung gibt, sondern weil sich hier zeigt, daß ein eher konservativer Liberaler relativ unvoreingenommen die verschiedenen Ansätze referiert. Noack macht zu Recht auf einige Gefahren aufmerksam, die auch sechs Jahre später teilweise fort dauern: Gefahr drohe von der Aufspaltung in »gute« und »böse« Forschung. Weiter plädiert er dafür, daß es besser weniger Ergebnisse als halbfertige geben solle. Noack betont den hohen Wert historischen Denkens in der Friedensforschung (so etwa bei C. F. von Weizsäcker, S. 76), ist aber selbst nicht von historischen Vereinfachungen frei. So meint er, daß der Ausgangspunkt von Rousseaus Überzeugung die Forderung gewesen sei, daß erst das Verhältnis der Menschen untereinander verändert werden müsse, bevor sich das Verhältnis der von ihnen gebildeten Staaten verändern könne. Rousseau sei damit zum Vorläufer jener Friedenskämpfer geworden, die die Revolution forderten, um zum Frieden zu gelangen (S. 42). Hier wird die Geschichte von rückwärts gelesen. Bei Rousseau ist der Fortschrittsgedanke noch keineswegs mit der Revolution verbunden. Der Revolutionsbegriff Rousseaus und der zeitgenössischen Aufklärung ist immer noch an einmalige und kurzfristig ablaufende Staatsumwälzungen gebunden (»Glorreiche Revolution« von 1688); auch bei Rousseau gilt der Gedanke, daß menschlicher Fortschritt am ehesten durch Aufklärung und Erziehung zu erreichen sei.

2. Ansätze zur Konflikttheorie und »Gewaltlehre«

Walter L. Bühl (Hrsg.), *Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie* (= nymphenburger texte zur wissenschaft. modelluniversität 1), Nymphenburger Verlag, München 1972, 306 S., Folien-einbd., 18 DM.

Lewis A. Coser, *Theorie sozialer Konflikte* (= Sammlung Luchterhand 58), Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied/Berlin (1965), 1972, 193 S., kart., 8,80 DM.

Christian von Ferber, *Die Gewalt in der Politik. Auseinandersetzung mit Max Weber* (= Urban-Taschenbücher, Reihe 80, Nr. 804), Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970, 119 S., Pb., 7,20 DM.

Sven Papcke, *Progressive Gewalt. Studien zum sozialen Widerstandsrecht* (= Texte zur politischen Theorie und Praxis; Fischer Taschenbuch 6501), Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt 1973, 542 S., kart., 8,80 DM.

W. Bühl betont in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband, der ältere und neuere Ansätze zur soziologischen Konflikttheorie enthält (*Simmel, Galtung, Aubert, Mc Clelland, Schelling, Rapoport*), daß es sich beim Konflikt um ein mehrdimensionales Geschehen handle und zwischen den Ebenen und Sektoren des Konflikts, z. B. dem ökonomischen Interessenkonflikt, dem Herrschaftskonflikt, dem Sozialrangkonflikt, dem ideologischen oder dem Wert- und Normenkonflikt, kein *notwendiges* Folgeverhältnis angenommen werden könne. Jede ernsthafte Forschung werde behindert, wenn *a priori* angenommen werde, daß beispielsweise der grundlegende Konflikt immer ein materieller Interessenkonflikt sei und alle anderen Konflikte nur Epiphänomene dieses »Basiskonflikts« seien (S. 11). Bühl glaubt feststellen zu können, daß bei der Zugrundelegung dreier methodologischer Grundsätze (der sozialen Kontextbezogenheit des Konflikts sowie seiner Mehrdimensionalität und seiner funktionalen Ambivalenz) die Reihe der soziologisch relevanten Arbeiten bedenklich zusammenschumpfe, so daß schließlich keine »Konflikttheorie, sondern nur eine Reihe von zwar vielversprechenden, aber nur wenig miteinander verbundenen Theorieperspektiven und Untersuchungsansätzen« übrigbleibe.

Zuzustimmen ist Bühls Wendung gegen den »Black-boxismus«, auf dessen engen Zusammenhang mit monistischen Gesellschaftsauffassungen hingewiesen wird. Solche Theoreme sieht er sowohl im liberalistischen (Dahrendorf/Coser) wie im sozialistischen Konfliktmodell (Marx/Engels und Nachfolgetheorien) (S. 16). Bühl geht von drei Komponenten der Konfliktaustragung aus: der Form des Konfliktmechanismus, dem sozialstrukturellen Kontext und dem Mittel der Konfliktaustragung. Er kommt dabei zu einem zweidimensionalen Klassifikationsschema mit einer Prozeßkomponente (intentionale oder situative Konfliktaustragung) und einer Strukturkomponente (Intra-System-Konflikt oder Inter-System-Konflikt), wobei diese beiden Dimensionen, die oft eng miteinander verbunden sind, nur analytisch unterscheidbar sind (S. 36 f.). Bei der Theorie des Aushandelns (*bargaining*) zeigt er, daß es hier nicht um einen reinen Zweipersonen-Konflikt geht, sondern durch die Einschaltung von Beauftragten und durch gleichzeitiges Verhandeln mit mehreren Partnern der soziale Handlungsraum beträchtlich erweitert wird. In der funktionalistisch-normativen Konflikttheorie wird die triadische Struktur der Konfliktaustragung besonders deutlich, weil sie in der Form von relativ unabhängigen Institutionen und Personen institutionalisiert ist. Im vierten Ansatz, in der *spieltheoretischen* Darstellung des Konflikts, sei der Soziologie klargemacht worden, welche primitiven Annahmen der klassischen Konflikttheorie zugrunde liegen (S. 42). Bühl kommt, orientiert an Simmels triadischem Paradigma, schließlich zu vier Grundannahmen, die über die »klassische« Konflikttheorie hinausweisen: 1. Es ist auszugehen von der (inneren) »Heterogenität« der Konfliktparteien; 2. der Konflikt muß mehrdimensional und mehrzeitig begriffen werden; 3. Konflikte werden in einem multipolaren Feld ausgetragen; 4. statt von der Nullsummenannahme muß die Konfliktsoziologie von der Annahme einer Macht-, Wert- und Vertrauensschöpfung bzw. -vernichtung ausgehen.

Daraus leitet er 10 Maximen ab, die zu einer Revision der Konfliktstrategie führen sollen (S. 48–55). Mit diesen Maximen wird sich auch in der historischen Friedens- und Konfliktforschung arbeiten lassen, wenn dabei immer beachtet wird, wie groß die jeweiligen Symmetrien und Asymmetrien hinsichtlich Rationalität, Macht etc. der Konfliktparteien am Ausgangspunkt, im Verlauf und am Ende eines Konflikts sind und daß diejenigen, die ihn beginnen, diejenigen, die ihn tragen, und diejenigen, die von ihm hauptsächlich profitieren, oft sehr verschiedenen Gruppen angehören.

Im folgenden ist *Georg Simmels* Abhandlung über den »Streit« (1908) abgedruckt, die nach wie vor interessante Beobachtungen über den Wandel der sozialen Kämpfe enthält. Von Bedeutung sind auch Simmels Bemerkungen zum Konkurrenzkampf, zumindest in dessen reiner Form, weil hier der Kampf indirekt ist, weil der Kampfpreis sich nicht in der Hand eines der Gegner befindet und die Entscheidung des Kampfes für sich noch nicht den Zweck des Kampfes realisiert (S. 88 f.). Diese Einsicht läßt sich offenbar nicht nur für die ökonomische, sondern auch für die politische Konkurrenz benutzen. Die Abhandlung *Mc Clellands* über »Systemtheorie und Konflikt« enthält auch eine Reihe von Hinweisen zu den in den späten 1950er Jahren entstandenen Arbeiten über die Konflikte im internationalen System (Boulding, Schelling und Rapoport), in denen von der ursprünglichen Frage, die bisher in der Analyse internationaler Beziehungen dominierte (»wer tut wem was?«), abgegangen wurde und das Hauptgewicht auf den Grundsatz verlegt wurde: »Verstehen, was *wir* tun, und verstehen, was *sie* tun«. Von Bedeutung ist, daß er erste Antworten auf die Frage, wie sich die Regierenden aus dem komplexen Netzwerk von internationalen Interaktionsbeziehungen befreien und weit genug aus der Gefahrenzone heraushalten können, weniger aus der Systemkonzeption, sondern eher von historischen Analysen und Vergleichen erwartet (S. 227). »Was uns fehlt, ist nämlich eine Analyse von Systemen und ihren Funktionsbedingungen sozusagen, kurz vor dem Umbruch« (S. 231). Diesem Desiderat kann sich der Historiker nur anschließen.

Schelling macht in seinem Beitrag (Versuch über das Aushandeln) deutlich, daß der Stärkere und Geschicktere in Aushandlungssituationen in keiner Weise universelle Vorteile habe, sondern seine Fähigkeiten oft einen negativen Wert hätten (S. 237). Von Interesse für Historiker ist auch Schellings Skala der institutionellen und strukturellen Charakteristika der Verhandlung sowie die Bedeutung der Selbstbindung insbesondere im Zusammenhang mit Drohungen. Ebenso läßt sich die Taktik der Zerlegung von Problemen und ihren Lösungen auf Drohungen anwenden (S. 259).

Rapoports Abhandlung über »Kataklysmische und strategische Konfliktmodelle« (1966) stellt die Auffassungen Clausewitz' und Tolstois vom Kriege gegenüber. Während Clausewitz eine »rationale« Theorie des Krieges vertritt, sind nach Tolstoi die Nationalstaaten unbewußt wirkende Kräfte der historischen Dynamik. Der englische Physiker und Meteorologe L. F. Richardson, der mehr als 30 Jahre seines Lebens der mathematischen Untersuchung des Krieges widmete, knüpft an Tolstois Vorstellung vom Krieg als unbewußt dynamischem (kataklysmischem) Konflikt an. Rapoport betont, daß die »Bestätigung« von Richardsons Modell außerordentlich schwach gewesen sei, weil die Anzahl der Daten gering und die Indices für die internationale Feindseligkeit zu grob gewesen seien. Rapoport fordert eine Typologie der Kriege, eine Aufgabe, an die Richardson nicht herangegangen sei. Trotz dieser Kritik an Richardsons Auffassung vom Krieg als einer *Seuche* ist Rapoport Kritik an Hermann Kahns Eskalationsstrategie, die an Clausewitz anknüpft, sehr viel grundlegender. Insbesondere wird gezeigt, daß Kahns Annahme, die »Erpressungsdiplomatie« lasse sich gewissermaßen wie ein Schachspiel aufziehen, naiv ist. Rapoport gelingt es, deutlich zu machen, daß sich in solchen Konflikten, die wie das Schachspiel als Nullsummenspiel verlaufen, der Begriff der Rationalität in eine individuelle Rationalität und eine kollektive Rationalität aufspaltet. Das Bild der Entmenschlichung, das die strategische Literatur dieser Art biete, sei vor allem durch die Loslösung der Konfliktstrategie vom Inhalt und den Zielen des Konflikts gekennzeichnet. Am Schluß macht Rapoport durch das Spiel, das er »Gefangenen-Dilemma« (prisoners' dilemma) nennt, deutlich, daß es zu der paradoxen Situation kommt, daß man durch vernunftgemäßes, im strategischen Sinn fehlerloses Argumentieren zu Entscheidungen gelangt, die in einem praktischen Sinne schlecht sind (S. 291).

Cosers vielzitierte »Theorie sozialer Konflikte« geht von Simmels Arbeit über den »Streit« aus und versucht, die dortigen Ergebnisse weiterzuentwickeln. Coser unterscheidet zwischen der Verschiebung der Mittel (der Konflikt wird nicht ausgetragen) und der Verschiebung der Objekte. Letztere führt dazu, daß der Konflikt mit einem Ersatzobjekt geführt wird (S. 48 f.). Diesen letzteren Konfliktstyp (z. B. Antisemitismus) bezeichnet er als unechten Konflikt, weil es hier nur um funktionale Alternativen in den Objekten gehe, während es im echten Konflikt funktionale Alternativen in den Mitteln gebe (S. 57 f., 183). Coser weist auch auf die negativen Reaktionen solcher Gruppen hin, die, wie etwa religiöse Gemeinschaften oder Parteien, mit einer totalen Weltanschauung und straffer zentraler Organisation danach streben, die ganze Persönlichkeit einzubeziehen, und bei Abweichung, etwa bei »Renegatentum«, sich in einer Weise verhalten, die nur noch übertroffen wird von der Ablehnung des Häretikers, weil dieser Mitbewerber bei der Auslegung der Weltanschauung ist. Hier verkürzt Coser allerdings den Zusammenhang, wenn er Robert Michels zustimmend zitiert, der bei Häretikern vor allem die Konkurrenzsituation beim Ziel der Machterringung betont. Hier geht es nicht zuletzt um die existentielle Frage der *Sinnggebung* von Gruppen, Parteien etc. Von Bedeutung sind auch Cosers Bemerkungen über den Zusammenhang von Kriegen mit dem Entstehen zentralistischer Staaten (S. 102 ff.) sowie die Hinweise auf die verschiedene Einschätzung der äußeren Konfliktsituation durch Bolschewiki und Menschewiki beim Schisma 1902/03. Coser spricht auch das den Historikern wohlvertraute Problem der tatsächlichen oder vermeintlichen Machtasymmetrie zwischen den Konfliktparteien an, das produktive Konfliktlösungen oft schon im Ansatz verhindert. Er kommt zu dem Fazit – und hier trifft er sich mit Bühl –, daß »Konflikt dazu neigt, für eine soziale Struktur dysfunktional zu sein, in der es keine oder nur eine ungenügende Tolerierung und Institutionalisierung von Konflikt gibt« (S. 184).

Christian von Ferbers Auseinandersetzung mit Max Webers Vorstellung von der Bedeutung der Gewalt in der Politik unterscheidet – ähnlich wie Habermas – drei gesellschaftliche Funktionen der Wissenschaften: 1. die instrumentell-technische, 2. die emanzipatorische und 3. die konfliktsimulierende Funktion. Während die erste Funktion gesellschaftliche Strukturen erzeuge und Zweck-Mittel-Systeme entwerfe, emanzipiere die zweite Funktion die Innovation »von ihren naiven Elementen und macht die Wissenschaftstheorie und die Kreativität des Denkens thematisch« (S. 23). Dagegen wird die konfliktsimulierende Funktion als Alternative zum strategischen Handeln verstanden: Dieser Charakter gehe um so deutlicher hervor, je mehr der Kampf ruinösen Charakter anzunehmen drohe. Von diesem Wissenschaftsverständnis aus werden die Thesen Max Webers zum politischen Handeln kritisiert. Nach Ferbers Auffassung schöpfe Webers Feststellung des Primats der Politik bei gleichzeitiger Garantie einer ehrbaren Expertenkontrolle die Chancen keineswegs aus, die für die sozialwissenschaftliche Forschung eine Abtrennung von Politik (im Sinne der kategorialen Herauslösung der Sozialwissenschaften aus dem Primat der Politik) eröffnet habe (S. 50). Während der allgemeine Sprachgebrauch jedes bewußte (planvolle und zielgerechte) Handeln mit dem Ausdruck »politisch« belege, habe Max Weber diese Bezeichnung dem »staatlichen« Handeln vorbehalten, das zur Durchsetzung seiner Absichten notfalls auf das von ihm monopolisierte Mittel der Gewaltsamkeit zurückgreifen kann. Gewaltsames Gemeinschaftshandeln hat Max Weber in der Tat als etwas schlechthin »Urwüchsiges« angesehen. Diese Erkenntnis ist nicht neu. W. J. Mommsen hat schon 1965 Webers Herrschaftssoziologie als eine mit Machiavelli und Hobbes vergleichbare »Soziologie der Macht« etikettiert. Von Interesse ist die Tatsache, wie Ferber den Kontrast zwischen der Urtümllichkeit und Außergeschichtlichkeit (staatlicher) Gewalt und der gleichzeitigen Identifizierung des Politischen mit einer hochgezüchteten Bürokratisierung erklärt. Max

Webers Definition stehe deutlich im Dienste einer demaskierenden Wirkung. Der entseelte Mechanismus einer zweckrational geordneten Gesellschaft erhalte im politischen Handeln ein kompensatorisches Gegenüber (S. 70). Im Punkt Selbstentfremdung gibt es – darauf hat schon Karl Löwith hingewiesen – in der Tat eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen Weber und Marx. Ferber ist darin zuzustimmen, daß die »Strukturblindheit« der Weberschen Begriffsbildung zu Verzerrungen führen kann. Dennoch geht er zu weit, wenn Webers Definition des charismatischen Führers wie auch sein Begriff des Politischen in eine Nähe zu den Vorläufern des Faschismus gerückt wird (S. 61). Immerhin muß Ferber einräumen (S. 113 f., Anm. 40), daß es Weber im Unterschied zu Carl Schmitt (auch wenn sich dieser auf ihn beruft) um politisches Handeln als Instrument *schöpferischen* Wandels ging. Sicherlich ist bei Weber manches vereinfacht und auf die zeitbedingten Vorstellungen des nationalen Machtstaates zurückzuführen. Aber Webers Begriff des Politischen ist insoweit noch nicht obsolet, als es sich bei Herrschafts- und Verfügungspositionen nach wie vor um einen faktischen (mehr oder minder legitimierten) politisch-sozialen Auftrag zu einem von der Gesellschaft sonst im Vorgriff *nicht* regelbaren Verhalten handelt, worauf schon F. Tenbruck hingewiesen hat. Auf diesen Zusammenhang ist Ferber nicht eingegangen.

Papckes Studien zum sozialen Widerstandsrecht mit dem anspruchsvollen Titel »Progressive Gewalt« verstehen sich als »ein geschichtsanalytischer Beitrag zur Friedensforschung« (S. 17). Die »kritische Kratologie« (Gewaltlehre), die er vertritt, will den »Sinn« von Gewalt nur aus ihrer sozialen Verwendung ermitteln und bestreitet, daß Gewalt als »soziologischer Primärfaktor« gelten könne. Mit einer überquellenden Fülle von Belegen, die zumeist im Entweder-Oder-Stil benutzt werden, versucht er Hinweise auf »topologische Gegebenheiten und historische Momente zu einer Chronik von Gewaltmitteldefinitionen« zu geben. Formulierungen wie die vom »strikten Grenznutzen von Gewalt« (ebda.) geben vor, streng rational zu sein. Was soll aber das ökonomische Vokabular in Prozessen, wo es unmittelbar um Menschenleben geht? Überholt ist die Orientierung an Lorenz von Steins Interessenbegriff (Papcke spricht immer von »Leopold« v. St., vgl. S. 25 und 86). Im II. Teil, wo noch am ehesten der Test für die Annahmen *im historischen Kontext* versucht wird, nämlich bei der Entwicklung der politischen Rollendifferenzierung der Gewalt aus der Parteikonstellation der Französischen Revolution, geht er über Probleme, die in dem Zusammenhang fundamental sind, ziemlich lässig hinweg. Es ist keineswegs müßig zu fragen, wer letztlich den Krieg 1792 in Europa entfesselte (S. 94). Robespierres Kampf gegen die aus sehr verschiedenen Interessen zum kriegerischen Konflikt treibenden Gruppen in Frankreich war nicht nur durch die Einsicht motiviert, daß man nicht mit Waffen missionieren könne, sondern auch von der Sorge getragen, daß gerade im Falle eines siegreichen Krieges die Freiheit Gefahr laufen könne, einem ehrgeizigen General zum Opfer zu fallen – eine weitsichtige Prognose, wie wir heute wissen. Dahinter steckte auch die Furcht vor einer allgemeinen Militarisierung, durch die eine neue Klassengesellschaft und ein neues System von Privilegien geschaffen würde. Die Eindimensionalität von Papckes Interpretation wird auch darin deutlich, daß er Trotzki's These zitiert, wonach der Gewaltverzicht der Systemopposition der Verkenntung der Schwerkraft gleichkäme (S. 200). Dabei wird übersehen, daß die Bolschewiki nach 1917 nicht nur im Bürgerkrieg, sondern auch nach der Etablierung ihrer Herrschaft die »andere Seite« eine außerordentliche Steigerung des Gewaltrefinements gelehrt haben, was im faschistischen und nationalsozialistischen Schrifttum sehr gut erkennbar ist (vice versa). Im Sinne dieser undifferenzierten »Kratologie«, die nicht einmal die Möglichkeit in den Blick nimmt, daß beim Gewalthandeln wie nirgendwo sonst die *Mittel* die Tendenz haben, die *Zwecke* zu überwältigen und sich an deren Stelle zu setzen, ist es nur konsequent, daß die Breschnew-Doktrin indirekt gerechtfertigt

und der alte Engels für seine Aussage kritisiert wird, daß das siegreiche Proletariat keinem fremden Volke irgendeine Beglückung aufzwingen könne, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben (S. 393 f.). Schließlich nimmt es nicht Wunder, daß er über die kritische Friedensforschung nur mit ziemlicher Herablassung urteilt (S. 412) und das Problem der Gewaltfreiheit überhaupt nicht diskutiert. Die Schriften von Th. Ebert oder G. Sharp erscheinen nicht einmal im Literaturverzeichnis, offensichtlich weil die dort enthaltenen Konzeptionen der »Kratologie« zu sehr *quer*liegen.

3. Quantitative Kriegsursachenforschung

Klaus Jürgen Gantzel, System und Akteur. Beiträge zur vergleichenden Kriegsursachenforschung (= Krieg und Frieden. Beiträge zu Grundproblemen der internationalen Politik), Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1972, 374 S., Folieneinbd., 38 DM.

Gantzel versucht in dieser Arbeit (einer Mannheimer sozialwissenschaftlichen Habilitationsschrift) eine »Verklammerung von kritischer Sozialphilosophie, historisch-genetischer Perspektive, analytischer Wissenschaftslogik und präziser empirischer Methodik« (S. 14). Ähnlich wie Deutsch, Senghaas und Singer sieht er in der Analyse von Krieg einen »Schlüssel zur Untersuchung der Totalität der modernen Gesellschaft; der Krieg als Extrem macht die Normalität einsehbar und enthüllt Strukturen des Friedens« (S. 30). Das Problem der analytischen Ansatzhöhe bei politometrischer Kriegsursachenforschung ist der Gegenstand des 1. Teils der Studie. Dabei geht es u. a. um die Darlegung einzelner Theorien (mit symmetrischem bzw. mit asymmetrischem Konfliktverständnis), um die Rolle der Beobachtungseinheiten in den wichtigsten metatheoretischen Ansätzen (strukturell-funktionalistische, kritische System-, Feld-, Verhaltenstheorie) wie auch um die Aufhellung der *black boxes*, wobei der Staat als Akteur, nicht ohne Originalität, als »grey box« definiert wird (S. 106 f.). Zu Recht weist *Gantzel* darauf hin, daß eine Reihe von Theorien wie etwa die Lewinsche Feldtheorie zwar den Faktor »Zeit« und damit die historische Dimension berücksichtigt, allerdings nur zu komparativ-statistischen Zwecken. *Gantzel* vermag in diesem Zusammenhang allerdings keine Alternative aufzuzeigen. Diese wäre vielleicht darin zu suchen, daß die Eigenstruktur politischen Handelns unter raum-zeitlichen Bedingungen analysiert werden müßte und ein komplexerer Kausalitätsbegriff entwickelt würde, der das lineare Kausalitätsmodell verläßt und die Vernetzung der Ursachen-Folgen-Ketten annähernd zu beschreiben in der Lage wäre. Dadurch könnten insbesondere auch die meist »unbeabsichtigten« Haupt- und Nebenfolgen in die Untersuchung einbezogen werden. Immerhin weist *Gantzel* auf die Unumgänglichkeit mikroanalytischer Struktur- und Prozeßanalysen hin (S. 90). Inwieweit *Gantzels* Bemerkung, daß bei Senghaas die Bedeutung der psychischen Voraussetzungen *über-* und die der institutionellen Faktoren *unterschätzt* werden (S. 122), zutreffend ist, bleibt sehr die Frage. *Gantzel* selbst weist auf den zwischen den politischen Organisationsformen und den psychischen Strukturen einzelner Akteure bzw. Gruppen von Akteuren bestehenden Zusammenhang hin. Je stärker in autoritären Regimen oder gar Diktaturen das persönliche Regiment ausgeprägt ist oder je zentralisierter das Regierungssystem angelegt ist, desto eher können in Krisenfällen — also auch in der Entscheidung über Krieg und Frieden — die Strukturen einzelner Persönlichkeiten ausschlaggebend sein (S. 140). Problematisch ist *Gantzels* Einwand gegen die den Transaktionsanalysen zugrundeliegende These, wonach enge transaktive Verbindungen die Gefahr gewaltsamen Konfliktausgangs verringern. *Gantzel* führt hier die historische Erfahrung ins Feld, wobei die industriell-kommerziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, die in den 1930er Jahren wesentlich enger als lange nach dem Krieg bis in die 60er Jahre hinein

gewesen sein sollen (S. 153), als Beispiel dienen. Selbst wenn diese Behauptung richtig sein sollte – was sehr zweifelhaft ist –, sagt dies nichts aus über die Intensität der Verflechtung wirtschaftlicher Interessen in Schlüsselbereichen. Inkonsistent ist auch Gantzel's Feststellung, daß es bei Unklarheit in den Alternativen, die anscheinend in der internationalen Politik die Regel sei, für die Regierungen naheliege, auf den retrospektiven Erfahrungshorizont zurückzugreifen und in traditionellen Bahnen zu verharren. Erfahrung ist zunächst *zurückliegende* Erfahrung, und ob allein auf diesen Fundus von Erfahrungen zurückgegriffen werden muß, hängt entscheidend vom Zeitbudget ab, das in der Krise zur Verfügung steht. Gelingt es, dieses Budget zu strecken – wie etwa in der Kubakrise 1962 –, dann ist auch genügend Zeit vorhanden, um neue Erfahrungen zu machen.

Im zweiten Teil setzt Gantzel dazu an, die verschiedenen Erklärungen zur »gesamtschellschaftlichen Bedingtheit« von Kriegs- und Allianzverhalten 1815–1945 zu einer statistischen Studie zusammenzufassen. Von Interesse ist dabei der Begriff der »Syntalität«, den Raymond B. Cattell in Analogie zum Begriff *Persönlichkeit* geprägt hat. »Persönlichkeit« bezeichnet danach das, was das Verhalten eines Individuums in jeder gegebenen und definierten Situation erklärt. Die korrespondierende Disposition nennt Cattell »Syntalität« als angemessenste Umschreibung für das Gruppe-Sein (S. 224). Nach der Erstellung von Syntalitätsprofilen mit Hilfe von 12 (meist sozialen und psychischen) Faktoren kommt Cattell zu einer Matrix, in der »Kulturfamilien«, Gruppen von Ländern mit einander ähnlichen Profilen, herausgezogen werden (S. 228–232). Das Ergebnis ist ernüchternd. Ein nennenswerter Zusammenhang zwischen kultureller Heterogenität und Kriegsintensität ist nicht feststellbar. Gantzel macht zu Recht darauf aufmerksam, daß der eventuelle Einfluß bestimmter Syntalitätskomponenten, der wichtiger sein kann als das gesamte Kulturprofil, in diesem Zusammenhang nicht kontrolliert werden kann. Etwas aufschlußreicher, aber auch noch sehr allgemein, ist die von Singer/Small festgestellte Korrelation zwischen der Kriegsanfälligkeit und dem höheren »Systemalter« (der Dauer der Zugehörigkeit von Staaten zum internationalen System): Die kriegführenden Staaten waren durchschnittlich ca. 40 Jahre länger unabhängige Mitglieder des internationalen Systems. Aus den verschiedenen, von Gantzel herangezogenen statistisch begründeten Erklärungsversuchen ergibt sich für ihn die Vermutung, daß jene sich als hauptverantwortliche Friedenssicherer gebenden Nationen (die sogenannten großen, »individuallykulturell« orientierten, Industrienationen) aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Struktur und »Syntalität« heraus die wesentlichen Friedensstörer seien (S. 260 f.). Er macht allerdings die Einschränkung, daß die »Geschichte in Zahlen« mehr für die traditionelle *machiavellistische* Allianztheorie spricht, wobei diese Allianzen keineswegs homogene »Kulturgruppen« von Staaten umfassen (S. 265).

In seinen kritischen Schlußbemerkungen weist Gantzel darauf hin, daß quantitative Analysen ein umfangreiches Bündel von Prämissen, operationellen Definitionen und methodischen Implikationen mit sich schleppen und ihre Aussagen deshalb »vielfach verwundbar« seien: »So kann die bloße Nachbarschaft einer Nation zu einem konfliktreichen Staat ihre Allianzpolitik und ihr Kriegsverhalten maßgeblicher beeinflussen, als soziale Struktur, politisches System, Lebensweise der Bevölkerung, verschiedene Religionen, usw.« (S. 287). Gantzel's Studie erhält ihren besonderen Wert dadurch, daß sie in bisher nicht erreichtem Umfang die vor allem in der amerikanischen Friedensforschung vorangetriebenen quantitativen Untersuchungen dem deutschen Publikum vermittelt und durch die Konfrontation ihrer Ergebnisse die Schwachstellen und Lücken aufdeckt. Dies wie auch das sich dabei manifestierende Problembewußtsein sollte Historiker dazu ermuntern, größere Studien zum gleichen Gegenstand in Angriff zu nehmen, in denen quantitative und qualitative Methoden in gleicher Weise zu ihrem Recht kommen. Es

wäre zu wünschen, daß Gantzels Interesse an längerfristiger Geschichtsschreibung mit »sozialwissenschaftlichem Ansatz« (S. 290) in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik auf Resonanz stoßen würde.

4. *Kriegsverhütung*

Carl Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.), *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*, Carl Hanser Verlag, München 1970, 2. unv. Aufl. 1971, VIII, 699 S., Linson, 28 DM.

Horst Ahfeldt/Christian Potyka/Utz-Peter Reich/Philip Sonntag/Carl Friedrich von Weizsäcker, *Durch Kriegsverhütung zum Krieg? Die politischen Aussagen der Weizsäcker-Studie »Kriegsfolgen und Kriegsverhütung«* (= Reihe Hanser 79), Carl Hanser Verlag, München 1972, 178 S., brosch., 5,80 DM.

Die vorliegenden Studien wurden im wesentlichen in der damals von C. F. von Weizsäcker geleiteten Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler erarbeitet. Selbst in der umfangreichen Fassung der Arbeit sind nur knappe Ergebnisberichte von sehr ausführlichen Untersuchungen enthalten. Weizsäcker nennt den Grund, weshalb die Arbeit über eine bloße Schadensschätzung hinauswuchs: Es habe sich rasch erwiesen, daß eine Schadensabschätzung unmöglich sei ohne gewisse Annahmen über die politischen Ziele, die die kriegführenden Parteien verfolgen. Der Schaden hänge nicht nur ab von Art, Menge und Ort der eingesetzten Waffen, sondern werde auch bestimmt durch die Strategie, die die Kriegführenden wählen. Den zweiten Grund für die Ausweitung der Untersuchung über eine bloße Schadensanalyse hinaus sieht v. Weizsäcker in der Mitverantwortung des Staatsbürgers, der nicht umhin könne, sich selbst die Frage zu stellen, was getan werden könne, um ein so großes Unglück zu verhindern. Eine Studie über Kriegsfolgen führe mit menschlicher Zwangsläufigkeit zu einer Studie über Kriegsverhütung (S. 4 f.).

Folgerichtig versucht *Horst Ahfeldt* in seiner Analyse der Sicherheitspolitik nicht an die häufig zu lesende Behauptung anzuknüpfen, ein großer Krieg zwischen den Weltmächten sei durch das »Gleichgewicht des Schreckens« praktisch unmöglich geworden, sondern untersucht die Faktoren, die einen solchen Krieg in den letzten zehn Jahren für die Weltmächte sinnlos gemacht haben. Ahfeldts Darstellung führt in die Methodik, den Zusammenhang und die Ergebnisse der Arbeiten ein. Er prüft die verschiedenen Annahmen (Vernichtung der Bundesrepublik durch eine Supermacht, Verteidigung gegen eine Invasion, konventionell und/oder atomar, Abwehr von Angriffen mit chemischen oder bakteriologischen Kampfmitteln); für den Fall, daß in einem Konflikt die konfrontierten Supermächte davon ausgehen müßten, der Konflikt werde sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht auf den Einsatz taktischer A-Waffen im Kampfgebiet begrenzen lassen, sei die irrationale Entscheidung der USA, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, um den begrenzten Gewinn der Gegenseite zu verhindern, kaum glaubhaft. Es sei keine »rationale« Strategie, den Gegner als »rational«, sich selbst als »irrationale« darzustellen (S. 58 f.). Zu ähnlichen Schlüssen kommt er bei einer Untersuchung der Eskalationstechnik, die keineswegs, wie angestrebt, zwei Ziele zu erreichen gestatte: erstens den Gegner an der Durchführung seiner Pläne zu hindern und gleichzeitig zweitens den Einsatz von Kernwaffen auf ein Maß zu limitieren, das hinreichend weit unterhalb der Vernichtung der Bundesrepublik als lebensfähiger Industriegesellschaft liegt.

In der von *Philip Sonntag* vorgenommenen mathematischen Analyse der Wirkungen von Kernwaffenexplosionen in der BRD wird dargelegt, daß ein Einsatz von 10 % der sowjetischen Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet der BRD praktisch die Vernichtung bedeuten würde (S. 198).

Utz-Peter Reich weist in seiner Untersuchung der wirtschaftlichen Schäden darauf hin,

daß ein materieller Schaden von 20 % einen Organisationsschaden von 60 % zur Folge hat. Besonders bei einem Vergleich mit den Zerstörungen des 2. Weltkrieges wird sichtbar, daß diese in relativ kleinen Dosen erfolgten und nicht wie bei den hier betrachteten Kriegsbildern auf einen Schlag, wodurch die Gesamtorganisation sehr viel stärker zerstört würde. Ein weiterer gravierender Schadensunterschied zwischen dem 2. Weltkrieg und einem nuklearen Krieg ist im Verlust an Menschen zu sehen, der auch das Wirtschaftspotential in hohem Maße schädigt.

Im Abschnitt über Verteidigung und Abschreckung machen *Horst Ahfeldt* und *Hellmuth Roth* deutlich, daß Abschreckung – ähnlich wie im Strafrecht für die innere Gesellschaft – zu den Frühstadien der Entwicklung der internationalen Gesellschaft gehört. An geschichtlichen Beispielen wird gezeigt, daß im Konfliktfall die Vorstellungen beider Seiten auseinandereskalieren; keine will, »daß die Opfer umsonst gewesen waren«. Zu Recht wird kritisiert, daß in der Eskalationsliteratur kaum nützliche Hinweise darüber zu finden seien, auf welche Weise der Gegenseite die Bereitschaft zur Deeskalation glaubhaft gemacht werden soll. Ahfeldt und Roth kommen zu dem Schluß, daß das Herausstellen von Kriegsbildern »mit begrenzten nuklearen Einsätzen« vom europäischen Gesichtspunkt aus die gefährlichste Strategie sei. Andererseits sei es die einzige Strategie, die wirklich das Interesse der Supermächte befriedige, zwischen Selbstvernichtung und Kapitulation ihre Interessen mit den vorhandenen militärischen Potentialen durchzusetzen. Die Strategie der *flexible response* ist eine Mystifikation dieser Gesamtstruktur. Dadurch, daß sie für eine gewisse Zeit als Mittel geeignet sei, eine gewisse Stabilität zu suchen, erfülle sie eine wichtige Funktion: »Eine Analyse indes, die zukünftige Entwicklungen einbezieht, kann nicht unterlassen, auf den prekären Charakter dieser Notlösung hinzuweisen – insbesondere darauf, daß ein für beide Seiten unkalkulierbares Risiko als »Verteidigungsstrategie« nicht einmal eine Notlösung ist, sollte seine unverläßliche Abschreckungswirkung eines Tages versagen« (S. 302).

In der Analyse der Entwicklungstendenzen der Sicherheitspolitik in Europa betont *Ahfeldt*, daß die Geschichte kein Duopol von Dauer kenne. Er fügt hinzu: »Sicher sind historische Argumente meist schwache Argumente [...] Denn heute ist die wechselseitige Vernichtung der Kontrahenten möglich und insofern ist die Situation ohne historische Präzedenz. Doch wie wir festgestellt haben, kann gerade der Raketenwettlauf zu einer Entwicklung führen, in der die historische Situation wiederhergestellt wird [...], in der man den Krieg zwischen den beiden um die Herrschaft streitenden Duopolisten wieder als führbar ansieht« (S. 427). Ähnlich vereinfacht ist bei Ahfeldt auch die Frage, ob das Streben nach Macht nicht – wie vielfach angenommen – »im Menschen« (anthropologisch) begründet sei, sondern durch die historischen Bedingungen erzwungen worden sei. Ahfeldt widerlegt sich selbst, wenn er feststellt, daß eine Rückbesinnung auf die älteren Loyalitäten (Staat) sich in schweren Krisenfällen sogar innerhalb der bestehenden Blockorganisation melde und die Glaubhaftigkeit von Bündnissen für den Fall des nuklearen Krieges zunehmend in Frage gestellt wird (S. 451). Gehört nicht die alte Staatenwelt zu den kriegverursachenden Bedingungen der Vergangenheit, die Ahfeldt weitgehend zu Recht kritisiert?

Die Studie enthält noch Einzeluntersuchungen zu den biologischen Auswirkungen eines nuklearen Krieges, zur Seuchengefahr, eine Prognose über das Ausmaß genetischer Schäden, die Folgen einer Kernexplosion in der Nordsee, eine Untersuchung des Zusammenhangs von thermischer Strahlung und Explosionsgefahr bei Raffinerien und der Folgen eines Kernwaffenkrieges für die Elektrizitätsversorgung. Hier vermißt man einen Beitrag zu den Folgen des Kernwaffeneinsatzes in der Nähe von Kernkraftwerken.

Trotz solcher Einwände im Detail ist die »Weizsäcker-Studie« ein im ganzen gelungener Versuch, die Folgen des »undenkbaren Denkens« der Eskalationsstrategien für einen Staat

wie die BRD deutlich – in manchen Abschnitten auch drastisch (dabei sprechen allein die Zahlen, die Sprache bleibt unterkühlt) – vor Augen zu führen. Die Studie kann als Modell für interdisziplinäre Zusammenarbeit gelten. Die historische Erfahrung wird einbezogen, aber zugleich gezeigt, wo diese Erfahrung versagen muß.

In der kleineren Studie, in der die politischen Aussagen der Weizsäcker-Studie zusammengefaßt werden (*»Durch Kriegsverhütung zum Krieg?«*), werden drei »negative Utopien« kurz skizziert (Rüstungswettlauf, Rüstungsstillstand, Abrüstung). Sie weisen darauf hin, daß insbesondere die Abrüstung nicht ohne einen permanenten Strukturwandel denkbar ist, der sich sowohl auf die materiellen Probleme der Weltregionen als auch auf die klassische Form politischer Organisation, den souveränen Staat, erstrecken muß. Hier werden noch einmal die Folgen eines Angriffs mit strategischen bzw. mit taktischen Atomwaffen auf die BRD dargelegt; als Fazit wird für den Ausbau eines allgemeinen Katastrophenhilfsdienstes und nicht für den Aufbau eines speziellen Zivilverteidigungssystems plädiert.

Im zweiten Teil untersucht *Christian Potyka* die Frage, weshalb die Eskalation in Vietnam fehlschlagen mußte. Dabei führt sein engagierter Stil keineswegs zu Vergrößerungen. Es gelingt ihm vielmehr, Probleme auszuleuchten und zu vermitteln, die von einem Teil der Friedensforscher, die schon die hochspezialisierte Fachsprache der übrigen Sozialwissenschaften angenommen haben, nicht mehr vermittelt werden können.

Potyka stellt eine Übereinstimmung zwischen der Weizsäcker-Studie und Aussagen des – pensionierten – Generalinspektors Trettner in der Weise fest, daß auch der letztere die psychischen Wirkungen eines mit taktischen Atomwaffen geführten Krieges in der BRD betont. Trettner befürchtet die Auflösung aller Ordnungen und fordert – ähnlich wie die SPD in den 1960er Jahren – ein Vetorecht der BRD für den Einsatz atomarer Waffen von deutschem und auf deutsches Territorium (S. 150–152). Potyka bezeichnet zu Recht die in der Weizsäcker-Studie vorgenommene Schadensschätzung als »eine Art schwarze Heimatkunde« (S. 163). Er beklagt, daß »unser apokalyptisches Bewußtsein« unterentwickelt sei, und warnt vor der Gefahr der Flucht in die »zweite Realität«, also in die Verweigerung der Erkenntnis, daß überhaupt eine Gefahr besteht. Wie groß diese Gefahr in der BRD ist, zeigt Potyka an Äußerungen des Militärkommentators der FAZ, Adalbert Weinstein, der die bisher friedensbewahrende »Mystifikation« der flexible response als »beglückenden Zustand« feiert, den man ruhig »Frieden nennen« könne. Nützlich wäre es, wenn es mehr Journalisten gäbe, die ähnlich wie Potyka Sachkunde und Engagement besitzen, und wenn sich die Friedensforschung ihrer häufiger als Vermittler bediente.

5. Rüstungskontrolle

Erhard Forndran, Rüstungskontrolle. Friedenssicherung zwischen Abschreckung und Abrüstung (= Krieg und Frieden), Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1970, 272 S., Ln., 24 DM.

Forndrans Studie behandelt einen zeitgeschichtlich wichtigen Aspekt der Außenpolitik der USA, indem sie fragt, in welchem Sinne »Arms Control« als Antwort auf eine neuartige Lage entstanden ist. Forndran geht von der seit Ende der 50er Jahre deutlich gewordenen »Doppelerfahrung« aus, daß die Terminologie vom Sieger und Besiegten im Ernstfalle »unter den für alle Beteiligten untragbaren Verlusten« verschüttet und andererseits die Vorstellung einer vollständigen Abrüstung vor gegenwärtig kaum überwindbar erscheinenden Schwierigkeiten stehen würde. Dies ist eines der entscheidenden Motive zu dem bescheideneren Ziel, »nur die Stabilisierung der bestehenden militärpolitischen und technischen Lage zu versuchen«. Forndran erkennt das Janus-Gesicht der Rüstungskontrolle, das auf der einen Seite den gesellschaftspolitischen und strategisch-tech-

nologischen status quo zu verfestigen droht, sieht aber andererseits in der Rüstungskontrolle ein mögliches Instrument zur Verhinderung des totalen Krieges und damit eine Voraussetzung für die Bemühungen zur qualitativen Veränderung der Konfliktregelungsmuster in der internationalen Politik. Insoweit glaubt Forndran diesen Denkansatz dem Bereich der Friedensforschung zurechnen zu können. Im ersten Kapitel geht er ausführlich auf die für die Abrüstungs- und Verteidigungspolitik der USA seit 1953 bestehende Ausgangslage ein. Forndran geht dabei von der These aus, daß die USA vor und in den beiden Weltkriegen jeweils den Weg von mangelnder militärischer Bereitschaft über die Mobilisierung und den Sieg mit anschließender Demobilisierung beschritten hätten, ohne die konkreten politischen Ziele zu berücksichtigen. Diese Trennung von Politik und Macht habe im Kalten Krieg endgültig scheitern müssen. Dieser Befund enthält allerdings nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist darin zu sehen, daß nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der seit Pearl Harbor dominierende internationalistische Flügel der amerikanischen Machtelite Ziele propagierte (z. B. die weltweite Durchsetzung des Prinzips der Offenen Tür), die über kurz oder lang mit den Interessen der Sowjetunion und des kommunistischen Chinas kollidieren mußten. Zwar hat diese Definition der amerikanischen Nachkriegsziele die weitgehende Demobilisierung der amerikanischen Streitkräfte nach 1945 nicht verhindert – wobei auch die Vorstellung mitgeholfen hat, Atomwaffenmonopol und strategische Luftwaffe genügten, um jeden denkbaren Gegner militärisch in Schach zu halten. Aber zugleich bildete die im Krieg in riesigem Umfang aufgebaute Rüstungsindustrie (insbesondere die Luftwaffenindustrie) eine ständige Versuchung für viele amerikanische Politiker beim nächsten größeren militärischen Konflikt, die zwischen 1945 und 1949 weitgehend durchgehaltene restriktive Rüstungspolitik aufzugeben und den kurzfristig bequemeren Weg der Aufrüstung zu beschreiten. Dies zeigte sich besonders nach dem Ende des Koreakrieges, als die durch diesen Krieg mehr als verdreifachten Verteidigungsausgaben nur in relativ geringem Ausmaß gesenkt wurden und seither eine weiter ansteigende Tendenz hatten. Gerade wenn man für die amerikanische Nachkriegspolitik die These von der ausschließlichen *Innenleitung* der Rüstungsdynamik als zu undifferenziert ablehnen muß, wird man nicht zugleich behaupten können, die USA hätten lediglich auf die sowjetische Rüstungspolitik reagiert.

Die Tatsache, daß Jerome B. Wiesner mit seinem Konzept der *minimalen Abschreckung* Anfang der 1960er Jahre unterlegen ist, zeigt deutlich, daß die neue Drehung, die von da an die Spirale der strategischen Rüstung genommen hat, durch Elemente der *Innenleitung* wie auch der fehlerhaften Perzeption (die sogenannte »Raketenlücke«) wesentlich verursacht worden ist. Forndran erwähnt zu Recht, daß es auch Gegner der Rüstungskontrollpolitik gegeben hat, wie sie seit Amtsbeginn Kennedys versucht wurde. Dieser Gegnerschaft lag die Vorstellung zugrunde, der Osten bleibe weiter expansiv. Die Ereignisse in Berlin und in Kuba (1961, 1962) schienen diesen Gegnern einer minimalen Abschreckung (deren Befürworter den Weg zu einer allgemeinen Abrüstung offenhalten wollten) Recht zu geben. Unbezweifelbar ist auch, daß die Kennedy-Administration in dieser kritischen Phase mehrfach damit zu tun hatte, das Mißtrauen ihrer Verbündeten gegen die Bemühungen, mit der Sowjetunion zu Rüstungskontrollmaßnahmen zu kommen, auszuräumen. Aber es ist nicht untypisch für Studien über Rüstungskontrolle (wie für die Rüstungskontrolle selbst), daß sie nur ein begrenztes Segment der Weltpolitik, das sogenannte strategische Gleichgewicht auf höchster Ebene, in den Blick nimmt, während andere Konfliktebenen, die die weltweiten Spannungen manifestieren, ausgeblendet bleiben. Dies geschieht auch hier für die Konflikte in Indochina und anderen Teilen der Welt. Wenn die nukleare Pattsituation seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre und die dadurch angeregte Rüstungskontrollpolitik zur Stabilisierung im weltpolitischen

»Zentrum« beitragen, trugen nicht zuletzt die »peripheren« Gebiete den Großteil der humanen und materiellen Kosten. Forndrans Studie zeigt, daß *in dieser Hinsicht* die Einwände der kritischen Friedensforschung gegen die Rüstungskontrollpolitik gerechtfertigt sind.

6. Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit

Gerda Zellentin, Intersystemare Beziehungen in Europa. Bedingungen der Friedenssicherung (= European Aspects, Series C: Politics, No 20), A. W. Sijthoff Verlag, Leiden 1970, 307 S., Ln., Dfl. 42.

Gerhard Wettig, Europäische Sicherheit. Das europäische Staatensystem in der sowjetischen Außenpolitik 1966–1972, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1972, 213 S., Folieneinbd., 28 DM.

Johan Galtung/Dieter Senghaas (Hrsg.), Kann Europa abrüsten? Friedenspolitische Optionen für die siebziger Jahre (= Reihe Hanser 138), Carl Hanser Verlag, München 1973, 220 S., brosch., 11,80 DM.

Die Studie von G. Zellentin ist dem Vater des »Funktionalismus«, David Mitrany, gewidmet. Sie versteht sich als Zugang zu einer praxisorientierten Wissenschaft der internationalen Beziehungen, als Praxeologie der Friedenssicherung zwischen unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen. »Frieden« wird dabei als Prozeß der friedlichen Veränderung der Kommunikation, der Erwartungen, der Produktion und der Allokation von Werten begriffen, der sich graduell zu einer Friedensordnung in Europa ausweiten soll (S. VII). Dabei sondert G. Zellentin jene Handlungsalternativen aus, die aufgrund utopischen Denkens (Weltstaat, -regierung, -verfassung) entweder eine Radikalisierung des politischen Mitteleinsatzes bedeuten oder am Objekt der Veränderung »vorbeiphantasieren« (S. XIII). In Kapitel 1 analysiert sie das gegenwärtige europäische System »zwischen Konfrontation und Kooperation«. Kapitel 2 befaßt sich mit den innenpolitischen Veränderungen und deren Zusammenhang mit den auswärtigen Beziehungen sozialistischer Staaten. Es fehlt dabei ein Hinweis auf die Tatsache, daß Stalin nach 1945 – weitgehend um einen Sicherheitswall gegen die wiedererstehende deutsche Macht zu schaffen – die osteuropäischen Staaten auf der Stufe eines *Risorgimento*-Nationalismus festzuhalten versuchte. Dies hat sich zusammen mit dem jeweiligen politischen Monopolanspruch der kommunistischen Parteien in diesen Ländern – auch wenn dieser Anspruch in der Wirklichkeit oft durchlöchert wurde – als Hindernis einer stärkeren wirtschaftlich-technischen Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe erwiesen. Die Defizite der sozialistischen Integrationspolitik liegen nicht zuletzt auch darin, daß es bisher noch keine internationale sozialistische Form des Eigentums und des internationalen Managements gibt. Im Zusammenhang mit der Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR wird deutlich, daß von den ersteren vor allen Dingen auch die Wiederbelebung der »kleinen Entente« der Zwischenkriegszeit befürchtet wurde. In Kapitel 3 werden die Voraussetzungen intersystemarer Annäherung untersucht. Während auf westlicher Seite die Konvergenz der unterschiedlichen Ordnungssysteme als Voraussetzung dieser Annäherung häufig genannt wird, versucht die östliche Seite die Theorie der friedlichen Koexistenz dagegen zu stellen, die von Lenin ursprünglich für die Zeiten der revolutionären Ebbe (wenn etwa kapitalistische Hochkonjunktur herrschte) formuliert wurde. Im 4. Kapitel geht es um Strategien der intersystemaren Beziehungen. Wenn die dort erhobene Kritik am sog. *Konstitutionalismus* auch weitgehend zutrifft, ist doch zu fragen, ob die Annahme richtig ist, daß – etwa im Verhältnis beider deutscher Staaten – die Nichtanerkennung die Opposition im Kontersystem zur Revolte getrieben hat. Inzwischen ist deutlich geworden, daß selbst nach der Anerkennung die DDR-Regierung zu Disziplinierungsmaßnahmen gegen ihre Bevölkerung greifen zu müssen meint, weil sie

offenbar schon in der Existenz des anderen Staates und seiner anderen politisch-sozialen Ordnung eine Bedrohung für ihr eigenes System erblickt. Ebenso naiv ist die Annahme, der Konstitutionalismus, der der amerikanischen Nachkriegspolitik zugrunde lag, habe z. B. mit dem Entzug der Wirtschaftshilfe an die osteuropäischen Staaten verhindert, daß die dort bestehenden Koalitionsregierungen dem starken Druck der Roten Armee hätten standhalten können. Schließlich war es die Sowjetunion gewesen, die die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei gezwungen hatte, die geplante Teilnahme am *Marshall-Plan* abzusagen.

Am Schluß wird vorausgesagt: Die intersystemare Politik der 70er Jahre ist auf die Neutralisierung umstrittener Problembereiche gerichtet, durch die die Neutralisierung umstrittener Gebiete und Grenzen entbehrlich wird (S. 284). Die Arbeit zeigt die Möglichkeiten und Grenzen funktionaler Strategien. Die Möglichkeiten liegen vor allem in den praktischen Hinweisen, auf welche Weise intersystemare Beziehungen über das Nullsummenspiel (Verlust des einen als Gewinn des anderen) hinausgehen und zu Wohlfahrtsgewinnen aller an der Kooperation beteiligten Staaten führen können (S. 136 f., S. 204). Die Grenzen werden vor allem da sichtbar, wo der »Funktionalität« halber die historische Wirklichkeit vereinfacht wird.

Die Studie *Wettigs* über das europäische Staatensystem in der sowjetischen Außenpolitik (1966–1972) hat die europäische Sicherheit zum Hauptgegenstand. Der Begriff der europäischen Sicherheit bezieht sich danach auf die Vorstellung einer nach außen hin abgrenzbaren Staatenwelt, die als ein internationales (Sub-)System verstanden wird (S. 11); Subsystem deshalb, weil es sich hier nicht um ein abgeschlossenes Staatensystem handelt, sondern um ein System, dem zwei Weltmächte zugeordnet sind, die ihrerseits ihr globales Abschreckungsverhältnis auf die europäische Staatenwelt ausgedehnt haben.

Wettig sieht unter dem Gesichtspunkt einer europäischen Friedensordnung folgende theoretisch denkbare Lösungstypen, die das gegenwärtige europäische Staatensystem, das durch ein hohes Maß an Dissoziation einerseits und an Hemmnissen des Gewaltgebrauches zwischen Ost und West andererseits gekennzeichnet ist, ersetzen sollen: 1. In allen wesentlichen Aspekten des Ost-West-Verhältnisses setzt sich eine assoziative Ausrichtung durch. Die bestehenden Hemmnisse gegen einen zwischenstaatlichen Gewaltgebrauch werden durch die Wirksamkeit einer integrierten Machtverfügungsstruktur erweitert. 2. Die assoziative Ausrichtung ist begleitet von einer weitgehenden Beseitigung der bisherigen Hemmnisse gegen einen Gewaltgebrauch, weil zugleich auch die strukturelle Konfrontation der beiden Bündnisssysteme abgebaut wird, ohne daß ein ausreichendes funktionales Äquivalent für die wegfallende Abschreckung geschaffen wird. 3. Die bisherige Dissoziation bleibt im wesentlichen bestehen. Gleichzeitig wird im Sinne einer scheinbaren Beseitigung der politischen Konfrontation die strukturelle Konfrontation des europäischen Staatensystems demontiert. Zweifellos handelt es sich bei dieser dritten Variante um den am wenigsten wünschbaren Lösungstyp, weil die Sowjetunion wegen ihrer – im Vergleich zu den USA – weitaus größeren Nähe zum europäischen Zentrum sich in einer ungleich stärkeren Position befände (S. 20 f.). Wettig stellt die einzelnen Phasen der sowjetischen Versuche dar, ihr Konzept der europäischen Sicherheit zu formulieren und durchzuführen. Dabei geht er zu wenig auf den Zielkonflikt ein, der für die Sowjetunion in den 1960er Jahren darin bestand, daß sie einerseits für die zentrale Kontrolle des westlichen Atomwaffenpotentials durch die USA eintrat und auf der anderen Seite die Westeuropäer in der nationalen Emanzipation gegenüber den USA zu bestärken versuchte (S. 25). Bei der Erörterung der sowjetischen Vorschläge von 1966 bleibt unberücksichtigt, daß diese auch eine Antwort auf die bundesdeutsche Friedensnote vom März des gleichen Jahres darstellten (S. 53). Die sich seit Jahresende 1966 versteifende anti-bundesdeutsche Haltung Moskaus kam in Bonn keineswegs – wie Wettig behauptet –

überraschend, schon gar nicht im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien. Schließlich waren die Gespräche über die Aufnahme der Beziehungen mit Rumänien im September 1966 weitgehend abgeschlossen, und nur die innenpolitische Schwäche (vor allem die Spaltung innerhalb der CDU/CSU) haben die Regierung Erhard daran gehindert, ihren Entschluß in die Tat umzusetzen. Die starke Fixierung Wettigs auf die sowjetische Politik bringt es mit sich, daß bei der Bewertung der östlichen Reaktion auf die neuen ostpolitischen Akzente der Großen Koalition der Einfluß Ulbrichts völlig ausgeblendet wird. Tatsächlich besaß dieser in jenen Jahren eine ähnliche *Vetomacht* gegenüber der sowjetischen Politik, wie sie Adenauer in den 50er Jahren gegenüber den USA besessen hatte. Ebenso ungesichert ist die Vermutung, Tito habe für die Zusage, die Breschnew-Doktrin werde zu seinen Lebzeiten nicht auf Jugoslawien angewandt, die kollektive Souveränität der sozialistischen Staaten grundsätzlich akzeptieren müssen (S. 134).

Der gegen den Funktionalismus erhobene Vorwurf, er berücksichtige machtpolitische Motivationen zu wenig, wird von Wettig offenbar unterstützt. Ob es gerechtfertigt ist, die nichtfunktionalistische Auffassung – die betont, daß sich im Verlauf des funktionalen Prozesses statt einer Logik der Konvergenz eine solche der Divergenz bemerkbar mache, weil Staaten mit unterschiedlicher innerer Machtverteilung vermehrte Interessenberührung miteinander erhalten (S. 155) – »historisch-kritisch« zu nennen, ist sehr die Frage, denn diese Kritik geht offenbar nicht so weit, ihrerseits zu untersuchen, weshalb etwa im Westen (vom Osten gar nicht zu reden) solche Veränderungen des inneren Kräfteparallelogramms befürchtet werden. Wettig nähert sich stark der konstitutionalistischen These (*function follows form*), auch wenn er sich dazu nicht offen bekennt. Die Voraussetzung für erfolgreiche friedliche Kooperation sieht er in der politischen Entscheidung der Regierungen und Völker. Wie diese Akteure allerdings zu solchen Entscheidungen motiviert werden, bleibt weitgehend unklar. Zutreffend sind Wettigs Hinweise auf die zwischen Ost und West bestehenden strukturellen Asymmetrien (wirtschaftliche Überlegenheit des Westens und militärische Überlegenheit des Ostens). Ungenau ist allerdings seine Feststellung, daß diese Asymmetrien sich nicht gegeneinander ausgleichen, sondern eine tendenziell instabile Lage schaffen, weil unter Umständen die weniger prosperierende Seite ihre Machtüberlegenheit dazu benutzen könne, um die Ressourcen der anderen Seite unter ihre Kontrolle zu bringen (S. 158 f.). Selbst unter der Voraussetzung stark reduzierter Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa wäre das Risiko eines solchen Vorgehens zu hoch. Schließlich hat die Sowjetunion auch ihre eigenen Erfahrungen mit scheinbar unterlegenen (d. h. auch militärisch schwächeren) Gegnern. Die Probleme militärischer Präponderanz sind vor allem in der latenten Drohwirkung zu suchen, die allerdings stärker die Staaten des eigenen Hegemonialbereichs als die Westeuropas zu beeinflussen in der Lage ist. Ebenso wenig kann man die Bemerkung Wettigs uneingeschränkt passieren lassen, daß sich zwar der Austausch von Personen und Ideen durch den Gebrauch von Gewalt, nicht aber der Gebrauch von Gewalt durch die Dynamik von Austauschprozessen kanalisieren und verhindern lasse (S. 163). Sicher wird bei hochgerüsteten Staaten der Gebrauch von Gewalt zunächst immer noch als ein relativ bequemes Mittel erscheinen, innere und äußere Krisen zu lösen. Aber die Austauschprozesse können auf Dauer nur dann dynamisch bleiben, wenn die *Mittel* des Gewalthandelns ebenfalls reduziert werden. Insgesamt kann man sagen, daß das Selbstverständnis des Autors keineswegs »historisch-kritisch« ist, eher historisch-skeptisch, wobei die Skepsis künstlich durch den auf die sowjetische Politik verengten Blickwinkel genährt wird. Dies ist weniger Folge der Fragestellung als des Ausblendens der weltpolitischen Prozesse, die im Untersuchungszeitraum abliefen. Dazu zählt insbesondere der Vietnamkrieg, der nur kurz am Rande erwähnt wird (S. 180), auf dessen tiefgreifende Wirkung

auf Europa (auf das Ost-West-Verhältnis ebenso wie auf die Beziehungen Westeuropas zu den USA) aber nicht eingegangen wird. Gerade durch den Vietnam-Krieg haben sich die USA der Chancen einer dynamischen Europa-Politik begeben, die sich nach dem für sie günstigen Ausgang der Kuba-Krise abzeichnet hat.

Ist nun die von den kritischen Friedensforschern *Johan Galtung* und *Dieter Senghaas* zusammen mit einigen Arbeitsgruppen untersuchte Frage »Kann Europa abrüsten?« umfassender behandelt worden? Im theoretischen Ansatz ist dies wohl beabsichtigt. *Galtung* nennt hier einmal mehr die fünf für ihn wesentlichen Elemente einer Friedensstruktur (Symbiose, Symmetrie, Homologie, Entropie, Transzendenz). Dabei wird keineswegs die Konvergenz der beiden unterschiedlichen Systeme in Europa vorausgesetzt, sondern lediglich eine »nichtausbeuterische beiden Seiten nützende Interdependenz der Systeme« (S. 10). Im weiteren Verlauf wird deutlich, daß bei *Galtung* eine historisch verkürzte und teilweise sogar falsche Vorstellung von Ausbeutung besteht. So ist die These, das wichtigste Ereignis, das in diesem Jahrhundert in Europa stattgefunden habe, der von der Sowjetunion bereits 1917 eingeleitete Rückzug Osteuropas von der kapitalistischen Arbeitsteilung, bei der es im großen und ganzen die Rolle der Kolonie gespielt habe, allenfalls teilweise zutreffend. Mit mindestens ebenso großem Recht läßt sich die Gegenthese aufstellen, die zweite Phase der Russischen Revolution, die von den Bolschewiki unter Lenin und Trotzki vorangetrieben wurde, habe dazu geführt, daß sich die Sowjetunion selber sehr *ungleich* entwickelt und Millionen Menschen nutzlos geopfert und zugleich durch ihre Komintern-Politik seit 1920 wesentlich dazu beigetragen hat, daß sich die Arbeiterparteien in Westeuropa erbittert bekämpften und dadurch ein Vakuum schufen, in das der italienische wie der deutsche Faschismus relativ ungehindert eindringen konnten. Was nun die »halbfeudalen osteuropäischen Regime« (S. 19) angeht, von denen *Galtung* spricht, so gibt es hier erhebliche Unterschiede. Die Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit war alles andere als ein »halbfeudales Regime«. Wenig Ahnung hat *Galtung* auch von der deutschen Nachkriegsgeschichte, wenn er schreibt, daß der Westen nie ganz begriffen habe, was für eine Wirkung es auf den Osten gehabt habe, daß er den westdeutschen Staat in beträchtlichem Umfang wiederbewaffnet und zu einer entscheidenden Kraft in der NATO gemacht habe. Die ersten militärisch bewaffneten Verbände auf deutschem Boden wurden in der SBZ organisiert, und zwar fast ein Jahrzehnt (mit dem Aufbau der ersten Kader wurde 1946 begonnen), bevor es in der BRD Vergleichbares gab.

Bei den von *Galtung* genannten Modellen für eine gesamteuropäische Kooperation (Europa der Vaterländer, ein von *einem* Machtblock beherrschtes »unizentrisches« Europa, bizenrisches Europa) entscheidet er sich für das erste Modell, weil im dritten Modell (das zweite scheidet nach seiner Meinung ohnehin aus) die Einzelstaaten zwar nominell Mitglieder einer gesamteuropäischen Organisation sein könnten, aber die subregionale Integration schon so weit fortgeschritten sei, daß die Staaten als Block auftreten würden. Von Bedeutung ist, daß die von einer Studiengruppe unter Leitung *Galtungs* erarbeiteten institutionellen Vorschläge für ein System der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Verbesserungen der individuellen Grund- und Freiheitsrechte weitgehend aussparen. Eine Studiengruppe, aus Vertretern West- und Osteuropas zusammengesetzt, wendet sich dann der Hauptfrage zu: Kann Europa abrüsten? In der Analyse wird einmal mehr das Theorem der Innenleitung des internationalen Rüstungswettlaufs aufgestellt (S. 111). Ihr entspricht folgerichtig der Zweifel, daß es im europäischen System wirklich erhebliche Asymmetrien militärischer Art gibt (S. 121).

Die fundamentale Bedeutung der nichtmilitärischen Asymmetrien wird stark hervorgehoben, nicht zuletzt — was offen zugegeben wird — um die These von den, dem Rüstungswettlauf zugrundeliegenden, politischen und sozioökonomischen Faktoren zu

unterstreichen (S. 123). Dabei wird deutlich, daß die Aufzählung der nichtmilitärischen Symmetrien unvollständig ist; der direkte Einfluß, den die sowjetische Politik nach wie vor auf einige der westeuropäischen kommunistischen Parteien ausübt, bleibt unerwähnt. Im Abschnitt über die grundlegenden Fragen der Abrüstungspolitik wird die These aufgestellt, daß die im Sorin-McCloy-Abkommen von 1961 (Abrüstung sei der beste Weg zur Herstellung von Frieden und Freiheit und die beste Garantie dafür, daß internationale Streitfragen ohne die Anwendung von Gewalt gelöst würden) zugrundeliegende Ideologie radikal überprüft werden müsse (S. 148). Hier droht sich die Katze in den Schwanz zu beißen. Wie soll *Vertrauen* – als Mittel zur Reduzierung der Komplexität auch im internationalen System – geschaffen werden können, wenn zunächst einmal alles *ganz anders* werden muß und deshalb Teillösungen auf dem Gebiet der Abrüstung als zunächst wenig sinnvoll erscheinen. Es zeigt sich allerdings, daß die Arbeitsgruppe selbst Vorschläge zu Teillösungen macht, die sich vor allem auf den Vorschlag der Zonenbildung konzentrieren (atomwaffenfreie und U-Boot-freie Zonen etc.). Interessant sind die Vorschläge, den Teilnehmerkreis von Abrüstungskonferenzen zu erweitern, spezielle Konferenzen der unterdrückten Minderheiten und Mehrheiten einzuberufen sowie parallel zu offiziellen Abrüstungskonferenzen solche von »nichtstaatlichen« Gruppen zu organisieren, um öffentlich Druck auszuüben. Zweifellos wäre hier das Symmetrieproblem von geringerem Gewicht. Weniger durchsetzbar erscheint das Konzept, Wissenschaftler durch eine Art hippokratischen Eid zu verpflichten, nicht an rüstungsrelevanter Forschung teilzunehmen. Insgesamt sind in der Arbeit neben einer Reihe bedenkenswerter Vorschläge auch Vorstellungen enthalten, die dem Ziel der Abrüstung eher zuwiderlaufen. Das hängt nicht zuletzt mit der gelegentlich einseitigen und verkürzten historischen Perspektive zusammen.

7. Militärhilfe und Waffenhandel

Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1971, 144 S., Folieneinbd., 5,80 DM.

Ulrich Albrecht, Politik und Waffengeschäfte. Rüstungsexporte in der BRD (= Reihe Hanser 99), Carl Hanser Verlag, München 1972, 165 S., brosch., 8,80 DM.

Die Studie von *H. Haftendorn* über Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD gibt einen guten Überblick über die Militärhilfe im Rahmen deutscher Außenpolitik seit Anfang der 1960er Jahre, über die NATO-Verteidigungshilfe, über die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe, über die kommerziellen Transaktionen, über die Größenordnung der deutschen Militärhilfe und der Rüstungsexporte. Zugleich werden der innenpolitische Entscheidungsprozeß, die politische Problematik des Rüstungstransfers sowie die Bemühungen um eine Begrenzung des internationalen Rüstungstransfers dargestellt. Ausführliche tabellarische Übersichten, die die Größenordnungen der Materiallieferungen und finanziellen Transaktionen deutlich machen, schließen sich an. Zu Recht wird kritisiert, daß die in der BRD mit Militärhilfe befaßten Stellen ein »fast pathologisch zu nennendes Bemühen« zeigen, das Wort »Militärhilfe« zu vermeiden (S. 8). Die damalige bundesdeutsche Opposition hat sich relativ konsequent gegen eine Verquickung von Entwicklungshilfe und Militärhilfe gewandt. Auch die Bundesregierung mußte im Zusammenhang mit der Krise ihrer Nahostbeziehungen im Winter 1965 erkennen, daß die Militärhilfe ein wenig taugliches Instrument zur Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs war. Im Februar 1965 beschloß sie, künftig keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern und den noch nicht erfüllten Teil des Israel-Abkommens durch Finanz- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 140 Mio. DM abzulösen. In der Frage, wie das Waffenlieferungsabkommen mit Israel dem Parlament bekanntgemacht wurde, verfügt die

Studie nur über unzureichende Informationen. Tatsächlich war es so, daß im Februar 1962 SPD-Abgeordnete bei den Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuß auf Summen in der Größenordnung von mehreren hundert Mio. Mark stießen, die mit der Überschrift »Ausbildungshilfe« nicht erklärt werden konnten. Darauf monierte Ollenhauer in einem Brief an den Bundeskanzler diesen Tatbestand und bat um Aufklärung. Das öffentliche Stillhalten der SPD-Opposition in dieser Frage war ebenso durch innen- wie außenpolitische Rücksichten motiviert.

Der Hinweis auf das Problem der Glaubwürdigkeit der von der sozialliberalen Koalition betriebenen Friedenspolitik ist mehr als berechtigt. Die dadurch notwendige Einstellung der Militärhilfe und die Überprüfung der Rüstungsexportpolitik erfolgte nur sehr zögernd. Als erste Information über die Militärhilfe und die Rüstungsexporte der BRD bis 1970 ist die Studie gut geeignet. Der Zusammenhang dieser Probleme mit den inneren Entscheidungsprozessen müßte allerdings noch wesentlich stärker aufgeheilt werden.

Theoretisch anspruchsvoller ist gerade in dieser Hinsicht die Arbeit von *Albrecht* über Politik und Waffengeschäfte. Die Hauptthese lautet: »Das Verhältnis von ökonomischen und politischen Momenten im Rüstungshandel ist eher umgekehrt als bisher dargestellt zu sehen – Rüstungstransfers sind das Ergebnis von ökonomischen Entwicklungen, die politische Konsequenzen von ungeheurem Gewicht haben« (S. 7 f.). Die Studie ist in drei Teile gegliedert. Zunächst geht es um den Zusammenhang von innenpolitischen Konflikten und politischen Maßnahmen der Industrie. Es wird gezeigt, daß die Waffenexporte keineswegs erst in den 60er Jahren beginnen, sondern in Einzelfällen – insbesondere beim Export von kleineren Kriegsschiffen und Schützenpanzern – mit der Frühgeschichte der BRD einsetzen. Der zweite Abschnitt wendet sich der weltpolitischen Szene zu. Neben den Liefermustern der USA und der UdSSR wird der westdeutsche Rüstungsexport vor allem mit den französischen und englischen Waffenexporten verglichen. Und im dritten Abschnitt werden grob die Bedingungen skizziert, unter denen sich nach Albrechts Auffassung der militärisch-industrielle Komplex »reproduziert«. Auch in Albrechts Studie wird deutlich, daß die von den einzelnen Ressorts mitgeteilten Zahlen über die Rüstungsausfuhr sich teilweise erheblich widersprechen. Während z. B. im Verteidigungsweißbuch 1970 ein Rüstungsausfuhrvolumen von 400 Mio. DM angegeben wird, lauten die Zahlen des Wirtschaftsministeriums für das gleiche Jahr 1970 757 Mio. DM. Es spricht einiges dafür, daß die letztere Zahl der Wirklichkeit am nächsten kommt. Inwieweit allerdings die Angaben des DDR-Wissenschaftlers K. Engelhardt richtig sind, wonach in den offiziellen Umsatzzahlen »rund 50 % Vorleistungen, sprich Doppelzählung, enthalten« sind (S. 29), bleibt sehr die Frage. Schließlich enthalten auch die Daten über den allgemeinen Export keinerlei Angaben über die »Vorleistungen«. Diese Art von Buchführung ist international unüblich und kann nur die Verwirrung vergrößern. Von Bedeutung sind die Feststellungen Albrechts über die (meist privaten) Besitzverhältnisse bei den Schlüsselbetrieben der Rüstungsindustrie. Die Argumentation Albrechts in der Analyse des Zusammenhangs von nationaler Rüstungswirtschaft und sich verstärkender weltweiter Tendenz zu Rüstungsexporten ist nicht ohne Widersprüche. Auf der einen Seite wird festgestellt, daß die Bundesregierung größter Rüstungskäufer auf den internationalen Waffenmärkten ist, weil sie – was Albrecht nur indirekt einräumen bereit ist – in den vergangenen Jahren den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie nicht sehr intensiv gefördert hat. Auf der anderen Seite wird darauf hingewiesen, daß eine autark betriebene Rüstungswirtschaft sehr kostspielig ist und nur noch Länder wie die USA und Frankreich sich diesen Luxus leisten. Hier drängt sich die Folgerung auf, daß der Rüstungsexport die Rüstungskosten erheblich verringern würde. Historisch ungenau sind Albrechts Angaben über die Ursachen des »raketenartigen«

Anstiegs (S. 106) des französischen Rüstungsexports. Die Hauptursache lag im de Gaulleschen Konzept der strategischen *Rundumverteidigung*. Der dadurch notwendig gewordene Ausbau der Rüstungsindustrie seit Ende der 50er Jahre ergab dann Tendenzen der Eigendynamik, die wesentlich durch Kostenüberlegungen bestimmt waren und werden. Hier wäre es falsch, von den *Folgen* her die *Ursachen* zu erklären. Naiv begegnet Albrecht der sowjetischen Rüstungsexportpolitik. Auch die Sowjetunion versucht – zumindest teilweise – Waffenlieferungen als politisches Druckmittel zu benutzen, wie die Beispiele Jugoslawien (1948), China (1960) und Albanien (1961) zeigen. Es ist auch nicht so, daß sowjetische Waffen sonst nur an nationale Befreiungsbewegungen geliefert werden, damit diese den westlichen Imperialismus bekämpfen können. Albrecht selbst räumt ein, daß die Sowjetunion Fernbomber an Entwicklungsländer liefert (S. 136, Anm. 179); daß diese dazu dienen können, nationale Bewegungen niederzuhalten, hat die Niederlage der Kurden im Irak gezeigt. Albrecht nimmt auch nicht zur Kenntnis, daß – wie am Beispiel der wenigen deutschen Hilfskreuzer im 2. Weltkrieg nachzuweisen ist – 10 bis 20 Schiffe der Sowjetunion im Indischen Ozean genügen (S. 116), um die *Kaproute* lahmzulegen. Die chinesische Politik denkt über die sowjetische Anwesenheit im Indischen Ozean jedenfalls anders. Bei der Darstellung des Zusammenhangs zwischen nationaler Rüstungswirtschaft und dem rüstungsexportanheizenden Zwang zu Kostensenkungen, dem die westlichen Regierungen ausgesetzt sind, geht Albrecht mit keinem Wort darauf ein, daß die Sowjetunion über Kostensenkungen durch Export kaum nachzudenken braucht, weil sie ihrer Bevölkerung Konsumverzicht in weit größerem Maße auferlegen kann, als dies den von Parlament und Öffentlichkeit kontrollierten Regierungen des Westens möglich ist. Insgesamt führt die Studie Albrechts über den von H. Haftendorn verfolgten Ansatz hinaus. Ihr Wert wird allerdings erheblich dadurch gemindert, daß sie in einigen Abschnitten bei der Analyse der Ursachen-Folgen-Kette historisch ungenau und auf dem »linken« Auge blind ist.

8. Imperialismusforschung und Internationale Beziehungen

Hans-Christoph Schröder, Sozialistische Imperialismusdeutung. Studien zu ihrer Geschichte (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 375 S), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1973, 136 S., kart., 8,80 DM.

Pierre Jalée, Das neueste Stadium des Imperialismus, Carl Hanser Verlag, München 1971, 204 S., kart., 28 DM.

Dieter Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion (= edition suhrkamp 563), Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1972, 2. Aufl., 1973, 404 S., kart., 10 DM.

Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), Internationale Beziehungen (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek 62), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1973, 394 S., Ln., 28 DM.

Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), Probleme der internationalen Beziehungen (= edition suhrkamp 593), Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1972, 221 S., kart., 7 DM.

Bernard Willms, Entwicklung und Revolution. Grundlagen einer dialektischen Theorie der Internationalen Politik, Makol Verlag, Frankfurt 1972, 347 S., kart., 18 DM.

H.-Chr. Schröders Studie zur sozialistischen Imperialismusdeutung erhebt nicht den Anspruch, die verschiedenen Theorien erschöpfend darzustellen. Ihr geht es um eine Explizierung von Entstehung, Kontinuität, Erweiterung und Abwandlung bestimmter Grundgedanken der sozialistischen Imperialismusdeutung. Die Studie behandelt zuerst den Zusammenhang von Unterkonsumtionstheorien und Expansionstheorien, dann die

Frage der systemsprengenden Konsequenzen des Imperialismus und des Formwandels kapitalistischer Widersprüche, die Unterschiede in Kautskys und Lenins Imperialismusdeutung während des 1. Weltkriegs sowie einige zentrale Punkte der Leninschen Theorie des Imperialismus (Bestechungsthese, Antiimperialistischer Befreiungskampf unterdrückter Völker und die Umdeutung des Klassenkampfgedankens). Von Interesse ist, daß Kautskys These eines übernationalen Solidarimperialismus, einer Einheitsfront der industriellen Staaten gegenüber den rückständigen Agrarländern (S. 42), wieder aktuell ist, insbesondere dann, wenn man »Agrarländer« ersetzt durch »Rohstofflieferländer«. Lenin hat diese These Kautskys von einer Tendenz zum »Ultraimperialismus« barsch zurückgewiesen und dies damit begründet, daß die ungleiche Entwicklung der imperialistischen Staaten faktisch jedes internationale Arrangement durch die sich unaufhörlich verändernden Kräfteverhältnisse immer wieder obsolet mache. Dies ist ein Gedanke, den Lenin von Bucharin übernommen hat. Eine genauere Durchsicht der teilweise veröffentlichten Vorarbeiten und Exzerpte zur Imperialismusschrift (Lenin, Hefte zum Imperialismus, Berlin/DDR 1957, S. 11, 205 f., 414) würde zeigen, daß die Tendenz der großen amerikanischen und europäischen Konzerne und Banken, die Welt in Interessensphären aufzuteilen, Lenin sehr gut bekannt war. Dies zuzugeben, hätte aber bedeutet, daß er die für das revolutionäre Handeln unbedingt notwendige instrumentelle Durchschlagskraft seiner Theorie nicht erreicht hätte (Kapitalismus = Imperialismus = Krieg, Sozialismus = Frieden und Fortschritt). Dieser Zusammenhang wird von Schröder skizzenweise hergestellt (S. 49). Wie sich nach 1917/18 zeigte, hatte auch die These von der steigenden Bedeutung des antiimperialistischen Befreiungskampfes in Asien und Afrika eine überwiegend instrumentale Bedeutung. Auf dem zweiten Komintern-Kongreß im Juli 1920 hielt Lenin das Exploitationsverhältnis zwischen Völkern für den die Situation nach dem Weltkrieg entscheidend prägenden Faktor. Kampf der Nationen gegeneinander und internationaler Klassenkampf fielen so tendenziell zusammen. Aus der Rückschau ergibt sich, daß weniger der internationale Klassenkampf, der da und dort sicher erkennbar ist, sondern vielmehr zwei europäische »Bürgerkriege«, die zugleich auch Weltkriege waren, zur politischen Selbstbestimmung der Länder der Dritten Welt entscheidend beigetragen haben. Inwieweit trifft nun die Schlußthese dieses sehr anregenden Überblicks zu, daß heute der Zusammenhang zwischen »notwendiger Ausbeutung« in der Dritten Welt und der Stabilität des kapitalistischen Systems in den heutigen Imperialismustheorien realistischer gesehen werde als früher? (S. 100 f.).

In der Imperialismusdeutung von *Pierre Jalée* (Das neueste Stadium des Imperialismus), die in der Bundesrepublik viel gelesen und noch mehr zitiert wird, ist zwar davon die Rede, daß der Handel der kapitalistischen Länder untereinander im Wachsen begriffen sei, ebenso ihre industrielle Verflechtung, und dies wesentlich auch durch die Dynamik der Integration in der Nachkriegszeit auf den Gebieten der Zölle, der Währungspolitik und der allgemeinen Wirtschafts- und Handelspolitik verursacht worden sei, während der Handel dieser Länder mit denen der Dritten Welt relativ (teilweise absolut) eher zurückgehe, weil die Erlöse für die Rohstoffe gesunken seien oder stagnierten. Er sieht die Notwendigkeit imperialistischer Politik aber immer noch darin begründet, daß bei wichtigen Rohstoffen (vor allem beim Öl, Bauxit und bei den NE-Metallen) die Abhängigkeit für die Schlüsselindustrien der Länder Westeuropas und Nordamerikas nach wie vor sehr groß sei. Andererseits muß er einräumen, daß die »imperialistische Herrschaft nicht unbestritten« sei. Von Bedeutung ist Jalées Auseinandersetzung mit Eugen Varga, der Staat und Monopole für unabhängige Kräfte hält und deshalb die Stamokap-Theorie, die stärker von Stalin als von Lenin entwickelt wurde, kritisiert. Jalée hält es mit der Definition Stalins, wonach der Staat den Monopolen untergeordnet werde. Diese angeblich das *Wesen* des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten erklärende These

versucht überhaupt nicht zu fragen, weshalb der Staat in den kapitalistischen Demokratien mehr oder minder sich zum »ideellen Gesamtkapitalisten« (F. Engels) entwickelt hat. Leninisten und Stalinisten bleibt natürlich genau wie ihren Urvätern verborgen, daß demokratische Legitimität ein enormes Machtmittel sein kann (nicht muß) und daß die damit verbundene Erhaltung von Massenloyalität nur erreicht werden kann, wenn die führenden politischen Kräfte ein Mindestmaß an Gerechtigkeit und freier Entfaltung garantieren. Auch Jalée benutzt die Methode zur Immunisierung der eigenen Argumente, wenn er betont, daß die rechnerische Erfassung der ökonomischen Beziehungen zwischen Imperialismus und Dritter Welt die eigentlichen Probleme nicht lösen könne (S. 132). Ängstlich weist Jalée auch den Vorwurf zurück, daß sein an den Untersuchungen von H. Magdoff orientierter Begriff des »Superimperialismus« etwas mit Kautskys »Ultraimperialismus« zu tun habe (S. 178), obwohl er an gleicher Stelle schreibt, daß die Integration gegenüber dem Moment der Konkurrenz im imperialistischen Lager der bestimmende Faktor geworden sei (S. 180). Nichts anderes hat Kautsky behauptet.

Inwieweit sind die Analysen über »abhängige Reproduktion«, die *D. Senghaas* unter dem Titel »Imperialismus und strukturelle Gewalt« herausgegeben hat, wissenschaftlich anspruchsvoller? In der Einleitung geht Senghaas davon aus, daß in keinem der tonangebenden Konzepte, wie sie in den Disziplinen internationaler Politik und internationaler Wirtschaftsbeziehungen üblich sind, unter herrschaftssoziologischen Fragestellungen Kategorien wie Schichtung, Disparität, Dominanz-Dependenz, Metropole-Satellit, Zentrum-Peripherie und Ausbeutung einen bedeutsamen Stellenwert besitzen (S. 14 f.). Die Determinierung des Entwicklungsprozesses der sogenannten unterentwickelten Länder durch die Metropolen lasse sich nur durch die historische Rekapitulation und Analyse ihrer jahrhundertewährenden Eingliederung in die Bedürfnisstruktur der Metropolen zum Ausdruck bringen (S. 20). Der Band enthält keine Beiträge über Abhängigkeitsstrukturen *zwischen* und *in* sozialistischen Gesellschaften. In *Galtungs* struktureller Theorie des Imperialismus wird sichtbar, daß dieser stärker als früher die Politische Ökonomie entdeckt hat. Vielleicht verläßt er sich inzwischen zu sehr auf sie. So spricht er z. B. vom Grad der Verarbeitung als der grundlegenden Variablen der *spin-off*-Auswirkung. Die Ölpreiskrise hat inzwischen deutlich gemacht, daß nicht der Grad der Verarbeitung in diesem Zusammenhang die einzig grundlegende Variable ist, sondern weltpolitische Konstellationen andere Austauschbeziehungen herstellen können, wobei dies sicherlich von den Möglichkeiten der Rohstoffsubstitution durch die Industrieländer mitabhängt. Deshalb ist auch *Galtungs* Feststellung problematisch, daß die Sowjetunion insgesamt keine imperialistische Macht sei, weil sie sich keiner *spin-offs* bei der Verarbeitung von Rohstoffen erfreue. Die Versuchung, sich bei ihren Lieferungen an Weltmarktpreise anzupassen, hat auch die Sowjetunion überwältigt (vgl. S. 56 und 81). In *Galtungs* Beitrag wird die physische Präsenz imperialistischer Gruppen *unter-* und die wirtschaftliche Penetration *überschätzt* (vgl. S. 81, 92 f.). Physische Präsenz bedeutet auch die Möglichkeit, Politik und Kommunikation zu prägen, von den wirtschaftlichen Möglichkeiten ganz abgesehen. Ohne diese Präsenz kann es durchaus zu Nationalisierung von Schlüsselbetrieben wie zu einer »ertragreichen« Schaukelpolitik kommen. Prinzipiell ist zuzustimmen, daß der Versuch der »Horizontalisierung« nicht nur das Verhältnis Zentrum-Peripherie, sondern auch die Beziehungen Peripherie-Peripherie erfassen sollte (S. 96 f.). In *Gantzels* Analyse von Abhängigkeitsbeziehungen in der gegenwärtigen Weltgesellschaft wird etwas zu vorschnell vorausgesagt, daß der britische EWG-Beitritt durch die damit wahrscheinlich verbundene Assoziierung ehemaliger britischer Kolonien deren völkerrechtliche Souveränität völlig zur Farce machen werde (S. 116). Inzwischen hat der Vertrag von Lomé ansatzweise einen Weg gewiesen, der die tiefgreifende Asymmetrie in den Beziehungen zu diesen Ländern überwinden kann. Ebenso ist die Be-

hauptung ungenau, die USA seien Schrittmacher der Nachkriegsrüstung gewesen (vgl. meine Hinweise in der Rezension von Forndrans Studie). Die Abhandlung von *James O'Connor* verdient Interesse durch ihre Analyse der frühkolonialen Beziehungen wie auch wegen der Differenzierung der Leninschen Imperialismusdeutung. Dazu gehört der Hinweis, daß zwei Drittel aller Kapitalexporte in den letzten Jahren öffentliche Gelder sind und die herrschenden »staatskapitalistischen« Länder, im Unterschied zum 19. Jahrhundert, vom privaten Kapitalmarkt unabhängig sind (S. 175, 179). Wenn das so ist, wirkt die These O'Connors, die Regierungen der USA und Westeuropas stünden unter wachsendem Druck der internationalen Monopole (S. 184), wenig überzeugend. *Steven Hymer* gibt in seinem Beitrag über multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung eine interessante Skizze der Entstehungsgeschichte der Multis. Im Unterschied zu vielen anderen vertritt Hymer die Auffassung, daß angesichts der wachsenden Probleme in den unterentwickelten Ländern das Zeitalter der Multis eher am Ende als am Anfang stehe (S. 235). Der dritte Teil des Sammelbandes gibt mit Beiträgen von *T. Dos Santos*, *O. Sunkel*, *C. Furtado*, *U. Müller-Plantenberg* und *A. Martinelli* eine kleine Auswahl aus der in den letzten eineinhalb Jahrzehnten mächtig anschwellenden Dependenz-Literatur, wie sie sich vor allem in Lateinamerika entwickelt hat. Das Verdienst dieser Beiträge besteht darin, daß sie die fundamentalen Strukturelemente der Ursachen von Unterentwicklung historisch zu analysieren versuchen. Allerdings ist diese Geschichte zu kurzatmig angelegt und setzt mit der Kolonialgeschichte oder gar erst im 19. Jahrhundert an. Der Hinweis auf vorkoloniale Bedingungen personaler und struktureller Gewalt soll die Kolonialpolitik wie auch die Elemente imperialistischer Beziehungen keineswegs negieren, sondern darauf aufmerksam machen, daß die Verflechtung von vorkolonialen und kolonialen sozialen Prägungen und ökonomischen Rahmenbedingungen noch viel zu wenig erforscht ist. Von Interesse ist auch die Arbeit von *Müller-Plantenberg* über den Zusammenhang von Technologie, Arbeitskräfteeinsatz und Gewinnerwartung, in der eine Reihe der Annahmen von *Sunkel* relativiert werden (S. 343–350). *A. Martinelli* kritisiert vor allem die Dualismustheorie (wonach es in den unterentwickelten Ländern einen kleineren entwickelten Teil gibt, der seine Privilegien durch die Tätigkeit der multinationalen Konzerne erhält, und den weitaus größeren Teil der Bevölkerung, der in der traditionellen Wirtschaft des Landes arbeitet und dessen Verelendung infolge der Stagnation dieses Sektors eher zunimmt). Er besteht darauf, daß der beherrschende koloniale Einfluß die gesamte Gesellschaft transformiere und dieser Prozeß alle Teile der Gesellschaft berühre. Das ist so richtig wie allgemein. Die Vertreter der Dualismustheorie können ihren Ansatz mit eindrucksvolleren Belegen stützen. Trotz mancher historischer Verkürzung, die erheblichen Einfluß auf die Validität von Theorien über Dominanz, Abhängigkeit etc. in den internationalen Beziehungen haben, gibt dieser Band über das Gesamtproblem in umfassender Weise und auf einem Niveau Auskunft, das sonst kaum erreicht wird.

Das Gefälle zwischen diesem Sammelband und dem von *E. Krippendorff* herausgegebenen Reader »Internationale Beziehungen« ist erheblich. Auch wenn die Textauswahl dadurch begründet wird, daß sie versuche, an eine verschüttete, kritische Tradition der Disziplingeschichte Internationale Beziehungen anzuknüpfen – was Historiker nur gut heißen können –, ist bedauerlich, daß die substantiellen Beiträge, die neue Einsichten und Erkenntnisse vermitteln, in der Minderzahl sind. So wiederholt *K. Polyani* (»Der Hundertjährige Frieden«) die sehr simple These, der mächtige soziale Mechanismus, der zwischen 1815 und 1914 den allgemeinen Frieden angeblich gesichert habe, sei die »haute finance« gewesen, bei der die »metaphysische Exterritorialität« einer jüdischen Bankdynastie (der Rothschilds) für das zentrale Bedürfnis der Staaten nach internationalen Krediten eine perfekte Lösung darstellte (S. 42–44). Insgesamt sind die Belege

für diese eher skurril anmutende These von der *unsichtbaren Hand* eher dürftig. Einzelne Beispiele sind eher kontraindikativ, so etwa das russische, wo das angebliche Drängen der *haute finance* auf einen Verfassungsstaat trotz des hohen Kreditbedarfs der russischen Regierung im 19. Jahrhundert nie zum Ziel geführt hat (auch Marx und Engels formulierten derlei Hoffnungen immer wieder von neuem). Vor allem bleibt im Dunkel, weshalb diese angeblich so perfekt funktionierende Organisation des internationalen Finanzwesens 1914 versagte. Weitaus ernster zu nehmen ist die Analyse der Weltwirtschaft nach 1870 durch *M. De Cecco*. Der Nachweis der Flucht Englands in die Märkte des Empires (insbesondere der Dominions) und dessen Verteidigung gegen die Importe anderer Industrienationen in den Jahren zwischen 1890 und 1914 gelingt ihm ebenso wie die Herausarbeitung der Erkenntnis, daß England in jener Phase nicht mehr in der Lage war, die Herausforderung der »zweiten industriellen Revolution« anzunehmen (S. 65 und 74). *A. G. Frank* kritisiert in einer Darstellung der Entwicklung der Unterentwicklung die Dualismusthese; dabei wird auf Japan verwiesen, das ein klassischer Fall der Industrialisierung durch Nichtteilnahme als Satellit am kapitalistischen Weltsystem gewesen sei (S. 97). Diese Begründung ist zu einfach. Möglicherweise war hier eine Konfiguration anderer Faktoren (vom sozialen Rangsystem über spezifische Motivationsstrukturen bis zur Tatsache der Nichtbesetzung durch eine ausländische Macht) entscheidender für die Entwicklung des Landes als das Ausmaß ökonomischer Abhängigkeiten bzw. Nichtabhängigkeiten. Dieses komplexe Beziehungsnetz in Japan enthielt Elemente struktureller Gewalt, die der westeuropäischen und nordamerikanischen Länder in nichts nachstand. Wenig Kenntnis verrät die in dem Beitrag der DDR-Völkerrechtler *H. Kröger* und *K. Lingner* (Wege zu einer marxistisch-leninistischen Methodologie der Analyse internationaler Beziehungen) aufgestellte Behauptung, die Arbeiten von Marx und Engels zu den Fragen der internationalen Beziehungen stellten Musterbeispiele der Anwendung der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung dar (S. 103). »Das Primat der ökonomischen Faktoren« (S. 108) auch für die internationale Entwicklung ist von Marx und Engels nie in dieser umfassenden Weise verfochten worden. Oft ist bei beiden eher eine Umkehrung des Bezugssystems anzutreffen (vgl. auch die Arbeit des Rezensenten zu diesem Gegenstand in: AfS XII, 1972, S. 109–184). Die beiden Autoren kommen offenbar zu ähnlichen Ergebnissen, wenn sie beteuern, daß für die internationalen Beziehungen der Gegenwart die Bedeutung des ideologischen Faktors nicht hoch genug zu bewerten sei (S. 113). Abgesehen von historischen Beiträgen von *Eckart Kehr*, *Bernd Jürgen Wendt* und *Gerhard Brandt* ist *Krippendorffs* eigene Arbeit von 1963 (Ist Außenpolitik Außenpolitik?) immer noch anregend, weil hier die einzelnen Handlungsfelder und Bezugssysteme, in denen sich Außenpolitik vollzieht, nüchtern bezeichnet werden, ohne daß in trivial-dialektischer Weise (Entweder-Oder-Lyrik) Bezüge hergestellt werden, die meist nur vermutet, in wenigen Fällen aber konkret nachgewiesen werden. So heißt es z. B. im Beitrag von *G. Junne*, *S. Nour* und *F. Schlupp* (»Zur Grobstruktur des internationalen Systems«): »Jeder analytische Neuansatz, der der Deformierung entgehen will, muß von der Perspektive nur *einer* Politik als Herrschafts- und Gesellschaftspolitik, die allerdings unterschiedliche Formen annehmen kann, ausgehen« (S. 233). In ähnlichem Stil nimmt der Ungar *Istvan Kende* (»25 Jahre lokaler Kriege«) für sich in Anspruch, jeweils erkennen zu können, welche Seite einen gerechten bzw. ungerechten Krieg führe (S. 250). *Elmar Altvater* (Weltwirtschaft und Weltwährungssystem) erklärt das schnelle Wachstum der Wirtschaft und des Welthandels nach 1945 wesentlich aus der Produktionsstruktur des Monopolkapitalismus (S. 290). Auch hier ein unilineares Kausalitätsmodell, das politische Faktoren wie den der europäischen Integration, der enormen Zunahme der Massenkaufkraft durch gewerkschaftliche Strategie und flankierende Maßnahmen wohlfahrtsstaatlicher Planung ausblendet. Von den Bei-

trägen des 4. Teils (»Zur Theorie des internationalen Systems«) ist der Beitrag von P. Gäng und R. Reiche (1967) über ein Faktorensystem der Weltrevolution immer noch interessant, weil er eine Topologie von Ländergruppen versucht, in der die Primärfaktoren der wichtigsten Prozesse sichtbar werden sollen. Die Konsequenzen, die aus diesem Ordnungssystem gezogen werden, sind unzulänglich, weil sie wichtige historische Faktoren und Tendenzen unberücksichtigt lassen. Das schließlich am Ende des Bandes abgedruckte (auf einer Tagung der Sektion Internationale Politik der Vereinigung für Politikwissenschaft 1972 in Tutzing entstandene) *Curriculum* der Wissenschaft von der Internationalen Politik formalisiert diese historische Verkürzung dadurch, daß es das Studium der internationalen Beziehungen auf die historische Periode beziehen läßt, »die sozialgeschichtlich mit den Anfängen und der Entwicklung des Kapitalismus zusammenfällt« (S. 365).

Im zweiten Sammelband, den Krippendorff vorgelegt hat, finden sich zu Einzelproblemen der internationalen Beziehungen Beiträge von M. B. Brown, L. Turgeon, E. Senghaas-Knobloch, G. Brandt, K. Steinhaus und E. Mandel. Krippendorff selbst schreibt einen Beitrag zum Zusammenhang von Stabilisierung und Klassenkampf im internationalen System. Hier ist eine Reihe von Ungenauigkeiten enthalten wie z. B., daß sich der Grad an direkter oder indirekter Abhängigkeit vom Weltmarkt nach Grad und Ausmaß der jeweiligen innenpolitischen Liberalität in den einzelnen nationalen Gesellschaften funktional bestimmen lasse. Der Hinweis auf das England des 19. Jahrhunderts mag noch angehen. Aber schon das Beispiel USA taugt nicht sehr viel, weil es sich hier um einen Binnenmarkt handelt, der in der Welt nicht seinesgleichen hat (1 % Binnenwachstum schlagen auch heute noch mehr zu Buche als 10 % Exportsteigerung). Und die nicht erwähnten Beispiele Deutschland und Japan, deren Verflechtung mit dem Weltmarkt in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts schon enorm war, sind eher kontraindikativ.

Im Beitrag von Lynn Turgeon wird auch das ambivalente Verhältnis deutlich, das die sowjetische Führung siegreichen kommunistischen Regierungen in der Dritten Welt entgegenbringt. Das Beispiel Kuba zeigt, daß revolutionäre Erfolge dort wirtschaftlich meist zu Lasten der UdSSR gehen.

Widersprechen muß man der Aussage von Gerhard Brandt zu Rüstung und Abrüstung, wonach in den kapitalistischen Ländern einzig die militärisch orientierte Forschung und Entwicklung sich als praktikable Form von Wissenschaft und Technik erwiesen habe (S. 144). Das mag für die USA zu einem Teil zutreffen, nicht aber für Westeuropa und Japan. Krippendorffs Bemerkung zum Imperialismusbegriff bewegt sich wesentlich im Rahmen einer ökonomischen Analyse. Dabei wird ausgeblendet, daß es neben der Weltmarktbewegung des Kapitals auch heute noch eine fatale politische Eigendynamik von Großreichen gibt, die etwa bei der Behandlung ihrer Minderheiten und/oder der Länder im Vorfeld sich ganz »unökonomisch« verhalten, egal ob sie stärker privat- oder staatskapitalistisch organisiert sind. Dies gilt für die heutige Sowjetunion ebenso wie für einige Elemente in der amerikanischen Vietnampolitik. Die Analyse über den Einfluß multinationaler Unternehmen in den Ländern der Dritten Welt zeigt, daß deren Vorgehen wesentlich »ökonomischer« ist als das der Regierungen. Die von Krippendorff erwähnte Definition der nationalen Sicherheit durch W. W. Rostow von 1956 (S. 193) macht dabei deutlich, daß Schumpeters Atavismusthese immer noch nicht »atavistisch« ist. In Mandels Kritik der Vorstellung vom »Wettkampf der Systeme« fehlt ein Hinweis darauf, daß nicht nur die Wirtschaftskraft der osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion nicht ausreicht, einen bedeutenden Teil der Gesamtexporte der Dritten Welt aufzukaufen, sondern daß die Schwächen der erstgenannten Länder auch in der Form der Wirtschaftsorganisation und der Währungsverfassung sowie der Zieldefinition zu suchen sind.

In seinem Versuch über das Thema »Entwicklung und Revolution« geht B. Willms darauf aus, das Monopol des Marxismus auf welthistorische Universaltheorie ebenso zu bestreiten wie das politische Defizit der bloß »szientistischen« Grundlegung der »internationalen Politik« herauszustellen: »Versucht ist eine allgemeine Theorie der globalen Situation, in der das revolutionäre Verhältnis sozialistischer Entwicklungen in der »Zweiten Welt« sowie die Dynamik der »Dritten Welt« bestimmbar werden« (S. 14). Dies geschieht auf weiträumigen, vom Autor aber für notwendig gehaltenen, »Ab- und Umwegen«. Der dabei entwickelte Wortreichtum, der gelegentlich mehr verdunkelt als erhellt, läßt vor allem die Frage offen, ob solche Grundlegungen einer »dialektischen Theorie der internationalen Politik« noch zeitgemäß sind, weil Dialektik, nicht nur als Methode, sondern auch als Bewegungsform der Vernetzung der Kausalität im *Mehrpersonen»spiel* der gegenwärtigen internationalen Beziehungen kaum mehr beikommt. Deshalb ist die Umkehrung des Popperschen Begriffs der offenen Gesellschaft (S. 267) und seine topographische Fixierung auf die Entwicklungsländer, für die die Disposition über beide welthistorische Alternativen (Kapitalismus/Sozialismus) noch offen sei, zunächst kaum mehr als ein Wortspiel. Von fast unfreiwilliger Komik ist seine Feststellung: »Die allgemeine Revolution ist nur einmal zu machen«; und dazu sein Kommentar: »Ein Argument, das übrigens jedem Marxisten in der Sowjetunion oder etwa der DDR sofort einleuchtet« (S. 322). Da kann man nur sagen: Weil sich's in der etablierten Revolution eben so schön und bequem leben läßt! Willms' historische Perspektive enthält wohl nur Theorie bzw. Theoriefragmente, sonst wäre ihm aufgefallen, daß die »sozialistische Mobilisierung«, die Lenin und Stalin in Gang gebracht haben, die Fortsetzung einer im zaristischen Rußland üblichen, aber sehr problematischen Tradition der »Revolution von oben« darstellt, durch die Rückständigkeit – wenn man ihre Einzelaspekte wie das Gesamtverhalten betrachtet – eher perpetuiert oder petrifiziert als abgebaut wird. Im Gegensatz zum Rußland von 1917 hatte das China Mao-tse-tungs sehr viel plausiblere Gründe, *Selbständigkeit* auch in der zeitweisen *Rückständigkeit* anzustreben und dabei aus der Not der Rückständigkeit die Tugend zu machen, ein Fortschrittsmodell zu entwerfen, das für Länder in vergleichbarer Lage humaner und eher realisierbar ist als das sowjetische.

9. Historische Friedensforschung

Fritz Dickmann, Friedensrecht und Friedenssicherung. Studien zum Friedensproblem in der Geschichte (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 321 S), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1971, 183 S., kart., 8,80 DM.

Eberhard Kolb, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1970, 150 S., kart., 17,80 DM.

Volker R. Berghahn, Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des »Kalten Krieges« vor 1914 (= Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 5), Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 94 S., Folieneinbd., 14 DM.

Annette Kuhn, Theorie und Praxis historischer Friedensforschung (= Studien zur Friedensforschung, Bd. 7), Klett/Kösel Verlag, Stuttgart/München 1971, 149 S., brosch., 9,80 DM.

Annette Kuhn/Gisela Haffmanns/Angela Genger, Historisch-politische Friedenserziehung (= Unterrichtsmodelle zur Friedenserziehung), Kösel Verlag, München 1972, 159 S., kart., 16,80 DM.

Wolfgang Huber (Hrsg.), Historische Beiträge zur Friedensforschung (= Studien zur Friedensforschung, Bd. 4), Klett/Kösel Verlag, Stuttgart/München 1970, 242 S., engl. brosch., 20 DM.

Karl Hammer, Christen, Krieg und Frieden. Eine historische Analyse, Walter Verlag, Olten/Freiburg i. Br. 1972, 191 S., Pb., 18 DM.

Die Sammlung von Studien des 1969 verstorbenen Historikers *Fritz Dickmann* wird von den Herausgebern als Beitrag eines Historikers zur Friedensforschung bezeichnet. Der erste Beitrag ist dem Problem der Gleichberechtigung der Konfessionen im Reich im 16. und 17. Jahrhundert auf der Spur. Dickmann macht deutlich, daß es bei den »Konfessionen« und deren Konflikt nicht in erster Linie um die freie Religionsausübung und ähnliche Fragen ging, sondern vor allem um politische Machtauseinandersetzungen zwischen »Religionsparteien«. Modern gesprochen, beginnt mit der Ausformung dieser Religionsparteien (1524) eine Blockbildung, in der sich die Auseinandersetzungen schon in ähnlicher Weise akzentuieren wie im gegenwärtigen Konflikt der ideologisch bestimmten Blöcke. Dies brachte es mit sich, daß beide Parteien nicht nur in theologischen, sondern auch in entscheidenden Rechtsfragen sich auf völlig verschiedenem Boden bewegten; jede glaubte sich selbst im vollen Besitz der Wahrheit und den Gegner in schuldhafter Verblendung verstrickt (S. 10). Parallelen lassen sich auch daran aufweisen, daß ein evangelischer Landesherr unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Kirchengut zu beinahe jedem ihm gutdünkenden Zweck für sich in Anspruch nahm, während ein katholischer Landesherr durch das kirchliche Recht gebunden blieb. Das Heilige Römische Reich erschien als verkleinertes Universum, der Reichstag als eine Art Vollversammlung der Regierungen des Völkerbundes oder der Vereinten Nationen. Auf entsprechende Weise kam die Verpflichtung des Staates zur Toleranz nicht aus der Toleranzidee, wie sie schon im 16. Jahrhundert vom Humanismus verfochten wurde, sondern aus der Rivalität der beiden großen Konfessionen. Allerdings – und hier finden die Parallelen ihr Ende – bestand das *ius emigrandi* als wichtigstes Grundrecht, das vor dem Äußersten, der Verfolgung wegen Ketzerei, schützte und einen Ausweg für die in ihrem Gewissen und ihrer Freiheit Bedrängten bildete.

Die zweite Studie Dickmanns ist dem Rechtsgedanken und der Machtpolitik bei Richelieu gewidmet. Richelieus Instruktionen (1642) enthalten u. a. den originellen Gedanken der wechselseitigen Garantieverpflichtungen aller Signatarmächte, der wesentliche Elemente dessen enthält, was man heute ein System kollektiver Sicherheit nennen würde, in das die ganze europäische Staatenwelt einbezogen werden soll. Ein ähnliches System – und darauf weist Dickmann in einem weiteren Beitrag hin (»Krieg und Frieden im Völkerrecht der frühen Neuzeit«) – wurde schon 1455 zwischen den Signatarmächten des Friedens von Lodi errichtet. An gleicher Stelle macht Dickmann auch den Wandel im Kriegsbild vom 16./17. Jahrhundert zum 18. Jahrhundert deutlich. Im Gegensatz zur »grausamen Wildheit der Religionskriege« zeigen die »Kabinettskriege« des Absolutismus eine Tendenz zur Schonung der Zivilbevölkerung und eine Begrenzung der Kriegsziele. Die hier errichteten Schutzwehren zur »Hegung« des Krieges wurden durch die im Gefolge der französischen Revolution entstandenen kriegerischen Konflikte wieder eingerissen (S. 143). Es wird hier auch deutlich, daß es schon im 17. Jahrhundert den tiefgreifenden Unterschied zwischen *Zentrum und Peripherie* gegeben hat. Jenseits der »Freundschaftslinien«, die durch einen bestimmten Breitengrad und Meridian im Atlantischen Ozean die Grenze zwischen dem europäischen Friedens- und dem überseeischen Kriegsgebiet bestimmten, herrschte ein völkerrechtsloser Naturzustand, in dem das Recht des Stärkeren meist auf dem Rücken der eingeborenen Bevölkerung ausgetragen wurde. Weitere Beiträge (»Der Krieg als ethisches Problem« sowie »Der Krieg als Rechtsproblem in Antike und Mittelalter«) weisen darauf hin, wie sehr eine umfassende Geschichte der Entstehung des Völkerrechts und seiner Anwendung ein Desiderat der Geschichtswissenschaft bleibt.

Auch die Arbeit von *Eberhard Kolb* über den Kriegsausbruch 1870 versteht sich als historische Studie zur Friedensforschung, wobei Kolb die Meinung vertritt, daß der Beitrag des Historikers in diesem Rahmen vor allem auf dem Felde der Konfliktforschung zu

leisten sei (S. 7). In seinen einleitenden Bemerkungen zum Wandel der Verantwortlichkeiten in der »Kriegsschuldfrage« von 1870 macht Kolb deutlich, daß durch Memoirenveröffentlichungen seit den 1890er Jahren die bis dahin in Europa herrschende Auffassung von der entscheidenden Verantwortung des bonapartistischen Frankreich am Ausbruch des Krieges von 1870 ins Wanken geriet. In diesem Prozeß der Verschiebung der Verantwortlichkeit wurde in wachsendem Maße das Bismarck-Bild dämonisiert, »ohne daß im übrigen eine methodische Grundlegung für diese veränderte Akzentuierung des Verantwortlichkeits- und »Schuld«-Begriffs« (S. 15) erfolgte. Während ursprünglich der Verlauf der Julikrise und der Kriegserklärung bei der Beurteilung der Verantwortlichkeit den Ausschlag gab, wurde seit den 1890er Jahren die Politik Preußens und Frankreichs in den Monaten und Jahren vor dem Kriegsausbruch in die Untersuchung der Schuldfrage einbezogen. Kolb versucht durch die Berücksichtigung der 1870 maßgeblichen politischen und völkerrechtlichen Normen Kriterien der Bewertung zu entwickeln, die herausfinden sollen, welches die »entscheidenden Stationen des Krisenverlaufs waren, durch welche praktischen Handlungen der Eskalationsprozeß in Gang gesetzt und forciert wurde, wann und wodurch somit von einer der beteiligten Regierungen zuerst die Risikoschwelle zum bewaffneten Konflikt überschritten worden ist« (S. 18). Problematisch ist Kolbs Tendenz, den französischen Abrüstungsplan vom Jahresanfang 1870 einseitig als Versuch zu interpretieren, Preußen international zu isolieren (S. 39 f.). Schließlich hatte die preußische Heeresreform von 1862/63 Elemente der Rüstungsdynamik ins Spiel gebracht, die in der preußischen Innenpolitik nicht unbeachtet geblieben waren. Der 1869 von Rudolf Virchow im Preußischen Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag, die preußische Politik solle eine allgemeine Abrüstung anstreben, war immerhin von 99 Abgeordneten (bei 215 Gegenstimmen) gutgeheißen worden. Friedrich Engels hat in den 1870er und 1880er Jahren mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß die preußische Heeresreform das allgemeine europäische Wettüben mitinitiiert habe. Abgesehen von dieser nicht ganz problemlosen Passage gelingt es Kolb sehr überzeugend, die Ungereimtheiten in der französischen Politik – auch in der Frage der verschiedenen Kandidaturen für den spanischen Thron – in der Vorgeschichte des Konflikts herauszupräparieren. Als zentrales Moment für die Beurteilung der Verantwortlichkeit sieht Kolb die Erklärung der französischen Regierung in der Abgeordnetenkammer am 6. Juli 1870 an. Die dort erfolgte öffentliche Festlegung auf ein Maximalprogramm (insbesondere die Forderung nach einer Garantierklärung von Preußen, das in dieser Frage offiziell nicht involviert war) war nicht nur ohne Beispiel in der europäischen Diplomatiegeschichte, sondern legte die französische Politik in einer Weise fest, in der nur noch die beiden extremsten Alternativen (vollständige preußische Demütigung oder Krieg) als Pseudooptionen übrigblieben (S. 72–74). Dabei hat das »Prävalieren« innenpolitisch-parlamentarischer Rücksichten und Nebenabsichten den Krisenverlauf wesentlich bestimmt. Das »*empire libéral*« benötigte zu seiner inneren Stabilisierung einen äußeren Triumph (S. 89–92). Unter den ausländischen Diplomaten herrschte nach der Kammererklärung vom 6. Juli übereinstimmend die Ansicht, die französische Regierung habe die Schiffe hinter sich verbrannt (S. 111). Auch die mit der frühen inhaltlichen Festlegung verbundene Verkürzung des Zeitbudgets trug entscheidend zur Krisenverschärfung bei. Die Bedeutung der Studie Kolbs liegt in der Präzision, in der vom Inhalt wie vom Zeitbudget her der Punkt bestimmt wird, von dem ab der Krieg mit einer Wahrscheinlichkeit, die irgendwo zwischen 90 und 99,99 % liegt, »unvermeidlich« war. Solche Fallstudien über Entscheidungsprozesse machen außerdem deutlich, daß Ereignisabläufe ihre eigene Struktur und Dynamik entwickeln und in Krisenzeiten die spezifischen Verhaltensstile der wichtigsten Akteure, ihre kognitiven Fähigkeiten wie ihre Wahrnehmungsdefizite einen über das übliche Maß hinausgehenden, beim verkürzten Krisenverlauf noch weiter

steigenden Anteil am Geschehen bekommen. Es wäre zu wünschen, daß durch solche qualitativen Einzelstudien in vermehrtem Maß die Validität quantitativer Kriegsur-sachenuntersuchungen und der daraus abgeleiteten Annahmen geprüft werden könnten.

In seiner Untersuchung »Rüstung und Machtpolitik«, in der die Anatomie des »Kalten Krieges« vor 1914 freizulegen versucht wird, kritisiert eingangs *Berghahn* das Zögern der Friedens- und Konfliktforschung, selbst in die Archive zu gehen und über das bisher veröffentlichte Material hinaus eigene Quellenstudien zu betreiben. *Berghahn* stützt seinen Beitrag auf die erst in den 60er Jahren mögliche systematische Auswertung der für den Wilhelminischen Rüstungskomplex relevanten Akten im Bundesarchiv, im Bundesmilitärarchiv sowie in anderen Archiven in der BRD und in der DDR. Der vorliegenden Studie ist eine umfassendere Untersuchung *Berghahns* über den »Tirpitz-Plan« vorausgegangen (Düsseldorf 1971), in der die Verknüpfung von politisch-militärischen Strategien zur Sicherung überseeischer Märkte mit den Versuchen zur Bewältigung innerer Krisen im Wilhelminischen Reich herausgearbeitet wurde. Hier geht es nun um die Fragestellung, inwieweit das europäische Wettüsten vor 1914 durch ein von der deutschen Politik einseitig ausgelöstes Flottenüsten begonnen wurde. *Berghahn* stellt die These auf, daß es sich hier um das erste *moderne* Üsten gehandelt habe, weil es zum erstenmal in der Geschichte so gut wie alle Charakteristika umfaßt habe (technologische, sozioökonomische, ideologische und massenpsychologische Faktoren), die von der Friedens- und Konfliktforschung als typisch für Üstenprozesse erarbeitet worden seien (S. 10). Im ersten Kapitel geht er auf die *gesamtgesellschaftliche* Funktion der Wilhelminischen Üsten und der auf sie wirkenden Mechanismen der Herrschaftsstabilisierung (durch innere und äußere Machtpolitik) ein. Im 2. Kapitel wird die Mobilisierung der Flottenbewegung dargestellt. Im 3. Kapitel werden Umriss des militärisch-industriellen Komplexes im deutschen Teilbereich skizziert; das 4. und letzte Kapitel behandelt wichtige Einzelaspekte des deutsch-englischen Wettüstens. *Berghahn* legt dar, daß kurz vor 1900 die Friedenspräsenzstärke des Heeres eingefroren wurde, weil innen- und außenpolitische Überlegungen die Erhöhung des Landheeres unratsam machten (S. 80). Das Feld, auf dem noch Bewegung in der Üstenpolitik möglich schien, war demnach der Flottenbau. *Berghahn* verfißt keine absolute Innenleitungsthese. Diese These ließe sich auch durch seine Untersuchung nicht erhärten. Die Konsistenz der Innenleitungsthese wird nur dort voll nachgewiesen, wo es um die Furcht der Reichsleitung vor einer »Parlamentsflotte« ging. Auch hier spielte sich der Konflikt wesentlich innerhalb der herrschenden Klassen von industriellem Bürgertum und adligem Großgrundbesitz ab (S. 32). Deutlich wird auch, daß die Taktik des *overselling*, um vom Reichstag die finanziellen Mittel für die Programme zur Flottenaufüsten zu erhalten, sehr ambivalente Ergebnisse zeitigte. Der 1898 von der Reichsleitung mitgegründete Flottenverein entwickelte schon bald eine Eigendynamik. Die Regierung befand sich hier teilweise in der Rolle des Zauberlehrlings (S. 42–45, ähnlich S. 66 f.). In der Frage des »militärisch-industriellen Komplexes« wird sichtbar, daß der ursprüngliche Anstoß für das Engagement der Industrie in der Flottenbewegung »stark von der politischen Führung ausging« (S. 48). Ebensowenig wurde der Flottenbau zur Glättung der Konjunktur benutzt. Auch bei Konjunkturerinbrüchen ging Tirpitz nicht von seinem Zeitplan ab (S. 50, ähnlich S. 62 f.). Schließlich wird deutlich, daß durch die steigenden Kosten der Flottenüsten Steuererhöhungen drohten, die den innenpolitischen Spielraum der Regierung entscheidend verkleinern mußten. Tirpitz gehörte kurioserweise zu denen, die diese Gefahr von Anfang an gesehen und gefürchtet hatten (S. 68). Spätestens 1909 – als die Engländer zu einem großen Flottenbauprogramm übergingen und auch ihre strategische Doktrin änderten (Übergang zur Fernblockade) – wurde das Scheitern der Hoffnungen sichtbar, daß die deutsche Flotte jemals als Hebel gegen das Empire benutzt werden könnte. Statt

daraus die Folgen zu ziehen, wurde die Lageeinschätzung durch den Kaiser und seine Berater immer irrationaler. Die deutsche »Auskreisung« wurde als »Einkreisung« empfunden (S. 85). Für diesen Prozeß ist die Autismus-These von Senghaas ein interessanter Ansatz, den aufzunehmen für Historiker von Nutzen wäre. Berghahn gibt dazu einige Anregungen, die es wert wären, weitergeführt zu werden (S. 86–92). Insgesamt gelingt es Berghahn nur teilweise, die Konsistenz seiner Thesen nachzuweisen. Hinsichtlich des militärisch-industriellen Komplexes und des Innenleitungstheorems gibt es eine Reihe von kontraindikativen Hinweisen, die Berghahn selber aufführt, was für sein methodisches Vorgehen spricht. Schließlich hat man den Eindruck, bei der Flottenrüstung vor 1914 habe es sich überwiegend um eine enorme Fehlperzeption der internationalen Entwicklung durch die Reichsleitung wie die sie tragenden Machtgruppen gehandelt, die ihre spezifischen gesellschaftlichen und sozialpsychischen Ursachen hatte, wie heute noch in den Studien von Eckart Kehr mit Gewinn nachzulesen ist.

Während es bei den vorangegangenen drei Arbeiten wesentlich um Beiträge zur Genese, zum Verlauf und zu den Wirkungen von Konflikten ging (einschließlich ihrer rechtlichen Regelung), versucht *Annette Kuhn* eine historische Friedensforschung zu begründen, die in erster Linie am Wert *Frieden* orientiert ist. A. Kuhn weist darauf hin, daß die Disziplinen der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Psychologie und der Pädagogik durch ihren Praxisbezug ein ungebrocheneres Verhältnis zur Friedensforschung hätten als die Geschichtswissenschaft, die sich heute noch weitgehend als eine Erkenntniswissenschaft verstehe (*»Theorie und Praxis historischer Friedensforschung«*, S. 11). Hinsichtlich der Methodenbildung schlägt A. Kuhn einen Dreischritt vor. Der wichtigste methodische Schritt ist die Hypothesenbildung, die methodisch am Anfang steht. Die Autorin geht bewußt aus vom gegenwärtigen Interesse an der Friedenssicherung und dem Dialog mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Friedensforschung. Durch die Hypothesenbildung »kristallisieren sich erst die relevanten Forschungsgegenstände heraus« (S. 18). Der zweite methodische Schritt betrifft die quellenkritische Arbeit. »Hier geht es einzig und allein um eine sachgemäße, historisch-deskriptive Darstellung, die von der Hypothesenbildung vollkommen abstrahiert« (S. 18). Der dritte Schritt führt zur Analogiebildung durch Konfrontationen des historisch erarbeiteten Materials mit den Hypothesen. Über dieses methodische Vorgehen läßt sich reden, immer vorausgesetzt, daß die Hypothesenbildung nicht auf einer dogmatisch zementierten Begrifflichkeit aufbaut, durch die nicht nur die Quellenauswahl eingeengt wird, sondern auch eine Selektion der verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten, und sei es auch nur auf indirektem Wege, entsteht. Im weiteren Verlauf ihres methodischen Vorgehens wird deutlich, daß A. Kuhn ihr Urteil über die Geschichtswissenschaft in der BRD weitgehend aus den Schulbüchern ableitet. Dies ist nicht falsch: erstens, weil einige historische Handbücher zugleich als Schulbücher dienen; 2. weil dadurch in radikaler Weise auf das weithin unbewältigte Transferproblem zwischen den Ergebnissen des akademischen Wissenschaftsbetriebs und der Praxis der Geschichtswissenschaft als Lehr-, Unterrichts- und Bildungsfach aufmerksam gemacht wird. Denn diese Praxis der Geschichtswissenschaft prägt zu einem wesentlichen Teil das Bild, das sich die Öffentlichkeit wie auch andere »modernere« Wissenschaften von der Geschichte machen. Den neuen Ansatz in der politischen Bildung in Richtung auf eine Friedenspädagogik sieht A. Kuhn in einer Didaktik des politischen Konflikts, der politischen Aufklärung und der Gesellschaftskritik (S. 30). Dabei bleibt im Dunkeln, welcher Konfliktbegriff zugrunde liegt. Ebenso ist zu fragen, ob die Kritische Theorie, die die Kluft zwischen den für die Friedenspädagogik konstitutiven Disziplinen (Geschichtswissenschaft, Sozialwissenschaft, Erziehungswissenschaft) überwinden soll, nicht von einem überzogenen Kommunikations- und Politisierungsbegriff ausgeht, der schließlich Apathie begünstigt. Dieser methodischen und theoretischen Einleitung folgt eine längere Studie,

überschrieben mit »Die Provokation des Friedens und der religiöse Sozialismus der Deutschkatholiken im Jahre 1848/1849«. Obwohl zu den Deutschkatholiken zeitweise wichtige Publizisten und Politiker der Revolution von 1848/49 gehörten (z. B. Julius Fickler, Gustav Struve, Robert Blum und G. G. Gervinus), ist doch angesichts des von A. Kuhn erhobenen Anspruchs zu fragen, ob politisch-soziale Großkrisen durch die Analyse eher esoterischer Gruppen zu erklären sind.

»Historisch-Politische Friedenserziehung« ist der Gegenstand des nächsten Bandes, der Beiträge von A. Kuhn, Gisela Haffmanns und Angela Genger enthält. A. Kuhn versucht Zugang zur Geschichte als einer der Voraussetzungen der Friedenserziehung von dem Problem der Gewalt aus zu gewinnen. Unter Gewalt wird im Sinne von Johan Galtung die Ursache für die Differenz zwischen dem Tatsächlichen und dem Möglichen verstanden. Daraus wird der Schluß gezogen: »Friede bedeutet demnach die Übereinstimmung des Faktischen mit dem Möglichen« (S. 19). Hier droht Vereinfachung. Dies wird z. B. in der Behauptung sichtbar, das Leiden der Arbeiterbevölkerung im Frühindustrialismus sei »eindeutig Ausdruck von Gewalt« gewesen (S. 20). Diese These ist zu pauschal. Hier muß viel konkreter gefragt werden, welche Leiden vermeidbar waren? Dabei müssen die Maßstäbe einer zeit- und raumimmanenten Interpretation beachtet werden, sonst ergeben sich nur triviale Ergebnisse in der Richtung, daß die Altvorderen Dummköpfe oder Verbrecher waren. Wenig begründet scheint auch das Urteil, daß die Kriegsursachen- und Kriegszielforschung, wie sie etwa Fritz Fischer betrieben hat, nicht mit Friedensforschung gleichzustellen sei (S. 31). Dahinter steht offensichtlich eine Fetischisierung des Wortes *Frieden*, die der Untersuchung des Gegenstandes selbst schadet.

Die Vorschläge von G. Haffmanns zur Behandlung des 1. Weltkrieges im historisch-politischen Unterricht stellen einen beachtlichen Beitrag dar, dessen didaktische Sequenzen im allgemeinen einleuchten.

Hingegen kann die Behandlung des Themas »Krieg und Frieden in der Sicht von Karl Marx« von A. Genger kaum überzeugen. Gleich eingangs werden Grundaussagen von Marx verfälscht. Marx hat nicht behauptet, daß das ökonomische Sein das Bewußtsein der Menschen bestimme, sondern das gesellschaftliche Sein (was sich gewiß nicht auf die Ökonomie reduzieren läßt) das Bewußtsein bestimme (S. 86). Wieso gerade aus der Marxschen Bewertung des Krieges von 1870/71 in seinen verschiedenen Phasen der Schüler zu der Einsicht gelangen soll, daß zum Abbau struktureller Gewalt personale Gewalt in bestimmten historischen Situationen (wobei es auf die Zweck-Mittel-Relation ankomme) notwendig sei (S. 114), bleibt unerfindlich. In den vorliegenden Unterrichts-entwürfen wird der ambivalente Charakter der Marxschen Gewalt-, Kriegs-, und Revolutionslehre wie deren eigene geschichtliche Entwicklung nicht deutlich. Daneben wird unterschlagen, daß die Engelssche Kriegslehre die Strategie und Taktik der sozialistischen Parteien vor 1914 sehr viel stärker bestimmt hat als Marx (Engels wird überhaupt nicht erwähnt). Die Erkenntnisse und Einsichten haben meist eine Entweder-Oder-Struktur, die die Tendenz der Schüler, die Umwelt zu vereinfachen, noch verstärkt. Die Gefahren falschen Lernens werden dadurch nicht gemieden, sondern provoziert. Es wird auch nicht darauf aufmerksam gemacht, daß es andere Mittel als die der personalen Gewalt gibt, um strukturelle Gewaltverhältnisse zu ändern (z. B. gewaltfreie Aktionen). Diese Defizite wiegen schwerer als die Tatsache, daß hier ein Marx *aus der Gartenlaube* vorgeführt wird.

In dem von W. Huber herausgegebenen Sammelband »Historische Beiträge zur Friedensforschung« stellt Georg Picht einleitend die Frage, ob eine Weltordnung ohne Krieg möglich sei. Durch die neuen Formen von Herrschaft über die Natur, die im 20. Jahrhundert entwickelt worden seien, habe die Menschheit eine »negative Verfügungsgewalt über die Totalität ihres eigenen geschichtlichen Daseins gewonnen« (S. 7). Dagegen

hätten die politischen und gesellschaftlichen Strukturen, in denen wir leben, dem qualitativen Sprung in der Expansion menschlicher Machtpotentiale nicht folgen können. Picht erklärt »den eigentümlich irrationalen Charakter« der heute zur Diskussion stehenden Friedensmodelle zu einem wesentlichen Teil »aus den in ihrem Rücken wirksamen geschichtlichen Reminiszenzen und Vorurteilen, die längst vergangene Situationen« reproduzierten (S. 14). Daraus folgert er, daß die der Friedensforschung zugrundeliegende Vernunft nur aus der Struktur des menschlichen Vermögens hergeleitet werden könne, Zukunft in gegenwärtiger Erkenntnis zu antizipieren. Picht stellt ein Bezugsmuster zwischen den drei Formen der Antizipation von Zukunft (Prognose, Utopie, Planung) her und meint, auf die Stufe einer aufgeklärten Reflexion über die Sachverhalte und über sich selbst gelange Vernunft im Vorgriff auf die Zukunft nur, wenn die Prognosen von Utopie, die Utopie von Planung, die Planung von Prognose kritisch durchleuchtet würden. Seiner These, daß unsere Zivilisation zugrunde gehen werde, wenn die »Utopie« (im Sinne einer kritischen *und* konstruktiven Utopie) einer Weltordnung ohne Krieg nicht realisiert werde, läßt sich kaum etwas hinzufügen. Dem Kantschen Friedensbegriff widmen sich zwei Beiträge von *Eike Christian Hirsch* und *Otto Dann*. Der letztere versucht zugleich einen neuen Ansatz für die historische Friedensforschung, indem er die einzelnen Friedenskonzepte nicht mehr nur als bloße Emanationen individuellen Geistes ohne Beachtung des historischen Kontextes interpretiert, sondern am Beispiel der Friedensdiskussion der deutschen Gebildeten im Jahrzehnt der Französischen Revolution deren Vorstellungen als Ausdruck des politischen Bewußtseins einer Schicht der Gesellschaft versteht (S. 98–100). Kritisch ist zu vermerken, daß auch bei ihm sich die undifferenzierte Auffassung fortschleppt, wonach Frankreich zu dem Krieg von 1792 gezwungen worden sei (S. 108).

Wolfgang Hubers Beitrag über »Evangelische Theologie und Kirche beim Ausbruch des 1. Weltkrieges« zeigt, daß die These von Klaus Schwabe, es gebe jeweils eine Übereinstimmung zwischen liberalem religiösen Bekenntnis und liberaler politischer Einstellung einerseits, zwischen theologischer Orthodoxie und politischem Konservatismus andererseits, nicht besteht. Auch die Stellungnahmen zum Krieg weisen aus, daß eine kirchenpolitisch »linke« Position nicht daran hinderte, politisch rechts zu sein (S. 138, 156, 193).

Friedrich Kleins Analyse von Rüstungsbeschränkungen zwischen den beiden Weltkriegen ist informativ und zeigt – etwa bei den Argumentationsmustern von Regierungen, die Rüstungsbeschränkungen und Abrüstung ablehnten – die Aktualität der Fragestellung. Es wäre nützlich, einmal diesen Zusammenhang in einem umfassenderen Rahmen zu behandeln.

Karl Hammer untersucht in seinem Bericht über »Christen, Krieg und Frieden« die Rolle, die die Kirchen in ihren jeweils verschiedenen Vertretern offiziell oder weniger offiziell Kriegen gegenüber eingenommen haben. Ihm geht es auch um die ethische Frage, die für rund 3000 Jahre gestellt werden muß, weil seiner Meinung nach seit dem alten Israel auch jede christliche Generation auf ihre Weise versucht habe, sich am Alten Testament für alle Lebensbereiche zu orientieren. Es ist deshalb nicht zufällig, daß es schon im zweiten Jahrhundert eine von Markion initiierte Bewegung gab, die wegen des Kriegsbegriffes und des Rachedenkens im Alten Testament die Auffassung vertrat, dieses sei durch seinen ganz anderen Gottesbegriff für einen echten Christen unmaßgeblich geworden (S. 22–24). Auch im Mittelalter gab es eine Reihe namhafter Vertreter der Kirche (der heilige Benedikt und der heilige Martin), die es insbesondere den Dienern der Kirche nicht erlauben wollten, sich an Kriegen zu beteiligen. Dennoch wurde seit dem 11. Jahrhundert ein angeblicher »Befehl Gottes« immer mehr dazu benutzt, kriegerische Gewalt zu legitimieren. Die Idee des *bellum iustum* wurde nach der Glaubensspaltung sehr eifertig von den geistigen Vätern des Protestantismus (Melanchthon und

Luther) übernommen (S. 70–74). Hingegen lebte in der Täuferbewegung, ähnlich wie vorher schon bei den Waldensern und später bei den Quäkern und Brüdergemeinden, die urchristliche Verweigerung des Eides und des Waffentragens wieder auf. Hammers Kritik an der Tendenz vieler historischer Handbücher, die vom Zeitalter der Glaubenskämpfe oder gar der Religionskriege sprechen (S. 86), wirkt in diesem Zusammenhang etwas gekünstelt, weil er selbst zeigt, wie tief diese Auseinandersetzung das Leben der Menschen geprägt hat, auch wenn ihm sicherlich darin zuzustimmen ist, daß es daneben Jahrzehnte mit friedlicher Entwicklung gab. Bei Ernst Moritz Arndt begann sich während der sogenannten Befreiungskriege »der fortschreitende Sieg des alten, germanischen Kriegers Wotan über den Lehrer der Bergpredigt« durchzusetzen (S. 111), der teilweise dazu führte – wie besonders in den Kriegen von 1870 und 1914 sichtbar –, daß das Kanzelevangelium auf eine Art Kriegsberichterstattung reduziert wurde. Nach dem 2. Weltkrieg gab es bei den christlichen Kirchen eine breite Bewegung, die die Legitimierung des Krieges als Mittel der Politik ablehnte. Hammer schließt ab mit einer kurzen Skizze des Widerstandes in der Dritten Welt gegen das »Auserwählungsbewußtsein« von Weißen, von dem auch die Missionsbewegung nicht frei war (S. 148 f.). Angehängt ist eine Dokumentation über Kriegsgedichte 1914/18, die für sich – oder besser gegen sich – selbst sprechen. Hammers Bericht ist als erster kurzer Überblick nützlich. Es wäre von Interesse, insbesondere seit der frühen Neuzeit einmal genauer zu untersuchen, wie stark hinsichtlich des Friedensproblems in den einzelnen Epochen die Prägung des allgemeinen Bewußtseins durch die herrschenden kirchlichen Leitbilder war.

10. Diverse Sammelbände und Einzelbeiträge

Theodor Ebert (Hrsg.), *Ziviler Widerstand*. Fallstudien zur gewaltfreien, direkten Aktion aus der innenpolitischen Friedens- und Konfliktforschung, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1970, 322 S., Folieneinbd., 9,80 DM.

Rainer Rilling, *Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD* (= Kleine Bibliothek 8), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1970, 312 S., engl. brosch., 9,80 DM.

Oskar Schatz (Hrsg.), *Der Friede im nuklearen Zeitalter. Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten*. 4. Salzburger Humanismusgespräch (= Reflexion, Bd. 8), Manz Verlag, München 1970, 278 S., kart., 15,80 DM.

Daniel Frei, *Kriegsverhütung und Friedenssicherung. Eine Einführung in die Probleme der internationalen Beziehungen*, Verlag Huber, Frauenfeld/Stuttgart 1970, 258 S., Pb., 18 DM.

Heide Streiter-Buscher (Hrsg.), *Der geplante Frieden. Zehn Perspektiven*, Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1972, 224 S., kart., 25 DM.

In dem Band »*Ziviler Widerstand*« weist Ebert insbesondere darauf hin, daß die Untersuchung der Reaktion der »anderen Seite« bisher stark vernachlässigt worden sei. Man habe sich zuweilen mit schablonenhaften Feindbildern, sprich »Charaktermasken«, begnügt (S. 29). Im ersten Beitrag untersucht Volker Hornung das Herauswachsen der »black power«-Revolte aus der Krise der gewaltfreien Bürgerrechtsbewegung, die seit 1963/64 nicht mehr richtig vorankam und teilweise stark dem Terror weißer Rassisten ausgesetzt war. Martin Luther King hat dann sehr bald auf die große Paradoxie der black power-Bewegung hingewiesen, die unaufhörlich davon spreche, die Werte der weißen Gesellschaft nicht imitieren zu wollen, aber durch Empfehlung der Gewalt den schlimmsten, brutalsten, unzivilisiertesten Faktor des amerikanischen Lebens imitiere (S. 49). Gernoth Jochheim berichtet über Bürgerinitiativen gegen die NPD 1968/69. In manchen Formulierungen steckt noch der pseudoethische Jargon der Jugendbewegung jener Jahre, so, wenn es heißt, die NPD sei nur »der abstoßendste Ausdruck der zwan-

zigjährigen politischen Krankheitsgeschichte dieses Staates« (S. 62). Wer so schreibt, muß selbst absolut gesund sein, sonst wüßte er, daß Gesundheit nur eine relationale Größe ist und im besten Fall aus Abwesenheit von Krankheit besteht. Ansonsten ist dies ein lesenswerter Bericht über die Möglichkeiten und Grenzen nichtparteigebundener Gruppen, in Wahlkämpfen über den Rechtsradikalismus politisch aufzuklären. *W. Sternstein* zeigt in einer Studie über Gandhis Konzeption der gewaltfreien Revolution, daß dieser die Trennung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik dadurch aufgehoben habe, daß er mit den Gesinnungsethikern die ethischen Grundsätze, mit den Verantwortungsethikern den Willen zum Erfolg der Aktion und die Verantwortung für das Wohl der Gemeinschaft teilte, in der er lebte (S. 139). Fundamental unterscheidet sich Ghandi von modernen sozialphilosophischen und -psychologischen Orientierungen von Marx über Freud bis Herbert Marcuse in seinem Freiheitsbegriff. Freiheit bedeutet für ihn nicht die Befriedigung, sondern die Befreiung von Bedürfnissen und Triebansprüchen (S. 154). *R. Niemann* kommt in seinem Bericht über Emanzipationsbestrebungen der Afrikaner in Rhodesien (Zimbabwe) zu dem Ergebnis, daß einzig eine Strategie des gewaltfreien Widerstandes eine Chance hätte, das bestehende System der weißen Herrschaft abzulösen. Diese Überlegung, die sechs Jahre später (nach dem Krieg in Angola) nicht mehr aktuell zu sein scheint, verspricht dennoch mehr als ein von zentralistischen Parteikadern geführter Guerillakrieg, der nach Erhängung der Unabhängigkeit in der Regel zu neuer Unterdrückung führt. Es kommt nicht von ungefähr, daß demokratisch gesinnte Afrikaner sich über einen Teil der westeuropäischen Linken beklagen, weil diese die Schwarzen für unfähig hielten, ihre Gesellschaften ohne Erziehungsdiktatur zu entwickeln. Von erheblicher Bedeutung für Historiker sind die Analysen der Konflikte in Besatzungsregimen im Baltikum (1940–1968), in Dänemark (1940–1943) und in der Tschechoslowakei (1968). Die Nicht-zur-Kennntnisnahme der Geschichte des Baltikums in den letzten Jahrzehnten gehört zu den größten Verdrängungsleistungen in der westlichen Publizistik. In den jäh wechselnden Besatzungsregimen (1940/41 sowjetisch, 1941–44 deutsch und danach wieder sowjetisch) wurde ein kaum vorstellbares Maß an Terror einschließlich Deportationen angewandt, das teilweise die Grenze zum Völkermord überschritt. Nach einem bis 1952 geführten Guerillakrieg werden von den oppositionellen Kräften nur noch Formen des gewaltfreien Widerstandes benutzt (S. 227 ff.). *Ulrich Pochs* Analyse des dänischen Widerstandes zeigt, daß die dänischen politischen Kräfte durch »Anpassung ohne Kollaboration« für eine bestimmte Zeit ihre Hauptziele (keinen »Reichskommissar« und keine Marionettenregierung à la Quisling) erreichten (S. 290). Inwieweit *Eberts* Vergleich dieser erst im August 1943 von der deutschen Besatzungsmacht abgelösten, demokratisch legitimierten Regierung mit der im Frühjahr 1969 in der CSSR von der Sowjetunion eingesetzten Regierung (Husak) stichhaltig ist (S. 206 und 304), bedürfte sehr viel genauerer Untersuchung, als sie Ebert in seinem Bericht über den Widerstand (1968) geben kann. Dazu sind die Ausgangspunkte und der Verlauf des Widerstandes jeweils zu verschieden.

Die Studie von *Rainer Rilling* (»Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD«) enthält eine Reihe nützlicher Informationen über die Aufbauphase der Rüstungsforschung, über das Ausmaß der an Universitäten und Hochschulen betriebenen rüstungsrelevanten Forschungen und über staatliche und industrielle Lenkungsorgane dieser Forschung. Interesse verdient auch die Erörterung des Problems von Rüstungsforschung und dem das Wachstum der zivilen Produktion angeblich so stark befruchtenden technologischen »spin off«. Rilling demontiert einige der in diesem Bereich weitverbreiteten Legenden und kommt hinsichtlich des Verhältnisses von Aufwand für Rüstungsforschung und Entwicklung (FE) und volkswirtschaftlichen Produktivitätsfortschritten zu einer »negativen Rangkorrelation«: Die USA hat mit dem höchsten relativen und absoluten For-

schungsaufwand in der Zeit von 1950–1962 die geringste Wachstumsrate des Brutto-sozialprodukts im Vergleich zur BRD, zu Frankreich, England, Belgien und Holland – von Japan ganz zu schweigen (S. 190 f. und 201 ff.). Der Studie ist eine ausführliche Dokumentation beigelegt. Während die Untersuchung immer dann ernstzunehmen ist, wenn sie, dokumentarisch belegt, über die Entwicklung der Rüstungsforschung und über Größenordnungen der Rüstungsproduktion berichtet, sind die Grundannahmen, die von der »Vergesellschaftung der Produktion und Forschung« im Rahmen der Kapitalverwertungsmöglichkeiten ausgehen (S. 35 f., 79 u. ö.), nie verifiziert, sondern immer nur behauptet. So löst sich z. B. die ziemlich abgestandene »Monopolgruppen«-Theorie, die von der DDR-Historiographie als Erklärungsfolie für die Genese faschistischer Herrschaft in Deutschland benutzt wird und die Rilling aus unerfindlichen Gründen hier wieder aufwärmt (S. 100 und 108), in Luft auf, weil Rilling selbst zugeben muß, daß in der Auseinandersetzung über die 1966/67 begonnene »neue Forschungspolitik« das »Rüstungskapital« unterlegen ist (S. 112 und 172). Auf ähnliche Weise ist zu fragen, ob der Begriff des Staates als »Rüstungsagentur« (S. 145), der suggerieren soll, die Regierung sei nur Agentin der verbundenen Kapitalfraktionen oder der jeweils stärksten »Monopolgruppe«, ein adäquater Maßstab zur Beurteilung der Realität ist, wenn zugleich eingeräumt werden muß, daß bei den Fusionierungen in der Luft- und Raumfahrtindustrie der Bundeswirtschafts- und der Bundesverteidigungsminister eine »herausragende Rolle« spielten (S. 178), ganz einfach deshalb, weil diese Industrie zu 80 % von Staatsaufträgen lebt. Hier läßt sich die Agenturthese – in der Tendenz zumindest – umkehren.

Unter dem Titel »*Der Friede im nuklearen Zeitalter*« hat Oskar Schatz die Referate und ausgewählte Diskussionsausschnitte eines internationalen Symposiums veröffentlicht, das im September 1968 vom österreichischen Rundfunk veranstaltet wurde. Die Liste der Teilnehmer und Referenten enthält bekannte Namen aus den verschiedensten Disziplinen (u. a. Erich Fromm, Hans J. Morgenthau, Bert Röling, Hans Speier, Ernst Fischer, Christian Graf von Krockow, Alexander Schwan, Friedrich J. Hacker, Gaston Bouthoul, Robert Jungk, Lucien Goldmann, Günther Nenning, Stefan Possony). Obgleich der Gedankenreichtum der meisten Referate nicht sehr groß ist und die Diskussion fast nie an den interessanten Punkt gelangt, wo dazu beigetragen wird, kleine und mittlere Schritte so aneinanderzusetzen, daß sie einen großen, qualitativ anderen Schritt in Richtung auf mehr Frieden ergeben können, ist die Art und Weise von historischem Interesse, in der die aktuellen Ereignisse des Jahres 1968 in die einzelnen Beiträge eingehen und verarbeitet werden (die internationale Jugendbewegung, die Mai-Rebellion in Paris, der Prager Frühling und die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR). Insbesondere in den Beiträgen der »Utopisten« – der Herausgeber ist über den Untertitel des Symposiums (»Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten«) selbst nicht ganz glücklich – wie Ernst Fischer und Herbert Marcuse werden diese Ereignisse und Prozesse als Bestätigung der eigenen Perspektive benutzt. Von Bedeutung bei Herbert Marcuse ist die Überschätzung der damaligen Jugendbewegung und ihrer Möglichkeiten, ihr Potential sofort zu aktualisieren. Marcuses Zentralbegriff ist hier der der »nicht verstrickten Jugend« (S. 93). Möglicherweise enthüllt sich die Bedeutung dieser Jugendbewegung erst lange nach dem Sündenfall, also durch ihre »Verstrickung« in die Probleme der vorgefundenen Welt und der sich daraus ergebenden Chancen, diese zu ändern. Einen der wenigen Beiträge, die über den damaligen Horizont hinausweisen, stellen die Bemerkungen Friedrich Hackers »Zur Psychopathologie der Gewalt« dar. Er macht deutlich, daß die Krankheitsauffindung beim anderen, im Gegenbild, die eigene Gesundheitsbehauptung voraussetze (S. 152). Er kritisiert, daß die soziale Analogie (oder vielleicht sogar Identität moderner Herrschaftsphänomene) mit dem von der

Psychiatrie beschriebenen Modell der *persecuteurs persecutés* bisher kaum beachtet worden sei: »Die durch Technologisierung und psychologische Beeinflussung besonders gefährliche Aggression ist eben die durch Friedenspropaganda übertünchte, welche selbst die Propagandisten in den eigenen Verblendungszusammenhang miteinbezieht und Herrschende wie Beherrschte zu gleichermaßen Düpierten mit unerschütterlich gutem Gewissen umfunktioniert« (S. 155). Die wesentlichste Annäherung von »Realisten« und »Utopisten« wurde in der Diskussion gar nicht aufgenommen (was der Herausgeber zu Recht beklagte), nämlich *Hans J. Morgenthau's* Feststellung, daß man hätte versuchen sollen (statt die Atomkraft für die Zwecke und Ziele des Nationalstaates einzusetzen), diese Ziele den Möglichkeiten nuklearer Kräfte anzupassen. Davon habe man Abstand genommen, denn, um damit erfolgreich zu sein, brauche man eine politisch gefährliche radikale Umwertung traditioneller moralischer Werte, der Art zu denken und der Gewohnheiten zu handeln: »Aber ohne eine solche Umwertung wird man die Paradoxa nuklearer Strategie und die ihr anhaftenden Gefahren nicht bewältigen können« (S. 62). Die Einführung des Schweizer *Daniel Frei* in die Probleme der internationalen Beziehungen (»Kriegsverhütung und Friedenssicherung«) ist im Tenor nüchtern und in der Regel ohne denunziatorischen Beiklang. Sie ist didaktisch gut aufgebaut, kurz, eine Einführung, die die wichtigsten Informationen über Hauptthemen und Problemhorizonte der internationalen Beziehungen vermittelt, die man sich sonst eher mühsam zusammensuchen muß. Dabei bleiben allerdings die internationalen Wirtschaftsbeziehungen (einschließlich der Probleme der wirtschaftlichen Integration und der multinationalen Unternehmen) wie auch die transnationalen Beziehungen von Parteien, Gewerkschaften etc. aus der Betrachtung ausgeschlossen. In seinen abschließenden Bemerkungen über Grundfragen des internationalen Systems macht Frei deutlich, daß, *systemanalytisch* betrachtet, dieses System Konflikte mit Methoden regle, die gar nicht dem System als ganzem, sondern der Ebene der einzelnen Staaten angehörten; das System werde also mit Mitteln reguliert, die nicht »systemimmanent« sind. Es gebe heute überhaupt kein »internationales System«, das diesen Namen wirklich verdiene, sondern lediglich ein »Staatensystem«. Es handele sich also um ein System mit einer ausgesprochen »primitiven Organisationsform« (S. 246). Dies ist eine Einsicht, die in den positivistischen Untersuchungen der internationalen Beziehungen, vor allem amerikanischer Provenienz, meist kaum in den Blick gerät. Die Rezepte zur Friedenssicherung, die Frei anbietet, beschränken sich allerdings auf das *crisis management*, das die Entfaltung einer Krise zu verlangsamten und ihre Heftigkeit zu dämpfen vermöge. Die sich dort zwischen den Partnern (die überwiegend noch Kontrahenten sind) entwickelnde »Signalsprache der Macht« bildet seiner Meinung nach eine Brücke zwischen dem Konfliktsystem und den integrierten Systemen (S. 249 f.). Dieses Rezept vermag aber die Komplexität des internationalen Nichtsystems kaum zu reduzieren, es sei denn, daß die jeweiligen Signale den Ausbau institutioneller Sicherungen zur Konsequenz haben, die Vertrauenszuwachs bedeuten, was die Komplexität reduziert sowie das Zeitbudget vergrößert, und Konfliktregelungsmechanismen installieren, die das *crisis management* letztlich überflüssig machen, weil dessen Fortdauern latent stets die Drohung oder Anwendung kriegerischer Gewalt als *ultima irratio* voraussetzt.

In dem Sammelband »*Der geplante Frieden*« berichten zwölf deutsche Wissenschaftler einer breiteren Öffentlichkeit über Aufgaben bei der Suche nach den Bedingungen des Friedens in unserer technisierten Welt. *Werner Link* gibt einleitend eine instruktive Übersicht über die wichtigsten Ansätze, weist ihre Einseitigkeiten und Defizite auf und kritisiert indirekt, daß die Friedensforschung in der BRD sich mit Vehemenz auf die Diskussion »begriffstheoretischer Probleme« konzentriert habe. Die sich daraus ergebenden Kontroversen und Polarisierungen erlaubten es kaum noch, von »der« Friedens-

forschung als einer gemeinsamen Unternehmung zu sprechen (S. 11). Er plädiert dafür, künftig den von Gunnar Myrdal im Juli 1969 den deutschen Friedensforschern erteilten Ratschlag stärker zu beachten: »Seien Sie vorsichtig, eine neue Disziplin zu definieren. Suchen Sie lieber in der Geschichte, der Politikwissenschaft, den Wirtschaftswissenschaften usw. Fragestellungen zu finden, die für den Themenkreis Krieg und Frieden wichtig sind [...]« (S. 20). C. von Krockow (»Herrschaft, Politik und Konflikt in geschichtlicher Perspektive«) gibt eine Skizze des in der frühen Neuzeit beginnenden Prozesses der »progressiven Fundamentalpolitisierung«, die synchron zur stets umfassenderen und stets beschleunigten Veränderbarkeit und zu tatsächlichen Veränderungen aller Lebensverhältnisse ablaufe (S. 45). Die Vorstellung, daß die Befriedungsleistung des frühneuzeitlichen Staates auch durch die Analysen einer »zeitgemäßen Friedensforschung« vom Schlage der politischen Philosophie von Thomas Hobbes erfaßt worden sei (S. 47), verrät zwar Originalität, vermindert aber die Bedeutung eines John Locke, dessen Harmonie- und Konfliktmodell über die damalige Epoche hinausweist. Der von H. E. Bahr, H. J. Benedict, Reimer und Marianne Gronemeier verfaßte Beitrag über »Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens« enthält einen interessanten Bericht über die Auswirkungen der amerikanischen Protestbewegung gegen den Vietnam-Krieg auf die Bevölkerung, den Kongreß und die politische Führung. Obwohl die Außenpolitik allgemein als Bereich größter Uninformiertheit und damit Lenkbarkeit gelte, habe das Beispiel der amerikanischen Bewegung gegen den Vietnam-Krieg gezeigt, daß außenpolitische Ereignisse unter bestimmten Umständen, und sofern sie sich unterhalb der Schwelle der Überlebensfrage für die eigene Nation bewegten, »Bildungsschranken unterlaufende Lernprozesse auslösen« könnten, die zu neuer politischer Beteiligung und zur partiellen Aufkündigung von Loyalität führten (S. 82). Ulrich Albrecht beklagt das Fehlen intensiver Forschungen zum Zusammenhang von Militärausgaben, Rüstungsforschung und dem angeblich damit verbundenen wirtschaftlichen Wachstum. Für die Richtigkeit seines Befundes, daß Wirtschaftswissenschaftler in der westdeutschen Friedensforschung Mangelware sind, gibt er selbst, unfreiwillig, ein Beispiel. Die Anfang der sechziger Jahre von Leontieff und Hoffenberg in den USA veröffentlichte Untersuchung über die Frage, wie sich die Arbeitsplatzbeschaffung entwickeln würde, wenn der amerikanische Verteidigungshaushalt plötzlich um 20% gekürzt und das freiwerdende Geld in die zivile Wirtschaft gesteckt würde (das Ergebnis: durch die Rüstungsbegrenzung würden doppelt so viele Arbeitsplätze erzeugt werden, wie aufgegeben werden müßten), versieht Albrecht mit dem Kommentar, es wäre »aberwitzig« anzunehmen, der Geldwert bliebe von den gewaltigen Umschichtungen, die eine Abrüstungsstrategie bedeuten würde, unberührt (S. 181). Wenn es überhaupt etwas Inflationsträchtiges gibt – und das kann man auch als wirtschaftswissenschaftlicher Laie erkennen –, dann ist es die Rüstungswirtschaft, durch die immer von neuem Kaufkraft geschaffen wird, ohne daß dieser von den einzelnen Bürgern konsumierbare Güter gegenüberstehen.

Der Wert solcher Sammelbände liegt in der politisch-pädagogischen Wirkung auf die Öffentlichkeit. Er ließe sich vergrößern, wenn der da und dort zutage tretende Dilettantismus in der Analyse der Wirklichkeit verkleinert werden könnte.

Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63 — Bemerkungen zu einer neuen Dokumentenpublikation

Shlomo Na'aman unter Mitw. von Hans-Peter Harstick, Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63. Darstellung und Dokumentation (= Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, N. F., Bd. V), Verlag Van Gorcum, Assen 1975, XXIV, 967 S., Ln., 168 Dfl.

I.

Zu den noch kaum erforschten Abschnitten der frühen deutschen Arbeiterbewegung gehören trotz der unübersehbaren Lassallematerialien die Jahre zwischen 1852/54 und 1863. Ihre Untersuchung hat sich mit der Frage nach der Kontinuität der Arbeiterbewegung während der Reaktionszeit und ihrer beginnenden ideologischen und organisatorischen Trennung vom liberalen Bürgertum in den Organisationen Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) und Vereinstag Deutscher Arbeitervereine (VDAV) auseinanderzusetzen. Die klassische sozialdemokratische und die bürgerliche Geschichtsschreibung leugneten die Weiterexistenz einer (politischen) Arbeiterbewegung nach der Revolution. Die seit 1859 unter veränderten politischen Bedingungen wieder auflebenden Arbeiterbildungsvereine (ABVe) galten als Agenturen der Bourgeoisie zur politischen und ökonomischen Disziplinierung der Arbeiterschaft (Franz Mehring, Bernhard Becker). Die sogenannte ›Kongreßbewegung‹ von 1862/63, von Lassalles Parteigründung her unter die Kategorie ›Vorgeschichte‹ eingereiht, schien schon durch ihr Scheitern hinreichend als ein unreifes Bemühen um einen Arbeitertag zur Besprechung der Arbeiterfrage charakterisiert (Mehring, Eduard Bernstein, Hermann Oncken, Gustav Mayer). Über Ideen, Konzeptionen und Bewußtsein dieser Kongreßbewegung und der Strömungen in den ABVen wußte man nichts, allenfalls nur Abwertendes zu berichten¹.

Dieses Geschichtsbild war kein Zufallsprodukt. Die Jahre der Bismarckschen Reichsgründung hatten nicht nur die nationalpolitischen Bestrebungen des Bürgertums, sondern auch die frühen selbständigen Versuche der Arbeiterschaft zwischen 1859 und 1863 teils der Vergessenheit anheimfallen lassen, teils in der Erinnerung einer verzerrenden Perspektive ausgesetzt. Entweder hatten die Veteranen der verschiedenen Strömungen in der Bewegung ihre ehemals wichtige Rolle vollständig verdrängt² bzw. ihre späteren sozialistischen Überzeugungen den kleinen Führungszirkeln unterschoben³, oder sie interpre-

1 Als Ausnahme in der älteren Literatur muß *Franz Mehrings* Beitrag in der Festschrift: Die Gründung der Deutschen Sozialdemokratie, Leipzig o. J. (1903) genannt werden, doch setzte sich diese Wertung nicht durch.

2 So enthalten die Erinnerungen Eichelsdörfers nichts über seine wichtige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63; Tagebuch des Johannes Peter Eichelsdörfer, Stadtarchiv Mannheim, Kleine Erwerbungen, Nr. 42.

3 *Julius Vahlteich*, Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, München 1904.

tierten wie etwa Bebel⁴ die Vorgeschichte des ADAV einseitig und daher oft falsch von ihrem nach langen Kämpfen gewonnenen dezidierten Parteistandpunkt, dessen Geschichtsbild oft durch handfeste Erinnerungslücken geprägt war. Eine wichtige Phase wie die der Eichlerschen Bewegung in Berlin Ende 1862 wurde mit der Entlarvung ihres Führers als Polizeiaгент aus der Geschichte der Arbeiterbewegung einfach eliminiert; Persönlichkeiten wie Otto Dammer und August Perl schieden durch ihren Rückzug aus der aktiven politischen Tätigkeit gleichzeitig aus Bewußtsein und Tradition der Sozialdemokratie.

Entscheidend für die negative Beurteilung bzw. das Verkennen der ABV- und Kongreßbewegung war die alles überragende Gestalt des zum Gründungsvater emporstilisierten Ferdinand Lassalle, vor dessen Wirken die vorhergehende eigenständige Bewegung verblassen mußte. Der – auch aus politischen Gründen – sorgsam gepflegte Lassallemythos erwies sich bis in die 60er Jahre dieses Jahrhunderts als größtes Hemmnis für eine unvoreingenommene Erforschung der (elementaren) Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Gründung des ADAV, der in der nichtmarxistischen Forschung als einzig legitime Wurzel der Sozialdemokratie galt, während dem VDAV nur insoweit Interesse geschenkt wurde, als in ihm der junge Bebel seine ersten öffentlichen politischen Schritte unternahm.

Die Ende der 50er Jahre einsetzende verstärkte Hinwendung zur lokalen und regionalen Vor- und Frühgeschichte der SPD (vgl. die noch zu ergänzenden Titel im Dokumentenband, S. 5–7) brachte für die angesprochene Phase kaum etwas Neues, da die einzelnen Untersuchungen von sehr unterschiedlichen methodischen Ansätzen ausgingen und auf den o. e. Rahmenkriterien der alten Forschung aufbauten⁵. So wurden die ABVe weiterhin vom Bereich der eigentlichen Arbeiterbewegung abgehoben; ganze Quellenkomplexe und Problembereiche gerieten erst gar nicht ins Blickfeld. Diese Einschränkung gilt auch für neuere, mehr biographische Arbeiten, die die Arbeiterbewegung dieses Zeitraums tangieren⁶, und für Karl Birkers bildungspolitisch orientierte Arbeit über die ABVe⁷.

Neue methodische und quellenkritische Wege eröffneten erst die Aufsätze und Monographien von Shlomo Na'aman über Lassalle und die Kongreßbewegung⁸. Durch die Erschließung bisher unbeachteter Quellenbestände – hier ist vor allem die Kollektion Hatzfeldt/ADAV (Nachlaß Mayer) im IISG Amsterdam zu nennen⁹ –, die Zusammenstellung und intensive Durchforschung der schwer erreichbaren wichtigsten Zeitungen und durch die Aufarbeitung des einschlägigen Broschürenmaterials gelang Na'aman dank seiner auf breiter Kenntnis der frühen deutschen Arbeiterbewegung aufbauenden, stark

4 *August Bebel*, Aus meinem Leben, 4. Aufl., Berlin – DDR 1964.

5 Eine Ausnahme bildet die Arbeit von *Wolfgang Schmierer*, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878, Hannover 1970.

6 So *Klaus Gerteis*, Leopold Sonnemann, Frankfurt 1970; *Otmar Frühauf*, Bürgerlich-liberale Sozialpolitik 1856–1865. Aus dem Frankfurter ›Arbeitgeber‹ von Max und Franz Wirth, phil. Diss. München 1966.

7 *Karl Birker*, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870, Berlin 1973; vgl. dazu *meine* Rezension in IWK, H. 4/Dez. 1975, S. 533–535 und die von *Dieter Dowe* in AfS 15, 1975, S. 557–559.

8 Zu nennen sind: *Shlomo Na'aman*, Demokratische und soziale Impulse in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63, Wiesbaden 1969; *ders.*, Lassalle, Hannover 1970; *ders.*, Der Fall Eichler. Zur Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: IRSH 15, 1970, S. 347–374; *ders.*, Otto Dammer. Der erste deutsche Arbeiterfunktionär aus den Reihen der proletarischen Intelligenz, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 2, 1973, S. 287–320; *ders.*, »Er soll an der Organisation festhalten«. Zum Wortlaut von Lassalles Testament, in: IRSH 19, 1974, S. 396–400.

9 Vgl. dazu *Shlomo Na'aman* in IWK, H. 16/Aug. 1972, S. 73. Fotokopien dieser Kollektion befinden sich im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg, ›Bestand ADAV‹.

assoziativ arbeitenden Interpretationstechnik nicht nur die Überwindung der alten Vorurteile, sondern auch die Herausarbeitung und Klassifizierung der unterschiedlichen Strömungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung der frühen 60er Jahre und ihr Hineinstellen in die Traditionen der Revolution von 1848/49 sowie der deutschen Sozialdemokratie und der internationalen Arbeiterbewegung. War bisher die Rezeption der Ergebnisse und Thesen Na'amans durch seine für die Analyse recht fruchtbare Art der Interpretation und Darstellung sehr erschwert worden, da die oft sehr abstrakt bleibenden und auf dem hohen Niveau des Spezialisten vorgetragenen Reflexionen wegen der weitgehend unzugänglichen Quellenbasis und der sparsamen Belege oft nicht verifizierbar und nachzuvollziehen waren, so scheinen diese Schwierigkeiten mit der Vorlage einer Dokumentenedition auf den ersten Blick beseitigt. In diesem Band analysiert und dokumentiert Na'aman die Entstehung der Kongreßbewegung bis zur Gründung von ADAV und VDAV im Zeitraum April 1862 bis Juni 1863¹⁰.

II.

Der Begriff ›Kongreßbewegung‹ steht für eine in sich differenzierte elementare Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63. Am 20. April 1862 beschloß der ›Nationalverein‹ auf Anregung des bekannten Freihändlers Max Wirth aus politischen (Höhepunkt des preußischen Verfassungskonfliktes und der konservativen Reaktion auf die bürgerliche Nationalbewegung; selbständige Verhandlungen der französischen Arbeiter mit ihrer Regierung) und wirtschaftlichen Motiven (Ausbreitung der Freihandelslehre unter der Arbeiterschaft, Förderung der besseren beruflichen Qualifizierung der Arbeiter), eine Delegation ausgewählter Arbeiter zur Londoner Weltausstellung zu senden, die nach ihrer Rückkehr auf einem deutschen Arbeitertag von ihren Erlebnissen berichten sollten. Zwar wurde dieser Gedanke wegen der auf der Hinfahrt ausbrechenden Differenzen – so besuchten einige Teilnehmer den radikalen Londoner ABV – fallengelassen, doch griff ihn der Berliner Lackierer Casimir Eichler auf und propagierte auf mehreren lokalen Berliner Arbeiterversammlungen einen allgemeinen deutschen Arbeitertag, der unter Einbeziehung der Möglichkeit von Staatshilfe betont unpolitisch – was eine Trennung vom liberalen Bürgertum und seiner Politik beinhaltete – die Verbesserung der Lage der Arbeiter, besonders die Errichtung von Produktivassoziationen, diskutieren sollte. Unabhängig von Eichler tauchten auch in Süddeutschland, begünstigt vom raschen Wiederaufschwung des politischen Lebens und des ABV-Wesens, im September 1862 Pläne für einen Arbeiterkongreß auf (Nürnberg, Mannheim), der die ABVe zentral koordinieren und die Lage der (handwerklichen) Arbeiterschaft besprechen sollte. Eine betont politische Note erhielt die Bewegung erst in Leipzig. Im Bunde mit den preußischen Liberalen, die von der ›unpolitischen‹ Eichlerschen Bewegung¹¹ die Spaltung ihrer

¹⁰ Der Band ist folgendermaßen gegliedert: nach der Einführung (S. 1–20) folgt die ›Darstellung‹ (S. 23–165), eine Analyse der Kongreßbewegung und der Gründungsgeschichte von ADAV und VDAV. Dem schließt sich der Abdruck der Dokumente in 3 Abteilungen an (S. 169–629), und zwar Dokumente 1. zur Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung bis zur Konstituierung des Leipziger Zentralkomitees (Anfang Oktober 1862), 2. zur Tätigkeit des Leipziger ZK bis zur Gründung des ADAV (nochmals nach systematischen Gesichtspunkten dreifach unterteilt) und 3. zu den Folgen der Spaltung des ZK und zur Gründung des VDAV. Dem umfangreichen, selbst zahlreiche Dokumente enthaltenden Anmerkungsenteil (S. 633–922) folgen das Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 923–951) und abschließend das Personen- und Ortsregister.

¹¹ Na'amans überzeugende Beweisführung für den von Eichlers Agententätigkeit unabhängigen Charakter seiner Berliner Bewegung (in: Der Fall Eichler, vgl. Anm. 8) vermag auch Gerd Fessers argumentationslose Polemik in keiner Weise zu widerlegen (Gerd Fesser, Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861–1866, phil. Diss. [MS] Jena 1973, S. 42 f. und Anm.). Fesser teilt mit der übrigen DDR-Geschichtsschreibung das un-

Massenbasis im Verfassungskonflikt befürchteten, manövrierte das von einer Leipziger Arbeiterversammlung gewählte Komitee den als Werkzeug der Reaktion diffamierten Eichler aus und übernahm auf einer großen, unter liberaler Ägide durchgeführten Massenversammlung in Berlin am 2. November 1862 die Führung der ›Kongreßbewegung‹. Nachdem mit der Ausschaltung Eichlers ihr erstes taktisches Ziel erreicht war, sabotierten die Liberalen alle Leipziger Bemühungen, die Kongreßidee zu verbreiten. Gegen das Leipziger Zentralkomitee und vor allem seine radikale Führungsgruppe (Julius Vahlteich, Dr. Otto Dammer, Friedrich Wilhelm Fritzsche), die die Unhaltbarkeit der liberalen Bildungsideologie und Aufstiegstheorie durchschaut hatte und in der selbständigen, aktiven politischen Betätigung der Arbeiter die einzig mögliche Form zur Behebung der sie betreffenden sozialen Mißstände sah, mobilisierten sie vor allem ihre süddeutsche ABV-Gefolgschaft, die – vornehmlich aus handwerklichen Kreisen stammend – sich bis auf wenige oppositionelle Gruppen zwar noch vollkommen der politischen und ökonomischen Führung des liberalen Bürgertums anvertraute, aber gegen alle liberalen Wünsche schon im Februar/März 1863 auf einen föderalistischen Zusammenschluß der deutschen Arbeitervereine nach Schweizer Muster drängte, was von Leopold Sonnemann noch eben verhindert werden konnte. Somit schon früh jeder materiellen und theoretischen Unterstützung beraubt und außerhalb Hamburgs ohne jede nennenswerte Resonanz, wandte sich die radikale Mehrheit des Leipziger Komitees an den per Zufall ins Spiel gekommenen Lassalle, den sie von seiner Broschüre über den Arbeiterstand her kannte. Lassalle ging auf die entwickelten Ansätze mit ihren sozialen und politischen Ideen kaum ein. Mit seiner stark persönlich bestimmten Wendung gegen den Liberalismus, seiner Negierung jeder Bündnistheorie über das Verhältnis zum Liberalismus, der willkürlichen Verknüpfung von allgemeinem Wahlrecht und Produktivassoziationen, dem autoritären Organisationsstatut und der Theorie vom ehernen Lohngesetz brachte Lassalle eine völlig andere Konzeption in die Bewegung ein und negierte deren theoretischen Stand, statt an ihm anzuknüpfen. Infolge seiner Agitation gaben die liberalen bzw. liberaldemokratischen Kreise ihren Widerstand gegen eine Organisation der ABVe auf; die organisierte deutsche Arbeiterbewegung war im Mai/Juni 1863 doppelteilig (in ADAV und VDAV) geboren.

III.

Zur begrifflichen Differenzierung und Klassifizierung der die Diskussion von 1862/63 bestimmenden Vorschläge und Konzeptionen bedient sich Na'aman der Kriterien ›politisch⟨→sozial⟨, und zwar in der zeitgenössischen, d. h. bürgerlich-liberalen Interpretation, jedoch ohne dies ausdrücklich anzugeben, obwohl unser heutiges Verständnis mit dieser nicht ganz übereinstimmt. Zum Bereich des ›Politischen⟨ gehörte nach liberalem Verständnis alles, was mit Staat, Regierungsform und -ausübung, Gesetzgebung und besonders der Frage der nationalen Einheit und Freiheit zu tun hatte, während zum ›Sozialen⟨ – und dies wurde in der Diskussion über die Arbeiterfrage bürgerlicherseits bewußt als Gegensatz akzentuiert – das privat-individualistische bzw. gruppenegoistische wirtschaftliche Interesse gerechnet wurde. So beschränkte sich die soziale Frage für den Liberalismus auf eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe, während politische Probleme stets allgemeiner, die Gesamtheit der Staatsbürger betreffender Natur waren. Dementsprechend suchte man in der liberalen Einheits- und Freiheits-Theorie die soziale Problematik vom Bereich des Politischen zu trennen und diesem unterzuordnen. Gewerbebesetze und

reflektierte Vertrauen auf die Erinnerungen der Veteranen (Bebel, Vahlteich) über die frühen 1860er Jahre und das Unverständnis gegenüber den Möglichkeiten einer elementaren Arbeiterbewegung angesichts einer bereits entwickelten sozialistischen Theorie; ein Grund, weshalb die Rolle Lassalles als Parteigründer noch immer hochgehalten wird.

Gewerbeordnungsfragen galten ebenfalls als Gegenstände politischer Natur, da sie immer auch als Ausdruck liberaler Freiheitsforderung begriffen wurden. So konnte sich die Forderung nach Gewerbefreiheit zu einem der wenigen Propagandamittel entwickeln, mit dem sich die Organisationen des liberalen Bürgertums – ungeachtet der unterschiedlichen Konsequenzen von Gewerbefreiheit für die Arbeiterschaft und das Bürgertum – in die neu entstehende Arbeiterbewegung einschalteten.

Entsprechend diesem zeitgenössischen Verständnis unterscheidet Na'aman innerhalb der die Arbeiterbewegung bestimmenden Antriebe zwischen sozialen »Impulsen«, d. h. Bestrebungen, die, von der miserablen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ausgehend, diese individualistisch oder solidarisch verbessern wollten (durch Kassen, Selbsthilfegenossenschaften, Versicherungen usw.), und politischen »Impulsen«, nämlich Konzeptionen, die die gesellschaftliche Stellung des Arbeiters im Rahmen der nationalen Einheitsbewegung, meistens an der Seite bürgerlicher Demokraten, anheben wollten (z. B. mittels des allgemeinen Wahlrechts, der Durchsetzung einer freiheitlichen Gesetzgebung usw.). Die Verbindung beider Bereiche, d. h. die Entwicklung eines »sozial-politischen« Denkens, kennzeichnet den Reflexionsprozeß und die Tätigkeit des Leipziger Komitees in der sog. Kongreßbewegung und markiert die eigentliche Entstehung der organisierten »Sozial-Demokratie«.

Gleichfalls problematisch ist die Verwendung der die politischen Richtungen und Parteien bezeichnenden Begriffe »Liberalismus« und »Demokratie« bzw. der Adjektive »liberal« und »demokratisch«. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts standen sie in Deutschland für zwei ideologisch und organisatorisch zwar nicht überaus scharf zu trennende, aber trotzdem eindeutig identifizierbare unterschiedliche politische Richtungen, die zwischen Revolution und Reichsgründung teils gegensätzliche programmatische Vorstellungen entwickelten und nur vorübergehend organisatorisch zusammenfanden. Neben der Theorie des »Liberalismus« kann man gleichfalls eine des »Demokratismus« nachweisen. Durch den Wandel des *partei*politischen Begriffs »demokratisch« zur heute gebräuchlichen politisch-ideologischen Phrase (als Gegensatz zu *undemokratisch*) entsteht die Gefahr, der auch Na'aman nicht entgangen ist¹², beides zu vermischen und dem der historischen (Partei-)Differenzierung dienenden, an sich wertneutralen Begriff des »Demokraten« die qualifizierende Interpretation aus der modernen politischen Diskussion unterzuschieben. Sympathie und Parteinahme durch den Historiker erscheinen dann nicht mehr als explizite und eine Begründung fordernde Stellungnahme, sondern werden implizit über mehrdeutige Begriffe eingeschleust.

IV.

Nimmt man die einleitende »Darstellung« Na'amans und den Dokumententeil samt Anmerkungen als zwei zusammenhängende, aufeinander verweisende Teile zusammen (dazu s. u.) und summiert die zahlreichen, verstreut vorgebrachten Ergebnisse und Schlußfolgerungen Na'amans, so läßt sich durch diese Publikation das Bild der Kongreßbewegung weiter konkretisieren und die von Na'aman selbst eingeleitete Revision des gängigen Lassallebildes erhärten. Durch die Gegenüberstellung der Konzeption der Leipziger und Hamburger Führungsgruppen mit den Vorstellungen der mit ihnen verbundenen demokratischen Kreise um Emil Adolf Roßmäßler, mit denen des liberalen Bürgertums, der süddeutschen ABV-Bewegung und mit der Theorie Lassalles macht Na'aman die Bedeutung der Entscheidung von 1863 als Weichenstellung für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung deutlich:

¹² Man vergleiche die Verwendung des Begriffes »demokratisch« S. 61, 161, 645, Anm. 49. Na'aman betont selbst S. 8 die Notwendigkeit der Unterscheidung von Liberalismus und Demokratie.

1. In der Kongreßbewegung erreichte die nachrevolutionäre deutsche Arbeiterbewegung ihren ersten Höhepunkt. Die Versuche einer sich in der überwiegenden Mehrheit noch völlig im Bann liberaler Theorie bewegenden Arbeiterschaft, die stark handwerklich geprägt war, ihre Interessen selbständig zu formulieren, endeten in einem spürbaren Konflikt der Führungsgruppen mit dem jede selbständige Regung der Arbeiterschaft disziplinierenden liberalen Bürgertum, das angesichts der Frontstellung gegen die konservativ-feudalen Regierungen und der wirtschaftlichen Konjunktur in der Mehrheit der Arbeiterschaft für seine politische und ökonomische Propaganda noch eine treue Gefolgschaft fand. Trotzdem provozierte die Begegnung des konkreten Erfahrungsbereichs einer handwerklichen Arbeiterschaft mit alten, aber aktuell gebliebenen demokratischen und sozialistischen Ideen den Beginn eines Bewußtseinsprozesses, an dessen Ende – unterstützt von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung – die organisatorische und politische Ablösung vom bürgerlichen Liberalismus stand. Die Gruppen in Leipzig und Hamburg erkannten unter der tatkräftigen Hilfe von 48er Demokraten die Zusammenhänge von sozialer (= Arbeiter-) Frage und Politik und damit die Begrenztheit liberaler Sozialpolitik, wie sie in Form der Schulze-Delitzschschen Genossenschaftstheorie und der liberalen Bildungsideologie die Arbeiterschaft faszinierte. Gegen den in den ABVen vorherrschenden fachbezogenen Bildungsbegriff setzten sie die politisch relevante Bildung und stellten somit den liberalen Bildungsbegriff auf den Kopf. Mit der Erarbeitung und Durchsetzung des klassenbezogenen Arbeiterbegriffs entzogen sie nicht nur allen politisch und ökonomisch motivierten antiemanzipativen liberalen Ideologien (»Wir *alle* sind Arbeiter«) die theoretische Basis, sondern sie stellten die wiedererwachende Arbeiterbewegung auf ein sicheres Fundament, das erst die Bestimmung der eigenen Interessen und sozialpolitischen Ziele ermöglichte. Damit hätten sie eine differenzierte Bündnispolitik mit dem organisierten Liberalismus auf politischem Gebiet gegen die reaktionären Regierungen im Rahmen der National- und einzelstaatlichen Bestrebungen eingehen können. Als organisatorische Voraussetzung der auf einem Arbeitertag durchzuführenden Diskussion der deutschen Arbeiter über ihre Situation propagierten die Leipziger mit dem Prinzip der offenen Arbeiterversammlung, dem Solidaritätsbegriff (vgl. Na'aman, S. 143) und der Errichtung von Kassen (vgl. Na'aman, S. 655, Anm. 12) Elemente, die deutlich für die Verselbständigungstendenz der Bewegung sprechen.

2. Die Konzeption Roßmäßlers als Beispiel für die Arbeiterpolitik demokratischer Kreise (Na'aman, S. 67–69), deren Relevanz für die Bewegung Na'aman nachweist, war ihrem Wesen nach Sozialpolitik in Form von Bildungsarbeit. Doch förderte Roßmäßler eine Konstituierung der Arbeiterschaft als einer ihrer eigenen Würde bewußten Klasse mit solidarischer Organisation als notwendige Ergänzung zur Demokratie und die Selbstemanzipation der Arbeiterschaft durch die unvoreingenommene Verbindung von Wissenschaft und Arbeit (nicht ein elitäres Herablassen der Wissenschaft wie bei Lassalle). Im Gegensatz zum liberalen Bürgertum sah Roßmäßler eine nationale Bildungstätigkeit als Frucht einer politischen Organisation. Doch teilte er den Fehler der demokratischen Bewegung: Für ihn existierte kein soziales Problem.

3. Den Kontext für diesen sozialen und politischen Emanzipationsprozeß der Arbeiterschaft bildeten die Interessen des liberalen Bürgertums, seiner ökonomischen und politischen Organisationen, die in der Arbeiterschaft eine unmündige Gefolgschaft zur Durchsetzung einzelner Ziele und ein Rekrutierungsfeld zur dauernden Ergänzung des alleinigen Kulturträgers ›Mittelstand‹ sahen. Doch bleiben die diesbezüglichen Bemerkungen bei Na'aman sehr knapp.

4. Eine deutliche Aufwertung der zweiten organisatorischen Wurzel der deutschen Sozialdemokratie, des VDAV, bringt die Dokumentierung seiner Vorgeschichte, d. h. des Versuchs einer Selbstorganisation seitens der deutschen ABVe, faßbar spätestens seit Sep-

tember 1862. Dieser Versuch richtete sich von Anfang an gegen den erbitterten Widerstand des Bürgertums, dem klar war, daß es hier um die Einleitung eines Prozesses ging, der – wenn auch undeutlich – auf die Konstituierung der Arbeiterschaft als eigenständige soziale Kraft hinauslief. Anders als bei der vornehmlich norddeutschen Kongreßbewegung war bei der Bewegung im Maingau und in Mannheim ihre enge Verhaftung in einer spezifisch kleinbetrieblichen bzw. handwerklichen Wirtschaftsstruktur und eine enge politische und ideologische Bindung an liberaldemokratische Kreise spürbar. Doch ist die Vorgeschichte des VDAV – dies muß gegen neuere Darstellungen betont werden – gekennzeichnet durch die eigenständige Tendenz der Vereinsmitglieder zu einer Gesamtorganisation der ABVe, teils unter bewußter Wiederaufnahme der Tradition der ›Arbeiterverbrüderung‹. Die Wurzeln des VDAV lagen in den sozialen Motiven der auf eine zentrale Koordinierung der ABVe dringenden süddeutschen Vereine und ihrer handwerklichen Mitgliederschaft, der bildungspolitisch engagierten, das Erbe der Kongreßbewegung nach Lassalles Eingriff fortführenden Leipziger Bildungsvereine unter Roßmäßler und den an den Traditionen der ›Arbeiterverbrüderung‹ anknüpfenden Bestrebungen des Vorsitzenden des Berliner Arbeitervereins, Karl Dittmann.

5. Lassalle, dessen persönliche und theoretische Probleme beim Übergang in die praktische Arbeiterpolitik Na'aman schon in seiner Biographie aufgezeigt hat, vermochte sich nicht in die existierende Bewegung organisch einzuschleusen, sondern er verhinderte mit seinem den Leipzigern zum großen Teil aufoktroierten Konzept (zu den Verhandlungen vgl. Na'aman, S. 96–101), das weite Kreise der Arbeiter und Demokraten vor den Kopf stieß, die Fortführung des Erreichten (vgl. Na'aman, S. 102 f., 120). Im Gegensatz zu den Leipzigern, die auf eine parteiförmige Konstituierung der Arbeiterschaft hinstrebten, wollte Lassalle einen reinen Agitationsverein für das allgemeine Wahlrecht. Der ADAV lebte, dies weist Na'aman eindringlich nach, vor allem in den Gebieten mit organisatorischer Tradition *trotz* der Lassalleschen Organisationsstruktur fort, indem man im Gegensatz zum Prinzip des reinen zentralistischen Agitationsvereins die gesellschaftlichen Formen des alten Bildungsvereinswesens, wie es in Hamburg und Leipzig interpretiert wurde, beibehielt (vgl. Na'aman, S. 138 ff.); dies war der Beginn einer eigenen ›Subkultur‹. Na'aman arbeitet die in der Diskussion zwischen Lassalle und den Leipzigern zutage tretenden unterschiedlichen Konzeptionen heraus und verfolgt die Auswirkungen der Lassalleschen Theorie, d. h. die Konfrontation und Verschmelzung einer elementaren sozialen Bewegung mit dem Konzept eines exzentrischen Wissenschaftlers und Politikers, die doppelte Entstehung der organisierten deutschen Arbeiterbewegung in dem sich dialektisch entwickelnden Geflecht aufeinander wirkender politischer und sozialer Faktoren, von Aktion und Reaktion (vgl. dazu Na'aman, S. 162 f.).

V.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß unsere neueren Kenntnisse über die Umstände und Implikationen der ›Gründung‹ der deutschen Arbeiterbewegung im Mai/Juni 1863 dem Werk Shlomo Na'amans zu verdanken sind. Doch ist gerade seine (überaus fruchtbare) Arbeitsweise wesentlich verantwortlich dafür, daß seine Ergebnisse über den engen Kreis der Spezialisten und Rezensenten hinaus nicht auf nennenswerte Resonanz gestoßen ist. Dies lag einerseits an der erwähnten Unzugänglichkeit wichtiger Quellenbestände, auf die sich Na'aman in seinen Untersuchungen zur Entstehungsgeschichte des ADAV stützte, andererseits daran, daß er in der Forschung noch keineswegs hinreichend geklärte oder untersuchte Gebiete von seinem jeweiligen Ansatz her mit der Souveränität des Spezialisten apodiktisch knapp darstellt oder sie mit abstrakt bleibenden und sehr komprimierten Urteilen einordnet. So ist auch bei Na'amans ›Darstellung‹ im Dokumentenband zu fragen, inwieweit hier in einer doch wohl als Einführung in den

Komplex gedachten Abhandlung von einer — zwar vielleicht adäquaten, aber angesichts des allgemeinen Forschungs- und Kenntnisstandes esoterisch zu nennenden — Fragestellung ausgegangen wird, die letztlich Frucht einer leider isoliert gebliebenen Beschäftigung mit einem relevanten (und politisch brisanten!) Abschnitt der frühen deutschen Arbeiterbewegung ist. Außerdem muß kurz untersucht werden, inwieweit die abgedruckten Dokumente die ›Darstellung‹ belegen bzw. die ›Darstellung‹ in die Dokumente einführt, wie es also um die wissenschaftliche Auswertbarkeit der Veröffentlichung steht.

Na'aman behandelt die Ereignisse der Jahre 1862/63 — ohne eine Skizzierung des faktischen Ablaufs — unter einem besonderen systematischen Gesichtspunkt, dem Verhältnis von ›demokratischen und sozialen Impulsen‹, wie schon der Titel einer 1969 erschienenen Arbeit lautet. Hatte Na'aman damals das Verhältnis von sozialer und politischer Motivierung auf dem Hintergrund einer diese integrierenden ›Bewegung‹ bestimmt, so stellt er im Dokumentenband einseitig den politischen Aspekt in den Vordergrund und sucht die Frage nach den Ursachen der beginnenden selbständigen Arbeiterbewegung politisch zu beantworten. Hier scheint für Na'aman der Ansatz zu liegen, den Trennungsprozeß der Arbeiterschaft vom liberalen und demokratischen Bürgertum auf den Begriff zu bringen. Ihm gelingt mittels seiner oft zu überraschenden Ergebnissen führenden assoziativen Arbeitsweise¹³ der Entwurf eines Modells, das neben der Skizzierung der eigenständigen theoretischen Position der Kongreßbewegung (Leipzig, Hamburg), derjenigen Lassalles, des in Fortschrittspartei und dem ›Nationalverein‹ organisierten Bürgertums und einzelner demokratischer Gruppen (Schweigert, Rüstow, Streit u. a.) eine theoretische Klärung des faktischen *politischen* Trennungsprozesses zu leisten vermag. In immer wieder neu ansetzenden, gegenseitig verweisenden Argumentationsketten und Interpretationen kristallisiert Na'aman selbst auf äußerst schwieriger Quellenbasis divergierende Konzeptionen über Arbeiterbewegung und Nationalpolitik heraus. Dieser methodische Ansatz hat aber, was den Gegenstand der Arbeiterbewegung betrifft, entschiedene Nachteile, worauf noch einzugehen sein wird.

Die Diskussion über die Lösung der Arbeiterbewegung von Liberalismus und kleinbürgerlicher Demokratie — beide Phasen gilt es sorgfältig zu unterscheiden — kreist seit langem um die Frage, ob dabei den sozialen oder den politischen Motiven die Priorität zuzuerkennen sei. Hatte Gustav Mayer die Lösung der Arbeiterschaft vom bürgerlichen Radikalismus mit dessen sozialpolitischer Ignoranz begründet, so stellten Werner Conze und Dieter Groh den Trennungsprozeß in den Rahmen der nationalpolitischen Auseinandersetzungen. Daß die Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung unlösbar mit der nationalen Frage verflochten und von ihr geprägt ist, belegt auch Na'aman. Doch spitzt sich im Dokumentenband die Frage nach dem Verhältnis von politischen und sozialen Motiven auf eine m. E. dem historischen Kontext nicht mehr adäquate Alternative zu, indem den politischen Motiven vor den sozialen ein fast ausschließlicher Vorrang zuerkannt wird. Na'aman gerät damit in Gefahr, wohl unbewußt und wider Willen zwei interdependente Faktoren auseinanderzureißen und gegeneinander auszuspielen.

Schon die abgedruckten Dokumente selber zeigen, daß gerade die Leipziger Führungsgruppe wie die ganze Arbeiterbewegung sozial-politisch dachte. Entscheidend für die Form, in der sich solche Motive ausdrückten, war jedoch die grundsätzliche Erkenntnis, daß jeder Versuch der Arbeiter, über ihre Lage nachzudenken und Veränderungen anzustreben, sich nur politisch äußern konnte. Das Spannungsfeld der politischen Kräfte (Konservative, Liberale, Demokraten) erlaubte, wie das Schicksal der Eichlerschen Bewegung zeigt, keine politisch ›neutrale‹ soziale Arbeiterbewegung:

¹³ Sie wird in der ›Darstellung‹ recht deutlich z. B. in den Abschnitten zur Arbeiterversammlung vom 2. 11. 1862 (S. 51–55), zum ideologischen Prozeß im Leipziger Komitee (S. 63–67), zum ›Offenen Antwortschreiben‹ (S. 94–106) und zum ersten Vereinstag (S. 147–156).

1. So geschahen solche Reflexionen in einer Situation, die bestimmt war von der Notwendigkeit und Wahrscheinlichkeit einer gesamtnationalen Neuordnung. Diese Offenheit der politischen Lage des Deutschen Bundes kennzeichnet nicht nur die Bedingungen und den Inhalt der einzelnen politischen Strömungen und Zielsetzungen vor 1871, sondern auch die veränderte Lage der Sozialdemokratie, d. h. den Realisierungsgrad ihrer Ziele, nach vollzogener Reichsgründung.

2. Die auf Grund der Vielstaaterei mit ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Gesetzgebung und Gewerbestruktur fehlende Homogenität der Lage der ›Arbeiter‹ zu Beginn der Hochindustrialisierung ließ politische Vorstellungen als allen Arbeitern gemeinsame Interessen, in die sie ihre unterschiedlich verstandenen sozialen Probleme und Hoffnungen integrieren konnten (so unter die Stichworte Freizügigkeit und Gewerbefreiheit), stark in den Vordergrund rücken.

3. Allgemein war die Erkenntnis, daß die sozialen wie die innenpolitischen Probleme einzelstaatlich nicht zu lösen waren.

4. Das Leipziger Beispiel zeigt konkret, wie eine tiefergehende Reflexion über soziale Probleme die Arbeiter dazu drängte, den Bann liberaler Wirtschaftsdogmen, vor allem deren Verständnis der ›Selbsthilfe‹, zu durchbrechen und den politischen Rahmen der sozialen Frage zu erkennen.

5. In einer Zeit, wo längst noch nicht alle *bürgerlichen* Freiheitsrechte verwirklicht waren, lag die Verbindung von sozialer und politischer Freiheitsforderung auf der Hand, was gerade das liberale Bildungsbürgertum betonte, um sofort seine Führungsrolle zu reklamieren. Der Zeitpunkt, wo die bürgerlichen Rechtsstaatsprinzipien auf politischem und sozialem Gebiet verwirklicht worden waren und als Ausweis errungener ›Freiheit‹ gegen die sozialen Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft gewendet werden konnten, war noch nicht gegeben.

6. Die Praxis, soziale Probleme politisch zu artikulieren – und diese Ebene nimmt Na'aman nun zur ausschließlichen Basis seiner Überlegungen – erklärt sich ebenso aus der Struktur der ›Arbeiterschaft‹. Zu einer Zeit, als einerseits die arbeitsteilige Großindustrie noch nicht dominierte und die Zahl des sog. erblichen Proletariats gering war, andererseits die Wirtschaft einen rasanten Aufstieg und das Handwerk einen Umstrukturierungsprozeß durchlief, sah die ›Arbeiterschaft‹, die mehrheitlich aus handwerklichen Facharbeitern, proletarisierten Kleinmeistern und Gesellen zusammengesetzt und noch individualistischen Denkmustern verhaftet war, liberale Selbsthilfekonzeptionen als Weg zum sozialen Aufstieg und verkannte deren elitären Charakter. Die Arbeiterfrage wurde von den Beteiligten zwar als eine die ›Klasse‹ betreffende, aber nur rudimentär als eine auch von der Klasse, d. h. solidarisch, zu lösende begriffen. Dieses individualistische Denken erwartete von persönlicher Anstrengung und von politischen Veränderungen (Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Nationalstaat) die Lösung der sozialen Probleme. Die radikalen Gruppen in Leipzig und Hamburg artikulierten daher ihre Ziele, dies auch taktisch bedingt, indem sie die alten demokratischen Forderungen nach politischer Gleichstellung der Arbeiter aufnahmen. Gleichzeitig durchbrachen sie mit den offenen Arbeiterversammlungen den exklusiven Kreis der Bildungsvereine und schufen damit auch bisher nicht erreichten Arbeiterschichten ein Forum der Artikulation.

Soziale und politische Forderungen waren also eng verknüpft. Aufgabe der theoretischen und organisatorischen Emanzipation der Arbeiterschaft und damit Inhalt der Kongreßbewegung und der Geschichte des VDAV waren die fortschreitende Erkenntnis der politischen Bedingungsfaktoren sozialer Probleme und damit verbunden das Abstreifen wirtschaftsliberaler Vorstellungen. Erst auf dem so skizzierten Hintergrund sind Na'amans Überlegungen über das Verhältnis von politischen und sozialen ›Impulsen‹ verständlich. Doch hat Na'amans Plädoyer für den Vorrang politischer Motive auch nachteilige Kon-

sequenzen für den inneren Aufbau des Dokumentenbandes und seine die Vorgeschichte des VDAV betreffende These¹⁴. Na'amans ›Darstellung‹ ist keine einführende, die Dokumente summarisch auswertende und strukturierende Zusammenfassung von Verlauf und Inhalt der Kongreßbewegung, sondern eine auf hohem Abstraktionsniveau sich bewegende, sehr pointiert vorgetragene und unter einem dennoch nicht konkret artikulierten Erkenntnisinteresse stehende Reflexion über die politischen Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63. Dabei gilt sein Interesse mehr den Personen, Ideen, Konzeptionen, Tendenzen als den Daten, Fakten und Abläufen. Na'aman ist nicht näher auf die verschiedenen Fraktionen im Bürgertum eingegangen: Die politischen Konstellationen (hier sehr gut S. 728, Anm. 1 zu Dok. 12), die ökonomische Entwicklung, vor allem aber die einzelnen sozialpolitischen Modelle des Liberalismus hätten zumindest kurz charakterisiert und nicht nur am Rande erwähnt werden müssen (so Max Wirth, S. 45; Schulze-Delitzsch, S. 47), da diese den Kontext für alle Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiterschaft bildeten. Na'aman läßt, dies ist immer wieder festzustellen, die Kongreßbewegung nicht aus ihrem sozialgeschichtlichen Kontext erwachsen, den er als bekannt voraussetzt. Der sozialgeschichtliche und ökonomische Rahmen bleibt blaß, die Bindung der verschiedenen Konzepte innerhalb der Arbeiterschaft (Berlin, Leipzig, Hamburg, Nürnberg, Maingau, Frankfurt) an die jeweilige Gewerbe- und Sozialstruktur geschieht nur oberflächlich und in den Anmerkungen. Die bloße Nennung dieses Zusammenhanges bleibt unanschaulich und genügt nicht diesem Teil der Aufgabe einer Einordnung der Quellen in den geschichtlichen Kontext, wie sie der Einleitung in eine Edition zukommt.

Fast noch wichtiger als das Ausklammern des sozioökonomischen Kontextes ist das völlige Ausschalten des ABV-Wesens, des eigentlichen ›Fundaments‹ der Kongreßbewegung und der Arbeiterbewegung dieser Zeit. Na'aman beschreibt und dokumentiert die politische Spitze vor der Breite. Man hat es, so der zwangsläufige Eindruck, bei der Leipzig-Hamburger Führungsgruppe nur mit einer Handvoll Männern zu tun, die nur in einem sehr oberflächlichen Zusammenhang mit der seit 1859 wiederbelebten ABV-Bewegung zu stehen scheinen. So rechtfertigt Na'amans Darstellung in Kapitel I den dafür gewählten Titel »Von Bildungsvereinen zur Arbeiterbewegung« (S. V bzw. 23) in keiner Weise. Na'aman skizziert keine sozialgeschichtliche Bewegung, deren politisch bewußteste und reifste Gruppe mit ihrer Politik zum zentralen Gegenstand des Dokumentenbandes geworden wäre, sondern er löst diese heraus und trennt sie damit von einer vorhandenen elementaren Bewegung, ein angesichts des Forschungsstandes über die ABVe unbegreifliches Verfahren. Ursache für das Vernachlässigen der starken Bezüge zur ABV-Bewegung, die Na'aman der Arbeiterbewegung nicht voll zuzurechnen scheint, ist die einseitige Konzentration auf die politische Seite der Kongreßbewegung und die Beschränkung auf die Leipziger und Hamburger, obwohl er selbst die politischen, meist oppositionellen Strömungen in den ABVen nicht verkennt (vgl. Dok. 4 mit Anm., S. 729, Anm. 4 zu Dok. 13)¹⁵. Na'aman versucht keine sozialgeschichtliche Analyse des sich in der ABV-

14 Die folgende Kritik will nicht einseitig ›Versäumnisse‹ bei Na'aman bemängeln – bei einer Publikation von ca. 1000 Seiten ohnehin sehr fragwürdig –, vielmehr soll versucht werden, durch kritische Auseinandersetzung die ›Darstellung‹ Na'amans in den historischen Kontext der Ereignisse einzufügen.

15 Bezeichnend ist auch, daß Na'aman den Aufruf der ›Arbeiterzeitung‹ für die Erstellung einer ABV-Statistik abdruckt (S. 662 f.), nicht aber das Ergebnis (Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung 23 vom 7. Juni 1863, S. 141 f.). Zutreffend ist seine Beobachtung, daß mit der Kongreßbewegung der Begriff ›Arbeiterbewegung‹ nicht auf die ABVe, sondern auf die Kongreßbewegung angewandt wurde (S. 678, Anm. 37; S. 125; 406; 718, Anm. 3; 638, Anm. 21). Doch muß dabei folgendes beachtet werden: Seit 1850 sprachen die Liberalen von den ABVen betont als ›Arbeiterbewegung‹, um damit die gelungene Disziplinierung dieser

Bewegung verbergenden politischen Potentials; er greift nur hin und wieder vereinzelt radikale Strömungen in den ABVen heraus¹⁶, ohne umgekehrt zu fragen, inwieweit diese ABV-Bewegung eine bestimmte rudimentäre Form von Arbeiterbewegung (Begriff!) gewesen ist, die als erste nachrevolutionäre Organisationsform Ansätze zur Politisierung bot. So erwuchs auch die Leipziger Bewegung aus einem ABV¹⁷. Die Breite der Opposition in den ABVen, das oft nachweisbare Bemühen alter 48er, in den Vereinen ein Agitationsfeld für neue politische Aktivitäten zu finden, die beginnende Aufspaltung der in den ABVen noch organisatorisch verbundenen beiden Gruppen der standesbewußten, am alten Handwerksideal orientierten und bildungsbeflissenen Handwerksgehilfen, die in Gewerbefreiheit und Niederlassungsfreiheit Hoffnungsschimmer für eine selbständige Existenz sahen, und der meist verheirateten Lohngehilfen, die eine Verbesserung ihrer Lage nicht mehr durch ein Verlassen ihres Standes anstrebten, sondern ihre Hoffnungen auf eine Hebung des Standes setzten, all dies wäre einige zusammenfassende Bemerkungen wert gewesen.

Auffallend ist die gegenüber der früheren Darstellung in den ›Impulsen‹ hier spürbare Abwertung der Maingau-Mannheimer Bewegung, Resultat der einseitigen Konzentrierung auf politische Inhalte (Leipzig). Na'aman erwähnt sie nur noch am Rande (S. 146 f., vgl. S. 90, 154). Gerade von seiner Intention her, den VDAV als zweite legitime Wurzel der Sozialdemokratie darzustellen, hätte näher behandelt werden müssen, inwiefern das Bedürfnis nach einer zentralen Organisation aus den Erfahrungen der ABVe erwachsen konnte, daß auch im Maingau offene Arbeiterversammlungen durchgeführt wurden, daß dabei, wie Rolf Weber berichtet¹⁸, radikale Untertöne mitschwangen. Interessant an der Frühgeschichte des VDAV ist gerade die evolutiv verlaufende Organisation bestimmter Arbeiterschichten, die sich in den 1860er Jahren unter veränderten politischen und ökonomischen Verhältnissen zunehmend politisierten (vgl. S. 157). Infolge seiner Konzentration auf Leipzig und Hamburg und das dort erreichte Niveau blickt Na'aman mit falscher Perspektive auf die Vorgänge im Maingau. Daher wird die von ihm erwähnte Politisierung dieses Bezirks nach dem Scheitern der Kongreßbewegung auf dem 1. Ver-einstag der Arbeitervereine uneinsichtig, da er bisher nur als Gegner der Leipziger und als treuer Gehilfe liberaldemokratischer Kreise gezeigt wurde. Das mit den ABVen

›Gefahr‹ zu dokumentieren bzw. zu beschwören. Die Umwandlung der gefährlichen Arbeitervereine in harmlose ABVe wurde von der Augsburger ›Allgemeinen Zeitung‹ in einer Artikelreihe (3., 7., 18. Juni 1850) offen propagiert. Dieser Sprachregelung folgte nicht nur z. B. Karl Brämer in seiner wichtigen Aufsatzreihe im ›Arbeiterfreund‹ 1863/64, sondern manchmal aus taktischen Gründen das Leipziger ZK, vgl. S. 721, Anm. 4 zu Dok. 7; S. 665, Anm. 77. Dies weist darauf hin, wie sehr sich die Auseinandersetzungen in der Kongreßbewegung im Streit um Begriffe ideologisch widerspiegelten, so in der Bestimmung des Begriffs ›Arbeiter‹, der Bedeutung von ›Selbsthilfe‹ und ›Staatshilfe‹, ›Organisation der Arbeit‹ und im inflatorischen Auftreten des Begriffspaares ›Arbeitgeber‹ – ›Arbeitnehmer‹.

16 Diese werden mitunter stark überschätzt, so in der Charakterisierung der Frankfurter Querelen um die Nationalvereinsdelegation als »Klassenkampfkonzepte« (S. 27; 711, Anm. 2), das Referat von Reuß S. 640, Anm. 33 (Reuß »verzichtet« nicht auf »radikal-sozialistische Tendenz«, sondern er wendet sich explizit gegen sie), der Passus in der Nürnberger Resolution (S. 742, Anm. 13) (»Kundgebung von Gesinnungen«, ein Stereotyp liberaler Politik der öffentlichen Aufklärung), oder S. 775, Anm. 6 zu Dok. 57 (»Diktatur des Proletariats«). Dokumente über die Spaltung in ABVen (Dok. 4) und über die Treffen in Mannheim (Dok. 8) und Nürnberg (Dok. 18, 19) bleiben isolierte Zeugnisse und werden nicht in die ABV-Bewegung eingeordnet, sondern nur auf bestimmte politische Implikationen hin abgeklopft und mit dem Leipziger Niveau verglichen.

17 Genau dies verwischt Na'aman bes. S. 712, Anm. 1, wo er den Aufsatz Vahlteichs vom 6. Juli 1862 (Dok. 3) als »soziale Ergänzung zur politischen Opposition der Vahlteichgruppe, die im September offenbar wurde«, wertet (vgl. auch S. 42 f.; 640, Anm. 35)!

18 Rolf Weber, Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–66, Berlin – DDR 1962, S. 54.

zusammenhängende Problem der Kontinuität der deutschen Arbeiterbewegung während der Reaktion löst Na'aman auf elegante Weise, indem er es in Verbindung mit dem methodischen Problem der Vor- und Frühgeschichte einfach zum Produkt der Historiographie erklärt und somit prinzipiell auflöst (S. 8, 42, 646, Anm. 53). Die vielseitigen Beziehungen zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Bewegung, politischem Bewußtsein und organisatorischen Formen, innerhalb deren ja auch den ABVen ihr Platz zuzuweisen ist, meistert Na'aman durch den Verweis auf die — zugestandenermaßen — hochgradige Wahrscheinlichkeit der Fortexistenz der Arbeiterbewegung als »sozialer Erscheinung«.

VI.

Die in Na'amans Edition zum Abdruck kommenden Quellen setzen sich im wesentlichen zusammen aus der erwähnten Kollektion Hatzfeldt/ADAV und zeitgenössischen Zeitungsberichten. Ergänzend sind einige weitere Archivalien, Zeitungsartikel, Broschüren bzw. Auszüge sowie bereits gedruckte Materialien veröffentlicht. Die Quellen selbst sind nach systematischen Gesichtspunkten geordnet¹⁹. Hier ist gleich kritisch anzumerken, daß dieses Gliederungsprinzip nicht recht einleuchtet, vor allem in Abt. I. Eine stärker chronologische Ordnung hätte die Lektüre und das Verständnis wohl erleichtert, denn oft sind durch die Gliederung Zusammenhänge auseinandergerissen worden, so z. B. die Diskussion der Leipziger mit den Mannheimern (Dok. 167—123—172). Der Briefwechsel zwischen Lassalle und dem Zentralkomitee (Dezember 1862 bis Mai 1863), durchweg bereits verstreut veröffentlicht, kommt hier erstmals chronologisch geordnet zum Abdruck. Die von Na'aman gewählte Verbindung von ausführlicher Darstellung (die keine Einleitung ist!) mit einer anhängenden Dokumentenedition findet einen Vorläufer wohl nur in der Publikation von Erich Matthias/Susanne Miller/Heinrich Potthoff über den »Rat der Volksbeauftragten«. Doch während Matthias' streng systematisch zusammenfassende Einführung lediglich eine erste Auswertung der Dokumente darstellt und daher auch selbständig als Monographie publiziert werden konnte, sind bei Na'aman beide Teile aufs engste miteinander verflochten, ja teilweise bekommt man den Eindruck, als fungierten die Dokumente nur als Belege für Na'amans Thesen. Umgekehrt verweisen die spezifische Anordnung der Dokumente und die überdimensionalen Annotationen, in denen die Diskussion oft weitergeführt wird, immer wieder auf die interpretierende Darstellung, die sich wiederum auf eine Quellenbasis bezieht, die den hier abgedruckten Kreis weit übersteigt²⁰. Damit hängt ein grundlegendes methodisches Problem der Edition zusammen. Die gegensätzliche Problematik des Quellenwertes der liberalen Zeitungsartikel (oft verharmlosend, entstellend aus taktisch-politischen Gesichtspunkten) und von Polizeiberichten (oft übertrieben, starke Revolutionsfurcht) ist bekannt. Na'aman verlagert den Schwerpunkt seiner Edition mit Recht auf die liberalen Presseorgane (S. 2 f.). Doch erscheint damit die Basis, auf der zahlreiche seiner Schlußfolgerungen und Thesen stehen, durch die abgedruckten Quellen allein nicht abgedeckt. Na'amans methodologische Grundthese zur Auswertung der Zeitungsberichte, daß nämlich die besonderen »Verharmlosungstechniken« auf die wahren, d. h. radikalen Vorgänge hinweisen und die Berichte dementsprechend zu interpretieren seien, wird nur durch einige Vergleiche mit parallelen Meldungen anderer Zeitungen plausibel gemacht, damit aber nicht ausreichend verifiziert. Der versprochene (S. 12) kontrastierende Abdruck von Polizeiberichten, die diese Tendenzen und Strömungen belegen, unterbleibt²¹.

¹⁹ Vgl. Anm. 10.

²⁰ So hat sich der Besuch der von Na'aman, S. VII genannten Archive in den Quellen nur einzeln niedergeschlagen. Ärgerlich sind die mehrfachen Bezüge auf Polizeiberichte, die von radikalen Tendenzen sprächen, ohne diese wenigstens archivalisch nachzuweisen (S. 147, 640, Anm. 33; 802, Anm. 5).

Die abgedruckten Dokumente zeugen von einer imposanten editorischen Leistung. Na'aman hat fast alle relevanten Blätter eingesehen²². Er ist in den Anmerkungen jeder wichtig erscheinenden Spur nachgegangen und vermag dadurch ein nuancenreiches, viele Anregungen vermittelndes Bild des politischen Kontextes der Arbeiterbewegung dieser Jahre zu vermitteln.

Selbstverständlich hat sich Na'amans o. e. Ansatz zur Bewertung der Kongreßbewegung auch bei der Auswahl der Dokumente niedergeschlagen. So kommt neben der stiefmütterlich behandelten Maingauer Bewegung die Entstehung des VDAV (Abt. III) ein wenig zu kurz²³. Hier könnte eine Durchsicht süddeutscher Presseorgane und einiger Archive mehr Material zum Vorschein bringen. Für das Verhältnis des liberalen Bürgertums zur Arbeiterschaft sehr aufschlußreich wäre ein Abdruck der Debatte um die Beitragsenkung auf der dritten Generalversammlung des ›Nationalvereins‹ gewesen²⁴. Leider hat Na'aman darauf verzichtet, Dokumente zu Lassalles öffentlichem Auftreten abzdrukken (so S. 19). Daher bleiben auch weiterhin recht unklar die Schärfe der Feindschaft zwischen Lassalle und der liberalen Presse sowie die liberale Protestkampagne in den ABVen im Frühjahr 1863²⁵.

- 21 Die beiden abgedruckten Polizeiberichte (Dok. 16, S. 730, Anm. 1) sagen über den politischen Gehalt der Kongreßbewegung so gut wie nichts aus, geschweige denn etwas über deren ›Radikalität‹; ähnlich die diversen ministeriellen Schreiben bezüglich des Verhaltens gegenüber der Arbeiterbewegung (S. 673, Anm. 16; 748, Anm. 5; 749, Anm. 4; 787, Anm. 3; Dok. 168).
- 22 Leider haben sich bei dieser Arbeit fast notwendigerweise – neben ca. 60 Druckfehlern – einige Fehler eingeschlichen, von denen die wichtigsten hier angegeben werden:
1. Bei allen Nachweisen aus der ›Volks-Zeitung‹ muß berücksichtigt werden, daß diese in 2 verschiedenen Exemplaren ausgeliefert wurde und beim Verifizieren gegebenenfalls 1–2 Nummern nach dem bei Na'aman angegebenen Datum nachgesehen werden muß. Auf jeden Fall muß es heißen S. 607 f., Dok. 210: BVZ 121 vom 28. 5. 1863; S. 715, Anm. 1 zu Dok. 5: BVZ 195 vom 22. 8. 1862.
 2. Ähnliches ist beim ›Arbeitgeber‹ nicht zu vermuten, daher sind folgende Berichtigungen vorzunehmen: S. 683, Anm. 78 fehlt der Nachweis: AG 330 vom 26. 5. 1863. – S. 696, Anm. 124: Der Aufruf ›Arbeiter‹ ist im AG 330 vom 26. 5. 1863, Sp. 3258–3261 abgedruckt. S. 729, Anm. 3 zu Dok. 13: Die Grundzüge des Satzungsentwurfs sind im AG 302 vom 26. 10. 1862, Sp. 2830 abgedruckt. – S. 760, Anm. 8 richtig: AG 301 B vom 19. 10. 1862, Sp. 2822. – S. 748, Anm. 4 zu Dok. 30 richtig: AG 302 vom 26. 10. 1862, Sp. 2830. – S. 908, Anm. 6 zu Dok. 204 richtig: AG 328 vom 11. 5. 1863, Sp. 3238 f. – S. 909, Anm. 4 zu Dok. 206: Die Rede von Max Wirth ist abgedruckt im AG 328 vom 11. 5. 1863, Sp. 3230–34.
 3. S. 353, Dok. 116: Die Broschüre erschien 1863 in Berlin bei A. Jonas und nicht, wie S. 941 irrtümlich vermerkt, 1862 in Leipzig. – S. 563, Dok. 194 ist identisch mit S. 891, Anm. 2 zu Dok. 181, dort aber richtige Abschrift! – S. 636, Anm. 10: Es muß ›Expedition‹ statt ›Exposition‹ heißen. – S. 648, Anm. 66: Verweis anstatt auf Dok. 26 richtig auf Dok. 110. – S. 702, Anm. 145: Quellenverweis: Wochenschrift 164 vom 21. 6. 1863, S. 1382 fehlt. – S. 766, Anm. 3 zu Dok. 48 bzw. S. 822, Anm. 3 zu Dok. 104: Die Broschüre erschien 1864 in Hannover (vorhanden in der Niedersächsischen Landesbibliothek Hannover); Hastedt ist bremisch; Na'amans Rechnung ist falsch: 1862–64 sind weitere AVe gegründet worden. – S. 833, Anm. 4 zu Dok. 121: Der Satz, auf den sich die Anm. 4 auf S. 377 bezieht, stammt aus Schulzes Rede in Leipzig am 3. 1. 1863, vgl. Dok. 164, S. 445. – S. 888, Anm. 4 zu Dok. 177 richtig: KAZ Nr. 16 vom 19. 4. 1863, S. 88. – S. 825, Anm. 3 zu Dok. 110: Antrag Leipzigs erwähnt in ›Verhandlungen der dritten Generalversammlung des deutschen Nationalvereins in Coburg . . .‹, Coburg 1862, S. 47, Berliner Revue 33/1863, H. 10 vom 5. 6., S. 473.
- 23 So sind die verschiedenen Initiativen für die Einberufung eines Vereinstages nicht klar genug herausgearbeitet; vgl. zum Teil gegen Na'amans Darstellung S. 127 f. und Dok. 198 die Berichterstattung der Berliner ›Nationalzeitung‹ 195 B vom 28. 4. 1863.
- 24 Na'aman führt das Protokoll dieser Generalversammlung, auf der auch Leschmann seinen Bericht über die Arbeiterexpedition hielt, im Literaturverzeichnis nicht auf.
- 25 Im Gegensatz zu Na'aman, S. 818, Anm. 3 zu Dok. 98 zeigen die Berichte in den süddeutschen Zeitungen (Frankfurter Journal, Süddeutsche Zeitung, Beobachter) das Bild einer inszenierten Kampagne der Liberalen gegen Lassalle in den ABVen.

Zum Schluß sei noch auf das Problem der Auswertbarkeit des Bandes durch die Forschung eingegangen. Im Grunde bezieht sich diese Kritik wie fast alle Rezensionen zu den Werken Na'amans auf eben diesen Punkt: die Schwierigkeit, Na'amans Forschungsergebnisse auf Grund der von ihm gewählten Form für die Forschung und die politische Diskussion (Lassallebild!) zu verwerten. Mit der vorliegenden Edition sind erstmals wesentliche Teile von Na'amans Quellen greifbar. Die Rezeptionsprobleme, die sich auch hier wegen des gewählten Ansatzes, bestimmter methodologischer Fragen, des Stils u. a. ergeben, wurden bereits erörtert. Hinzu treten die mit der Herausgabe einer solch umfangreichen Quellenedition verbundenen Konsequenzen: Die gewissenhafte Annotierung, die aber sehr oft unter der Hand ausufert, macht diese Edition für den mit der Materie nicht intim Vertrauten nur schwer genießbar. Das Fehlen einer klaren und gestrafften, wirklich einführenden Einleitung, die irritierende Entschiedenheit mancher Urteile und die Schwierigkeit, solche in den Anmerkungen zu verifizieren, stehen, dies bleibt zu befürchten, einer weiten wissenschaftlichen Auswertung unnötigerweise entgegen. Dafür spricht noch eine zweite Eigenart der Na'amanschen Darstellung. So gibt er nirgendwo eine Bestimmung, geschweige denn eine Begründung der Grundlagen seiner Bewertungen und Maßstäbe. Die allen seinen Urteilen und Reflexionen zugrundeliegende behauptete Notwendigkeit der organisatorischen und ideologischen Trennung der Arbeiterschaft vom Bürgertum in *diesem* Zeitraum, d. h. der in Gegensatz geratenden Emanzipation beider Gruppen, wird weder auf politischer noch auf sozialer Ebene diskutiert, ja nicht einmal angesprochen. Dem entspricht die Selbstverständlichkeit, mit der die Insuffizienz der sozialen und politischen Modelle des liberalen Bürgertums vorausgesetzt wird. Auf der anderen Seite bleiben die Na'amans entschiedener Beurteilung zugrundeliegenden Vorstellungen der jeweils historisch notwendigen bzw. positiv zu wertenden Entwicklung bzw. Alternativen und Zielsetzungen unscharf, so etwa sein zentraler Demokratiebegriff (vgl. etwa die Wertungen S. 61, 161, 645, Anm. 49). Indem ohne ein formuliertes Erkenntnisinteresse und ohne eine Bestimmung der zentralen Beurteilungskriterien der Schlüssel für Na'amans Bewertung der Ereignisse fehlt, provoziert sein hier nur methodisch zu kritisierendes Verfahren gerade in einer weiteren, die politische Brisanz des Themas spiegelnden Diskussion (Stichwort ›Klassengegensatz‹, ›historischer Kompromiß‹) geradezu Mißverständnisse und öffnet böswilligen Fehlinterpretationen Tür und Tor²⁶.

Na'amans Edition leistet einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der alten, an äußerlichen Organisationsformen und führenden Funktionärskadern fixierten Parteigeschichtsschreibung und verweist auf die eigentliche Basis, die elementare Arbeiterbewegung; auch da, wo sie – verglichen mit bereits ausgearbeiteten Theorien – unreif wirken muß. Weiter vermag Na'aman, wenn auch nicht systematisch, so doch in vielen Einzelbemerkungen und durch die abgedruckten Dokumente nachzuweisen, daß die ›liberale Arbeiterbewegung‹ der frühen 1860er Jahre keineswegs ein Modellfall oder eine verpaßte Gelegenheit gewesen ist, sondern in Form und Inhalt Produkt einer bestimmten politischen und ökonomischen, die Herausbildung der Arbeiterschaft selbst betreffenden Entwicklungsstufe war, eine Verbindung, deren Fortsetzung an der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie an der zunehmenden Besinnung weiter Teile der Arbeiterschaft auf ihre Interessen und der adäquaten Form ihrer Durchsetzung scheitern mußte. Die Anfänge hierfür lagen nicht in der Agitationstätigkeit Lassalles und seiner speziellen Theorie begründet, sondern in einem Bewußtseinsprozeß innerhalb der Arbeiterschaft selbst, in der Fortführung und Wiederbelebung alter, nicht vergessener Traditionen.

26 Dazu ist z. B. die ›Rezension‹ von Dolf Sternberger in der FAZ 267 vom 17. 11. 1975, S. 7 zu zählen, der alle von mir kritisierten methodischen Mängel der ›Darstellung‹ Na'amans für seine eminent politische Polemik ausgenutzt hat.

Lassalles Leistung liegt darin, der Bewegung wichtige ideologische Erkenntnisse vermittelt zu haben; seine Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung muß — dies macht Na'aman in seinem Dokumentenband jetzt von der Seite der ›Bewegung‹ her deutlich — neu bestimmt werden.

Zur Ergänzung des Dokumentenbandes sind nachstehend zwei interessante, von Na'aman nicht abgedruckte Dokumente wiedergegeben.

Beim ersteren handelt es sich um den die Auslieferung des ›Offenen Antwortschreibens‹ begleitenden Aufruf des Leipziger Zentralkomitees, von Na'aman als »nicht erhaltenes Rundschreiben« bezeichnet, das — wohl nur als Zirkular an bekannte AVe versandt — Gegenstand von Anfragen an das Komitee war²⁷. Er scheint außer im Stuttgarter ›Beobachter‹, dem Organ der württembergischen Demokratie, nirgends abgedruckt worden zu sein. Unterzeichneten die Leipziger hier noch als ›Centralcomité zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitertages‹²⁸, so publizierten sie den Statutenentwurf für den ADAV bereits als ›Comité zur Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins‹²⁹. Das zweite abgedruckte Dokument ist die offizielle Einladung zur Gründung des ADAV, an die »Deutschen Arbeiter« (nicht AVe!) gerichtet.

A.

An die deutschen Arbeiter.

Freunde und Genossen!

Kann unter den deutschen Arbeitern über das anzustrebende Ziel der Arbeiterbewegung auch nicht der leiseste Zweifel herrschen, so sind doch die Ansichten über die Mittel, welcher sich die Bewegung zu bedienen hat, um zum Ziele zu gelangen, sehr verschieden. Man ist noch lange nicht an allen Orten zu vollständiger Klarheit darüber gelangt, was wirklich der bedrücktesten Klasse des Volkes helfen und was als trügerisches Scheingebilde, wenn auch bei oberflächlicher Betrachtung annehmbar erscheinend, niemals den gewünschten Erfolg haben kann.

Unter diesen Umständen hielten wir es für unsere Pflicht, einen so treuen und bewährten Freund der bedrücktesten Classe des Volkes, wie Ferdinand *Lassalle*, zu ersuchen, uns seine Ansichten über die Mittel, welcher die Arbeiterbewegung sich bedienen muß, um zum Ziele zu gelangen, auszusprechen.

Ferdinand Lassalle ist bereitwillig unserer Bitte nachgekommen und sein »*Offenes Antwortschreiben an das Centralcomité*« ist soeben eingegangen. Wir überreichen Euch hiermit diese bedeutungsvolle Broschüre und ersuchen Euch dringend, alles aufzubieten, um dieselbe unter den Arbeitern möglichst zu verbreiten. Es ist durchaus nothwendig, daß die Ansichten, welche *Lassalle* in diesem Schreiben ausspricht und welche wir vollkommen theilen, zur Kenntniß aller deutschen Arbeiter gelangen.

Um dieß um so vollständiger zu erreichen, hat Ferdinand Lassalle Sorge getragen, daß die Arbeiter diese Broschüre für 1 Sgr. erhalten können, während sie im Buchhandel das Fünf- oder Sechsfache kostet. Euren Bedarf an dieser Broschüre wollt Ihr deßhalb so bald als möglich bei einem der Unterzeichneten anmelden, worauf wir die umgehende Ueber- sendung veranlassen werden. Den Betrag wollt Ihr dann ebenfalls an uns zur Uebermittlung an den Verleger einschicken. Die beste Verbreitung wird die Broschüre jedenfalls erreichen, wenn Ihr überall einem Colporteur eine namhafte Anzahl übergebt, der sie

27 Vgl. Na'aman, Anm. 2 zu Dok. 80; Anm. 2 zu Dok. 91; Dok. 99, S. 330.

28 Damit wird z. B. Na'amans Vermutung in Anm. 2 zu Dok. 83 hinfällig.

29 Na'aman, Dok. 148, S. 417 f.

dann mit einem Aufschlag von wenigen Pfennigen in allen Fabriken und Werkstätten ausbieten kann.

Mit Gruß und Handschlag

Das Centralkomitée zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitertages.

Julius Vahlteich,
Brühl 30.

Otto Dammer,
Hospitalstraße 13.

Leipzig, den 18. März 1863³⁰.

B.

Nachdem wir den Statutenentwurf für den zu gründenden Deutschen Arbeiter-Verein mit der Bitte versandt haben, denselben in Arbeiterversammlungen zu berathen, ersuchen wir nunmehr, *alle Diejenigen Deutschen Arbeiter, welche mit der Gründung des »Deutschen Arbeiter-Vereins« auf Grund der »Lassalle'schen Broschüre« einverstanden sind,* einen oder mehrere Vertreter zum 23. Mai nach Leipzig zu senden, um mit uns gemeinsam die Statuten endgültig festzusetzen und den »Vorstand des Deutschen Arbeiter-Vereins« zu wählen.

Die constituirende Versammlung wird im Laufe des 23. Mai abgehalten und werden wir am Abend desselben Tages die Leipziger Arbeiter zu einer festlichen Versammlung zusammenberufen.

Es wird uns zur besonderen Freude gereichen, die Abgeordneten der Deutschen Arbeiter als unsere Gäste zu empfangen und zu bewirthen und bitten wir nur, uns einige Tage vor der Versammlung genaue Mittheilung über die Zahl der Abgeordneten, die Zeit der Ankunft und etwaige besondere Wünsche zu machen.

Mitglieder des Comités, an schwarz-roth goldenen Schleifen erkennbar, werden auf den Bahnhöfen die geehrten Gäste empfangen.

Für das Comitée zur Gründung des Deutschen Arbeiter-Vereins

Julius Vahlteich
Brühl 30.

Otto Dammer
Hospitalstraße 12³¹.

³⁰ Beobachter 72 vom 27. 3. 1863, S. 288.

³¹ Abdruck nach: »Volksfreund für das Mittlere Deutschland« (Frankfurt/M.) 55 vom 8. 5. 1863. Die Leipziger »Deutsche Allgemeine Zeitung« 103 vom 5. 5. 1863, S. 1033 brachte den Text als redaktionelle Meldung.

Kurt Klotzbach

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Zu einigen neueren Überblicken und Zusammenfassungen

Hans Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion »Geschichte der Arbeiterbewegung« des Deutschen Historikertages in Regensburg, Oktober 1972 (= Fischer Athenäum Taschenbücher Sozialwissenschaften / Geschichte 4045), Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1974, 149 S., kart., 9,80 DM.

Kleine Geschichte der SPD, Bd. 1: Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bd. 2: Susanne Miller, Die SPD vor und nach Godesberg (= Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1974, 2. Aufl. 1975, 229 und 170 S., brosch., je 8 DM.

Arbeiterbewegung und SPD, Bd. 1: Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890 – 1933, Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1974, 276 S., kart., 28 DM.

Jutta von Freyberg / Georg Fülberth / Jürgen Harrer / Bärbel Hebel-Kunze / Heinz-Gerd Hofschien / Erich Ott / Gerhard Stuby, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 – 1975. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth (= Kleine Bibliothek, Bd. 58), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 457 S., kart., 9,80 DM.

Georg Fülberth / Jürgen Harrer, Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung (= Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 22), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 40 S., kart., 4 DM.

Nachdem insbesondere seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und im angelsächsischen Bereich, vorher schon in der DDR, eine Fülle von Detailstudien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, speziell auch zur sozialdemokratischen Parteigeschichte, erarbeitet und zum großen Teil publiziert wurde, ist in jüngster Zeit das Bedürfnis gewachsen, Einzelerkenntnisse zu summieren, teilweise die methodischen Ansätze zu überprüfen und zu erweitern und zu umfassenderen Überblicksdarstellungen zu gelangen. Dabei lassen sich drei Initiativeschwerpunkte feststellen: 1. die im Umfeld der SPD angesiedelte und nicht zuletzt einem spezifischen politischen Bildungsanliegen verpflichtete Geschichtsschreibung; 2. die auf dem industriegesellschaftlichen Theorieansatz beruhende akademische Historiographie¹); 3. eine marxistische Historiker- und Politologengruppe,

1 *Fülberth/Harrer* verstehen diese ersten beiden Gruppen als »sozialdemokratische Hausgeschichtsschreibung«. Vgl. Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, S. 7 ff. Unter anderem wird eine »mechanische Betrachtungsweise des Verhältnisses zwischen den Arbeiterorganisationen und ihren gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen, die aus der Isolierung der letzteren herrührt«, moniert. Sicherlich könne sich »die Arbeiterbewegung nicht voluntaristisch über die jeweilige konkrete historische Situation hinwegsetzen, aber ihre Praxis kann auch nicht bloß passiver Reflex derselben sein, sofern sie gesellschaftsverändernde Ziele verfolgt«. (*Ebda.*, S. 10).

Kurt Klotzbach

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Zu einigen neueren Überblicken und Zusammenfassungen

Hans Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion »Geschichte der Arbeiterbewegung« des Deutschen Historikertages in Regensburg, Oktober 1972 (= Fischer Athenäum Taschenbücher Sozialwissenschaften / Geschichte 4045), Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1974, 149 S., kart., 9,80 DM.

Kleine Geschichte der SPD, Bd. 1: Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bd. 2: Susanne Miller, Die SPD vor und nach Godesberg (= Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1974, 2. Aufl. 1975, 229 und 170 S., brosch., je 8 DM.

Arbeiterbewegung und SPD, Bd. 1: Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890 – 1933, Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1974, 276 S., kart., 28 DM.

Jutta von Freyberg / Georg Fülberth / Jürgen Harrer / Bärbel Hebel-Kunze / Heinz-Gerd Hofschien / Erich Ott / Gerhard Stuby, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 – 1975. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth (= Kleine Bibliothek, Bd. 58), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 457 S., kart., 9,80 DM.

Georg Fülberth / Jürgen Harrer, Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung (= Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 22), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 40 S., kart., 4 DM.

Nachdem insbesondere seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und im angelsächsischen Bereich, vorher schon in der DDR, eine Fülle von Detailstudien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, speziell auch zur sozialdemokratischen Parteigeschichte, erarbeitet und zum großen Teil publiziert wurde, ist in jüngster Zeit das Bedürfnis gewachsen, Einzelerkenntnisse zu summieren, teilweise die methodischen Ansätze zu überprüfen und zu erweitern und zu umfassenderen Überblicksdarstellungen zu gelangen. Dabei lassen sich drei Initiativschwerpunkte feststellen: 1. die im Umfeld der SPD angesiedelte und nicht zuletzt einem spezifischen politischen Bildungsanliegen verpflichtete Geschichtsschreibung; 2. die auf dem industriegesellschaftlichen Theorieansatz beruhende akademische Historiographie¹); 3. eine marxistische Historiker- und Politologengruppe,

1 *Fülberth/Harrer* verstehen diese ersten beiden Gruppen als »sozialdemokratische Hausgeschichtsschreibung«. Vgl. Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, S. 7 ff. Unter anderem wird eine »mechanische Betrachtungsweise des Verhältnisses zwischen den Arbeiterorganisationen und ihren gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen, die aus der Isolierung der letzteren herrührt«, moniert. Sicherlich könne sich »die Arbeiterbewegung nicht voluntaristisch über die jeweilige konkrete historische Situation hinwegsetzen, aber ihre Praxis kann auch nicht bloß passiver Reflex derselben sein, sofern sie gesellschaftsverändernde Ziele verfolgt«. (*Ebda.*, S. 10).

die die Abendroth-Tradition reproduziert und weiterzuführen sucht. Den anspruchsvollsten Versuch einer resümierenden Standortbestimmung und zugleich einer forschungspolitischen Wegweisung hat zuletzt die Sektion »Geschichte der Arbeiterbewegung« des Regensburger Historikertages von 1972 unternommen. Die dort gehaltenen Referate und der Diskussionsbericht, die *Hans Mommsen* unter dem Titel »Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei« veröffentlichte, sollen die Absicht verdeutlichen und bekräftigen, aus der Beschränkung auf traditionelle Organisations- und Ideologiegeschichte herauszutreten und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in komplexe sozialhistorische und allgemeinpolitische Zusammenhänge einzuordnen. Es wird intendiert, mittels einer Längsschnittanalyse durchgängige charakteristische Züge sozialdemokratischer Mentalität und Politik aufzuzeigen. Die leitende Fragestellung zielt, wie Mommsen in der Einleitung schreibt, einmal »auf die spezifische soziale und politische Funktion, die die sozialdemokratische Arbeiterbewegung vom preußischen Verfassungskonflikt bis zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur für die soziale Emanzipation und politische Mobilisierung der arbeitenden Schichten gehabt hat«, andererseits auf die »gesellschaftlichen und politischen Faktoren«, »die bewirkt haben, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland im Unterschied zu den romanischen und angelsächsischen Ländern zu einer zumindest nach außen bemerkenswerten ideologischen und organisatorischen Geschlossenheit gelangt ist, die es rechtfertigt, im internationalen Vergleich von einem sozialdemokratischen Typus der Arbeiterbewegung zu sprechen, der von Deutschland aus die nord-, ost- und südostmitteleuropäischen Länder nachhaltig beeinflusst hat, in Westeuropa sich jedoch nur begrenzt durchsetzen konnte«².

Die Lektüre der sechs Einzelbeiträge ergibt nun allerdings, daß sozialhistorische Sichtweise und Typisierungsanspruch nicht durchweg den vom Herausgeber beanspruchten Rang eines »roten Fadens« haben. Dem gesetzten Ziel am nächsten kommen die Studien von *Wolfgang Schieder* über den Beginn einer selbständigen sozialistischen Parteibildung³ und von *Dieter Groh* über den negativen Integrationsprozeß und das Verhaltensmuster des revolutionären Attentismus⁴, wozu inzwischen die weit ausgreifende monographische Darstellung vorliegt⁵. Schieder stellt in vergleichender sozialgeschichtlicher Betrachtung das Aufkommen selbständiger politischer Arbeiterparteien in einen dreifachen Bedingungs Zusammenhang, der von der Forschung bisher kaum für eine Typologie der europäischen Arbeiterbewegung aufgegriffen wurde. Von Bedeutung seien 1. der Zeitpunkt, in dem sich infolge der zunehmenden Industrialisierung der Produktion die gewerblichen Arbeitsverhältnisse sichtbar änderten und dies bei den Betroffenen solidarische Abwehrreaktionen auslöste; 2. die Frage, ob diese Solidarisierung im Rahmen eines geschlossenen Nationalstaates erfolge oder ob erst noch die nationale Integration der sozialen vorausgehen bzw. mit dieser verbunden werden müsse; 3. die Eignung des politischen Verfassungssystems für die Umstellung von ständischer auf demokratisch-repräsentative Teilhabe an der politischen Willensbildung. Schieder beleuchtet anschließend kurz die unterschiedlichen Parteiformierungen und Parteicharaktere in England, Rußland und Deutschland. In Deutschland ergab sich die einmalige Situation, daß die industrielle Revolution in ihre kritische Phase trat, als weder die nationale Konsolidierung noch die politische Demokratisierung durchgesetzt waren. Daraus resultierten frühzeitige soziale Konflikte zwischen entstehender Arbeiterbewegung und Bürgertum sowie eine politische Isolierung schon im Zuge der Reichsgründung, aus der sich die Arbeiterbewegung bis zum Ende des Kaiserreiches nicht zu lösen vermochte.

2 Einleitung zu: *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, S. 12.

3 Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, *ebda.*, S. 17 – 34.

4 Die Sozialdemokratie im Verfassungssystem des 2. Reiches, *ebda.*, S. 62 – 83.

5 *Dieter Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Berlin/Wien 1973.

Davon abgesehen, ist sozialhistorisches Vorgehen ansatzweise erkennbar bei *Hans-Josef Steinberg*⁶, der den Zusammenhang zwischen Theoriediskussion und allgemeiner sozio-ökonomischer Entwicklung herausarbeitet, und bei *Hans Mommsen*⁷, der den Verlust des ursprünglichen »Bewegungs«-Charakters reflektiert, während *Georg Eckert*⁸ und *Susanne Miller*⁹ zwar höchst subtile, aber eben doch ganz überwiegend politikgeschichtlich zugreifende Analysen bieten. Mommsen kommt außerdem das Verdienst zu, auf eine Reihe von Desiderata aufmerksam gemacht zu haben, z. B. auf das Fehlen von kritischen Darstellungen zur Haltung der sozialistischen Arbeiterbewegung gegenüber dem aufkommenden Faschismus bzw. zur Beurteilung des Nationalsozialismus durch die verschiedenen Gruppen der SPD und zur Anziehungskraft der Partei auf mittelständische und agrarische Wählergruppen. Bedauerlich ist gerade im Hinblick auf das im Vorwort auch aktualpolitisch motivierte Erkenntnisinteresse, daß der Band keine Beiträge über die innerparteiliche Diskussion und Neuverständigung unter den Bedingungen von Widerstand und Emigration nach 1933 und über die im Volksparteiprogramm von 1959 kulminierende Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg enthält.

Eindeutig dem ersten der anfangs genannten Schwerpunkte ist *Heinrich Potthoffs* und *Susanne Millers* »Kleine Geschichte der SPD« zuzurechnen. Heinz Kühn, zur Zeit des Erscheinens der Bände stellvertretender SPD-Vorsitzender, macht in seinem Geleitwort deutlich, daß dieser Versuch der sozialdemokratischen Bildungsarbeit und den neuen Parteimitgliedern als erste Orientierungshilfe dienen soll, womit implizit auch gesagt ist, daß es hier nicht darum geht, eine umfassende wissenschaftlich-kritische Gesamtdarstellung der Parteigeschichte vorzulegen¹⁰. Jeder der beiden Bände gliedert sich in Darstellung und dokumentarisch-statistischen Teil mit Zeittafel, Diagrammen, programmatischen Dokumenten sowie einer Liste ausgewählter Literatur. In Susanne Millers Band hat der zweite Teil ein klares quantitatives Übergewicht über die Darstellung, welche vorher bereits als Aufsatz im Sammelband »Die zweite Republik« erschien¹¹. Potthoff geht in neun untereinander gut ausgewogenen Kapiteln der als sozialdemokratische Leitlinie begriffenen »Synthese zwischen Sozialismus und Demokratie«¹² im Zeitraum von 1848/49 bis 1945, von den ersten Organisationsansätzen bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, nach. Soweit es der vorgegebene Rahmen zuläßt, widmet er sich nicht nur Theorie- und Organisationsfragen, sondern bezieht die allgemeine politische, ökonomische und soziale Entwicklung ein. Der Leser gewinnt einen Eindruck sowohl von den ideellen Kräften und Auseinandersetzungen, von der politischen Praxis an der Organisationsspitze als auch von der Lage und dem Erwartungshorizont des einfachen Parteimitgliedes. In Susanne Millers nachkriegsgeschichtlichem Abriss, der bis 1973 reicht, fehlt hingegen die Einbettung in allgemeine wirtschaftlich-soziale Zusammenhänge. Vor allem dieser Umstand trägt zu einer gewissen Disparatheit des Gesamtunternehmens bei. Auf der anderen Seite zeichnet gerade

6 Die deutsche Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Ideologie und Taktik der sozialistischen Massenpartei im Wilhelminischen Reich, a. a. O., S. 52 – 61.

7 Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, ebda., S. 106 – 133.

8 Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, ebda., S. 35 – 51.

9 Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, ebda., S. 84 – 105.

10 *Wolfgang Abendroths* Urteil: »Die von Susanne Miller und Heinrich Potthoff verfaßte »Kleine Geschichte der SPD« kann diesen Anspruch [...] in keiner Weise erfüllen«, in: Vorwort zu *Jutta von Freyberg u. a.*, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 – 1975, S. 9, stößt ins Leere, weil die Autoren diesen Anspruch nicht erheben.

11 *Richard Löwenthal* / *Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 371 – 407.

12 A. a. O., S. 11 f.

den zweiten Band eine große Souveränität in der Darstellung der programmatisch-politischen Diskussionen und Ereignisketten aus, die vor allem in der Verbindung von fachhistorischer Qualifikation und unmittelbaren politischen Einblicksmöglichkeiten begründet ist. Die auf gedruckten Quellen und der wichtigsten Sekundärliteratur basierende Studie von Georg Fülberth und Jürgen Harrer über die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933 ist wohl der beachtenswerteste Beitrag, den die marxistische Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik bisher zur Erforschung und Interpretation dieser Periode der Arbeiterbewegungsgeschichte geleistet hat. Er verdient Anerkennung und Bewunderung vor allem auch deshalb, weil der in Angriff genommene Zeitraum im einzelnen durchaus ungleichgewichtig erforscht ist. Während für die Jahre 1890–1914 und für die Weltkriegszeit auf zahlreiche Untersuchungen zurückgegriffen werden kann, steht die wissenschaftliche Aufarbeitung der Gesamtgeschichte der Weimarer Sozialdemokratie, trotz einiger guter Ansätze und einer Reihe gründlicher Spezialstudien, eigentlich immer noch bevor¹³. Die Darstellung von Fülberth/Harrer, der die Verknüpfung des parteipolitischen Prozesses mit den wirtschaftlich-gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungstrends fast durchweg überzeugend gelungen ist, bietet besonders unter zwei Aspekten Anregungen und Richtpunkte, die sich die künftige Forschung zunutze machen, die sie zumindest – auf konkrete historische Situationen und Probleme bezogen – diskutieren sollte: 1. hinsichtlich der richtungspolitischen Differenzierung; 2. hinsichtlich der Einschätzung von Position und Funktion der SPD im Weimarer System. Im ersten Fall ist die Auffächerung des sozialdemokratischen Reformismus in eine sozialliberal-integrative und in eine reformsozialistische Komponente von Belang. Nach Fülberth/Harrer bildet für den sozialliberal-integrativen Reformismus »die ungehinderte systemimmanente Rentabilität der kapitalistischen Wirtschaft zugleich eine Voraussetzung für eine kontinuierliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die durch Reformen am kapitalistischen System, welche das Privateigentum an den Produktionsmitteln aber nicht grundsätzlich in Frage stellen, erreicht werden soll. Möglichst effektive Ausgestaltung des Kapitalismus ist also zugleich eine Voraussetzung für die Interessensicherung der abhängig Arbeitenden; die Interessen der beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft [. . .] lassen sich unter dem Oberbegriff des ›Gemeinwohls‹ zusammenfassen: Dieses könne allerdings nur gewahrt werden, wenn (in der Terminologie des integrationistischen Reformismus:) einerseits ›Auswüchse‹ der kapitalistischen Wirtschaftsweise beschnitten, andererseits ›unangemessene‹ Arbeiterforderungen zurückgedrängt werden«¹⁴. Demgegenüber betrachte die reformsozialistische Richtung »Reformen als ein Mittel zur allmählichen Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Von der integrationistischen Politik unterscheidet sie sich in der entgegengesetzten subjektiven Aufgabenstellung, die das Arsenal der Mittel zur Umwälzung und Machtbehauptung allerdings bewußt begrenzt, sich gewöhnlich auf das politische Instrumentarium des bürgerlichen Staates beschränkt und im Ziel-Mittel-Konflikt zugunsten des parlamentarischen Verfahrens [. . .] entscheidet. Sie setzt also eine Traditionslinie fort, die bis auf die Distanzierung Kautskys von der russischen Revolution zurückverfolgt werden kann. Im Unterschied zum Integrationismus hält diese Richtung des Reformismus grundsätzlich am Ziel der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und – teilweise – auch an der Terminologie der Marxschen Kapitalismuskritik und am Klassenkampfpostulat fest. Als reformistisch definiert sie sich einmal durch ihre Bestimmung der anzuwendenden Mittel

13 Vgl. den Überblick bei Kurt Klotzbach, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914 – 1945. Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften, Christlich-Soziale Bewegungen, Kommunistische Bewegung und linke Splittergruppen. Mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung, 2., verb. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 30 ff.

14 Fülberth/Harrer, S. 9 f.

der Gesellschaftsveränderung, zum anderen durch ein Sozialismusbild, das sich durch die negative Einschätzung der führenden Rolle der Kommunisten, der Notwendigkeit der Unterdrückung antisozialistischer Strömungen und der Verbindlichkeit des zentralen Plans von der Praxis leninistischer Parteien distanziert«¹⁵. Natürlich wird auch dieses Strukturierungsmodell nur mit all jenen Vorbehalten angewendet werden können, die überhaupt für die Zugrundelegung von Modellen in der geschichtswissenschaftlichen Arbeit gelten. In der historischen Wirklichkeit bzw. in den historischen Handlungsgruppen dominieren erfahrungsgemäß Übergänge und sich überlappende Schattierungen. Immerhin aber bieten die Definitionen von Fülberth/Harrer differenzierungsmäßige Anhaltspunkte, die man aufnehmen kann, ohne sich den politischen Urteilen der Autoren anschließen zu müssen.

Die Bedeutung des Abschnittes, in dem Fülberth/Harrer die allgemeine Problematik sozialdemokratischer Reformpolitik im kapitalistischen System von Weimar behandeln¹⁶, liegt weniger in den aufgestellten Thesen und Behauptungen als vielmehr in der Kritik, die gegenüber vorherrschenden Deutungen etwa der Theorie-Praxis-Spannung, der Koalitions politik und der Anpassung an bürgerliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse geäußert wird. Gegen die bislang in den Vordergrund gerückten sozialpsychologischen und organisationssoziologischen Erklärungsmodelle werden bedenkenswerte Argumente vorgebracht. Mit Recht weisen die Autoren z. B. darauf hin, daß die Entwicklung der offiziellen Parteideologie insgesamt »durch das Bemühen der Annäherung an die Praxis der Koalitions politik gekennzeichnet« sei¹⁷ und daß die »Verfolgung integrationistischer Ziele mit nicht-integrationistischen Mitteln [. . .] in der Tat ein Widerspruch gewesen« wäre¹⁸. Andererseits bleiben die Annahme einer »auf Dauer« in das Weimarer System »nichtintegrierbaren Arbeiterklasse« und die Vermutung eines relativ entwickelten (sozialistischen) Bewußtseins bei den sozialdemokratisch orientierten Industriearbeitern¹⁹ spekulativ. Die Informationen über Inhalt und Entwicklung des sozialen und politischen Bewußtseins »unten«, an der Mitglieder- und Wählerbasis der Weimarer SPD, sind derzeit noch spärlich. Es ist eine ebenso dringende wie schwierige Aufgabe, dieses Bewußtsein zu erforschen und mit Selbstverständnis und praktischem Verhalten der politischen Führungsgruppen zu vergleichen.

Gegenüber der umsichtigen Konzeption und Argumentation der Arbeit von Fülberth/Harrer über die SPD 1890–1933 fällt das von sechs Autoren gezeichnete Wagnis einer Gesamtdarstellung der *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975* ab. Über weite Strecken des Buches hat man den Eindruck, daß weniger eine wissenschaftliche Auseinandersetzung und Analyse als die Präsentation von Ergebnissen der DDR-Historiographie angestrebt wird. Mit ermüdender Regelmäßigkeit werden strategische Steckenpferde wie beispielsweise außerparlamentarische Aktionen²⁰, was immer das sein mag, und die Aktions einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten rekapituliert. Die quantitativen Proportionen sind merkwürdig: Nur knapp 40 von insgesamt ca. 420 Seiten stehen für die Darstellung der Entwicklung von der Gründungsphase bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zur Verfügung, während die Jahre nach 1945 mehr als 180 Seiten in Anspruch nehmen. Bedenkt man, wie intensiv bisher in West und Ost die Zeit des Kaiserreiches in politik-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Hinsicht erforscht wurde, ist es unverständlich, warum ausgerechnet Fülberths Überblicke über diese Periode so grob und unergiebig geraten sind. Das Buch, das eine Gesamtgeschichte der SPD zu bieten vorgibt und sich tatsächlich

15 *Ebda.*, S. 14 f.

16 *Ebda.*, S. 136 – 150.

17 *Ebda.*, S. 140.

18 *Ebda.*, S. 141.

19 *Ebda.*, S. 140.

20 Zu diesem Mythos vgl. auch: Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, *passim*.

in erster Linie auf eine Rechtfertigung der KPD-Politik konzentriert, erreicht seinen apologetischen Gipfel in Gerhard Stubys Kapiteln über die Sozialdemokratie von 1945 bis 1959, in denen keine Agitations- und Propagandaformel der SED-Führung und der ihr folgenden Geschichtsschreibung ausgelassen ist. Den Tenor Stubys mag folgendes Zitat im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 charakterisieren: »Bestimmte Kreise des Monopolkapitals in den westlichen Ländern, die aus der Verkennung der realen Kräfteverhältnisse an einer Entspannung nicht interessiert waren, unternahmen Anstrengungen, diesen Entwicklungsprozeß zu stoppen. Ihr Augenmerk richtete sich besonders auf die DDR als vorgeschobener Posten des Sozialismus in Europa. Unter Ausnützung der zu dieser Zeit komplizierten Lage in der DDR, die zum Aufbau des Sozialismus übergegangen war, und bestimmter Auswirkungen der abenteuerlichen Politik der Gruppe I. J. Berija innerhalb der KPdSU auf die innere Entwicklung in einigen Volksdemokratien wurde die Subversionstätigkeit der westlichen Geheimdienste und der Ostbüros der westdeutschen Parteien erhöht. Sie konnte an einigen Mängeln in der Parteiführung der SED anknüpfen, die es nicht verstand, rechtzeitig die Anfälligkeit auch von Teilen der Arbeiterschaft in der DDR für die Parolen des Klassegegners einzuschätzen. Auftretende Schwierigkeiten wurden zum Teil mit administrativen Mitteln gelöst. In dieser gespannten Lage kam es zum 17. Juni 1953, bei dem es sich aber nicht, wie es in der westlichen Propaganda heißt, um einen Volksaufstand handelte, sondern um den Versuch eines konterrevolutionären Putsches, der zeitweise höchstens eine teils vorhandene, teils von den Kräften des Putsches selbst geschürte Unruhe in der Bevölkerung ausnutzen konnte«²¹.

21 Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 – 1975, S. 336.

Willy Albrecht

Zur Arbeiterbewegung in den Rheinlanden

Die Sozialdemokratische Partei im Agitationsbezirk obere Rheinprovinz 1897–1918. Rechenschaftsberichte und Parteitagprotokolle, hrsg. von Günter Bers, Teil I (1897–1905), Einhorn-Press, Köln 1973, 184 S., kart., 20 DM.

Die Kölner Sozialdemokratie im Jahre 1914, hrsg. von Günter Bers (= Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden. Eine Schriftenreihe, hrsg. von Günter Bers und Michael Klöcker, Nr. 1), Einhorn-Preße Peter Främcke, Wentorf b. Hamburg 1974, 64 S., kart., 14,80 DM.

Günter Bers, Der Bezirk Mittelrhein/Saar der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Jahre 1922 (= Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden . . ., Nr. 5), Einhorn-Press Peter Främcke, Wentorf bei Hamburg 1975, 156 S., kart., 25 DM.

Michael Schneider, Auf dem Weg in die Krise – Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/1929 (= Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden . . ., Nr. 2), Einhorn-Press Peter Främcke, Wentorf bei Hamburg 1974, 91 S., kart., 22 DM.

Hans Joachim Kracht, Organisation und Bildungsarbeit der Katholischen Gesellenvereine (1846–1864) (= Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden . . ., Nr. 3), Einhorn-Press Peter Främcke, Wentorf bei Hamburg 1975, 99 S., kart., 24 DM.

August Bebel, Abrechnung mit dem Zentrum (Kölner Rede vom 11. Mai 1903), Einhorn-Press, Köln 1974, 50 S., kart., 9 DM.

Wilhelm Bramann, Die Reichstagswahlen im Wahlkreise Solingen 1867–1890 (= Schriften zur Rheinischen Geschichte, hrsg. von Günter Bers, Ernst Heinen, Carl August Lückerath, Heinrich Neu, H. 1), Köln 1973 (Selbstverlag der Vereinigung zur Herausgabe der Schriften zur Rheinischen Geschichte am Seminar für Politische Bildung und Didaktik der Geschichte der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abt. Köln), 95 S., kart., 10 DM.

In den letzten Jahren sind zahlreiche Quellensammlungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung erschienen. Meistens handelt es sich jedoch um Dokumentationen, die für die Spitzen der organisierten Arbeiterbewegung bzw. deren führende Persönlichkeiten von Bedeutung sind. Es ist deshalb sehr verdienstvoll, daß Günter Bers und seine Mitarbeiter seit einigen Jahren versuchen, die Tätigkeit regionaler und lokaler Arbeiterorganisationen in der ehemaligen preußischen Rheinprovinz zu dokumentieren.

Zuerst erschien 1973 der erste Teil einer Sammlung der *Rechenschaftsberichte und Parteitagprotokolle der SPD im Agitationsbezirk Obere Rheinprovinz*, die die Jahre 1897 bis 1905 umfaßt – ein zweiter Teil soll sie bis 1918 fortführen. Im Jahre 1897 wurde die preußische Rheinprovinz in zwei SPD-Bezirke, die bis 1918 »Agitationsbezirke« genannt wurden, geteilt. Der Bezirk »Niederrhein« umfaßte die stark industrialisierten

Gebiete des Regierungsbezirks Düsseldorf, der Bezirk »Obere Rheinprovinz« die Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier. Sitz des Agitationskomitees war Köln. Diese Regionen waren für die Sozialdemokratie schwer zu gewinnen. Sie waren meist noch überwiegend landwirtschaftlich strukturiert. In den wenigen bereits stärker industrialisierten Gebieten war es der christlichen Arbeiterbewegung gelungen, einen Teil der Arbeiter für sich zu gewinnen und so den Aufbau einer einheitlichen und starken gewerkschaftlichen bzw. politischen Organisation der Arbeiterbewegung zu verhindern. Die von Bers veröffentlichten Dokumente legen davon Zeugnis ab, wie schwer es die SPD bzw. die Freien Gewerkschaften hatten, außerhalb Kölns Fuß zu fassen. Der erste Bericht für 1897 mußte feststellen, daß die Partei lediglich in den Kreisen Köln-Stadt und -Land, Mülheim (heute Köln-Mülheim), Aachen-Stadt und -Land eine stabile Basis besaß (S. 9). Der Parteitag von 1898 konnte nicht, wie vorgesehen, in Bonn stattfinden, da kein Wirt bereit war, den verfemten Sozialdemokraten ein Lokal zur Verfügung zu stellen (S. 142, Anm. 33 a). Alle Parteikonferenzen »erfreuten« sich einer genauen Beobachtung durch die Behörden. So ließ der Landrat vom Bezirksparteitag von 1898 in Kreuznach ein stenographisches Protokoll anfertigen (S. 72 f., 137, Anm. 10). Leider geht Bers nicht auf Unterschiede zwischen diesem von ihm in zwei staatlichen Archiven ermittelten »amtlichen« Protokoll und dem von ihm abgedruckten Protokoll der »Rheinischen Zeitung« ein.

In den Berichten werden nicht nur die Entwicklung der Parteiorganisation und der Parteipresse sowie der Verlauf der verschiedenen Wahlkämpfe ausführlich geschildert, auch den »wirtschaftlichen Kämpfen« bzw. den Gewerkschaften wird immer ein eigener Unterabschnitt gewidmet. Auf dem Parteitag von 1900 in Aachen wurde das für diesen Bezirk so wichtige Thema »Freie und christliche Gewerkschaften« ausführlich besprochen (S. 85–91). In einer von August Erdmann stammenden Resolution wurden die Freien Gewerkschaften als »unpolitische Organisationen«, die jedem Arbeiter »ohne Rücksicht auf Partei und Glauben« offenstünden, bezeichnet und die christlichen Gewerkschaften als Sonderorganisationen, die die Arbeiter nach ihren politischen Anschauungen trennen wollten, verurteilt.

Was den Abdruck der Quellen angeht, so ist zu bedauern, daß die einzelnen Dokumente zu eng aufeinander folgen. Sie werden nur durch Überschriften getrennt, die den Zwischenüberschriften in den einzelnen Berichten genau entsprechen. Ihre Herkunft — alle stammen aus der Rheinischen Zeitung —, ja sogar die genauen Daten der Bezirksparteitage muß man im Anhang nachschlagen. Im Anhang veröffentlicht Bers auch noch den Entwurf eines neuen Organisationsstatuts aus dem Jahre 1905, ein Verzeichnis der Mitglieder des Agitationskomitees von 1897 bis 1918 sowie der Vorsitzenden der Bezirksparteitage und eine Aufzählung aller Parteitage der Rheinprovinz bzw. der niederrheinischen und oberrheinischen Agitationsbezirke von 1889 bis 1918.

Von besonderem Wert sind die von Bers im Anhang publizierten über 100 Kurzbiographien führender sozialdemokratischer Amtsträger des Bezirks »Obere Rheinprovinz« von 1897 bis 1918. Wer aus der eigenen Arbeit weiß, wie schwer es oft ist, die Lebensdaten von Partei- oder Gewerkschaftsführern zu ermitteln, die nicht dem Reichstag angehörten, kann für ein solches Verzeichnis nur dankbar sein. In dem gut ausgestatteten Band werden auch noch einige Fotos führender Sozialdemokraten der Region sowie eine Karte des Agitationsbezirkes, dessen Grenzen nicht ganz mit denen der genannten Regierungsbezirke identisch waren, veröffentlicht.

Nun läßt sich nur hoffen, daß bald der angekündigte zweite Band erscheint, der auch ein Personen- und Ortsregister enthalten soll.

Im Jahre 1974 begannen Günter Bers und Michael Klöcker mit der Herausgabe einer Schriftenreihe »Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden«, in der bislang nur Editionen

erschieden, für die aber auch längere Monographien über die Kölner und Aachener Arbeiterbewegung geplant sind. Eröffnet wurde die Reihe durch ein dünnes Bändchen über die *Kölner Sozialdemokratie im Jahre 1914*. Es geht aber nicht, wie zunächst der Titel vermuten läßt, um das Verhalten der Kölner Sozialdemokraten beim Kriegsausbruch, das Bers nur in seiner Einleitung behandelt (S. 11–14), sondern um die Entwicklung des Sozialdemokratischen Vereins für die Reichstagswahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land in der Zeit vom April 1913 bis März 1914. Denn abgedruckt werden lediglich der Jahresbericht für diese Zeit und das Protokoll der Generalversammlung des Vereins, die am 7., 15. und 27. Juni 1914 stattfand und auf der vor allem der Jahresbericht diskutiert wurde. Als Ergänzung wird noch das Statut des Vereins von 1910 wiedergegeben.

Es stellt sich nun die Frage, ob sich die Zusammenstellung dieser drei Dokumente, die der Rheinischen Zeitung entstammen, zu einer selbständigen Schrift lohnt, auch wenn Bers in seiner Einleitung (S. 1–18) versucht, diese in den Zusammenhang der Entwicklung der Kölner SPD von 1910 bis 1914 zu stellen. Sicherlich hätte die Edition an Wert gewonnen, wenn Bers wenigstens noch das Verhalten der Kölner Sozialdemokraten bei Kriegsbeginn dokumentiert hätte.

Doch auch in der jetzigen Form ist die kleine Schrift nicht ohne Wert, besonders da größere Arbeiten über die Kölner Sozialdemokratie noch fehlen. Sie zeigt das nur noch langsame Wachstum der SPD im letzten Friedensjahr – hier wären allerdings Vergleichszahlen für die Gesamtpartei und für ähnliche Regionen von Wert gewesen – und die zunehmende Frustration in der Mitgliedschaft wegen der Erfolglosigkeit des politischen Kampfes. Das führte einerseits zu einer Resignation, die sich im sehr schlechten Besuch der Parteiversammlungen zeigte, zum andern zu einer Radikalisierung der aktiven Mitglieder: Am Ende der Generalversammlung wurde das neue, von den süddeutschen Reformisten mit Entschiedenheit abgelehnte Verhalten der Reichstagsfraktion beim »Kaiserhoch« – demonstratives Sitzenbleiben statt Verlassen des Saales – einstimmig gebilligt.

Hinzuzufügen ist noch, daß Bers auch in dieser kleinen Edition versucht hat, für die Anmerkungen die biographischen Daten der erwähnten Personen zu ermitteln. Ein Personenregister ergänzt die Schrift, leider fehlt ein Inhaltsverzeichnis.

Im Jahre 1975 gab Bers in der gleichen Reihe eine Dokumentation über die *KPD im Bezirk Mittelrhein/Saar*, der ungefähr dem alten SPD-Bezirk »Obere Rheinprovinz« entsprach, heraus, die in gewissem Sinn die bislang erwähnten Quellensammlungen fortsetzt. Zwar stammen alle abgedruckten Berichte über Bezirks-, Unterbezirks- und Ortskonferenzen aus dem Jahre 1922 – insofern ist der Titel genau –, doch behandelt Bers in einer längeren Einleitung (S. 1–49) die Entstehung und Entwicklung der KPD bis zu ihrer Konsolidierung im Jahre 1922. Er schildert die Spaltung der Kölner SPD im Weltkrieg, die Artikulierung der Opposition als USPD-Ortsgruppe und die Hinwendung der Kölner bzw. Mittelrheinischen USPD zur III. Internationale. Die Umwandlung des USPD-Bezirks in einen Parteibezirk der VKPD am Ende des Jahres 1920 erfolgte ohne Schwierigkeiten. Von der innerparteilichen Auseinandersetzung der VKPD im Jahre 1921 wurde auch der Bezirk betroffen. Diese Auseinandersetzungen waren wohl der Grund, wie Bers für die behandelten Gebiete zu zeigen versucht, daß die KPD zunächst nicht alle Wähler der USPD für sich gewinnen konnte.

Bers begründet seine Dokumentation mit dem Hinweis, daß in den bisher vorliegenden Arbeiten über die Frühzeit der KPD (er erwähnt Flechtheim, Weber, Angress sowie den Bd. 3 der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«) der Bezirk Mittelrhein nicht behandelt wird. Insofern ergänzt seine Edition diese Arbeiten. Wenn auch die von ihm abgedruckten Berichte über die Parteikonferenzen und Parteitage des Jahres 1922 meist

nur damals in der Presse veröffentlichte Ergebnisprotokolle sind, so vermitteln sie doch einen Einblick in die Arbeit der KPD auf Bezirks- und Ortsebene. In den stark industrialisierten Gebieten um Köln, Aachen und Saarbrücken konnte sie festen Fuß fassen und zu einer Konkurrenz für die SPD werden. Leider versäumt es Bers, seine Ergebnisse mit denen der genannten Schriften zu vergleichen. So bietet er in erster Linie eine Materialsammlung für eine noch zu schreibende kritische Analyse der Geschichte der KPD im Rheinland.

Beim Dokumententeil ist auch hier wiederum drucktechnisch zu bemängeln, daß die einzelnen Dokumente zu eng aufeinanderfolgen, die Überschriften sind nicht einmal durch Fettdruck hervorgehoben, so daß man nur durch ein Nachschlagen im Inhaltsverzeichnis genau herausbekommen kann, ob es sich um den Beginn eines neuen Berichts oder um eine Zwischenüberschrift handelt. Die Fundstellen (Zeitungsberichte und 1 Polizeibericht) sind wiederum nur am Ende des Dokumententeils mitgeteilt.

Sehr zu begrüßen ist auch hier, daß Bers mit 50 Kurzbiographien der führenden Funktionäre der KPD im Bezirk Mittelrhein den Wert dieser Dokumentation noch vergrößert. Weiter veröffentlicht er eine Tabelle mit allen Bezirkstagen der KPD von 1921 bis 1932, eine Tabelle mit Wahlergebnissen der USPD/KPD für verschiedene Kreise des Bezirks von 1920–1924, einige Fotos von Parteiführern und eine Karte des Bezirks. Ein Personenregister ergänzt den Band.

Etwas aus der Reihe der hier erwähnten Dokumentationen fällt die von Michael Schneider über den *Ruhreisenstreit 1928/29*. Zwar gehören diese Auseinandersetzungen, die zur zeitweiligen Aussperrung von über 200 000 Arbeitern führten, sicherlich auch zur Geschichte der rheinischen Arbeiterbewegung, aber Schneider versteht seine Arbeit in erster Linie als Beitrag zur Analyse der beginnenden Krise der Weimarer Republik. In seiner kurzen Einleitung kommt er zu dem Schluß, daß der Ruhreisenstreit die »Wende der unternehmerischen Politik zur offenen Konfrontation nicht nur gegen die Gewerkschaften, sondern auch gegen den mit diesen zunehmend identifizierten Staat« markierte (S. 12). Der Dokumententeil enthält 23, meist bislang unveröffentlichte, Quellentexte – die verschiedenen Schiedssprüche und dazu gehörende Korrespondenzen –, die den im Archiv der sozialen Demokratie befindlichen Nachlässen Hermann Müller und Carl Severing entstammen. Ergänzt wird das Bändchen durch ein Personenregister.

Die bislang behandelten Editionen betrafen die sozialistische Arbeiterbewegung während der Wilhelminischen Zeit und der Weimarer Republik. Nach der Planung der Reihe soll jedoch die katholische Arbeiter- bzw. Gesellenbewegung einen zweiten Schwerpunkt der Reihe bilden. Bislang erschien zu diesem Thema nur eine Dokumentation, nämlich die Zusammenstellung einiger wichtiger Quellen zur *Frühgeschichte der katholischen Gesellenvereine* – später Kolpingvereine genannt, die Hans Joachim Kracht herausgab. Es handelt sich dabei um einen Bericht Kolpings über den 1846 gegründeten ersten Gesellenverein in Elberfeld aus dem Jahre 1848, die Protokolle der ersten sechs Generalversammlungen, 1850 bis 1864, die sechs Briefe Kolpings über den katholischen Gesellenverein aus dem Jahre 1855, um die Erinnerungen Bebels an seine Mitgliedschaft im Freiburger und Salzburger Gesellenverein, eine kurze Notiz eines ungenannten Mitglieds aus dem Jahre 1851 und Vereinsberichte aus Bonn, Düren, Euskirchen, Köln und Krefeld. Die Dokumente werden nicht alle vollständig abgedruckt, die Lücken zwar kurz angemerkt, aber nicht durch Regesten erschlossen. Manche Lücken sind recht ärgerlich, z. B. das Weglassen der Stellungnahme Kolpings zur Änderung des Namens (»Katholischer Gesellenverein« statt »Rheinischer Gesellenbund«) auf der Generalversammlung von 1851 (S. 46). Um Platz zu sparen, hätte der Herausgeber eher die bekannten und leicht zu findenden Auszüge aus den Erinnerungen Bebels weglassen können.

Bis 1854 fanden jedes Jahr Generalversammlungen statt. Danach entstanden größere

Pausen. Der Grund war wohl — Kracht deutet dies an — die Regionalisierung des größer werdenden Vereins. Diese Regionalisierung wird jedoch kaum dokumentiert. So ist die Edition in erster Linie für die Anfangsjahre der rheinischen Gesellenvereine von Bedeutung. Ergänzt werden die Dokumente durch ein wertvolles Verzeichnis der Teilnehmer der Generalversammlungen mit biographischen Daten und bibliographischen Hinweisen. Bedauerlich ist dagegen das Fehlen einer Auswahlbibliographie.

Zu Beginn seiner kurzen Einleitung betont der Herausgeber wohl zu Recht, bislang seien Adolf Kolping und dem Gesellenverein meist nur verherrlichende Schriften von »Insidern« gewidmet worden. Doch wenn man nach dieser Vorbemerkung eine kritische Analyse erwartet, so wird man enttäuscht. Kracht bietet lediglich einen kurzen Abriss der frühen Organisationsgeschichte. Dabei schöpft er nicht einmal die von ihm abgedruckten Dokumente voll aus. Denn nach seiner Einleitung könnte es den Anschein haben, als ob die Bestimmung des Statuts, in den Vereinen dürfe keine Politik getrieben werden, in erster Linie eine Folge der taktischen Erwägung war, die Vereine nicht dem Verbot für politische Arbeitervereine auszusetzen. Doch aus dem »6. Brief« von 1855 geht deutlich hervor, daß diese Bestimmung eine konsequente Folge der antirevolutionären Grundanschauung Kolphings war (S. 84—86). Überhaupt scheint Kracht die »Briefe« für seine Einleitung zu wenig heranzuziehen, obwohl sie ihm gerade für die im Titel genannte »Bildungsarbeit« der Gesellenvereine viel Material geboten hätten. Seine Hinweise dazu bleiben sehr vage, während im schon erwähnten 6. Brief sehr klar gesagt wird, daß der Verein den »tüchtigen Gesellen« — Kolping wendet sich also in erster Linie an eine Elite der Handwerksgehlen — helfen soll, einst »tüchtige Meister und Familienväter« zu werden (S. 85). Von dieser Stelle aus ließe sich auch der Frage nachgehen, was Kracht leider versäumt, ob Kolphings Gesellenvereine wirklich zur Arbeiterbewegung gehörten, d. h. zur Emanzipation aller Lohnabhängigen beitragen wollten, oder eher eine überholte kleinhandwerkliche Wirtschaftsstruktur, in der jeder gutwillige »tüchtige« Geselle noch Meister werden kann, stabilisieren wollten. So kann die Dokumentation von Kracht zu wichtigen Fragen anregen, sie bietet eine wertvolle Materialsammlung für eine noch ausstehende kritische Analyse der katholischen Gesellenbewegung.

Den Bemühungen von Günter Bers und der Einhorn-Pressen verdanken wir auch eine wichtige Einzeldition, die Herausgabe der Kölner *Wahlkampfreden Bebels vom 11. Mai 1903* »Abrechnung mit dem Zentrum«. Es handelt sich um den Abdruck des damals in einer heute nur schwer auffindbaren Sonderausgabe der Rheinischen Zeitung vom 14. Mai 1903 erschienenen Wortlauts der Rede. Das Thema der Wahlrede bot sich an, da in Köln das Zentrum der einzige bedeutende Wahlgegner war, dem die Sozialdemokraten erst 1912 das Mandat von Köln-Stadt abnehmen konnten. Bereits vor dem Wahlkampf von 1903 hatte sich Bebel eingehend mit dem Zentrum auseinandergesetzt, seine Bamberger Rede vom 24. September 1902 »Sozialdemokratie und Zentrum« hat er selbst als Broschüre herausgegeben (Berlin 1903), sie wurde neuerdings in der Auswahl-edition von Helmut Hirsch (August Bebel. Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften, Köln/Berlin 1968, S. 271—283) wieder abgedruckt. Diese leicht auffindbare Rede macht nun den Neudruck der Kölner Rede nicht ganz überflüssig. Denn in Bamberg setzte Bebel sich sehr allgemein mit dem Thema »Sozialdemokratie — Zentrum« bzw. »Sozialdemokratie — Katholische Kirche« auseinander, während er in Köln vor allem die fortschritts- und arbeiterfeindliche Haltung des Zentrums im Reichstag anprangerte. Doch hätte dieser Neudruck sehr an Wert gewonnen, wenn im Vorwort versucht worden wäre, die beiden Reden miteinander zu vergleichen, um zu zeigen, wie der begabte Volksredner Bebel das gleiche Grundmuster einer Rede den zeitlichen und örtlichen Gegebenheiten anpaßte. So setzte er sich in Bamberg vor allem mit dem Bamberger Zentrumsabgeordneten Dr. Schädler auseinander, in Köln in erster Linie mit dem Kölner Vertreter Trim-

born. Etwas enttäuscht wird man, wenn man in der Kölner Rede einige Bemerkungen Babels über seine persönlichen Beziehungen zu seiner Geburtsstadt Köln erwartet. Ein solches persönliches Verhältnis bestand wohl auch nicht zu dieser Stadt, die er ja bereits als Kind verlassen hatte.

Kurz sei hier am Schluß noch eine Arbeit von *Wilhelm Bramann* über die Reichstagswahlen im Wahlkreis Solingen in der Zeit von 1867 bis 1890 angezeigt, die als Heft 1 einer »Schriftenreihe zur Rheinischen Geschichte« erschien. Besser ausgestattet als die bisher angezeigten Schriften, kann sie jedoch deren Qualität nicht erreichen. Die einleitenden Kapitel über die »Territorialgeschichte«, die »konfessionelle Zusammensetzung«, die »Industrialisierung« und die politische Entwicklung (S. 5–9) bieten lediglich einige wenige Daten aus älteren lokalgeschichtlichen Studien und können den Anforderungen, die man heute an eine regionalgeschichtliche Untersuchung stellen muß, nicht genügen. Es folgt dann im Hauptteil eine chronologische Behandlung der Wahlen zum Norddeutschen bzw. Deutschen Reichstag. Informativ sind die Ausführungen über die Aufstellung der Kandidaten und die Wahlkämpfe, die Bramann aus der Lokalpresse, teilweise auch aus Polizeiakten schöpft. Es gelingt ihm jedoch nicht, das sich in den Wahlkämpfen artikulierende Parteienspektrum zu analysieren. Die Wahlergebnisse, die er teilweise aus der Lokalpresse, teilweise aus der amtlichen Reichsstatistik übernimmt, sind lediglich nach »Oberem« und »Unteren« Kreis, dem späteren Stadt- bzw. Landkreis Solingen, unterteilt, was für eine Wahlkreisuntersuchung nicht genügt. Ein Personenregister und eine Karte des Wahlkreises ergänzen das Bändchen.

Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Republik

Michael Schneider, *Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 116), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1975, 219 S., brosch., 25 DM.

Michael Schneider, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB in der Endphase der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von George Garvy* (= Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 120), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1975, 271 S., brosch., 32 DM.

Eines haben die gesellschaftspolitischen Antipoden der Weimarer Republik gemeinsam: Weder über die Unternehmerverbände noch über die organisierte Arbeiterbewegung liegen bisher wissenschaftliche Gesamtdarstellungen vor. Zwar ergäbe sich auch aus der denkbar vollständigsten Erforschung des Verhältnisses von »Arbeit« und »Kapital« allein noch keine politische Sozialgeschichte der ersten deutschen Republik – zum Scheitern von Weimar haben bekanntlich der ostelbische Großgrundbesitz und die Mittelschichten unmittelbar mehr beigetragen als die vermeintlichen Hauptklassen der damaligen deutschen Gesellschaft. Aber *daß* sozialen Gruppierungen, die stark von vorindustriellen Traditionen geprägt waren, nochmals eine entscheidende politische Rolle zufiel, bleibt unverständlich, wenn man nicht die Zuspitzung des Konflikts zwischen industriellen Arbeitern und Unternehmern, also des spezifisch modernen Klassengegensatzes, als auslösendes Moment einer umfassenden gesellschaftlichen Radikalisierung begreift. Die hier anzuzeigenden Bücher von Michael Schneider, die sich mit der Politik und Ideologie von Industrieverbänden und Gewerkschaften befassen, sind von der Fragestellung her Studien zur Auflösung der Weimarer Republik. Sie bieten keine Gesamtdarstellung des Verhältnisses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der ersten Republik, aber sie behandeln Probleme, denen innerhalb einer solchen Gesamtdarstellung eine herausragende Bedeutung zukäme.

Die Arbeit über das unternehmerische Demokratie- und Gewerkschaftsverständnis in der Weimarer Republik, eine Bremer Dissertation, greift zeitlich weiter als die Studie über die Arbeitsbeschaffungspläne der Freien Gewerkschaften. Die erstgenannte Abhandlung setzt mit der politischen Aufwertung der organisierten Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg ein. Die schrittweise Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat, das unvermeidliche Gegenstück zu ihrer Instrumentalisierung im Dienst der Kriegswirtschaft, brachte die Arbeitnehmerorganisationen zugleich in ein neuartiges Verhältnis zu den Industrieverbänden. Aus dem gemeinsamen Interesse an der Abwehr von staatlichem Dirigismus und radikalen Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft erwuchs ein quasisyndikalistisches Zusammenspiel, das schließlich in der »Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer« vom 4. Dezember 1918 gipfelte. Die Konzessionen, die die Arbeitgeber den Gewerkschaften unter dem Eindruck des revolutionä-

ren Umbruchs machten — darunter die bedingte Anerkennung des Achtstundentages —, wurden freilich von der Unternehmerseite von vornherein als rein taktisches Mittel zur Sicherung übergeordneter gesellschaftspolitischer Ziele betrachtet. Definitiv hat sich die Großindustrie mit dem Machtgewinn der Gewerkschaften jedenfalls nicht abgefunden. Nachdem die Kooperation mit den organisierten Arbeitnehmern ihren tatsächlichen Hauptzweck, die Verhinderung revolutionärer Eingriffe in die bestehenden Eigentumsverhältnisse, erfüllt und die Inflation die gesellschaftliche Machtposition der Großindustriellen drastisch verstärkt hatte, konnte die Revision von Zugeständnissen aus der Revolutionszeit in Angriff genommen werden. Der Abschaffung des Achtstundentages kam dabei nicht bloß wirtschaftliche, sondern vor allem auch politische Bedeutung zu: Den Unternehmern ging es nicht so sehr um die Dauer der Arbeitszeit als darum, eine gesetzliche — d. h. staatliche — Regelung dieses Problems zu verhindern. Der Staat aber wurde um so feindseliger betrachtet, je größer der Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf die Regierung war. Infolgedessen mäßigte sich die Kritik der Unternehmer am parlamentarischen Regime erst, nachdem sie ihre symbolträchtige Forderung nach der Rücknahme des Achtstundentages durchgedrückt hatten. Von einer vorbehaltlosen Bejahung der Weimarer Republik durch die Industrie kann freilich auch in der Periode relativer Stabilität zwischen 1924 und 1928 nicht die Rede sein: Die obrigkeitsstaatlichen Mentalreservierungen blieben ungebrochen¹.

Nachdem gerade in den letzten Jahren zahlreiche Einzeluntersuchungen zur Politik der Unternehmer im ersten Jahrzehnt der Weimarer Republik erschienen sind, hätte es nahegelegen, sich einem vergleichsweise weniger erforschten Bereich zuzuwenden: dem Problem, wie sich Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf die ideologischen Rechtfertigungen von Unternehmerinteressen auswirkten. Leider geht Schneider dieser Frage nicht mit der nötigen Intensität nach, wie denn die Unternehmerpresse erstaunlicherweise nicht systematisch ausgewertet worden ist. Die ideologischen Positionen der Unternehmer werden für den Zeitraum der Jahre 1918 bis 1928 eher summarisch registriert als mit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung verknüpft. Vieles wird rekapituliert, was einige neuere Darstellungen bereits ausführlich abgehandelt haben. Andererseits werden etwa die »Direktoriumspläne« vom Herbst 1923, an denen neben der Reichswehrführung auch prominente Industrielle wie namentlich Stinnes aktiv beteiligt waren, gar nicht erwähnt. Gleichfalls unerörtert bleiben die Reaktionen der deutschen Unternehmer auf den italienischen Faschismus, obwohl die Industriepresse sich ausgiebig mit der Entwicklung unter dem Regime Mussolinis beschäftigt hat und aus dieser bemerkenswert kontroversen Auseinandersetzung sehr interessante Rückschlüsse auf das Verhältnis von Industrie und Demokratie zu gewinnen gewesen wären.

¹ Vgl. zum Vorstehenden aus der neueren Literatur vor allem die Arbeiten von *Gerald D. Feldman*, *Army, Industry, and Labor in Germany: 1914–1918*, Princeton 1966; *ders.*, *German Business between War and Revolution. The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement*, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag*, Berlin 1970, S. 312–341; *ders.* (unter Mitarbeit von *Irmgard Steinisch*), *The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement: A Documentation*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 9, 1973, Nr. 19/20, S. 45 – 102; *ders.* und *Heidrun Homburg*, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916 – 1923*, Hamburg 1976. Ferner: *Dirk Stegmann*, *Die Silberberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration*, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag*, Göttingen 1974, S. 594 – 611, sowie mehrere Beiträge in dem Sammelwerk: *Hans Mommsen / Dietmar Petzina / Bernd Weisbrod* (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974. Zum europäischen Zusammenhang der »Stabilisierung« nach 1918: *Charles S. Maier*, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade After World War I*, Princeton, N. J., 1975.

In diesem Zusammenhang muß ein anderer Mangel des Buches vermerkt werden: Der Autor hat darauf verzichtet, die Unternehmerideologie nach Branchen zu differenzieren. Er konzentriert sich auf die Schwerindustrie, der die ideologische Federführung für die gesamte Unternehmerschaft attestiert wird. Es wäre indessen durchaus sinnvoll gewesen, der Frage nachzugehen, ob es zwischen kapital- und lohnintensiven Industriezweigen nicht doch ein erhebliches Gefälle der Gewerkschaftsfeindschaft gab. Von daher hätten sich vermutlich gewisse ideologische und politische Affinitäten zwischen Montanindustrie und mittelständischen Unternehmungen aufzeigen und Kontinuitäten zwischen Kaiserreich und Republik herausarbeiten lassen.

Die Endphase der Weimarer Republik wird in Schneiders Darstellung sehr viel systematischer abgehandelt als die Jahre 1918 bis 1928. Im Mittelpunkt stehen die Reaktionen der Unternehmer auf die »Wirtschaftsdemokratie«, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) 1928 zum offiziellen Programm erhoben hatte. Zwar sind die Grundzüge der unternehmerischen Argumentation bekannt², aber die Breite der Belege ist eindrucksvoll. Die Schärfe, mit der sich die Industrie gegen die gewerkschaftlichen Forderungen wandte, ist auf dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß nach den Maiwahlen von 1928 die Sozialdemokraten wieder an der Regierung beteiligt waren und den Kanzler der Großen Koalition stellten. Mit Recht weist Schneider darauf hin, daß die Unternehmer die Durchsetzungschancen des wirtschaftsdemokratischen Programms maßlos überschätzten. Etwas zu kurz kommt dabei freilich, daß das von Fritz Naphtali redigierte Langzeitprogramm der Freien Gewerkschaften wohl nicht zuletzt eine innerverbandliche Integrationsfunktion hatte. Das auch von liberalen Kritikern geäußerte Bedenken, der Entwurf würde zwangsläufig zur Bürokratisierung der Wirtschaft und letztlich zur Staatsomnipotenz führen – eine Gefahr, die durch die Ausklammerung der innerbetrieblichen Mitbestimmung in dem Gewerkschaftsprogramm noch verstärkt wurde –, kann im übrigen kaum über denselben Leisten geschlagen werden wie die dogmatische Abwehr jeder Art von öffentlicher Kontrolle und überbetrieblicher Mitbestimmung der Arbeitnehmer. In ebendiese Richtung zielte der Hauptstoß der unternehmerischen Gegenoffensive. Nach dem »Großen Krach« radikalisierte sich der Widerstand der Unternehmervverbände. Seit Ende 1929 stellten sie faktisch den gesamten sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer zur Disposition: die tarifliche Lohnvereinbarung, die Arbeitslosen- und die Sozialversicherung. Führende Vertreter der Schwerindustrie erweiterten den Kampf gegen die Wirtschaftsdemokratie ganz bewußt zum Kampf gegen die parlamentarische Demokratie, in der sie mit Recht die Bedingung der Möglichkeit von Arbeiter- und Konsumentenmacht sahen. An die Stelle des Weimarer »Gewerkschaftsstaates« sollte ein Regime treten, das dem des kaiserlichen Obrigkeitsstaates bemerkenswert ähnlich sah. Was die konservative Richtung im Unternehmerlager anstrebte, lief auf die Revision alles dessen hinaus, was die Arbeiterschaft seit dem Ersten Weltkrieg an Einfluß hatte gewinnen können.

Der Erfahrungs- und Erwartungshorizont der deutschen Unternehmer in der Weimarer Republik war, das wäre einschränkend zu den verallgemeinernden Thesen zu Anfang und Ende des Buches zu sagen, durch die autoritären Traditionen Deutschlands geprägt. Aus ebendiesen Traditionen nährte sich auch die verbreitete Annahme, der Nationalsozialismus werde sich damit begnügen, die Fesseln des äußeren wie des vermeintlichen inneren Versailles abzustreifen. Wenn auch nur eine Minderheit der Großindustriellen aus dieser Erwartung heraus die Machtergreifung Hitlers aktiv unterstützte, an der Aufkündigung des Basiskompromisses mit der organisierten Arbeiterschaft haben die Spitzen-

2 Vgl. etwa *Heinrich August Winkler*, Unternehmer und Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik, in: Probleme der Demokratie heute (= Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 2), Opladen 1971, S. 308–322.

verbände der Unternehmer insgesamt tätigen Anteil genommen und eben damit ihren kollektiven Beitrag zur Auflösung der Weimarer Republik geleistet. Die Dissertation Michael Schneiders, die durch eine Beschränkung auf einige ausgewählte Problembereiche oder auf einen kleineren Zeitraum vermutlich viel an innerer Geschlossenheit gewonnen hätte, hat dennoch das Verdienst, diese Einsicht mit einer Fülle bisher unbekannter Belege zu untermauern.

Es gehört zu den meistdiskutierten Problemen der deutschen Geschichte der Jahre 1930 bis 1933, ob die Arbeiterschaft den Aufstieg des Nationalsozialismus nicht doch hätte aufhalten können. Jede historische Betrachtung hat dabei vom tatsächlichen Spielraum der damaligen Akteure auszugehen. Die tiefe ideologische und politische Spaltung der Arbeiterklasse war eine objektive Kluft, die keiner der Beteiligten ad hoc zu überspringen vermochte. Das Machtpotential, das zur Zeit des »Preußenschlages« dem Reichspräsidenten zur Verfügung stand, mußte den Sozialdemokraten und Freien Gewerkschaften den Gedanken an einen Bürgerkrieg absurd erscheinen lassen. Die Massenarbeitslosigkeit verminderte von vornherein die Erfolgchancen eines Generalstreiks. Realistischer ist es, die Frage nach den alternativen Strategien der organisierten Arbeiterschaft auf einer niedrigeren Ebene zu stellen: War es unvermeidbar, daß gerade die Nationalsozialisten mit der Parole »Arbeit und Brot« Wahlen gewannen? Michael Schneider antwortet in seinem Buch über das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit einem klaren Nein. Der Band stützt sich stärker noch als die Dissertation auf ungedrucktes Material, darunter auch den Nachlaß des Konjunkturexperten des ADGB, Wladimir Woytinsky, eines russischen Emigranten und früheren Mitarbeiters Lenins. Es mag auch an der klaren Fragestellung liegen, daß Schneiders zweites Buch viel dichter und in der Argumentation zwingender wirkt als sein Erstlingswerk. Seine materialgesättigte Studie zum Arbeitsbeschaffungsproblem wirft neues Licht auf eines der umstrittensten Kapitel der Endphase der Weimarer Republik: die offenkundige Entfremdung zwischen SPD und Freien Gewerkschaften. Robert A. Gates, dessen Dissertation von 1970 zur Wirtschaftspolitik der reformistischen deutschen Arbeiterbewegung in den Jahren 1930 bis 1933 leider noch nicht veröffentlicht ist, aber offenbar zentrale Thesen des Buches von Schneider vorwegnimmt, hat kürzlich argumentiert, marxistische Befangenheit habe die Sozialdemokraten daran gehindert, dynamisch auf die Herausforderung der Großen Krise zu reagieren. Rudolf Hilferding, der Cheftheoretiker der Weimarer SPD, sei so sehr auf den langfristigen Strukturwandel im Zeichen des »Organisierten Kapitalismus« und die schrittweise Verwirklichung des sozialistischen Endziels fixiert gewesen, daß ihm die Möglichkeiten kurzfristiger Krisenbekämpfung gar nicht zum Problem werden konnten. Vielmehr habe er geradezu fatalistisch Krisen als prinzipiell unabwendbaren Bestandteil des Kapitalismus gesehen, korrigierenden Staatseingriffen keine Chance gegeben und darum Brüning's orthodoxe Deflationspolitik nachdrücklich unterstützt³. Schneider kommt zu einem ähnlichen Resultat. Die Sozialdemokraten haben, Hilferding's Argumenten folgend, die modern anmutende antizyklische Konjunkturpolitik, wie sie die Freien Gewerkschaften unter dem Einfluß Woytinskys vorschlugen, beharrlich zu blockieren versucht. Die Schaffung zusätzlicher Massenkaufkraft erschien ihnen als ein

3 Robert A. Gates, German Socialism and the Crisis of 1929 - 33, in: Central European History 7, 1974, S. 332-359. Vgl. auch ders., Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1920-1933, in: Hans Mommsen u. a. (Hrsg.), Industrielles System, S. 206-225. Gates' Dissertation (The Economic Policies of the German Free Trade Unions and the German Social Democratic Party, 1930 - 1933, Ph. D. Thesis University of Oregon, Eugene/Oregon, MS, 1970), auf die Schneider mehrfach verweist, lag mir nicht vor. Schneider zufolge unterscheidet sich sein Ansatz von der Dissertation Gates' dadurch, daß er das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB nicht nur im Zusammenhang des parteipolitischen Spektrums, sondern im gesamtgesellschaftlichen Kontext sieht.

riskantes Spiel mit der Inflation. Nur widerwillig haben sie sich im August 1932 auf einen Kompromiß mit dem pragmatischeren ADGB eingelassen und einem Arbeitsbeschaffungsprogramm zugestimmt, dessen Finanzierungshöhe mit 1 Million RM um die Hälfte unter dem Vorschlag der Freien Gewerkschaften lag.

Schneider verfolgt die innergewerkschaftliche Diskussion über die Arbeitsbeschaffung zurück bis in die Mitte der Zwanzigerjahre. Schon 1925 warf der ADGB das Argument in die Debatte, eine Ausweitung der Massenkaufkraft werde wirtschaftsbelebend wirken und die durch die forcierte Rationalisierung der deutschen Industrie verursachte Arbeitslosigkeit abbauen helfen. Die Kaufkraftthese stützte zugleich auch das Postulat der Arbeitszeitverkürzung ab. Unter dem Eindruck der Großen Krise proklamierte Woytinsky als Mittel zur Behebung der Depression eine internationale Anhebung der Preise. Ebenfalls im internationalen Rahmen sollte die zusätzliche Kreditschöpfung erfolgen, wie sie im Dezember 1931 der nach den Initialen der Autoren Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow (Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes) und Fritz Baade (Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen) benannte WTB-Plan vorsah. Eine internationale Verständigung der Notenbanken hätte einseitige Abwertungen nationaler Währungen und überdies eine zumindest nominelle Steigerung der deutschen Reparationslasten verhindern können. Allerdings hat Woytinsky die Chancen für eine »internationale Arbeitsbeschaffung auf Grund einer internationalen Kreditschöpfung« mit Recht skeptisch beurteilt, und präzisiert wurde im WTB-Plan darum allein das Programm einer »Krisenbekämpfung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft«. Der aus dem WTB-Plan hervorgegangene Beschluß »Wiederaufbau durch Arbeitsbeschaffung«, den der Außerordentliche Kongreß des ADGB am 13. April 1932 faßte, sah nur noch nationale Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung vor.

Woytinsky hat mit seiner Empfehlung, der Staat möge in Zeiten der Hochkonjunktur Rücklagen für Krisenzeiten schaffen und in der Depression durch zusätzliche Kreditschöpfung der Deflation entgegenwirken, die Grundregel der antizyklischen Konjunkturpolitik formuliert. Mit John Maynard Keynes, der dieser Theorie 1936 die klassische Form gab, stand Woytinsky bereits in den frühen Dreißigerjahren in Verbindung; mit ihm teilte er das Schicksal, von der herrschenden Lehre der Wirtschaftswissenschaften wie von den meisten Politikern als Befürworter eines Inflationskurses abqualifiziert zu werden. Der plausible Hinweis, daß angesichts massenhaft brachliegender Kapazitäten eine Geldentwertung nicht zu erwarten war, konnte weder die bürgerlichen noch die marxistischen Orthodoxen überzeugen.

Zustimmung fanden die Vorschläge des ADGB hingegen bei Gregor Strasser, der vor den Juliwahlen von 1932 ein den gewerkschaftlichen Forderungen nahekommendes »Sofortprogramm« vorlegte. Über Kontakte zwischen den Freien Gewerkschaften und dem »Strasser-Flügel« der NSDAP hat es bereits 1932 vielfältige Gerüchte und Vermutungen gegeben. Vor allem von kommunistischer Seite ist dem ADGB immer wieder vorgeworfen worden, er habe sich bereits vor der nationalsozialistischen Machtergreifung mit den künftigen Machthabern arrangieren wollen. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Aufzeichnung über ein von Reichswehrminister von Schleicher arrangiertes und geleitetes Gespräch zwischen Vertretern des ADGB und der NSDAP, das am 9. September 1932 stattgefunden haben soll. Auch bei Schneider ist von einer Unterredung zwischen Gewerkschaftsvertretern und Schleicher am 9. September 1932 die Rede, wobei die Anwesenheit Strassers als zweifelhaft vermerkt ist (S. 154 f.). Inzwischen hat Henryk Skrzypczak nachgewiesen, daß das »Protokoll« dieses Gesprächs, das in antireformistischen Pamphleten — etwa bei Hannes Heer — als wichtiges Beweisstück vorgeführt wird, eine Fälschung ist. Als gesichert können dagegen zwei andere Kontaktaufnahmen gelten, die freilich beide nicht vom ADGB ausgingen: Am 24. August 1932 traf sich der General-

direktor der Verkehrsgesellschaft AG, Dr. Erich Lübbert, der wohl dem Stahlhelm und Gregor Strasser nahestand, zu einem Gespräch über Fragen des Arbeitsdienstes mit Vertretern des ADGB, und zwei Tage später bat Cordemann von der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP Fritz Tarnow, der auch als sozialdemokratischer Abgeordneter dem Reichstag angehörte, um ein »unverbindliches« und »vertrauliches« Gespräch über Fragen der Arbeitsbeschaffung. Inzwischen hat Michael Wolffsohn in dem unveröffentlichten Tagebuch des ehemaligen Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Hans Schäffer, einen Hinweis darauf gefunden, daß es zwischen Tarnow und Strasser in Gegenwart des Vorsitzenden der Freien Gewerkschaft der Bankangestellten, Marx, eine offenbar sehr kontrovers verlaufene Unterredung gegeben hat. Ob Tarnow hierbei im Wissen oder gar Auftrag des ADGB-Vorstandes gehandelt hat, ist allerdings fraglich. Der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, hat Gespräche mit Strasser entschieden in Abrede gestellt⁴.

Weder die verbandspolitisch vertretbaren Verbindungen der Freien Gewerkschaften zu den Präsidialkabinetten Papen und Schleicher noch die kurzsichtige Mitarbeit des ADGB beim »Freiwilligen Arbeitsdienst« oder die verbreitete opportunistische Anpassung an das nationalsozialistische Regime zwischen Januar und Mai 1933 rechtfertigen es, den Gewerkschaften mit Hannes Heer eine präventive Kapitulation vor dem Faschismus zu unterstellen. Ebenso verfehlt wäre es, mit dem gleichen Autor das Verhalten führender ADGB-Funktionäre nach der Machtergreifung als logische Konsequenz derselben reformistischen Illusionen zu sehen, die vorher ihren Niederschlag im Arbeitsbeschaffungsprogramm vom April 1932 gefunden haben sollen. Die Anpassungstaktik nach dem 30. Januar 1933 war kein notwendiges Resultat des gewerkschaftlichen »Pragmatismus«. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm dagegen war die einzig aussichtsreiche offensive Strategie, die der Arbeiterbewegung 1932 noch zur Verfügung stand und mit deren Hilfe sie die Anziehungskraft des Nationalsozialismus hätte schwächen können. Wie die im Juli 1932 veröffentlichten »Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft« zeigen, war das Plädoyer für eine aktive Arbeitsbeschaffungspolitik, auch wenn dieses zunächst auf eine Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinauslief, nicht identisch mit einem Verzicht auf sozialistische Zukunftsperspektiven. Wenn in den »Richtlinien« die »Zwischenschichten«, aus denen sich der Massenanhang des Nationalsozialismus vorwiegend rekrutierte, besonders umworben wurden, dann versuchten die Gewerkschaften gewissermaßen in letzter Stunde etwas nachzuholen, was die Sozialdemokratie allzulang versäumt hatte – und zwar aus der gleichen vulgärmarxistischen Befangenheit heraus, die sie in einen lähmenden Krisenfatalismus hatte verfallen lassen⁵. Die historischen Bedingungen dieses ideolo-

4 *Henryk Skrzypczak*, Fälscher machen Zeitgeschichte. Ein quellenkritischer Beitrag zur Gewerkschaftsgeschichte in der Ära Papen und Schleicher, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 11, 1975, Nr. 4, S. 437–471. Nach Abschluß des Manuskripts erschien noch der Skrzypczaks Ergebnisse voll bestätigende Aufsatz von *Dieter Emig/Rüdiger Zimmermann*, Das Ende einer Legende: Gewerkschaften, Papen und Schleicher. Gefälschte und echte Protokolle, ebda. 12, 1976, Nr. 1, S. 19–43. Das »Protokoll« ist abgedruckt bei *Franz von Papen*, Vom Scheitern einer Demokratie, 1930–1933, Mainz 1968, S. 259, sowie bei *Hannes Heer*, Burgfrieden und Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933, Neuwied 1971, S. 159–161 (die interpretatorische Auswertung: S. 87–89). Zu dem Tagebucheintrag Schäffers, der sich auf Marx als Zeugen beruft, vom 10. 10. 1932: *Michael Wolffsohn*, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland, 1930–1934, Phil. Diss. (MS) Berlin (FU) 1975, S. 108. Das Tagebuch Schäffers befindet sich im Institut für Zeitgeschichte in München.

5 Für *Heer* (S. 76) ist der späte Versuch des ADGB, die Mittelschichten besonders anzusprechen, bezeichnenderweise nichts als Anpassung an nationalsozialistische Demagogie. Vgl. zur Kritik der sozialdemokratischen Mittelstandspolitik: *Heinrich August Winkler*, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 124–127.

gischen Konservatismus hätten eine schärfere Analyse verdient, als Schneider sie anbietet. Ob die Sozialdemokraten, wenn sie sich auf eine antizyklische Politik im Sinne Woytinskys voll und frühzeitig festgelegt hätten, die Regierung Brüning im gleichen Sinn hätten beeinflussen können, ist freilich zweifelhaft⁶. Wäre ihnen dies, wie zu vermuten, nicht gelungen, so hätte sich die Tolerierung des ersten Präsidialkabinetts auf längere Zeit kaum fortsetzen lassen. Aber die Prämissen der Tolerierungspolitik waren ja ohnehin, wie man aus Brünings Memoiren weiß, überaus problematisch. Weder war Brüning der entschiedene Gegner Hitlers, für den ihn die SPD hielt, noch war der Vormarsch des Nationalsozialismus bei einer anderen, offensiveren Politik der Sozialdemokraten unaufhaltsam. Ernest Hamburger hat zwar argumentiert, die Angst vor der Inflation habe in den frühen Dreißigerjahren noch so tief gesessen, »daß selbst eine beschränkte Kreditausweitung im deutschen Volk außer bei den Sachwertbesitzern eine Panik ausgelöst haben würde«⁷. Aber wenn die Nationalsozialisten mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, das über die Vorstellungen des ADGB weit hinausging, im Juli 1932 den größten Wahlerfolg vor ihrer Machtergreifung errangen, ist es schwer einzusehen, warum den Sozialdemokraten vergleichbare Forderungen hätten abträglich sein sollen⁸.

Hypothetische Geschichte ist eine spekulative Wissenschaft. Aber die Frage nach den konkreten Alternativen zu dem, was tatsächlich geschah, ist ein notwendiges Korrektiv zu der Versuchung, Ereignisabläufe im nachhinein als unvermeidbar darzustellen. Michael Schneider hat die Aufmerksamkeit auf jenes Gebiet gelenkt, auf dem es am ehesten noch eine Alternative zum Weg in die »deutsche Katastrophe« gab. Die tieferen Gründe, weshalb diese Alternative nicht ergriffen wurde, liegen in einem historischen Determinismus, der den Blick für die verbliebenen Chancen der Gegenwart verstellte. Dieser Befund aber ist nicht so ausschließlich historisch, als daß sich aus ihm nicht noch für die Gegenwart lernen ließe.

6 Die offizielle Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Brüning, Papen und Schleicher behandelt *Schneider* unter Heranziehung von Archivmaterialien im 4. Kapitel seiner Arbeit (Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 167–213). Vgl. hierzu jetzt auch: *Helmuth Marcon*, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt 1974.

7 *Ernest Hamburger*, Betrachtungen über Heinrich Brünings Memoiren, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 8, 1972, Nr. 15, S. 18–39 (das Zitat: S. 31 f.).

8 Die NSDAP sah in ihrem Sofortprogramm jährliche Ausgaben von 2,4 Milliarden RM für einen Zeitraum von 4 Jahren, insgesamt also 9,6 Milliarden RM vor; der ADGB plante Ausgaben von insgesamt 2 Milliarden RM (*Schneider*, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 153).

Zur Geschichte der israelischen Arbeiterbewegung

Jehuda Slutzki, *Mavo letoldot tenuat haavoda haisraelit*, Am Oved Verlag, Tel-Aviv 1973, 340 S.

Josef Gorani, *Ahdut Haavoda 1919 – 1930 hajesodot haraajonim wehaschita hamedinit*, Verlag der Tel-Aviver Universitäten und des Kibbuz Meuchad, Tel-Aviv 1973, 459 S.

Jehonathan Schapiro, *Ahdut Haavoda hahistorit-ozmato schel irgun politi*, Am Oved Verlag, Tel-Aviv 1975, 252 S.

Peter Y. Medding, *Mapai in Israel. Political Organisation and Government in a New Society*, Cambridge University Press 1972, 324 S.

Die Geschichte der israelischen Arbeiterbewegung, ihre Besonderheiten gegenüber anderen Bewegungen, ihre organisatorische Struktur und ideologischen Probleme – das ist der Gegenstand dieser vier Bücher, die in den vergangenen Jahre erschienen sind und von verschiedenen Betrachtungsweisen aus diese Problematik behandeln.

Eine gut fundierte allgemeine Einleitung in die Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in der Diaspora – von den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts bis 1920, dem Jahr der Gründung der Histadrut in Palästina – bietet das Buch von *Jehuda Slutzki* »Mavo letoldot tenuat haavoda haisraelit« (Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung in Israel). Der Autor unterstreicht, daß, während sich die Arbeiterbewegungen bei anderen Völkern aus einer bereits bestehenden Arbeiterschaft rekrutierten, diese Schicht der Arbeiter bei den Juden erst entstehen mußte. Der erste Träger des Gedankens der Erneuerung der Arbeit bei einem Volk, das seit seinem Leben in der Diaspora primär vom Zwischenhandel lebte, war die jüdische Intelligenz. Sie propagierte die Werte der Arbeit an sich, und die Zionisten verknüpften dies auch mit der nationalen Renaissance in Palästina. Zu Recht betont Slutzki, daß bei den Juden der Terminus »Tenuat haavoda« (Bewegung der Arbeit) angebrachter wäre als der Terminus »Tenuat hapoalim« (Bewegung der Proletarier oder Arbeitnehmer), denn die Arbeitnehmer mußten ja erst geschaffen werden – und hier liegen auch die Wurzeln der Propagierung des Gedankens der Produktivierung, der Hinwendung zur Arbeit als einem Ideal an sich und als Ausweg aus der strukturellen Krise des jüdischen Volkes in der Diaspora.

Diese strukturelle Krise, die oft beklagte »Anormalität«, machte sich vor allem in Osteuropa bemerkbar, war aber auch in Deutschland vorhanden. Im Jahre 1895 lebten 55 % der Juden in Deutschland vom Handel. Ihr prozentualer Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung betrug ca. 1 %, ihr Anteil an der Händlerschicht betrug in Deutschland damals 7,4 %. In diesem Jahr lebten 7,5 % der gesamten deutschen Bevölkerung vom Handel im Gegensatz zu 55 % der jüdischen. Die relativ kleine Zahl der Juden innerhalb der deutschen Bevölkerung ermöglichte es ihnen, daß mehr als die Hälfte der jüdischen Ernährer mehr oder weniger harmonisch in der Kaufmannsschicht Deutschlands »aufgingen«. Anders sah die Situation in Osteuropa aus. In dem polnischen Teil Rußlands machten die

Juden 1897 14,4 % der gesamten Bevölkerung aus und innerhalb der Schicht der vom Handel lebenden 75 % – die meisten waren kleine, arme Händler, Pächter etc. Sie konnten nicht harmonisch innerhalb dieser Schicht »aufgehen«, und als die autochthone Bevölkerung aus ihrer Mitte die fehlende Mittelschicht zu ersetzen begann, wurden die Juden mehr und mehr verdrängt. Hinwendung zur produktiven Arbeit erschien als logische Konsequenz aus dieser Krise. Slutzki beschreibt die notgedrungene Bildung einer Schicht von jüdischem Proletariat und Handwerkern sowie die Aktivitäten der jüdischen Arbeiterparteien innerhalb dieser Schicht – nämlich den antizionistischen Bund, der sich 1897 konstituierte und zunächst Teil der russischen Sozialdemokraten war, sowie die zionistische Bewegung, vor allem aber die Arbeiterparteien innerhalb des Zionismus. Die Ausgangsposition Slutzkis ist klar. Er erkennt durchaus die Verdienste des Bundes an, eine Bewegung, die für Jiddisch als Nationalsprache eintrat und vor allem im Verbleib in der Diaspora und im Kampf für eine soziale Revolution auch das Heil für die Juden suchte. Gleichzeitig macht er auf die Lösungsmöglichkeiten des Zionismus aufmerksam – die Erneuerung der hebräischen Sprache und Bildung einer sozialistischen Gesellschaft in Palästina. Er beschreibt die Entwicklung innerhalb der zionistisch-sozialistischen Parteien in Palästina bis nach dem Ersten Weltkrieg und die Besonderheiten dieser Bewegung im Hinblick auf andere sozialdemokratische Bewegungen.

Der Verfasser des zweiten Buches, *Josef Gorani*, fährt dort fort, wo Slutzki aufhört. 1919 wurde in Palästina die Partei der Achdut Haavoda (Vereinigung der Arbeit) gegründet, deren prominenteste Mitglieder Ben Gurion und Berl Kaznelsohn waren. Diese Partei wurde sehr bald zu dem zentralen Faktor innerhalb der Histadrut (Gewerkschaft) sowie innerhalb des Jischuw – der jüdischen Gemeinde in der vorstaatlichen Zeit, während des britischen Mandats. Als selbständige Partei existierte die Achdut Haavoda bis 1930, als sie sich mit einer anderen Arbeiterpartei, dem Hapoel Hazair, zur Mapai vereinigte. Goranis Untersuchung – Achdut haavoda hajesodot haraajonim wehaschita hamedinit (Achdut haavoda, die ideologischen Prinzipien und das politische System) – ist primär der Ideologie und den Programmen der Achdut Haavoda und ihrem Einfluß auf das Wirken dieser Partei gewidmet. Die Achdut Haavoda vereinigte unterschiedliches Gedankengut in sich; ihre Führer, Ben Gurion, Kaznelsohn und Tabenkin, gingen davon aus, daß in Palästina vor allem eine Einheit zwischen den klassenmäßigen und nationalen Interessen der Arbeiter bestehe, die Träger des Gedankens und der Verwirklichung der nationalen Renaissance würden. Hier manifestierte sich also die Sehnsucht so vieler »links Stehender« oder solcher, die anfangs »links standen«, nach einer Verbindung und gegenseitigen Ergänzung des Zionismus und Sozialismus. Man war nicht bereit, auf irgendeines dieser Elemente zu verzichten, vor allem in den 20er Jahren, als eine fast messianische Sehnsucht nach nationaler und sozialer Erlösung herrschte, wie Gorani mit Scharfblick und Sensibilität zeigt.

Wichtig für das Verständnis der Achdut Haavoda ist der von ihr geprägte Begriff des »konstruktiven Sozialismus«. Im Hintergrund stand die Frage, wie Palästina – in den 20er Jahren eine unterentwickelte britische Kolonie – aufgebaut werden sollte. Die marxistisch orientierten Anhänger Borochovs gingen davon aus, daß das Land nur durch jüdisches Privatkapital aufgebaut werden könne. Die Rolle der sozialistischen Parteien sahen sie zunächst als passiv an. Es galt vorerst nur, den revolutionären Kader aufzubauen, der, sobald Staat und Gesellschaft kapitalisiert und industrialisiert sein würden, die Macht an sich reißen und die sozialistische Revolution verwirklichen sollte. Diese Vorstellungen gewannen innerhalb der kleinen jüdischen Gemeinde Palästinas – wo es kaum Industrie und Arbeiterschaft gab – viele Anhänger. Die Verfechter des »konstruktiven Sozialismus« – allen voran Ben Gurion und Berl Kaznelsohn – gingen von anderen Voraussetzungen aus. Es stimmte zwar, daß das unterentwickelte Palästina für eine Revolution im marxistischen Sinne noch nicht reif war – die Arbeiterparteien konnten, ja sollten jedoch mit dem Aufbau der Gesell-

schaft anfangen und dieser Gesellschaft ihre Prägung geben. Hier liegen die Wurzeln für die so typisch israelische Struktur der Histadrut – einer Gewerkschaft, die auch über eigene Betriebe verfügte. Hier liegt der Anfang der Kooperation und der Aufbauarbeit in den Kibbuzim. Gorani zeigt, wie verworren die ideologischen Vorstellungen innerhalb der Achdut Haavoda von bestimmten Problemen waren. Einerseits erkannte man – theoretisch zumindest – das Prinzip des Klassenkampfes an oder ging zumindest davon aus, daß die Gesellschaft in Klassen aufgeteilt sei, andererseits war man bestrebt, jüdisches Kapital ins Land zu holen. Dies konnte nur bürgerliches Privatkapital sein. Folglich begann man gegenüber dem Gedanken des Klassenkampfes eine relativierende Haltung einzunehmen. Man bejahte aber latent dieses Prinzip, während die andere Arbeiterpartei, der Hapoel Hazair, diesem Prinzip auch theoretisch abschwor. (Hartnäckig weigerte sich der Hapoel Hazair, den 1. Mai zu feiern und die rote Flagge zu hissen). Gorani zeigt, wie pragmatische und utopische Gedanken innerhalb der Achdut Haavoda miteinander rangen. Er analysiert die sehr nationalbetonte Haltung der Partei zur Araberfrage, verbunden mit dem Hang zum Internationalismus (Anfang der 20er Jahre war die Achdut Haavoda bestrebt, in die Dritte Internationale aufgenommen zu werden). Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der Betonung der Ideologie bzw. der Ideologien dieser Parteien. Er führt dem Leser vor Augen, welche gesellschaftlichen Vorstellungen sie besaßen – Vorstellungen, die heute schwer verständlich sind, die aber in den 20er Jahren durchaus als Antwort auf die Herausforderung der Wirklichkeit und Hoffnung auf die Zukunft zu verstehen waren. Gorani selber identifiziert sich mit keiner der Vorstellungen der Achdut Haavoda, die zum Teil sehr utopisch waren und der Notwendigkeit, Kompromisse zu schließen, weichen mußten. Er schreibt über die Achdut Haavoda nicht in einem idealisierenden Ton, zollt ihr jedoch den Respekt, den sie verdient.

Demselben Komplex – nämlich der Achdut Haavoda – ist auch das Buch von *Jehonathan Schapiro* »Achdut Haavoda hahistorit – ozmato schel irgun politi« (Die historische Achdut Haavoda – die Organisation der politischen Macht) gewidmet. Er schreibt allerdings unter ganz anderem Aspekt. Schapiro geht davon aus, daß das Streben nach Macht die zentrale bewegende Kraft des Menschen ist. Folglich will er die Achdut Haavoda nur unter diesem Gesichtspunkt betrachten – die Macht und Herrschsucht ihrer Führer. In der Tat war die Achdut Haavoda in jenen Jahren – also 1919–1930 – die zentrale und bestorganisierte politische Kraft innerhalb der Histadrut und somit auch innerhalb der jüdischen Gemeinde. Schapiro zeigt die Mechanismen und das Anwachsen des Parteiapparates auf sowie die Methoden bei der Ausübung der Macht – vor allem gegenüber anderen jüdischen Parteien. Alles in allem kommt Schapiro zu der Schlußfolgerung, daß in der Achdut Haavoda viele »bolschewistische Elemente« und auch kollektivistisches Gedankengut vorhanden sind. Dies wußte man allerdings zu tarnen und zu verbrämen, um an der Macht zu bleiben. Im krassen Gegensatz zu Gorani charakterisiert Schapiro die Achdut Haavoda durch das Fehlen jeglichen ideologischen Konzeptes und den einzigen Beweggrund ihres Führers, dem Wunsch, an der Macht zu bleiben – soweit man von »jüdischer Macht« in dem von der britischen Verwaltung beherrschten Palästina sprechen konnte. Die Haltung Schapiros ist typisch für die negative Einstellung vieler rechtskonservativer Intellektuellen in Israel gegenüber den Arbeiterparteien, denen man »Bolschewismus« in der Natur und den Methoden ihrer Machtausübung vorwirft. Schapiro hat – möglicherweise zu Recht – die Führer der Achdut Haavoda, Ben Gurion, Kaznelsohn, Tabenkin und andere, »entidealisiert«. Er schießt gleichzeitig aber über das Ziel hinaus. Man kann den Aufbau der israelischen Gewerkschaft und die Institutionen der Gesellschaft nicht nur im Hinblick auf die Herrschsüchtigkeit der Funktionäre der Achdut Haavoda, die ein Betätigungs- und Bestätigungsfeld für sich suchten, erklären. Dahinter verbarg sich mehr, worauf Gorani auch aufmerksam macht: Es waren nationale und soziale Visionen, über deren Inhalt und Motive man sich nicht immer

im Klaren war, Motive aber, die für das Handeln und Wirken der Pioniere der Achdut Haavoda ebenso anspornend wirkten wie die Überlegungen reinen Machtstrebens.

Das vierte Buch, das wir hier besprechen wollen, von *Peter Medding* »Mapai in Israel. Political Organisation and Government in a New Society«, setzt in gewisser Weise Schapiros Untersuchung unter demselben Betrachtungswinkel fort. Meddings Hauptanliegen sind die Struktur, der innere Aufbau und die Entscheidungsmechanismen der Mapai, primär nach der Staatsgründung. Er sieht – völlig zu Recht – in der Mapai die zentrale politische Kraft in Israel. Die Mapai konnte nach der Gründung des Staates die Macht so »reibungslos« ausüben, weil sie bereits in der vorstaatlichen Periode an der Macht beteiligt gewesen war und folglich politische Erfahrung und Reife mitbrachte. Sie vermochte nach der Staatsgründung eine Integrationspartei für verschiedene ethnische Gruppen und Einwanderer zu werden und außerdem ihre Reihen verschiedenen gesellschaftlichen Schichten aufzuschließen, nicht nur Arbeitern, sondern auch Händlern, Handwerkern, Freiberuflern sowie den Bauern des Privatsektors (*tenuat hamoschavim*) neben den Kibbuzim.

Die Schwäche des Buches von Medding liegt darin, daß der Autor die ideologischen Strömungen, Zielvorstellungen und Weltanschauungen der Mapai in dem von ihm behandelten Zeitraum kaum beachtet. Auch bei ihm – ähnlich wie bei Schapiro, obwohl in etwas gemäßigterem Ton – kann man den Eindruck gewinnen oder durchaus zu der Schlußfolgerung kommen, daß das einzige Anliegen der Mapai darin bestand, an der Macht zu bleiben, koste es, was es wolle. Daß die Führer der Mapai um die Macht kämpften und diese auch genossen, kann man gelten lassen; man kann jedoch nicht völlig außer acht lassen, daß sie durch diese Macht gewisse gesellschaftlich-politische Vorstellungen verwirklichen wollten und es auch taten und sich nicht auf utopische Forderungen versteiften.

Faszinierend an dem Buch von Medding ist die Beschreibung der inneren Organisation der Mapai, des Mechanismus der Entscheidungen und der Form, in der die Zielsetzungen formuliert wurden. Medding macht darauf aufmerksam, daß in der Mapai zeitweise ein »inoffizielles« Entscheidungszentrum existiert hat, etwa in Form von »Chaverinu« oder »Shareino«, welches ein »non constitutional top executive body« war. Dort und nicht in der dafür vorgesehenen Parteikonferenz (*weidat hamiflaga*) wurden Entscheidungen formuliert und eigentlich auch getroffen. Die Parteikonferenz blieb aber letztlich das wichtigste Gremium, und die Spaltung 1965 ist nur dadurch erklärbar, daß die Mehrheit auf dieser Konferenz Ben Gurion nicht folgte, der deshalb die Partei verließ und die Rafi gründete. Das, worauf Medding in seiner Beschreibung dieses Phänomens aufmerksam machen will, ist sicherlich nicht nur für die Mapai zutreffend. Er macht auf das Phänomen aufmerksam, daß in einer Partei ein »inoffizielles« Entscheidungszentrum ohne institutionelle Legitimation sich bildete. Dies kann, wie der Fall der Mapai zeigt, nur bedingt gut funktionieren und hängt von Zufällen ab, oft aber von der charismatischen Persönlichkeit eines Führers. Dieser muß aber auch charismatisch genug sein, um gewissermaßen das legale Entscheidungsgremium quasi auf natürliche Weise zu erübrigen. Berl Kaznelsohn, Ben Gurion und Golda Meir in der Mapai besaßen zeitweise diese charismatische Autorität, und durch ein »unverbindliches Geplauder« mit ihnen bei einem Glase Tee oder in der Küche konnte man mehr Dinge in Bewegung setzen, als die dafür offiziell vorgesehenen Institutionen es vermochten. Dieses System mit seinen ungeschriebenen Gesetzen und Regeln, sagt Medding, hat seine Vorzüge und Nachteile, ist alles in allem aber nicht empfehlenswert.

Ein anderer Punkt, auf den er aufmerksam macht und der nicht nur für die Mapai seine Gültigkeit haben dürfte, sind die veränderten Beziehungen zwischen sozialdemokratischer Partei, die die Opposition verläßt und in die Regierung eintritt, und den Gewerkschaften. Eine regierende sozialdemokratische Partei entwickelt in der Regel andere Konzeptionen und Betrachtungsweisen als in Zeiten, in denen sie primär innerhalb der Gewerkschaften tätig ist. Das ist auch verständlich, denn die Funktionen und die Verantwortung der regie-

renden Partei gelten gegenüber dem ganzen Volk, während die Gewerkschaften in der pluralistischen Gesellschaft die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen. Medding betont, daß die Mapai in der vorstaatlichen Zeit mehr Verbundenheit mit der Gewerkschaft – Histadrut – gezeigt hat, als sie es als Regierungspartei tut. Etwas distanziert stellt Medding das Konzept der Mamlachtijut, der Staatlichkeit, Ben Gurions dar, ein Konzept, welches den Ministerpräsidenten Ben Gurion in scharfe Auseinandersetzungen mit der Histadrut, deren ehemaliger Generalsekretär er immerhin 15 Jahre lang gewesen ist, brachte.

Meddings Buch ist trotz gewisser Mängel und des etwas zu engen Blickwinkels der Aktivität der Mapai eines der fundiertesten, die in englischer Sprache über die Arbeiterpartei Israels geschrieben wurden. Es zeugt, wie im Grunde alle 4 in dieser Rezension erwähnten Bücher, von Kenntnisreichtum und Scharfsinn. Alle diese Bücher vermögen, jedes auf seine Art, die Geschichte der Arbeiterpartei Israels und ihre Problematik – sei sie organisatorischer oder ideologischer Art – darzustellen. Es wäre sehr zu empfehlen, wenn zumindest das Buch von Slutzki als gute, brauchbare Einleitung zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung ins Deutsche übersetzt würde und somit einer breiteren Leserschaft in der Bundesrepublik zugänglich gemacht würde.

Adolf Hitler: Möglichkeiten seiner Deutung II

Werner Maser, Adolf Hitler. Legende – Mythos – Wirklichkeit, 6. vom Autor (durch Eva Brauns Tagebuch) erg. Aufl., Bechtle Verlag, München/Eßlingen 1974, 628 S., Ln., 39,80 DM.

Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Propyläen Verlag, Berlin 1973, 1190 S., Ln., 38 DM.

Colin Cross, Adolf Hitler, Coronet Books Hodder Paperbacks Ltd., London 1974, 416 S., kart., 3.75 £.

Helm Stierlin, Adolf Hitler. Familienperspektiven. Mit einem Vorwort von Alexander Mitscherlich (= suhrkamp taschenbuch 236), Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1975, 187 S., kart., 6 DM.

David L. Hoggan, Der unnötige Krieg. 1939–1945. »Germany must perish.« (= Veröffentlichungen des Institutes für Deutsche Nachkriegsgeschichte, Bd. VII), Grabert-Verlag, Tübingen 1974, XIV, 628 S., Ln., 45 DM.

Wolfgang Hammer, Adolf Hitler – ein deutscher Messias? Dialog mit dem »Führer« (I): Geschichtliche Aspekte, Delp'sche Verlagsbuchhandlung, München 1970, 250 S., Ln., 24 DM.

Wolfgang Hammer, Adolf Hitler – der Tyrann und die Völker. Dialog mit dem »Führer« (II): Politische Aspekte, Delp'sche Verlagsbuchhandlung, München 1972, 291 S., Ln., 28 DM.

Hermann Rauschnig, Gespräche mit Hitler, Europa Verlag, Zürich 1940, Lizenzausg.: Europa Verlag, Wien 1973, 280 S., Ln., 24 DM.

Theodor Schieder, Hermann Rauschnings »Gespräche mit Hitler« als Geschichtsquelle (= Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 178), Westdeutscher Verlag, Opladen 1972, 91 S., kart., 11,70 DM.

»Eine wirklich gute Biographie gehört zu den allerschwierigsten Aufgaben, die einem Historiker gestellt werden können. Die Verbindung herzustellen zwischen der familien-geschichtlichen Abstammung und der geistesgeschichtlichen Herkunft, zwischen dem, was die geschilderte Persönlichkeit seiner [!] Umwelt (Gesellschaft, Familie, Schule, Zeitströmung, Nation) schuldet, und dem, was die Umwelt ihr verdankt, stellt an die Darstellungskraft des Biographen die höchsten Anforderungen. Zu alledem kommt noch, daß der Biograph jene Persönlichkeit auf ihrem Werdegang begleiten muß, daß er sie abzuzeichnen hat nicht als etwas Fertiges, sondern als ein Werdendes«¹. Mit diesen Worten umschrieb der österreichische Historiker Wilhelm Bauer zu Beginn des 20. Jahrhunderts die mannigfachen Voraussetzungen, Fähigkeiten und Kenntnisse, über die der Verfasser einer Lebensbeschreibung verfügen sollte. Vor dem Hintergrund der besonders in den letzten Jahren auflebenden und zum Teil engagiert geführten wissenschaftstheoretisch-methodolo-

¹ Wilhelm Bauer, Einführung in das Studium der Geschichte, 2. verb. Aufl., Unv. Nachdr., Frankfurt 1961, S. 130.

gischen Diskussion über Grundlagen der Geschichtswissenschaft, die das Genus »Biographie« und damit »Überlegungen zu einer unschuldigen Gattung«² nicht aussparte, hat diese Feststellung an Gewicht nur noch gewonnen. Und wenn Bauer präzisierend des weiteren bemerkt, Aufgabe des Biographen sei es, die Schicksale und Eigenschaften der von ihm behandelten Persönlichkeit ins richtige Verhältnis zu setzen zu den Zuständen, zu den wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen oder künstlerischen Verhältnissen der Zeit, aus der jene Persönlichkeit hervorgegangen ist³, so skizziert er damit Schwierigkeiten, die auch heute aufgegeben sind. An diesen Postulaten wird besonders eine Hitler-Biographie gemessen werden müssen; denn vornehmlich Aufstieg, Wirken und Ende eines so schwer zugänglichen und bis heute in wesentlichen Aspekten noch immer nur bedingt deutbaren Politikers wie Adolf Hitler können nicht beziehungslos gesehen werden; sie müssen vielmehr in den vieldimensionierten sozialen, ökonomischen und politischen Geschehens- und Erfahrungshorizont seiner Zeit, d. h. in komplexe und übergreifende Entwicklungsprozesse und Wirkungszusammenhänge, eingebettet werden, um angemessen erklärt werden zu können.

Freilich ist das kein leichtes Unterfangen: einmal das Leben einer historischen Singularität und Individualität nach Motiven, Handlungen, Willensakten und Wirkungen zu beschreiben und zum anderen die Grenzen ihres persönlichen Agierens zu überschreiten und damit jenes vielgestaltige Kräftefeld zu fassen und zu analysieren, in das sie eingebunden ist und innerhalb dessen sie sich entfaltet. Mit anderen Worten: Im Idealfall spiegelt die Biographie des geschichtsmächtigen Einzelnen zugleich das Allgemeine der Epoche.

Mit der allgemeinen Geschichte des Nationalsozialismus hat sich die Historiographie inner- und außerhalb Deutschlands in den vergangenen Jahrzehnten unter den verschiedensten Blickwinkeln und sich stets wandelnden spezifischen Fragestellungen eingehend auseinandergesetzt; dagegen existieren bis heute nur relativ wenige biographische Essays und Lebensbeschreibungen über Adolf Hitler, das Schlüsselphänomen der deutschen Politik zwischen 1933 und 1945. Zu den Gründen hierfür zählen: 1. eine bestimmte Befangenheit, die die ältere Generation wohl gegenüber diesem Untersuchungsgegenstand entfaltete; 2. die nach 1945 einsetzende und insbesondere in den letzten Jahren wieder aufgenommene und intensiv fortgeführte Kritik⁴ an der Biographie als Form der Geschichtsschreibung und 3., eng verbunden damit, die vor allem in neuerer Zeit weithin verfochtene, in erster Linie sozialwissenschaftlich orientierte Auffassung, Personen spielten im Geschichtsprozeß eine nur sekundäre, untergeordnete Rolle; entscheidend seien vielmehr die den historischen Prozeß letztlich bestimmenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte und Verhältnisse. Deren Analyse nämlich setze mehr Erklärungskraft frei und könne insofern auch mehr für die Transparenz der Historie leisten als eine im Vordergrund verharrende individuell-personale Geschichtsschreibung. So besteht im ganzen gesehen in Forschung und Lehre mittlerweile ein weitreichender Konsensus darüber, daß Biographien heute und in der Zukunft aus einer Reihe hier nicht weiter zu erörternder Gründe kaum mehr in der Form geschrieben werden können, wie sie im 19. Jahrhundert üblich war. Denn während bisher die große historische Persönlichkeit im Vordergrund gestanden habe, so beschreibt Fritz Fischer⁵ den tiefgreifenden Wandel der Anschauungen, sei heute das historische Interesse betont den übergreifenden ökonomi-

2 Jürgen Oelkers, Biographik — Überlegungen zu einer unschuldigen Gattung, in: NPL 19, 1974, S. 296.

3 Bauer, S. 129.

4 Vgl. Anm. 2; Hans-Ulrich Wehler, Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse, in: *Geschichte und Psychoanalyse*, hrsg. von H.-U. Wehler, Frankfurt/Berlin/Wien 1974, S. 7 ff.

5 Fritz Fischer, Aufgaben und Methoden der Geschichtswissenschaft, in: *Geschichtsschreibung. Epochen, Methoden, Gestalten*, hrsg. von Jürgen Scheschkewitz, Düsseldorf 1968, S. 17.

schen, sozialen, institutionellen und geistigen Faktoren zugewandt. Oder mit den Worten Theodor Schieders, der freilich nicht die Bedeutung des personalen Elements verkennt: »Die Frage nach den typischen Abläufen des Geschichtsprozesses ist heute in einem gewissen Sinne an die Stelle getreten, die vor einem Jahrhundert das Individualitätsprinzip eingenommen hat«⁶.

In Anbetracht dieses hier lediglich angedeuteten Diskussionsstandes nimmt der Leser mit gespanntem Interesse zwei neue Veröffentlichungen zum »widerlichen Gegenstand«⁷ in die Hand: die Hitler-Biographien von *Werner Maser* und *Joachim C. Fests*⁸; ihnen voraus gingen andere zeitgeschichtliche Bemühungen, Leben und Wirken des »Führers der NSDAP«, des »großen Karrieristen der deutschen Politik«⁹, biographisch zu objektivieren. Denn nicht erst seit seinem Tode wurde viel über ihn geschrieben. Seit er sich im Juli 1921¹⁰ zum unumschränkten Führer der NSDAP gemacht hatte – sie war aus der 1919 entstandenen Deutschen Arbeiter Partei (DAP) hervorgegangen –, äußerten sich zuerst die bayerischen Zeitungen über ihn. Die Berichte, Betrachtungen und Darstellungen gingen über knappe Kritiken, Glossen und Polemiken jedoch nicht hinaus. Biographische Studien entstanden erst, nachdem Hitler eine Rolle in der Öffentlichkeit spielte, d. h. vor allen Dingen nach dem gescheiterten »Hitler-Putsch« vom 8./9. November 1923, dem »wichtigsten Wendepunkt in der Entwicklung des Nationalsozialismus vor der Machtergreifung«¹¹, und dem dann folgenden Hitler-Prozeß. Von nationalsozialistischer Seite wurden bereits früh biographische Hinweise veröffentlicht. Im Grunde handelte es sich dabei ausschließlich um propagandistisch stilisierte, idealisierende Schilderungen und panegyrische Überhöhungen, wofür die Bücher von Philipp Bouhler¹² und Johann Leers¹³ beispielhaft waren. Frühe Arbeiten schrieben auch Theodor Heuss¹⁴, Rudolf Olden¹⁵ und Konrad Heiden¹⁶, dem die Hitler-Forschung sehr verpflichtet ist¹⁷ und dessen lesenswerte Studien, wenngleich auch in vielen Einzelheiten überholt, »durch die Kühnheit der Fragestellungen und die Freiheit des Urteils noch heute beispielhaft«¹⁸ sind.

6 Theodor Schieder zit. bei Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, München 1971, S. 351.

7 Golo Mann, Hitler – zum letzten Mal? Zu Joachim C. Fests großer Biographie, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 237 vom 13./14. Okt. 1973, S. 111.

8 Nach Auskunft des Verfassers erscheint die Fest-Biographie im Herbst 1976 als zweibändiges Taschenbuch in vollem Textumfang. Bd. 1 trägt den Titel »Der Aufstieg«, Bd. 2 »Der Führer«.

9 Konrad Heiden, Adolf Hitler. Ein Mann gegen Europa. Eine Biographie, Bd. II, Zürich 1937, S. 20.

10 Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/Bonn 1965, S. 266 ff.; Albrecht Tyrell, Vom »Trommler« zum »Führer«. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 132 ff.; Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933), Düsseldorf 1972, S. 45 ff.

11 Wolfgang Horn, Zur Geschichte und Struktur des Nationalsozialismus und der NSDAP. Eine endgültige Hitler-Biographie? In: NPL 18, 1973, S. 201.

12 Philipp Bouhler, Kampf um Deutschland, München 1938.

13 Johann Leers, Adolf Hitler, Leipzig 1932.

14 Theodor Heuss, Hitlers Weg. Eine Schrift aus dem Jahre 1932. Neu hrsg. und mit einer Einleitung vers. von Eberhard Jäckel, Tübingen 1968.

15 Rudolf Olden, Hitler the Pawn, London 1936.

16 Konrad Heiden, Adolf Hitler. Eine Biographie, 2 Bde., Zürich 1936/37.

17 Nach Werner Maser bezeichnete Heiden seine Arbeiten über Hitler und den Nationalsozialismus als sein eigentliches Lebenswerk. Er war einer der wichtigsten Hitler-Biographen. »Bis 1965, als erstmals wesentliche Dokumente ausgewertet wurden, die ihm nicht zur Verfügung gestanden hatten, dienten H.s Publikationen als (oft allerdings verschwiegene) Quelle und Grundlage für alle Hitler-Biographien und Darstellungen des Nationalsozialismus im In- und Ausland« (Werner Maser in: Neue Deutsche Biographie 1969, Stichwort »Heiden«)

18 Fest, S. 1045.

Nach 1945 erschienen die Veröffentlichung von Walter Görlitz und Herbert Quint¹⁹ und die grundlegende, abgewogene Gesamtstudie Alan Bullocks²⁰, ferner die Untersuchungen von Helmut Heiber²¹ und Hans Bernd Gisevius²², der umstrittene Beitrag des Amerikaners William L. Shirer²³ sowie die biographische Skizze Ernst Deuerleins²⁴.

Werner Masers umfangreiches Buch nun setzt sich ungemein detailliert mit der Abstammung und Entwicklung, der Weltanschauung, der Herrschaft und dem Untergang Hitlers auseinander. Maser unterzog sich der mühe- und verdienstvollen Aufgabe, inner- und außerhalb Deutschlands neue Quellen aufzuspüren und mit bemerkenswerter Akribie allen Spuren nachzugehen, die unbekanntes Material erhoffen ließen. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Denn für seine Hitler-Biographie konnte er Dokumente auswerten, die damit erstmals der Forschung zugänglich gemacht wurden. Dazu gehören vor allem die umfangreichen Unterlagen der Ärzte Hitlers (Prof. Morell, Dr. Giesing u. a.) und Belege über Diagnosen; ferner Nachlässe und Dokumente, die in Hitlers Familie keine Beachtung gefunden hatten; hinzu kommen handschriftliche Briefe und Notizen Hitlers, amtliche Urkunden, Schreiben mit Urkundenwert und Kirchenbücher. Getragen waren diese Bemühungen wohl von der Absicht, alle zum Teil mühsam eruierten Fakten in das Buch einfließen zu lassen, mit dem Ziel, punktuelle Richtigstellungen am Hitler-Bild vorzunehmen. In der Tat setzte Maser damit manchen neuen Akzent. Seine Analyse zum Beispiel der Entstehung des Hitlerschen Antisemitismus ergibt, daß dieser auf einem eigenwillig einseitigen Literaturstudium beruht, aber auch Maser muß letztlich bekennen: »Trotz aller Detailkenntnisse ist die Ursache für Hitlers Antisemitismus nicht restlos klärbar. Weder die Auswertung seiner Krankengeschichte, aller geschichtlichen Fakten, Dokumente, geistesgeschichtlichen Einzelheiten und Zusammenhänge noch die psychologischen und psychiatrischen Schlußfolgerungen reichen aus, dieses Phänomen lückenlos und schlüssig zu ergründen«²⁵. Hitler war bis zum Untergang seines Reiches konsequent antisemitisch²⁶. Während er gegen Ende seines Lebens unter dem Eindruck der Wirklichkeit doch noch manche seiner übrigen Auffassungen korrigierte – so beispielsweise die von ihm Zeit seines Lebens verbreitete Vorstellung über die Völker des Ostens –, verharnte er unversöhnlich bis kurz vor seinem Tode in der Verdammung der Juden²⁷. Noch in seinem Testament verpflichtete er die »Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum«²⁸. Immer wieder hatten politische Gegner des fanatischen Antisemiten Hitler zu beweisen versucht, daß er selbst jüdische Vorfahren habe. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte er nach den strengen Forderungen des NSDAP-Programms selbst niemals ein öffentliches Amt ausüben dürfen. Belege für seine jüdische Abstammung existieren jedoch nicht; vielmehr ist Hitler nach Masers umfangreichen genealogischen Erhebungen – er nennt über 250 Vorfahren – das »Produkt einer dichten Inzucht«²⁹.

19 Walter Görlitz/Herbert Quint, Adolf Hitler. Eine Biographie, Stuttgart 1952.

20 Alan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1953.

21 Helmut Heiber, Adolf Hitler. Eine Biographie, Berlin 1960.

22 Hans Bernd Gisevius, Adolf Hitler. Eine Biographie. Versuch einer Deutung, München 1963.

23 William L. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, 2 Bde., München/Zürich 1963.

24 Ernst Deuerlein, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969.

25 Maser, Hitler, S. 263.

26 Jürgen Mohr setzte sich mit dieser Problematik in seiner unveröffentlichten Diplomarbeit: Der Antisemitismus und sein Einfluß auf Adolf Hitler. Ein Beitrag zur Ideologie und Außenpolitik des Nationalsozialismus, Mannheim 1975, auseinander.

27 Dazu zentral: Andreas Hillgruber, Die »Endlösung« und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: VfZG 20, 1972, S. 133 ff.

28 Maser, Hitler, S. 266.

29 Ebd., S. 34.

In seinem Verhältnis zur Geschichte und ihrer Deutung weist der Autor dem »Führer« zahlreiche verfälschende Geschichtsauslegungen und zweckgebundene Geschichtsklitterung nach. Hitlers Geschichtsverständnis, »das er als objektives Spiegelbild der Wirklichkeit ansah, trug stark verzerrte, ohne Rücksicht auf anerkannte Forschungsergebnisse individuell und eigenwillig gewaltsam akzentuierte Züge«³⁰. Masers Ausführungen zur »geistigen Welt« und zum Charakter Adolf Hitlers bewegen sich weithin im allgemeinen; dagegen bezieht er eine feste Position in einer Sphäre, die für die Beurteilung von Hitlers politischen und strategischen Entscheidungen von Bedeutung ist: Hitler — so betont der Verfasser — war schon früh ein unheilbar kranker Mensch, der nach 1942 nur noch wenig mit dem Mann zu tun hatte, an den viele Deutsche bis zum bitteren Ende glaubten. Er erkannte schon 1941, daß er den Krieg verloren hatte, und ließ auf Kosten des deutschen Volkes und seiner Verbündeten nur weiterkämpfen, um sein eigenes Leben so lange wie möglich zu verlängern. Nicht wenige Entscheidungen des Politikers und speziell des Feldherrn Hitler sieht Maser demnach in engem Zusammenhang mit dessen Krankheit³¹. Er trägt zweifellos in seiner Biographie — wie auch in der »Frühgeschichte der NSDAP«³² — durch manche Korrektur bisher ungeprüft übernommener Details und Zusammenhänge zur Entzerrung, zur Verfeinerung und damit zur Objektivierung des Hitler-Bildes merklich bei, wengleich auch allein dadurch die Hitler-Forschung nicht auf neue Fundamente gestellt werden kann. Doch neben durchaus interessanten und verlässlichen, die Forschung anregenden und bereichernden Informationen und Fakten über Hitlers Abstammung, seine Jugendzeit, vermutete Beziehungen zu Frauen, über Krankheiten, Tod und vieles andere findet sich auf nicht wenigen Seiten des Buches eine Fülle von belanglosen und nebensächlichen personenkundlichen Einzelheiten, in die sich der Autor mit unverkennbarer Liebe und überzogener Aufmerksamkeit versenkt, die aber keine historische Kausalität begründen können. Die Folge solcher Akzentuierung ist, daß er den Hintergrund, vor dem die historische Persönlichkeit Hitler agiert, — im ganzen gesehen — zu spärlich ausleuchtet, so daß die sozialpsychologische, wirtschaftliche und auch politische Dimension weithin ausgeklammert bleibt. Äußerst bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß sich Maser erst unter dem Druck der Fachkritik genötigt sah, in die 5. Auflage ein Kapitel unter dem Titel »Der Politiker« aufzunehmen, ohne es jedoch in die Gesamtdarstellung einfügen zu können. So sehr lebt Masers Werk aus der Menge und Dichte angehäufter Einzelheiten, daß letztlich das Individual-Biographische in Darstellung und Beschreibung durchgängig dominiert. Anders formuliert: Die Einordnung und Integration einer großen Zahl minutiös registrierter Details aus Hitlers Leben zu farbiger, kraftvoller und plausibler Zusammenschau und damit der Sprung vom Partikularen zum Allgemeinen gelingt in der Biographie nur in eng begrenztem Maße. Für Maser steht der Mensch, das individuelle Phänomen, im Brennpunkt des historischen Interesses. Er isoliert dadurch die historische Figur Hitler erheblich von zeitgebundenen Bedingungen und entzieht sich somit weitgehend der freilich nicht leichten, ja vielleicht für einen einzelnen unlösbaren Aufgabe³³, das komplizierte Beziehungsgefüge und dialektische Verhältnis geschichtsbeeinflussender und geschichtsbestimmender Faktoren aufzudecken und zu untersuchen. Jedoch kann erst deren Erhellung verdeutlichen helfen, unter welchen allgemeinen Voraussetzungen der Nationalsozialismus seine Durchsetzungskraft gewinnen und unter welchen spezifischen Interessenkonstellationen Hitler zum »Führer« des deutschen Volkes

30 *Ebda.*, S. 229.

31 *Ebda.*, S. 370 ff.

32 Vgl. Anm. 10; jetzt in revidierter Neuauflage: *Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP*, Stuttgart 1973.

33 Vgl. hierzu *Hermann Graml*, Probleme einer Hitler-Biographie. Kritische Bemerkungen zu Joachim C. Fest, in: *VfZG* 22, 1974, S. 76 ff.

werden konnte. Denn komplizierte historische Abläufe lassen sich nicht ursächlich allein aus individueller Motivation, Konstitution, Charakter, Rolle und psychischen Konflikten, aus Gedanken und Aktionen des handelnden Politikers erklären. Mannigfaltige Phänomene reduzieren sich nämlich in dieser – monoperspektivischen Weise – auf Wollen und Wirken des bedeutenden Einzelnen. Dies gleicht in weiten Passagen einer sicher nicht beabsichtigten Aufwertung des subjektiven Faktors zur entscheidenden Triebkraft in der Geschichte des Nationalsozialismus und manifestiert historiographisch und methodisch einen Rückfall in die frühe Phase der Hitler-Forschung, in den Hitlerismus, einmal ganz abgesehen von den fragwürdigen politischen Implikationen solcher Deutungsbehelfe. Das im wesentlichen von der omnipotenten Mittelpunktfigur her geschriebene detaildurchwirkte Buch verstärkt somit das Unbehagen an einer Methode, die schon längere Zeit ins Zwielficht geraten ist: das Unbehagen am herkömmlichen Ansatz, an der Treitschke-Perspektivik »Männer machen die Geschichte«.

Masers Buch regte erneut die Diskussion darüber an, ob die Biographie noch als zu akzeptierende Darstellungsform der Geschichtsschreibung betrachtet werden kann. Das Urteil hierüber bewegt sich zwischen vollständiger Ablehnung einerseits und der Auffassung, Biographie sei weiterhin die genuine und einzig adäquate Darstellungsform des Historikers, auf der anderen Seite³⁴. Zu dieser Problematik äußert sich der Verfasser selbst nicht. Sehr im Unterschied zu Joachim C. Fest nimmt Maser weder zur aktuellen Diskussion über Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen biographischer Geschichtsschreibung und Fragestellung in der Gegenwart Stellung, noch geht er mit einem Wort auf Konzeption und methodischen Ansatz seiner Lebensbeschreibung ein. Engagierte Reflexion hätte hier aber gelohnt, denn es »mangelt [...] zur Zeit der Biographie an einem unbezweifelten sicheren Fundament«³⁵; deshalb bleibt sie, so Hans-Ulrich Wehler, oft in einer positivistischen Stoffbewältigung und narrativen Ereignisgeschichte stecken. Anstelle methodologischer Erwägungen findet sich demgegenüber im Vorwort lediglich die ebenso frappante wie provozierende, einen hohen Anspruch erhebende, inhaltsschwere Feststellung: »Das Leben Adolf Hitlers ist nunmehr lückenlos nachzeichnenbar«³⁶. Dies freilich ist weder jemals möglich, noch scheint ein solches Vorhaben aus gewichtigen Gründen sinnvoll zu sein³⁷. Denn: zum einen wurden »ungezählte Fakten [...] überhaupt keinem Papier anvertraut. Teils wünschte man sie nicht zu dokumentieren, teils hätten sie, wenn sie aufgezeichnet worden wären, viele Menschen unabsehbaren Gefahren ausgesetzt«³⁸. Zum anderen verbliebe selbst bei – angenommener – »absoluter« Faktendichte dem Historiker die entscheidende Aufgabe, den historiographischen »Stellenwert« solcher Einzelheiten auszuloten, Relevantes von Entbehrlichem zu sondern und durch sinnstiftende Interpretation und adäquate Durchdringung der Materialien zur historischen Erkenntnis zu kommen. So verwischen sich die Grenzen zwischen oft menschlich Interessantem und im strengen Sinne politisch Bedeutsamem und verwehren so vertiefte Einsicht. »Lückenlose« Faktensammlung und Faktendarbietung allein vermögen Stringenz und Plausibilität historisch-politischer Auslegung und Synthese nicht zu ersetzen, denn historische Fakten sind nie objektiv vorgegeben, vermitteln allein nicht unbedingt historische Einsicht.

So kristallisiert sich folgender Gesamteindruck: In seinem materialreichen Buch favorisiert Maser die an die Einzelpersönlichkeit gebundene Historiographie. Der Überdehnung des

34 Vgl. den interessanten Aspekt des Buchmarktes »Der Biographien-Boom«, in: *Der Spiegel*, Nr. 18, Jg. 30, 1976, S. 190 ff.

35 Wehler, a. a. O., S. 13.

36 Maser, Hitler, S. 8.

37 *Alfred Stern*, *Geschichtsphilosophie und Wertproblem*, München/Basel 1967, passim; *Edward Hallett Carr*, *Was ist Geschichte?* Stuttgart 1963, passim.

38 *Bodo Scheurig*, *Einführung in die Zeitgeschichte*, 2. überarb. und erg. Aufl., Berlin 1970, S. 36.

Biographisch-Singulären steht eine gravierende Vernachlässigung der vorgegebenen allgemeinen Kräfte und umschließenden Tendenzen gegenüber, die den individuellen Entscheidungsraum des historischen Akteurs einengen, sein Handeln eingrenzen und damit relativieren. Beide Elemente zusammen aber in enger, proportionsgerechter, wechselseitiger Kausalverflechtung konstituieren erst die Gattung der historisch-politischen Biographie. Tieferliegende Ursachen für Aufstieg und Entfaltung, Erscheinungsformen, historische Wirksamkeit und politische Konsequenzen des deutschen »Faschismus« werden nur bedingt beschrieben und gedeutet. Auf zentrale noch unbeantwortete, die Hitler-Forschung bewegende Fragen und offene Grundprobleme der Interpretation³⁹ geht der Verfasser nur relativ kurz ein. So versucht er beispielsweise nicht, Hitler einen Platz in der preußisch-deutschen Geschichte zuzuweisen. Das Werk, das sowohl unter einem Defizit an biographie-theoretischer Diskussion, an Funktionszusammenhängen und strukturellen Momenten wie auch an adäquater systematisierter Fragestellung und historischer Perspektive sowie an politischer Tiefendimension leidet, vermag daher aus diesen und anderen Gründen — ungeachtet der erwähnten keineswegs gering einzuschätzenden Verdienste um die biographische Entmythologisierung des nationalsozialistischen Massenführers im einzelnen — zu einer neuen Gesamtperspektive zum Phänomen »Nationalsozialismus« nicht vorzudringen. Unbeschadet dieser Einwände ist im Blick auf Masers Hitler-Biographie einer Anmerkung Reinhard Wittrams zuzustimmen: »Der Geschichtsverlauf ist so komplex, daß keine einzige Methode ihm ganz gerecht wird. Im Rückblick wird man sagen müssen, daß auch einseitige Richtungen, sofern sie von der Strenge des wissenschaftlichen Verfahrens nicht abwichen, Erträge gebracht haben, die im Fundus der Forschung aufgegangen sind«⁴⁰.

Bevor *Joachim C. Fest* seine 1190 Seiten starke Hitler-Biographie veröffentlichte, schrieb er »Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft« (1963), das als eine Art Vorstudie zu seinem großen Werk betrachtet werden kann, in der er die Frage nach dem Typus des totalitär disponierten Menschen stellte. Die vorliegende Arbeit gliedert sich in acht Bücher. Zwischen ihnen und den Kapiteln finden sich zeitlich übergreifende Zwischenbetrachtungen und ausführliche Exkurse, die Hitler in die allgemeine Geschichte einzubetten versuchen. Eine Vorbetrachtung zum Thema »Hitler und die historische Größe« und der Schlußteil »Die Unfähigkeit zu überleben« umschließen den Gesamttext. Fest demonstriert Problembewußtsein, indem er einleitend nach dem historiographischen Stellenwert der umstrittenen Gattung »Biographie« fragt⁴¹. Streng genommen setze die personalisierende Geschichtsschreibung nur die Tradition der alten Hof- und Huldigungsliteratur fort, so resümiert der Autor die gegenüber der Lebensbeschreibung in den vergangenen Jahren insbesondere von sozialwissenschaftlichen Disziplinen teils vehement artikulierte Kritik. Hinzu komme, daß Hitler in seiner individuellen Eigenart tatsächlich nur mühsam unser Interesse mobilisieren könne; denn: »Die Person bleibt über die Jahre hin merkwürdig blaß und ausdruckslos«⁴². Erst im Kontakt mit der Epoche gewinne sie Spannung und Faszination. »Hitlers Leben«, so begründet Fest plausibel sein Vorhaben, »lohnte denn auch die Beschreibung und Interpretation kaum, wenn nicht überpersönliche Tendenzen oder Verhältnisse darin zum Vorschein kämen, und seine Biographie nicht stets auch ein Stück Biographie der Epoche wäre. Daß sie es ist, setzt ihre Darstellung gegen alle Einwände ins Recht«⁴³.

39 *Klaus Hildebrand* über Ernst Deuerlein, in: MGM 12, 1972, S. 225 ff.

40 *Reinhard Wittram*, Anspruch und Fragwürdigkeit der Geschichte. Sechs Vorlesungen zur Methodik der Geschichtswissenschaft und zur Ortsbestimmung der Historie, Göttingen 1969, S. 59.

41 *Fest*, S. 17 ff.

42 *Ebda.*, S. 21.

43 *Ebda.*

So ist sich Fest bewußt, daß eine individuenzentrierte, daher blickverkürzende Darstellung angesichts des erreichten Forschungsstandes weniger denn je befriedigen kann. Er schrieb daher nicht nur die Lebensgeschichte Hitlers, sondern setzte dieses Leben – was freilich viel schwieriger ist als eine vornehmlich individualbiographische Objektivierung – in Beziehung zu dem vielschichtigen Kräftefeld der Weimarer Republik, des nationalsozialistischen Staates und der internationalen Politik. So überschreitet das Festsche opus magnum jene engen Grenzen personengebundener Darstellung und wächst in größeren Passagen zur historisch-politischen Biographie aus. Dabei reflektiert er des öfteren über das Verhältnis des Individuellen zum Allgemeinen in der Historie und ist von daher spürbar bemüht, Hitler, den er als Figur der deutschen sozialen Revolutionsgeschichte, als eine den politischen und gesellschaftlichen Emanzipationsprozeß radikal beschleunigende Kraft begreift, nicht von den großen geistigen Themen, sozialen Zusammenhängen und den politisch-ökonomischen Entwicklungs- und Wirkungsbedingungen seiner Zeit zu isolieren. Nach Fest entfaltete sich Hitler vor einem dichten Muster objektiver Faktoren, die ihn prägten, förderten, vorantrieben und mitunter auch aufhielten⁴⁴. Zu diesen überindividuellen Prämissen und Einflüssen rechnet der Verfasser das romantische deutsche Politikverständnis wie das eigentümlich unmutige »Grau« über der Weimarer Republik, die nationale Deklassierung durch den Versailler Vertrag und die zweifache soziale Deklassierung breiter Schichten durch Inflation und Weltwirtschaftskrise. Außerdem erwähnt er die Schwäche der demokratischen Tradition in Deutschland und die Schrecken der kommunistischen Revolutionsdrohung; hinzu kommen das Kriegserlebnis und die Fehlrechnungen eines unsicher gewordenen Konservatismus; und endlich sind in diesem sozialen und politischen Ursachenspektrum die verbreiteten Ängste im Übergang von einer vertrauten in eine neue, noch ungewisse Ordnung zu nennen. »Als der Vereinigungspunkt so vieler Sehnsüchte, Ängste und Ressentiments ist Hitler zu einer Figur der Geschichte geworden«⁴⁵. Was geschehen sei, so meint Fest, könne ohne ihn nicht gedacht werden. In seiner Person habe ein Einzelner noch einmal seine stupende Gewalt über den Geschichtsprozeß demonstriert. Hitlers Aufstieg aber, so kann der Autor verdeutlichen, wurde überhaupt erst möglich »durch das einzigartige Zusammentreffen individueller mit allgemeinen Voraussetzungen«⁴⁶.

Ohne auch nur im entferntesten die reiche Fülle von Informationen und Anregungen andeuten zu können, die das Buch vermittelt, seien hier einige allgemeine Feststellungen getroffen. Dieser umfassende Versuch eines einzelnen Autors wirkt imponierend, in einer Synthese den Aufstieg Adolf Hitlers, des ehemaligen Kursredners für vaterländische Erziehung, zuerst auf der bayerischen Lokalbühne, dann im Reich und endlich auf europäischer Ebene zu erklären und damit das Wagnis, Leben und politische Wirken eines Mannes zu rekonstruieren und zu deuten, der zunächst Partei- und dann Weltgeschichte gemacht hat.

Das voluminöse kenntnisreiche zeitgeschichtliche Werk, das sich im ganzen auf dem neuesten Forschungsstand bewegt, berücksichtigt eine immense Literatur, bietet viele plausible Definitionen, erhellende Analysen und treffende Charakterisierungen; es spiegelt eine umfassende Sachkunde, ist stets um Ausgewogenheit in Interpretation und Urteil bemüht und bezieht die wesentlichen Forschungsansätze und Deutungsperspektiven ein, die seit Hitlers Erscheinen auf der politischen Bühne in publizistischen, in literarischen und wissenschaftlichen Publikationen entwickelt worden sind. Fests eigentliche große Leistung, so unterstrich schon Theodor Schieder⁴⁷, sind die Grundmuster und Kategorien,

⁴⁴ *Ebda.*

⁴⁵ *Ebda.*, S. 22.

⁴⁶ *Ebda.*

⁴⁷ Theodor Schieder, Hitler vor dem Gericht der Weltgeschichte, in: FAZ, 27. Okt. 1973.

mit deren Hilfe er die Person Hitlers als historischen Gegenstand zu erfassen und die Korrelation zwischen ihm und seiner Zeit herzustellen sucht. Darüber hinaus enthält das Buch mannigfaltige biographische und politisch-historische Dimensionen und beeindruckt nicht zuletzt durch beachtliche geistesgeschichtliche Komponenten. Bei seinem Bemühen stützte sich Fest überwiegend auf bisher erarbeitete Ergebnisse anderer Autoren. Eine philiströs wirkende Kritik glaubte, ihm dies vorwerfen zu sollen. Erklärte Absicht des Verfassers hingegen war es, vor allem neue Fragestellungen zu entwickeln, neue Deutungsansätze zu erspüren⁴⁸.

Fests Hitler-Buch fand – wie könnte es anders sein – nicht nur ungeteilte Zustimmung. Ein historisch-politisches Werk solchen Umfangs und solcher Dichte bietet freilich nicht wenige Möglichkeiten, aus der Perspektive der Spezial- und Detailforschung differenzierte Kritik und wohlerwogene Bedenken vorzutragen, manche Einzelthese, manches Interpretationsmuster, manche allzu subtile oder pointierte Formulierung des wort- und sprachgewandten, ja bisweilen sprachschöpferischen Autors in Frage zu stellen. Eben dadurch aber hat sein Buch nicht zuletzt auch literarische Qualität.

So wandten Rezensenten u. a. ein, Fest neige zur Entkonkretisierung und Entpersonalisierung⁴⁹, habe weltgeschichtliche Aspekte oft sehr kurz abgehandelt⁵⁰, er vernachlässige sozialgeschichtliche Gesichtspunkte⁵¹, zeige sich demnach der traditionellen Methode der deutschen Geschichtswissenschaft verhaftet. Die einen führten aus, Fest scheine, zwar grosso modo zutreffend, im einzelnen jedoch den Charakter und die Bedeutung der politischen Ziele Hitlers, die Welteroberung und die Rassenherrschaft, nicht ganz angemessen zu bewerten⁵²; er bewege sich in seinen epochen-psychologisierenden Betrachtungen immer in der dünnen Luft des Historismus, von sozialen Kräften, von Klassen und ihren Kämpfen sei praktisch nicht die Rede⁵³; andere konstatierten, Fest bringe seinem »Helden« zuviel Verständnis entgegen, lasse ihn daher »größer« und »weniger schlecht«⁵⁴ erscheinen, als er war. Hermann Graml schließlich, die Festsche Leistung – im Spannungsfeld zwischen häufigen Anlässen zur Bewunderung und dem Zwang zur Kritik – behutsam abwägend, erkannte eine ernste Grundschwäche des Buches, nämlich »eine erstaunliche Unsicherheit des Urteils über alle Zusammenhänge, Faktoren und Personen, die nicht in den engeren Existenz- und Aktionsraum Hitlers gehören«⁵⁵. Sicherlich sind solche und andere kritische und gewichtige Einwände ernstzunehmen und noch angemessen zu erörtern.

Wenn Graml in seinen differenzierten Erwägungen aber zugleich selbst den Blick auf die nahezu unlösbar scheinenden »Probleme einer Hitler-Biographie« freigibt und von daher zu der Ansicht neigt, daß ein Autor allein im Grunde umfassende Kenntnisse auf den verschiedensten wissenschaftlichen Gebieten sowohl der Wirtschaft wie der Philosophie, der Kunst und Literatur als auch der Außenpolitik und Kriegführung, der Gesellschafts- und Verfassungspolitik als Voraussetzung besitzen müsse, und wenn Graml – freilich völlig im Bewußtsein der zu überwindenden großen Schwierigkeiten – postuliert, daß »ein Biograph Hitlers seine Aufmerksamkeit [...] in gleichem Maße auf die Epoche wie auf Hitler selbst richten sollte«⁵⁶, so hebt sich die Festsche Leistung um so klarer von

48 *Karl-Heinz Janßen*, »Katastrophen waren das Element seines Lebens«. Zeit-Gespräch mit Joachim C. Fest, in: *Die Zeit*, Nr. 42, 12. Okt. 1973.

49 *Margret Boveri*, Zu Joachim C. Fests Hitlerbuch, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, Jg. 28, 1974, S. 986.

50 Vgl. Anm. 7.

51 *Michael-Viktor Graf Westarp* über Joachim C. Fest, in: *Das Argument* 87, Jg. 16, 1974, S. 727 f.

52 *Klaus Hildebrand*, Zwischen Mythos und Moderne: Hitler in seiner Zeit, in: *HPB* 22, 1974, S. 35.

53 Vgl. Anm. 51.

54 Vgl. Anm. 7.

55 Vgl. Anm. 33, S. 80 f.

56 *Ebda.*, S. 78.

mancher historiographischen Bemühung in der Vergangenheit ab; dazu gehört nicht zuletzt seine von Kritikern nur relativ gering beachtete reiche psychologische Einfühlungs-gabe, die im ganzen Buch aufleuchtet. Ein wohl exemplarisch zu nennendes Beispiel hierfür bieten die Passagen über Hitler als Redner und seine Wirkung auf Zuhörer und Wählermassen.

Fests Buch ragt hervor als ein bedeutender Beitrag zur jüngeren deutschen Geschichte, der der professionellen historischen Forschung nachhaltige Impulse vermittelt. Insgesamt betrachtet markiert das Werk – trotz aller berechtigten Einwände im Detail – einen Meilenstein auf dem Wege biographischer Hitler-Forschung, für die es – wie schon Alan Bullocks »Studie einer Tyrannei« – verpflichtende Maßstäbe setzt.

Dies trifft nicht auf die Veröffentlichung zu, die *Colin Cross* vorlegt und zu deren Intention der Verlag erklärend mitteilt, sie wolle beschreiben »Hitler's early life, his rise to power and the part he played in the holocaust of the Second World War«. Vor allem aber versteht sich die Arbeit *expressis verbis* als eine Studie über Hitlers komplexe Persönlichkeit; dieser Zielsetzung entsprechen Konzeption und Diktion des Buches. Damit qualifiziert es sich selbst als Individual-Studie, deren Vorzüge und Reiz sicher in manchen anregenden und treffenden psychologischen Einzelbeobachtungen und Auslotungen zu Hitlers Person und Charakter liegen, die hierin aber auch ihre klar erkennbare Begrenzung findet. Denn soziale Interaktionszusammenhänge und ökonomisch-politischer Kontext erleiden eine inadäquate Unterbewertung, die Analyse der subjektiven Beweggründe der historischen Gestalt hingegen steht beherrschend im Vordergrund der Untersuchung. Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, die außergewöhnlichen Umstände zu analysieren, unter denen es Hitler gelang, Reichskanzler zu werden und eine konstitutionelle Kanzlerschaft in eine absolute Diktatur umzuwandeln. Er zeigt sich erstaunt darüber, daß ein Mann wie Hitler in einem Land wie Deutschland die Macht zu erringen vermochte⁵⁷. Soweit sein Buch einen Helden habe, bemerkt Cross, sei es nicht Hitler, sondern seien es die Männer und Frauen des deutschen Widerstandes, allen voran Graf von Stauffenberg⁵⁸. Hitler selbst erscheint in der Optik Cross' als ein von starkem Glauben durchdrungener Politiker, ausgestattet mit starker Einbildungskraft, Energie und überdurchschnittlicher Willenskraft, der weithin intuitiv und irrational seine politischen Entscheidungen traf und der am Ende an der Realität vorbeilebte. Deutlich sei dies vor allem im Bereich der Außen- und Kriegspolitik wie auch in der Kriegführung geworden. Im Zusammenhang mit seinen Bemühungen, Hitlers Aufstieg zu erklären, stellt er zwar zutreffend fest: »Versailles was [...] the basis of Hitler's political career«⁵⁹, unterstreicht aber zugleich – recht sorglos urteilend – Deutschlands alleinige Verantwortung für den Ersten Weltkrieg, das dafür ewige Bestrafung verdiene (»everlasting punishment«⁶⁰). Den Zweiten Weltkrieg, so meint Cross, wollte Hitler nicht: »Hitler never intended to fight a world war, and still less a prolonged world war«⁶¹.

Diese leicht zu lesende, stark hitlerzentrisch akzentuierte Lebensgeschichte des NS-Führers ist in achtzehn »Chapters« eingeteilt, die keinerlei Überschrift tragen. Außerdem verzichtet die Publikation auf ein Inhaltsverzeichnis und wissenschaftliche Anmerkungen. Da sich Cross auf bereits veröffentlichte Unterlagen stützt, vermag er keine neuen sachlichen Gesichtspunkte anzubieten. Sowohl von Konzeption und Methode wie auch von Fragestellung und Urteil her kann diese auf knappem Raum geschriebene biographische Skizze nicht überzeugen.

57 Cross, S. 9.

58 *Ebda.*, S. 15.

59 *Ebda.*, S. 62.

60 *Ebda.*

61 *Ebda.*, S. 284.

Weiterführende und übergreifende Fragestellungen aus interdisziplinärem Blickwinkel entwickelt demgegenüber der Heidelberger Ordinarius für psychoanalytische Grundlagenforschung und Familientherapie, *Helm Stierlin*⁶².

Der Massenerfolg der Nationalsozialisten und die 12jährige Herrschaft Adolf Hitlers verdeutlichen, daß die marxistische Verengung der politisch-sozialen Wirklichkeit auf das Ökonomische das welthistorische Phänomen »Faschismus« nicht ausreichend zu erklären vermag. Schon 1933 wies Wilhelm Reich, vorübergehend Mitglied der Kommunistischen Partei und eigenwilliger Schüler Sigmund Freuds, auf die von den Marxisten übersehene und von ihnen nicht erklärbare »Schere« zwischen der Entwicklung der ökonomischen Basis, die politisch nach links dränge, und der ideologischen Entwicklung breiter Schichten hin, die eindeutig nach rechts neige. Reich forderte dazu auf, die psychopathologische Abnormität des Nazismus mit Hilfe der Psychoanalyse zu deuten. Verantwortlich für die »Massenpsychologie des Faschismus« sei neben politischen und wirtschaftlichen Faktoren vor allem eine Kollektivmentalität, die sich aus Bildungstradition, Erziehung, berufsbedingten Erfahrungen und besonders aus familiären Bindungen entwickle. Daher bilde die Geschichte der Familie und ihre sich wandelnde ökonomische Funktion im Spätkapitalismus eine prägende Determinante der Persönlichkeitsstruktur, die für nationalistisch-chauvinistische Parolen empfänglich war und daher den Faschismus erst ermögliche. Indem die faschistische Ideologie im Zeichen sozio-ökonomischer Transformationsprozesse eine »heile«, festgefügte Welt verspricht, manipulierte sie die durch Krieg und wirtschaftliche Krisen verunsicherte Generation.

Die bestimmende und ausrichtende Funktion der patriarchalisch strukturierten Familie hat Stierlin in den Mittelpunkt seines Erklärungsversuches der psychopathologischen Abnormität Adolf Hitlers und seiner epochalen Massenwirkung gerückt. Angelpunkt seiner Deutung bildet das in langjähriger Forschungstätigkeit, vor allem in den Vereinigten Staaten, gewonnene und empirisch erprobte »Delegationsmodell«. Die Feudalgesellschaft des Mittelalters zugrundeliegend, von der wechselseitigen Bindung zwischen Lehensherr und Vasall ausgehend, konnte er in der Familie ähnliche Abhängigkeitsstrukturen beobachten. Kern dieser Beziehung sei ein gegenseitig verpflichtendes Loyalitätsbündnis. Kinder werden demnach zu unbewußten Delegierten der unerfüllten Wünsche ihrer Eltern. Die daraus resultierenden wechselseitigen Auftrags- und Loyalitätskonflikte führen zu Identitätskrisen.

Der Fall Hitler gewinnt durch Stierlins Delegationsmodell eine erkenntnisleitende und erklärende Perspektive. Adolf Hitler, der Sohn einer durch Ehebruch und (fast) Inzest mit Schuld beladenen Mutter, wird somit zum Delegierten, um ihre Schuld zu sühnen und ihre als Strafe empfundenen persönlichen Schicksalsschläge zu rächen. Der frühe Tod der an Krebs erkrankten Mutter verschärfte den psychotischen Konflikt Hitlers.

Seine psychische Abnormität wäre durchaus nicht ungewöhnlich gewesen, wenn er nicht zur Kompensation seines Konfliktes diesen auf andere, sprich auf das deutsche Volk, übertragen, ja ihm aufgezwungen hätte. Will man Stierlins Erklärungsversuch folgen, so müßte man Hitler als einen Delegierten verstehen, der im Auftrag seiner Mutter »um einen größeren Anteil der materiellen wie nichtmateriellen Güter dieser Welt zu kämpfen und gleichsam in ihrem Auftrag Lebensraum zu erobern hatte«⁶³. Hitler, »als gebundener Delegierter seiner Mutter«⁶⁴, mobilisierte zur Erfüllung seiner abnormen Mission die

62 Die Rezension des Buches von *Helm Stierlin* wurde in enger Zusammenarbeit mit *Wolfgang Michalka* verfaßt. — Vgl. auch *Wolf-Rüdiger Hartmann/Wolfgang Michalka/Adolf Springer*, Emotionen um Hitler. Zu einem interdisziplinären Symposium am Wochenende in Heidelberg, in: Rhein-Neckar-Zeitung Nr. 80 vom 8. April 1975.

63 *Stierlin*, S. 73.

64 *Ebda.*, S. 78.

Dynamik sozialer und politischer Gruppenprozesse. Er wurde damit laut Stierlin zum Konfliktknotenpunkt, Katalysator und (scheinbaren) Erfüller von Sehnsüchten, die zahllose Deutsche teilten.

Diese hier angedeutete und notgedrungen vereinfacht wiedergegebene familienpsychologische Erklärung der Ermöglichung Hitlers knüpft an die psychoanalytischen Deutungen Wilhelm Reichs, Erik Eriksons und Rudolph Binions an, um nur einige der in Deutschland bekannten Psychohistoriker zu nennen, und vermag beispielsweise im Vergleich zu Walter C. Langer mittels der familientherapeutischen Feldforschung überprüfbarere und damit abgesichertere Deutungen der Massenbasis des Faschismus anzubieten.

Trotz dieses begrüßenswerten, besonders für die Psychoanalyse anregenden Beitrages, mit Hilfe der Familientherapie unbewältigte Vergangenheit zu erhellen, muß der Historiker und Politologe gerade im Hinblick auf die Übertragung psychopathologischer Singularität auf die Kollektivmentalität eines ganzen Volkes Einwände erheben; denn geschichtswirksame Gruppenprozesse lassen sich schwerlich allein auf die Psychopathologie einzelner reduzieren. Die inzwischen fragwürdig gewordene individuenzentrierte Betrachtungsweise des Historismus erhalte auf diese Weise durch die Psychologie neuen Auftrieb.

Die Studie Stierlins, die eine Brücke zwischen Psychologie und Geschichte zu schlagen versucht, gibt der Hitler-Forschung unbestreitbar neue Denkanstöße und fordert darüber hinaus dazu auf, das Verhältnis der Geschichtswissenschaft zu den Nachbarfächern zu überdenken.

Einen Beitrag ganz anderer Art leistet *David L. Hoggan*. Bereits im Jahre 1961 hatte der amerikanische Historiker im Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung (Tübingen) das Buch »Der erzwungene Krieg. Die Ursachen und Urheber des Zweiten Weltkrieges«⁶⁵ veröffentlicht. Nach sorgfältiger Prüfung des Werkes erhob sich – abgesehen von Ausnahmen – in der in- und ausländischen Fachwelt ein wohl ebenso einmaliger wie einheitlicher Widerspruch gegen die höchst überraschenden Ergebnisse des Autors. Denn Hoggan versuchte nichts Geringeres als den Nachweis zu erbringen, daß das nationalsozialistische Deutschland und sein Führer *keine* Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatten. Die eigentliche Verantwortung habe vielmehr bei England und Polen gelegen⁶⁶.

Als Hauptschuldigen befand Hoggan den damaligen britischen Außenminister Lord Halifax, einen der »selbstsichersten, rücksichtslosesten, klügsten und scheinheilig-selbstgerechtesten Diplomaten, den die Welt je gesehen«⁶⁷ habe; in ihm – bis Hoggan erschien er als »Inbegriff der Appeasement Policy« – erkannte der Verfasser auch den »verschworene[n] Todfeind des deutschen Staates und Volkes«⁶⁸. Nach Hoggans historisch-politischer Interpretation hatte außerdem der polnische Außenminister Beck erhebliche Schuld auf sich geladen, da er sich für die Kriegspläne des britischen Lords habe mißbrauchen lassen.

Mit diesen und anderen Thesen befand sich der US-Historiker in völligem Gegensatz zu den Urteilen nahezu der gesamten übrigen Forschung. Seriöse Historiker lehnten die Ergebnisse Hoggans als Geschichtsklitterung, ja Geschichtsfälschung ab: Walther Hofer klassifizierte das Buch als »in seiner Substanz nazistisch«⁶⁹. Sieben Geschichtswissenschaft-

65 1969 erschien eine Sonderausgabe des Buches, dem die verwendeten Zitate entnommen sind: *David L. Hoggan*, Der erzwungene Krieg. Die Ursachen und Urheber des 2. Weltkriegs, Tübingen 1969.

66 Vgl. dazu *Walther Hofer*, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939. Mit Dokumenten, Frankfurt 1964, S. 451 ff.

67 *Hoggan*, Der erzwungene Krieg (Sonderausg.), S. 132.

68 *Ebda.*, S. 753.

69 *Hofer*, S. 470.

ler der Universität Heidelberg erklärten damals: »Das Buch von Hoggan ist [...] für die zeitgeschichtliche Forschung wertlos«⁷⁰. Der deutsch-amerikanische Historiker Klaus Epstein formulierte in seiner Rezension: »Sein Buch zeigt die krampfhaften Züge eines urteilsunfähigen weltfremden Fanatikers«⁷¹. Gotthard Jasper⁷² wies zahlreiche Quellenfälschungen und groteske Fehlinterpretationen nach.

In der Tat bleiben Hoggans Thesen höchst anfechtbar. Er gelangte zu einer Deutung der Motive und innen- und außenpolitischen Zielsetzungen Hitlers, die heute weniger denn je einer kritischen Überprüfung standhält. Zahlreiche Zeugnisse, die seine Argumentation hätten entkräften können, und nicht zuletzt die lange Reihe der aufschlußreichen Hitler-schen Selbstenthüllungen bagatellierte er oder beachtete sie nicht. Sein Hitler-Bild ist daher völlig einseitig und in den entscheidenden Zügen verzerrt. Er zeichnete nämlich einen verantwortungsbewußten Revisionspolitiker und friedfertigen Staatsmann, der alles in seinen Kräften Stehende tat, um auf dem europäischen Kontinent den Frieden nicht zu gefährden, dessen Gegner vielmehr den Krieg schürten mit dem Ziel, »Deutschland zu erdrosseln«⁷³.

Die radikale Fachkritik an seinem historischen Erstling legitimiert Hoggan selbst nachträglich mit der Veröffentlichung seines neuen Buches, das der Herausgeber, Herbert Grabert, mit liebevollen Worten zur Lektüre empfiehlt. Hoggans Geschichtsbetrachtung, so versichert er treuherzig, bleibe stets kritisch. Er betrachte die Tatsachen und die handelnden Personen von allen Seiten und bleibe unbestechlich in seinem Urteil⁷⁴.

Obwohl deutsche und ausländische Wissenschaftler Hoggans Erklärungsversuche in seinem ersten Buch anhand der verfügbaren Quellen gewissenhaft prüften, obwohl sich dabei stets erneut die »Haltlosigkeit« (Andreas Hillgruber) der Wertungen Hoggans ergab und obwohl seit der Veröffentlichung des Buches zahlreiche Arbeiten aus dem Blickwinkel der historischen und politischen Wissenschaften den geschichtlichen Befund David L. Hoggans ad absurdum führten, insistiert Grabert nach wie vor: »Es ist Hoggans unüberbietbares Verdienst und seine einzigartige Leistung gewesen, die Frage nach den Ursachen und Urhebern des Zweiten Weltkriegs von den Tatsachen und den Quellen her angegangen und sie einer unwiderlegbaren Lösung zugeführt zu haben«⁷⁵. Zu den aktuellen Intentionen des US-Historikers merkt Grabert an: »Was er in dem vorliegenden Werk unternimmt, ist auch wieder eine Geschichtsrevision, um den historischen Wahrheitssucher aus den Netzen der Zweckklüge zu befreien und darzustellen, wie es wirklich gewesen ist«⁷⁶. Und er prophezeit, wohl in der Absicht, Kritik zu unterlaufen, auch dieses neue Hoggan-Werk, »ein Ärgernis für die Gegner der historischen Wahrheit«⁷⁷, werde zu Auseinandersetzungen führen. Dies allerdings, so läßt sich vermuten, wird nicht der Fall sein; denn der »neue« Hoggan ist in Konzeption und Urteil der alte und vermag daher wohl keine nennenswerten Emotionen mehr auszulösen. Der Grund: Seine historisch-politischen Platitüden und Fehleinschätzungen von 1961 sind noch in guter Erinnerung. Um es vorweg zu nehmen: Wer bei Hoggan die vielbeschworene »historische Wahrheit« sucht, sucht sie – wie schon vor 15 Jahren – vergeblich. Im Gegenteil: Nur selten verläßt der Autor den Dunstkreis von Unwahrheit und Beschönigung, Verzerrung, Legende und Geschichtsklitterung.

70 Der Spiegel, Nr. 20, Jg. 18, 1964, S. 28.

71 Klaus Epstein, Geschichte und Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein Leitaden, Berlin 1972, S. 380.

72 Gotthard Jasper, Über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges. Zu den Büchern von A. J. P. Taylor und David L. Hoggan, in: VfZG 10, 1962, S. 311 ff.

73 Zit. bei Hofer, S. 451.

74 Hoggan, Der unnötige Krieg, S. V.

75 Ebd., S. VI.

76 Ebd.

77 Ebd., S. VIII.

Er versucht offenbar, so etwas wie eine politische Geschichte der beiden ersten entscheidenden Kriegsjahre 1939–1941⁷⁸ zu schreiben, die sich jedoch – ohne erkennbare Linienführung – darin erschöpft, nur solche Einzelheiten und Informationsfragmente aus anderen Werken aneinanderzureihen, die seine vorher gefaßten »Urteile« zu stützen geeignet erscheinen. Auf wissenschaftliche Belege, Anmerkungsapparat und Bibliographie glaubt er dabei verzichten zu können. Dementsprechend sind auch die historischen »Ergebnisse«. Sie verdeutlichen, daß ausgewogene, sorgsam abwägende Formulierungen und ernsthaftes Ringen um historische Erkenntnis nicht des Verfassers stärkste Seiten sind.

So unterscheidet Hoggan nicht zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. »Hitler war viel zu sehr Idealist, um nicht zu wissen, daß ein Deutschland unter marxistischer Herrschaft, gleichgültig ob unter Ernst Thälmann oder unter Willy Brandt, überhaupt kein Deutschland mehr sein würde«⁷⁹. Der Verfasser versteigt sich allen Ernstes zu der Behauptung, »der wirklich hervorstechende Zug in Hitlers Ostpolitik war [...] sein bemerkenswerter Weitblick und [...] eine positive und menschliche Politik«⁸⁰.

Warum Hitler, »der gegenüber jeder Kritik stets sehr duldsam war«⁸¹, dennoch scheiterte, erklärt Hoggan auf biedere Weise: »Nach der heutigen Auffassung nationalbewußter deutscher Kreise ist Hitler [...] durch seine eigene Güte zugrundegegangen«⁸². Die »Achillesferse« Deutschlands und zugleich Hitlers, so diagnostiziert er weiter, »war die ewige deutsche Verschwörer-Elite der letzten zweitausend Jahre«⁸³. Zur Entstehung des Krieges rekapituliert er seine bekannte These: »Nicht ein unzufriedenes Deutschland hatte den Zweiten Weltkrieg verursacht; Berge von Beweismaterial bestätigen, daß er »made in England« war«⁸⁴.

Hoggans »Führer« bleibt – im Gegensatz zu anderen Großen der Politik – moralisch stets unantastbar: »Als Führer im Zweiten Weltkrieg benahm sich Hitler ständig wie ein Ehrenmann, so auch Mussolini. Das böse Triumvirat Churchill, Stalin und Roosevelt benahm sich laufend wie sadistische Verschwörer und trügerische Lügner, die sie in Wirklichkeit auch waren«⁸⁵. Am Ende unterlag Hitler trotz aller guten Absichten dem »weltumfassenden Sieg des Weltjudentums«⁸⁶ trotz der Assistenz durch »den untadeligen Heydrich«⁸⁷ und Reichspropagandaminister Goebbels, der sich »durch seine Tüchtigkeit [...] einen Platz im Pantheon der deutschen Helden verdient«⁸⁸ hat. Überall erblickt Hoggan »jüdische Agitation« und enthüllt – was nicht mehr zu überraschen vermag – die Elemente eines gigantischen weltweiten politischen Manipulationsvorganges, eine umfassende Strategie der Verschwörung, getragen und gesteuert von Juden.

Zu solchen und vielen anderen nicht mehr diskussionsfähigen Argumenten und Schlußfolgerungen kommt Hoggan, weil er unreflektiert nationalsozialistische Propagandathesen übernimmt und allgemein anerkannte und belegte Forschungsergebnisse anderer Autoren, die seine Deutungen erschüttern könnten, weitgehend außer acht läßt. Daß darüber hinaus Hoggan über wirkliche Quellenkenntnis nicht verfügt, hat bereits Andreas Hillgruber⁸⁹ festgestellt. So läßt sich zusammenfassen: Hoggans Buch »Der unnötige

78 Vgl. *Andreas Hillgruber* über David L. Hoggan, in: HPB 23, 1975, S. 118.

79 *Hoggan*, *Der unnötige Krieg*, S. 49.

80 *Ebda.*, S. 184.

81 *Ebda.*, S. 408.

82 *Ebda.*, S. 405.

83 *Ebda.*, S. 339.

84 *Ebda.*, S. 605.

85 *Ebda.*, S. 607.

86 *Ebda.*, S. 338.

87 *Ebda.*, S. 406.

88 *Ebda.*, S. 563 f.

89 Vgl. Anm. 78.

Krieg« ist der Gattung der politischen Kampf- und Schmähchriften zuzuordnen. Diese Novität, eine rechtsradikale Spätlese übelster Sorte, geschrieben cum ira et studio, voller prononciert-parteilicher Anschauungen und politisch-moralisch vernichtender Verdikte gegen alle wirklichen oder vermeintlichen Gegner des Nationalsozialismus und – getreu der verlegerischen Gepflogenheit des Instituts für Deutsche Nachkriegsgeschichte⁹⁰ – von Anfang bis zum Ende durchtränkt von teils verhülltem, teils offenem penetrantem Antisemitismus, ist für den Leser eine Zumutung, für die Wissenschaft ohne Belang. Sie steht in der Tradition der Rechtfertigungs- und Rehabilitierungsliteratur der 50er Jahre, die zum Teil allerdings erheblich weniger durchsichtig und plump argumentierte. Die politische Absicht dieser abstrusen, geschichtsverfälschenden Veröffentlichung, deren emotional eingefärbtes Vokabular⁹¹ allein schon die Geisteshaltung des Autors enthüllt, ist unübersehbar: eine Verharmlosung und gezielte Generalentlastung des NS-Regimes, die Aufwertung seiner Zentralgestalt Adolf Hitler und im ganzen damit die Revision des »Geschichtsbildes von Nürnberg«. Was Hans-Erich Volkmann in der Besprechung einer ähnlich argumentierenden »Untersuchung« schrieb, gilt uneingeschränkt auch für Hoggan: »Was sich uns hier als Ergebnis historischer Wissenschaft anpreist, ist in Wahrheit eine Provokation für alle die, die sich in jahrelangen Studien um die Aufhellung des nationalsozialistischen Kriegsmythos bemühen«⁹².

Ähnlich unbefriedigend in Ansatz und Ergebnis ist der Beitrag des Schweizer Pfarrers *Wolfgang Hammer*. Er versucht im ersten Band seiner Untersuchung, Hitlers »Messianismus« aus spezifisch österreichisch-deutschen Traditionen zu erklären; aus dessen Heimatprovinz, seiner Jugendzeit mit ihrer Kultur und Religion will er die Strukturen herausarbeiten, die Hitlers Vorurteile geprägt haben. Um eine deterministische Betrachtungsweise zu vermeiden, bedient sich Hammer dabei der »Form des Dialogs« als »Erkenntnis-Prinzip« (Bd. II, S. 11), d. h. er stellt im »Dialog mit dem Führer« Hitlers Äußerungen und Aktivitäten dem »tatsächlichen« Geschichtsverlauf gegenüber. Er ist bemüht, dieser anspruchsvollen Zielsetzung dadurch gerecht zu werden, daß er einen nicht immer sehr tiefgreifenden handbuchartigen historischen Überblick mit ausgewählten Hitler-Zitaten konfrontiert. Der Verfasser hofft, dadurch Klarheit zu gewinnen, »welche geistigen Strukturen und mentalen Dispositionen Hitler geformt haben wie seine ganze Generation« (Bd. I, S. 11).

Zum anderen untersucht er im zweiten Band (»Der Tyrann und die Völker«) in neun Kapiteln Verhältnis und Einstellung zu den USA, zu England, Frankreich, Schweden, Spanien, Polen, Japan, Griechenland, Ungarn, der Tschechoslowakei und vielen anderen Staaten (!); dabei verfolgt er nicht selten über ein Jahrhundert zurückreichende, zum Teil umfangreiche geschichtliche Entwicklungslinien der einzelnen Länder, ohne sichtbar machen zu können, in welcher Beziehung diese Ausführungen zum eigentlichen Untersuchungsobjekt stehen. Hitler verschwindet daher des öfteren hinter solchen »Strukturen«, ganz zu schweigen davon, daß Hammer dem Leser eine Definition seines häufig verwendeten Strukturbegriffes nicht offeriert; so ist es kein Wunder, daß dieser Strukturbegriff vieldeutig-schillernd und insofern verständnishemmend wirkt.

Beide Werke erscheinen weithin als Zitate-Konglomerat. Sie sind allzu sehr von einer theologischen Grundhaltung bestimmt, die der Analyse und dem historischen Urteil abträglich ist. Dies zeigt sich zum Beispiel in Hammers unpräziser, daher verwirrender Terminologie. Außerdem fällt ins Auge, daß der Autor einschlägige Arbeiten von Fach-

90 Vgl. in diesem Zusammenhang *Wolf-Rüdiger Hartmann*, Adolf Hitler: Möglichkeiten seiner Deutung, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XV, 1975, S. 530 ff.

91 Von Hoggan bevorzugte Vokabeln: »Verrat«, »Lüge«, »Feigheit«, »betrügerisch«, »verbrecherisch«, »abrechnen«.

92 *Hans-Erich Volkmann* über Jacques Baron Benoist-Méchin, Wollte Adolf Hitler den Krieg 1939? Generalprobe der Gewalt, Preußisch-Oldendorf 1971, in: *MGM* 12, 1972, S. 248.

historikern und Politologen nicht heranzog und auch davon absah, entsprechende Archivbestände einzusehen. Beide Bände sind überreich an Zitaten von nicht mehr zu verantwortender Länge; diese hätten entweder stärker gekürzt oder gründlicher analysiert und in die Gesamtdarstellung integriert werden müssen. Früh deutet sich deshalb die fehlende Synthese an. Es ist nicht zu übersehen, daß dem Buch historische Fragestellung und methodische Reichweite fehlen.

So sehr es prinzipiell zu begrüßen ist, aus theologisch-historischem und damit interdisziplinärem Blickwinkel einen Beitrag zur Erhellung der problemerfüllten NS-Zeit leisten zu wollen, so sehr hinterläßt diese Lektüre – ungeachtet mancher Anregung im Detail – zwiespältige Eindrücke⁹³.

Einer anderen Kategorie wenden sich die beiden letzten Veröffentlichungen zu, nämlich einer historischen Quelle, die der ehemalige Danziger Senatspräsident *Hermann Rauschning* 1940 in der Schweiz unter dem Titel »Gespräche mit Hitler« publizierte, und der Untersuchung ihres Quellenwertes durch *Theodor Schieder*.

Die »Gespräche mit Hitler« wurden zu einem Bestseller der deutschen Emigrantenliteratur. Rauschning bot in diesem Buch einen erschreckenden Einblick in Mentalität und Konzeptionen des »Führers« und gab dessen weltumspannende politische Zielvorstellungen zu erkennen⁹⁴. Die Frage nach der Authentizität dieses Dokuments beschäftigte in der Vergangenheit nicht wenige Historiker; dabei wurden Zuverlässigkeit, Glaubwürdigkeit und allgemeine Bedeutung des kürzlich neu aufgelegten Buches höchst unterschiedlich eingeschätzt, wie *Theodor Schieder* eingehend erhellt. Auffällig ist die Diskrepanz zwischen deutschen und ausländischen Autoren bei der Beurteilung der Rauschning-Publikation. Während Wissenschaftler wie H. R. Trevor-Roper, Alan Bullock und Gerhard Weinberg das Buch als Quelle überwiegend positiv bewerten⁹⁵, findet sich demgegenüber in deutschen Arbeiten in abgeschatteter Form »eine sehr viel stärkere Skepsis«⁹⁶. So haben Autoren wie Hans-Adolf Jacobsen und Günter Moltmann Bedenken angemeldet⁹⁷. Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz⁹⁸ äußerten sich positiv-distanziert: »[...] wie immer man den Quellenwert der Rauschningschen Zitate einschätzen mag, daß hier zumindest der Sinn von Hitlers Gedanken getroffen wurde, ist kaum zweifelhaft«⁹⁹. Sehr zurückhaltend urteilt Klaus Hildebrand. Es erscheine schlechthin fragwürdig, Rauschnings Gespräche ohne quellenkritische Erörterung zu benutzen, da ihr Quellenwert zumindest umstritten sein dürfte; Eberhard Jäckel schließlich geht noch weiter; seine fundamentale Kritik gipfelt in dem Befund (»Die Revolution des Nihilismus« einbeziehend), Rauschnings Buch sei heute »vollkommen entbehrlich«¹⁰⁰ für das Verständnis Hitlers.

Schieder selbst schätzt am Ende seiner detaillierten Recherchen den Quellenwert der Rauschning-Publikation so ein:

»Rauschnings »Gespräche mit Hitler« sind kein Quellendokument, von dem man wörtliche und protokollarische Überlieferung Hitlerscher Sätze und Sentenzen erwarten darf, so vieles auch darin diesen Erfordernissen entspricht. Es ist ein Dokument, bei dem sich objektive und subjektive Momente vermischen und Wandlungen der Meinung des Autors

93 Vgl. die ausführliche Rezension von *Wolfgang Michalka*, Geplante Utopie. Zur Ideologie des Nationalsozialismus, in: NPL 18, 1973, S. 216 ff.

94 Hierzu jetzt die Untersuchung von *Jochen Thies*, Architekt der Weltherrschaft. Die »Endziele« Hitlers, Düsseldorf 1976.

95 *Schieder*, Gespräche, S. 29 f.

96 *Ebda.*, S. 30.

97 *Ebda.*, S. 32.

98 *Ebda.*

99 *Ebda.*

100 *Ebda.*, S. 34.

über seinen Gegenstand mit in diesen Gegenstand eingegangen sind. Sie sind aber ein Dokument von unbezweifelbarem Quellenwert insofern, als sie Deutungen enthalten, die aus unmittelbarer Einsicht erwachsen sind. Einsicht soll hier im doppelten Sinn des Wortes verstanden werden: als die Form der direkten Anschauung und zugleich als das Ergebnis, das aus einer Anschauung durch Nachdenken hervorgeht. Die in ihm enthaltene Gesamtdeutung Hitlers ist für den Zeitraum von 1932–1934 durch keine andere Quelle ersetzt, so vieles seither über Hitler und von Hitler erschienen ist«¹⁰¹.

Daß die Biographie eine wenig geliebte Gattung der Geschichtsschreibung ist, zeigt sich einmal mehr am Beispiel der Auseinandersetzung mit Hitler; denn abgesehen von älteren und damit nicht auf dem neuesten Forschungsstand¹⁰² befindlichen Lebensbeschreibungen, hat die Fachhistorie die Hitler-Biographie in auffälliger Weise gemieden. Im Gegensatz dazu scheuten manche Nicht-Fachhistoriker die oben skizzierten Schwierigkeiten nicht und ließen sich vom Reiz des Forschungsgegenstandes (ver)führen. Das Ergebnis ist – dem historischen Sujet entsprechend – sehr gegensätzlich.

Die vorgestellten Erklärungsversuche zu Adolf Hitler und seiner Zeit zeigen, daß die Hitler-Forschung noch immer in lebhafter Entwicklung begriffen ist. Daß das Hitler-Bild in entscheidenden Elementen ungesichert ist, wurde nicht zuletzt durch Nicht-Fachhistoriker in Erinnerung gebracht.

101 *Ebda.*, S. 62.

102 Vgl. *Manfred Funke*, Adolf Hitler und die Epoche der Angst, in: *Das Parlament* vom 16. Febr. 1974.

Sozialgeschichte im Gefolge Hans Rosenbergs

Hans Rosenberg, Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 3), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1972, 142 S., kart., 18 DM.

Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 11), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1974, 669 S., kart., 92 DM.

Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposions in Bochum vom 12. - 17. Juni 1973, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod, Droste Verlag, Düsseldorf 1974, 1017 S., Snolin, 87 DM.

I.

Eine Wirkungsgeschichte der »deutschen Geschichtswissenschaft« (H. Iggers) im Exil ist noch nicht geschrieben. Der Historiker, der sich dieses Themas eines Tages annimmt, wird vielleicht feststellen, daß in der Bundesrepublik erst gegen Ende der 60er Jahre jener Stand wissenschaftlicher Erkenntnis und Diskussion wieder erreicht wurde, der während der 30er Jahre in Deutschland preisgegeben werden mußte. Nicht zuletzt am Beispiel des liberalen, 1933 emigrierten Historikers Hans Rosenberg ließe sich zeigen, daß das Aufreißen neuer Horizonte, das die Situation um 1970 nicht nur in der Historie zu kennzeichnen schien, in mancher Hinsicht kaum mehr war als eine Rezeption dessen, was vor der Zeit des »Dritten Reiches« gefragt, gedacht und geforscht worden ist. Durch verschiedene, vor allem politische Umstände begünstigt, wurde jetzt gewissermaßen popularisiert, was über Jahrzehnte hinweg in engen, nur wenigen zugänglichen Traditionskanälen aufbewahrt wurde und was zu verbreiten auch manchen westdeutschen Wissenschaftlern als politisch gefährlich galt. In der philosophiegeschichtlich-positivistischen Befangenheit, die die Diskussion in den neugebildeten marxistischen Zirkeln der 70er Jahre vielfach auszeichnet, und in der geringen Kommunikation zwischen diesen Zirkeln und nichtmarxistischen Wissenschaftlern kann man Symptome für die Schwierigkeiten sehen, die in der BRD verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Wissenschaft zu realisieren und produktiv zu nutzen. Das Maß der wissenschaftlichen Selbstbeschränkung, das bis Mitte der 60er Jahre in einer politisch wirksamen akademischen Disziplin wie der Historie bestand, wird erkennbar, wenn man erfährt, daß es u. a. dem inzwischen verstorbenen konservativen Freiburger Historiker Gerhard Ritter gelang, die Veröffentlichung einer deutschen Fassung von Hans Rosenbergs Buch »Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy«¹, das inzwischen international als Stan-

¹ Hans Rosenberg, Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660 - 1815, Boston 1966 (zuerst 1958).

dardwerk anerkannt ist, zu verhindern². Der durch solche Selbstbeschränkung verstärkte Verlust an akademischer Tradition (im engen Sinne von Erkenntnis und Wissen), der 1933 durch den Ausfall eines breiten Teilspektrums von Forschungsinteressen und politikwissenschaftlichen Positionen in mindestens einer Generation von Sozialwissenschaftlern eingetreten ist, läßt sich an einem anderen, dem Rezensenten bedeutsam erscheinenden Beispiel verdeutlichen: am Gebrauch des Terminus »Sozialimperialismus« in der Diskussion um die Kontinuität »von Bismarck zu Hitler«. Weder K. D. Bracher, der diese Kategorie in die bundesdeutsche Diskussion en passant einführte³, noch H.-U. Wehler, der Ende der 60er Jahre für ihre Revitalisierung sorgte und sie historisch-systematisch herzuleiten suchte⁴, noch Autoren, die sie dann als interpretatorisches und klassifikatorisches Instrument benutzten⁵, haben es offensichtlich für nötig befunden, *Franz Neumanns* »Behemoth« zu konsultieren – das noch während des Zweiten Weltkrieges entstandene, ebenfalls international als Standardwerk anerkannte Buch eines deutschen Emigranten über das »Dritte Reich«⁶. Sowohl ein nicht unerheblicher begriffsgeschichtlicher Aspekt als auch eine damit verbundene systematische Dimension des »Sozialimperialismus« blieben dadurch bisher im bundesdeutschen Streit um die Kontinuität ausgeblendet⁷.

Solche Gegenwartsbeobachtungen können angesichts der Konjunktur für »Sozialgeschichte« zweierlei verdeutlichen: Zum einen können sie daran erinnern, wie wichtig »Denkströmungen«, zumal politische, als außerfachlicher Interessen-, Motiv- und Bezugshorizont für geschichtswissenschaftliche Tätigkeit sind, und zum anderen können sie ansatzweise die häufig verpönte »Ideengeschichte« rechtfertigen. Am Beispiel Hans Rosenbergs läßt sich dieser Zusammenhang gut exemplifizieren.

II.

Die unter dem Titel »Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz« zusammengefaßten Aufsätze Hans Rosenbergs aus den Jahren 1929 bis 1931 haben kaum noch einen

2 *Hans-Ulrich Wehler*, Vorwort, in: *Sozialgeschichte Heute*, S. 17.

3 *Karl-Dietrich Bracher*, Stufen der Machtergreifung, in: *ders. / Wolfgang Sauer / Gerhard Schulz*, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1960, S. 223.

4 *Hans-Ulrich Wehler*, Sozialimperialismus, in: *ders.* (Hrsg.), *Imperialismus*, Köln/Berlin 1970, S. 83 – 100.

5 So z. B. *Klaus Hildebrand*, Hitlers Ort in der deutschen Geschichte des preußisch-deutschen Nationalstaates, in: *HZ* 217, 1973, S. 584 – 632 und in seinem weiter unten annotierten Aufsatz in: *Sozialgeschichte Heute*; ferner *Gilbert Ziebura*, ebda.

6 *Franz Neumann*, *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism 1933 – 1944* (zuerst 1942, Rev. Edition 1944), New York / Evanston 1963. Zur Wirkungsgeschichte siehe zuletzt *Gunnar Stollberg*, Der vierköpfige Behemoth. Franz Neumann und die moderne Auffassung vom pluralistischen Herrschaftssystem des Faschismus, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 6, Frankfurt 1976, S. 92 – 117, zur Biographie Neumanns siehe *Ernst Fraenkel*, Gedenkrede auf Franz L. Neumann, in: *ders.*, Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie, zusammengest. und eingel. von *Falk Esche* und *Frank Grube*, Hamburg 1973, S. 168 – 179.

7 Am wichtigsten erscheint der Rückgriff auf die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs »Sozialimperialismus«, die *Neumann* zu Recht als »imperialistic policy desired by and for the working classes« wiedergibt (S. 212). Verwandt wurde der Begriff in diesem Sinne unter Rückgriff auf Diskussionen in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie in den Jahrzehnten zwischen 1890 und 1910 – zur polemischen Qualifizierung der internationalen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg als Synonym für »Sozialchauvinismus« – z. B. von *Lenin* in: Die Ergebnisse der Diskussion über Selbstbestimmung (Juli 1916), in: *ders.*, Werke, Bd. 22, Berlin – DDR 1961, S. 326 – 368, S. 340, 367. In diesem Sinne wird auch allein die Benutzung des Begriffs in der aktuellen innerkommunistischen Auseinandersetzung zwischen den chinesischen und sowjetischen Kommunisten verständlich, die Bedeutung, die *Wehler* ihm gibt, ist dagegen verwirrend. Im Blick auf die Diskussion um die Kontinuität in der deutschen Geschichte wäre »Sozialimperialis-

die aktuelle Forschung stimulierenden Wert⁸. Auch der Autor selbst weist ihnen eher die Funktion zu, »gewisse Unterströmungen und schüchterne Revisionsbestrebungen in der deutschen Geschichtswissenschaft der 1920er Jahre« zu dokumentieren (Zur Einführung, S. 10). Bemerkenswert erscheint vor allem der autobiographische Kommentar, mit dem Hans Rosenberg die erneute Publikation seiner Schriften dieser Zeit versehen hat (S. 7–17). Seine wissenschaftliche Frühzeit sei von der »Suche nach ›Weltanschauung‹ überschattet« gewesen (S. 10), er habe »sozusagen eine ›aristokratische‹ Betrachtungsweise des Kulturlebens durch eine ›demokratische‹ [...] ergänzen« wollen; die »Einschätzung der historischen Bedeutung« der »großen schöpferischen Denker und die Originalität, Tiefe oder gar ›Schönheit‹ ihrer Ideen« seien ihm fragwürdig geworden (ebda.) und damit zugleich auch die an der Nachzeichnung der schöpferischen Individualität orientierte Konzeption einer Geschichtswissenschaft, die von jüngeren Historikern mit dem Namen Friedrich Meinecke und dem Begriff »Historismus« assoziiert wird. Mit dem, was ihm vorschwebte, »eine Verbindung von Geistesgeschichte, Sozialgeschichte und politischer Gesinnungs- und Parteilgeschichte«, sei er jedoch »auf halbem Wege stehen« geblieben (S. 11).

Diese selbstkritische Bescheidenheit mag auf die ersten Ergebnisse dieser Bestrebungen, die erneut vorgelegten Aufsätze, zutreffen; dem naiven, über die Forschungsgeschichte nicht orientierten Leser der 70er Jahre mögen die Neuakzentuierungen der ausgehenden 20er Jahre als Selbstverständlichkeiten vorkommen, nichtsdestoweniger ist das von Rosenberg zunächst anvisierte Ziel nach wie vor in der Regel nicht erreicht, obwohl – darauf wird weiter unten einzugehen sein – es zur Beantwortung bestimmter systematisch orientierter Fragen unaufgebar ist. »Auf halbem Wege stehen« geblieben kann sich also nur beziehen auf die von Rosenberg selbst erwähnte Verschiebung seiner Forschungsinteressen, auf die Befestigung seines »wissenschaftlichen Zielbewußtseins« – Vorgänge, die von der Gewinnung »größerer Klarheit über den Standort« seines »sozialen und politischen Denkens und dessen Konsequenzen für die historische Themenwahl und Urteilsbildung« (S. 12) begleitet waren. Das Ergebnis dieser Umorientierung war die Rezeption und Anwendung wirtschaftswissenschaftlicher Modelle in der Historie, insbesondere die Beschäftigung mit Wachstumszyklen und Konjunkturabläufen⁹. Eine dezidierte Formulierung seines »Standorts« hat Rosenberg jedoch sowohl in seinen wissenschaftlichen Publikationen als auch in seinen autobiographischen Bemerkungen vermieden. Es gibt Indizien dafür, daß sich dieser »Standort« mit seinen »Konsequenzen« noch zwischen den 50er und ausgehenden 60er Jahren verschoben hat¹⁰.

mus« eher zu beziehen auf die Ziele der Arbeiterbewegung als auf die Ziele derer, die der Arbeiterbewegung zuvorkommen suchten. Im übrigen wäre zu prüfen, wie weit der von *Newmann* dargelegte Zusammenhang zwischen »social« und »racial imperialism« durch die neueren Forschungen insbesondere *Hildebrands* als überholt zu bezeichnen ist.

8 Es handelt sich um folgende Beiträge: Theologischer Rationalismus und vormärzlicher Vulgär-liberalismus (S. 18 – 50); Geistige und politische Strömungen aus der Universität Halle in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (S. 51 – 68); Zur Geschichte der Hegelauffassung (S. 69 – 96); Arnold Ruge und die »Hallischen Jahrbücher« (S. 97 – 114); Gervinus und die deutsche Republik. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte der deutschen Demokratie (S. 115 – 127). – Neben den von Rosenberg selbst erwähnten neueren Studien zu diesen Themen sei hier noch verwiesen auf *Horst Stuke*, Philosophie der Tat. Studien zur »Verwirklichung der Philosophie« bei den Junghegelianern und den Wahren Sozialisten, Stuttgart 1963, *Hermann Lübke*, Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte, Basel/Stuttgart 1963 (zu den Rechtshegelianern).

9 Siehe dazu seine Studie: Die Weltwirtschaftskrise von 1857 – 1859, Stuttgart/Berlin 1934, Neuausg. Göttingen 1974.

10 Siehe den Hinweis von *Gerhard Schulz* in: *Sozialgeschichte Heute*, S. 101 f. auf die Änderung des Titels des Aufsatzes von *H. Rosenberg* über: Die »Demokratisierung« der Rittergutsbesitzerklasse, in: *Zur Geschichte und Problematik der Demokratie*, hrsg. von *Wilhelm Berges* und *Carl Hinrichs*, Berlin 1958, S. 459 – 488, in: *Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse*, in: *ders.*, Probleme einer deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt 1969, S. 7 – 50.

III.

Mit Recht hat *H.-U. Wehler* im Vorwort zur Festschrift für Hans Rosenberg dessen innovative Wirkung für die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft an dem Buch über »Große Depression und Bismarckzeit«¹¹ demonstriert: »Endlich wurde der Versuch gemacht, von dem allgemeinen Reden über ›die‹ Industrialisierung in Deutschland wegzukommen und stattdessen Begriffe und Erklärungsmodelle der internationalen Wachstums- und Wirtschaftsgeschichte anzuwenden. [...] Was vor allem zählte, war das bewußt unternommene Experiment, dessen Prämissen vorher offen dargelegt worden waren« (S. 19 f.). Doch stecken diese Sätze voller wissenschaftstheoretischer Probleme im Blick auf das bei Wehler implizierte Verständnis von Geschichte und Geschichtswissenschaft, wenn sie vereinbar sein sollen mit dem, was Wehler zufolge Hans Rosenberg in besonderem Maße auszeichnet: »wie wenige andere einer theoretisch klaren und differenzierten, aber zugleich streng an den Problemen der historischen Wirklichkeit orientierten Sozialgeschichte die Bahn gebrochen« zu haben (S. 9).

Es sei hier auf eine abstrakte Erörterung des Verhältnisses zwischen Theorie und »Problemen der historischen Wirklichkeit« verzichtet und stattdessen über die 33 Beiträge der Festschrift referiert, die insgesamt nach Ansicht des Herausgebers »vorwiegend sozialhistorische Studien über Sachfragen der modernen Geschichte seit dem 18. Jahrhundert« sind (ebda.). Ordnungsgesichtspunkte des Referats sollen dabei nicht der thematische Inhalt, sondern die Aussagestruktur der Aufsätze liefern. Unterschieden werden soll zwischen Kritik, Bericht/Illustration und Problematisierung, wobei die Möglichkeit zur Mehrfachzuordnung der einzelnen Beiträge von vornherein zugestanden wird.

Die Problematik der Unterscheidung kann bereits beim ersten Beitrag deutlich werden. Schon im Titel »Frühe Sozialwissenschaft als Ideologie des kleinen Bürgertums: John Millar of Glasgow, 1735–1801« (S. 22–48) formulieren *Hans Medick* und *Annette Leppert-Fögen* eine These, die sowohl Bericht und Illustration als auch Kritik meinen kann. Millar gilt den Verfassern zu Recht als ein Hauptrepräsentant früher aufklärerischer Sozialwissenschaft (S. 22) mit ihrem erst im Nachhinein als utopisch qualifizierbaren Zielmodell einer Gesellschaft kleinkapitalistischer Warenproduzenten, und insofern kommt diesem Beitrag eher illustrierende Funktion zu. Da dieser Sachverhalt jedoch von Autoren, die Millars Auffassungen in Monographien rekonstruiert haben, nicht erkannt oder nach Leppert-Fögens und Medicks Ansicht nicht genügend betont worden ist, wird der Beitrag hier der Gruppe Kritik zugeordnet. Kritisiert wird dabei eine Vorstellung über Millar, die heute greifbar ist. Mittel und Stütze der Kritik sind auch einige erstmals als Schriften Millars verifizierte anonyme Publikationen.

Auf eine Kritik und Korrektur heute gängiger Vorstellungen zielt explizit *Friedrich Zunkels* Schilderung der »Rolle der Bergbaubürokratie beim industriellen Ausbau des Ruhrgebiets 1815–1848« (S. 130–147), in der Zunkel anhand zahlreicher dokumentierter Fälle auf die Initiativen und Innovationen hemmende, administrativ bevormundende Praxis der preußischen Verwaltung in diesem Bereich hinweist – der Verwaltung, der häufig die nahezu ausschlaggebende Bedeutung für die Industrialisierung und Industrieförderung Preußens vor 1848 zugeschrieben wurde. In der ausgesprochenen Konsequenz, weniger in der gegebenen systemtheoretischen Begründung, und in der Anlage des Aufsatzes ist auch *William H. Sewells* Beitrag »Etat, Corps, and Ordre: Some Notes on the Social Vocabulary of French Old Regime« (S. 49–68) der Gruppe Kritik zuzuordnen; auch er zerstört die Gültigkeit gängiger, zu Formeln erstarrter Aussagen – in diesem Fall über vergangene

11 *Hans Rosenberg*, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.

Sozialverhältnisse und deren als mit dem zeitgenössischen Verständnis in Einklang begriffene hierarchische Struktur¹².

Als eher direkte Kritik, ähnlich wie Zunkel, begründet *Frederick D. Marquardt* seine Studie »A Working Class in Berlin in the 1840's?« (S. 191–210), in der es darum geht klarzustellen, »that it bears out the general line of argument developed by the Conze school, but requires that the interpretation be recast to take into account the reality – already recognized, in one form, in East Germany works – of a comprehensive, objectively demarcated, and deeply hostile working class« (S. 193). Auf die Stichhaltigkeit dieser Kritik hier einzugehen, würde den Rahmen dieser Rezension sprengen¹³. Dasselbe gilt für *Gustav Schmidts* Essay »Politischer Liberalismus, ›Landed Interests‹ und Organisierte Arbeiterbewegung. Ein deutsch-englischer Vergleich« (S. 266–288), in dem Schmidt mit Hilfe des Vergleichs die mit politisch-moralischem Tadel belastete Geschichtsschreibung über die Entwicklung der liberalen Parteien im Bismarckreich einer Revision unterzieht, die die Politik der Liberalen Resultat der strukturellen Gegebenheiten werden läßt: In der politisch-ökonomischen Konstellation der 1870er Jahre, gekennzeichnet durch die interessenmäßige Konkurrenz und Gegnerschaft zwischen dem Sozialkonservatismus Bismarckscher Prägung und der lassalleanischen Arbeiterbewegung, habe eine Entwicklung analog der meist als Vorbild und historische Möglichkeit dargestellten englischen nicht Platz greifen können.

Der Gruppe Bericht/Illustration eindeutig zuzuordnen sind zwei Beiträge über die österreichische Geschichte: *Helen P. Liebel-Weckowicz*s Aufsatz über »Count Karl v. Zinzendorf and the Liberal Revolt against Joseph's II. Economic Reforms. 1783–1790« (S. 69–85) und *Herbert Matis'* Überblick über »Sozioökonomische Aspekte des Liberalismus in Österreich 1848–1918« (S. 243–265). Mehrere Beiträge, die sich mit Gruppen und Institutionen im vormärzlichen Deutschland, meist in Preußen, beschäftigen, sprengen dagegen im Ergebnis diese Zuordnung. *Peter Lundgreen* skizziert als Konsequenz seiner Studie über »Gegensatz und Verschmelzung von ›alter‹ und ›neuer‹ Bürokratie im Ancien Régime: Ein Vergleich von Frankreich und Preußen« (S. 104–118) eine ›abstrakte Ebene‹, auf der auch in Frankreich eine konservative Modernisierung, ähnlich wie in Preußen, angelegt war, die in der gegebenen Konstellation der politischen Institutionen und ihrer Verankerung in sozialen Gruppen und Klassen jedoch eben nur eine abstrakte, aus geschichtswissenschaftlichem Interesse und entsprechendem »Ansatz« gewonnene Ebene blieb¹⁴.

Einen expliziten Rückbezug auf die historisch-soziologische Theorie und Forschungsstrategie weist der Beitrag *Willerd R. Fanns* über »The Rise of the Prussian Ministry, 1806–1827« (S. 119–129) nicht auf, in dem die Entwicklung der Institution der preußischen

12 *Sewell* bezieht seine Forschungen in Anlehnung an T. Parsons allein auf ein ausgrenzbares Teilsystem »Kultur« der untersuchten Gesellschaft. Für die Geschichtswissenschaft scheint dagegen ein umfassenderer Kulturbegriff, wie ihn Sidney Verba u. a. benutzen, brauchbarer. Die Relevanz der Sewellschen Ergebnisse wäre durch solch einen erweiterten Bezug keineswegs gemindert. Zu diesem Kulturbegriff siehe *Political Culture and Political Development*, ed. by *Lucian W. Pye* and *Sidney Verba*, Princeton 1965.

13 Die »Conze-Schule«, besonders Werner Conze, Frolinde Balser und Wolfgang Schieder, lassen die Frage offen, ob es in den beiden Jahrzehnten vor 1850 bereits eine Arbeiterklasse gegeben habe, während Historiker der DDR diese nachzuweisen suchen. Eine begründete Stellungnahme zu Marquardts Studie würde eine Diskussion seines sich am Selbstbewußtsein orientierenden Klassenbegriffs voraussetzen.

14 Zu diesem »Ansatz« vgl. *Hans-Ulrich Wehler*, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975. Bemerkenswert im Blick auf die Reichweite dieses »Ansatzes«, der zwar Potentiale für Prozesse aufdecken, die Prozesse selbst aber nicht erklären kann, ist, daß die Möglichkeit konservativer Modernisierung in Frankreich revolutionär eingeschränkt wurde, und *Lundgreens* Feststellung, daß es zur Freisetzung der Potentiale für die konservative Modernisierung in Preußen erst der politischen »Katastrophe« bedurfte. Spätestens bei solcher Gelegenheit dürfte die Relevanz der Ereignisgeschichte für eine Sozialgeschichte als Strukturgeschichte deutlich werden.

»Ministerien« von Instrumenten der »Revolution von oben« zu politisch-historischen Faktoren der Stabilisierung antiliberaler Bestrebungen nachgezeichnet wird. Basis dieser Beurteilung ist die Identifikation mit Positionen, die in der zeitgenössischen politisch-publizistischen Auseinandersetzung eingenommen wurden. Während diese Urteilsgewinnung der Zunkels ähnelt, bedient sich *James J. Sheehan* eines ähnlichen Verfahrens wie *William H. Sewell*, um in seinem Aufsatz »Partei, Volk, and Staat: Some Reflections on the Relationship between Liberal Thought and Action in Vormärz« (S. 162–174) aus Widersprüchen und Inkonsistenzen der politisch-konzeptionellen Argumentation bzw. Theorie die Unfähigkeit der Liberalen zu erklären, »to fight free of the coils of the state and realize the promise of a participiant nation, willing and able to define and achieve its own political destiny« (S. 170). Solche Sätze deuten ein bestimmtes, nicht formuliertes Vorverständnis von dem dargestellten Sachverhalt an, das für die Themenwahl und Methode zentral zu sein scheint. Dies ließe sich auch für *Robert M. Biglers* informationsreichen Überblick »The Social Status and Political Role of the Protestant Clergy in Pre-March Prussia« (S. 175–190) nachweisen, dem auf wenigen Seiten ein subtil gezeichnetes Porträt der königstreuen, antirepublikanischen preußischen Kirche gelingt, das in Frage zu stellen eine intensive Kenntnis der geschilderten Einrichtung und der sie umgebenden Verhältnisse erfordert. Eher historisch-genetisch aufklärend und illustrierend verfährt dagegen *Dirk Blasius* in seiner Studie über den »Kampf um Geschworenengerichte im Vormärz« (S. 148–161), die bisher kaum untersuchte Momente der Entstehung der »bürgerlichen Gesellschaft« und des »Rechtsstaats« thematisiert und den Rechtsstaat als Ergebnis der Durchsetzung von Interessen der besitzenden Schichten plausibel macht. Dies ermöglicht auch, die auf den ersten Blick nur schwer identifizierbare Interessenbindung der theoretisch-prinzipiellen Argumentation der zeitgenössischen Intellektuellen zu entdecken.

In allen vorgenannten Beiträgen werden mehr oder minder umfänglich das Selbstverständnis der untersuchten Gruppen und ihre Wahrnehmung der sie umgebenden Umwelt dargestellt. Kaum eine Studie verfährt dabei in dem Maße personalisierend wie *Dieter Groh*, der unter dem Titel »Revolutionsstrategie und Wirtschaftskonjunktur« (S. 354–364) das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie in den 1870er und 1880er Jahren aus der Perzeption der Situation und der theoretischen Argumentation, wie sie sich in einigen markanten Äußerungen führender Funktionäre spiegelt, erklären will¹⁵. Daß die Geschichte von »Denkströmungen«, die in diesem wie in den zuvor annotierten Aufsätzen überwiegend thematisiert wird, nicht in diesem Maße personalisiert werden muß, ließe sich an den Studien *Shulamit Angel-Volkovs* über »The Social and Political Function of Late 19th Century Anti-Semitism: The Case of the Small Handicraft Masters« (S. 416–431) einerseits und *Helmut Böhmes* Aufsatz »Bankenkonzentration und Schwerindustrie, 1873–1896. Bemerkungen zum Problem des »organisierten Kapitalismus«« (S. 432–451) andererseits zeigen. Während *Angel-Volkovs* Analyse darauf zielt, den Zusammenhang zwischen dem Bewußtsein bzw. der Ideologie und dem Verhalten einer sozialen Gruppe in einer bestimmten ökonomischen Situation zu beschreiben, setzt sich *Böhme*, darin formal ähnlich wie *Schmidt* verfahrend, dafür ein, mit Hilfe der Analyse des Verhaltens von Einzelakteuren bestehende Generalisierungen, in diesem Fall die mehr oder minder vagen Vorstellungen vom »Organi-

15 Für *Grohs* Argumentation zentral wäre die Fundierung der Behauptung, »die Masse der Parteimitglieder« habe in der großen Depression die Prognose von Marx bestätigt gesehen, daß die bürgerliche Klasse ihrem Ende entgegensehe. Abgesehen von der Frage nach der Intensität der Verbreitung Marxscher Anschauungen (siehe dazu den Beitrag von *Dieter Langewiesche / Klaus Schönhoven*, Arbeiterbibliotheken und Arbeiterlektüre im Wilhelminischen Deutschland, in diesem Band, S. 135 ff.) wäre zu prüfen, wie dies mit der Erfahrung des steigenden Reallohns, die *Groh* erwähnt, in Einklang zu bringen ist. Ferner ist an die von *Groh* ausgeblendete Problematik des mit dem Ende des Sozialistengesetzes aufkommenden Revisionismus und Reformismus zu erinnern.

sierten Kapitalismus«, zu überprüfen, die er zu Recht als modellartige theoretische Konstruktion aufgrund weniger Indizien ansieht (vgl. dazu die Bemerkungen zum Beitrag von Puhle weiter unten). Böhme kann anhand mehrerer Vorgänge deutlich machen, daß das Verhalten einzelner Industrie- und Finanzunternehmen vor allem aus betriebswirtschaftlicher Kalkulation resultierte, die mit den eher volkswirtschaftlichen Überlegungen, zu denen das Modell des »Organisierten Kapitalismus« gezählt werden muß, nicht ohne weiteres zur Deckung zu bringen ist.

Akzentuiert wird hier der jeweils das Handeln einer Gruppe, einer Institution oder eines Einzelakteurs entscheidend determinierende Wahrnehmungs- und Bezugshorizont, der aus ihrer Stellung in der politisch organisierten Wirtschaftsgesellschaft resultiert. Welche Konsequenzen das Problem, daß diese Gesellschaft offensichtlich insgesamt nicht auf einen zulänglichen Kurzbegriff gebracht werden kann, daß gleichwohl ein entsprechendes zumindest vages Vorverständnis besteht, für die geschichtswissenschaftliche Darstellung hat, läßt sich an drei Aufsätzen, die z. T. den gleichen Zeitraum behandeln, zeigen. *Elaine Glovka Spencer* entwirft in ihrem Beitrag »Business, Bureaucrats, and Social Control in the Ruhr, 1896–1914« (S. 452–466) das Bild einer trotz gelegentlicher Mißverständnisse »anti-democratic alliance of public administrators and private employers« (S. 463), die 1914 ebenso stark und ungebrochen war wie in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts. Dieses generalisierende Porträt eines Verhältnisses ist nicht gestützt auf quantifizierende Untersuchungen und nicht orientiert an einem entsprechend formulierten Modell, wohl aber – ähnlich wie der Aufsatz von Bigler – an einer eher impliziten Leitlinie, die sich als Sympathie mit den an Demokratie Interessierten beschreiben ließe. Eine andere Leitlinie wählt *Lawrence Schofer* in seiner Studie »Modernization, Bureaucratization, and the Study of Labor History: Lessons from Upper Silesia, 1865–1914« (S. 467–478). Schon im Titel kommt hier eine forschungsbezogene, gewissermaßen didaktische Tendenz zum Ausdruck, die die Illustration der Produktionsverhältnisse und der Arbeitersituation in Oberschlesien nicht Selbstzweck sein läßt oder sie auf eine mehr oder minder eindeutig formulierte Entwicklungslinie deutscher Geschichte oder auf ihr zugehörige Schlüsselereignisse bezieht, sondern auf die theoretisch-analytische Kategorie der »Modernisierung«, die allerdings allein an der deutschen Geschichte exemplifiziert wird (vgl. S. 467). *Klaus Saul* dagegen wählt den Typ der gewissermaßen klassischen Geschichtserzählung, um das Verhältnis von »Staatsintervention und Arbeitskampf im Wilhelminischen Reich, 1904–1914« (S. 479–494) zu illustrieren. Gestützt auf eine intime Kenntnis der erreichbaren Archivalien und der zeitgenössischen Publizistik werden hier Ereignisabläufe so ausgewählt, daß die exemplarische Zusammenstellung der Detailinformationen über das Verhalten der einzelnen politischen und sozialen Akteure eine Anschauung von der Gesamtsituation entstehen läßt, ohne daß dafür ein expliziter theoretischer Rahmen bemüht wird. Mit der Verwendung des Begriffs »Staatsintervention« im Titel mag allerdings angedeutet sein, daß der Verfasser nicht einem Historismus im Sinne des illusorischen Versuchs, eine Zeit »aus sich heraus sprechen« zu lassen, huldigt.

Lediglich über die wissenschaftstheoretisch zu ermittelnden politischen Implikationen der zentralen Kategorien zur statistischen Erfassung und Ordnung der Daten ließe sich auch für die Abhandlung »Die konjunkturelle Entwicklung der deutschen Wirtschaft 1840 bis 1864« von *Reinhard Spree* und *Jürgen Bergmann* (S. 289–325) ein leitendes Interesse ermitteln. Die Autoren sind bei ihren Bemühungen erklärtermaßen (S. 321) zu keinen umfassend neuen Ergebnissen, wohl aber zu Spezifikationen älterer Forschungserträge, u. a. derer Hans Rosenbergs¹⁶, gelangt, die allerdings angesichts der funktions- und horizontgebundenen Kalkulation und Handlungsweise der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen

16 Siehe oben Anm. 9.

einen erheblichen Erklärungswert besitzen. Ähnlich bleibt auch *Hartmut Kaelbles* vergleichender Forschungsbericht »Sozialer Aufstieg in den USA und Deutschland, 1900–1960« (S. 525–542) auf einer formal diskutierenden Ebene. Das Modell der »offenen« Gesellschaft, auf das sich seine Analyse bezieht, hat zwar zweifellos eine politisch-praktische Dimension, ihr gegenüber bleibt jedoch der allein untersuchte Aspekt der »Aufstiegschancen und Aufstiegsmobilität« neutral. Festgestellt werden eine relative Konstanz der insgesamt von mehr Durchlässigkeit geprägten sozialen Schichtung in den USA seit Beginn dieses Jahrhunderts und ein besonders in der Weimarer Republik sich zeigender verstärkter Aufstieg von Arbeitern in Angestellten- und Beamtenberufe, nicht aber in die akademisierte obere Mittelschicht. Die Gründe für die Unterschiede trotz Annäherung der deutschen bzw. nach 1945 westdeutschen Gesellschaft an amerikanische Verhältnisse, ohne daß eine Angleichung stattfindet, bleiben letztlich offen. Hier wäre man, wie Kaelble feststellt, auf die vergleichende historische Untersuchung der beiden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systeme angewiesen. Ein solcher Vergleich allerdings hätte das Zielmodell der »offenen« Gesellschaft zu problematisieren, um geeignete Maßstäbe zu finden¹⁷. Die relative Beschränktheit isolierter Parameter für sozialhistorische Veränderungen macht *Peter Christian Witts* Aufsatz »Finanzpolitik und sozialer Wandel. Wachstum und Funktionswandel der Staatsausgaben in Deutschland, 1871–1933« (S. 565–574) deutlich, in dem Witt die Staatsausgaben nach Staatsfunktionen zusammenstellt. Zwar reflektieren die Staatsausgaben in der Tendenz gewandelte Staatsfunktionen und damit sich verändernde Sozialverhältnisse. Aussagekraft gewinnen entsprechende Übersichten jedoch nur bei Kenntnis der situations- und dispositionsbedingten Besonderheiten, z. B. der Entschuldung der öffentlichen Haushalte durch die Inflation in den Jahren 1922/23.

Während diese Untersuchungen zumindest implizite quantitativ formulierbare Modelle voraussetzen, wählt *Gerald D. Feldman* einen Bezug, der eher am Eigenanspruch der untersuchten Gruppe bzw. Institution orientiert ist, verknüpft diesen allerdings lose mit generellen historisch-politischen Einschätzungen. In seiner »Case Study in the Operation of German »Collectivist Capitalism«, die den »Collapse of the Steel Works Association, 1912–1919« (S. 575–593) untersucht, bezieht er sich auf den Stolz deutscher Geschäftsleute und die Reputation des »German industrial capitalism« im Blick auf ihren bei der ausländischen Konkurrenz besorgniserregenden Grad an Organisiertheit. In Anlehnung an Hans Rosenberg identifiziert er diese Organisiertheit mit »Collectivist Capitalism« als Kennzeichen der Verfassung der deutschen Privatindustrie seit der Zeit um die Jahrhundertwende und stellt die zeitgenössische These von der autonomen Funktionsfähigkeit dieses Organisationsystems am Einzelbeispiel in Frage, indem er auf innere Widersprüche und Unfähigkeit zu eigenständiger, d. h. staatsunabhängiger Lösung der Probleme hinweist. Wenn Feldman dies auch nicht in den Vordergrund rückt – im Ergebnis bleibt seine Studie letztlich allein auf der Ebene der historisierenden Ideologiekritik stehen, denn der als Ansatzpunkt gewählte Eigenanspruch kann leicht als ideologische Norm identifiziert werden, die innerhalb eines meist nicht explizierten größeren Zusammenhangs galt. Die Reichweite des Feldmanschen Ansatzes wird bei einem Vergleich mit *Dirk Stegmanns* Ausführungen zur »Silverberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration« (S. 594–610) deutlich. Am Beispiel der Auseinandersetzung zwischen den Industrie-Verbandsspitzen um ein Sich-Einrichten in der Weimarer Republik unter Bedingungen des »Organisierten Kapitalismus« wird hier das Gewicht mit Parteipolitik verknüpfter politischer Optionen anschaulich. Durchgesetzt hat sich die gegen eine Aufwertung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften eingestellte und für eine Rückkehr zu vorrepublikanischen Verhältnissen

¹⁷ Sie dürften auf der Ebene der »abstrakten Gesellschaft« liegen, die Karl R. Popper, der Philosoph der »Offenen Gesellschaft«, zur Verdeutlichung skizziert hat; siehe *Karl R. Popper, Der Zauber Platons. Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. 1, Bern/München 1957, S. 234 ff.

auftretende Gruppe der Unternehmer; der mit Silverberg sympathisierende Flügel, der Stresemanns wirtschaftsordnungspolitisches Konzept stützte, unterlag. Die unverkennbare Tendenz zur »Restauration« bei den Unternehmern erscheint allerdings in einem weniger denunzierenden Licht, wenn berücksichtigt wird, daß mit dem »Organisierten Kapitalismus« bei den Gewerkschaften zu dieser Zeit bereits, wenn auch nicht mit der Intensität der Jahre ab 1927/28, die Strategie bzw. das Kalkül der Überwindung des Kapitalismus durch »Wirtschaftsdemokratie« verbunden war; in Verbindung mit der Lenkung der Exekutive durch die Sozialdemokratie wäre dann »Sozialismus« möglich – d. h. planmäßige Organisation der Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Produzenten.

Diese strategischen Implikationen, die für den Schöpfer des Begriffs »Organisierter Kapitalismus«, Rudolf Hilferding, mit seiner Analyse verbunden waren, sind bisher bei der Thematisierung des Problems in der Geschichtswissenschaft kaum intensiv reflektiert worden¹⁸. Zu Recht weist *Hans-Jürgen Puhle* in seinen Überlegungen über »Aspekte der Agrarpolitik im »Organisierten Kapitalismus«. Fragen und Probleme vergleichender Forschung« (S. 543–564) auf das generelle Defizit an Reflexion in diesem Zusammenhang hin und will »organisierten Kapitalismus« nur als »Arbeitsbegriff« benutzen, der erlaube, sich zu unterschiedlichen Zeiten ausprägende Entwicklungen zu vergleichen. Trotz eines Definitionsversuchs¹⁹ bleibt als Charakteristikum von »organisiertem Kapitalismus« allein seine Differenz gegenüber dem Modell des »Konkurrenzkapitalismus«: die organisatorisch gebundene Interessenvertretung von Produzenten (im Sinne von Unternehmern) und »Staatsintervention«, d. h. Stützung dieser Interessen, wobei die jeweilige politische Gesamtverfassung ein unterschiedliches Maß an Interessendurchsetzung und -befriedigung ermöglicht²⁰. Diese beiden Komplexe jedenfalls scheinen nach der Übersicht Puhles als Parameter auszureichen, und es bedürfte angesichts der Unbestimmtheit der formalen Definition gar nicht erst des Begriffs des »Organisierten Kapitalismus«, es sei denn, er würde, Puhles Praxis entsprechend, als vager sozialhistorischer Epochenbegriff zur Untergliederung der Geschichte kapitalistischer Gesellschaften benutzt. In dieser Epoche wäre – bezogen auf Deutschland, Frankreich und die USA – von einer abnehmenden ökonomischen (und damit auch politischen) Bedeutung der Landwirtschaft zu reden, ferner von einer staatlichen Stützung der Einkommen im Agrarsektor durch verschiedene Maßnahmen (Subventionen, Schutzzölle, Preisgarantie), die vor allem den Großproduzenten zugute kamen und die nicht, wie in Ländern mit geringerer Agrarprotektion bei gleichzeitig niedrigerem Industrialisierungsgrad (Dänemark, Niederlande), mit gezielter Innovationsförderung ver-

18 Siehe dazu zuletzt den diesen Zusammenhang nur schwach betonenden Beitrag von *Robert A. Gates*, Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929 – 1933, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, S. 190 – 205. Für einen Überblick vgl. *Rudolf Kuda*, Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie, in: *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, hrsg. von *Heinz Oskar Vetter*, Köln 1975, S. 253 – 274.

19 »Organisierter Kapitalismus« meint an dieser Stelle zunächst nur im Sinne eines operationalen Idealtyps ein System wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Interaktion, in dem nicht nur aufgrund der Bedrohung durch die Ungleichmäßigkeiten wirtschaftlichen Wachstums und die Konjunkturen Handels- und Industriekapital sich verflechten, sondern unter strikter Beibehaltung des kapitalistischen Prinzips der privaten Aneignung der Gewinne, die einzelnen Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft, Industrie und privater tertiärer Sektor) *untereinander* ebenso wie *mit* den regulierenden, verwaltenden und in verstärktem Umfang auch dienstleistenden Agenturen der Staatsmacht enger verklammert werden, das Marktprinzip zunehmend durch das Organisationsprinzip ersetzt wird und der Staat eine unvollkommen bleibende, aber wachsende Tendenz zur Lenkung der Wirtschaft und zur Intervention in die Gesellschaft entwickelt, was wiederum zurückwirkt auf die politischen Institutionen und Konsultationsmechanismen wie auf die Organisationsform privater Interessen und in den Bereich der politischen Öffentlichkeit« (S. 544).

20 Zur Problematik des »Organisierten Kapitalismus« auch unten S. 619.

bunden waren. Allerdings verbinden sich für Puhle mit der Wahl des »Arbeitsbegriffes« »organisierter Kapitalismus« erkenntnisleitende Interessen, die darauf basieren dürften – sie werden nicht bezeichnet –, auch die heute bestehenden sozialökonomischen Verhältnisse als »organisierten Kapitalismus« zu identifizieren und zumindest zu seiner Demokratisierung beizutragen. Wie weit seine Untersuchungsergebnisse entsprechende Tendenzen stützen können, sei hier nicht diskutiert.

Dieser Bezug auf eine Gegenwart, die in bruchloser Tradition zu den untersuchten Verhältnissen steht, unterscheidet Puhles Aufsatz von den problematisierenden Betrachtungen, die *Gerhard Schulz* unter dem Titel »Deutschland und der preußische Osten. Heterologie und Hegemonie« (S. 86–103) anstellt und die Verhältnissen »einer endgültig abgeschlossenen Vergangenheit« gelten: der »Zwischenphase« preußisch-deutscher Geschichte in dem Zeitraum 1807 bis 1933. Ansatzpunkt ist für Schulz das Ende des 1. Reiches, die Ablösung seines Universalanspruches durch die russische und französische Hegemonie und die dadurch reaktivierte »Spannungsbeziehung zwischen West- und Osteuropa« (S. 87). Diese Spannungsbeziehung hätte das Bismarck-Reich nicht aufzuheben vermocht. Auf vielen Sektoren skizziert Schulz die politischen, wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Unterschiede zwischen dem preußischen Osten und dem von französischen Einflüssen geprägten Westen (selbst in den preußischen Provinzen), um zu dem Ergebnis zu gelangen, daß »die preußisch-deutsche Periode der deutschen Geschichte doch nur der Anfang eines langwierigen und von starken Verteidigungspositionen geführten zähen Rückzugskampfes gegen eine auf die Dauer schwerlich noch aufzuhaltende moderne Entwicklung [war], vor der die Verfassung die politisch führende Schicht Ostelbiens abzuschirmen versuchte« (S. 100 f.). So sehr diese Argumentation in den angeführten Belegen zutreffend ist, bleibt sie in der Bündelung und Konsequenz doch Produkt der Ausgangsthese von der Abgeschlossenheit dieser Phase – einer These, deren politische Implikationen zu entfalten sich lohnen würde, um für den Westen Deutschlands die Möglichkeit einer von der preußisch-deutschen sich abhebenden eigenen Tradition zu erörtern. In diesen Diskussionszusammenhang würden auch *Michael Stürmers* politisch-historische Überlegungen über »1848 in der deutschen Geschichte« (S. 228–242) gehören, die im Scheitern der 48er Revolution historische Logik wirken sehen (S. 238), weil die Revolution mit ihren Parolen »Freiheit« und »Einheit« unter den gegebenen inneren politischen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen und den äußeren Bedingungen des europäischen Gleichgewichts nicht habe erfolgreich sein können. Der deutsche Nationalstaat sei schließlich durch »Blut und Eisen« (Bismarck) durchgesetzt worden, ohne jene Wendung herbeizuführen, die die Revolution in ideologischem Überschwang postulierte und an der sie scheiterte.

Manche Argumente, die Stürmer zur Stützung seiner These anführt, finden sich – von der Erörterung der internationalen Konstellation abgesehen – auch in *Heinrich August Winklers* weitgespannten Bemerkungen »Zum Verhältnis von bürgerlicher und proletarischer Revolution bei Marx und Engels« (S. 326–353). Das Scheitern der Revolution von 1848 legte Marx den Schluß nahe, daß nur die tendenziell gewaltsame sozialistische Revolution in Deutschland bewirken könne, was die bürgerliche hätte leisten sollen. Winklers Darlegungen allerdings beziehen sich auf die Frage, inwieweit Marx und Engels, »die Begründer der heute wirksamsten Gesellschaftstheorie«, der bürgerlichen Revolution »einen Modellcharakter für die Revolution des Vierten Standes beigemessen« haben und wie begründet ihre Analogieschlüsse waren (S. 326). Die Antwort kann weder bündig zusammengefaßt werden, noch kann – von einigen kleineren sachlichen Korrekturen abgesehen²¹

21 Z. B. müßte wohl erwähnt werden, daß Marx die Passagen über die Produktivassoziationen auch als Zugeständnis an die entsprechende starke französische und englische Tradition in bezug auf diese Organisationsform der Wirtschaft in die Inaugural-Adresse der IAA hineinformulierte und sie selbst eben nicht feierte, wie *Winkler* (S. 335) nahelegt; vgl. Hinweise bei *Julius Brauntal*, *Geschichte der Internationale*, Bd. 1, Hannover 1961, S. 114 – 116.

– eine bündige Kritik formuliert werden. Denn diese Kritik hätte zunächst die Frage nach der Legitimität idealtypischer Verkürzung und Verdichtung (vgl. ebda.) zumindest Marxscher Äußerungen zu klären. Winklers Vorgehen ist methodologisch jenen Selektionsverfahren vergleichbar, die im Verlauf der Marx-Engels-Rezeption zur Ausprägung unterschiedlicher Marxismen führten. Eine Kritik der heute »wirksamsten Gesellschaftstheorie«, wie sie offensichtlich intendiert ist, wäre wohl eher auf einer Ebene der argumentativen Legitimationsstrategien dieser Marxismen anzusiedeln. *Jürgen Kocka* hat mit seinem Aufsatz »Preußischer Staat und Modernisierung im Vormärz: Marxistisch-leninistische Interpretationen und ihre Probleme« (S. 211–227) zumindest für den Bereich der Historiographie, die zentrales Element dieser Strategien ist, ein Muster der Kritik geliefert, die – und darauf kommt es doch wohl an, wenn man Marx und Engels zubilligt, für die wissenschaftliche Analyse sozialer Konflikte und die Kritik von Ideologien die methodischen Grundlagen geschaffen zu haben (Winkler, S. 346) – den Dialog mit den anderen sich (auch) an Marx und Engels orientierenden Wissenschaftlern ermöglichen kann.

Die Beiträge Winklers und Kockas unterscheiden sich von denen Schulzes und Stürmers durch einen stärkeren Bezug auf »Theorie«. Im Falle Kockas ist dieser Bezug mit der Forderung nach einem »Forschung und Lehre flexibel leitenden und durch neue Quellen wie Diskussion modifizierbaren historisch-theoretischen Modell« (S. 221) der Vormärz-Zeit verbunden; angesichts der flexiblen Qualität, die für dieses »Modell« von vornherein gefordert wird, ist allerdings zu fragen, ob es konziser formuliert werden kann, als z. B. jene mit Faszination motivierte Problematisierung der preußisch-deutschen Geschichte, die Gerhard Schulz aufgeworfen hat, die, ohne daß dies ausführlich theoretisierend formuliert wird, die historische Dimension politischer Aktualität thematisiert. Zwar steht damit die Frage geschichtswissenschaftlicher Legitimation politischer Positionen zur Debatte, doch letztlich läßt sich auch die von Kocka vorgebrachte Kritik am »historisch-materialistischen Ansatz« auf solch eine politische Position zurückführen: Geht es doch um nichts anderes als um den Nachweis, daß es Staatsautonomie gegenüber den Klassen gab und gibt, was u. a. durch die Anerkennung bestimmter Motive in Staatsdiensten Handelnder der Vormärz-Zeit bewiesen werden soll²². Vor diesem Hintergrund ist dann die Frage nach der Differenz zwischen dem geforderten Theorie- bzw. Modellbezug und der Problematisierung unter dem Gesichtspunkt politischer Aktualität zu stellen – eine Frage, die sich an *Gilbert Zieburas* Formulierung »Sozialökonomische Grundfragen des deutschen Imperialismus vor 1914« (S. 495–524) exemplifizieren läßt. »Theorie« meint hier offensichtlich die »übergreifenden strukturellen Gemeinsamkeiten der Epoche« (S. 495), die angesichts der Datenflut empirischer Forschung kaum zu ermitteln sind. Wenn Ziebura jedoch einerseits zur »Weiterentwicklung der Theoriebildung« vorschlägt, der Unterscheidung zwischen »formellem und informellem Imperialismus« mehr Beachtung zu schenken und vor allem den Begriff des »informellen Imperialismus« optimal zu präzisieren, andererseits zu Recht feststellt, daß die internationale Dimension des Imperialismus in der Erforschung des deutschen bisher nicht hinreichend berücksichtigt sei, und zudem die vielfältigen Motive und Bezüge der einzelnen als imperialistisch qualifizierten Maßnahmen in den Vordergrund rückt, ohne alle diese Komponenten noch einmal systematisierend zusammenzufassen, liegt nahe, daß man über die Verwendung des Begriffs Imperialismus als vage Epochenbestimmung wohl kaum hinausgelangen wird, solange ein politisch-ideologischer Pluralismus besteht, der unterschiedliche Ausgangs- und Bezugs-

22 Siehe dazu besonders S. 220 f. – Trifft dieses Motiv der *Kockaschen* Kritik zu, müßte sie sich allerdings weniger gegen den »historisch-materialistischen Ansatz« allgemein richten – denn dieser »Ansatz« ist gerade offen für die von Kocka aufgeworfenen Probleme – als gegen seine politisch-institutionelle Sanktionierung in einer verengten Form, die aus seiner politischen Instrumentalisierung resultiert.

positionen für die analytische Strukturierung historischer Totalität liefert. Unter diesem Aspekt gesehen bleiben Zieburas »theorie«bezogene Darlegungen eine problematisierende Auflösung der sich in den letzten Jahren verfestigenden Vorstellungen vom deutschen Imperialismus als »Sozialimperialismus« (Wehler)²³; das »historische Individualitätsprinzip«, so läßt sich folgern, wird zur Auffüllung und Überprüfung neuer, empirisch nicht gesättigter Vorstellungen praktisch kaum aufgegeben werden können; seine Ideologisierung kann unterbleiben, wenn die Begründung für die ausgewählte »Individualität« gegeben wird.

Wie notwendig eine solche Begründung von Fall zu Fall ist, läßt sich an *Klaus Hildebrands* Analyse der »Innenpolitischen Antriebskräfte der nationalsozialistischen Außenpolitik« (S. 635–651) illustrieren, denn hier wird mit Vehemenz und Stringenz jener These widersprochen, die die Außenpolitik des »Dritten Reiches« aus anderen Zusammenhängen als dem Hitlerschen »Programm« ableitet, und nur die Forschung befürwortet, die »jene ›Antriebskräfte‹«, die Hitlers »Programm« determiniert und seine Umsetzung durch »Hitlers Diktatur« ermöglicht haben, aufdecken will (S. 649). Zweifellos läßt sich diese »Individualisierung« (im doppelten Sinne) aus der Forschungstradition und historisch-politischen Diskussion erklären. Dies ändert aber nichts daran, daß Hitlers Politik *deutsche* Politik war und eine Forschungsstrategie begründet werden müßte, die *diesem* Sachverhalt Rechnung trägt. Der Untersuchung der Strategien der Opposition im »Dritten Reich« würde dabei sicherlich eine höhere Bedeutung beizumessen sein, als ihr Hildebrand einräumt²⁴. Als These zeichnet sich dabei ab, daß allein die rassenideologische *Motivation* der Hitlerschen Politik und ihre im Reich und in den besetzten Ländern betriebene Umsetzung, nicht aber die territorial- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen den Bereich möglicher Zustimmung überschritten, solange sich – unvermutet – Anfangserfolge auch des gewaltsamen Expansionismus zeigten²⁵. Die Frage, wie weit in diesem Zusammenhang auf die politische und moralische Kultur der Deutschen einzugehen ist, sei hier nicht entschieden. Bemerkenswert ist immerhin, daß auch die Gesellschaftsbiographie des deutschen Intellektuellen von Thomas Mann auf die Thematisierung dieses Problems verzichtet und auch *Eugene N. und Pauline R. Anderson* als Interpreten in ihrem Aufsatz »Thomas Mann's ›Dr. Faustus‹ and Social Biography« (S. 611–634) kaum Anstoß daran nehmen, daß der bürgerliche Antifaschist Thomas Mann seinesgleichen einen kritischen Spiegel vorhält, ohne die Grenzen des tradierten ästhetischen Kulturbegriffs der bürgerlichen Intellektuellen in den Bereich sozialer Kultur hinein zu überschreiten²⁶. Nichtsdestoweniger scheint es Zeit, der Frage »Wie wurde deutsche Politik im ›Dritten Reich‹ gemacht?« die Frage »Was *bedeutet* nationalsozialistische Politik *historisch*?« vorzuordnen²⁷. *Reinhard Rürups* Ausführungen über

23 Siehe dazu oben Anm. 4.

24 *Hildebrand* fordert ihre Analyse lediglich im Zusammenhang der Untersuchung der Führungsspitze des »Dritten Reiches« (S. 642 f.); wenn es neben der Außenpolitik Hitlers eine deutsche Außenpolitik gegeben hat, so wäre sie nach Hildebrand allenfalls auf der Ebene der »Traditionalisten« – einer ihrer Exponenten war Hjalmar Schacht – zu finden. Da die »Traditionalisten« sich nicht durchsetzen konnten, entfällt im Blick auf die historische *Wirksamkeit* die Differenz zwischen deutscher und Hitlers, nationalsozialistischer usw. Außenpolitik. Entsprechende Unterscheidungen haben, abgesehen von ihrer systematischen Relevanz – etwa der Frage nach den Besonderheiten einer faschistischen Außenpolitik –, auch die Funktion der Entlastung, bezogen etwa auf die Gesinnung der »Traditionalisten«.

25 Vgl. dazu z. B. die Europapläne der bürgerlichen Opposition, auszugsweise abgedruckt in: *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940 – 1945*. Eine Dokumentation, ges. und eingel. von *Walter Lipgens*, München 1968, S. 100 ff.

26 Vgl. dazu oben Anm. 12.

27 Vgl. zum Problem der historischen Bedeutung *Arnold Sywottek*, *Geschichtswissenschaft in der Legitimationskrise. Ein Überblick über die Diskussion um Theorie und Didaktik der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland 1969 – 1973* (= *Archiv für Sozialgeschichte*, Beiheft 1), Bonn – Bad Godesberg 1974, S. 63.

»Kontinuität und Diskontinuität der ›Judenfrage‹ im 19. Jahrhundert. Zur Entstehung des modernen Antisemitismus« (S. 388–415) dürften mit ihrem Versuch, den Vorgang der bürgerlichen Emanzipation als den entscheidenden Ansatzpunkt für dieses Problem zu fassen, in ihrer Argumentationsstruktur wegweisend sein. Wie schwer es allerdings ist, die historische Bedeutung von Vorgängen zu formulieren und wissenschaftlich analysierte Einzelaspekte auf diese Weise zu integrieren, ließe sich an den Verhandlungen des Internationalen Symposions über die Weimarer Republik illustrieren.

IV.

Es kann hier nicht ausführlich über jeden der 57 schriftlich eingereichten Beiträge und die Diskussionen der acht Arbeitssitzungen referiert werden. In seinem Gehalt an Informationen und methodischer Auseinandersetzung, ferner mit seinem »Summarischen Auswahlinventar von Quellen zum Thema ›Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik‹ in Archiven der Bundesrepublik Deutschland« von *Thomas Trumpp* und *Bodo Herzog* (S. 986 ff.) wird der Band sicherlich auf absehbare Zeit die Funktion eines Standardwerks erfüllen, das beim Studium nahezu aller Aspekte der Geschichte der Weimarer Republik zu konsultieren ist. Für die Leitfrage dieser Rezension nach Aussageformen der Sozialgeschichtsschreibung ist bemerkenswert, daß es nicht gelang, ein von den Teilnehmern als gültig anerkanntes Ergebnis zu formulieren, das mehr sein könnte als eine Addition ausgewählter Einzelaspekte; zum Schluß fand eine Diskussion statt, die eher polemisch-abstrakt Generalisierungsansätze konfrontierte und kaum dahin gelangte, die Brauchbarkeit angebotener theoriehaltiger Integrationsmuster an der Fülle der vorliegenden empirischen Detailuntersuchungen zu überprüfen.

Dies mag an der technischen Vorbereitung gelegen haben, u. a. daran, daß die Symposionsteilnehmer das Referat von *Wolfram Fischer* über »Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit« (S. 26–50), das Hans Mommsens Begrüßung zufolge »gleichsam den Rahmen für die nachfolgenden Debatten abstecken« sollte (S. 23), erst auf der Tagung hörten und ihre Beiträge nicht auf diesen Rahmen hin konzipieren konnten. Hier wurden zwei zentrale Thesenkomplexe zugespitzt formuliert, von denen her die Beiträge zur Veranstaltung sich hätten strukturieren lassen. Als Gesamthematik gab *Hans Mommsen* an, es gehe darum, »die unterschiedlichen Aspekte« neuerer wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Forschung, »die die makroökonomischen Faktoren, die technologische Entwicklung, die demographischen Grundlagen, die industriellen Organisationsformen und Interessenvertretungen und die Gewichtsverschiebung zwischen den einzelnen ökonomischen Sektoren ebenso umfassen wie die Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz-, Banken-, Außenhandelspolitik, die soziale Umschichtung mit dem Aufsteigen des Mittelstandes, den Bereich der Sozialpolitik wie der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, nicht zuletzt der Wirtschafts- und Währungstheorie«, als »Faktoren in eine Gesamtanalyse einzubringen und sie mit der Entwicklung des politischen Systems in Beziehung zu setzen« (S. 22) – eine Aufgabe, die der vergleichbar ist, die sich Hans Rosenberg bezogen auf das Deutschland der 1870er und 1880er Jahre stellte.

Wolfram Fischer hat die hier nahegelegte Trennung zwischen »industriellem« und »politischem« System ernstgenommen. Die Ergebnisse seines Beitrags können thesenartig so wiedergegeben werden: 1. Das »industrielle System« in Deutschland war, gemessen an Produktion und Außenhandel, keinen größeren Schwierigkeiten ausgesetzt als das der anderen vergleichbaren industrialisierten Länder, besonders Englands und Frankreichs. 2. Außergewöhnliche Belastungen entstanden für Deutschland als Auswirkung der internationalen Währungs- und Wirtschaftskrise, die in erster Linie Folge *politischer Fehlentscheidungen* sowohl in Deutschland als auch in Frankreich, England und in den USA war. 3. Da politisches Verhalten von Angehörigen, Gruppen und Instanzen des »industriellen Systems« nur selten

von den hier zur rückblickenden Analyse herangezogenen »harten« Indikatoren determiniert wird, besagt die erste These nicht, daß die Ursachen der politischen Fehlentwicklung außerhalb des »industriellen Systems« gelegen hätten.

Hier wurde, so läßt sich folgern, zur Rekonstruktion der Entscheidungen und Verhaltensweisen der Träger des »industriellen Systems« aufgefordert. Die Beiträge zu der Arbeitssitzung über »Wirtschaftliches Wachstum, wirtschaftlichen Strukturwandel und Veränderungen des industriellen Systems«, der W. Fischers Referat zugeordnet war, ergänzten den skizzierten Rahmen durch weitere Strukturdaten²⁸. In der Diskussion wurde allerdings der »rationale Optimismus« Fischers kritisiert. Die Loslösung wirtschaftlicher Daten vom politischen Geschehen lasse im analytischen Rückblick gewonnene Alternativen als durchführbar erscheinen, die den realen politischen Verhältnissen, wie sie seinerzeit bestanden hätten, nicht entsprächen. Im Gegensatz zu Fischer, der eine »verfehlte Wirtschaftspolitik« diagnostizierte, hielt der Schlußbericht dieser Diskussion fest, »daß man für die wirtschaftlich lösbaren Fragen der zwanziger Jahre nicht die notwendigen politischen Voraussetzungen habe schaffen können« (S. 172, Hervorhebung vom Rez.). Zwei Aspekte erscheinen an dieser Folgerung bemerkenswert: zum einen das zumindest implizite Festhalten an einem von der wirtschaftlichen Sphäre loslösbaren Bereich von Politik, zum anderen eine angedeutete Tendenz zur Apologie.

Die Problematik dieses Ansatzes, der nicht auf einzelne Entscheidungen, sondern auf Handlungsbereiche oder gesellschaftliche Teilsysteme abhebt, hätte in der Arbeitssitzung II zum Thema »Sozialpolitik und sozialer Konflikt« deutlich werden können; sie ist es indes nicht geworden, weil – bezogen auf das Gesamtsystem Weimarer Republik – der Handlungsbereich »Sozialpolitik« unkonturiert blieb. Auch *Gerald D. Feldmans* analytischer Definitionsvorschlag²⁹ half in diesem Punkte kaum weiter. Sozialpolitik, soweit sie in den elf Beiträgen für diese Sitzung thematisiert wurde³⁰, reduzierte sich nahezu völlig auf die

28 *Dietmar Petzina/Werner Abelschauser*, Zum Problem der relativen Stagnation der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren, S. 57 – 76; *Wolfgang Köllmann*, Bevölkerungsentwicklung in der Weimarer Republik, S. 76 – 84; *Jürgen Reulecke*, Veränderungen des Arbeitskräftepotentials im Deutschen Reich 1900 – 1933, S. 84 – 95; *Theodore Balderston*, Statistical Sources on German Investment 1924 – 1929, S. 95 – 103; *Georges Castellan*, Zur sozialen Bilanz der Prosperität 1924 – 1929, S. 104 – 110; *Harold Poor*, City Versus Country: Urban Change and Development in the Weimar Republic – a Preliminary Report, S. 111 – 127; *Ottfried Dascher*, Probleme der Konzernorganisation, S. 127 – 135; *Alice Teichova*, Konzentrationstendenzen in der Industrie Mittelost- und Südosteuropas nach dem Ersten Weltkrieg, S. 135 – 153; *Thomas Parke Hughes*, Technology as a Force for Change in History: The Effort to Form a Unified Electric Power System in Weimar Germany, S. 153 – 166.

29 Der Begriff »Sozialpolitik« könne »vier verschiedene Dinge bezeichnen«: 1. »Fürsorgemaßnahmen zum Schutz der Arbeiter gegen höhere Gewalt und gegen ernste wirtschaftliche Störungen«; 2. Maßnahmen, »die ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Klassen schaffen sollen«; 3. »die institutionelle Regelung sozialer Konflikte«; 4. Maßnahmen, »die mehr das geistige als das physische Wohl des Arbeiters fördern sollen, indem sie nämlich auf die Überwindung der Entfremdung des Arbeiters von seinem Arbeitsplatz zielen, um so die Arbeitsfreudigkeit und Identität zwischen Arbeiter und Arbeitsplatz zu fördern« (S. 174 f.).

30 *Robert Wheeler*, Zur sozialen Struktur der Arbeiterbewegung am Anfang der Weimarer Republik. Einige methodologische Bemerkungen, S. 179 – 189; *Hans H. Biegert*, Gewerkschaftspolitik in der Phase des Kapp-Lüttwitz-Putsches, S. 190 – 205; *Robert A. Gates*, Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929 – 1933, S. 206 – 225; *Michael Schneider*, Konjunkturpolitische Vorstellungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Zur Entwicklung des Arbeitsbeschaffungsplans des ADGB, S. 226 – 237; *Sidney Pollard*, The Trade Unions and the Depression of 1929 – 1933, S. 237 – 248; *Albin Gladen*, Probleme staatlicher Sozialpolitik in der Weimarer Republik, S. 248 – 259; *Eberhard Pies*, Sozialpolitik und Zentrum 1924 – 1928. Zu den Bedingungen sozialpolitischer Theorie und Praxis der Deutschen Zentrumspartei in der Weimarer Republik, S. 259 – 270; *Ursula Hüllbüsch*, Der Ruhreisenstreit in gewerkschaftlicher Sicht, S. 271 – 289; *Kurt Biedenkopf*, Sozialpolitik und Arbeitsrecht, S. 290 – 303; *Hans Mommsen*, Sozialpolitik

Perzeptionen der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Weimarer Republik bei den Konfliktpartnern und auf Konzepte dessen, was – mit den Perzeptionen verbunden – heute eher *Gesellschaftspolitik*, verstanden als integrierte Sozial- und Wirtschaftspolitik, genannt wird. Die Sozialpolitik der Republik wurde als Ergebnis der entsprechenden Auseinandersetzungen nicht formuliert und den sozialen Konflikten gegenübergestellt³¹, wie das Sitzungsthema nahelegte und wie es die Arbeitsgruppe III zum Thema »Finanzpolitik und ihre Auswirkungen auf die sozialen Gegensätze« für ihren Diskussionsgegenstand tat³². Der traditionell stärker konturierte und damit von anderen Problemfeldern eher ablösbare Aspekt der Finanzpolitik als gesamtgesellschaftlich relevantes Handeln, ferner die für diesen Sachbereich traditionell zuständigen Zentralinstitutionen (Reichsregierung, Reichsbank) haben sicherlich die Strukturierung dieses Untersuchungsbereichs erleichtert. Obwohl von Wolfram Fischer in seinem Eingangsreferat als hochbedeutsam bezeichnet, blieb jedoch die internationale Dimension des monetären Problems gewissermaßen ausgeblendet. Sie kam auch kaum in den Blick, als in der Arbeitssitzung IV über »Internationale Rahmenbedingungen und die Rolle der Reparationspolitik« verhandelt wurde³³. Bedauerlich ist in diesem Fall, daß das analytische Konzept des »penetrierten Systems«, das von zwei Politologen als Bezugsebene für die Untersuchung dieses Fragenkreises in die Diskussion eingebracht wurde, von manchen Historikern offensichtlich nicht oder falsch verstanden wurde³⁴. In den Arbeitsgruppen V, VI und VII wurde schließlich erklärtermaßen zum Hauptthema erhoben, was auch in den anderen Sitzungen bevorzugter Erörterungsgegenstand war: »Die Einflußnahme wirtschaftlicher Interessengruppen«³⁵. Freilich blieb die

im Ruhrbergbau, S. 303 – 321; *Tim W. Mason*, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis »archaischer« und »moderner« Momente in der neuesten deutschen Geschichte, S. 322 – 351.

31 Ansätze dazu allein im Beitrag von *Gladen* (s. Anm. 30).

32 Dazu die Beiträge von *Karl Hardach*, Zur zeitgenössischen Debatte der Nationalökonomien über die Ursachen der deutschen Nachkriegsinflation, S. 368 – 375; *Gerd Hardach*, Die beiden Reichsbanken: Internationales Währungssystem und nationale Währungspolitik 1924 – 1931, S. 375 – 386; *Peter Czada*, Große Inflation und Wirtschaftswachstum, S. 386 – 395; *Peter-Christian Witt*, Finanzpolitik und sozialer Wandel in Krieg und Inflation 1918 – 1924, S. 395 – 425; *Claus-Dieter Krohn*, Steuerpolitik und Industrie in der Stabilisierungsphase: Von den Steuernotverordnungen im Winter 1923 zur Finanzreform im August 1925, S. 426 – 438; *Martin Vogt*, Die Stellung der Koalitionsparteien zur Finanzpolitik 1928 – 1930, S. 439 – 462.

33 Dazu die Beiträge von *Alan S. Milward*, Der deutsche Handel und der Welthandel 1925 – 1939, S. 472 – 484; *Werner Link*, Der amerikanische Einfluß auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase (Elemente eines »penetrierten Systems«), S. 485 – 498; *Dirk Stegmann*, Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/25 – 1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen, S. 499 – 513; *Dörte Doering*, Deutsch-österreichische Außenhandelsverflechtung während der Weltwirtschaftskrise, S. 514 – 530; *Charles S. Maier*, Coal and Economic Power in the Weimar Republic: The Effects of the Coal Crisis of 1920, S. 530 – 542; *Georges Soutou*, Der Einfluß der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Frankreichpolitik Deutschlands 1919 – 1921, S. 543 – 552; *Jacques Bariety*, Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum mißlungenen »Schwerindustriellen Projekt« des Versailler Vertrages, S. 552 – 568; *Peter Krüger*, Die Rolle der Banken und der Industrie in den deutschen reparationspolitischen Entscheidungen nach dem Ersten Weltkrieg, S. 568 – 582; *Hermann J. Rupieper*, Industrie und Reparationen: Einige Aspekte des Reparationsproblems 1922 – 1924, S. 582 – 592; *Jörg-Otto Spiller*, Reformismus nach rechts. Zur Politik des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in den Jahren 1927 – 1930 am Beispiel der Reparationspolitik, S. 593 – 602.

34 Siehe dazu den Diskussionsbericht S. 605 f. und den Beitrag von *Link* (Anm. 33).

35 *Gerald D. Feldman*, Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der deutschen Demobilisierung 1918/19, S. 618 – 636; *Friedrich Zunkel*, Die Gewichtung der Industriegruppen bei der Etablierung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, S. 637 – 647; *Peter Wulf*, Regierung, Parteien, Wirtschaftsverbände und die Sozialisierung des Kohlenbergbaues 1920 – 1921, S. 647 – 657; *Lothar Albertin*, Faktoren eines Arrangements zwischen industriellem und politischem System in der Weimarer Republik 1918 – 1920, S. 658 – 674; *Bernd Weisbrod*, Zur Form schwerindustriel-

Bezugsgröße, sei es der »Staat« als bürokratische oder Entscheidungen treffende Institution oder das »politische System«, unbestimmt. Die Republik erschien aufgelöst in eine Vielzahl konfligierender Interessen(gruppen); Integrationsmomente, etwa die nationalistische Ideologie, wurden nicht in die Analyse einbezogen – ein Mangel, der in der abschließenden Diskussion registriert wurde (*Wolfgang Köllmann*, S. 964).

Allein *Lothar Albertin* unternahm mit seinem Beitrag »Faktoren eines Arrangements zwischen industriellem und politischem System in der Weimarer Republik« (S. 658–673) am Beispiel der hinter der DDP und der DVP stehenden Unternehmerinteressen den Versuch, diesen Eindruck durch eine systematisierende Analyse zu überwinden: Die »Elite des industriellen Systems« »hielt ihre Eigentumsformen für kompatibel mit verschiedenen politischen Systemen, sozialistische und kommunistische ausgenommen« (S. 674); und die jeweils »herrschenden politischen Kräfte hielten den privaten Besitzstand der Unternehmer – auch in seinen monopolistischen Ausformungen – für unantastbar«; sie hätten keine »gesellschaftspolitische Konzeption« hervorgebracht, »die es ihnen ermöglicht hätte, wenigstens die ökonomische Machtkonzentration und soziale Abhängigkeiten zu korrigieren« (S. 673). Das »politische System« – so wäre zu folgern und zu ergänzen – besaß mithin keine Subjektqualität und war für diese Interessengruppen eine Frage situationsabhängiger Zweckmäßigkeit, wobei sich ihre Vorstellungen von seiner Struktur und seinen Kompetenzen aus ideologisch vermittelter Erfahrung einerseits und dem Streben nach Entscheidungsautonomie andererseits ergaben. Zweifellos besitzt Albertins Ergebnis für eine Reihe der untersuchten industriellen Interessengruppen Erklärungskraft und würde am ehesten der Konsequenz aus W. Fischers Rahmenanalyse gerecht. Im Blick auf die Untersuchungspraxis in einzelnen Fallstudien wies Albertin allerdings selbst auf die Problematik dieses Ansatzes hin: »Unter dem Stichwort einer relativen Autonomie von industriellen Gruppen und wirtschaftlichen Eliten« könne »eine unreflektierte Identifikation mit dem untersuchten Gegenstand entstehen«; die »Stärke oder Schwäche des industriellen Systems« werde dann »vom Gesichtspunkt der jeweiligen Effizienz und Legitimation des politischen Systems« für die analysierten Gruppen definiert (S. 739). In diesem Zusammenhang, so scheint es, wurde den Veranstaltern der Mangel an definitorischer Vorklärung dessen, was mit »industriellem System« im Verhältnis zur »politischen Entwicklung« gemeint war, deutlich (*H. Mommsen*, S. 740).

Die Berechtigung der Warnung Albertins ließe sich an *Charles Maiers* Versuch, »die ein-

ler Interessenvertretung in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik, S. 674 – 692; *Ulrich Nocken*, Inter-Industrial Conflicts and Alliances as Exemplified by the AVI Agreement, S. 693 – 704; *Kurt Koszyk*, Zum Verhältnis von Industrie und Presse, S. 704 – 716; *Paul Forman*, Industrial Support and Political Alignments of the German Physicists in the Weimar Republic, S. 716 – 731; *Jens Flemming*, Großagrarisches Interesse und Landarbeiterbewegung. Überlegungen zur Arbeiterpolitik des Bundes der Landwirte und des Reichslandbundes in der Anfangsphase der Weimarer Republik, S. 745 – 762; *Dieter Geßner*, Industrie und Landwirtschaft 1928 – 1930, S. 762 – 778; *Heinrich August Winkler*, Vom Protest zur Panik: Der gewerbliche Mittelstand in der Weimarer Republik, S. 778 – 791; *Jürgen Kocka*, Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914 – 1933, S. 792 – 811; *Larry E. Jones*, The Crisis of White-Collar Interest Politics: Deutsch-nationaler Handlungsgehilfen-Verband and Deutsche Volkspartei in the World Economic Crisis, S. 811 – 823; *Martin Schumacher*, Hausbesitz, Mittelstand und Wirtschaftspartei in der Weimarer Republik, S. 823 – 835; *Tilman P. Koops*, Zielkonflikte der Agrar- und Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning, S. 852 – 868; *Henning Köhler*, Das Verhältnis von Reichsregierung und Großbanken 1931, S. 868 – 877; *Henning Köhler*, Zum Verhältnis Friedrich Flicks zur Reichsregierung am Ende der Weimarer Republik, S. 878 – 883; *Lothar Döhn*, Zur Verschränkung der Deutschen Volkspartei mit großwirtschaftlich-industriellen Interessen im Herrschaftssystem der Weimarer Republik, S. 884 – 906; *Klaus-Peter Hoepke*, Alfred Hugenberg als Vermittler zwischen großindustriellen Interessen und Deutschnationaler Volkspartei, S. 907 – 919; *Henry A. Turner*, Das Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP, S. 919 – 931.

getretenen strukturellen Änderungen des kapitalistischen Systems beschreibend zu erfassen« (S. 960), nachweisen. Maier kennzeichnete das von ihm zu diesem Zweck formulierte Modell des »korporativen Pluralismus« durch drei Merkmale: 1. die »wechselseitige Durchdringung von wirtschaftlicher und politischer Macht. 2. Die Übertragung von herkömmlich der staatlichen Souveränität vorbehaltenen Hoheitsrechten auf private und, im deutschen Falle, öffentlich-rechtliche Körperschaften [z. B. Industrie- und Handelskammern]. 3. Eine qualitative Umwandlung des politischen Entscheidungsprozesses, der sich nicht mehr nach dem liberalen Prinzip parlamentarischer Mehrheitsbildung vermittelt des Ausgleichs von akkumulierten Einzelpräferenzen vollzieht, sondern durch eine korporative Interessenintegration zwischen sogenannten Vetogruppen bestimmt ist. Im Vordergrund der politischen Entscheidungen stehen nicht mehr die Wahlen, die unterschiedliche parteipolitische Koalitionen periodisch legitimieren und die echte politische Alternativen eröffnen; vielmehr ist der Entscheidungsprozeß durch ständige Ausgleichsverhandlungen zwischen den wirtschaftlichen Machtgruppen unter sich wie ihren politischen Repräsentanten negativ determiniert. Infolgedessen ist das politische System nicht so sehr von der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit abhängig, sondern vor allem davon, daß *alle* mächtigen Interessengruppen, ob sie über ein Monopol an Arbeitskraft, Rohstoffen, technischem know how, wissenschaftlicher Autorität [...] oder militärischer Macht verfügen, bereit sind, dieses System zu tolerieren oder mit ihm zusammenzuarbeiten« (S. 955 f.).

Gegen diese generalisierenden Feststellungen, die durchaus den Eindruck zusammenzufassen geeignet waren, den die Fülle der Interessengruppen-Studien hinterläßt, sind eine Reihe von Einwänden formuliert worden; sie betrafen weniger die Beschreibung der Zustände in der Weimarer Republik als die eher impliziten Aussagen über ihre Vorgeschichte; gerade die deutsche Entwicklung mit ihrem Mangel an dem hier vorausgesetzten, gewissermaßen idealtypischen Parlamentarismus fordert zweifellos zur Modifikation dieses auf europäische Verhältnisse bezogenen Modells heraus³⁶. Eine nach Albertins Bemerkungen zentrale Leitfrage für entsprechende Untersuchungen blieb allerdings undiskutiert: »Unter welchen Voraussetzungen können liberale Institutionen überhaupt noch bewahrt werden, wenn sich eine hochgradige wirtschaftliche Machtkonzentration ergibt?« (Heinrich August Winkler, S. 961). Das hier angedeutete Problem der historischen Angemessenheit politisch-ideologischer Normen und ihrer Rückwirkung auf die geschichtswissenschaftliche Forschung, wie sie sich in der Fragestellung mit ihrer Trennung von Politik und Wirtschaft zeigte, ging in allgemeiner Polemik einerseits und der Forderung nach verstärkter Empirie andererseits unter. Die Polemik bezog sich vor allem auf das von *Jürgen Kocka* (S. 958) als Alternative zum »korporativen Pluralismus« in die Diskussion eingebrachte Modell des »organisierten Kapitalismus«³⁷, das von *Gerald D. Feldman* u. a. mit dem Hinweis abgelehnt wurde, daß es als Gegenmodell zum »staatsmonopolistischen Kapitalismus« entwickelt worden sei. Man brauche »Unsinn nicht ständig zu beantworten«, und man brauche »keine Konzepte, um andere Konzepte, die nichts taugen, zu ersetzen« (S. 963).

Die Relevanz dieser Polemik liegt weniger in der Kritik der Modelle des »staatsmonopolistischen« bzw. »organisierten« Kapitalismus – die Vertreter des »organisierten« Kapitalismus gaben die Mängel ihres Ansatzes ohne weiteres zu, Vertreter des »staatsmonopolistischen« Kapitalismus waren nicht anwesend –, doch manche der Beiträge ließen sich auch dem entsprechenden Forschungsansatz zuordnen, wie *Dietmar Petzina* zu Recht bemerkte (S. 960); die Relevanz dieser Polemik wird man eher auf der Ebene der Selbstverständigung der forschenden Historiker sehen müssen. Wenn Feldman dem Modell Maiers »nur

36 Vgl. sein inzwischen erschienenes Buch: *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade After World War I*, Princeton 1975.

37 Vgl. dazu oben S. 611 und *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, hrsg. von *Heinrich August Winkler*, Göttingen 1974.

beschreibenden Charakter« beimißt (S. 963) und offenbar daran die Tauglichkeit erkennt, so übersieht er, daß Maier selbst seinem Modell durchaus aktuelles politisches Gewicht zuschrieb (S. 956 f., 962) und es damit den anderen politisch-historischen Modellen mit politisch-strategischer Dimension, die allerdings von den Vertretern des »organisierten Kapitalismus« nicht eingestanden wurde, zur Seite stellte. »Unter dem Gesichtspunkt der Bewahrung der Freiheit des Einzelnen« sei entscheidend, »ob ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Sozialgruppen stabilisiert oder zerstört wird« (S. 962) – diese die Frage nach den Möglichkeiten, liberale Normen zu bewahren, aufnehmende Bemerkung Maiers, auf die Weimarer Republik bezogen, ergibt, daß dieses Gleichgewicht dort nicht bestand und daß sich einzelne Interessengruppen auf Kosten anderer durchsetzen konnten. Entscheidend ist, daß das Modell keine Möglichkeit aufzeigt, wie das Gleichgewicht zu institutionalisieren gewesen wäre, denn nur dadurch hätte die unterschiedliche Ausgangslage der ungleich starken Sozialgruppen ausgeglichen werden können. Die analytische Problematik stellt sich hier in derselben Weise wie bei dem oben (S. 610) annotierten Mobilitätsvergleich, den Kaelble in bezug auf die USA und Deutschland angestellt hat.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß Maier dafür plädierte, »die nationalsozialistische Periode etwas außer Betracht« zu lassen, um den »sowohl negativen wie positiven Vorbildcharakter Weimars für unsere Gesellschaft nicht aus dem Auge zu verlieren« (S. 962). Spätestens an dieser Stelle werden die begrenzte Reichweite für die geschichtswissenschaftliche Analyse und zugleich die auf aktuelle politische Normen bezogene Legitimationsfunktion des Ansatzes deutlich. Die begrenzte Reichweite für die geschichtswissenschaftliche Analyse liegt in der Abstraktion von der für die Unternehmer in diesem Band vielfach nachgewiesenen und für andere Sozialgruppen (Militär, Wissenschaft) leicht nachzuweisenden Disposition zum autoritären politischen Regime, das in der Form nationalsozialistischer Diktatur dann Wirklichkeit wurde. Diese Erfahrung »etwas außer Betracht« zu lassen, hieße, schon bei der Theoriebildung für historisch erwiesene Möglichkeiten blind zu bleiben – es sei denn, man hielte sie für im Prinzip unvermeidbar und sähe darin kein Problem, auch nicht in der Gegenwart. Die Frage ist, ob nicht gerade die festgestellte Parallelität bzw. das Fortbestehen der Strukturen und Konstellationen der Weimarer Republik in der Bundesrepublik dazu auffordern sollte, die gesellschaftspolitischen Konzeptionen zu suchen, die in Weimar gefehlt haben. Bei dieser Suche wird allerdings kein Modell des »organisierten Kapitalismus« helfen können, das für die Historiker allein forschungspraktisch gemeint ist und die zukunftsbezogene, politische Dimension des erkenntnisleitenden Interesses außer acht läßt. Bei dieser Suche wird nur ein Ansatz helfen, der die Parallelität der gegenwärtigen Verhältnisse zu denen der Weimarer Republik, ihre Fortentwicklung während der 30er und 40er Jahre und den gesellschaftspolitischen, theoriebezogenen Lernprozeß, der zweifellos stattgefunden hat, gleichermaßen berücksichtigt und die internationale Dimension der kapitalistischen Entwicklung einbezieht.

Am ehesten dürfte *Timothy Mason* mit seinem Bekenntnis zu einem »marxistischen Standpunkt«, der von einer »historischen Theorie« fordere, sie müsse »zugleich strukturell und dynamisch« sein (S. 965), diesem Ziel *theoretisch* gerecht werden; die forschungspraktischen Konsequenzen, die dieser »Standpunkt« aufwirft, sind indessen für die anstehende Thematik noch nicht einmal ansatzweise skizziert worden. Die forschungspraktische Realisierbarkeit dürfte jedoch letztlich über den Nutzen »historischer Theorien« – unterstellt sei der Sinn, wie ihn Kocka und Ziebura (vgl. oben S. 613) formuliert haben – entscheiden. Die Erfahrungen, die auf diesem Symposium mit der Integrierbarkeit von wissenschaftlichen Interessen und Detailforschungen gesammelt werden konnten, lassen an der Realisierbarkeit entsprechender Projekte, die wegen der erforderlichen Spezialkenntnisse arbeitsteilig organisiert sein müßten, zweifeln. Die meisten Autoren und Diskutanten, auch Mason selbst in seinem weit ausgreifenden, historisch-phänomenologisierenden »Versuch über das Ver-

hältnis ›archaischer‹ und ›moderner‹ Momente in der neuesten deutschen Geschichte«, sahen z. B. offensichtlich keine Notwendigkeit, auf quantifizierte Strukturzusammenhänge zu verweisen, die in der Eingangssitzung dargelegt wurden. Eine »historische Theorie« mit der Masonschen Spannweite dürfte jedoch zumindest für die Zeit nach der »Keynesianischen Wende« auf diese Dimension nicht verzichten. An der erklärtermaßen an Wachstum im wirtschaftswissenschaftlich bestimmten Sinne orientierten Wirtschaftspolitik ließe sich zugleich die wachsende Interdependenz isolierter Einzelfaktoren – in diesem Fall der Wissenschaft und der politischen Entscheidung – aufweisen, ohne daß ihr jeweiliges Gewicht im einzelnen und im voraus bestimmbar wäre.

V.

Beobachtungen, wie sie anhand der disparaten Beiträge der Rosenberg-Festschrift und der auf ein vergleichsweise enges Thema bezogenen Verhandlungen des Symposions über die Weimarer Republik zu machen waren, wecken Skepsis gegenüber Wehlers eingangs zitiertem Satz, daß der »theoretisch klaren und differenzierten, aber zugleich streng an der historischen Wirklichkeit orientierten Sozialgeschichte die Bahn gebrochen« sei. Einerseits zeigte sich, daß die »Theorie« an vielen Enden fehlte, andererseits wären Generalisierungen, wie sie z. B. Charles Maier anbot, auf eine Vielzahl von elitetheoretischen und Pluralismus-Konzeptionen zu beziehen. Angesichts der Fülle angeschnittener Themen konnte zumindest der jeweils nicht spezialisierte Leser an den für die Beschäftigung mit Geschichte grundlegenden Tatbestand erinnert werden, daß »historische Wirklichkeit« sich nicht zuletzt danach bestimmt, was er von ihr weiß und über sie erfährt. Zu fragen ist, ob dieser Tatbestand durch ›theoretische Klarheit‹ in nennenswertem Maße verändert wird, wenn der »Theorie«-Bezug in jedem Fall das verunsichernde Moment des bewußten Experiments einschließt. Es scheint, daß eher in diesem Bereich des Vermittelns »historischer Wirklichkeit« die für die Geschichtswissenschaft akuten theoretischen Probleme liegen.

Werner Conze

Zu den ersten drei Heften von »Geschichte und Gesellschaft.
Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft«

Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, hrsg. von Helmut Berding, Klaus v. Beyme, Dietrich Geyer, Albert Jeck, Jürgen Kocka, Reinhart Koselleck, Wolf Lepenies, Wolfgang J. Mommsen, Hans-Jürgen Puhle, Reinhard Rürup, Fritz Sack, Wolfgang Schieder, Hans-Christoph Schröder, Richard H. Tilly, Hans-Ulrich Wehler, Heinrich-August Winkler. Geschäftsführend: Wolfgang J. Mommsen, Hans-Jürgen Puhle, Hans-Ulrich Wehler, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. Jahresbezug 60 DM, Einzelheft 18 DM, Doppelheft 34 DM.

Jg. 1, 1975, Heft 1: Soziale Schichtung und Mobilität in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Herausgeber dieses Heftes: Jürgen Kocka, S. 1 – 170; Heft 2/3: Historische Familienforschung und Demographie. Herausgeber dieses Heftes: Hans-Ulrich Wehler, S. 171 – 399.

Bekanntlich hat in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten die sozialgeschichtliche Forschungsrichtung in der deutschen Geschichtswissenschaft eine wachsende Bedeutung gewonnen. Die altbewährte Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte hat maßgeblich, aber keineswegs allein zu diesem Aufschwung beigetragen. Während noch bis in die 50er Jahre hinein eine Art Arbeitsteilung dergestalt stattfand, daß jene Zeitschrift die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Forschung (aller Perioden) repräsentierte, während die Historische Zeitschrift und andere historische Organe vornehmlich der politischen und der Geistesgeschichte zugewandt waren, begann seit etwa 1950 die Sozialgeschichtsforschung das Fach der Geschichte, wie es in den Philosophischen Fakultäten gelehrt wurde, zu durchdringen und damit auch in den historischen Zeitschriften, vor allem der HZ, stärker als früher zu erscheinen. Auch in den landesgeschichtlichen Zeitschriften machte sich der sozialgeschichtliche Trend zunehmend geltend. Durch die Gründung des Archivs für Sozialgeschichte im Jahre 1961 wurde letzterer noch unterstrichen. Dieses Jahrbuch entwickelte sich von einem vornehmlich der Geschichte der Arbeiterbewegung gewidmeten Periodikum mehr und mehr zu einem Organ sozialgeschichtlicher Forschung im umfassenderen Sinne.

Der Aufschwung der Sozialgeschichte würde auch durch eine Aufzählung zahlreicher, seit den 50er Jahren entstandener Buchreihen, die sich ganz oder teilweise der Sozialgeschichte zuordnen lassen, eindrucksvoll belegt werden können. Selbst bei historischen Dissertationsreihen einzelner Universitäten kommt dies zum Ausdruck, so etwa derjenigen der Universität Bochum, wo seit 1973 eine Reihe unter dem bezeichnenden Titel »Geschichte und Gesellschaft« erscheint.

Offenbar drückt dieser Titel die zeitgemäße Tendenz, Sozialgeschichte nicht mehr – meist in Verbindung mit Wirtschaftsgeschichte – als Sonderdisziplin zu behandeln, sondern sie als grundlegend für die Geschichtswissenschaft insgesamt anzusehen, so einprägsam aus, daß er von der Herausgebergruppe der Vierteljahresschrift, die hier angezeigt wird, übernommen wurde.

Durch die Gründung der neuen Zeitschrift ist der Publikationsraum für sozialgeschichtliche Forschung wiederum erweitert worden. Es gibt Zweifler, die meinen, damit sei des Guten eigentlich schon zuviel getan. Solcher Meinung ist jedoch entgegenzuhalten, daß die Tragfähigkeit für eine neue sozialgeschichtliche Zeitschrift allein schon dadurch gegeben ist, daß sich im Zuge der großen Ausweitung beamteter Historikerstellen seit 1960 die Zahl der professionell auf Publikation Angewiesenen vervielfacht hat. Dem in den letzten eineinhalb Jahrzehnten sprunghaft angestiegenen Autorenangebot dürfte eine ähnlich vermehrte Leserschaft entsprechen, um so mehr, als sich die Herausgeber im Untertitel der Zeitschrift als Vertreter einer »Historischen Sozialwissenschaft« vorstellen, die für die Grund- und Leistungskurse im »Gesellschaftlichen Aufgabenfeld« der Sekundarstufe II an den Gymnasien der Beachtung wert sein könnte.

Im Vorwort äußern sich die 16 Herausgeber über die Ziele, die sie mit der Zeitschrift verfolgen wollen. Der Leser sollte dieses Vorwort mit seiner schillernden Begrifflichkeit und seinem Mangel an Klarheit nicht auf die Goldwaage legen. Die 16 Herausgeber, die für diesen Text verantwortlich sind, haben es offenbar für gut befunden, sich so kurz wie möglich zu fassen und sich nicht durch eine einleitende Grundlegung allzusehr einzuengen und festzulegen. Eine allgemeine Richtung dessen, was ungefähr beabsichtigt ist, kann dem Vorwort entnommen werden, und es wird im Laufe der Jahre weniger auf Einleitungsworte, über deren Qualität sich streiten läßt, denn auf gute und forschungsfördernde Beiträge ankommen. Zusammengefaßt scheint sich folgendes als Programm der Zeitschrift zu ergeben.

Zwar ist von »Sozial- und Wirtschaftsgeschichte« oder von »neuen Formen der Sozialgeschichte« die Rede. Doch werden mit programmatischer Betonung andere Wendungen bevorzugt: »eine Geschichtswissenschaft, die sich als [groß geschrieben] Historische Sozialwissenschaft versteht« oder »Geschichte als Historische Sozialwissenschaft« oder »eine als Historische Sozialwissenschaft aufgefaßte Geschichtswissenschaft«. Eine solcherart begrenzte Sicht der Geschichte und der Geschichtswissenschaft wird also im Verständnis der Herausgeber für das Ganze der Geschichte gesetzt, wobei der Frage ausgewichen wird, ob es etwa auch eine umfassendere oder spezifischere Bedeutung von »Geschichte« geben könne. Es fällt auf, daß auf der einen Seite von »Geschichte« als »Gesellschaftsgeschichte«, auf der anderen Seite aber nur von der historischen Dimension in den Sozialwissenschaften gesprochen, Geschichte also eher in die Rolle eines Zubringers oder eines unerläßlichen und wichtigen Zugangs zu den Sozialwissenschaften begriffen zu sein scheint. Deutlich wird gesagt, daß »eine Zeitschrift für die historische Dimension in allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen« vorgelegt werden solle. »Gegenstand« soll »die Gesellschaft und deren Geschichte – Gesellschaftsgeschichte im weiten Sinne« sein. Das »zentrale Thema« sei »die Erforschung und Darstellung von Prozessen und Strukturen gesellschaftlichen Wandels«. Dabei soll »die Analyse sozialer Schichtungen, politischer Herrschaftsformen, ökonomischer Entwicklungen und sozio-kultureller Phänomene im Vordergrund stehen«.

Ausdrücklich wird hinzugefügt, daß auf die »politikgeschichtliche Dimension« nicht verzichtet werden solle. Zeitlich sollen vor allem »die Probleme seit den industriellen und politischen Revolutionen des ausgehenden 18. Jahrhunderts« behandelt werden. Doch wird sogleich hinzugesetzt, daß eine »chronologische oder nationalgeschichtliche Begrenzung« nicht vorgesehen sei. Es solle im Gegenteil auch zeitlich weiter zurückgegangen werden. Dabei wird das Problem der »longue durée« angedeutet. Nachdem der »Gegenstand«, das »zentrale Thema« und seine Teilbereiche solcherart angedeutet worden sind, wird das Gewicht dieser Feststellungen dadurch herabgesetzt, daß betont wird, die Zeitschrift werde sich »nicht in erster Linie an bestimmten Gegenstandsbereichen, sondern an wissenschaftlichen Problemstellungen und an Lösungsversuchen orientieren«. Es ist erstaunlich, daß dieses allen wissenschaftlichen Zeitschriften gemeinsame Erfordernis, das zudem als Pseudo-Alter-

native vorgestellt wird, ebenso betont wird, wie das Versprechen, die Herausgeber würden »größten Wert auf solide empirische Forschung legen«.

Anschließend werden im Vorwort drei wichtige Besonderheiten der Zeitschrift bekanntgegeben:

1. die Absicht, jeweils ein »Diskussionsforum« aufzunehmen, in dem Auseinandersetzungen geführt und Kontroversen ausgetragen werden sollen. Das entspricht den »Débats et combats« der »Annales« und wird von allen Lesern sicherlich begrüßt werden.
2. Der »Praxisbezug« – eine Lieblingsvorstellung in politisch-sozialwissenschaftlichen Diskussionen um 1970, belastet mit einer schweren erkenntnistheoretischen Problematik – soll hergestellt werden, so daß die Zeitschrift »einen wichtigen Beitrag zur Selbstaufklärung der Gegenwart leisten« und »vernünftiges Handeln von Individuen und Gruppen erleichtern« werde.
3. Die Hefte sollen »so oft wie möglich jeweils einem bestimmten Themenbereich gewidmet« sein.

Dieser letzten Ankündigung ist in den beiden hier vorliegenden Heften Rechnung getragen worden.

Dem *ersten Heft* hat *Jürgen Kocka*, der als Herausgeber zeichnet, einen über 30 Seiten langen Aufsatz vorangestellt, der erst in seinem letzten Abschnitt bedingt als Einleitung zu den nachfolgenden Beiträgen angesehen werden kann. Im Hauptteil wird vielmehr in gewisser Hinsicht die Aufgabe erfüllt, der neuen Zeitschrift grundsätzliche Ausführungen zum Geleit auf den Weg zu geben, die im Vorwort der Herausgeber fehlen. Kocka bezweckt damit zweierlei: 1. das eigene Vorhaben durch Selbstaussage in die Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft einzuordnen und 2. sich über modellorientierte Methoden und Theoreme in ihrer Bedeutung für die Geschichte der modernen Welt seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert zu äußern. Kocka stellt fest, daß sich gegenwärtig insofern »ein bedeutender Wandel methodologischen Selbstverständnisses der hiesigen Geschichtswissenschaft« vollzogen habe, als die bisher vom »Historismus« geprägten deutschen Historiker ihre Zurückhaltung oder gar Ablehnung gegenüber der Anwendung von Theorien und Modellen aus den systematischen Sozialwissenschaften und damit nicht ausschließlich quellengebundener Methoden weitgehend aufgegeben hätten. Kocka entwickelt seine Sicht der Tradition und der Traditionskritik, d. h. der Kritik am »Konservatismus-verdächtigen Historismus«, und weist einer »minderheitlichen Strömung in der Geschichtswissenschaft der späten 60er und frühen 70er Jahre«, einer bestimmten »deutschen Historikergruppe« das Verdienst zu, diese Wende wesentlich bewirkt zu haben. Die Namen dieser Historikergruppe werden nicht genannt; Kocka selbst aber scheint sich ihr zuzurechnen, da er sich mit ihren Zielen selbstbewußt identifiziert. Möglicherweise ist die Gruppe mit den Herausgebern der neuen Zeitschrift gleichzusetzen. Die Gruppe ist nach Kocka charakterisiert durch das soeben angedeutete Methodenverständnis, ferner durch die Neigung zu »linksliberalen bis radikal-demokratischen Perspektiven« sowie durch die Verpflichtung »zur politisch-gesellschaftlichen Pädagogik in emanzipatorischer Absicht«. Solche Vermengung wissenschaftlicher Theorie- und Methodendiskussion mit einer bestimmten politischen Position und einer auf geschichtsphilosophischen Derivaten beruhenden Erziehungsabsicht wirft weitreichende Fragen auf. Der Rezensent ist der Ansicht, daß die sehr wichtigen und diskussionswürdigen, wenn auch nicht so gänzlich neuen methodologisch-theoretischen Probleme des Aufsatzes auch ohne die Bindung an eine bestimmte politische Richtung und die Herbeiführung von Zukunftsleitbildern erörtert werden können, ja müssen. Die Frage drängt sich auf, ob uns wirklich wissenschaftlich damit geholfen ist, hinter Max Weber zurückzugehen. Das ist ein weites und viel beackertes Diskussionsfeld für eine alte, offenbar immer wiederkehrende Frage.

Abschließend entwickelt Kocka anregende, seiner soeben wiedergegebenen Position ver-

pflichtete Gedanken zum allgemeinen Forschungsproblem der sozialen Schichtung und sozialen Mobilität, stellt aber leider keine Brücke zu den folgenden Einzelstudien her. Diese sind jeweils einzeln von Interesse, fügen sich aber nicht, da lediglich aneinandergereiht, zu einem Ganzen unter leitenden Fragestellungen zusammen. Vergleiche, Hypothesen oder Ergebnisse werden also nicht gewonnen, obgleich eine Bielefelder Arbeitstagung zum Thema »Soziale Stratifikation und Mobilität« der Vorbereitung des vorliegenden Heftes gedient hat, wie H. Kaelble mitteilt. So klafft eine Lücke zwischen dem hohen Anspruch in der Einleitung Kockas einerseits und den unverbundenen Einzelbeiträgen andererseits. F. D. Marquardt handelt über Schichtung und Mobilität der Berliner Arbeiterklasse in der ersten Hälfte, P. Ayçoberry über die Sozialstruktur des gewerblichen Mittelstandes in Köln um die Mitte des 19. Jahrhunderts, H. Kaelble über die vertikale Mobilität der akademischen Berufe in Deutschland 1910/1960 (leider ohne Berücksichtigung der intergenerationellen Mobilität) und der herausragende Beitrag von D. Crew über die regionale Mobilität der Bochumer Arbeiterschaft Ende des 19. Jahrhunderts, mit bemerkenswerten Bezügen zum Lebenszyklus und damit zur Bevölkerungs- und Familienstruktur der Arbeiter. Besonders dieser Aufsatz scheint mir wichtige Ansätze zur methodischen Verbesserung der noch unvollkommen entwickelten historischen Mobilitätsforschung zu enthalten.

Das Heft 2/3 behandelt eine Thematik, die bis vor kurzem von der Geschichtswissenschaft kaum beachtet, seit einiger Zeit aber, besonders in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten lebhaft aufgegriffen worden ist. Das Heft ist weit ergiebiger, umfassender und in sich geschlossener als das erste Heft, obgleich der Sonderherausgeber auf ein einführendes, die Beiträge verknüpfendes Vorwort verzichtet hat. Tamara Hareven (The History of the Family Program, Clark University, Worcester/Mass.) vermittelt in einem aus dem Vollen schöpfenden Literaturbericht den Stand der historischen Familienstrukturforschung in England und in den Vereinigten Staaten. Heidi Rosenbaum wendet sich scharfsinnig gegen methodische Gefahren und inhaltliche Einseitigkeiten der in der englischen Familien-Sozialgeschichte führenden »Cambridge Group for the History of Population and Social Structure«, bezweifelt die Tragfähigkeit rein quantifizierender Methoden am Beispiel der Berechnungen »mittlerer Haushaltsgröße« aufgrund von Einwohnerlisten und empfiehlt eine »Forschungsstrategie, die sich auf die Analyse kleinerer Einheiten beschränkt, dafür aber unter Heranziehung aller Quellen alle Dimensionen der Haushalte oder Familien: Größe, Zusammensetzung, materielle Situation, Wohnverhältnisse, Produktionsweise, einschließlich von Problemen der Autoritätsstruktur, Sozialisation, Ehebeziehungen usw. untersucht«. Karin Hausen begibt sich in ihrem großen Aufsatz »Familie als Gegenstand historischer Sozialwissenschaft« auf die gleiche Linie der Kritik an der bisherigen Forschung, einschließlich der deutschen Familiensoziologie, sowie der Forderung umfassenderer Familienstrukturforschung, die aus der »Isolierung« und der »Sektoralisierung« herausgeführt und unter der Grundkonzeption einer »Trias Einzelmensch – Familie – Gesellschaft« behandelt werden sollte. Sie bemüht sich dabei erfolgreich, die Frage praktischer Forschungsverwirklichung einzubeziehen. So steht am Schluß ein »systematischer Aufriß von Forschungsansätzen«. Sie gibt an, daß ihr Beitrag im Frühjahr 1974 im »Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte« zur Diskussion gestellt worden sei. Ihr Aufsatz ist demgemäß im Zusammenhang mit den Beiträgen des Bandes »Die Familie im Übergang von der entfalteten Agrargesellschaft zum Industriesystem« (Stuttgart 1976) zu sehen, der einen Teil der Forschungsorientierung verdeutlicht, die im Arbeitskreis, gemeinsam mit Karin Hausen, erörtert worden ist. Michael Mitterauers Arbeiten, der zum vorliegenden Heft den wichtigen Beitrag »Familiengröße – Familientypen – Familienzyklus« geliefert hat, sind im gleichen Zusammenhang zu sehen. Wie in seinen anderen bisher erschienenen Untersuchungen zur Familien-Sozialgeschichte steht Mitterauer auch hier auf einer sehr soliden empirischen Grundlage, da es sich wiederum um eine Vorveröffentlichung zu seinem großen

Forschungsprojekt »Strukturwandel der Familie in Österreich seit dem 17. Jahrhundert« handelt. Es wäre erwünscht, daß sobald wie möglich auch in anderen deutschen Territorien derartige, methodisch wohl überlegte Untersuchungen in Gang gesetzt werden könnten.

Auch die letzten beiden Beiträge zur Thematik des Bandes sind ergiebig. *Edward Shorter* erörtert, indem er deutsches und mehr noch französisches Material auswertet, die wichtige Frage vom »Wandel der Mutter- und Kindbeziehung zu Beginn der Moderne« und gibt damit einen neuen Anstoß zur Sozialgeschichte des Kindes. *John Knodel* unterrichtet über die in den 20er Jahren in Deutschland in Gang gesetzten, in den 30er Jahren aus NS-ideologischen Gründen stark geförderten, seitdem fast vergessenen und kürzlich in ihrem Nutzen neu entdeckten »Ortssippenbücher«.

Im »Diskussionsforum« wird von *Wolf Lepenies* die gegenwärtig sich verstärkt aufdrängende Frage einer Durchdringung von Geschichte und Anthropologie angeschnitten, während *H.-U. Wehler* gegen Andreas Hillgrubers »Provokation« im Aufsatz »Politische Geschichte in moderner Sicht«, HZ 216, 1973, mit der Forderung einer »wirklich modernen Politikgeschichte« durch enge Verbindung mit den sozialwissenschaftlichen Disziplinen und Übernahme bestimmter politikwissenschaftlicher Theoreme und Begriffe polemisiert – in der wahrscheinlich nicht nur von ihm allein gehegten Hoffnung, damit eine weitergehende Auseinandersetzung angeregt zu haben.

Das Fazit: Trotz unbefriedigender Selbstvorstellung der 16 Herausgeber und trotz eines nur unvollkommen geglückten ersten Heftes kann – nicht allein wegen des gut gelungenen Heftes 2/3 – erwartet werden, daß von der neuen Vierteljahrsschrift wichtige Impulse für die Geschichtswissenschaft, aber auch die Soziologie und Politologie ausgehen werden, sowohl im Sinne fruchtbarer Forschungsförderung als auch durch belebendes Anstoßerregen.

Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Vormarxistischer Sozialismus, hrsg. von Manfred Hahn (= Fischer Athenäum Taschenbücher Sozialwissenschaften / Geschichte 4014), Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1974, 337 S., kart., 17,80 DM.

Manfred Hahn, der 1970 bereits einen Bericht über »Präsozialismus: Claude-Henri de Saint-Simon« publiziert hat, will mit dieser Sammlung von Aufsätzen aus England, Frankreich, den USA, der Sowjetunion und der DDR – leider fehlt ein (in der Einleitung, S. 13, angekündigter) Beitrag aus Italien, etwa von G. M. Bravo – der deutschen (wissenschaftlichen) Öffentlichkeit den Anschluß an den hier im allgemeinen wenig bekannten internationalen Diskussionsstand zum »vormarxistischen Sozialismus« vermitteln, eine Intention, der der Band insgesamt durchaus gerecht wird. Wenn auch die Hälfte der Beiträge relativ einfach in einschlägigen Monographien bzw. Zeitschriften zu erreichen ist, so bietet die vorliegende Sammlung dem Benutzer doch die erleichterte Möglichkeit der Zusammenschau, zumal hier 9 der 13 Studien zum erstenmal in deutscher Übersetzung publiziert werden.

Hahn hat der Anlage nach sehr divergierende Untersuchungen ausgewählt. Teils handelt es sich um Literaturübersichten, teils um Analysen von Gesamtsystemen einzelner Frühsozialisten, teils um Studien zu Spezialproblemen von sehr unterschiedlichem Gewicht in deren Denken. Neben zwei Überblicksartikeln zum Gesamtkomplex (*Winfried Schröder* »Utopischer Sozialismus und Kommunismus«, S. 17–47, und *Renate Merkel* »Die von Marx und Engels geplante Bibliothek utopischer Sozialisten«, S. 48–57) sind sieben Beiträge den bedeutendsten französischen Frühsozialisten Babeuf (bzw. dem seine Ideen weitertragenden Buonarroti), Saint-Simon, Fourier und Cabet gewidmet (*V. M. Dalin* »Robespierre und Babeuf«, S. 58–74; entbehrlich, da Babeuf hier nicht im Mittelpunkt steht, erst recht nicht als Frühsozialist; *Arthur Lehning* »Buonarrotis Gedanken über Kommunismus und Diktatur«, S. 75–98; *Samuel Bernstein* »Saint-Simons Geschichtsphilosophie«, S. 99–115; *Jean Dautry* »Saint-Simons Auffassung von der Notwendigkeit der Revolution«, S. 116–148; *Johanson Zilberfarb* »Die Literatur über Fourier und den Fourierismus im Urteil eines Historikers«, S. 149–165, und ders. »Charles Fourier und die Französische Revolution«, S. 168–189; *Christopher H. Johnson* »Etienne Cabet und das Problem des Klassenantagonismus«, S. 190–231). Drei Beiträge druckt Hahn ab zum englischen Frühsozialismus: *E. P. Thompson* »Owenismus« (S. 232–258, die herausragende Studie dieses Bandes, da sie als einzige neben der politischen und ideengeschichtlichen Dimension auch sozialgeschichtlich im weitesten Sinne argumentiert), *G. D. H. Cole* »Sozialistische Ökonomien der 1820er Jahre« (S. 259–275) sowie ders. »John Francis Bray« (S. 276–283). Die letzte Untersuchung gilt dem deutschen Frühsozialisten Weitling (*Bernhard Kaufhold* »Wilhelm Weitling«, S. 284–327). Ein knapper, rasonierender »Bibliographischer Wegweiser« sowie ein Personenregister erhöhen den Nutzen dieses Readers.

Nicht ganz einsichtig ist, weshalb Hahn im Titel sowie in seiner kurzen Einleitung (S. 9–16) statt des hierzulande eingebürgerten Terminus »Frühsozialismus« (nach dem 1970 von ihm gebrauchten Begriff »Präsozialismus« nun) den des »Vormarxistischen Sozialismus«

benutzt, obwohl er selbst beteuert, keinen neuen Oberbegriff anbieten zu wollen. »Vormarxistischer Sozialismus« ist per definitionem bezogen auf Marx, der sowohl dessen Zielpunkt als auch dessen qualitativen Maßstab bildet (In diesem Sinne dürfte sich, wenn überhaupt, eher der Begriff »Vormarxsscher Sozialismus« als der von Hahn verwandte empfehlen, da sich der Marxismus genau genommen bekanntlich erst in den 1880er Jahren als geschlossenes System und politische Weltanschauung herausgebildet hat). Im Gegensatz zu dem nach seiner Ansicht zu weiten und zu undifferenzierten Gebrauch des Wortes »Frühsozialismus«, der sich gelegentlich bis in die Antike erstreckt, kennzeichnet Hahn seinen Terminus »als Vorwegnahme von nicht mehr bürgerlichen Verhältnissen und Verhaltensweisen – Vorwegnahme *unter den Bedingungen der sich freisetzenden / freigesetzten bürgerlichen Gesellschaft*« (S. 12). In dieser Vorwegnahme »[drängten] bereits objektives Interesse und geschichtliche Aufgabe des sich herausbildenden Proletariats zum Ausdruck« (S. 13). Aufgrund dieser Eingrenzung des Begriffs (vgl. dagegen die Definition Schröders auf S. 24) fallen bei Hahn sowohl die im Zusammenhang mit den frühbürgerlichen Emanzipationsideologien auftretenden frühen Sozialisten seit dem 16. Jahrhundert aus, die auch von »vormarxistischen Sozialisten« als Kampfgefährten angesehen wurden, wie auch die Vertreter des »wahren Sozialismus«, die zeitweise in Deutschland den Sozialismus weitestgehend repräsentierten. Die Terminologie Hahns scheint daher weniger eine – ansonsten begrüßenswerte – Konkretisierung und Differenzierung als vielmehr eine Verkürzung des Begriffs »Frühsozialismus« zu bedeuten, zumal durch den vorwiegenden Bezug auf Marx die Gefahr eines Abgleitens in eine unhistorische Betrachtungsweise gegeben ist. Die »Frühsozialisten« haben doch zunächst einmal einen genuinen Stellenwert als Analytiker und/oder Kritiker der zeitgenössischen (feudalen, frühbürgerlichen, bürgerlichen) Gesellschaft, der allerdings bislang noch zu wenig aus seinem ganzen sozialhistorischen Zusammenhang heraus entwickelt und auf diesen hin interpretiert worden ist. Erst an zweiter Stelle sollten dann ihr Standort und ihre Funktion in der sozialistischen Traditionsreihe von Interesse sein. Insofern ist, ganz abgesehen von der die ersten beiden der folgenden Punkte prägenden zeitlichen Begrenzung auf die Industrielle Revolution, der Trias der Hahnschen Interessen nicht zuzustimmen, wenn seines Erachtens die »vormarxistischen Sozialisten« Aufmerksamkeit verdienen »(1) als Analytiker und Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft in der Periode der Industriellen Revolution; [...] (2) als Theoretiker objektiv des Proletariats unter den Bedingungen des *einsetzenden* Kampfes zwischen der Bourgeoisie und jener noch unfertigen Klasse [...] (3) als Wegbereiter der Lehre von Marx, als Wegbereiter des materialistisch-kritischen Sozialismus« (S. 14).

Nachdrücklich zu unterstreichen ist Hahns Hinweis, der »vormarxistische Sozialismus« sei »mit dem vielgenannten Dreigestirn Saint-Simon, Fourier und Owen nicht erschöpft, bleibt ebensowenig europäisch gebunden, sondern ist ein *europäisch-nordamerikanisches Phänomen*« (S. 13). Leider ist diese wichtige Erkenntnis für die vorliegende Sammlung ohne Folgerungen geblieben. Zwar werden außer den Genannten noch mehrere andere französische und englische Frühsozialisten sowie der Deutsche W. Weitling behandelt. Wir erfahren aber z. B. weder etwas über die skandinavischen Frühsozialisten, noch wurde eine Studie über die frühen nordamerikanischen Sozialisten aufgenommen. Diesem Mangel hätte mit einer Übersetzung der betreffenden Kapitel aus dem Werk von *Gian Mario Bravo* »Storia del socialismo 1789–1848. Il pensiero socialista prima di Marx« (Roma 1971; vgl. die Rezension von Volker Hunecke in: AfS XIII, 1972, S. 682–684) abgeholfen werden können, das aus sprachlichen Gründen bei uns kaum bekannt ist.

Diese kritischen Anmerkungen sollen jedoch nicht den Wert der vorliegenden Sammlung mindern. Hahn hat für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Frühsozialismus zur Zeit der Industriellen Revolution neue Anstöße gegeben und zugleich eine nützliche Arbeitsunterlage geschaffen.

Dieter Dowe

Proletarische Lebensläufe. Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, hrsg. von Wolfgang Emmerich, Bd. 1: Anfänge bis 1914, Bd. 2: 1914 bis 1945 (= das neue buch 50 und 61), Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1974/75, 403 und 475 S., brosch., 15 DM und 16 DM.

Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht. Autobiographische Texte zum Kampf rechtloser und entrechteter »Frauenspersonen« in Deutschland, Österreich und der Schweiz des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von Richard Klucsarits und Friedrich G. Kürbisch im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik/Wien, Peter Hammer Verlag, Wuppertal (1975), 416 S., kart., 38 DM.

Die literarischen Äußerungen von Arbeitern und die darauf bezogenen Aktivitäten in der Arbeiterbewegung sind im Anschluß an die Studentenbewegung auch in der Bundesrepublik Gegenstand der Forschung geworden. Nach einigen Darstellungen und Untersuchungen zur Arbeiterliteratur im engeren Wortsinn wurde in diesem Zusammenhang auch das Gebiet der Arbeitermemoiren wiederentdeckt. Durch Neuausgaben der Lebensgeschichte M. Th. W. Brommes und F. Rehbeins wurden herausragende Beispiele wieder zugänglich gemacht.

Da nur die wenigsten solcher Texte die Chance haben werden, selbständig neu herausgegeben zu werden, sind solche Unternehmungen, wie sie Wolfgang Emmerich einerseits und Richard Klucsarits und Friedrich G. Kürbisch andererseits versucht haben, lobenswert. Sie präsentieren eine breite Auswahl von Arbeitermemoiren in für sie je relevanten Auszügen. Wie bei jeder Quellensammlung, die ihr Material ausschnittsweise vorlegt, ist die Konzeption, unter der der oder die Herausgeber verfahren, von wesentlicher Bedeutung. Denn die meisten Benutzer werden solche Editionen nicht von vorn bis hinten lesen, sondern, von den Hilfen des Herausgebers geleitet, das für ihre Zwecke Passende suchen. Beide Dokumentationen gehen hier trotz äußerer Ähnlichkeiten verschieden vor, sie seien daher nacheinander vorgestellt.

Wolfgang Emmerichs Textsammlung umfaßt zwei Bände (Von den Anfängen bis 1914; 1914 bis 1945). Darin vereinigt er Selbstäußerungen von über 120 Autoren. Das Material entstammt selbständig erschienenen Memoiren, Zeitungen (Der wahre Jakob, Die Aktion) und zeitgenössischen Sammelberichten (Antlitz der Zeit, 1926). Die Textabschnitte sind kurz, z. T. im zweiten Band etwas länger. Soweit es sich nicht um schon im Original kurze Skizzen handelt, sind die Kürzungen nicht vorgenommen worden, um die Wirkungsabsicht des seinerzeit Schreibenden konzentriert vorzuführen, sondern um den zu der von Emmerich gegebenen Systematik der Entwicklung passenden Abschnitt vorzulegen. Der Bogen der in dieser Weise zu Wort gekommenen spannt sich von Ulrich Bräker (Armer Mann im Tockenburg) über August Bebel (Aus meinem Leben) zum Mädchen Kathrin (Bleuler [Hrsg.], Aus der Lebensbeschreibung einer Armen), über die Mitglieder der Arbeiterkorrespondentenbewegung bis zu antifaschistischen Widerstandskämpfern und deren Abschiedsbriefen.

Die Dokumentation beginnt also, chronologisch gefaßt, 1740 mit »Armut, Anfänge der industriellen Revolution und Proletarisierung« und endet 1945 mit dem »vorläufigen Ende des Faschismus«.

Diese enorme Breite der Materialauswahl bedingt konsequenterweise eine ebensolche Heterogenität, die sich dreifach beschreiben läßt:

- mehr oder weniger unterschiedliche, in den Extremen völlig unterschiedliche gesellschaftliche Situation der Schreibenden,
- unterschiedlicher Bewußtseinsstand der Schreibenden im Sinne einer unterschiedlichen Verarbeitungsfähigkeit des Erlebten,
- unterschiedliche zeitliche Distanz zwischen Erlebnis und Niederschrift.

Die doch beachtliche Heterogenität des Materials fängt Emmerich in einem Theoriekonzept auf, für das er in Anspruch nimmt, daß es keine »Konstruktion a priori« sei (Bd. 2, S. 34). Dieses Konzept legt er in ausführlichen Einleitungen zu beiden Bänden, historisch informierenden Einführungen in die sieben chronologischen Hauptabschnitte und Kurzinformationen zu den Einzeltexten dar. Es legitimiert Textauswahl und -kürzungen, hält die Sammlung zusammen, informiert den Leser, der zu diesem »Lesebuch« greift, und macht Emmerichs Wirkungsabsicht verständlich: durch die historische Dokumentation von Klassenbewußtsein erneut Klassenbewußtsein schaffen zu wollen (s. die Einleitungen zu Bd. 1 und 2).

Dabei ist das Kontinuum, das ihm ermöglicht, mit Texten zu beginnen, die das Bewußtsein vorindustrieller Unterschichten zeigen, seine Vorstellung von der Entwicklung der »unteren Klassen« (Bd. 1, S. 167). Diese sind offenbar objektiv, von ihrer sozio-ökonomischen Lage her, seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bis heute die gleichen. Selbst wenn man beiseite läßt, daß sich in der automatischen Zurechnung von Handwerker- bzw. Gesellenelend zum entstehenden Kapitalismus eine doch merkwürdige Verklärung feudaler Produktionsverhältnisse zeigt, bleibt hier ein gravierendes, die Textkommentierung begleitendes Problem. Die Textsammlung dokumentiert realiter vorhanden gewesenes Bewußtsein. Und so zeigt sie in den frühen Zeugnissen (Handwerker um 1800) schlicht Handwerkerbewußtsein. Wenn aber ein Geselle um 1800 in Deutschland Abhilfe für Mißstände, die er erlebt, innerhalb der Möglichkeiten der Zunft denkt, so ist dies dem Herausgeber »fatal« (Bd. 1, S. 67). Dieses Problem zieht sich weiter: Die Heterogenität der konkret vorhandenen und z. T. breit vorgeführten Bewußtseinsstände wird durch den abstrakt-äußerlichen, gemeinsamen Überbegriff scheinbar aufgehoben: Der nicht-selbständige Handwerker hat die gleiche sozio-ökonomische Lage wie der Fabrikarbeiter. Er erscheint in der Kommentierung als Übergangsfigur im Entwicklungsschema der »unteren Klassen«. Dies führt mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse über die Stadien »bloßes Opfer und Untertan der bestehenden Produktions- und Herrschaftsverhältnisse«, »individuelle Formen des Protestes« zur Fähigkeit, »das proletarische Leben nicht mehr aus der Perspektive des mehr oder weniger hilflosen Objekts der Geschichte zu beschreiben, sondern die eigene individuelle Entwicklung mit der Klassen- und Gesellschaftsentwicklung in enge Beziehung zu setzen« (Bd. 1, S. 22). Auf dieser letzten Stufe kann dann die proletarische Selbstdarstellung »Exempel« sein »für das Leben der Arbeiterklasse insgesamt« (ebda.). Eine solche proletarische Selbstdarstellung hat eine didaktische Intention: Sie versucht, mit der Darstellung der eigenen Entwicklung politische Lernprozesse zu initiieren.

Dieses Schema wird aber realiter zweimal durchbrochen. Einmal ist die letzte Stufe in Emmerichs Sammlung ein Idealtyp, der manchmal erreicht wird, öfter aber nicht. Zum anderen verläuft die Entwicklung der Klasse nicht in solcher Stufenfolge. Es kommt noch hinzu, was auch Emmerich sieht, daß die Arbeiterautobiographen, deren Äußerungen zur Konstituierung des Idealtyps herangezogen wurden, »ausnahmslos alle [. . .], sofern sie die Weltkriegszeit überlebt haben, in der Mehrheitssozialdemokratie geblieben bzw. bald aus der USPD zu ihr zurückgekehrt sind und damit die Politik eines Gustav Noske und anderer rechtssozialdemokratischer Politiker sanktioniert haben«. (Bd. 1, S. 25, Hervorhebung von Emmerich.)

Emmerich hilft sich aus diesem Dilemma durch die Einführung der Kategorie »ideologische Ungleichzeitigkeiten und politische Fehlorientierungen« (Bd. 1, S. 24). Hier erreicht die Interpretation den Punkt, an dem die Zurechnung von objektiver Lage und eigentlich passendem Bewußtsein, das aber nicht erreicht wird, mit einer Kette teils alter, teils neu gefaßter Theoreme gedeckt werden soll. Neben der These von der Arbeiteraristokratie und der Arbeiterbürokratie steht nun noch die auf Bromme, Popp etc. bezogene von der nicht vollgültigen Vereinigung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus. Wenn

dann schließlich für den Bewußtseinsstand in der Arbeiterbewegung »die mangelhafte politische Anleitung der Arbeiter durch die Partei verantwortlich zu machen« ist (Bd. 1, S. 302), erweist sich der »Erklärungszusammenhang« als logisches Konstrukt. Wenn die (empirisch nicht in der Form haltbaren) Thesen von der Arbeiteraristokratie und -bürokratie ernst gemeint sind, die Funktionärin Popp ein noch nicht richtiges Bewußtsein hat, wer soll eigentlich wen »politisch anleiten«?

Die Subsumierung der Materialien unter die Theorie wird durch die Spaltung der Arbeiterbewegung nicht einfacher. Schon für die Zeit vor 1914 sind Teile aus Lebensberichten wie Bürgel »Vom Arbeiter zum Astronauten« aufgenommen, um mit pejorativem Nebenton den »Aufstieg aus der Arbeiterklasse« zu belegen. Nun gibt es die Memoiren von Scheidemann und Noske, »die eine Repräsentanz ganz anderer, für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bedenklicher Art« zeigen, als dies die klassische Arbeiterautobiographie tut (Bd. 2, S. 13). Hierher gehört wohl der Auszug aus Severings »Mein Lebensweg«, der unter dem Kommentar erscheint: »Aber welcher Unterschied: Für den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Redakteur – mitten auf dem Weg ›vom Schlosser zum Minister!« (so der Untertitel der Autobiographie) wird der Krieg zum ›unabwendbaren‹ Schicksal, das in Klassen gespaltene Volk zu *einer* Nation mit ›Millionen Gliedern««. (Bd. 2, S. 101). So selbstverständlich das Scheitern der mit der mehrheitssozialistischen Haltung im Krieg verbundenen Hoffnungen sich heute liest, sollte man doch nicht vergessen, daß für die Träger dieser Politik damit die Hoffnung auf endliche Gleichberechtigung verbunden war.

Arbeiterdichter wie Bröger oder Lersch, die nach 1933 nationalsozialistisch vereinnahmt wurden oder sich den Nationalsozialisten anschlossen, fallen aus dem Konzept ganz heraus. Waren vorher vorkapitalistische Handwerker schon fast Proletarier, stammt nun Lersch »genau genommen aus dem proletaroiden, deklassierten Kleinbürgertum, wie die meisten andern Arbeiterdichter« (Bd. 2, S. 266, s. auch S. 14), und ist von daher für die Entwicklung von Klassenbewußtsein verloren. Der darin steckende Schematismus hilft in beiden Fällen nicht zu einer befriedigenden Lösung.

Daß Emmerich die Politik der KPD von 1924 bis 1928 realistisch, die Kulturpolitik des BPRS richtig erscheint, ist nur konsequent.

Wenn Arbeitermemoiren sozialistische Literatur sind und der »richtige Anspruch« an die sozialistische Literatur zeitlos definierbar ist als »Widerspiegelung und Instrument der proletarischen Bewegung« (W. Friedrich, zit. Bd. 1, S. 26), wenn dann klar ist, was die proletarische Bewegung jenseits ihrer wirklichen Geschichte hätte sein müssen, bleibt die Interpretation eine Zuweisung von Benotungen, die dem Verdikt verfallenden Texte unerschlossen.

Die Dokumente, die Emmerich herausgibt, faßt er unter dem Untertitel »Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland« zusammen. Hierzu bedient er sich eines »weiten Kulturbegriffs«, der ausgeht von der produktiven Arbeit des Menschen als zentralem Akt des kulturschöpferischen Prozesses. Mit der antagonistischen Stellung im Produktionsprozeß ergeben sich zwei Kulturen, wobei der Begriff der Kultur in eins gesetzt wird mit dem der Lebensweise. Für die Arbeiterklasse entstehen aus ihrer Lage selbst eine bestimmte Auffassung der gesellschaftlichen Beziehungen und das Bedürfnis nach ihrer Veränderung. Aber erst das, was die Klasse aus ihrer Lage macht, ist die Lebensweise. Die Ableitung, bei der sich Emmerich auf Williams, Jacobeit und Mohrmann stützt, wird ergänzt durch die Auswertung einer Lenin-Feststellung: Danach definiert sich die Zweite Kultur vom sozialen und politischen Inhalt her, »ist *nicht ausschließlich* an das Proletariat als Klasse gebunden«. (Bd. 1, S. 34) (Immerhin sind die Arbeitermemoiren das Scherflein, das nur die Arbeiter selbst zu ihrer Bewegung beitragen können, dies bleibt unbestritten.) Dieser Begriff der Zweiten Kultur führt zurück zu der Ausgangsfeststellung der Relevanz der objektiven

Lage bzw. deren polit-ökonomischer Bestimmung. So, wie Emmerich seine Theorie bildet, wäre hier nicht zuerst über Kultur zu diskutieren, sondern über diese Begrifflichkeit und ihren Aussagebereich. Nur soviel: Wenn Bewußtsein immer auch eine subjektive Kategorie ist, wir aber über die Vermittlungsstrukturen zwischen gesellschaftlichem Einfluß und individueller Auffassung noch wenig wissen, ist es auch keine Lösung, diese Lücke mit als *deus-ex-machina* an die Realität herangetragenen Postulaten zuzuschütten. Man könnte sich vorstellen, daß es sich vom Erkenntniswert eher auszahlt, empirische Befunde auch von ihrer subjektiven und zeitgebundenen Seite ernst zu nehmen.

Vielleicht wäre dann auch die Intention des Herausgebers, Arbeitermemoiren für Arbeiter zu präsentieren, eher zu verwirklichen. So sind Stil und Begrifflichkeit, nicht zuletzt auch die schwer erträgliche begriffliche Distanz der Kommentare zu dem wirklich im Text beschriebenen Elend (Eltern sichern die Subsistenzmittel, Arbeiter sind in der Konsumtion beschränkt) eine Lesebarriere für die Adressaten.

Daß es auch anders geht, zeigen *Klucsarits* und *Kürbisch*. Ihre Dokumentation bezieht sich von vornherein nur auf Frauen. Dies hat seinen Wert, selbst wenn man fürchten müßte, daß hier das »Jahr der Frau« mitgewirkt haben könnte. Der Wert besteht darin, daß gerade zur Rolle der Frau in der Arbeiterbewegung bisher wenig leicht zugängliches Material existiert. Die beiden Herausgeber haben aufgrund dieser Einschränkung eine doppelte Aufgabe. Sie müssen ihre Bezugsgruppe zum einen abgrenzen von der bürgerlichen Frauenemanzipationsbewegung, zum andern ihre Rolle in der Arbeiterbewegung selbst verdeutlichen. Dem ersteren dienen die Ausführungen zum Frauenrechtskampf, die durch die folgenden Texte sehr klar belegt sind. Hervorzuheben sind aus dem Unterscheidungskatalog vor allem zwei Merkmale. Die proletarischen Frauen kämpften nicht um die berufliche Gleichberechtigung mit dem Mann, d. h. gegen ihn. Durch die materielle Not zur Erwerbstätigkeit gezwungen, war die Situation, in die sie sich als Arbeitende gestellt sahen, die gleiche wie die der Männer. Die proletarische Frauenbewegung kämpfte daher für die Aktivierung der Frauen im Kampf für die Gleichberechtigung aller, d. h. in der Konsequenz mit den Männern zusammen.

Die Textsammlung ist in zwei Teile geteilt. Im ersten sind die autobiographischen Zeugnisse von Arbeiterinnen zusammengefaßt. Er deckt den Zeitraum von den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis in die Zeit des Faschismus ab. Er ist in sich wieder gegliedert nach drei Gesichtspunkten: Feststellung eines sozialen Tatbestandes; Privilegienstaat als politischer Lernprozeß; Bewußtsein von der Veränderbarkeit der Welt. Im zweiten Teil wird der Kampf der Frauen in und mit der Arbeiterbewegung durch »Abhandlungen, Berichte, Dokumente« aus dem gleichen Zeitraum ergänzend beschrieben. Am Ende des Bandes findet sich eine »Zeittafel zur Geschichte der Frauenemanzipation von ihren Anfängen bis zur Erlangung der politischen Gleichberechtigung in Deutschland und Österreich«.

Der Anspruch der Herausgeber ist mit dem Emmerichs nicht zu vergleichen, da sie kein »Geschichtsbuch« vorlegen. Ihre Ausführungen »Zur Geschichte und zur operativen Wirkung der Arbeiterautobiographien« dienen der Einordnung ihres Materials und der Abwägung der darin enthaltenen Aussage: Arbeitermemoiren sind klar eingrenzbar Texte, definiert durch die Zugehörigkeit des Autors zur Arbeiterklasse. Ihre inhaltliche Bestimmung unterscheidet sich von der bei Emmerich zugrundegelegten durch Verzicht auf normative Anforderungen. »Die individuellen Erfahrungen des Arbeiters im Arbeitsprozeß und in der Gesellschaft und seine dadurch ausgelöste und beispielhaft wirkbare Re-Aktion, die er in seinen autobiographischen Texten aufzeichnet, analysiert und in Signale umsetzt, decken sich mit den Erfahrungen und den Verhaltensweisen der Arbeiterklasse, deren Not und Hoffnung er teilt. Arbeiterautobiographien repräsentieren demnach die gesellschaftliche Lage und die politische Bewußtwerdung der Arbeiterklasse« (S. 239).

In diesem Zusammenhang distanzieren sich die Herausgeber ausdrücklich von einem Verfahren, das in der Handwerkerautobiographie eine Vorstufe zur Arbeiterautobiographie sieht. Der Protest des Handwerkers richtete sich nicht gegen die gesellschaftlichen Zustände, sondern gegen seine individuelle Lage. Der Erwerb einer florierenden Werkstatt führt zum Einverständnis mit der herrschenden Gesellschaftsordnung. Da die Verfasser durch diese Abgrenzung ein deutlich umrissenes Untersuchungsfeld vor sich haben, kristallisieren sich die Charakteristika stärker heraus. Unter den angeführten seien nur als Voraussetzungen erwähnt: Zusammenballung des Industrieproletariats im Verlauf der Industrialisierung, die Einebnung der Gegensätze zwischen den Arbeitern durch die kapitalistische Produktionsweise und – aus dem Bereich der Organisation – die Sogkraft der in der Freien Gewerkschaftsbewegung vertretenen Selbst- und Soforthilfe. Das Entstehen eines als Klasse handlungsfähigen Proletariats, die Organisation und die Arbeit der Organisationen bezogen auf Aufklärung und Bildung erscheint als ein nicht mechanisch zerreißbarer Prozeß. Die Arbeiterautobiographie erscheint in diesem Prozeß erst, als beide, fortgeschrittene industrielle Entwicklung und autonome Arbeiterbewegung, vorhanden sind. Ein Auszug aus Wenzel Holeks Lebensbeschreibung dient noch einmal als deutlicher Beleg für die Bewußtwerdung in diesen »wirtschaftlich schwächsten und geistig vernachlässigten Gruppen der Bevölkerung« (S. 241). Die Autoren fassen zusammen, »lange Arbeitszeiten, völlig unzureichende Wohnverhältnisse, materielle Not, ungesicherte Existenz treten zur aus verschiedenen Gründen unzulänglichen Schulbildung – kein Wunder, daß sie »bei der einseitigen körperlichen Arbeit auch noch zum großen Teil verloren geht, wie die Sprache arm an Worten klingt, wie selbst das Schreiben verlernt wird.« Wenn sie darauf verweisen, daß diese Gründe »den Umfang und die Höhe der kulturellen Kraft der Arbeiterklasse mitbestimmen, so können sie eine ebenso nüchterne wie beachtliche Bilanz ziehen, die aber nicht verwundert, wenn man die Zeitungen und Zeitschriften etc. der Arbeiterbewegung kennt. Sie sprechen von einem vorläufigen Stand von 1037 Arbeitern und Arbeiterinnen, die zwischen 1860 und 1975 selbständig veröffentlichen oder Beiträge zu Zeitungen und Zeitschriften der Arbeiterbewegung herausbringen; davon liegt von 316 autobiographisches Material vor. Durch diese Hinweise korrigieren Klucsarits und Kürbisch auch das sonst gezeichnete Bild von der Veröffentlichung von Arbeitermemoiren. So sehr für die Parteiverlage zutrifft, daß sie nur Bruchteile der insgesamt erschienenen Lebensbeschreibungen veröffentlichten, so wenig läßt sich daraus verallgemeinern. Denn zum einen wurde ein Teil der Berichte von vornherein in Arbeiterkalendern etc. veröffentlicht, zum andern wurde für die selbständig – auch in bürgerlichen Verlagen – erschienene Literatur in der Arbeiterpresse und durch die Vertrauensmänner geworben.

Die Autoren betonen von daher mit guten Argumenten, daß die operative Wirkung der Arbeiterautobiographien bis 1933 bzw. in Österreich bis 1934 durchaus genutzt wurde. Die schon oben aus Emmerichs Darlegungen zitierte abstrakte Definition, nach der die Memoiren »Instrument der proletarischen Bewegung« zu sein hätten, sehen sie daher als erfüllt an.

Da die Dokumentierung und die Verarbeitung der Zwischenkriegszeit spärlicher ausfällt, wäre zu wünschen, daß hier in Zukunft Forschungsdefizite geschlossen werden könnten. Schon der Vergleich der Textauswahl, die Emmerich bzw. Klucsarits und Kürbisch aus der Sammlung »Mein Arbeitstag – Mein Wochenende« von 1930 treffen, weist auf Differenzen auch hier hin. Insgesamt bleibt festzustellen, daß der Band »Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht« aufgrund der Gestaltung und der lobenswerten sprachlichen Plastizität auch von Lesern benutzt werden kann, die ohne einschlägige begriffliche Kenntnisse sind.

Monika Kramme

Wilhelm Liebknecht, Leitartikel und Beiträge in der Osnabrücker Zeitung 1864 – 1866, hrsg. von Georg Eckert † (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen XXXV: Quellen und Untersuchungen zur allgemeinen Geschichte Niedersachsens in der Neuzeit, Bd. 1), August Lax Verlagsbuchhandlung, Hildesheim 1975, 794 S., kart., 68 DM; Ln., 74 DM.

Der 1974 verstorbene Georg Eckert hat mit seinen Editionen des Briefwechsels W. Liebknechts mit Marx und Engels (The Hague 1963) und mit deutschen Sozialdemokraten (Bd. 1, Assen 1973) wichtige Beiträge zur Aufhellung der Formierungsphase der deutschen Arbeiterbewegung und unentbehrliche Grundlagen für eine Biographie Liebknechts geschaffen. Der vorliegende Band ergänzt diese Publikationen durch einen bedeutsamen Ausschnitt aus W. Liebknechts umfangreicher journalistischer Tätigkeit im Reichsgründungsjahrzehnt. Liebknecht war auf diese Arbeit angewiesen: finanziell, um den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu verdienen, und politisch, da er keine anderen Publikationsmöglichkeiten besaß. Denn seine Mitarbeit am Organ der Lassalleaner, dem »Social-Demokrat«, war Anfang 1865 durch seinen Bruch mit dem ADAV bereits nach wenigen Wochen beendet worden, und über ein eigenes Organ konnte er erst ab 1868 mit dem »Demokratischen Wochenblatt« verfügen, nachdem zuvor mehrere Versuche, Zeitungen zu gründen, gescheitert waren. Die bislang unbekannte Mitarbeit Liebknechts an der »Osnabrücker Zeitung« (ÖZ) ist eine Entdeckung Eckerts. Der Inhalt von Liebknechts Artikeln in diesem Blatt war in den Grundzügen jedoch bereits bekannt, da er zahlreiche Artikel mit mehr oder weniger geringen Modifikationen auch in anderen Zeitungen veröffentlicht hatte; insbesondere im »Oberrheinischen Courier« (Freiburg), den G. Ebersold (»Die Stellung W. Liebknechts und A. Bebels zur deutschen Frage 1863 bis 1870, phil. Diss. Heidelberg 1963) erstmals detailliert ausgewertet hat.

Die Autorschaft der Artikel in der OZ zu klären, erwies sich als recht schwierig, da Liebknecht und der Herausgeber der OZ, Alexander Liesecke, ihre Beiträge jeweils mit »L« gezeichnet haben. Bis auf eine geringe Zahl von Artikeln konnte Eckert die Frage der Zuordnung jedoch eindeutig entscheiden. Da er für jeden der abgedruckten Artikel Liebknechts die parallelen Überlieferungen im »Oberrheinischen Courier«, im »Deutschen Wochenblatt«, dem Organ der badischen Demokraten, und in Cottas »Morgenblatt für gebildete Leser« anführt und wichtigere Modifikationen ausführlich zitiert, hat Eckert mit dieser Edition ein umfassendes Kompendium für die journalistische Tätigkeit Liebknechts in der Mitte der 1860er Jahre geschaffen.

Liebknecht hatte die Aufgabe übernommen, den überregionalen Teil der OZ, die vom 19. Mai 1864 bis 16. Juni 1866 erschien, im wesentlichen zu gestalten. Er war deshalb gezwungen, für seine weltpolitischen Überblicke die großen Tageszeitungen auszuwerten, wie es durchweg jene Blätter taten, die sich auf einen lokalen Einzugsbereich beschränkten, ihre Leser gleichwohl aber über das Geschehen in aller Welt informieren wollten, um sich so gegen die doppelte Konkurrenz seitens der großen Tageszeitungen und der Lokalblätter gleichermaßen behaupten zu können. Diese mitunter recht ausführlichen, reinen Informationspassagen der Artikel, die grundsätzlich ungekürzt abgedruckt wurden, konnten kaum eigenständige Interpretationen Liebknechts bieten und sollten es wohl auch nicht. Das sollte bei der Auswertung dieser Edition bedacht werden. Es ist bei künftigen Editionen ähnlicher Art auch eine Überlegung wert, ob auf den Abdruck offensichtlicher journalistischer Pflichtübungen nicht verzichtet werden sollte zugunsten eines Sachkommentars der übrigen Artikel, der bei dieser Edition wohl aus Platzmangel entfallen mußte.

Ein weiteres Problem, das besonderer quellenkritischer Sorgfalt bei der Auswertung der Artikel bedarf, wird durch den Leserkreis der OZ bedingt: Diese war vornehmlich für ein bürgerliches, nationaldemokratisch orientiertes Publikum bestimmt (siehe insbesondere den

Eröffnungsartikel, S. 27 f.). Das mag mit erklären, warum die sich formierende deutsche Arbeiterbewegung kaum Resonanz in Liebknechts Artikeln gefunden hat. Sein Bruch mit den Lassalleanern oder seine Aktivität in der Internationalen Arbeiterassoziation und auch seine gemeinsame Arbeit mit Bebel in den sächsischen Arbeitervereinen – all dies vollzog sich bzw. begann 1864/65 – gaben keinen Stoff für Leitartikel ab. Die Problematik einer selbständigen Arbeiterbewegung tauchte nur auf, wenn Liebknecht – an wenigen Stellen – die Gefahr einer Verbindung des »preußischen Cäsarismus« mit dem »Socialismus« beschwört (S. 306) oder wenn er zufrieden konstatiert, daß sich die »Allianz der Arbeiter mit den Junkern« als »eitler Traum« (S. 557 f., siehe auch S. 322 f.) erwiesen habe. Trotz seiner scharfen Kritik an der Fortschrittspartei, die ihm zu wenig energisch im Kampf gegen Bismarck und zu preußisch war, sah er doch noch den Platz der deutschen Arbeiter an der Seite dieser Partei im gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion. Die langsame Lösung Liebknechts von dieser politischen Linie, die aus seinen Artikeln in der OZ erkennbar wird, bedarf für die Jahre vor der Gründung des Norddeutschen Bundes noch einer genaueren Untersuchung.

Im Zentrum der Leitartikel Liebknechts steht zweifelsohne das Problem des deutschen Nationalstaats, das er in seinen Beiträgen zum Schleswig-Holstein-Konflikt immer wieder in den verschiedensten Aspekten analysierte und im Gesamtzusammenhang europäischer Politik interpretierte. Die Art, in der die Lösung des Schleswig-Holstein-Konfliktes erfolgen werde, so betonte Liebknecht, würde den deutschen Weg zum Nationalstaat festlegen und damit zugleich die politische und gesellschaftliche Struktur dieses Staates. Es gehörte zu den Grundüberzeugungen Liebknechts, daß bei einer preußisch-hegemonialen Lösung des Konflikts Bismarck durch das »Prestige des nationalen Erfolges« (S. 106) innenpolitisch nahezu unangreifbar werde. Ein Deutschland nach dem Muster Bismarcks, des »eingefleischtesten Feindes der Freiheit und des Rechts« (S. 78), würde sich, das stand für Liebknecht fest, als ein mächtiges Bollwerk gegen freiheitliche Reformen erweisen. Als alternative Entwicklungsmöglichkeiten für einen deutschen Nationalstaat à la Bismarck hatte er Frankreich, das »Musterland des »aufgeklärten Absolutismus«« (S. 451), dessen bonapartistisches System er scharfsichtig in vielen Artikeln analysierte, und England vor Augen, dessen Regierungssystem er als puren Scheinparlamentarismus deutete. Seine berühmte Charakterisierung des Norddeutschen Reichstags als »Feigenblatt des Absolutismus« hat unübersehbare Vorläufer in seinen Beiträgen in der OZ zur Politik des »scheinparlamentarischen England« (S. 97): »Nirgends sonst eine so ungemilderte Classenherrschaft, nirgends sonst eine so systematische, so vollständige Enterbung der Massen«. (S. 477). Erst die in den OZ-Artikeln dicht belegte, tiefsitzende Furcht Liebknechts, daß ein preußisch-hegemoniales Deutschland im Innern kaum mehr zu reformieren wäre, erklärt seine vehemente Ablehnung der Nationalpolitik Bismarcks, erklärt auch seine Bereitschaft, zugunsten einer möglichst breiten antipreußischen Front eine Allianz aus politisch und sozial durchaus heterogenen Elementen in Kauf zu nehmen. Diese Furcht, durch Bismarck die Einheit ohne Freiheit und vor allem ohne Aussicht auf Freiheit zu erhalten, bestimmte Liebknecht auch, seine antipreußische Politik im Norddeutschen Bund im scharfen Dissens mit Marx und Engels fortzusetzen.

Liebknechts Position, die er in seinen Beiträgen für die OZ vertrat, kann nicht mit dem Gegensatzpaar »Großdeutsch-Kleindeutsch« gekennzeichnet werden. Er optierte weder für Preußen noch für Österreich – darin glich seine Haltung der Politik der süddeutschen Föderalisten in der Deutschen Volkspartei, mit der Liebknecht gegen den Willen von Marx und Engels so intensiv zusammengearbeitet hat.

Liebknecht votierte für den deutschen Nationalstaat ohne Zentralismus und für den Föderalismus ohne Partikularismus (S. 521 u. ö.). Als Vorbild hatte er die Vereinigten Staaten vor Augen, deren innenpolitische Entwicklung er in einer Vielzahl von Artikeln kommen-

tierte. Die Vereinigten Staaten, so wie Liebknecht sie sah, kamen seinem Ideal eines Staates recht nahe: föderalistischer Nationalstaat mit starker, aber auf das notwendige Maß beschränkter Zentralgewalt, machtvoll nach außen, ohne diese Macht außenpolitisch als militärisches Drohpotential einzusetzen; vor allem aber als demokratische Republik Garant einer freiheitlichen Innenpolitik, die sich in den Kämpfen um die Sklavenbefreiung bereits bewährt habe. Darüber hinaus erschienen ihm die Vereinigten Staaten geradezu als eine Art gelobtes Land für die Arbeiterschaft. Die Arbeiter, so formulierte Liebknecht, »bildeten in Amerika keine besondere Classe« (S. 148). Als Staatsbürger seien sie in der demokratischen Republik mit allen bürgerlichen Rechten gleichberechtigt ausgestattet und aufgrund der hohen Löhne »mit der festen Aussicht auf baldige bürgerliche Selbständigkeit. Das ist eine unumstößliche Tatsache« (S. 149). Für eine Politik des Klassenkampfes fehlte also nach Liebknechts Ansicht in den Vereinigten Staaten jegliche Voraussetzung und Notwendigkeit. Derartige Formulierungen waren keine sprachlichen Fehlleistungen eines vielgeplagten Journalisten, der unter ständigem Zeitdruck schrieb, denn ähnliche Perspektiven publizierte er häufiger. Marx kommentierte diese Haltung Liebknechts in einem Brief an Engels in der ihm eigenen drastischen Ausdrucksweise: »Das Vieh glaubt an den zukünftigen ›Staat der Demokratie!« (10. Aug. 1869; MEW 32, S. 360). In der Tat, das tat er.

Liebknecht, so zeigen viele Artikel in der OZ mit Nachdruck, lebte noch ganz in der Hoffnung, politisch an die bürgerliche Revolution von 1848 anknüpfen zu können. Auch dies verband ihn mit den süddeutschen Demokraten. Der deutsche Nationalstaat sollte nicht durch eine der beiden deutschen Großmächte realisiert werden, sondern eine vom Volkswillen getragene starke Zentralgewalt sollte über allen einzelstaatlichen Regierungen stehen, Freiheit und Einheit gleichermaßen und gleichzeitig erzwingen. Jeder »Versuch einer volksthümlichen Umgestaltung Deutschlands [müsse] an das deutsche Parlament von 1848 und 1849 anknüpfen« (S. 675). Er ging sogar so weit, das »Princip der ›Rechtscontinuität‹ gegenüber dem reactionären Machtrecht« (S. 675) auch auf das Mandat der Abgeordneten der Paulskirche auszudehnen, das wiederaufleben sollte, falls es die Abgeordneten nicht ausdrücklich niedergelegt hätten.

Das Streben nach dem deutschen Nationalstaat durchzieht als roter Faden die Artikel Liebknechts. Da es jedoch keine Einheit um jeden Preis sein sollte, war er auf der ständigen Suche nach Konzeptionen, die einen demokratischen Nationalstaat ermöglichen könnten, ohne dabei aber die bestehenden Machtverhältnisse stets in ausreichendem Maße zu berücksichtigen. Seine Konzeptionen offenbarten das Dilemma aller antipreußischen deutschen Demokraten im Reichsgründungsjahrzehnt: Liebknecht forderte, wie viele Demokraten, eine starke Zentralgewalt, lehnte aber die Orientierung auf eine der deutschen Großmächte hin ab; er verwarf die Hoffnungen auf die einheitsstiftende Kraft der Klein- und Mittelstaaten als »Thorheit« (S. 477), empfand jedoch die Kleinstaaterei als das »secundäre Übel« (S. 477) im Vergleich zur preußischen oder österreichischen Hegemonie; der preußisch-österreichische Dualismus erschien ihm als die schlimmste Form des Partikularismus, dennoch propagierte er, am Deutschen Bund festzuhalten, bis sich etwas Besseres bieten würde; den Reformwillen der Einzelparlamente schätzte er gering ein, gleichwohl hoffte er, daß deutsche Abgeordnete »an der Spitze des Volkes den äußersten Schritt« (S. 507) wagen würden; er befürchtete, daß die wirtschaftliche Überlegenheit Preußens, das bereits mit der »Doppelpistole des Zollvereins und des französischen Handelsvertrags« (S. 161) Erfolge errungen habe, zugunsten eines preußisch-hegemonialen Nationalstaats arbeiten werde. Dennoch war er davon überzeugt, daß ein preußisch-österreichischer Krieg nur mit einer Niederlage Preußens enden könne. Vor allem aber: Liebknecht setzte seine ganze Hoffnung auf die »unmittelbare Action des Volkes« (S. 508) und erwartete von einem Krieg Preußens gegen Österreich das Signal zur Revolution, andererseits klagte er über den fehlenden revolutionären Stachel im deutschen Volk; er sprach auch recht resigniert

von der »nation introuvable« (S. 401), der er gleichwohl ein starkes Nationalbewußtsein, aber geringes Rechtsbewußtsein zuschrieb. Angesichts dieser widerspruchsvollen Hoffnungen und Befürchtungen mußten auch Liebknechts Konzeptionen zur Realisierung des Nationalstaats, denen er alle anderen politischen und gesellschaftlichen Fragen unterordnete, widerspruchsvoll bleiben: »Nirgends eine Fahne, um die wir uns ohne Überzeugungsoffer schaaren können« (S. 67).

Es gehört zu den Verdiensten dieser Edition Georg Eckerts, daß sie nicht nur die politischen Konzeptionen Wilhelm Liebknechts, sondern auch die Probleme nationalstaatlicher Politik im Reichsgründungsjahrzehnt aus der Sicht deutscher Demokraten plastisch werden läßt.

Dieter Langewiesche

Archives Bakounine/Bakunin-Archiv, publiées pour l'Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam par Arthur Lehning, Vol. V: Michel Bakounine et ses Relations Slaves, 1870 - 1875, E. J. Brill, Leiden 1974, pp. IXC, 586, cloth, 220 fl.

Volume V of Arthur Lehning's meticulously edited *Archives Bakouine*, like the two volumes that preceded it, deals principally with Bakunin's Russian activities. Volume III was devoted to *Gosudarstvennost' i anarkhiia* [The State and Anarchy], a work of 1873 intended mainly for the revolutionaries of Russia, and, indeed, Bakunin's only major work in Russian. Volume IV documented the »Nechaev Affair« and the rise and fall of Bakunin's relationship with that would-be leader of a Russian uprising. This latest volume both supplements the previous two with material dating back to 1869-70, and extends the documentation to 1875. It traces Bakunin's efforts to make contact with the young generation of Russians, and to some extent with other Slavic activists, in the wake of the Nechaev debacle. Bakunin's Russian activities had been interrupted by the break with Nechaev in 1870 and then by the conflict with Marx in the International. In 1872 he began trying to pick up the threads once again. His interest centered on the fairly sizable Russian student colony of Zurich, the history of which was chronicled by Dr. J. M. Meijer in his *Knowledge and Revolution* (Assen, 1955). Bakunin now turned to these youthful émigrés to recruit followers, spread his anti-state views, and create new conspiratorial organizations.

This volume necessarily lacks a single focal point, for Bakunin's relations with other Russian émigrés touched on virtually every aspect of his wide-ranging activities. Among the items included are three pamphlets which Bakunin wrote in 1869 and 1870 during his collaboration with Nechaev. They were addressed to Russia's revolutionary youth and contained Bakunin's views on the methods and objectives of the Populist movement that was soon to arise. (In one of these pamphlets Bakunin explicitly directed the young revolutionaries to »go to the people«.) Peter Lavrov, another émigré mentor of the Populist movement, appears in this volume as it traces the unsuccessful effort by Bakunin and his followers to publish a joint review with Lavrov. Switzerland contained enemies of Bakunin as well as friends and followers, and in the documents we see Nicholas Utin, a staunch partisan of Marx in Geneva, supplying Marx and Engels with material to be used against Bakunin in the International. Also included are an obituary of Herzen, in which Bakunin maintained that Herzen had remained a firm opponent of the tsarist regime to the end of his days and had never made his peace with Alexander II; and a letter to a French newspaper objecting to a boast by another Russian that the death penalty was not practiced in Russia. Though his interests and activities were international in scope, Bakunin never ceased to regard himself as a critic of Russian conditions and a spokesman for the Russian revolutionary movement.

Thus, in addition to the main subject, Bakunin's Zurich circle, the volume touches on the

von der »nation introuvable« (S. 401), der er gleichwohl ein starkes Nationalbewußtsein, aber geringes Rechtsbewußtsein zuschrieb. Angesichts dieser widerspruchsvollen Hoffnungen und Befürchtungen mußten auch Liebknechts Konzeptionen zur Realisierung des Nationalstaats, denen er alle anderen politischen und gesellschaftlichen Fragen unterordnete, widerspruchsvoll bleiben: »Nirgends eine Fahne, um die wir uns ohne Überzeugungsoffer schaaeren können« (S. 67).

Es gehört zu den Verdiensten dieser Edition Georg Eckerts, daß sie nicht nur die politischen Konzeptionen Wilhelm Liebknechts, sondern auch die Probleme nationalstaatlicher Politik im Reichsgründungsjahrzehnt aus der Sicht deutscher Demokraten plastisch werden läßt.

Dieter Langewiesche

Archives Bakounine/Bakunin-Archiv, publiées pour l'Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam par Arthur Lehning, Vol. V: Michel Bakounine et ses Relations Slaves, 1870 - 1875, E. J. Brill, Leiden 1974, pp. IXC, 586, cloth, 220 fl.

Volume V of Arthur Lehning's meticulously edited *Archives Bakouine*, like the two volumes that preceded it, deals principally with Bakunin's Russian activities. Volume III was devoted to *Gosudarstvennost' i anarkhiia* [The State and Anarchy], a work of 1873 intended mainly for the revolutionaries of Russia, and, indeed, Bakunin's only major work in Russian. Volume IV documented the »Nechaev Affair« and the rise and fall of Bakunin's relationship with that would-be leader of a Russian uprising. This latest volume both supplements the previous two with material dating back to 1869-70, and extends the documentation to 1875. It traces Bakunin's efforts to make contact with the young generation of Russians, and to some extent with other Slavic activists, in the wake of the Nechaev debacle. Bakunin's Russian activities had been interrupted by the break with Nechaev in 1870 and then by the conflict with Marx in the International. In 1872 he began trying to pick up the threads once again. His interest centered on the fairly sizable Russian student colony of Zurich, the history of which was chronicled by Dr. J. M. Meijer in his *Knowledge and Revolution* (Assen, 1955). Bakunin now turned to these youthful émigrés to recruit followers, spread his anti-state views, and create new conspiratorial organizations.

This volume necessarily lacks a single focal point, for Bakunin's relations with other Russian émigrés touched on virtually every aspect of his wide-ranging activities. Among the items included are three pamphlets which Bakunin wrote in 1869 and 1870 during his collaboration with Nechaev. They were addressed to Russia's revolutionary youth and contained Bakunin's views on the methods and objectives of the Populist movement that was soon to arise. (In one of these pamphlets Bakunin explicitly directed the young revolutionaries to »go to the people«.) Peter Lavrov, another émigré mentor of the Populist movement, appears in this volume as it traces the unsuccessful effort by Bakunin and his followers to publish a joint review with Lavrov. Switzerland contained enemies of Bakunin as well as friends and followers, and in the documents we see Nicholas Utin, a staunch partisan of Marx in Geneva, supplying Marx and Engels with material to be used against Bakunin in the International. Also included are an obituary of Herzen, in which Bakunin maintained that Herzen had remained a firm opponent of the tsarist regime to the end of his days and had never made his peace with Alexander II; and a letter to a French newspaper objecting to a boast by another Russian that the death penalty was not practiced in Russia. Though his interests and activities were international in scope, Bakunin never ceased to regard himself as a critic of Russian conditions and a spokesman for the Russian revolutionary movement.

Thus, in addition to the main subject, Bakunin's Zurich circle, the volume touches on the

themes of earlier volumes: the collaboration with Nechaev, the conflict within the International, Bakunin's conception of revolution in Russia. As in previous volumes in this series, the first part of the book presents Bakunin's own writings, many of them hitherto unpublished manuscripts or bibliographical rarities, grouped into eighteen sections. The second part consists of French translations of the works written in Slavic languages, while in the third part a series of Appendixes presents writings by other individuals relating to the subjects covered in the volume. The editor's extensive historical and bibliographical introduction and thorough annotations form a solid scholarly framework for the texts. Photographs of some of the principals and facsimile pages of manuscripts and original editions add an element of immediacy to the documents.

Bakunin expounded his anarchist principles not in neat theoretical packages – his few theoretical works are highly discursive and were never finished – but in a disorderly accumulation of fragments, letters and topical articles. When sorted out and collated by Arthur Lehning's prodigious labors, they show Bakunin consistently battling the political and metaphysical abstractions, and their spokesmen, that formed the objects of his criticism throughout his anarchist period. All led to some form of hierarchical authority and exploitation, he was convinced. One of those abstractions was nationalism, and his attempt to join forces with a Polish émigré group in Zurich foundered on his anti-national and anti-state principles. »Doctrinaire revolutionaries«, with Marx foremost among them, remained high on his list of opponents, as did scientific elitists who claimed political power on the basis of superior knowledge. Leave your schools and universities, he told the students of Russia, and go to the people. But remember that »the educated youth must be neither the master, nor the protector, nor the benefactor, nor the dictator of the people, but only the midwife of their spontaneous emancipation, the unifier and organizer of their efforts and of all their forces« (p. 15). And most of all he rejected the principle of the state and excoriated all those who upheld it. Political power corrupts, he insisted, and no one is immune to its corrupting influence. It is a law of human nature that admits of no exceptions: even Socrates or Christ would have been oppressors and exploiters had they become kings, ministers, or officials (pp. 139–40). »Take the most ardent revolutionary and put him on the All-Russian throne, or give him the dictatorial power that our green revolutionaries dream of so much, and in a year he will be worse than Alexander Nikolaevich« (p. 55). Government is a conspiracy against the people, and it must be countered by a »people's conspiracy«.

The creation of conspiratorial revolutionary organizations was the very keynote of Bakunin's political activity. The centerpiece of this volume is his attempt to form such an organization, or organizations, among the Russians and other Slavs of Zurich. These organizations had a genealogy that dated back to 1864, when Bakunin created an International Brotherhood during a stay in Italy. (The documentary record of this Brotherhood from 1864 to 1868 is to be the subject of a subsequent volume of the *Archives Bakounine*.) In 1868, after failing to persuade the League of Peace and Freedom to adopt his principles, Bakunin and his followers formed the International Alliance of Socialist-Democracy. The Alliance applied for membership in the First International but was refused admittance as a separate organization; its sections entered the International individually, and Bakunin claimed that the Alliance dissolved itself in 1869, but Marx contended that it remained in existence secretly. This became one of the main charges levelled against Bakunin at the time of his expulsion from the International.

In 1869–70 came Bakunin's association with Nechaev and unrealized plans for new Russian and international revolutionary conspiracies. In 1872, Bakunin created three new associations in Zurich, the connections among them not fully clear. The first one, the Russian Brotherhood, founded in March of 1872, consisted of Bakunin and four Russian

students. Bakunin continued to place great importance on the revolutionary role of Russia's educated young people. In 1869 he had characterized »this legion of declassed young men« as a substitute for Sten'ka Razin, the revolutionary spark that would ignite a popular uprising (p. 15). Having failed to establish a link through Nechaev to the activists within Russia, Bakunin now turned to the émigré students in Zurich.

At the same time, he was eager to establish a broader Slavic organization, and, probably with this in mind, he sought an affiliation between his Russian Brotherhood and a Polish group, the Polish Social-Democratic Association of Zurich. The dream of Slavic unity was an element of Bakunin's outlook that went all the way back to 1848–49. Relations with the Poles broke down because Bakunin, as an anarchist, insisted that social revolution, not restoration of the historic Polish state, was the only way to achieve Polish freedom. (The secretary of the Polish Social-Democratic Association, Adolf Stempkowski, was an agent of the Third Section and was soon to betray Nechaev to the police.) Nevertheless, as Lehning points out, Bakunin was the first important Russian revolutionary since the Decembrists to seek cooperation with the Poles against the tsarist regime. Even without the Poles, Bakunin did create a Slavic Section, consisting of Russians, Serbs, a Croat and a Czech. This Slavic Section then affiliated with the Jura Federation of the International. Finally, also in 1872, Bakunin formed a new International Brotherhood, the program of which is reproduced in this volume. Its relationship to the Russian Brotherhood is hazy, but at least one member of the latter, Arman Ross [Mikhail Sazhin], also belonged to the International Brotherhood. The programs of the two organizations were essentially identical, and both were based on the program of the Alliance of 1868. Only in Italy did the International Brotherhood show some signs of life for a few years.

In June, 1873, the Russian government issued a decree in effect forbidding Russian women to study in Zurich, and the émigré colony as a whole soon disintegrated. Bakunin's group broke up, and although he continued to take an interest in Russian and Slavic affairs, the Zurich colony ceased to be the focus of his attention.

As was the case with most of Bakunin's conspiratorial organizations, neither the Russian Brotherhood nor the International Brotherhood had much practical significance. Despite the element of fantasy they displayed, however, Bakunin's revolutionary organizations were more than mere play-acting. One must agree with Arthur Lehning's observation that the various organizational programs that Bakunin drew up from 1864 to 1872 are important not in their own right but for the light they shed on Bakunin's political theory and social philosophy (p. LIV). As suggested by the great detail he lavished on their statutes, Bakunin regarded these organizations not merely as instruments of revolution but as embodiments of the new fraternal relations that would prevail among men after the revolution. Whereas most of his other writings concentrated on criticism of his opponents or on revolutionary theory, his organizational statutes spelled out the positive elements of his anarchist social vision. And to the extent that the groups actually functioned, they were practical proving-grounds for his anarchist principles, the only opportunity he had to put them to the test. The theory and the practice of these associations, then, offer a revealing commentary on Bakunin's social theory.

The most striking feature of the International Brotherhood – and this may be the key to all of Bakunin's conspiratorial organizations – is that it was meant to be precisely what its name suggests: a true fraternity, and not merely an organization pursuing certain political and social objectives. The statutes Bakunin drew up for it made it a tightly-knit community, the sole focus of the individual member's life and loyalties. Everyone who joins it, Bakunin wrote, »devotes himself irrevocably, body and soul, thought, will, passion and action, with all his abilities, energy, and fortune, to the service of the social revolution. The association will henceforth become his fatherland and all its members his brothers,

more precious than all his blood relatives [...]« (p. 189). Here was an element not unique to Bakunin but characteristic of much of the Russian revolutionary movement. Unlike his West European counterparts, who, to one degree or another, could legally and openly engage in political activity, the Russian radical had to go underground. He was forced to break most of his ties with his family, former friends, and social class, and in many cases accept a life of exile or emigration. The underground organization and its cause took the place of these other ties and inevitably became the object of unusually intense loyalties. A prime example of this phenomenon was, of course, Bakunin himself, whose revolutionary activities had almost totally isolated him from the attachments of his youth. Hence his preoccupation with the personal and moral relations of the association's members in addition to its purely political tasks.

This same element, of course, had been manifested in the famous »Catechism of a Revolutionary«, with its ringing declaration that the revolutionary is a »lost man« who has broken all his ties with society. In the »Catechism«, however, which the preceding volume of the *Archives Bakounine* showed to have been in all probability the work of Nechaev rather than Bakunin, it had taken on psychopathic overtones. The »Catechism« rejected not just competing claims on the revolutionary's loyalty but all moral scruples as well; it projected an image of the revolutionary as arsonist. The Nechaev Affair had focused Bakunin's attention on the relationship of the members of the revolutionary conspiracy. In fact, his primary criticism of Nechaev was that he had treated his friends like enemies, exploiting and manipulating his revolutionary comrades as well as his adversaries. Relations between members of the International Brotherhood were to be on a very different footing. »Our brotherhood is founded on mutual respect for our human dignity and our liberty. Each brother will halt with respect before the conscience and intimate life of his brother and will enter into it only when invited to do so. Severe towards ourselves, we must not be such inexorable censors in regard to each other; we must get used to pardoning our mutual weaknesses, knowing all too well that each of us is full of them [...] We will not spend our time disparaging ourselves, and we will forgive our brothers a great deal [...]« (p. 189). Toleration and mutual respect, personal autonomy and collective solidarity were the fundamental principles of the Brotherhood. Relations between its members were to be determined not by the abstract, impersonal forces of government and law, but by the spontaneous harmony of fraternal love. Here were all the ideals of the future anarchist society, realized first of all in the revolutionary organization struggling to achieve that society. The underground conspiracy for Bakunin was a microcosm of the stateless community of brotherly harmony, and a model for it. Perhaps this was one of the many elements of Bakunin's thinking that Marx, with his very different temperament and political experiences, could not understand and that consequently fed his suspicions of Bakunin's intentions.

Neither in theory nor in practice did the Brotherhood fully carry out its ideals. Bakunin wrote into its program his familiar strictures against any kind of revolutionary dictatorship or provisional government, since »all governmental power, however revolutionary and transitory it claims to be, can have no other object than to perpetuate itself« (p. 182). Yet, to ensure the revolution's success, »it is obviously necessary that there be a force, a collective invisible organization, which, while obeying a frankly and completely revolutionary program and pushing it to its furthest consequences, abstains from any governmental or official interference, and thereby can exert an influence all the more effective and powerful on the spontaneous movement of the masses [...]«. On the day after the revolution the members of this organization must »organize and direct the anarchy and the formidable outburst of the masses' revolutionary passions, without restraining them« (p. 184). Thus a »collective invisible organization«, with its own revolutionary program,

was to exert an »influence« on the people and »direct« their revolutionary energies – but without turning into a revolutionary dictatorship or a provisional government! The problem of the relationship between the conscious elite and the spontaneous masses was one that particularly plagued the revolutionary movement in Russia, where the gulf between the two was so wide, and both the Populist movement that was just getting under way and the later Marxist movement were forced to confront it. For all his rejection of »Jacobinism«, a rejection which was doubtlessly sincere, and his clear insight into the dangers of revolutionary elitism, it was a problem that Bakunin himself never satisfactorily resolved. The program of the International Brotherhood, an organization dedicated to the eradication of all political hierarchy, raises as many questions on this subject as it resolves.

The statutes of the International Brotherhood contain a remark that casts yet another shadow on its role as a model anarchist community. Bakunin gave the general assembly of the organization, which he called the »Constituent Assembly«, the right not only to suspend or exclude errant members but to condemn them to death if necessary (p. 192). The Brotherhood was truly a community, against which, as Bakunin says, it was possible to commit »treason« (p. 190). But in a community based solely on fraternal solidarity and spontaneous mutual respect, how is »treason« to be defined, and on what grounds is a death sentence to be applied? In the last analysis, it must depend on the subjective feelings of one's comrades, on an unpredictable group consensus, and it may well be asked whether this is a very secure guarantee of the individual liberty and human dignity that were to prevail in the new community.

On the practical level, we must turn to the history of the Russian Brotherhood, which shared the International Brotherhood's program and actively functioned for a time as a group. It was not a harmonious one. When the plans for a joint review with the Lavrovists fell through, Bakunin's followers set up a book-printing operation of their own in Zurich at the beginning of 1873. The little group was soon rent with antagonisms and split up. Arman Ross went to London and established a printing-press there, while the remainder of the group, centered around Zamfirii Ralli-Arbore (a Rumanian from Bessarabia), set up a printing shop in Geneva.

Mutual recriminations now ensued between the two factions. Bakunin refused to break with Ross, who had succeeded Nechaev as the young collaborator on whom his hopes centered, and consequently alienated the Ralli group. One of the members of this group, Alexander El'snits, complained to James Guillaume that Ross had behaved in an »authoritarian« manner (at one point he had locked his colleagues out of the printing plant in Zurich), and that Bakunin had defended him. »Bakunin's conduct towards us in regard to the printing house, that is, in the first truly practical revolutionary affair that had come up since we became associated with him, left us in no further doubt that Bakunin, while preaching to us the principles of collectivism, was deceiving us; that those sermons served him merely as a means of exploiting the purest and most honest sentiments« (p. 459). There was also considerable wrangling over the amounts of capital that each of the founders of the printing house had contributed, over receipts and accounts, and over the terms of the enterprise's liquidation.

These charges and counter-charges seem to reflect what the anarchists called »bourgeois sensibility« rather than the fraternal relations that were supposed to prevail among them. A similar imbroglio, the Baronata affair, soon led to a temporary break and permanent cooling of relations between Bakunin and Ross. The latter disapproved of the purchase of Baronata, a villa near Locarno which was to provide the protection of Swiss citizenship for Bakunin and serve as a haven for international revolutionaries. The disastrously ill-conceived project resulted only in the financial ruin of Carlo Cafiero, a young Italian

follower of Bakunin, and the alienation of some of Bakunin's closest associates.

In view of these disputes, it is ironic to read of Bakunin's refusal to speak to a law professor who came to Locarno from Russia to meet him, on the grounds that he could have nothing in common with a jurist (p. 467n). Bakunin's followers might well have profited by placing some of their relations on a legal, contractual footing. When it came to practical, and especially financial activities, the spirit of comradeship proved too weak a cement to hold them together. If this committed little band of anarchists could not govern their personal relations on the basis of fraternal solidarity alone, could this principle prove sufficient for the larger society that was to take shape after the anarchist revolution?

The members of the Ralli group were so disillusioned with Bakunin that even though they upheld many of his ideas they began to belittle his significance as a revolutionary. The tsarist authorities, they asserted in a publication of 1875, exaggerated Bakunin's importance: »his influence on the Russian revolutionary movement was always very weak, even trifling« (p. 484). After all the turmoil and disappointment in his relations with the émigrés in Switzerland, Bakunin voiced an understandable note of resignation in a letter to Ogarev at the end of 1874. He had withdrawn from all »practical activity«, he told his old friend, and was now spending much of his time reading. »Enough of teaching, my friend, in our old age let us once again take up learning, it is more cheerful« (p. 228).

Marshall S. Shatz

Anthony Masters, Bakunin. The Father of Anarchism, Sidgwick & Jackson, London 1974, XXIII, 279 S., Ln., £ 5.95.

Popular history – history written by non-scholars for a broad audience – is much like the proverbial »little girl who had a little curl«: when it is good, it is very good, but when it is bad, it is horrid. When done well, it can convey the historical color and drama that scholarly studies tend to stifle, and it often possesses a literary flair which most academics lack; it lends itself particularly well to biography and is adept at bringing to life the striking personalities of history. These qualities can compensate for the conceptual shallowness and scantiness of documentation which are common failings of the genre. Anthony Masters' attempt at a biography of Michael Bakunin suffers painfully from all the defects of popular history without displaying any of its redeeming virtues. Roderick Kedward, in his Foreword, terms the book an »exciting biography« which makes »a substantial contribution to the reappraisal of Bakunin« both as a thinker and as an activist. Alas, the book is neither exciting nor substantial, and it makes little contribution to our understanding of Bakunin.

Judging from the footnotes and bibliography Masters does not read Russian, and he has relied on secondary works for most of his material. In consequence, he draws heavily on standard interpretations, principally E. H. Carr's biography, which are badly in need of rethinking. In addition, the author lacks the historical perspective to deal adequately with a figure who swam, at one time or another, in nearly every intellectual, political, and revolutionary current of mid-nineteenth century Europe. The result is a cliché-ridden image of Bakunin set against a very hazy historical background.

The book gets off on the wrong footing from the start with its Prologue, a description of what Bakunin (or »Michael«, as the author insists on calling him throughout) might have been thinking and feeling as he visited his family on his way to Siberian exile in 1857. This sort of fictionalized history is as irritating as it is useless. Masters' explanation of Bakunin's development as a revolutionary rests on the familiar assertion that Bakunin was sexually impotent, or at least indifferent, and that his political commitment provided a kind of emotional substitute for sexual activity. He finds in Bakunin an »inner loneliness«

follower of Bakunin, and the alienation of some of Bakunin's closest associates.

In view of these disputes, it is ironic to read of Bakunin's refusal to speak to a law professor who came to Locarno from Russia to meet him, on the grounds that he could have nothing in common with a jurist (p. 467n). Bakunin's followers might well have profited by placing some of their relations on a legal, contractual footing. When it came to practical, and especially financial activities, the spirit of comradeship proved too weak a cement to hold them together. If this committed little band of anarchists could not govern their personal relations on the basis of fraternal solidarity alone, could this principle prove sufficient for the larger society that was to take shape after the anarchist revolution?

The members of the Ralli group were so disillusioned with Bakunin that even though they upheld many of his ideas they began to belittle his significance as a revolutionary. The tsarist authorities, they asserted in a publication of 1875, exaggerated Bakunin's importance: »his influence on the Russian revolutionary movement was always very weak, even trifling« (p. 484). After all the turmoil and disappointment in his relations with the émigrés in Switzerland, Bakunin voiced an understandable note of resignation in a letter to Ogarev at the end of 1874. He had withdrawn from all »practical activity«, he told his old friend, and was now spending much of his time reading. »Enough of teaching, my friend, in our old age let us once again take up learning, it is more cheerful« (p. 228).

Marshall S. Shatz

Anthony Masters, Bakunin. The Father of Anarchism, Sidgwick & Jackson, London 1974, XXIII, 279 S., Ln., £ 5.95.

Popular history – history written by non-scholars for a broad audience – is much like the proverbial »little girl who had a little curl«: when it is good, it is very good, but when it is bad, it is horrid. When done well, it can convey the historical color and drama that scholarly studies tend to stifle, and it often possesses a literary flair which most academics lack; it lends itself particularly well to biography and is adept at bringing to life the striking personalities of history. These qualities can compensate for the conceptual shallowness and scantiness of documentation which are common failings of the genre. Anthony Masters' attempt at a biography of Michael Bakunin suffers painfully from all the defects of popular history without displaying any of its redeeming virtues. Roderick Kedward, in his Foreword, terms the book an »exciting biography« which makes »a substantial contribution to the reappraisal of Bakunin« both as a thinker and as an activist. Alas, the book is neither exciting nor substantial, and it makes little contribution to our understanding of Bakunin.

Judging from the footnotes and bibliography Masters does not read Russian, and he has relied on secondary works for most of his material. In consequence, he draws heavily on standard interpretations, principally E. H. Carr's biography, which are badly in need of rethinking. In addition, the author lacks the historical perspective to deal adequately with a figure who swam, at one time or another, in nearly every intellectual, political, and revolutionary current of mid-nineteenth century Europe. The result is a cliché-ridden image of Bakunin set against a very hazy historical background.

The book gets off on the wrong footing from the start with its Prologue, a description of what Bakunin (or »Michael«, as the author insists on calling him throughout) might have been thinking and feeling as he visited his family on his way to Siberian exile in 1857. This sort of fictionalized history is as irritating as it is useless. Masters' explanation of Bakunin's development as a revolutionary rests on the familiar assertion that Bakunin was sexually impotent, or at least indifferent, and that his political commitment provided a kind of emotional substitute for sexual activity. He finds in Bakunin an »inner loneliness«

which was filled by the enormous drive and energy that so impressed those around him. Although the notion that Bakunin was sexually deficient appears to be based on the flimsiest of evidence, the author accepts it uncritically and makes it the peg on which he hangs his reconstruction of Bakunin's personality and political career.

Masters is no more at home with Bakunin's anarchism than he is with Bakunin's personal development. Bakunin's ideas, and their place in Russian and West European political thought, are very inadequately treated. On Bakunin's relationship with Nechaev, the author asserts that »in many ways Nechaev and Michael were kindred spirits«, without explaining what those ways were, while the chapter entitled »The Battle with Marx« deals mostly with the Nechaev affair. Any reader not previously informed would be hard put to determine just what the »battle« between Marx and Bakunin was all about.

The book's numerous technical defects compound its other inadequacies. The writing is at best conventional, at worst murky. (»Michael's continuous interference in his family's motivation and his bullying domination of their minds were symptomatic of the state of insecurity and flux in his own«.) In a single paragraph we are told that Paul Pestel, one of the leaders of the Decembrist conspiracy, wanted a federal republic modelled on the USA (Pestel in fact advocated a centralized state modelled on Jacobin France); and that Pestel and two of his fellow revolutionists were hanged in 1820 (Pestel and four others were hanged in 1825). And should the reader trustingly turn to the back of the book in search of Part Two, footnote 9, he will find a blank space.

This book does serve to raise one of the central issues that studies of Bakunin have hitherto failed to resolve. As Masters relates, Bakunin started out as a rebel within his own family, challenging the traditional patriarchal authority of his father. As time went on, his rebellion broadened to include social, religious, and political authority. What was the relationship between that early domestic rebellion and his later political philosophy? Was there nothing more to the latter than the displaced energy of a sexual neuter? (Even if that were the source of Bakunin's revolutionary ideology, it would not sufficiently explain either the political insights his ideology contained nor the following it attracted.) Did the familial origins of his rebellion color his perception of established authority and his vision of the new society that was to replace it? These are some of the questions about Bakunin that need to be asked, and they can be answered only by effectively integrating his colorful biography with a serious study of his revolutionary anarchism.

Marshall S. Shatz

Leonard Nelson, *Ausgewählte Schriften*. Studienausgabe, hrsg. und eingel. von Heinz-Joachim Heydorn, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1974, 270 S., kart., 18 DM.

Fast 50 Jahre sind vergangen, seit Hellmuth Frankenfeld in seiner Darstellung des theoretischen Lebenswerks von Leonard Nelson in den Kantstudien als Fazit der Erwartung Ausdruck gab: »Wir haben alle Ursache anzunehmen, daß dereinst nicht nur die Geschichte der Philosophie, sondern auch die Geschichte der Erziehung und die Geschichte der Politik Leonard Nelsons Namen mit großen Buchstaben in ihre Tafeln schreiben wird«. Für keines der genannten Gebiete hat sich diese Erwartung, obwohl sie sicher nicht unbegründet war, bis heute auch nur annähernd erfüllt. Auch heute gilt noch, was Willi Eichler, der wirksamste Schüler Nelsons, vor anderthalb Jahrzehnten feststellen mußte, »daß der Philosoph Nelson weitgehend unbekannt geblieben ist«.

Nach Maßstäben der Vernunft geurteilt, mit denen Nelson selbst zu messen pflegte, ist dies eine erstaunliche Bilanz, kann er doch als derjenige Denker angesprochen werden, der am umfassendsten und mit bewundernswürdiger Folgerichtigkeit am Auffüllen der großen

which was filled by the enormous drive and energy that so impressed those around him. Although the notion that Bakunin was sexually deficient appears to be based on the flimsiest of evidence, the author accepts it uncritically and makes it the peg on which he hangs his reconstruction of Bakunin's personality and political career.

Masters is no more at home with Bakunin's anarchism than he is with Bakunin's personal development. Bakunin's ideas, and their place in Russian and West European political thought, are very inadequately treated. On Bakunin's relationship with Nechaev, the author asserts that »in many ways Nechaev and Michael were kindred spirits«, without explaining what those ways were, while the chapter entitled »The Battle with Marx« deals mostly with the Nechaev affair. Any reader not previously informed would be hard put to determine just what the »battle« between Marx and Bakunin was all about.

The book's numerous technical defects compound its other inadequacies. The writing is at best conventional, at worst murky. (»Michael's continuous interference in his family's motivation and his bullying domination of their minds were symptomatic of the state of insecurity and flux in his own«.) In a single paragraph we are told that Paul Pestel, one of the leaders of the Decembrist conspiracy, wanted a federal republic modelled on the USA (Pestel in fact advocated a centralized state modelled on Jacobin France); and that Pestel and two of his fellow revolutionists were hanged in 1820 (Pestel and four others were hanged in 1825). And should the reader trustingly turn to the back of the book in search of Part Two, footnote 9, he will find a blank space.

This book does serve to raise one of the central issues that studies of Bakunin have hitherto failed to resolve. As Masters relates, Bakunin started out as a rebel within his own family, challenging the traditional patriarchal authority of his father. As time went on, his rebellion broadened to include social, religious, and political authority. What was the relationship between that early domestic rebellion and his later political philosophy? Was there nothing more to the latter than the displaced energy of a sexual neuter? (Even if that were the source of Bakunin's revolutionary ideology, it would not sufficiently explain either the political insights his ideology contained nor the following it attracted.) Did the familial origins of his rebellion color his perception of established authority and his vision of the new society that was to replace it? These are some of the questions about Bakunin that need to be asked, and they can be answered only by effectively integrating his colorful biography with a serious study of his revolutionary anarchism.

Marshall S. Shatz

Leonard Nelson, *Ausgewählte Schriften*. Studienausgabe, hrsg. und eingel. von Heinz-Joachim Heydorn, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1974, 270 S., kart., 18 DM.

Fast 50 Jahre sind vergangen, seit Hellmuth Frankenfeld in seiner Darstellung des theoretischen Lebenswerks von Leonard Nelson in den Kantstudien als Fazit der Erwartung Ausdruck gab: »Wir haben alle Ursache anzunehmen, daß dereinst nicht nur die Geschichte der Philosophie, sondern auch die Geschichte der Erziehung und die Geschichte der Politik Leonard Nelsons Namen mit großen Buchstaben in ihre Tafeln schreiben wird«. Für keines der genannten Gebiete hat sich diese Erwartung, obwohl sie sicher nicht unbegründet war, bis heute auch nur annähernd erfüllt. Auch heute gilt noch, was Willi Eichler, der wirksamste Schüler Nelsons, vor anderthalb Jahrzehnten feststellen mußte, »daß der Philosoph Nelson weitgehend unbekannt geblieben ist«.

Nach Maßstäben der Vernunft geurteilt, mit denen Nelson selbst zu messen pflegte, ist dies eine erstaunliche Bilanz, kann er doch als derjenige Denker angesprochen werden, der am umfassendsten und mit bewundernswürdiger Folgerichtigkeit am Auffüllen der großen

Legitimationslücke gearbeitet hat, die in der sozialistischen Theorie durch den Zusammenbruch der geschichtsmetaphysischen Begründung vulgärmarxistischer Prägung spätestens seit dem I. Weltkrieg gerissen worden war. Sowohl der Zeit als auch der Sache nach setzte Nelsons Werk an dieser Stelle ein. Mit seiner an Kants Vernunftkritik anknüpfenden, dessen Transzendentalismus jedoch kritisierenden »Kritik der praktischen Vernunft« von 1917 hatte er eine um strenge Wissenschaftlichkeit bemühte Inhaltsbestimmung und Begründung derjenigen allgemeingültigen Sittengesetze vorgelegt, deren konsequente Anwendung auf die Organisation von Staat und Gesellschaft mit den traditionellen sozialistischen Kernforderungen übereinstimmte. Diese politischen Konsequenzen aus der zuvor autonom begründeten Ethik zog Nelson 1924 in seinem Werk »System der philosophischen Rechtslehre und Politik«. Dieses Buch konnte seinerzeit noch ein breiteres Echo unter den sozialistischen Theoretikern verzeichnen. Seither hat sich indessen an Nelsons Werk die wenig ermutigende Erfahrung bestätigt, daß es weniger die rationalen Qualitäten sind, die politischen Theorien Breitenwirksamkeit verschaffen, als vielmehr Gratifikationen und Verheißungen, denen sich der Nelsonsche Rationalismus gerade verschließen mußte.

Nelsons »revolutionärer Revisionismus« (vgl. S. 189) legt das Schicksal der gerechten Ordnung, in der jedem Menschen der gleiche Anspruch auf vernünftige Selbstbestimmung aus sittlichem Prinzip gesichert sein soll, so rückhaltlos in die Verantwortung der betroffenen Menschen selbst und besteht gegenüber dem einzelnen so rigoros auf vernunftgeleitetem Handeln, daß diese Theorie als ganze nicht zufällig ihre volle Wirksamkeit nur in den zahlenmäßig kleinen Gruppen des »Internationalen Jugendbundes« und nach dessen Ausschluß aus der SPD 1925 im »Internationalen Sozialistischen Kampfbund« entfalten konnte. Elitebewußtsein und Opferbereitschaft, die den Geist dieser Gruppen prägten, sind in Verbindung mit ihrer Demokratieabstinenz für die meisten Außenstehenden die einzigen Daten geblieben, die sie mit Nelsons Namen verbinden. Das hat zu einer gewissen Isolierung der Nelsonschen Theorie beigetragen.

Mit der vorliegenden Textauswahl ist es Heinz-J. Heydorn gelungen zu zeigen, daß Nelson gerade heute wieder auf einigen Wissenschaftsgebieten, die für sozialistische Theoriebildung bedeutsam sind, wie z. B. Ethik, Politik, Philosophie und Pädagogik, höchst anregende Gesichtspunkte, Argumente und Erkenntnisse zu bieten vermag. Darüber hinaus ist das Buch auch deshalb von Nutzen, weil Nelsonsche Denkfiguren über seine politisch aktiven Schüler, in erster Linie ist hier Willi Eichler, der Schriftführer der Kommission für das Godesberger Programm, zu nennen, prägenden Einfluß auf den Grundwerteteil des geltenden sozialdemokratischen Grundsatzprogramms genommen haben. Mit dem Abtreten der älteren Generation theoretisch wirkender Sozialdemokraten, die das Entstehen des Grundwerteverständnisses in der Auseinandersetzung mit geschichtsdeterministischen Auffassungen noch selbst erlebt hatten, stoßen aber gerade Sinn, Funktion und Inhalt dieses tragenden Programmteils heute auf eine weitverbreitete Verständnislosigkeit. In Teilen kann daher die Heydornsche Textsammlung als Kommentar und Hintergrundinformation zum Godesberger Programm gelesen werden. Das gilt vor allem für die Kapitel I. und III. Sie entstammen im wesentlichen den Bänden IV und VI (identisch mit den eingangs genannten 1917 und 1924 erschienenen Hauptwerken) der im Meiner-Verlag herausgegebenen neunbändigen Gesammelten Schriften. Sind jene dickleibigen Abhandlungen trotz Nelsons beispielhafter Klarheit der Sprache für Nichtfachleute schwer zugänglich, so hat Heydorn es gut verstanden, auf jeweils wenige Seiten begrenzte Textauszüge zu präsentieren, die sowohl je für sich geschlossene Argumentationen bieten, als auch in ihrem Gesamtzusammenhang ein sinnvolles und weitgehend repräsentatives Mosaik entstehen lassen. Neben der instruktiven Einleitung des Herausgebers, des verstorbenen Frankfurter Pädagogikprofessors und Sozialisten Heinz-Joachim Heydorn, die eine angemessene Mischung aus biographischen und theoretischen Informationen enthält, besteht der Band aus 5 Kapiteln,

die den tatsächlichen Hauptthemen des Nelsonschen Werkes gewidmet sind: I. Philosophische Grundlagen, II. Bildung und Erziehung, III. Rechtsstaat und Gesellschaftspolitik, IV. Friedenssicherung und V. Notwendigkeit des Handelns. Dementsprechend entstammen die Textauszüge im wesentlichen außer den Bänden IV und VI noch dem V. Band der Gesammelten Werke (System der philosophischen Ethik und Pädagogik). Dies entspricht der immanenten Systematik des Nelsonschen Werkes, in dem nach erfolgter Selbstverständigung über die wissenschaftstheoretische Grundlage – Zurückweisung einer Erkenntniskritik als selbstwidersprüchlich – zur Formulierung und Begründung des Sittengesetzes fortgeschritten wird, um schließlich dessen beide Hauptanwendungsgebiete – Pädagogik und Politik – zu erarbeiten. Der Band ist so angelegt, daß er als Schlüssel zum Gesamtwerk dienen kann; denn der Leser der Studienausgabe kann nach Lektüre der Textauszüge jeweils für sich entscheiden, an welcher Stelle er seine Studien gegebenenfalls durch Rückgriff auf den Originalzusammenhang vertiefen möchte.

Nelsons Werk ist nicht allein deshalb für die Gegenwartsdiskussion von Interesse, weil es wirkungsgeschichtlichen Eingang in die sozialdemokratische Grundsatzprogrammatik gefunden hat, sondern weil einige seiner bedeutsamsten Untersuchungen sich auf genau jene Nahtstelle von Ethik und Politik beziehen, die auch in der heutigen Theoriediskussion die meisten Fragen aufwirft. Die zu diesem Thema vor allem im III. Kapitel zusammengetragenen Argumente sind von unmittelbar aktuellem Wert. Dies gilt für Nelsons Erörterungen über das Ideal des politischen Handelns, für seinen kritischen Sozialismusbegriff, für seine Kritik am Geschichtsdeterminismus (»Die bessere Sicherheit«, S. 188–206) und für die Bemerkungen zum Verhältnis von Moral und Recht.

Nelson geht von der Kernthese aus, als Ideal einer objektiv richtigen Politik sei ein Rechtszustand zu denken, in dem der ethisch begründete Naturrechtssatz zur Realität geworden ist: »alle vernünftigen Wesen haben das Recht auf die gleiche äußere Möglichkeit zur Selbstbestimmung zu gelangen«. Politik bedeutet somit ähnlich wie bei Kant die Herbeiführung eines Rechtszustandes, in dem die Freiheit eines jeden mit der Freiheit aller nach allgemeinen Gesetzen in Übereinstimmung gebracht ist. Der sozialistische Akzent dieses »liberalen Sozialismus« beruht in der Entscheidung, im Zweifelsfalle der Gleichheit des Anspruchs auf Selbstbestimmung den Vorrang einzuräumen. Dies ist der differenzierte Gleichheitsbegriff, wie er in der Gerechtigkeitsforderung des Godesberger Programms enthalten ist. Die Einsicht in die ethischen Grundlagen dieses Ideals ist es, was die menschliche Verantwortung, ja geradezu Aufgerufenheit für den Sozialismus deutlich macht, und damit zugleich dessen Abhängigkeit von menschlichen Einstellungen und menschlichem Handeln. Die autonome Begründung dieses Ideals ist es, die alle Mittel seiner Verwirklichung in ihre untergeordnete, jeweils erst zu rechtfertigende Stellung verweist. Diese Ebene der Begründung und Entfaltung einer objektiv geltenden Rechtsidee ist das eigentliche Metier der Nelsonschen Theorie. Gesellschaftliche Realanalysen kommen dabei kaum ins Spiel. Es war aber Nelson klar, daß mit Grundwerten allein keine konkrete Politik zu machen ist. Sie sind der Beurteilungsmaßstab für gegebene Verhältnisse und vorgeschlagene Veränderungen. Für ihre Umsetzung in reale Politik bedürfen sie auf seiten der Erkenntnis der Ergänzung durch Erfahrung und auf seiten der Strategie der Unterstützung durch für ihre Zwecke gewonnene Macht. Nur das auf Macht gegründete Recht hat eine Chance der Verwirklichung und des Bestandes: »Die notwendige Geltung des Rechtsgesetzes ist ein Ideal, das in der Natur ohne Wirksamkeit bleibt, an dessen Stelle vielmehr nur die Vorstellung des Ideals als *Antrieb* Kausalität besitzen, d. h. auf eine Realisierung hinwirken kann, indem sie den Willen bestimmt, seinerseits eine hinreichende Gewalt als wirkende Kraft anzubieten, um die rechtlose Gewalt in der Gesellschaft unwirksam zu machen« (S. 170). Dieser »ethische Realismus« Nelsons läßt zugleich deutlich werden, wie weit der ethische Sozialismus von bloßer »Moralbläserei« entfernt ist.

Wenn es in erster Linie die Nahtstelle von Ethik und Politik ist, worin die fortwirkende Aktualität des Nelsonschen Denkens besteht, so bedürfen der davor und der dahinter liegende Bereich, nämlich die Begründung der Ethik und die konkreten Strukturen des politischen Programms, einer differenzierenden Betrachtung. Nelsons Grundanliegen war die Begründung der Ethik als strenger Wissenschaft; ein Unternehmen, das nach der kritischen Auflösung der großen idealistischen Systeme des 19. Jahrhunderts lange Zeit in Mißkredit geraten war. Erst in jüngster Zeit hat in der deutschen und internationalen Fachphilosophie eine Renaissance der praktischen Philosophie stattgefunden. Die Einsicht, daß mit dem Hinweis auf die gesellschaftliche Bedingtheit unseres Handelns die Kantische Frage »Was soll ich tun?« weder aus der Welt zu schaffen noch zu beantworten ist, setzt sich allgemein durch. In der zeitgenössischen Philosophie wird wieder eine ernsthafte Diskussion über die Wahrheitsfähigkeit praktischer Urteile geführt. Auch zu dieser Diskussion stellt der Nelsonsche Ansatz einen aktuellen Beitrag dar. Es gibt noch keine erkennbaren Fortschritte über Nelson hinaus. Die Art, wie Nelson durch Vernunftkritik zu den in der menschlichen Vernunft als solcher dunkel vorhandenen »unmittelbaren Erkenntnissen« letzter Instanz vordringen wollte, um sie durch »die Tatsache des Selbstvertrauens der Vernunft« (S. 67 f.) jenseits der Reichweite aller Erkenntniskritik in Geltung zu setzen, mag auf Skepsis stoßen, aber verkörpert eine auch in der Gegenwartsdiskussion vertretene Haltung. Unbestrittene Aktualität kommt dem Programm einer wissenschaftlichen Ethik zu; denn jene Kritiker Nelsons haben sich nicht behaupten können, die wie Leo Kofler und Werner Link der Meinung waren, die methodische Trennung von Sein und Sollen sei unzulässig, weil sie die »gesellschaftliche Totalität« zerreißt.

Problematisch im Nelsonschen Werk ist ein wesentlicher Teilbereich der konkreten politischen Programmatik. Aus ihm ergaben sich seinerzeit auch die Kollisionspunkte, die zur organisatorischen Trennung der SPD vom Nelsonbund in der Weimarer Republik (1925) geführt haben. Er ist es auch, der eine breitere Rezeption Nelsonschen Denkens innerhalb des demokratischen Sozialismus erheblich erschwert hat. Gemeint ist Nelsons Demokratiekritik. Weil er davon ausging, den Inhalt der Rechtsidee wissenschaftlich objektiv begründet zu haben, wollte er ihn nicht wieder zur Disposition von Mehrheitsentscheidungen gestellt wissen. Wo klare Erkenntnis stattgefunden hatte, sollte es hinterher nicht zufälligen Mehrheitsbildungen überlassen sein, ob sie gelten könne. Sowohl seine Partei als auch die sozialistische Gesellschaft sollten nach Nelsons Wunsch aus diesem Grunde nicht demokratisch, sondern nach dem Führerprinzip organisiert sein. Führer sollte in platonischer Tradition sein, wer am klarsten die Rechtsidee ausspricht. Marxistisch orientierte Kritiker (Kofler und Link) wollten Nelsons ethischen Sozialismus insgesamt mit dem Argument aushebeln, diese demokratiekritische Schlußfolgerung Nelsons sei eine unvermeidliche Konsequenz des ethischen Ansatzes. Mit dem Festhalten an der Demokratie müsse daher zwangsläufig der ethische Sozialismus preisgegeben werden. Ersichtlich kann selbst der Nelsonsche Sozialismus nur an Konsequenz gewinnen, wenn seine demokratiekritischen Abwege überwunden werden. Sie folgen nicht notwendig aus den Grundlagen des Systems. Es ist daher schade, daß Heydorn es vermieden hat, demokratiekritische Texte von Nelson in den Sammelband aufzunehmen, ebenso wie er es versäumte, diesem Problem in der Einleitung Aufmerksamkeit zu widmen. Hier muß der Leser auf Band IX der Gesammelten Werke zurückgreifen. Der historischen Authentizität des in der Textauswahl gezeichneten Nelsonbildes ist damit kein Dienst erwiesen.

Dieser Mangel ändert nichts an dem Gesamturteil, daß diesem übersichtlich und sachgerecht gegliederten, sorgfältig edierten und kundig eingeleiteten Sammelband eine weite Verbreitung zu wünschen ist, ganz besonders in den Reihen der an der Theoriediskussion interessierten Sozialdemokraten.

Thomas Meyer

Karl Lang, Kritiker, Ketzer, Kämpfer. Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher (= Schriftenreihe der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 3), Limmat Verlag-Genossenschaft, Zürich o. J. (1975), 361 S., brosch., 19,50 DM.

Ärzte haben in der internationalen Arbeiterbewegung eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Namen wie Andreas Gottschalk, Abraham Jacobi, Paul Lafargue, Vera Figner, Ignaz Zadek, Alfred Grotjahn und Julius Moses mögen hier für viele stehen. Dieser Umstand hat jedoch in der historischen Forschung zumal der BRD keinen entsprechenden Niederschlag gefunden¹. Was auch immer der Grund für diese Entwicklung gewesen sein mag, es gilt, sowohl von der Seite der Geschichte der Arbeiterbewegung wie von der Seite der Medizingeschichte diese verschüttete Tradition wieder aufzudecken.

In der Schweizer Limmat Verlag-Genossenschaft – einem Autoren-Verlag, der sich zur Aufgabe gestellt hat, »wissenschaftliche und populäre Schriften zur Arbeiterbewegung und der mit ihr verbundenen Strömungen, Gruppen und Organisationen mit gewerkschaftlichen und gesellschaftsverändernden Zielen sozialistischer Richtung« herauszugeben – erschien jüngst diese Biographie des bekannten Schweizer Arbeitsarztes und Anarchosozialisten Fritz Brupbacher.

Nun sind in einer Biographie aus dem Bereich der Arbeiterbewegung der individualhistorische Ansatz einer traditionellen Geschichtsschreibung und der adäquate sozialhistorische Ansatz der Geschichte der Arbeiterbewegung zu vereinen. Karl Lang, als Herausgeber von Brupbachers Autobiographie² und einer Dokumentensammlung zur schweizerischen Arbeiterbewegung³ als Sachkenner ausgewiesen, sieht daher auch in »diesem Zusammenhang zwischen individuellem Erleben und Handeln einerseits, gesamtgesellschaftlicher Entwicklung andererseits [...] die entscheidende Rechtfertigung für eine Biographie Brupbachers« (vgl. S. 18). Zu prüfen ist, inwieweit Lang seinem Anspruch gerecht wird.

Das Buch läßt vom Äußeren her eine sehr gründliche und gewissenhafte Arbeit erwarten. So wird z. B. die Herkunft der beiden Abbildungen Brupbachers erklärt. In den Anmerkungen werden neben Quellen- und Literaturangaben erläuternde Texte und Zahlenmaterial aufgeführt. Ein ausführliches Literaturverzeichnis und ein sorgfältiges Personenregister schließen die Untersuchung ab. Fremdsprachige Zitate werden meist übersetzt. Die fachlich saubere Gestaltung läßt zusammen mit der sehr verständlichen und über weite Strecken flüssigen Schreibweise darauf hoffen, daß der Verlag seinem angedeuteten Ziel nahekommt, ein über den fachhistorischen Leserkreis hinausgehendes Publikum zu erreichen.

Der Inhalt ist in drei Teile gegliedert, die jeweils einem Lebensabschnitt Brupbachers entsprechen. Im ersten und weitaus längsten Teil (S. 11–218), der die Jahre 1874 bis 1914 umfaßt, schildert Lang die Entwicklung Brupbachers von seiner Kindheit in einem kleinbürgerlichen Elternhaus bis zu seinem faktischen Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz wegen anarchosyndikalistischer Linksabweichung. Der zweite Teil (S. 219–293) befaßt sich mit der Zeit des Ersten Weltkrieges, der Tätigkeit Brupbachers in

1 Vgl. hingegen – allerdings mit Einschränkungen – etwa Ernst Luther / Burchard Thaler (Hrsg.), *Der Arzt in der politischen Entscheidung*, Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg 1967/1 (A 4), Halle (Saale) 1967 oder Kurt Kühn (Hrsg.), *Ärzte an der Seite der Arbeiterklasse. Beiträge zur Geschichte des Bündnisses der deutschen Arbeiterklasse mit der medizinischen Intelligenz*, Berlin – DDR 1973.

2 *Fritz Brupbacher, 60 Jahre Ketzer. Selbstbiographie*. »Ich log so wenig als möglich«. Nachwort von Karl Lang, Zürich 1973; textlich unveränderter Neudruck von *Fritz Brupbacher, 60 Jahre Ketzer*, Zürich 1935, im Anhang mit Anmerkungen, Photographien und einem Nachwort versehen.

3 Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, *Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart*, Zürich o. J. (1975).

der KPS und seinem Ausschluß aus der KPS wegen bürgerlich-individualistischem Rechtsopportunismus im Jahre 1933. Im dritten Teil (S. 295–318) wird Brupbachers umfangreiche wissenschaftliche und organisatorische Tätigkeit im internationalen Syndikalismus und den Vereinigungen für Sexualreform seit Ende der 20er Jahre angedeutet – den Fragen der Geburtenkontrolle und den sich daran anschließenden sexualreformerischen Problemen hatte sich Brupbacher seit Beginn des Jahrhunderts mit Aufopferung gewidmet; seine diesbezüglichen Schriften, etwa »Kindersegen – und kein Ende?«⁴ oder »Kindersegen – Fruchtverhütung – Fruchtabtreibung«⁵, erreichten eine enorme Verbreitung.

Aus der Fülle von Brupbachers Charakterzügen erscheinen einige wesensbestimmend. Abgestoßen durch die kleinbürgerliche Enge seines Elternhauses, hatte Brupbacher eine unbändige Abneigung gegen das persönliche Gewinnstreben des Kleinbürgertums jedweder Couleur. Deshalb schlug er z. B. in der SP nach kurzer Parteizugehörigkeit bereits das Rezept eines »Revisionismus nach links« und eine Annäherung zum revolutionären Syndikalismus vor. Brupbachers Attacken gegen die »Politikanten«, die in der Arbeiterpartei dominierenden kleinbürgerlichen Streber, und deren Politik endeten mit seinem Ausschluß. Sein grenzenloser, nur den eigenen Idealen verpflichteter Individualismus wurde von seiner auf Ideen und ethische Prinzipien ausgerichteten Erziehung im Gymnasium geprägt. Er sah einen Weg zur Verwirklichung des Sozialismus darin, geeignete – d. h. von der Idee bessene, aufopferungsbereite, der breiten Masse vorausseilende – Individuen heranzuziehen. Brupbachers Bildungsarbeit in Partei und Gewerkschaft richtete sich daher nicht auf den Drill von Funktionärsnachwuchs. Er wollte vielmehr durch Erziehung und geistige Entfaltung den Wissensdrang seiner Schüler wecken, ihr kritisches Bewußtsein schärfen und damit letztlich ihre Individualität entfalten. Dieser ethisch motivierte Individualismus, den Brupbacher selbst vorlebte, brachte ihn auch in der KP – zumal während der zunehmenden Stalinisierung der III. Internationale – schnell in eine Außenseiterposition. Als Brupbacher nach dem Ausschluß Trotzki aus der KPdSU nicht für eine Vernichtung der Opposition sprach, sondern dafür, die Entwicklung in Rußland so zu gestalten, daß keine Opposition nötig sei, war sein Schicksal in der KPS besiegelt. Ohne den Drang, für die Verwirklichung seiner Ziele und Ideale auch zu kämpfen, wäre allerdings Brupbachers Leben nicht zu verstehen. Neben seiner ärztlichen Praxis, die er bewußt im Züricher Arbeiterviertel Ausersiehl, einem der ärmsten Viertel der Stadt, betrieb, machten ein geradezu unglaublicher Arbeitseinsatz als zeitweiliges Mitglied der Gemeindevertretung und kommunaler Kommissionen, als Redakteur, Herausgeber von Zeitschriften, Autor zahlreicher Broschüren und Bücher, als begehrter Referent und als Kursleiter sowie eine umfangreiche Korrespondenz seine Haupttätigkeit aus. Seine Arbeit und seine gerühmte Gastfreundschaft ließen ihn dabei mit vielen Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung – etwa August Bebel, Vera Figner, James Guillaume, Alexandra Kollontai, W. I. Lenin, Franz Mehring, Wiatscheslaw Menschinski, Pierre Monatte, Willi Münzenberg, Max Nettlau, Karl Radek, Leo Trotzki u. v. a. – in Verbindung treten.

Lang hat Gliederung und Aufbau von Brupbachers Autobiographie weitgehend übernommen, die Angaben überprüft, belegt und Verbesserungen und Erläuterungen hinzugefügt. Weiterhin bettet Lang das Leben Brupbachers in die allgemeine Entwicklung der Schweiz sowie der schweizerischen und internationalen Arbeiterbewegung ein. Hier ist anzumerken, daß Lang seine eigene Absicht nur teilweise verwirklicht, indem er den biographischen Aspekt zugunsten des sozialgeschichtlichen über weite Strecken vernachlässigt bzw. keine

4 *Fritz Brupbacher*, *Kindersegen – und kein Ende?* Zürich/München 1903 ff.; 1909 erschien bereits das 60. – 70. Tausend. Die Gesamtauflage innerhalb von 20 Jahren betrug 500 000; vgl. *Lang*, S. 63 f.

5 *Fritz Brupbacher*, *Kindersegen – Fruchtverhütung – Fruchtabtreibung*, Berlin 1925; bereits im Mai 1926 erschien als 4. Auflage das 101. – 150. Tausend.

wirkliche Synthese vollbringt – zugegebenermaßen eine schwierige Aufgabe. So werden z. B. auf den Seiten 70 bis 109 fast ausschließlich die Entwicklung des Syndikalismus und die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung dargeboten, ohne mögliche Interdependenzen und Interaktionen zwischen der beschriebenen Person und den geschilderten Ereignissen in extenso aufzuweisen. Auch sonst werden etwaige Zusammenwirkungen oft nur andeutungsweise angezeigt. So ergibt sich bisweilen der Eindruck, als ob zwei eigenständige Darstellungen – nämlich eine Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung und eine Biographie Brupbachers – nebeneinander herlaufen. Über Brupbachers letztes Lebensjahrzehnt – er starb 1944 – erfahren wir von Lang nichts. Auch der Einfluß des medizinischen Studiums (vgl. in der Autobiographie Brupbachers S. 32–72) und der ärztlichen Tätigkeit auf Brupbachers politisches Wirken verdient, stärker herausgearbeitet zu werden. Die Figur Brupbachers bleibt über lange Strecken blaß und kommt nur in den zahlreichen, aus der Autobiographie, Tagebüchern u. ä. entnommenen Zitaten (vgl. z. B. S. 138, 162, 316) zum Leben. Daraus erwächst zwangsweise der Wunsch, sich in der Autobiographie erneut ein kräftigeres Bild von Brupbachers imponierender Persönlichkeit zu verschaffen.

Diese kritischen Bemerkungen sollen aber keineswegs den Wert der Arbeit schmälern, zumal es hier nicht um prinzipielle Fragen, sondern um Fragen der Gewichtung verschiedener Ansätze geht. Es ist vielmehr zu hoffen, daß Langs Arbeit auch für Ärzte in der deutschen Arbeiterbewegung Nachahmer erhält⁶.

Alfons Labisch

Wilhelm Matull, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriss ihrer Geschichte, Leistung und Opfer (= Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 53), Holzner Verlag, Würzburg 1973, 590 S., Ln., 36 DM.

Im Jahre 1970 veröffentlichte Matull eine kleine Arbeit über die ostpreußische Arbeiterbewegung¹. In seiner neueren umfangreichen Monographie behandelt er die Arbeiterbewegung in Schlesien, Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Posen und der Freien Stadt Danzig. Das abschließende Kapitel über die deutsche Arbeiterbewegung in den nach 1918 an Polen abgetretenen Gebieten stammt von Otto Heike, der hier den zweiten Teil seiner Schrift über die deutsche Arbeiterbewegung in Polen zusammenfaßt und ergänzt². Matull weist in seiner Einleitung darauf hin, wie schwer es ist, relevantes Archivmaterial für sein Thema zu finden. Nicht herangezogen hat er die in wachsender Zahl in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten polnischer Historiker³. Er erkennt selbst, daß dadurch der Wert seiner Arbeit beeinträchtigt wird. Dennoch glaubt er, daß die von ihm gesammelten Materialien, besonders die noch nicht oder an verborgenen Stellen gedruckten Erinnerungen von Mithandelnden, eine Veröffentlichung rechtfertigen. So bietet die hier anzudeutende Arbeit eine wertvolle Quellensammlung für eine noch zu schreibende kritische Analyse

6 Zu dieser Forderung vgl. z. B. auch Kurt Nemitz, Julius Moses. Nachlaß und Bibliographie, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jg. 10, Juni 1974, H. 2, S. 219 – 241, S. 219 und Friedel Läßle, Profit durch Krankheit? Das Gesundheitswesen aus Arbeitnehmersicht, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 222.

1 W. Matull, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970. Vgl. Rezension im AfS X, 1970, S. 423 – 425.

2 Otto Heike, Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835 – 1945, Dortmund 1969. Vgl. Rezension im AfS X, 1970, S. 425 – 427.

3 Er erwähnt lediglich den Literaturbericht von Andrzej Glowacki, Die Forschungsthemen polnischer Historiker auf dem Gebiet der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung, in: IWK, H. 14, Dez. 1972, S. 18 – 30. Inzwischen ist in der IWK noch ein Bericht über das Instytut Śląski in Opole und seine Arbeiten erschienen: Franciszek Hawranek, Die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Forschungen des schlesischen Instituts in Opole (VR Polen), in: IWK 11, 1975, S. 487 – 495.

wirkliche Synthese vollbringt – zugegebenermaßen eine schwierige Aufgabe. So werden z. B. auf den Seiten 70 bis 109 fast ausschließlich die Entwicklung des Syndikalismus und die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung dargeboten, ohne mögliche Interdependenzen und Interaktionen zwischen der beschriebenen Person und den geschilderten Ereignissen in extenso aufzuweisen. Auch sonst werden etwaige Zusammenwirkungen oft nur andeutungsweise angezeigt. So ergibt sich bisweilen der Eindruck, als ob zwei eigenständige Darstellungen – nämlich eine Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung und eine Biographie Brupbachers – nebeneinander herlaufen. Über Brupbachers letztes Lebensjahrzehnt – er starb 1944 – erfahren wir von Lang nichts. Auch der Einfluß des medizinischen Studiums (vgl. in der Autobiographie Brupbachers S. 32–72) und der ärztlichen Tätigkeit auf Brupbachers politisches Wirken verdient, stärker herausgearbeitet zu werden. Die Figur Brupbachers bleibt über lange Strecken blaß und kommt nur in den zahlreichen, aus der Autobiographie, Tagebüchern u. ä. entnommenen Zitaten (vgl. z. B. S. 138, 162, 316) zum Leben. Daraus erwächst zwangsweise der Wunsch, sich in der Autobiographie erneut ein kräftigeres Bild von Brupbachers imponierender Persönlichkeit zu verschaffen.

Diese kritischen Bemerkungen sollen aber keineswegs den Wert der Arbeit schmälern, zumal es hier nicht um prinzipielle Fragen, sondern um Fragen der Gewichtung verschiedener Ansätze geht. Es ist vielmehr zu hoffen, daß Langs Arbeit auch für Ärzte in der deutschen Arbeiterbewegung Nachahmer erhält⁶.

Alfons Labisch

Wilhelm Matull, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriss ihrer Geschichte, Leistung und Opfer (= Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 53), Holzner Verlag, Würzburg 1973, 590 S., Ln., 36 DM.

Im Jahre 1970 veröffentlichte Matull eine kleine Arbeit über die ostpreußische Arbeiterbewegung¹. In seiner neueren umfangreichen Monographie behandelt er die Arbeiterbewegung in Schlesien, Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Posen und der Freien Stadt Danzig. Das abschließende Kapitel über die deutsche Arbeiterbewegung in den nach 1918 an Polen abgetretenen Gebieten stammt von Otto Heike, der hier den zweiten Teil seiner Schrift über die deutsche Arbeiterbewegung in Polen zusammenfaßt und ergänzt². Matull weist in seiner Einleitung darauf hin, wie schwer es ist, relevantes Archivmaterial für sein Thema zu finden. Nicht herangezogen hat er die in wachsender Zahl in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten polnischer Historiker³. Er erkennt selbst, daß dadurch der Wert seiner Arbeit beeinträchtigt wird. Dennoch glaubt er, daß die von ihm gesammelten Materialien, besonders die noch nicht oder an verborgenen Stellen gedruckten Erinnerungen von Mithandelnden, eine Veröffentlichung rechtfertigen. So bietet die hier anzudeutende Arbeit eine wertvolle Quellensammlung für eine noch zu schreibende kritische Analyse

6 Zu dieser Forderung vgl. z. B. auch Kurt Nemitz, Julius Moses. Nachlaß und Bibliographie, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jg. 10, Juni 1974, H. 2, S. 219 – 241, S. 219 und Friedel Läßle, Profit durch Krankheit? Das Gesundheitswesen aus Arbeitnehmersicht, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 222.

1 W. Matull, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970. Vgl. Rezension im AfS X, 1970, S. 423 – 425.

2 Otto Heike, Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835 – 1945, Dortmund 1969. Vgl. Rezension im AfS X, 1970, S. 425 – 427.

3 Er erwähnt lediglich den Literaturbericht von Andrzej Glowacki, Die Forschungsthemen polnischer Historiker auf dem Gebiet der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung, in: IWK, H. 14, Dez. 1972, S. 18 – 30. Inzwischen ist in der IWK noch ein Bericht über das Instytut Śląski in Opole und seine Arbeiten erschienen: Franciszek Hawranek, Die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Forschungen des schlesischen Instituts in Opole (VR Polen), in: IWK 11, 1975, S. 487 – 495.

der Arbeiterbewegung in den genannten Gebieten, an der sich deutsche und polnische Historiker beteiligen müßten.

Anders als in seiner Arbeit über Ostpreußen, die auch noch ohne Anmerkungen erschien, beschränkt sich Matull in den Hauptkapiteln – auch in dem über Ostpreußen – nicht auf eine reine Organisationsgeschichte, sondern versucht, die organisierte Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung darzustellen. Doch beschränken sich diese einleitenden Kapitel über die »Struktur der Provinz« auf die Wiedergabe einiger Wirtschaftsdaten, die oftmals kürzer und klarer in Tabellen abgedruckt werden könnten. Ebenfalls hätten die für die politische Entwicklung bedeutsamen Wahlstatistiken in klareren Tabellen zusammengefaßt werden können. Bei einigen Wahlergebnissen fehlen wichtige Vergleichszahlen, z. B. bei den Ergebnissen für Polnisch-Oberschlesien (S. 515 f.) die Zahlen für die polnischen bürgerlichen Parteien.

Von besonderem Wert sind die längeren Zitate aus den Erlebnisberichten an den Ereignissen beteiligter Personen: So schreibt Immanuel Birnbaum über die Verhältnisse in Oberschlesien nach 1918 (S. 205 f.), Max Frank über Pommern 1945/46 (S. 299–303), Erwin Lichtenstein über »Begegnungen mit Danziger Sozialisten« (S. 454–458). Manche Zitate hätte der Verfasser jedoch kürzen können, z. B. Paul Löbes Berichte über seine Erlebnisse im KZ Dürrgoy 1933 und seine Verhaftung 1944 (S. 133–135, 138–139), die in Löbes gedruckten Erinnerungen leicht nachlesbar sind⁴. Leider sind manche Zitate, z. B. die Auszüge aus Löbes Erinnerungen, nur ungenau in den Anmerkungen nachgewiesen.

Matull will in seiner Arbeit nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung behandeln. Doch sind die Kapitel über die Gewerkschaften meist recht kurz, wobei er allerdings auch die christlichen und liberalen Gewerkschaften erwähnt. Ausführlicher und informativer sind die Kapitel über die Presse der Arbeiterbewegung.

Erwähnt sei die prachtvolle Ausstattung des Bandes. Von den wichtigen Persönlichkeiten werden Fotos veröffentlicht, ihre Lebensdaten in den Erläuterungen genannt. Ebenfalls werden einige wichtige Zeitungsköpfe und sonstige Dokumente abgebildet. Nicht ganz glücklich scheint es zu sein, daß Matull sowohl nach jedem Kapitel wie auch am Schluß des Bandes Literaturverzeichnisse abdruckt. Das erschwert die Benutzung. Bei einer so großzügigen Aufmachung vermißt man etwas einige informative Karten. Ein Personen- und ein Sachregister ergänzen die Arbeit.

Willy Albrecht

Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins (ADAV) zu Berlin vom 22. bis 25. Mai 1872. Photomechanischer Nachdruck der Ausgabe Berlin 1872, Einhorn-Press, Köln 1974, 68 S., kart., 12 DM.

Während die Parteitageprotokolle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP, 1869–1874), der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD, 1875–1887) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD, ab 1890) in Neudrucken vorliegen, ist eine Neuherausgabe der Protokolle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV, 1863–1874) bislang ein Desiderat der Forschung. Eine solche Neuauflage dürfte sich nicht auf den Wiederabdruck der als selbständige Schriften erschienenen Protokolle der späteren Generalversammlungen des ADAV beschränken, sondern müßte versuchen, auch die ersten Generalversammlungen sowie die Kongresse der abgespaltenen Fraktionen, des »Lassalleanischen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins« und des »Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeitervereins«, über die nur Presseberichte erschienen, zu dokumentieren. Da eine solche Dokumentation noch fehlt, kann man es nur begrüßen, daß die Einhorn-Press, deren Quelleneditionen über die »Arbeiterbewegung in den Rheinlanden«

⁴ Paul Löbe, *Der Weg war lang*, Berlin 1954, S. 221 – 225 und 239 f.

der Arbeiterbewegung in den genannten Gebieten, an der sich deutsche und polnische Historiker beteiligen müßten.

Anders als in seiner Arbeit über Ostpreußen, die auch noch ohne Anmerkungen erschien, beschränkt sich Matull in den Hauptkapiteln – auch in dem über Ostpreußen – nicht auf eine reine Organisationsgeschichte, sondern versucht, die organisierte Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung darzustellen. Doch beschränken sich diese einleitenden Kapitel über die »Struktur der Provinz« auf die Wiedergabe einiger Wirtschaftsdaten, die oftmals kürzer und klarer in Tabellen abgedruckt werden könnten. Ebenfalls hätten die für die politische Entwicklung bedeutsamen Wahlstatistiken in klareren Tabellen zusammengefaßt werden können. Bei einigen Wahlergebnissen fehlen wichtige Vergleichszahlen, z. B. bei den Ergebnissen für Polnisch-Oberschlesien (S. 515 f.) die Zahlen für die polnischen bürgerlichen Parteien.

Von besonderem Wert sind die längeren Zitate aus den Erlebnisberichten an den Ereignissen beteiligter Personen: So schreibt Immanuel Birnbaum über die Verhältnisse in Oberschlesien nach 1918 (S. 205 f.), Max Frank über Pommern 1945/46 (S. 299–303), Erwin Lichtenstein über »Begegnungen mit Danziger Sozialisten« (S. 454–458). Manche Zitate hätte der Verfasser jedoch kürzen können, z. B. Paul Löbes Berichte über seine Erlebnisse im KZ Dürrgoy 1933 und seine Verhaftung 1944 (S. 133–135, 138–139), die in Löbes gedruckten Erinnerungen leicht nachlesbar sind⁴. Leider sind manche Zitate, z. B. die Auszüge aus Löbes Erinnerungen, nur ungenau in den Anmerkungen nachgewiesen.

Matull will in seiner Arbeit nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung behandeln. Doch sind die Kapitel über die Gewerkschaften meist recht kurz, wobei er allerdings auch die christlichen und liberalen Gewerkschaften erwähnt. Ausführlicher und informativer sind die Kapitel über die Presse der Arbeiterbewegung.

Erwähnt sei die prachtvolle Ausstattung des Bandes. Von den wichtigen Persönlichkeiten werden Fotos veröffentlicht, ihre Lebensdaten in den Erläuterungen genannt. Ebenfalls werden einige wichtige Zeitungsköpfe und sonstige Dokumente abgebildet. Nicht ganz glücklich scheint es zu sein, daß Matull sowohl nach jedem Kapitel wie auch am Schluß des Bandes Literaturverzeichnisse abdruckt. Das erschwert die Benutzung. Bei einer so großzügigen Aufmachung vermißt man etwas einige informative Karten. Ein Personen- und ein Sachregister ergänzen die Arbeit.

Willy Albrecht

Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins (ADAV) zu Berlin vom 22. bis 25. Mai 1872. Photomechanischer Nachdruck der Ausgabe Berlin 1872, Einhorn-Press, Köln 1974, 68 S., kart., 12 DM.

Während die Parteitageprotokolle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP, 1869–1874), der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD, 1875–1887) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD, ab 1890) in Neudrucken vorliegen, ist eine Neuherausgabe der Protokolle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV, 1863–1874) bislang ein Desiderat der Forschung. Eine solche Neuherausgabe dürfte sich nicht auf den Wiederabdruck der als selbständige Schriften erschienenen Protokolle der späteren Generalversammlungen des ADAV beschränken, sondern müßte versuchen, auch die ersten Generalversammlungen sowie die Kongresse der abgespaltenen Fraktionen, des »Lassalleanischen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins« und des »Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeitervereins«, über die nur Presseberichte erschienen, zu dokumentieren. Da eine solche Dokumentation noch fehlt, kann man es nur begrüßen, daß die Einhorn-Press, deren Quelleneditionen über die »Arbeiterbewegung in den Rheinlanden«

⁴ Paul Löbe, *Der Weg war lang*, Berlin 1954, S. 221 – 225 und 239 f.

an anderer Stelle angezeigt werden, als Einzeledition das Protokoll der Generalversammlung des ADAV von 1872 vorlegt. Denn auf diesem Parteitag fanden für die weitere Entwicklung des ADAV wichtige Auseinandersetzungen statt: Einmal die scharfe Distanzierung des Vereins von seinem früheren langjährigen Präsidenten Johann Baptist von Schweizer, dann die Diskussion über das Verhältnis der Partei zu den ihr nahestehenden Gewerkschaften. Der Streit zwischen der gewerkschaftsfeindlichen Richtung um Karl Wilhelm Tölcke und den lassalleanischen Gewerkschaftsführern, besonders Paul Grottkau und Otto Kapell, hatte bereits auf der Vorstandssitzung des ADAV am 3. März 1872 eine große Rolle gespielt, deren Protokoll mit abgedruckt wird. Willy Albrecht

Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 14), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 518 S., Pb., 98 DM.

Von der seit Beginn der sechziger Jahre durch die Arbeiten von Tormin, Kolb, v. Oertzen, Elben, Rürup und anderen thematisch neu akzentuierten und zu bemerkenswerter Produktivität stimulierten Geschichtsschreibung zur deutschen Revolution von 1918/19 sind die Soldatenräte über Gebühr lange ausgespart worden, ein Versäumnis, das um so schwerer wog, als es den Betrachter zur Verifizierung der zwar häufig konstatierten, aber nie schlüssig belegten Vermutung über das demokratische Potential in der militärischen Rätebewegung auf die ältere, zum Teil dramatisierend-spekulative, insgesamt wenig konzise Literatur verwies. Nachdem so der Dreh- und Angelpunkt, die eigentliche Machtfrage der Revolution, die in letzter Instanz über die Erfolgsaussichten einer revolutionären Transformation obrigkeitsstaatlicher Herrschaftsbastionen in eine demokratisch fundierte Republik entschied, bisher eher an der Peripherie der wissenschaftlichen Diskussion siedelte, liegt nun mit Kluges gewichtigem Buch eine Untersuchung vor, die sich dieser Probleme mit akribischer Genauigkeit und beträchtlichem analytischen Scharfsinn angenommen hat, eine Studie, die sich nicht nur durch die Erschließung eines immensen und verstreuten Quellenmaterials auszeichnet, sondern auch durch eine umfassende Auffächerung des Revolutionsgeschehens auf regionaler und zentraler Ebene, die den verschiedenen militärpolitischen Trends zwischen Novemberumsturz 1918 und März 1919, der Verabschiedung des Gesetzes über die Vorläufige Reichswehr, nachgeht, sie auf den Interpretationsrahmen der jüngeren Revolutionsforschung bezieht und dementsprechend mit veränderten Bewertungen versieht.

Im Ansatz und in der Methode dem Vorbild der erwähnten Vorgänger verpflichtet, begreift auch Kluge die Revolution als eine prinzipiell offene Situation, die den politisch Handelnden eine breite Palette von Orientierungs- und Entscheidungsmöglichkeiten bot, sucht auch er nach Alternativen, die geeignet gewesen wären, die Politik während der Übergangsperiode in eine andere Richtung zu lenken und den Weimarer Staat mit einem stabileren Unterbau und einem demokratisch verlässlichen Wehrinstrument zu versehen. Insofern ist es konsequent und legitim, wenn sich der Autor nicht nur darauf beschränkt, die vorfindbaren Abläufe und Konstellationen zu registrieren, sondern seiner Argumentation kontrafaktische Fragen nach den »verpaßten militärpolitischen Chancen« (S. 15) in den Geburtsstunden der Republik und den Folgen von »Unterlassungssünden« der regierenden Sozialdemokratie unterlegt und damit dem Leser einen »roten Faden« an die Hand gibt, der sein Interesse bündelt und ihn in die Lage versetzt, die zahllosen Einzelbeobachtungen des Buches sinnvoll geordnet zu rezipieren.

Kluges Arbeit gruppiert sich um drei »Problemkomplexe«: erstens um die »Geschichte der militärischen Rätebewegung in Deutschland, die Ursachen ihrer Entstehung, ihre Rolle bei der Ausbreitung der Aufstandsbewegung, ihre improvisierten Strukturen, ihre Verbindung

an anderer Stelle angezeigt werden, als Einzeldition das Protokoll der Generalversammlung des ADAV von 1872 vorlegt. Denn auf diesem Parteitag fanden für die weitere Entwicklung des ADAV wichtige Auseinandersetzungen statt: Einmal die scharfe Distanzierung des Vereins von seinem früheren langjährigen Präsidenten Johann Baptist von Schweizer, dann die Diskussion über das Verhältnis der Partei zu den ihr nahestehenden Gewerkschaften. Der Streit zwischen der gewerkschaftsfeindlichen Richtung um Karl Wilhelm Tölcke und den lassalleanischen Gewerkschaftsführern, besonders Paul Grottkau und Otto Kapell, hatte bereits auf der Vorstandssitzung des ADAV am 3. März 1872 eine große Rolle gespielt, deren Protokoll mit abgedruckt wird.

Willy Albrecht

Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 14), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 518 S., Pb., 98 DM.

Von der seit Beginn der sechziger Jahre durch die Arbeiten von Tormin, Kolb, v. Oertzen, Elben, Rürup und anderen thematisch neu akzentuierten und zu bemerkenswerter Produktivität stimulierten Geschichtsschreibung zur deutschen Revolution von 1918/19 sind die Soldatenräte über Gebühr lange ausgespart worden, ein Versäumnis, das um so schwerer wog, als es den Betrachter zur Verifizierung der zwar häufig konstatierten, aber nie schlüssig belegten Vermutung über das demokratische Potential in der militärischen Rätebewegung auf die ältere, zum Teil dramatisierend-spekulative, insgesamt wenig konzise Literatur verwies. Nachdem so der Dreh- und Angelpunkt, die eigentliche Machtfrage der Revolution, die in letzter Instanz über die Erfolgsaussichten einer revolutionären Transformation obrigkeitsstaatlicher Herrschaftsbastionen in eine demokratisch fundierte Republik entschied, bisher eher an der Peripherie der wissenschaftlichen Diskussion siedelte, liegt nun mit Kluges gewichtigem Buch eine Untersuchung vor, die sich dieser Probleme mit akribischer Genauigkeit und beträchtlichem analytischen Scharfsinn angenommen hat, eine Studie, die sich nicht nur durch die Erschließung eines immensen und verstreuten Quellenmaterials auszeichnet, sondern auch durch eine umfassende Auffächerung des Revolutionsgeschehens auf regionaler und zentraler Ebene, die den verschiedenen militärpolitischen Trends zwischen Novemberumsturz 1918 und März 1919, der Verabschiedung des Gesetzes über die Vorläufige Reichswehr, nachgeht, sie auf den Interpretationsrahmen der jüngeren Revolutionsforschung bezieht und dementsprechend mit veränderten Bewertungen versieht.

Im Ansatz und in der Methode dem Vorbild der erwähnten Vorgänger verpflichtet, begreift auch Kluge die Revolution als eine prinzipiell offene Situation, die den politisch Handelnden eine breite Palette von Orientierungs- und Entscheidungsmöglichkeiten bot, sucht auch er nach Alternativen, die geeignet gewesen wären, die Politik während der Übergangsperiode in eine andere Richtung zu lenken und den Weimarer Staat mit einem stabileren Unterbau und einem demokratisch verlässlichen Wehrinstrument zu versehen. Insofern ist es konsequent und legitim, wenn sich der Autor nicht nur darauf beschränkt, die vorfindbaren Abläufe und Konstellationen zu registrieren, sondern seiner Argumentation kontrafaktische Fragen nach den »verpaßten militärpolitischen Chancen« (S. 15) in den Geburtsstunden der Republik und den Folgen von »Unterlassungssünden« der regierenden Sozialdemokratie unterlegt und damit dem Leser einen »roten Faden« an die Hand gibt, der sein Interesse bündelt und ihn in die Lage versetzt, die zahllosen Einzelbeobachtungen des Buches sinnvoll geordnet zu rezipieren.

Kluges Arbeit gruppiert sich um drei »Problemkomplexe«: erstens um die »Geschichte der militärischen Rätebewegung in Deutschland, die Ursachen ihrer Entstehung, ihre Rolle bei der Ausbreitung der Aufstandsbewegung, ihre improvisierten Strukturen, ihre Verbindung

zu den sozialistischen Parteien, ihre militär- und verfassungspolitische Zielsetzung« sowie »ihre politische und militärische Praxis«; zweitens um das »Problem der bewaffneten Macht im politischen Umbruchprozeß« und den Beitrag der Soldatenräte und Volkswehren »zum Schutz der Republik nach innen und außen« und schließlich drittens um die »Entwicklung der Militärpolitik unter republikanischem Vorzeichen, wobei besondere Aufmerksamkeit den politischen Konflikten zwischen den Soldatenräten, der Regierung der Volksbeauftragten und der Obersten Heeresleitung gewidmet wird«, um auf diese Weise den Hauptverantwortlichen für die binnen kurzem »allenthalben« zu beobachtenden Anzeichen einer »Restauration vorrevolutionärer innenpolitischer Machtverhältnisse« auf die Spur zu kommen (S. 16). Bewältigt wird dieser umfangreiche Themenkatalog in einer chronologisch sorgfältig abgestuften Analyse, welche die Rätebewegung und ihre Gegenspieler in den zivilen und militärischen Behörden des Reichs und der Einzelstaaten in drei Entwicklungsschritten verfolgt (S. 352 f.): in der »Entstehungsphase (Ende Oktober bis 9. November), in der Phase der organisatorischen Konsolidierung (November/Dezember 1918) und in der Auflösungsphase (Januar bis März 1919)«.

Da eine knappe Annotation der Fülle von Details und Anregungen in Kluges Forschungen noch nicht einmal andeutungsweise gerecht werden kann, soll auf eine an die einzelnen Kapitel angelehnte Skizze des Inhalts verzichtet und statt dessen die Gelegenheit benutzt werden, um an einigen Grundlinien der Darstellung kritische Einwände zu formulieren und auf »Fragwürdiges« hinzuweisen, das nochmaliger Überprüfung wert wäre.

1. Kluge kennzeichnet resümierend die ersten Tage des Umsturzes mit der Bemerkung, die Kaserne habe die Fabrik »revolutioniert« (S. 105), eine wenig überzeugende und recht kurzatmige Einschätzung, die vorschnell die Ereignisse im norddeutschen Raum verallgemeinert und auch dort die Situation wohl an der Oberfläche, nicht aber im Kern trifft. Für die Vorgänge in München und Berlin, denen mindestens ebensolche Signalwirkung zukam wie denen in Kiel, gilt sie – wie der Autor einräumen muß – ohnehin nicht. Sie widerspricht zudem der im selben Atemzug vorgetragenen Bewertung der Matrosenunruhen als einer »politisch nicht profilierten Demonstrationbewegung« (S. 105), die erst im nachhinein von außen und zwar von den beiden sozialistischen Parteien politisiert worden ist und deren ursprünglich auf eine Revision des internen Dienstreglements begrenzte Positionen erst durch das Hinzutreten der organisierten Industriearbeiterschaft mit politischer, wenngleich nicht überall einheitlich konturierter Perspektive und systemsprengender Stoßkraft ausgestattet wurden. Man wird daher gut beraten sein, sich durch die zitierte These nicht von den in der Einleitung (S. 20 ff.) angetippten, tiefer wurzelnden sozialgeschichtlichen Ursachen der Revolution ablenken zu lassen, von der in den Kriegsjahren vehement angeschwollenen Mißstimmung in den Industriezentren, vom drastischen Legitimationsverlust des politischen Systems, von den sozialökonomischen Antagonismen und den Polarisierungen der Wilhelminischen Gesellschaft, deren Gräben auch angestrengte Burgfriedensparolen nicht zuzuschütten vermocht hatten und ohne deren Vorhandensein die Meuterei in den Marinestationen der Nord- und Ostseeküste vermutlich eine isolierte und mühelos zu erstickende Revolte geblieben wäre.

2. Während die Schilderung der Soldatenräte im Bereich der Generalkommandos und Armeekorps bisweilen zu stark verästelt wird und daher Gefahr läuft zu zerfasern, verdienen die Abschnitte über die Rolle der Obersten Heeresleitung als konservativer Antipode der Rätebewegung und jedweder Ansprüche auf Demokratisierung des Militärapparates um so mehr hervorgehoben zu werden. Sie gehören zu den dichtesten und gelungensten Partien des Buches. Mit geradezu minutiöser Genauigkeit und bemerkenswerter Abgewogenheit des Urteils wird darin der Prozeß einer allmählichen Verlagerung der innenpolitischen Gewichte zugunsten der traditionellen militärischen Eliten nachgezeichnet. Gestützt auf eindrucksvolle Materialien, kann Kluge demonstrieren, wie sehr sich die vierte OHL

unter Groener/Hindenburg von Anfang an als eigenständiges politisches Kraftzentrum begriff und mit welcher Virtuosität sie es verstand, die Ressentiments der regierenden Mehrheitssozialdemokraten gegen die Institution der Räte für ihre Zwecke zu nutzen, angesichts der militärpolitischen Konzeptionslosigkeit und des Immobilismus im Rat der Volksbeauftragten Gegenmachtpositionen zu installieren, die antimilitaristischen Hamburger Punkte des Rätekongresses auf ein totes Gleis zu schieben, die Räte als Machtfaktor auszuschalten und sie auf einflußlose Beschwerdeinstanzen (Vertrauensleute) in ›Magenfragen‹ abzudrängen. So begrüßenswert und verdienstvoll es in diesem Zusammenhang ist, das viel beschworene ›Bündnis‹ Ebert-Groener von enger Personalisierung zu lösen und zu entdämonisieren, so sehr muß es jedoch Zweifel wecken, wenn der Autor dessen Existenz für die ersten Wochen nach dem Staatsumsturz überhaupt leugnet: »Das Verhältnis zwischen Regierung und Heeresleitung in den Tagen nach dem Umsturz war kein Bündnis Ebert-Groener, das auf den politischen Absichten der beiden Männer beruhte, es war auch kein Bündnis, das sich von vornherein auf die Bekämpfung radikal sozialistischer Strömungen in Deutschland richtete. Die Überlieferung der Geschehnisse aus den Tagen unmittelbar nach dem Zusammenbruch deutet darauf hin, daß der Heeresleitung von den revolutionär-republikanischen Kräften, dem Rat der Volksbeauftragten, nur ein militärtechnischer Auftrag zur unverzüglichen Liquidierung der aus dem Waffenstillstand entstandenen Verpflichtung erteilt worden ist« (S. 144).

Hinweise auf die hier durchschimmernde Neigung, die Manövrierfähigkeit der OHL im innenpolitischen Kräftefeld während der Novemberwochen zugunsten eines vermeintlichen Übergewichts des Rates der Volksbeauftragten herabzustufen, finden sich auch an anderer Stelle. So spricht Kluge beispielsweise davon, die OHL habe am 9./10. November einen »totalen Machtverlust« (S. 205) erlitten, und meint weiter, die zivilen und militärischen Bürokratien hätten sich in jenen Tagen einem »umfassenden Anpassungsprozeß an die neuen Machtverhältnisse« (S. 169) unterworfen. Beide Bemerkungen verraten eine enge, ja geradezu abstrakte Betrachtungsweise: Sie geben allenfalls in formaler Hinsicht die vielfältigen Loyalitätsbekundungen wieder, die freilich ohne die vorherigen Zusicherungen der Regierung an die Beamtenschaft und das Offizierkorps, die ›wohlerworbenen Rechte‹ nicht antasten zu wollen, in dieser Form wahrscheinlich nicht erfolgt wären. Es paßt auch schlecht in das Schema dieser Interpretation, daß die OHL bereits am 10. November erfolgreich daran ging, wie Kluge nuancenreich beschreibt, »die Bewegung unter den Soldaten des Feldheeres ›in die Hand der Offiziere‹ zu bekommen«, und sich von den Volksbeauftragten »einen umfassenden Katalog von Offiziersrechten« gegen die Befugnisse der Soldatenräte garantieren ließ (S. 206 f.). Nun mag man es ablehnen, darin ein Indiz für ein formelles und von den Beteiligten notifiziertes ›Bündnis‹ zu sehen; immerhin sprechen die Zugeständnisse an die Repräsentanten der abgedankten Ordnung dafür, daß so etwas wie eine beiderseits akzeptierte Geschäftsgrundlage existiert haben muß, und es ist kaum vorstellbar, daß sich Groener mit Ebert, mit dem er in regelmäßigem und direkt geschaltetem telefonischen Kontakt stand, nicht über die Eckdaten einer gemeinsamen Politik verständigt haben sollte. Zwar sind bisher absolut stringente Beweise für die ältere Auffassung nicht beigebracht worden, nach der Ebert bereits am 10. November weitgehende Absprachen mit den Militärs getroffen habe, um ein Weitertreiben der Situation in ›russische‹ Dimensionen zu verhindern; aber auch Kluges Beurteilung, der eine solche Bündniskonstellation erst für die Zeit nach dem Rätekongreß gelten lassen möchte, ist nicht mehr als eine Hypothese, zu deren Absicherung kein prinzipiell neues Material präsentiert wird. Sie vermag zudem einige Entwicklungen nicht plausibel zu erklären, etwa warum Ebert so viel daran gelegen war, die militärpolitischen Beschlüsse des Kongresses zu verhindern und, als dies fehlschlug, sie durch einen Zusatz wenigstens zu entschärfen.

Für Kluge übte die OHL in den ersten Tagen und Wochen der Umwälzung primär die

Funktion einer – so der etwas umständliche Terminus – »militärtechnischen Liquidationsinstitution« aus (S. 205 und öfter), aus der nicht notwendigerweise die Rolle einer anti-revolutionären, konservativen Ordnungsmacht habe hervorgewachsen müssen. Damit ist möglicherweise der Erwartungshorizont der Unabhängigen im Kabinett zutreffend bezeichnet. Zumindest deutet Dittmann in seinen Erinnerungen eine solche Position an, wobei allerdings auch zu berücksichtigen ist, daß jener *post festum* versucht sein konnte, die mangelnde militärpolitische Initiative und Entschlossenheit der unabhängigen Regierungsmitglieder zu kaschieren und mit einem Hauch von Sachzwang zu umgeben. Ob die MSPD-Volksbeauftragten, zumal Ebert, in ähnlich illusionären Auffassungen befangen waren – darüber läßt sich nur spekulieren. Auf jeden Fall engte das Paktieren mit der OHL die »Offenheit« der Situation frühzeitig ein: Das Dilemma, »sich des alten Militärapparates für die Übergangszeit zu bedienen, ohne ihn dadurch zu stabilisieren« (Rürup), wurde – sofern es die Verantwortlichen in dieser Schärfe überhaupt erkannten – nicht gelöst, und die Chancen, die Armee zu demokratisieren, wurden verspielt. Die einzelnen Stationen dieses Prozesses hat Kluge überzeugend analysiert. Darüber dürfen auch kritische Anmerkungen, wie die hier vorgetragenen, nicht hinwegtäuschen. Wer sich künftig mit der Revolution von 1918/19, den Gründen ihres Scheiterns und – darin eingebettet – mit dem Phänomen des Militarismus in Deutschland beschäftigen will, tut gut daran, Kluges anregende Studie ausführlich zu konsultieren.

Jens Flemming

Die deutsche Revolution 1918 – 1919. Dokumente, hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, 2., erheblich erw. und überarb. Auflage (= Hoffmann und Campe Reader), Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg 1975, 502 S., brosch., 38 DM.

Die nun in einer zweiten Ausgabe vorliegende, um neue Dokumente zu den Komplexen »Staatliche Sozialpolitik, Gewerkschaften und Arbeitgeber« (Kap. XI) und »Die Parteien« (Kap. XIV) erweiterte Quellensammlung zur deutschen Revolution 1918/19 verdient Anerkennung, jedoch sind bestimmte konzeptuelle Schwächen nicht zu übersehen.

Entsprechend der auch schon in der ersten Ausgabe der Edition (Frankfurt 1968) vertretenen richtigen These, daß die Ursachen, der Verlauf sowie das Ende der revolutionären Bewegung 1918/19 ohne eine Analyse der Vorgeschichte nicht zu verstehen seien, setzen die beiden Herausgeber G. A. Ritter und S. Miller an den Beginn ihrer Dokumentation eine Quellenauswahl zum Thema »Militärischer Zusammenbruch und Waffenstillstand«. Insgesamt ist die Quellensammlung in drei Abschnitte untergliedert; die Abschnitte A (»Die Entstehung der Republik«) und B (»Stadien der Revolution«) sind chronologisch angelegt; hier werden Probleme thematisiert wie »Der Sturz der Monarchien« (Kap. II), die Berufung einer Revolutionsregierung in Berlin (»Die Bildung des Rats der Volksbeauftragten«, Kap. III) und das Verhältnis des Rats der Volksbeauftragten zu den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten in der Revolutionsphase November 1918 bis Februar 1919 (Kap. IV–IX). Der Abschnitt C (»Der Grundriß der Republik«) schließlich ist nach einzelnen Sachproblemen strukturiert. Hier werden u. a. folgende Themen angesprochen: die staatliche Sozialpolitik, die Rolle der Gewerkschaften, Arbeitgeber und politischen Parteien (Kap. XI und XIV), die Problematik der Sozialisierung (Kap. XII), das Verhältnis von Staat und Kirche z. B. in der Schulfrage (Kap. XIII), die Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland (Kap. XV), die Diskussion um die zukünftige Herrschaftsform (Rätedemokratie oder bürgerlich-parlamentarische Demokratie, Kap. XVI). Jedem der insgesamt 18 Kapitel haben die Herausgeber eine kurze Einleitung vorangestellt. Sie erfüllt im wesentlichen die Funktion, die jeweils folgenden Dokumente interpretierend miteinander zu verbinden.

Funktion einer – so der etwas umständliche Terminus – »militärtechnischen Liquidationsinstitution« aus (S. 205 und öfter), aus der nicht notwendigerweise die Rolle einer anti-revolutionären, konservativen Ordnungsmacht habe hervorgewachsen müssen. Damit ist möglicherweise der Erwartungshorizont der Unabhängigen im Kabinett zutreffend bezeichnet. Zumindest deutet Dittmann in seinen Erinnerungen eine solche Position an, wobei allerdings auch zu berücksichtigen ist, daß jener *post festum* versucht sein konnte, die mangelnde militärpolitische Initiative und Entschlossenheit der unabhängigen Regierungsmitglieder zu kaschieren und mit einem Hauch von Sachzwang zu umgeben. Ob die MSPD-Volksbeauftragten, zumal Ebert, in ähnlich illusionären Auffassungen befangen waren – darüber läßt sich nur spekulieren. Auf jeden Fall engte das Paktieren mit der OHL die »Offenheit« der Situation frühzeitig ein: Das Dilemma, »sich des alten Militärapparates für die Übergangszeit zu bedienen, ohne ihn dadurch zu stabilisieren« (Rürup), wurde – sofern es die Verantwortlichen in dieser Schärfe überhaupt erkannten – nicht gelöst, und die Chancen, die Armee zu demokratisieren, wurden verspielt. Die einzelnen Stationen dieses Prozesses hat Kluge überzeugend analysiert. Darüber dürfen auch kritische Anmerkungen, wie die hier vorgetragenen, nicht hinwegtäuschen. Wer sich künftig mit der Revolution von 1918/19, den Gründen ihres Scheiterns und – darin eingebettet – mit dem Phänomen des Militarismus in Deutschland beschäftigen will, tut gut daran, Kluges anregende Studie ausführlich zu konsultieren.

Jens Flemming

Die deutsche Revolution 1918 – 1919. Dokumente, hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, 2., erheblich erw. und überarb. Auflage (= Hoffmann und Campe Reader), Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg 1975, 502 S., brosch., 38 DM.

Die nun in einer zweiten Ausgabe vorliegende, um neue Dokumente zu den Komplexen »Staatliche Sozialpolitik, Gewerkschaften und Arbeitgeber« (Kap. XI) und »Die Parteien« (Kap. XIV) erweiterte Quellensammlung zur deutschen Revolution 1918/19 verdient Anerkennung, jedoch sind bestimmte konzeptuelle Schwächen nicht zu übersehen.

Entsprechend der auch schon in der ersten Ausgabe der Edition (Frankfurt 1968) vertretenen richtigen These, daß die Ursachen, der Verlauf sowie das Ende der revolutionären Bewegung 1918/19 ohne eine Analyse der Vorgeschichte nicht zu verstehen seien, setzen die beiden Herausgeber G. A. Ritter und S. Miller an den Beginn ihrer Dokumentation eine Quellenauswahl zum Thema »Militärischer Zusammenbruch und Waffenstillstand«. Insgesamt ist die Quellensammlung in drei Abschnitte untergliedert; die Abschnitte A (»Die Entstehung der Republik«) und B (»Stadien der Revolution«) sind chronologisch angelegt; hier werden Probleme thematisiert wie »Der Sturz der Monarchien« (Kap. II), die Berufung einer Revolutionsregierung in Berlin (»Die Bildung des Rats der Volksbeauftragten«, Kap. III) und das Verhältnis des Rats der Volksbeauftragten zu den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten in der Revolutionsphase November 1918 bis Februar 1919 (Kap. IV–IX). Der Abschnitt C (»Der Grundriß der Republik«) schließlich ist nach einzelnen Sachproblemen strukturiert. Hier werden u. a. folgende Themen angesprochen: die staatliche Sozialpolitik, die Rolle der Gewerkschaften, Arbeitgeber und politischen Parteien (Kap. XI und XIV), die Problematik der Sozialisierung (Kap. XII), das Verhältnis von Staat und Kirche z. B. in der Schulfrage (Kap. XIII), die Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland (Kap. XV), die Diskussion um die zukünftige Herrschaftsform (Rätedemokratie oder bürgerlich-parlamentarische Demokratie, Kap. XVI). Jedem der insgesamt 18 Kapitel haben die Herausgeber eine kurze Einleitung vorangestellt. Sie erfüllt im wesentlichen die Funktion, die jeweils folgenden Dokumente interpretierend miteinander zu verbinden.

Gewiß kann nicht bestritten werden, daß in der vorliegenden Dokumentation dem Leser eine Vielzahl von wichtigen und z. T. aufschlußreichen Quellen vorgeführt wird. Es kann aber auch nicht die Tatsache übersehen werden, daß im Blick auf die editorische Einleitung eine begriffliche sowie inhaltliche Präzisierung und in der Komposition der Quellentexte die eine oder andere Änderung wünschenswert und sinnvoll gewesen wäre. Der Leser vermißt in der Einleitung eine theoretische Grundlegung des Revolutionsbegriffs, der – wie z. B. in den Versuchen der marxistisch-leninistischen Historiographie der DDR erkennbar – unter Zugrundelegung bestimmter Kriterien (Frage der politischen und sozioökonomischen Zielsetzungen, soziale Struktur der Revolutionsträger, Einsatz der Kampf- und Organisationsmittel) eine Charakterisierung der deutschen Revolution ermöglicht hätte. So aber bleibt die im Anschluß an F. Meinecke (Die Revolution. Ursachen und Tatsachen, in: Anschütz/Thoma, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, Tübingen 1930, S. 113) vertretene These der Herausgeber, die Revolution habe einen »konservativen Zug« getragen, relativ unpräzise. Auch die Frage nach den Chancen, nicht allein im staatlich-politischen Bereich die bisher obrigkeitsstaatlichen Herrschaftsstrukturen zu demokratisieren, sondern insbesondere auch in der ökonomischen Produktionssphäre die Mit- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Arbeiter auszuweiten, wird nicht diskutiert.

Bei der Auswahl der Dokumente fällt auf, daß z. B. im Kap. IV (»Regierung, Räte und Militär«) nur sehr wenige Quellentexte enthalten sind, die Auskunft geben über die Zielsetzungen, die Organisations- und Funktionsstruktur der Arbeiter- und Soldatenräte. Über die Existenz, die Aufgaben und Arbeitsweise von Räten auf dem agrarischen und betrieblichen Sektor finden sich in diesem Kapitel überhaupt keine Angaben und in den folgenden Abschnitten nur verstreut einzelne Quellentexte. Dies ist um so bemerkenswerter, spielten doch die Räte nicht allein in Berlin, worauf sich die Dokumentation im wesentlichen beschränkt, sondern auch in den einzelnen deutschen Gliedstaaten eine – von regionalen bzw. lokalen Abweichungen abgesehen – nicht unerhebliche Rolle, wie inzwischen auch von der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik (E. Kolb, R. Rürup, P. v. Oertzen, U. Kluge) eindeutig nachgewiesen worden ist. Ferner wäre auch eine Ergänzung der Quellen zum Aspekt der Rolle Deutschlands in der internationalen Politik sinnvoll gewesen. Spätestens die im Jahre 1971 publizierte Monographie von K. Schwabe »Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19« hätte die Herausgeber zur Aufgabe ihrer These veranlassen sollen, die außenpolitische Konstellation des Deutschen Reichs sei primär durch sein Verhältnis zu Sowjetrußland bestimmt gewesen. Die Konsequenz hätte die Aufnahme eines kommentierten Quellenabschnitts über die deutsch-amerikanischen Beziehungen in jenem Zeitraum (1918/19) sein müssen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß – zumal wenn noch die sehr gründliche und ausführliche Bibliographie von K. Tenfelde und das sorgfältig angelegte Register von U. Scheideler in Rechnung gestellt werden – die Herausgeber mit dieser Dokumentation für die Lehre an den Hochschulen, nicht aber für die Forschung, einen wertvollen Beitrag geleistet haben.

Horst Dähn

Heinz Willmann, Geschichte der Arbeiter-Illustrierten Zeitung 1921 – 1938, 2. Aufl., Verlag das europäische buch, Berlin 1975 (Lizenzausgabe der 1. Aufl.: Dietz Verlag, Berlin/DDR 1974), 360 S., Ln., 29,50 DM.

Es hat seit dem Kriegsende fast 30 Jahre gedauert, bis eine breit angelegte Dokumentation über die wohl bedeutendste Arbeiter-Illustrierte, die AIZ (Arbeiter-Illustrierte Zeitung), erschien. Der kürzlich vorgelegte, reich mit Reproduktionen ausgestattete Sammelband ist

Gewiß kann nicht bestritten werden, daß in der vorliegenden Dokumentation dem Leser eine Vielzahl von wichtigen und z. T. aufschlußreichen Quellen vorgeführt wird. Es kann aber auch nicht die Tatsache übersehen werden, daß im Blick auf die editorische Einleitung eine begriffliche sowie inhaltliche Präzisierung und in der Komposition der Quellentexte die eine oder andere Änderung wünschenswert und sinnvoll gewesen wäre. Der Leser vermißt in der Einleitung eine theoretische Grundlegung des Revolutionsbegriffs, der – wie z. B. in den Versuchen der marxistisch-leninistischen Historiographie der DDR erkennbar – unter Zugrundelegung bestimmter Kriterien (Frage der politischen und sozioökonomischen Zielsetzungen, soziale Struktur der Revolutionsträger, Einsatz der Kampf- und Organisationsmittel) eine Charakterisierung der deutschen Revolution ermöglicht hätte. So aber bleibt die im Anschluß an F. Meinecke (Die Revolution. Ursachen und Tatsachen, in: Anschütz/Thoma, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, Tübingen 1930, S. 113) vertretene These der Herausgeber, die Revolution habe einen »konservativen Zug« getragen, relativ unpräzise. Auch die Frage nach den Chancen, nicht allein im staatlich-politischen Bereich die bisher obrigkeitsstaatlichen Herrschaftsstrukturen zu demokratisieren, sondern insbesondere auch in der ökonomischen Produktionssphäre die Mit- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Arbeiter auszuweiten, wird nicht diskutiert.

Bei der Auswahl der Dokumente fällt auf, daß z. B. im Kap. IV (»Regierung, Räte und Militär«) nur sehr wenige Quellentexte enthalten sind, die Auskunft geben über die Zielsetzungen, die Organisations- und Funktionsstruktur der Arbeiter- und Soldatenräte. Über die Existenz, die Aufgaben und Arbeitsweise von Räten auf dem agrarischen und betrieblichen Sektor finden sich in diesem Kapitel überhaupt keine Angaben und in den folgenden Abschnitten nur verstreut einzelne Quellentexte. Dies ist um so bemerkenswerter, spielten doch die Räte nicht allein in Berlin, worauf sich die Dokumentation im wesentlichen beschränkt, sondern auch in den einzelnen deutschen Gliedstaaten eine – von regionalen bzw. lokalen Abweichungen abgesehen – nicht unerhebliche Rolle, wie inzwischen auch von der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik (E. Kolb, R. Rürup, P. v. Oertzen, U. Kluge) eindeutig nachgewiesen worden ist. Ferner wäre auch eine Ergänzung der Quellen zum Aspekt der Rolle Deutschlands in der internationalen Politik sinnvoll gewesen. Spätestens die im Jahre 1971 publizierte Monographie von K. Schwabe »Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19« hätte die Herausgeber zur Aufgabe ihrer These veranlassen sollen, die außenpolitische Konstellation des Deutschen Reichs sei primär durch sein Verhältnis zu Sowjetrußland bestimmt gewesen. Die Konsequenz hätte die Aufnahme eines kommentierten Quellenabschnitts über die deutsch-amerikanischen Beziehungen in jenem Zeitraum (1918/19) sein müssen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß – zumal wenn noch die sehr gründliche und ausführliche Bibliographie von K. Tenfelde und das sorgfältig angelegte Register von U. Scheideler in Rechnung gestellt werden – die Herausgeber mit dieser Dokumentation für die Lehre an den Hochschulen, nicht aber für die Forschung, einen wertvollen Beitrag geleistet haben.

Horst Dähn

Heinz Willmann, Geschichte der Arbeiter-Illustrierten Zeitung 1921 – 1938, 2. Aufl., Verlag das europäische buch, Berlin 1975 (Lizenzausgabe der 1. Aufl.: Dietz Verlag, Berlin/DDR 1974), 360 S., Ln., 29,50 DM.

Es hat seit dem Kriegsende fast 30 Jahre gedauert, bis eine breit angelegte Dokumentation über die wohl bedeutendste Arbeiter-Illustrierte, die AIZ (Arbeiter-Illustrierte Zeitung), erschien. Der kürzlich vorgelegte, reich mit Reproduktionen ausgestattete Sammelband ist

primär als Erinnerungsbuch an die Weimarer Republik und die Emigrationsjahre bis 1938 angelegt. Dem Spezifischen und formal Neuen der AIZ wird der Band kaum gerecht, da er es zwar (unzulänglich) mit überliefert, aber nicht eigens herausstellt.

Heinz Willmann, langjähriger Mitarbeiter der AIZ und ab 1931 ihr Vertriebsleiter, ist mit seinem begleitenden Text der politischen Entwicklung der AIZ so weit gerecht geworden, als es die gängige DDR-Geschichtsschreibung ermöglicht. Hingewiesen sei nur auf die verschleierte Anmerkung zu Münzenberg (S. 20). Wird dieser hier immerhin noch erwähnt, erscheint er im Vorwort der ehemaligen Chefredakteurin Lilly Korpus-Becher erst gar nicht, obwohl er dann in einer Abbildung der AIZ, Nr. 118 (S. 125 des Bandes) immerhin als »Gründer der AIZ« genannt wird.

Die AIZ hatte als Vorläufer die Zeitschrift »Sowjetrußland im Bild« (seit 1921), die 1923 in »Sichel und Hammer« umbenannt wurde. Beide wurden von der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH) unter der Leitung von Willi Münzenberg herausgegeben. Ab 1925 wurde die Zeitschrift als AIZ vom Neuen Deutschen Verlag übernommen, der gleichfalls der IAH zugehörte. Die so entstandene relative Unabhängigkeit von der IAH war Ausdruck dafür, daß die AIZ die engen Aufgaben einer Solidaritäts-Zeitschrift für die Sowjetunion zu überwinden begann. Sie entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer populären Arbeiter-Illustrierten mit hoher Auflage (die Angaben schwanken zwischen 200 000–500 000 pro Woche), die keineswegs nur kommunistische Leser anzusprechen verstand. Sie war die erfolgreichste Zeitschrift des sogen. »Münzenberg-Konzerns«, die über Deutschland hinaus große Resonanz in aller Welt hatte. Nach ihrem Muster wurden – wie L. Korpus-Becher im Vorwort des Bandes berichtet – parallele Zeitschriften in Frankreich und (nach 1933) in der Tschechoslowakei gegründet.

Die Gründe dieses Erfolgs sind vielfältig. Da die AIZ durch einen Großteil der von Hugenberg abhängigen Zeitungskioske boykottiert wurde, mußte sie sich verstärkt durch »Kolporteurs« und die KPD-Organisation ein eigenes Vertriebsnetz aufbauen. Diese Vertriebsform ermöglichte einen besonders starken Rückfluß von Lesermeinungen, -wünschen und -anregungen an die Redaktion und trug so dazu bei, die Zeitschrift lebensnah zu gestalten. Die Kolporteurs, aber auch die Arbeiterfotografen und die Korrespondenten, ferner die Leseabende, Wettbewerbe usw. verstärkten den Zusammenhang von Redaktion und Lesern. Außerdem begünstigten die Produktionsbedingungen einer Wochenzeitschrift und die breite politische Zielsetzung die Absicht der Redaktion, den Akzent weniger auf politische Tagesaussagen zu setzen, als die Alltagsprobleme der Arbeiterschaft und anderer abhängiger Bevölkerungsschichten aufzugreifen.

Diese besonderen Bedingungen sind allerdings nicht allein das »Rezept« der AIZ für den Erfolg gewesen. Er muß darüber hinaus darauf zurückgeführt werden, *wie* diese Zeitschrift gemacht wurde.

Es ist auch einem größeren Publikum bekannt, daß Heartfields Fotomontagen häufig in der AIZ, zumeist als Titelblatt, erschienen. Sie sind nicht der einzige, aber der hervorragendste Ausdruck des formalen und sozial aussagekräftigen und daher massenwirksamen Avantgardismus der AIZ. Ab 1930 wurde Heartfield ständiger Mitarbeiter, ab Mitte 1932 trug er zu fast jeder Ausgabe der AIZ antifaschistische Fotomontagen bei, später war er einer der Hauptmitarbeiter der emigrierten Prager AIZ bzw. »Volks-Illustrierten«.

Die Fotomontagen (nicht nur von Heartfield) sind der Spezialfall der besonderen Leistung der Zeitschrift: der vielfältigen, teils pointiert überraschenden, teils zum recherchierenden Nachdenken angelegten Bild- und Textanordnung. Die Visualisierung der Klassenwidersprüche durch mehrschichtige Bezüge zwischen Bild und Text führte in den verschiedenen Sparten der Zeitschrift zur Entwicklung besonderer Darstellungsformen, den AIZ-spezifischen »Genres«. Zwei seien hervorgehoben:

Einmal sind die Bild-Gedichte besonders erwähnenswert. Leider sind besonders gelungene

Beispiele, etwa von Tucholsky (in Nr. 44, 1928 der AIZ), in dem Band nicht reproduziert. Ein weiteres Spezifikum der AIZ war der doppelseitige Bildbericht. Er ermöglichte mehrfache Bezüge von Bildern, Text und Graphiken, quer über beide Seiten. Leider ist kein besonders gelungenes Beispiel in die Dokumentation aufgenommen worden, bzw. es ist nur eine Hälfte (!) reproduziert worden. Es sei daher auf einen verhältnismäßig gelungenen Bildbericht in der dem Band beigefügten AIZ-Ausgabe aus dem Jahr 1934 hingewiesen. Dort wird auf einer Doppelseite zu der durch den Text getrennten Schlagzeile: »Und man sieht nur die im Lichte – die im Schatten sieht man nicht!« jeweils eine Bildreihe vom Luxusleben der Nazi-Prominenz sowie vom Elend exmittierter Familien gebracht. Die dichotomisch organisierte Bildanordnung ist Ausdruck der breiten politischen Zielsetzung der Zeitschrift, die versucht, an dem dichotomischen Bewußtsein von der Gesellschaft anzuknüpfen, das in breiten Schichten der Arbeiterschaft vorherrscht. Der interpretierende Text zwischen den Bildreihen und ihren Teil-Schlagzeilen, die ebenfalls durch zwei gegensätzliche Motti eingeleitet werden, versucht, die dichotomische Bildaussage in die Richtung einer differenzierten politischen Aussage zu verschärfen. Die Schlagzeile als Idee des Bildberichts ist (in leicht abgewandelter Formulierung) Brechts Dreigroschenfilm entnommen.

Besonders bekannt wurde eine Bildreportage (Die deutschen Filipows, 1931) über eine Arbeiterfamilie aus dem Berliner Wedding, wo 1929 die kommunistische Maidemonstration blutig niedergeschlagen worden war. Die Reportage zeigte am Beispiel der einzelnen Familienmitglieder typische Probleme der Arbeiterschaft in der Weltwirtschaftskrise auf. Durch deren politische, soziale und ökonomische Interpretation sowie deren Verbindung mit den Weddinger Ereignissen von 1929 wurde die Sympathisantenhaltung des Familienvaters zur KPD eine Orientierung für die Arbeiterleser, die die dargestellte Familie als eine von ihresgleichen angesehen haben dürften.

Da auch von dieser Reportage nur das Deckblatt in die Dokumentation aufgenommen wurde, sei auf das Heft 10 der Zeitschrift »Ästhetik und Kommunikation« hingewiesen, in dem diese und einige andere ergänzende Berichte der AIZ reproduziert worden sind. Dieses Heft stellt die bisher kritisch-produktivste Aufarbeitung der AIZ dar; die Konstruktion eines »dritten Weges« der AIZ und des »Münzenberg-Konzerns« »zwischen den verhärteten parteipolitischen Fronten« erscheint mir dort allerdings überzogen.

»Ästhetik und Kommunikation« legt mit Recht besonderen Wert auf die Entwicklung der Laienfotografie von Arbeitern und die Produktion von Betriebsreportagen. Leider wird auch in der genannten Zeitschrift die gelungenste dieser Reportagen (über Blohm & Voß) nicht abgedruckt, Willmann bringt wiederum nur die linke Hälfte.

Welche – nicht zuletzt technischen – Schwierigkeiten einer innerbetrieblichen Bildreportage und damit einer kontinuierlichen und adäquaten Thematisierung der Arbeitswelt entgegenstanden, zeigt unfreiwillig E. E. Kischs Bericht »Berlin bei der Arbeit« (S. 70, Abb. 60). Kisch gelangen aus juristisch-politischen und technischen Gründen fast nur Außenaufnahmen, die er von öffentlich zugänglichen Straßen aus herstellte.

Kischs Bericht von 1927 ist auch als direkte Replik zu Ruttmanns kaleidoskopartig-unpolitischem Film »Berlin – Symphonie einer Großstadt« zu sehen. Überhaupt blieb die AIZ nicht bei einer Kritik am Kulturbetrieb stehen, sondern brachte verschiedentlich Gegenbeiträge zu kulturellen Ereignissen, etwa zum Film »Der Kongreß tanzt« (Nr. 8, 1932) oder zu Falladas Buch »Kleiner Mann – was nun?« (S. 189, Abb. 175).

Mitte 1930 (ab Nr. 36) wurde der Kampf gegen den Faschismus zu einem Hauptthema der AIZ. Es erscheint verständlich, wenn der damals mitverantwortliche und jetzige Herausgeber des Bandes H. Willmann diesen Kampf der AIZ in besonderem Maß dokumentiert. Die Zeitschrift mußte im März 1933 nach Prag emigrieren, wo sie 1936 im Rahmen der Volksfrontpolitik zur »Volks-Illustrierten« umbenannt wurde. Unter den schwierigen Bedingungen des Exils wurde der Kampf noch verstärkt. In der Zeit bis Oktober 1938, als die

AIZ während des deutschen Einmarsches in das Sudetengebiet ihr Erscheinen einstellen mußte, waren es besonders die Fotomontagen von Heartfield, die das Bild der Zeitschrift prägten.

Hanno Möbius

Gerhard Beier, *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933* (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Themenkreis Geschichte 1), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 81 S., kart., 8 DM.

Die Zeitgeschichte hat, wie man weiß, der modernen Literatur manches zu geben; hat auch die moderne Literatur der Zeitgeschichte etwas zu geben? Die »Lehrstück«-Theorie Brechtscher Provenienz auf bestimmte historische Situationen anzuwenden, um deren pädagogischen Gehalt für die Gegenwart zu nutzen, ist keine schlechte Idee. Der Verfasser der angezeigten Arbeit unternimmt den respektablen Versuch – und scheitert, leider.

Der Grund für sein Scheitern ist nicht dem Verfasser anzulasten, sondern prinzipieller Natur. Ein Lehrstück ist nach Brecht eine Parabel, ein Gleichnis mit dem klar ausgesprochenen Ziel, dem Zuschauer eine Doktrin anschaulich zu machen¹; eine realistische Darstellung historischer Zusammenhänge wird dabei ausdrücklich ausgeschlossen². Der Verfasser steht also vor einem Dilemma: Vorausgesetzt, eine historische Situation eigne sich zum »Lehrstück«, in diesem Fall: die bis zur Selbstaufgabe reichende Anpassung an die nationalsozialistischen Machthaber, die Beteiligung der Freien Gewerkschaften am »Tag der nationalen Arbeit« und ihre Liquidierung am Tag darauf – gesetzt den Fall, der Charakter dieses Vorgangs sei lehrstückhaft, so kann es der Verfasser doch nicht vermeiden, den historischen Wurzeln des gewerkschaftlichen Fehlverhaltens nachzuspüren, und die sind wie alle historischen Zusammenhänge widersprüchlich, problematisch und bar jeder paradigmatischen Eindeutigkeit, die die von Brecht geforderte Verkürzung auf klare und uneingeschränkte Folgerungen voraussetzen würde.

Zunächst bemüht sich freilich der Verfasser, historisch-kritische Bedenken beiseite zu lassen. Er verzichtet ausdrücklich auf die Darstellung oder gar Untersuchung von tieferen geschichtlichen, sozialen und sozialpsychologischen Wurzeln und beginnt im März 1930 mit dem Sturz der Großen Koalition und der Aufgabe der staatlichen Machtstellung durch Hermann Müller auf Betreiben der Gewerkschaften – eine »negative Entscheidung«. Die nächste Station in einer »verhängnisvollen Serie falscher Entscheidungen« ist der Staatsstreich Papens gegen Preußen am 20. Juli 1932; hier »gab es keine Ausflucht mehr [...] Gegen den offenen Staatsstreich war der aktive Widerstand zu setzen«, ganz einfach. Danach: »peinliche Annäherungsversuche gegenüber dem intriganten Kurt v. Schleicher«, alles hübsch holzschnittartig und ohne verwirrende Diskussionen über die doch recht komplexen und problematischen Entscheidungssituationen. Bis hierher hätte Brecht nichts einzuwenden gehabt.

Das ändert sich aber bei der Darstellung der Ereignisse nach dem 30. Januar 1933. Hier liegt unverkennbar das besondere Interesse des Verfassers, und damit gewinnt auch der Fachhistoriker die Oberhand über den Lehrstückschreiber. Sorgfältig differenzierend, deckt er die Hintergründe der allmählichen Anpassung der ADGB-Führung an die neuen Machthaber auf. Die Tendenz erscheint hier durchaus nicht eindeutig; die betont nationalen Töne, die sich neuerdings in gewerkschaftlichen Publikationen fanden, entsprangen nicht einfach platter Anbiederung, sondern eher einer Abwehrhaltung: Man wollte beweisen, daß die Nazis die Liebe zur Nation nicht für sich gepachtet hatten. Der Abmarsch nach rechts, auch

1 *Berthold Brecht*, Mißverständnisse über das Lehrstück, in: Suhrkamp-Werkausgabe, Bd. 17, S. 1025 ff.

2 *Berthold Brecht*, Anmerkungen zu »Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui«, *ebda.*, S. 1179.

AIZ während des deutschen Einmarsches in das Sudetengebiet ihr Erscheinen einstellen mußte, waren es besonders die Fotomontagen von Heartfield, die das Bild der Zeitschrift prägten.

Hanno Möbius

Gerhard Beier, *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933* (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Themenkreis Geschichte 1), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 81 S., kart., 8 DM.

Die Zeitgeschichte hat, wie man weiß, der modernen Literatur manches zu geben; hat auch die moderne Literatur der Zeitgeschichte etwas zu geben? Die »Lehrstück«-Theorie Brechtscher Provenienz auf bestimmte historische Situationen anzuwenden, um deren pädagogischen Gehalt für die Gegenwart zu nutzen, ist keine schlechte Idee. Der Verfasser der angezeigten Arbeit unternimmt den respektablen Versuch – und scheitert, leider.

Der Grund für sein Scheitern ist nicht dem Verfasser anzulasten, sondern prinzipieller Natur. Ein Lehrstück ist nach Brecht eine Parabel, ein Gleichnis mit dem klar ausgesprochenen Ziel, dem Zuschauer eine Doktrin anschaulich zu machen¹; eine realistische Darstellung historischer Zusammenhänge wird dabei ausdrücklich ausgeschlossen². Der Verfasser steht also vor einem Dilemma: Vorausgesetzt, eine historische Situation eigne sich zum »Lehrstück«, in diesem Fall: die bis zur Selbstaufgabe reichende Anpassung an die nationalsozialistischen Machthaber, die Beteiligung der Freien Gewerkschaften am »Tag der nationalen Arbeit« und ihre Liquidierung am Tag darauf – gesetzt den Fall, der Charakter dieses Vorgangs sei lehrstückhaft, so kann es der Verfasser doch nicht vermeiden, den historischen Wurzeln des gewerkschaftlichen Fehlverhaltens nachzuspüren, und die sind wie alle historischen Zusammenhänge widersprüchlich, problematisch und bar jeder paradigmatischen Eindeutigkeit, die die von Brecht geforderte Verkürzung auf klare und uneingeschränkte Folgerungen voraussetzen würde.

Zunächst bemüht sich freilich der Verfasser, historisch-kritische Bedenken beiseite zu lassen. Er verzichtet ausdrücklich auf die Darstellung oder gar Untersuchung von tieferen geschichtlichen, sozialen und sozialpsychologischen Wurzeln und beginnt im März 1930 mit dem Sturz der Großen Koalition und der Aufgabe der staatlichen Machtstellung durch Hermann Müller auf Betreiben der Gewerkschaften – eine »negative Entscheidung«. Die nächste Station in einer »verhängnisvollen Serie falscher Entscheidungen« ist der Staatsstreich Papens gegen Preußen am 20. Juli 1932; hier »gab es keine Ausflucht mehr [...] Gegen den offenen Staatsstreich war der aktive Widerstand zu setzen«, ganz einfach. Danach: »peinliche Annäherungsversuche gegenüber dem intriganten Kurt v. Schleicher«, alles hübsch holzschnittartig und ohne verwirrende Diskussionen über die doch recht komplexen und problematischen Entscheidungssituationen. Bis hierher hätte Brecht nichts einzuwenden gehabt.

Das ändert sich aber bei der Darstellung der Ereignisse nach dem 30. Januar 1933. Hier liegt unverkennbar das besondere Interesse des Verfassers, und damit gewinnt auch der Fachhistoriker die Oberhand über den Lehrstückschreiber. Sorgfältig differenzierend, deckt er die Hintergründe der allmählichen Anpassung der ADGB-Führung an die neuen Machthaber auf. Die Tendenz erscheint hier durchaus nicht eindeutig; die betont nationalen Töne, die sich neuerdings in gewerkschaftlichen Publikationen fanden, entsprangen nicht einfach platter Anbiederung, sondern eher einer Abwehrhaltung: Man wollte beweisen, daß die Nazis die Liebe zur Nation nicht für sich gepachtet hatten. Der Abmarsch nach rechts, auch

1 *Berthold Brecht*, Mißverständnisse über das Lehrstück, in: Suhrkamp-Werkausgabe, Bd. 17, S. 1025 ff.

2 *Berthold Brecht*, Anmerkungen zu »Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui«, *ebda.*, S. 1179.

das arbeitet der Verfasser überzeugend heraus, wurde durch die desperate putschistische Politik der kommunistischen Konkurrenz geradezu zusätzlich provoziert, und gegen den Terror – der Verfasser druckt im Anhang ein Schreiben des ADGB-Bundesvorstands an den Reichspräsidenten ab, das erschütternde Einzelheiten enthält – war man wehr- und ratlos und glaubte, durch prononciertes Wohlverhalten das Schicksal der illegal Eingekerkerten und Gefolterten mildern zu können – gewiß schwach, aber doch ehrenhaft. Schließlich war da das von Göring und Ley lancierte Gerücht, die Freien Gewerkschaften könnten im Rahmen einer Einheitsgewerkschaft eine gewisse Eigenständigkeit aufrechterhalten. Das alles waren Faktoren, die die simple, aber verbreitete Theorie vom »Verrat« der Gewerkschaftsführer ad absurdum führen und statt dessen das deprimierende Bild einer verzweifelt um das Wohl der Organisation und deren Mitglieder bemühten, aber ratlosen und desorientierten, den Geschehnissen in keiner Weise gewachsenen Führungsgarnitur begründen. Also keine lupenreinen Übeltäter; für Brecht wäre dieses Kapitel unbrauchbar gewesen.

Aber im dritten Abschnitt findet der Verfasser wieder zur alten Form zurück. Die Mitgliedschaft der Freien Gewerkschaften ist »verraten und verkauft«. Dem Aufruf der ADGB-Bundesführung, sich am nationalsozialistisch verbogenen »Tag der nationalen Arbeit« am 1. Mai 1933 zu beteiligen, folgt zwar eine Arbeitermasse, wie sie Berlin noch nicht gesehen hatte, aber nur »mit Bestürzung«; »hunderttausenden deutscher Arbeiter«, zitiert der Verfasser zustimmend einen ungenannten Gewerkschaftler, habe der Mai-Aufruf der Gewerkschaftsführung »Tränen der Wut und des Zornes aus den Augen gepreßt«; er konstatiert »innere Zerrissenheit«, »stumme Trauer« und »verhaltenen Zorn«.

Hier sind wir wieder mitten im Lehrstück; daß ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft, die sich am »Tag der nationalen Arbeit« beteiligte, dies mit in der Tasche geballter Faust getan habe, ist völlig unbewiesen. Das einzige sachliche Argument, das dafür ins Treffen geführt wird, die Ergebnisse der Betriebsratswahlen zwischen Februar und April 1933, die in der Tat ein bedeutendes freigewerkschaftliches Potential erkennen ließen, taugt nicht als Beweis. Betriebsratswahlen sind in erster Linie Persönlichkeitswahlen; hier werden altbekannte und -verdiente Kumpel, keine politischen Meinungen, gewählt. Die Einstellung der deutschen Arbeiterschaft zum »neuen Staat« nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ist bis heute nicht unvoreingenommen und befriedigend untersucht.

Was auch immer man gegen die angezeigte Arbeit einwenden kann, auf jeden Fall besitzt sie ein unbestreitbares Verdienst: nachgewiesen zu haben, daß die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen der Zeitgeschichte und der Dramaturgie noch in ihren Babyschuhen steckt.

Hagen Schulze

Henry Weisser, *British Working-Class Movements and Europe 1815 – 1848*, Manchester University Press / Rowman & Littlefield, Manchester / Totowa, N. J., 1975, pp. VIII, 226, hardcover, £ 7.50.

Historians of the labour movement on Britain in the nineteenth century have all too often adopted an insular approach to the subject and have failed to deal adequately with the links forged between English and foreign workers before the establishment of the First International. The appearance of a pioneer study of some of the forerunners of the International Working Mens Association is therefore to be welcomed. Henry Weisser has examined in some detail the relations of the Chartists with certain foreign working class leaders.

The Chartist movement as such does not appear to have had any formal association with workers' organisations on the Continent but certain Chartists had close contacts with foreign exiles in England, such as the Germans Schapper, Moll, and Bauer, who were leading members in London of the League of the Just which became the Communist League in 1847.

das arbeitet der Verfasser überzeugend heraus, wurde durch die desperate putschistische Politik der kommunistischen Konkurrenz geradezu zusätzlich provoziert, und gegen den Terror – der Verfasser druckt im Anhang ein Schreiben des ADGB-Bundesvorstands an den Reichspräsidenten ab, das erschütternde Einzelheiten enthält – war man wehr- und ratlos und glaubte, durch prononciertes Wohlverhalten das Schicksal der illegal Eingekerkerten und Gefolterten mildern zu können – gewiß schwach, aber doch ehrenhaft. Schließlich war da das von Göring und Ley lancierte Gerücht, die Freien Gewerkschaften könnten im Rahmen einer Einheitsgewerkschaft eine gewisse Eigenständigkeit aufrechterhalten. Das alles waren Faktoren, die die simple, aber verbreitete Theorie vom »Verrat« der Gewerkschaftsführer ad absurdum führen und statt dessen das deprimierende Bild einer verzweifelt um das Wohl der Organisation und deren Mitglieder bemühten, aber ratlosen und desorientierten, den Geschehnissen in keiner Weise gewachsenen Führungsgarnitur begründen. Also keine lupenreinen Übeltäter; für Brecht wäre dieses Kapitel unbrauchbar gewesen.

Aber im dritten Abschnitt findet der Verfasser wieder zur alten Form zurück. Die Mitgliedschaft der Freien Gewerkschaften ist »verraten und verkauft«. Dem Aufruf der ADGB-Bundesführung, sich am nationalsozialistisch verbogenen »Tag der nationalen Arbeit« am 1. Mai 1933 zu beteiligen, folgt zwar eine Arbeitermasse, wie sie Berlin noch nicht gesehen hatte, aber nur »mit Bestürzung«; »hunderttausenden deutscher Arbeiter«, zitiert der Verfasser zustimmend einen ungenannten Gewerkschaftler, habe der Mai-Aufruf der Gewerkschaftsführung »Tränen der Wut und des Zornes aus den Augen gepreßt«; er konstatiert »innere Zerrissenheit«, »stumme Trauer« und »verhaltenen Zorn«.

Hier sind wir wieder mitten im Lehrstück; daß ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft, die sich am »Tag der nationalen Arbeit« beteiligte, dies mit in der Tasche geballter Faust getan habe, ist völlig unbewiesen. Das einzige sachliche Argument, das dafür ins Treffen geführt wird, die Ergebnisse der Betriebsratswahlen zwischen Februar und April 1933, die in der Tat ein bedeutendes freigewerkschaftliches Potential erkennen ließen, taugt nicht als Beweis. Betriebsratswahlen sind in erster Linie Persönlichkeitswahlen; hier werden altbekannte und -verdiente Kumpel, keine politischen Meinungen, gewählt. Die Einstellung der deutschen Arbeiterschaft zum »neuen Staat« nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ist bis heute nicht unvoreingenommen und befriedigend untersucht.

Was auch immer man gegen die angezeigte Arbeit einwenden kann, auf jeden Fall besitzt sie ein unbestreitbares Verdienst: nachgewiesen zu haben, daß die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen der Zeitgeschichte und der Dramaturgie noch in ihren Babyschuhen steckt.

Hagen Schulze

Henry Weisser, *British Working-Class Movements and Europe 1815 – 1848*, Manchester University Press / Rowman & Littlefield, Manchester / Totowa, N. J., 1975, pp. VIII, 226, hardcover, £ 7.50.

Historians of the labour movement on Britain in the nineteenth century have all too often adopted an insular approach to the subject and have failed to deal adequately with the links forged between English and foreign workers before the establishment of the First International. The appearance of a pioneer study of some of the forerunners of the International Working Mens Association is therefore to be welcomed. Henry Weisser has examined in some detail the relations of the Chartists with certain foreign working class leaders.

The Chartist movement as such does not appear to have had any formal association with workers' organisations on the Continent but certain Chartists had close contacts with foreign exiles in England, such as the Germans Schapper, Moll, and Bauer, who were leading members in London of the League of the Just which became the Communist League in 1847.

Julian Harney and Ernest Jones were left-wing Chartist leaders who played an important part in establishing an international organisation known as the Fraternal Democrats, which had members of many different nationalities, the most important being Englishmen, Germans, Poles, and Italians. The beginnings of this association are obscure but it was certainly in existence in September 1845 when a public supper was organised in London to celebrate the anniversary of the establishment of the first French Republic in 1792. It was not until March 1846 that the Fraternal Democrats established a rudimentary form of organisation with a fixed membership and the appointment of six secretaries, and it was not until the end of 1847 that a set of rules was adopted.

Between 1846 and 1848 the Fraternal Democrats held many meetings, the most assiduous speakers being Ernest Jones, Julian Harney, and Karl Schapper. The activities of the association were chronicled in the »Northern Star« which is the main source of information concerning the Fraternal Democrats. The resolutions passed at meetings of the Fraternal Democrats were less concerned with economic grievances – low wages and long hours – as with political issues. The Fraternal Democrats vigorously denounced the autocratic regimes on the Continent. Above all they supported the Poles and enthusiastically hailed the Cracow rising of February 1846.

Some historians have been interested in the Fraternal Democrats simply because Marx and Engels were associated with both Julian Harney and Ernest Jones. Engels had met Harney in Leeds in 1843 and had contributed to the »Northern Star«. In November 1847 Marx and Engels came to London in the hope of gaining control over the League of the Just. But if they failed they hoped that the Fraternal Democrats would serve their purpose equally well. Marx attended and spoke at a meeting of the Fraternal Democrats which was held to celebrate the anniversary of the Polish rising of 1830. However once Marx and Engels had persuaded the League of the Just (the Communist League) to accept Marx's socialist principles they lost interest in the Fraternal Democrats.

The Chartist movement was split between the physical force (left wing) and the moral force (right wing) Chartists. The right wing, led by William Lovett, established their own organisations for keeping in touch with foreign exiles, the most famous being Mazzini. These were two ephemeral associations – the Democratic Friends of all Nations and its successor the People's International League.

Weisser's attempt to trace earlier links between British working class movements and Europe between 1815 and 1836 is less successful. All that he is able to show is that there were articles in the extreme radical press in England attacking European despots and approving of popular risings such as those in France and Poland in 1830. There is little evidence here of any serious or sustained effort on the part of leaders of the workers in England and on the Continent to make contact with each other or to co-operate in any way.

There is an aspect of the problem to which Weisser pays no attention. Perhaps because he relies to so great an extent upon the evidence supplied by radical and Chartist newspapers, he fails to appreciate that English workers were earning their living on the Continent at this time and that it was by no means unknown for workers from the Continent to settle in England. In 1825 there were probably some 1400 skilled English workers in France and in 1841 about 5000 Englishmen and Irishmen were engaged in building the railway between Paris and Rouen. When the Swiss engineer J. C. Fischer visited Manchester in 1825 he met a group of young compatriots – such as J. G. Bodmer – who were completing their training in the textile and engineering industries. In the first half of the nineteenth century more skilled artisans were moving across the Channel – in both directions – than is sometimes supposed. The personal links that they forged between families in different European countries are no less significant than those forged by leading radicals or socialists.

W. O. Henderson

Ivan Avakumovic, *The Communist Party in Canada. A History*, McClelland and Stewart Ltd., Toronto 1975, X, 309 S., kart., \$ 5.95.

The Communist Party of Canada (CPC) attained few successes but suffered many failures. To explain this dominant trend in CPC history, as well as the uniqueness ascribed to it by its opponents and supporters, Avakumovic reviews its sixty year existence. He finds two elements in which the CPC differed from other Canadian political parties and movements. For a long time its leadership and members were comprised of emigrants from Eastern Europe, its main languages were Ukrainian and Finnish. Second, throughout its history the CPC has been influenced by events, trends and interests from outside Canada (first American socialism and communism, then the Soviet Union). The second element – outside influence – might however be applied to all Canadian politics and termed the ›Canadian condition‹ since either Great Britain or the United States has dominated Canada's past and present. Therefore, the East European emigrant factor did set the CPC outside the Canadian norm and decisively molded Canadian communism. Unfortunately, the author has not probed very deeply to explain the impact of either element. In particular, he cannot come to terms with the main issue he raises: »Who the Communists were, what views they held and why they were not more successful in making converts [. . .]«. Though we receive a notion as to how many members, roughly where they were located at what times, few except four or five leaders crystalize as people with problems, ideas, motives and hopes. Though the propaganda, the shifts in tactics and policy are summarized, the views held by individuals and groups within the CPC remain hazy and undifferentiated. As to why the CPC failed to gain more members (the term ›converts‹ is certainly a Freudian and not a Marxist slip), the study remains vague, general and unsubstantiated.

The development of the CPC is presented in the following chronological fashion: origins including the impact of the Russian Revolution, the struggle for members and existence in the 1920s, growth and increased influence during the depression, the united front effort of the mid-1930s, the outlawing and rehabilitation during the second world war, the post-war spy scare, the Cold War's destructive effects, the leadership crisis of the late 1950s and regrouping of an aged, small sect in the 1960s. The criteria by which this schema appears to have been organized are Canadian political trends or internal party events. In this overview the main men and events are reviewed in a straightforward, readable manner. The author illustrates the predominance of the East Europeans who in 1929 amounted to »95 per cent of the total party membership« (p. 35). He tabulates the growth of party membership during the 1930s, especially among youth, intellectuals, trade unions and the electorate (p. 114 ff.). He illustrates the rise and decline of its periodicals and newspapers. But these aspects of the party's struggles and development remain isolated bits of solid information floating in a sea of unfounded opinions and highly questionable evidence.

The study is a semi-scholarly publication. In its documentation, its vocabulary and its sweeping opinions it approaches popularization. The following examples are taken at random and could be multiplied but a few should illustrate the author's semischolarly approach. Without citing one specific instance of a Comintern directive or one example Avakumovic asserts: »The reasoning behind the Comintern decisions on the CPC was seldom explained in detail to party activists in Canada«. Indeed, the whole section in which he presents the Comintern's influence remains without footnotes or references to sources, except to maintain that »the available evidence indicates [. . .]« (p. 22 ff.; quotation p. 23, 24). Avakumovic allows himself the following conclusion regarding the significance of the CPC's ethnic composition: »First and foremost, it strengthened the impression of those Anglo-Saxons who came into contact with Communists that the CPC was an alien growth on Canadian soil, a foreign outpost of a great power, an organization with little or nothing to offer in a North American setting. This belief was and is still widely

held, in spite of repeated attempts to identify the CPC with Canadian interests, traditions and aspirations. To a native Canadian a Communist was someone who spoke English with an accent, used jargon incomprehensible to most Canadians, read newspapers in what seemed to be exotic languages, and who lived in parts of the town that goahead Canadians were only too eager to leave« (p. 36). The author gives not one piece of evidence for this ›public opinion‹. Or, the reader is offered without proof or evidence: »there is plenty of evidence that some of the top leaders of the CPC were involved in extra-marital affairs« and since such statements are not even tied to the issue of the party's development, the overriding question remains about such gossip – so what? Or, in discussing the disciplining of ›factionalists‹ Avakumovic writes about this response to Cold War pressures: »The party leadership was on the lookout for any sign that their authority might be questioned. As soon as grounds for suspicion existed, a thorough investigation would be made to ferret out the guilty and unmask their accomplices inside and outside the [party]. A special party commission would be established to deal with the case. Party members would be invited to submit evidence and the suspect would be ordered to appear before the commission. The zealots who manned these commissions created such a Star Chamber atmosphere that many suspects declined to take part in the proceedings, which comprised indictment, detailed interrogation and sentence« (p. 217). Surely, one of the many cases could have been detailed or one example of the zealous commissions' work presented in evidence. Or, in discussing the exodus of party members after the internal crisis over ›de-Stalinization‹ during 1956, Avakumovic remarks: »Some, after a period of political hibernation, emerged as spokesmen of the New Left, or of those sections of the peace movement that were not directly controlled by the CPC in the 1960s. Several of them devoted their undeniable talents to business affairs, where they were so successful that before long they joined the ranks of Canadian millionaires« (p. 233). Again, not one name is offered to make specific such grandiose assertions. The remark about the communists becoming millionaires is also in contrast to another unsubstantiated claim in the book's conclusion about life in the movement: »They were also kept busy on humdrum tasks which often produced mediocre results and provided few opportunities for self-aggrandizement outside the Communist Party« (p. 272). If the author had explained in his preface that the publishers forced him for economic reasons not to expand his documentation, then some of the assertions might be taken in good faith. But, since footnotes document some pieces of information while leaving others unsubstantiated the reader can only conclude that the method employed is either sloppy or inept. The sociology of life in the CPC lacks the rudimentary empirical evidence which studies of political parties have had to have since Robert Michels and Max Weber made their insightful investigations in this field. A rare personal statement of what the movement meant to individual participants – »the thought that I am expelled from the Party has paralysed me to such an extent that I don't know where I am at, and what I am doing« (p. 63) – is left unexplored and unanalyzed. Likewise, the greatest documentary collection, the CPC archives which the police seized in August 1931 and which the author cites for some of his information and views, do not seem to have been utilized very systematically. (Indeed, many items are cited, like the above quotation, without reference to who stated it, when or where). A critical review could also analyze the vocabulary (»zealots«, »line«) or the lack of comparisons and case studies for assertions such as the regional distribution of the party or its trade union gains and losses (p. 67, 132 ff., for example). Some local studies, such as of the mine and mill unions' politics in Northern Ontario by John Laing, have been overlooked yet they could have provided the specificity the study lacks.

More significant than the methods are the contents. To examine the questions posed the author would have had to consider the relationship between the Communist Party of Ca-

nada and the Canadian state and society. The preface even raises this problem directly in two ways. First, it maintains: »Liberal and Conservative administrations in Ottawa and the Government of Quebec found it necessary to keep [the Communists] under surveillance, restrict their radius of action, and support those individuals and organizations that were prepared to fight the CPC and its subsidiaries«. Second, it maintains: »The history of the CPC is the story of a small number of men and women who operated mostly on the fringe rather than in the mainstream of Canadian politics«. The first issue, the relationship of the government(s) to the CPC is only haphazardly examined. Mostly it takes the form of reemphasizing those issues which memoir writers and other historians have already emphasized. The cross-Canada trek of 1935 which the police infiltrated and then forcefully disrupted, the Quebec government's Padlock Act which copied Hitler's Enabling Act including many of the methods employed under it, and the witch-hunting of the Cold War era are included. But, they are colored by further examples of semi-scholarly or simply plain prejudiced remarks. On the Cold War, for instance, he reviews some of the police spying infringements on civil rights and destruction of careers, including the suicide death of a diplomat who had been accused by an American committee(!) of being a communist. Then Avakumovic concludes: »All in all, such incidents were infrequent, and members of the [Communist Party] enjoyed a degree of privacy and freedom which their comrades in the United States, not to mention Stalin's victims in the USSR and East Europe, would have envied« (p. 207). The question is how does he know? The Canadian government has no thirty year rule for its archives and its secret police (RCMP) files are not open at all. As with so much of this book, the author could in this instance be right, but he could just as well be wrong; in any case the basis for evaluating his judgements is not supplied to the reader. On the larger issue of the relationship between the CPC and Canadian society, Avakumovic concludes: »The established order did its best to ensure that the Communists would never become a major force in Canadian politics, nor [...] a leading force among Canadian labor. Anti-Communist propaganda, the harrying of activists, the victimization or threat of victimization of militants in some walks of life, and legal action, helped minimize the Communist movement« (p. 278). First, this seems in contradiction to the already-quoted conclusion that the state, at least, did not have to resort very much to such trickery. Second, the book provides very little material which illustrates how the CPC was seen by a broader public, how the press presented its image, or how public opinion was molded on it (did the government and industry merely respond or did they initiate anti-Communist attitudes?). Since no definition of Canadian political norms and little information on what the author terms »the mainstream of Canadian politics« are presented, the numerous assertions that this party varied from the Canadian pattern can hardly be tested. There are no comparisons with other political parties – how they operated, what changes of »line« and tactics they followed (say, the Liberal Party with regard to Hitler's Germany), the numbers enrolled (to give perspective to the threefold increase of the CPC during the depression, for example), or the personalities and length of leadership (say, Buck compared to King or Manning or Smallwood). It must be added, that certainly this party varied from *some* Canadian norms, but the issue is specifically in what ways did it vary that the newspaper editorials and the party's own proclamations have not already told us? Only if differentiated answers were attempted to that kind of question would it be clear whether statements such as the following have any meaning: »Many of the day to day activities of these East European Marxists followed the pattern of Russian rather than Canadian politics« (p. 8).

The history of communist parties and movements is particularly difficult to write. Just as with all political parties and movements information is difficult to obtain on the inner councils. As with other parties the propaganda-publicity must be sifted carefully from the

programmatic statements of intent and the actual action carried out. And as is the case for many parties or movements which challenge or purport to challenge a state or society, information frequently comes from their opponents, police spies or provocateurs. But the special problem of dealing with communist parties and movements is ideological. The ideological barriers which need to be surmounted reflect the continued existence of Cold War attitudes. Frequently when a communist writes about an aspect of communist history as much explanation emerges as when a Catholic writes about St. Francis of Assisi's miracles. If a non-communist writes about a communist party, the ›leap of faith‹ is often replaced by a ›heap of criticism‹. The ideological barriers involved in writing communist history frequently result in omitting standards of judgement, critical awareness and documentation which are prerequisites elsewhere. Avakumovic, while not offering a highly critical account, has not overcome those ideological barriers. He has brought together much information but his form and method do not match the publisher's claim that his is »an objective, scholarly description«.

Dieter K. Buse

Allgemeine Untersuchungen zur Sozialgeschichte

Rolf Engelsing, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 1381), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1973, 212 S., kart., 13,80 DM.

Die wirtschafts- und sozialgeschichtliche Forschung hat im deutschen Sprachraum in den letzten zwei Jahrzehnten einen sehr starken Aufschwung genommen. Eine Fülle an Forschungsergebnissen ist dabei erzielt und veröffentlicht worden. In den letzten Jahren hat auch die allgemeine Geschichtswissenschaft diesen wichtigen, heute häufig schon überbetonten Teil der Vergangenheit entdeckt. Die von Engelsing verfaßte übersichtliche Darstellung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert reichend, füllt daher in doppelter Weise eine Lücke aus: 1. Eine wichtige und unbedingt notwendige Ergänzung der Einführungen in die allgemeine, insbesondere in die politische Geschichte soll und kann dazu anregen, sich mehr mit der angesprochenen Materie zu beschäftigen. Die »Bibliographie« am Schluß des Buches bietet hierfür eine wertvolle Hilfe, auch wenn sich der Autor auf den kleinsten, eben noch vertretbaren Rahmen beschränkt hat. Nur wenige Seiten umfangreicher hätte diese Bibliographie gerade den zahlreichen Interessenten, die fern einer sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Spezialbibliothek leben, den Weg zur Beschäftigung mit den einschlägigen Problemen erheblich erleichtert. 2. Der Gesamtüberblick eines ganzen Wissenschaftsgebietes auf so kleinem Raum bietet auch dem mit der Materie mehr oder weniger Vertrauten neue Erkenntnismöglichkeiten. Gerade das Zusammenziehen und Verarbeiten umfangreicher neuer Forschungsergebnisse und -ansätze hat den Autor dazu gezwungen, selbst neue Grundlinien zu ziehen, komplizierte Sachverhalte auf einen – sicher manchmal recht subjektiv ausgewählten – wesentlichen Kern zu reduzieren. Damit sind aber zugleich die notwendigerweise vorhandenen Mängel eines solchen Buches angedeutet: Der Lektüre dieser Einführung muß sinnvollerweise eine ausführlichere Beschäftigung mit Einzelproblemen und einzelnen Perioden folgen, um die Basis für das volle Verständnis der Materie beim Leser zu schaffen. Die Art der Darstellung kommt dieser Aufgabe einer Einführung sehr entgegen. Der Verfasser versucht nicht nur die Grundzüge der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart darzustellen. Vielmehr hebt er in den einzelnen Perioden und Abschnitten auch die wichtigsten Probleme, wenn auch an manchen Stellen nur andeutungsweise, in einer Weise hervor, daß, gerade weil viele Fragen gestellt, aber nicht beantwortet werden, der Leser in das Weiterstudium gedrängt wird. Aufgrund der bisherigen Arbeiten des Verfassers wird verständlicherweise ein stärkerer Akzent auf die Sozialgeschichte gesetzt, als dies sonst üblich ist. Es wird dadurch aber gezeigt, wie stark die Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen und sozialen Faktoren gewesen sind, wie sehr die Entwicklung in der zunächst noch über Jahrhunderte hin agrarisch bestimmten Gesellschaft, schließlich in der fortschreitenden Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, ferner in den folgenden Perioden bis zur Gegenwart von nicht gar zu sehr einer Schematisierung zugänglichen Kräften in Gang gehalten und immer wieder verstärkt

wurde. Der Verfasser stellt dabei nicht nur auf die mitteleuropäischen Verhältnisse ab, d. h. auf den mehr geographisch als staatlich bestimmten Teil Europas, der vom Autor Deutschland genannt wird. Er geht vielmehr stark über eine zu sehr isolierte Betrachtung hinaus. Insbesondere wird auch hervorgehoben, in welchem Maße die Entwicklung in Deutschland eingebettet war in die Entwicklung in Europa und, aufgrund der zentralen geographischen Lage Deutschlands in diesem Erdteil, auch von den sehr differenzierten Einflüssen, die von anderen europäischen Gebieten ausgingen, abhängig war. Gerade dem über mehr als ein Jahrtausend bestehenden Westostgefälle und der dadurch bewirkten oder mindestens verstärkten gesellschaftlichen (und wirtschaftlichen) Zweiteilung Deutschlands lange vor 1945 widmet der Verfasser einen großen Teil der Einleitung und schließlich auch der einzelnen Abschnitte. Über die Darstellung der einzelnen Periode und des einzelnen Abschnittes weit hinausgreifende Verbindungen heben die Entwicklungsteile über die isoliert wiedergegebenen Ausführungen weit hinaus und orientieren vor allem den bisher in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte noch wenig Bewanderten recht gut, wenn auch vielleicht manchmal erst beim zweiten Lesen. Der Verfasser hat es verstanden, in fast jeden Satz eine Fülle an Aussagen und Informationen zu bringen. Dadurch ist zwar der Laie gezwungen, recht langsam zu lesen. Jedoch hat der Verfasser damit überhaupt erst erreicht, eine große Fülle an Informationen und Fragen auf wenig mehr als 200 Seiten zu bieten. Daß dabei auch manche Aussage zu sehr vereinfacht wurde und leicht angreifbar ist, wird dem Autor sicher bewußt sein. Er ist aber trotzdem nicht der Versuchung zu einer Einseitigkeit der Darstellung erlegen. Im ganzen kann man das Einführungsbuch als umsichtig angelegt und als gelungen bezeichnen.

Friedrich-Wilhelm Henning

Friedrich-Wilhelm Henning, *Das vorindustrielle Deutschland 800 bis 1800* (= Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1; Uni-Taschenbücher 398), Verlag F. Schöningh, Paderborn 1974, 319 S., kart., 15,80 DM.

Nach dem Erscheinen des Handbuches der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Bd. 1, 1971) hat es mehrere Versuche gegeben, diesen komplexen Stoff in der gerafften Form des Taschenbuchs darzubieten (Georg Droege, Rolf Engelsing). Das vorliegende Buch von F.-W. Henning liegt in der Mitte zwischen einem Handbuch und einer knappen Einführung. Mit ihm komplettiert der Verfasser sein dreibändiges Werk, dessen bereits erschienene Bände 2 und 3 »die Industrialisierung in Deutschland 1800–1914« und »das industrialisierte Deutschland 1914–1972« behandeln.

Wie in den anderen Bänden schickt Henning einen wenige Seiten umfassenden Überblick über die »Grundzüge der Entwicklung« voraus, worin er die Kontinuität und Veränderung einiger weniger Faktoren durch das gesamte Jahrtausend verfolgt. Der Hauptteil des Buches ist in fünf chronologische Abschnitte gegliedert, deren Abgrenzung sich an den sozialen und ökonomischen Epochengrenzen orientiert, was ein unbestreitbarer Vorteil des Buches ist. Henning typisiert diese Epochen durch einzelne für ihn signifikante Erscheinungen: 1. Die Entstehung der feudalistischen Gesellschaft, 2. Die Periode der Städtegründung und der Ostkolonisation (1150–1350), 3. Die Blütezeit der städtischen Wirtschaft (1350–1470), 4. Das Zeitalter der Preisrevolution (1470–1618), 5. Die Blütezeit des Kameralismus (1618/48–1800).

Innerhalb der einzelnen Zeitabschnitte werden zwar immer möglichst alle Bereiche von der Bevölkerungsentwicklung bis zu den »öffentlichen« Finanzen berührt, jedoch setzt der Verfasser in den verschiedenen Epochen je nach der Bedeutung der einzelnen Faktoren deutliche Schwerpunkte. Dabei wird z. T. keine Rücksicht auf die Epochengrenzen genommen, wenn die Dauer oder die Veränderung einzelner Erscheinungen festgehalten werden (z. B.: Feudalismus, Stadt). Durch die Vermeidung einer rein mechanischen Aufteilung nach

wurde. Der Verfasser stellt dabei nicht nur auf die mitteleuropäischen Verhältnisse ab, d. h. auf den mehr geographisch als staatlich bestimmten Teil Europas, der vom Autor Deutschland genannt wird. Er geht vielmehr stark über eine zu sehr isolierte Betrachtung hinaus. Insbesondere wird auch hervorgehoben, in welchem Maße die Entwicklung in Deutschland eingebettet war in die Entwicklung in Europa und, aufgrund der zentralen geographischen Lage Deutschlands in diesem Erdteil, auch von den sehr differenzierten Einflüssen, die von anderen europäischen Gebieten ausgingen, abhängig war. Gerade dem über mehr als ein Jahrtausend bestehenden Westostgefälle und der dadurch bewirkten oder mindestens verstärkten gesellschaftlichen (und wirtschaftlichen) Zweiteilung Deutschlands lange vor 1945 widmet der Verfasser einen großen Teil der Einleitung und schließlich auch der einzelnen Abschnitte. Über die Darstellung der einzelnen Periode und des einzelnen Abschnittes weit hinausgreifende Verbindungen heben die Entwicklungsteile über die isoliert wiedergegebenen Ausführungen weit hinaus und orientieren vor allem den bisher in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte noch wenig Bewanderten recht gut, wenn auch vielleicht manchmal erst beim zweiten Lesen. Der Verfasser hat es verstanden, in fast jeden Satz eine Fülle an Aussagen und Informationen zu bringen. Dadurch ist zwar der Laie gezwungen, recht langsam zu lesen. Jedoch hat der Verfasser damit überhaupt erst erreicht, eine große Fülle an Informationen und Fragen auf wenig mehr als 200 Seiten zu bieten. Daß dabei auch manche Aussage zu sehr vereinfacht wurde und leicht angreifbar ist, wird dem Autor sicher bewußt sein. Er ist aber trotzdem nicht der Versuchung zu einer Einseitigkeit der Darstellung erlegen. Im ganzen kann man das Einführungsbuch als umsichtig angelegt und als gelungen bezeichnen.

Friedrich-Wilhelm Henning

Friedrich-Wilhelm Henning, *Das vorindustrielle Deutschland 800 bis 1800* (= Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1; Uni-Taschenbücher 398), Verlag F. Schöningh, Paderborn 1974, 319 S., kart., 15,80 DM.

Nach dem Erscheinen des Handbuches der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Bd. 1, 1971) hat es mehrere Versuche gegeben, diesen komplexen Stoff in der gerafften Form des Taschenbuchs darzubieten (Georg Droege, Rolf Engelsing). Das vorliegende Buch von F.-W. Henning liegt in der Mitte zwischen einem Handbuch und einer knappen Einführung. Mit ihm komplettiert der Verfasser sein dreibändiges Werk, dessen bereits erschienene Bände 2 und 3 »die Industrialisierung in Deutschland 1800–1914« und »das industrialisierte Deutschland 1914–1972« behandeln.

Wie in den anderen Bänden schickt Henning einen wenige Seiten umfassenden Überblick über die »Grundzüge der Entwicklung« voraus, worin er die Kontinuität und Veränderung einiger weniger Faktoren durch das gesamte Jahrtausend verfolgt. Der Hauptteil des Buches ist in fünf chronologische Abschnitte gegliedert, deren Abgrenzung sich an den sozialen und ökonomischen Epochengrenzen orientiert, was ein unbestreitbarer Vorteil des Buches ist. Henning typisiert diese Epochen durch einzelne für ihn signifikante Erscheinungen: 1. Die Entstehung der feudalistischen Gesellschaft, 2. Die Periode der Städtegründung und der Ostkolonisation (1150–1350), 3. Die Blütezeit der städtischen Wirtschaft (1350–1470), 4. Das Zeitalter der Preisrevolution (1470–1618), 5. Die Blütezeit des Kameralismus (1618/48–1800).

Innerhalb der einzelnen Zeitabschnitte werden zwar immer möglichst alle Bereiche von der Bevölkerungsentwicklung bis zu den »öffentlichen« Finanzen berührt, jedoch setzt der Verfasser in den verschiedenen Epochen je nach der Bedeutung der einzelnen Faktoren deutliche Schwerpunkte. Dabei wird z. T. keine Rücksicht auf die Epochengrenzen genommen, wenn die Dauer oder die Veränderung einzelner Erscheinungen festgehalten werden (z. B.: Feudalismus, Stadt). Durch die Vermeidung einer rein mechanischen Aufteilung nach

Wirtschaftszweigen innerhalb der verschiedenen Kapitel wird der Eindruck scheinbar isolierter Existenz der verschiedenen Bereiche vermieden, was noch an dem oben genannten Handbuch als ein Mangel erschienen war.

Das Buch kann sowohl dem Historiker als auch dem Sozialwissenschaftler Nutzen bringen: Es richtet an den Historiker die Aufforderung, den Blick auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge zu lenken, sie auf der Ebene verallgemeinernder Aussagen zu ordnen. Der Sozialwissenschaftler wird dagegen von der systematischen Betrachtungsweise an das Erkennen der Komplexität historischer Zusammenhänge herangeführt.

Diesen beiden Zielen ist die Darstellungsweise angepaßt. Der Stoff wird weitgehend thesenartig, quasi in Merksätzen (durch Bindestriche und versetzte Zeilenanfänge gegliedert) dargeboten. Dieses didaktische Mittel führte im zweiten Band (über die Industrialisierung Deutschlands) zu einer Klarheit und Ordnung der Darstellung, die überzeugten. Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit trägt eine solche Darstellungsweise mit ihren Verallgemeinerungen und Pauschalisierungen die Gefahr der Fehleinschätzung des tatsächlichen historischen Forschungsstandes durch den nicht informierten Leser in sich. Deshalb eignet sich das Buch auch vor allem als anregende *Begleitlektüre* für den Studenten der Geschichte zu den verschiedensten Veranstaltungen, zumal Henning sich an einen »breiteren Leserkreis« wendet und sich deshalb bemüht hat, »Fachausdrücke möglichst zu vermeiden« (S. 10). Der Student aber, der sich auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte spezialisieren will, kann kaum auf die bei Henning fehlenden Begriffe wie Bede, Besthaupt, Geleitsrecht, Realteilung, Vorkauf oder Weistümer verzichten. Klaus Gerteis

Friedrich-Wilhelm Henning, Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914 (= Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2; Uni-Taschenbücher 145), Verlag F. Schöningh, Paderborn 1973, 304 S., kart., 14,80 DM.

Das hier rezensierte Buch von Henning ist das Mittelglied eines dreibändigen Überblicks über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands von ca. 800 n. Chr. bis zur Gegenwart (1972). Wie Band I und III ist auch dieses Buch für einen breiten Leserkreis konzipiert und z. T. daher mit einem stark gegliederten Text und einer großen Anzahl von illustrativen Tabellen und Schaubildern versehen. Beides wirkt sich zum Vorteil des Buches und sicherlich zur Nutzensteigerung für den Leser aus.

Henning teilt den Zeitraum 1800 bis 1914 in drei Perioden auf. Die erste Periode (»Aufbruch zur Industrialisierung«) reicht von der Bandbreite 1780/1800 bis 1835, die zweite (»erste Industrialisierungsphase«) von 1835 bis 1873, die dritte (»Ausbau der Industrie«) folglich von 1873 bis 1914. An einer Stelle (S. 23) schreibt er »Vorbereitungsphase«, »Erste Industrialisierungsphase« und »zweite Industrialisierungsphase«, was aber offenbar dieselbe Periodisierung bedeutet.

Das Buch ist auch chronologisch gegliedert. Der erste Teil beginnt mit der ersten Periode, einer Phase, die besonders stark von der Entwicklung des Agrarsektors und den ländlichen sozialen Verhältnissen geprägt war, deren Darstellung folgerichtig mit der Diskussion dieser Entwicklung (»Bauernbefreiung«, Agrarreformen usw.) eingeleitet wird. Es folgt eine Darstellung der sekundären und tertiären (Verkehr, Handel und Staat) Sektoren, wobei an mehreren Stellen staatliche Maßnahmen und Reformbestrebungen, wie z. B. bei der Einführung der »Gewerbefreiheit«, als mittragende Elemente dieser Aufbruchsphase angedeutet werden. Die entscheidende Phase der 1835 beginnenden Industrialisierung wurde nach Henning von mehreren Sektoren, aber besonders von der Maschinenbauindustrie und den Eisenbahnen vorangetrieben. Interessanterweise sieht der Verfasser in dem Bereich der staatlichen Aktivität keine entscheidenden Impulse für die erste Industrialisierungsphase – die im wesentlichen zunächst von privaten bzw. marktwirtschaftlichen

Wirtschaftszweigen innerhalb der verschiedenen Kapitel wird der Eindruck scheinbar isolierter Existenz der verschiedenen Bereiche vermieden, was noch an dem oben genannten Handbuch als ein Mangel erschienen war.

Das Buch kann sowohl dem Historiker als auch dem Sozialwissenschaftler Nutzen bringen: Es richtet an den Historiker die Aufforderung, den Blick auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge zu lenken, sie auf der Ebene verallgemeinernder Aussagen zu ordnen. Der Sozialwissenschaftler wird dagegen von der systematischen Betrachtungsweise an das Erkennen der Komplexität historischer Zusammenhänge herangeführt.

Diesen beiden Zielen ist die Darstellungsweise angepaßt. Der Stoff wird weitgehend thesenartig, quasi in Merksätzen (durch Bindestriche und versetzte Zeilenanfänge gegliedert) dargeboten. Dieses didaktische Mittel führte im zweiten Band (über die Industrialisierung Deutschlands) zu einer Klarheit und Ordnung der Darstellung, die überzeugten. Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit trägt eine solche Darstellungsweise mit ihren Verallgemeinerungen und Pauschalisierungen die Gefahr der Fehleinschätzung des tatsächlichen historischen Forschungsstandes durch den nicht informierten Leser in sich. Deshalb eignet sich das Buch auch vor allem als anregende *Begleitlektüre* für den Studenten der Geschichte zu den verschiedensten Veranstaltungen, zumal Henning sich an einen »breiteren Leserkreis« wendet und sich deshalb bemüht hat, »Fachausdrücke möglichst zu vermeiden« (S. 10). Der Student aber, der sich auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte spezialisieren will, kann kaum auf die bei Henning fehlenden Begriffe wie Bede, Besthaupt, Geleitsrecht, Realteilung, Vorkauf oder Weistümer verzichten. Klaus Gerteis

Friedrich-Wilhelm Henning, Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914 (= Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2; Uni-Taschenbücher 145), Verlag F. Schöningh, Paderborn 1973, 304 S., kart., 14,80 DM.

Das hier rezensierte Buch von Henning ist das Mittelglied eines dreibändigen Überblicks über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands von ca. 800 n. Chr. bis zur Gegenwart (1972). Wie Band I und III ist auch dieses Buch für einen breiten Leserkreis konzipiert und z. T. daher mit einem stark gegliederten Text und einer großen Anzahl von illustrativen Tabellen und Schaubildern versehen. Beides wirkt sich zum Vorteil des Buches und sicherlich zur Nutzensteigerung für den Leser aus.

Henning teilt den Zeitraum 1800 bis 1914 in drei Perioden auf. Die erste Periode (»Aufbruch zur Industrialisierung«) reicht von der Bandbreite 1780/1800 bis 1835, die zweite (»erste Industrialisierungsphase«) von 1835 bis 1873, die dritte (»Ausbau der Industrie«) folglich von 1873 bis 1914. An einer Stelle (S. 23) schreibt er »Vorbereitungsphase«, »Erste Industrialisierungsphase« und »zweite Industrialisierungsphase«, was aber offenbar dieselbe Periodisierung bedeutet.

Das Buch ist auch chronologisch gegliedert. Der erste Teil beginnt mit der ersten Periode, einer Phase, die besonders stark von der Entwicklung des Agrarsektors und den ländlichen sozialen Verhältnissen geprägt war, deren Darstellung folgerichtig mit der Diskussion dieser Entwicklung (»Bauernbefreiung«, Agrarreformen usw.) eingeleitet wird. Es folgt eine Darstellung der sekundären und tertiären (Verkehr, Handel und Staat) Sektoren, wobei an mehreren Stellen staatliche Maßnahmen und Reformbestrebungen, wie z. B. bei der Einführung der »Gewerbefreiheit«, als mittragende Elemente dieser Aufbruchsphase angedeutet werden. Die entscheidende Phase der 1835 beginnenden Industrialisierung wurde nach Henning von mehreren Sektoren, aber besonders von der Maschinenbauindustrie und den Eisenbahnen vorangetrieben. Interessanterweise sieht der Verfasser in dem Bereich der staatlichen Aktivität keine entscheidenden Impulse für die erste Industrialisierungsphase – die im wesentlichen zunächst von privaten bzw. marktwirtschaftlichen

Kräften getragen war. Die dritte Phase des industriellen Ausbaus, 1873–1914, fällt dann in den letzten Teil des Buches. Bemerkenswert ist vielleicht die relativ große Bedeutung, die Henning der Krise von 1873 und der darauffolgenden Depression beimißt, allerdings weniger als realökonomischer Stagnationsphase denn als einer durch finanziellen Zusammenbruch und Preisverfall verursachten Wendung zu einer defensiven Wirtschaftspolitik des »Neomerkantilismus«.

Ich habe weder an dieser Periodisierung noch an dem Buch als ganzes Wesentliches auszusetzen. Ich finde es als Einführung in Ordnung und habe damit bereits positive Erfahrungen gemacht. Nur zweierlei möchte ich zum Schluß kritisch anmerken. Erstens, so wertvoll die Tabellen und Schaubilder als Illustrationsinstrumente auch sein können, so problematisch ist es doch, ohne jegliche Erläuterungen ziemlich gewagte Schätzungsergebnisse als feststehende Entwicklungsindikatoren anzuführen. Ich fände es z. B. besser, den Leser auch etwas auf die Unsicherheit der Zahlen über die Beschäftigungsstruktur in Tabelle 1, S. 20, noch mehr für die Zahlen über Kapitalstock bzw. Nettosozialprodukt in Abb. 6 bzw. Tabelle 2, S. 25, vor allem für die Zeit vor 1850, hinzuweisen. Wer weiß, vielleicht wäre aus der Konfrontation mit den Schätzungsschwierigkeiten ein größerer Lerneffekt zu erzielen als mit den angegebenen Zahlen selbst.

Zweitens fehlen hier fast vollkommen Hinweise auf Unternehmer, Unternehmenswachstum und Unternehmensorganisation. Jedoch wurden nicht nur viele Probleme der Industrialisierung zunächst auf mikroökonomischer Ebene erlebt und dann auch exemplarisch gelöst – wie z. B. das Problem der Standortwahl, der Rekrutierung von Arbeitskräften oder der Mobilisierung von Fremdkapital –, sondern in zunehmendem Maße ersetzt – besonders nach 1870 – Unternehmensorganisationen marktwirtschaftliche Prozesse, im Industrie- sowie auch Finanzsektor. Es wäre lehrreich, etwas tiefer zu fragen, weshalb Märkte mit Organisationen nicht standhalten konnten und in welcher Beziehung dieses Zurückweichen zum Prozeß der politischen Willensbildung stand. Wäre das vielleicht eine Überlegung für die zweite Auflage?

Richard H. Tilly

Albin Gladen, Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Eine Analyse ihrer Bedingungen, Formen, Zielsetzungen und Auswirkungen (= Wissenschaftliche Paperbacks, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 5), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1974, X, 207 S., Pb., 18 DM (bei Reihenbezug).

Nach seiner minutiös-empirischen Dissertation über den »Kreis Tecklenburg an der Schwelle des Zeitalters der Industrialisierung« (Münster 1970) hat Gladen nun als zweite größere Veröffentlichung eine eher weitmaschige »Untersuchung« der deutschen Sozialpolitik seit dem frühen 19. Jahrhundert vorgelegt. Ohne sich länger mit definitorischen Überlegungen »aufzuhalten« (vgl. S. 124 f., Anm. 19), versteht er unter Sozialpolitik offenbar »die sozialen Hilfeleistungen [...], die aus dem Strukturwandel der Gesellschaft im Prozeß der Industrialisierung hervorgegangen sind und auf ihn prägend eingewirkt haben« (Vorwort, S. IX).

Bei dem Versuch, diese »Hilfeleistungen« in einer »auf das Leben einzelner sozialer Gruppen bezogenen Systematik [...]« zu erfassen, ging der Autor von dem »erkenntnisleitenden Interesse« an der »Frage der Zuordnung der wirtschaftlich-industriellen Entwicklung und der mit ihr unmittelbar verbundenen sozialpolitischen Kräfte und Leistungen« aus (ebda.). Damit sind sowohl der perspektivische wie der methodische Ansatz bezeichnet: »Sozialpolitik« ist für Gladen wesentlich Reflex auf die vielfältigen sozialen Folge- und Begleiterscheinungen der Industrialisierung und daher »in ihrer historischen Dimension eingegrenzt durch ein im frühen 19. Jahrhundert zuerst deutlich werdendes Bemühen, den Anspruch der sozial und wirtschaftlich Schwachen und Gefährdeten auf Schutz und Teilhabe

Kräften getragen war. Die dritte Phase des industriellen Ausbaus, 1873–1914, fällt dann in den letzten Teil des Buches. Bemerkenswert ist vielleicht die relativ große Bedeutung, die Henning der Krise von 1873 und der darauffolgenden Depression beimißt, allerdings weniger als realökonomischer Stagnationsphase denn als einer durch finanziellen Zusammenbruch und Preisverfall verursachten Wendung zu einer defensiven Wirtschaftspolitik des »Neomerkantilismus«.

Ich habe weder an dieser Periodisierung noch an dem Buch als ganzes Wesentliches auszusetzen. Ich finde es als Einführung in Ordnung und habe damit bereits positive Erfahrungen gemacht. Nur zweierlei möchte ich zum Schluß kritisch anmerken. Erstens, so wertvoll die Tabellen und Schaubilder als Illustrationsinstrumente auch sein können, so problematisch ist es doch, ohne jegliche Erläuterungen ziemlich gewagte Schätzungsergebnisse als feststehende Entwicklungsindikatoren anzuführen. Ich fände es z. B. besser, den Leser auch etwas auf die Unsicherheit der Zahlen über die Beschäftigungsstruktur in Tabelle 1, S. 20, noch mehr für die Zahlen über Kapitalstock bzw. Nettosozialprodukt in Abb. 6 bzw. Tabelle 2, S. 25, vor allem für die Zeit vor 1850, hinzuweisen. Wer weiß, vielleicht wäre aus der Konfrontation mit den Schätzungsschwierigkeiten ein größerer Lerneffekt zu erzielen als mit den angegebenen Zahlen selbst.

Zweitens fehlen hier fast vollkommen Hinweise auf Unternehmer, Unternehmenswachstum und Unternehmensorganisation. Jedoch wurden nicht nur viele Probleme der Industrialisierung zunächst auf mikroökonomischer Ebene erlebt und dann auch exemplarisch gelöst – wie z. B. das Problem der Standortwahl, der Rekrutierung von Arbeitskräften oder der Mobilisierung von Fremdkapital –, sondern in zunehmendem Maße ersetzt – besonders nach 1870 – Unternehmensorganisationen marktwirtschaftliche Prozesse, im Industrie- sowie auch Finanzsektor. Es wäre lehrreich, etwas tiefer zu fragen, weshalb Märkte mit Organisationen nicht standhalten konnten und in welcher Beziehung dieses Zurückweichen zum Prozeß der politischen Willensbildung stand. Wäre das vielleicht eine Überlegung für die zweite Auflage?

Richard H. Tilly

Albin Gladen, Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Eine Analyse ihrer Bedingungen, Formen, Zielsetzungen und Auswirkungen (= Wissenschaftliche Paperbacks, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 5), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1974, X, 207 S., Pb., 18 DM (bei Reihenbezug).

Nach seiner minutiös-empirischen Dissertation über den »Kreis Tecklenburg an der Schwelle des Zeitalters der Industrialisierung« (Münster 1970) hat Gladen nun als zweite größere Veröffentlichung eine eher weitmaschige »Untersuchung« der deutschen Sozialpolitik seit dem frühen 19. Jahrhundert vorgelegt. Ohne sich länger mit definitorischen Überlegungen »aufzuhalten« (vgl. S. 124 f., Anm. 19), versteht er unter Sozialpolitik offenbar »die sozialen Hilfeleistungen [...], die aus dem Strukturwandel der Gesellschaft im Prozeß der Industrialisierung hervorgegangen sind und auf ihn prägend eingewirkt haben« (Vorwort, S. IX).

Bei dem Versuch, diese »Hilfeleistungen« in einer »auf das Leben einzelner sozialer Gruppen bezogenen Systematik [...]« zu erfassen, ging der Autor von dem »erkenntnisleitenden Interesse« an der »Frage der Zuordnung der wirtschaftlich-industriellen Entwicklung und der mit ihr unmittelbar verbundenen sozialpolitischen Kräfte und Leistungen« aus (ebda.). Damit sind sowohl der perspektivische wie der methodische Ansatz bezeichnet: »Sozialpolitik« ist für Gladen wesentlich Reflex auf die vielfältigen sozialen Folge- und Begleiterscheinungen der Industrialisierung und daher »in ihrer historischen Dimension eingegrenzt durch ein im frühen 19. Jahrhundert zuerst deutlich werdendes Bemühen, den Anspruch der sozial und wirtschaftlich Schwachen und Gefährdeten auf Schutz und Teilhabe

an den Errungenschaften der bürgerlichen Kultur zu verwirklichen« (ebda.). So gesehen, muß Sozialpolitik, genauer: die Geschichte der »sozialpolitischen Diskussion und Gesetzgebung« vom Vormärz bis in die Gegenwart, als ein Aspekt der Entstehung der »industriellen Welt« behandelt werden. Infolgedessen unterscheidet sich Gladens Arbeit zwar auch durch den erklärten Anspruch auf »Analyse [...] in Bezug zur jeweiligen historischen Gesamtsituation und insbesondere zur realen gesellschaftlichen ›Verfassung« (ebda.), mehr aber noch durch seinen – im Hinblick auf die zu berücksichtigenden sozialen Schichten und Gruppen – umfassenderen Begriff der Sozialpolitik von manchen bisherigen (meist nicht von Historikern stammenden) Allgemeindarstellungen, die »Sozialpolitik [fast nur] als Arbeiterfrage« (Brusatti/Haas/Pollak) auffassen, mit denen Gladen sich freilich nicht einmal andeutungsweise auseinandersetzt.

Nach einer kursorischen, knapp dreiseitigen Einleitung über den »sozioökonomischen Strukturwandel im Prozeß der Industrialisierung als Grundbedingung der sozialpolitischen Diskussion« befaßt Gladen sich zunächst mit dem »Beginn der sozialpolitischen Diskussion in Deutschland [sprich: Preußen]« (S. 4–11) und den vormärzlichen »Anfängen der Sozialpolitik« (S. 12–37), um dann mit einem kurzen Abschnitt über »Konsolidierung und Ausbau sozialpolitischer Ansätze und Maßnahmen« nach 1848 (S. 38–47) überzuleiten zur Darstellung der »Sozialpolitik im Kaiserreich« (S. 48–90) und »zwischen den Weltkriegen« (S. 91–113). Das Schlußkapitel unter der unangemessen weit gefaßten Überschrift »Sozialpolitik nach dem zweiten Weltkrieg« (S. 114–121) behandelt faktisch nur einige »Bedingungen und Ansätze« sowie »Maßnahmen und Tendenzen« der (staatlichen) Sozialpolitik in der BRD von 1949 bis 1972.

Schon angesichts dieser Proportionen (121 Seiten Text, 69 Seiten Anmerkungen, 9 Seiten Literaturverzeichnis und 6 Seiten Personen- und Sachregister) sollte bei einem derart komplexen Gegenstand von vornherein nicht mehr als ein auf Kompilation einschlägiger Spezialliteratur beruhender Abriss erwartet werden, der zunächst einmal verlässliche Informationen über Entwicklungsstadien und -stationen der Sozialpolitik bietet – dies um so eher, als das Buch (von Anfang an?) auch dem propädeutischen Zweck der Paperback-Reihe dienen soll(te), in der es erschienen ist (vgl. das Vorwort des Herausgebers Hans Pohl). In dieser Hinsicht erfüllt es im ganzen die Erwartungen, die man legitimerweise an ein solches Unternehmen haben darf. In ihrem historischen Teil (besonders für das 19. Jahrhundert) reicht die Arbeit in Dichte und Einzelheiten der Darstellung weiter als z. B. Ludwig Heydes lehrbuchartiger (mit der 10. Aufl. von 1953 statt der 11. Aufl. von 1959 angeführter) Standard-»Abriss der Sozialpolitik« oder Brusatti/Haas/Pollaks über Deutschland hinausgehende »Geschichte der Sozialpolitik mit Dokumenten« (1962) und z. T. sogar Syrup/Neulohs »Hundert Jahre staatliche Sozialpolitik 1839–1939« (1957). Schon insofern stellt sie eine nützliche Ergänzung der vorhandenen Überblicksliteratur dar. Außerdem enthält das Buch trotz des begrenzten Raums zahlreiche instruktive Daten zur Sozialpolitik (vgl. z. B. S. 71 ff. und 109 f.). Schließlich ermöglicht es dem Interessenten eine gezielte Vertiefung seiner Kenntnisse durch Auswertung der gut ausgewählten Literaturangaben (S. 192 ff.), die nur wenige wirklich störende Lücken enthalten (z. B. H. Hennings VSWG-Aufsatz von 1965; J. Kockas Siemens-Buch von 1969 [nur in Anm. 293 genannt]; H. Gehrigs »literar-historische Untersuchung« u. d. T. »Die Begründung des Prinzips der Sozialreform« vom Jahre 1914).

Da es dem Verfasser in erster Linie aber wohl nicht um »bloße« Ereignisvermittlung, sondern um eine problem- und strukturgeschichtliche Durchdringung ging, sieht sich der Leser gezwungen, vor allem nach dem Erfolg der im Untertitel programmatisch angekündigten Bemühungen um »eine Analyse« der »Bedingungen, Formen, Zielsetzungen und Auswirkungen« der Sozialpolitik zu fragen.

Geht man noch darüber hin, daß diese Gesichtspunkte für eine *systematische Gliederung*

der Arbeit nur sehr bedingt genutzt wurden, so läßt sich doch schwerlich übersehen, daß auch die implizit versprochene *Systematik der Analyse* meist über Ansätze nicht hinausgekommen ist. So wird – um dies wenigstens an einem Beispiel zu verdeutlichen – gleich zu Beginn die vormärzliche »sozialpolitische Diskussion« unter »bürgerlichen Sozialkritikern« verschiedenster Couleur zwar von der zeitgenössischen Pauperismusdebatte her angegangen. Doch wird der damit gegebene sozialgeschichtliche Zugriff nicht ausgeführt. Vielmehr erschöpft sich die Darstellung der divergierenden Zielsetzungen weitgehend in einer additiven Vorführung sozialpolitischer Vorstellungen unterschiedlichster, ja gegensätzlicher Art und kulminiert in der allenfalls ideologiegeschichtlich auffüllbaren Feststellung, daß 1848 »ein erster Höhepunkt der sozialpolitischen Diskussion« erreicht worden sei, der »zu einer grundsätzlichen Kraftprobe zwischen den Vertretern des neuen revolutionären Sozialismus und des bürgerlichen Liberalismus führte, in die auch die Repräsentanten der konservativen Zeitmächte, insbesondere des Königtums und der beiden christlichen Kirchen eingriffen« (S. 11). Auch in den anschließenden Kapiteln über die »Anfänge der [staatlichen und betrieblichen] Sozialpolitik« bleibt es in der Regel bei eher formaler Beschreibung bekannter Anläufe und Gesetzesinitiativen im Anschluß an die Hardenbergschen Reformen bis zu den Gewerbeordnungen von 1845/49 mit ihren »Elementen staatlicher Sozialpolitik«, der staatlichen Berggesetzgebung von 1851 und innerbetrieblichen Maßnahmen wie dem Kruppschen Kassenwesen.

Der nach der – vom Verfasser provozierten – Erwartung des Lesers gewissermaßen fällige *Aufweis* der Zusammenhänge zwischen den Erscheinungsformen der Sozialpolitik und ihren industriewirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen bleibt nicht nur im Anfangsteil des Buches, sondern auch in den weiteren Abschnitten meist beschränkt auf plausibel eingestreute, kaum mehr als lose-assoziativ integrierte wirtschafts- und sozialhistorische Angaben über Arbeitskräftebesatz, Aspekte der sozialen Lage usw. (vgl. z. B. S. 21, 53 und 97 ff.) – sofern er nicht einfach durch platitudenähnliche Wendungen ersetzt wird (vgl. u. a. S. 43 Mitte). Vergleichsweise gut glückte dagegen die Einordnung der Sozialpolitik in den jeweiligen verfassungs- und parteipolitischen Kontext (vgl. u. a. S. 66 und 91 f.), auch wenn dabei sicherlich hier und da über die angeführten Charakteristika und Tendenzen (vgl. z. B. S. 113 und 121), ja selbst über manche Faktenangaben (vgl. z. B. S. 44) gestritten werden kann und nicht zuletzt die verschiedentlich durchschlagende Neigung des Verfassers zu einer gewissen Harmonisierung (vgl. bes. S. 79) Widerspruch hervorrufen mag.

Ulrich Engelhardt

Moderne Technikgeschichte, hrsg. von Karin Hausen und Reinhard Rürup (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Bd. 81), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975, 431 S., brosch., 32 DM; Ln., 44 DM.

In der deutschen Geschichtsschreibung hat sich ein merklicher Wandel in der Prädominanz von staatlichen über gesellschaftliche Faktoren vollzogen. Soweit diese Veränderungen von einer Theoriedebatte begleitet und reflektiert wurden, ergab sich allerdings, daß man der alten, grundsätzlich durch Begrenzung gekennzeichneten Sicht verhaftet blieb. Selbst wenn man sich um ein Verständnis des historischen Materialismus bemühte, konnte die ganze Breite, die jenem Ansatz noch zu eigen war, nicht nachvollzogen werden. Beispielhaft für die Unzulänglichkeit der ganzen Theoriedebatte ist das Komplexphänomen Technik, das gänzlich unintegriert blieb, obwohl seine überragende sozialhistorische Relevanz von niemandem bestritten wird. Wurden der Technikgeschichte gelegentlich »Möglichkeiten und Chancen« eingeräumt (Sywottek), dann offenbarte sich lediglich – und immerhin – ein Problembewußtsein. Mängel zeigen sich zunächst in der deutschen Technikgeschichte selbst. Obwohl sie anfänglich in der Welt voranging – die Veröffentlichung beispielsweise einer

der Arbeit nur sehr bedingt genutzt wurden, so läßt sich doch schwerlich übersehen, daß auch die implizit versprochene *Systematik der Analyse* meist über Ansätze nicht hinausgekommen ist. So wird – um dies wenigstens an einem Beispiel zu verdeutlichen – gleich zu Beginn die vormärzliche »sozialpolitische Diskussion« unter »bürgerlichen Sozialkritikern« verschiedenster Couleur zwar von der zeitgenössischen Pauperismusdebatte her angegangen. Doch wird der damit gegebene sozialgeschichtliche Zugriff nicht ausgeführt. Vielmehr erschöpft sich die Darstellung der divergierenden Zielsetzungen weitgehend in einer additiven Vorführung sozialpolitischer Vorstellungen unterschiedlichster, ja gegensätzlicher Art und kulminiert in der allenfalls ideologiegeschichtlich auffüllbaren Feststellung, daß 1848 »ein erster Höhepunkt der sozialpolitischen Diskussion« erreicht worden sei, der »zu einer grundsätzlichen Kraftprobe zwischen den Vertretern des neuen revolutionären Sozialismus und des bürgerlichen Liberalismus führte, in die auch die Repräsentanten der konservativen Zeitmächte, insbesondere des Königtums und der beiden christlichen Kirchen eingriffen« (S. 11). Auch in den anschließenden Kapiteln über die »Anfänge der [staatlichen und betrieblichen] Sozialpolitik« bleibt es in der Regel bei eher formaler Beschreibung bekannter Anläufe und Gesetzesinitiativen im Anschluß an die Hardenbergschen Reformen bis zu den Gewerbeordnungen von 1845/49 mit ihren »Elementen staatlicher Sozialpolitik«, der staatlichen Berggesetzgebung von 1851 und innerbetrieblichen Maßnahmen wie dem Kruppschen Kassenwesen.

Der nach der – vom Verfasser provozierten – Erwartung des Lesers gewissermaßen fällige *Aufweis* der Zusammenhänge zwischen den Erscheinungsformen der Sozialpolitik und ihren industriewirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen bleibt nicht nur im Anfangsteil des Buches, sondern auch in den weiteren Abschnitten meist beschränkt auf plausibel eingestreute, kaum mehr als lose-assoziativ integrierte wirtschafts- und sozialhistorische Angaben über Arbeitskräftebesatz, Aspekte der sozialen Lage usw. (vgl. z. B. S. 21, 53 und 97 ff.) – sofern er nicht einfach durch platitüdenähnliche Wendungen ersetzt wird (vgl. u. a. S. 43 Mitte). Vergleichsweise gut glückte dagegen die Einordnung der Sozialpolitik in den jeweiligen verfassungs- und parteipolitischen Kontext (vgl. u. a. S. 66 und 91 f.), auch wenn dabei sicherlich hier und da über die angeführten Charakteristika und Tendenzen (vgl. z. B. S. 113 und 121), ja selbst über manche Faktenangaben (vgl. z. B. S. 44) gestritten werden kann und nicht zuletzt die verschiedentlich durchschlagende Neigung des Verfassers zu einer gewissen Harmonisierung (vgl. bes. S. 79) Widerspruch hervorrufen mag.

Ulrich Engelhardt

Moderne Technikgeschichte, hrsg. von Karin Hausen und Reinhard Rürup (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Bd. 81), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975, 431 S., brosch., 32 DM; Ln., 44 DM.

In der deutschen Geschichtsschreibung hat sich ein merklicher Wandel in der Prädominanz von staatlichen über gesellschaftliche Faktoren vollzogen. Soweit diese Veränderungen von einer Theoriedebatte begleitet und reflektiert wurden, ergab sich allerdings, daß man der alten, grundsätzlich durch Begrenzung gekennzeichneten Sicht verhaftet blieb. Selbst wenn man sich um ein Verständnis des historischen Materialismus bemühte, konnte die ganze Breite, die jenem Ansatz noch zu eigen war, nicht nachvollzogen werden. Beispielhaft für die Unzulänglichkeit der ganzen Theoriedebatte ist das Komplexphänomen Technik, das gänzlich unintegriert blieb, obwohl seine überragende sozialhistorische Relevanz von niemandem bestritten wird. Wurden der Technikgeschichte gelegentlich »Möglichkeiten und Chancen« eingeräumt (Sywottek), dann offenbarte sich lediglich – und immerhin – ein Problembewußtsein. Mängel zeigen sich zunächst in der deutschen Technikgeschichte selbst. Obwohl sie anfänglich in der Welt voranging – die Veröffentlichung beispielsweise einer

ersten wissenschaftlichen Zeitschrift erfolgte seit 1909 –, befindet sie sich heute gegenüber dem Ausland im Rückstand. Als geschichtliche Wissenschaft wird sie in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit durch nicht mehr als vier unter einigen hundert historischen Lehrstühlen vertreten, und zwar in Kombination mit der Wirtschaftsgeschichte, der Sozialgeschichte oder der Geschichte der Naturwissenschaften. In dieser Situation bedarf sie der Hilfestellung durch die Gesamthistorie und andere interessierte Disziplinen.

Die beiden Berliner Historiker *Karin Hausen* und *Reinhard Rürup* (FU und TU) legen nun gewissermaßen als Unterstützungsaktion einen Sammelband der Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek vor, der zugleich als »Einführung« und als Beitrag zur »Diskussion um Aufgaben, Gegenstand und Methoden« des Fachs Technikgeschichte dienen soll (S. 9). Dem Obertitel gemäß treten sie mit dem Anspruch auf, »Moderne Technikgeschichte« zu bieten, und zwar methodisch und theoretisch im Hinblick auf die moderne Historiographie. Ein Konflikt zwischen Anspruch und Realisierung zeichnet sich freilich ab, wenn die Herausgeber den Titel ihrer Anthologie auch noch chronologisch und sachlich auf die moderne Technik seit Beginn der industriellen Revolution begrenzen (S. 9). Die Verkürzung auf eine »Moderne« seit dem 18./19. Jahrhundert kann sich aber gerade eine moderne Technikgeschichte, die einen Beitrag zur Aufklärung der Technik, ihrer gesellschaftlichen Bedingungen und Auswirkungen zu leisten hätte, nicht erlauben. Sie bliebe im Gesamtbereich der Technikforschung in unverantwortlicher Weise zurück, wollte sie den Entwicklungsgang ihres Gegenstands erst in der kapitalistisch-frühindustriellen Epoche aufnehmen. Eine ganz bestimmte Konsequenz, die sich aus der Verkürzung ergibt, wurde dann auch schon im internationalen Rahmen erkannt und von Edwin T. Layton für Unzulänglichkeiten der Forschungsergebnisse verantwortlich gemacht: die Tendenz, »the internalist approach« der Technik der Zeit vor dem 19. Jahrhundert zuzuweisen, »the externalist analysis« aber der neuesten Geschichte.

Die hier monierte methodische Prämisse hat tatsächlich zur Folge, daß sich kaum einer der abgedruckten Aufsätze mit der »inneren« Entstehung, der Herstellung von Technik, befaßt. Die Herausgeber erkennen zwar das Problem (S. 21), lassen dazu aber allein den Wirtschaftshistoriker *Peter Mathias* zu Wort kommen, übrigens mit einem Beitrag, der schon in Bd. 50 derselben Reihe erschien. Unter der Fragestellung »Wer entfesselte Prometheus?« geht derselbe auf die Rolle der Naturwissenschaften seit dem 17. Jahrhundert ein, aber ohne die wechselseitigen Zusammenhänge von Wissenschaft und Technik in ihrer Tiefe und Komplexität offenlegen zu können. Über diese Fragen wird heute weltweit debattiert, und wenn die Herausgeber letztlich der These Derek de Solla Price' folgen, wonach sich Wissenschaft und Technik in relativer Unabhängigkeit voneinander entwickelten (S. 20 f.), so wären vorab definitorische Grundlagen zu klären, zumal sich die Übergänge in der Geschichte als fließend erweisen.

Eine Theorie der Zusammenhänge von Wissenschaft, wissenschaftlichem Denken (!) und Technik bietet der Sammelband nicht oder nur in seinem – trotz nachfolgender Kritik – erfreulich breiten bibliographischen Anhang. In ihm aber fehlt schon, um nur ein signifikantes Beispiel zu nennen, Dessauers »Streit um die Technik«, also genau jenes Werk, das die gesamte Diskussion im Jahre 1956 einmal zusammenzufassen suchte und einige durchaus brauchbare historische Kategorien anbot (»Pioniererfindung« – »Entwicklungserfindung«). Auch die wissenschaftsgeschichtliche Komponente im sowjetmarxistischen Ansatz erscheint stark unterrepräsentiert. Vermißt werden unter anderen Mikulinskij und Rodnyj, obwohl sie in DDR-Übersetzung zugänglich sind. Immerhin haben gerade diese beiden Russen herausgearbeitet, daß die Technikgeschichte auch die Geschichte der menschlichen Naturerkenntnis in engster Verbindung mit der Geschichte der Philosophie widerspiegelt und nicht nur die gesellschaftliche Praxis der Produktivkraftentwicklung.

Angesichts des auch relativ viel größeren Forschungspotentials im Ausland nimmt es nicht

wunder, daß für die Anthologie vornehmlich fremdsprachige Literatur ausgewählt und ins Deutsche übertragen wurde. Lediglich den Unterteil »Technik und Industriearbeit« haben die Herausgeber mit zwei Beiträgen deutscher Wissenschaftler ausgestattet, die sie ihrer Konzeption angemessen befanden. Nach dieser aber wäre noch zu fragen. Anhaltspunkte bieten die jeweiligen Vorbemerkungen der Herausgeber. Da die Thematik der Einzelbeiträge auch in der deutschen Literatur gelegentlich schon behandelt wurde, muß vor allem ermittelt werden, ob und wo entscheidende Unterschiede in der Darstellung liegen. In der Konsequenz wird außerdem zu erfragen sein, inwieweit die abgedruckte ausländische Technikgeschichte mit der deutschen vergleichbar und vereinbar ist.

Die folgende Analyse kann naturgemäß nicht bis ins letzte vollständig sein. Sie soll moderne Aspekte auch durch Kritik am vermeintlich Modernen ermitteln. Methodisch allerdings muß sie dadurch erleichtert werden, daß sie grundsätzliche Unterschiede der Geschichtsauffassung nicht zum Maßstab nimmt, sondern sogar ausklammert. In der marxistischen Deutung wird die Technik bekanntlich zum beweglichsten Element der Produktivkräfte, wenn auch, wie Kurt H. Tessimann jüngst wieder betont hat, stets in Wechselwirkung mit den Produktionsverhältnissen. Unzweifelhaft freilich wirkte das Marxsche Vorgehen, die Funktion der Technik sowohl allgemein im historischen Arbeits- als auch im speziellen Kapitalverwertungsprozeß zu analysieren, auch auf die nichtmarxistische Geschichtsforschung ein.

Der erste der abgedruckten Aufsätze stammt von *Maurice Daumas* und beschreibt 1969 Grundfragen der Technikgeschichte, die in Deutschland einige Jahre zuvor, theoretisch anspruchloser, in ähnlicher Weise aktualisiert wurden. Die Darstellung führt hin bis zu schwierigen Definitionsproblemen in der Technikgeschichte, beispielsweise der Begriffe »Innovation«, »technischer Fortschritt« sowie »Technik« und »Technologie«. Die beiden letzten termini werden von den Herausgebern eher synonym verwendet (S. 26), leider ohne auch bei den Übersetzern für einen entsprechenden Konsens zu sorgen.

Der überwiegende Teil der Ausführungen von Daumas kreist um die Fragen, ob Bedürfnisse oder Gewinnaussichten die technische Kreativität stimuliert haben oder ob umgekehrt die hergestellte Technik Bedürfnisse erweckte. Das alles ist nicht neu, sondern längst, wenn auch verstreut, in der allgemeinen Diskussion. Daumas' Schlußfolgerung, daß wohl nur (!) eine quantifizierende »Technometrie« die Technikgeschichte aus der rein deskriptiven Methode herausführen könne, scheint stark vom Zeitgeist beeinflusst, d. h. von der seinerzeitigen Debatte um die Strukturgeschichte. In der Technikgeschichte als Strukturgeschichte zeigt sich in der Tat ein gangbarer, ein »moderner« Weg, auch wenn Quantifizierungs- und Wachstumsfragen heute zugunsten von Entwicklungsproblemen etwas in den Hintergrund getreten sind.

Auch der folgende Beitrag von *George H. Daniels* über »Hauptfragen der amerikanischen Technikgeschichte« führt mitten hinein in die theoretische Diskussion. Daniels referiert ausführlich Jacob Schmooklers These, daß eine Erfindung im wesentlichen als ökonomische Aktivität zu bewerten sei. Von den Herausgebern wird diese Ansicht später noch einmal dadurch vertieft, daß sie auch Schmooklers Originalaufsatz abdrucken lassen. Fraglich bleibt indes, ob sich die Probleme beim Aufstieg der Technik in den USA ohne weiteres mit den deutschen vergleichen lassen. Bemerkenswerte Unterschiede beispielsweise bei der Rezeption der englischen Technik im 19. Jahrhundert könnten Abweichungen in der theoretischen Verallgemeinerung bedingen.

Der zweite Teil des Buches steht unter der Überschrift »Naturwissenschaft und Technik«, das bibliographische Pendant unter »Technik und Naturwissenschaften«. Am terminologischen Wechsel zeigt sich erneut die schwierige Problematik. In den einzelnen Beiträgen wird die Rolle der Naturwissenschaften dann unterschiedlich interpretiert, so daß die Kardinalfrage, ob und in welchen historischen Perioden und wie der technische Fortschritt

als Problem des Transfers von Grundlagenwissen oder Wissenschaft interpretiert werden muß, offen bleibt. In einer technischen Urkunde von 1504 hieß es einmal, man habe »seyner gerechten kunst eine volkmlliche wissenschaft«. Das aber nur nebenbei. Schwer verständlich erscheint die Aufnahme eines Artikel, den *John J. Beer* vor 18 (!) Jahren über die Geschichte der deutschen Teerfarbenindustrie schrieb. Die jüngste deutschsprachige Arbeit, die in ihm herangezogen wurde, stammte (mit alle Implikationen!) aus dem Jahre 1938. Runde vierzig Jahre deutscher Chemiegeschichte konnten von den beiden Herausgebern damit übergangen werden. Wer darum weiß, daß gerade die Relation von Wissenschaft und industrieller Technik in der jüngeren Forschung keineswegs vernachlässigt wurde, muß zu dem Schluß kommen, daß solche Arbeitsergebnisse nicht in den Horizont der allgemeinen Geschichtswissenschaft gehoben oder von ihr nicht anerkannt wurden.

Für den dritten Teil ihrer Anthologie stand Hausen und Rürup wohl am meisten Material zur Verfügung. Gleichermassen bot sich für das Problemfeld »Technik und Wirtschaft« ein breites Spektrum möglicher theoretischer Zugänge an. Auch die Marxschen Thesen sind nicht mehr ganz unumstritten, wie die jüngere Diskussion selbst in den Ostblockländern zeigt. In der »Modernen Technikgeschichte« hätte vielleicht die Auseinandersetzung um die dogmenhafte Sentenz, wonach die industrielle Revolution von der Werkzeugmaschine ausgegangen sei (MEW 13, S. 393), Platz finden sollen. In der fraglichen Debatte beschränkte *J. Kuczynski* im engen Anschluß an die alte Vorlage die industrielle Revolution auf den Bereich der Leichtindustrie, genauer den der Textilwirtschaft. Später widersprach ihm der tschechische Historiker *J. Purš*, ehe *Wolfgang Jonas* mit der vermittelnden These vom revolutionären Kernprozeß ein neues Interpretationsschema aufstellte. An dieser technikgeschichtlich beachtenswerten Stelle hätte man sich – paradigmatisch – einen Einblick in die sowjetmarxistische Argumentation gewünscht.

Der Sammelband enthält in seinem dritten und vierten Teil sodann den schon erwähnten Beitrag von *Schmookler* über die ökonomischen Ursachen der Erfindertätigkeit, während andere amerikanische und französische Autoren vornehmlich Probleme der Innovation abhandeln. Leider bleiben neuere deutsche Arbeiten wiederum unberücksichtigt, obwohl von Technik- und Wirtschaftshistorikern beispielsweise in dem von *Frank R. Pfetsch* herausgegebenen Sammelband über Innovationsforschung als multidisziplinäre Aufgabe jüngst ansprechende Beiträge über das 19. Jahrhundert abgedruckt wurden und auch für frühere Zeiten Material vorliegt.

Die zwei einzigen Aufsätze aus deutscher Feder erscheinen im fünften Teil der »Modernen Technikgeschichte«, der sich dem Komplex »Technik und Industriearbeit« zuwendet. *Jürgen Kocka* steuert hier einmal mehr Auszüge aus seinem Buch über Siemens bei, denen er den theoretisch wohlklingenden Obertitel »Von der Manufaktur zur Fabrik« beigibt. Im übrigen verweisen *Hausen* und *Rürup* in ihren speziellen Vorbemerkungen auf einen desolaten Forschungsstand, den sie nicht zuletzt auf die Sozial- und die Wirtschaftsgeschichte zurückführen, die ihrerseits nicht die Verbindung zur Technikgeschichte suchen und forschungsmäßig kaum bis zur technischen Grundstruktur der Industriearbeit vordringen. Analog dazu eröffnen sich natürlich auch der Technikgeschichte weitere Forschungsperspektiven, da sie noch sehr viel differenzierter als bisher für die einzelnen Fertigungsarten die Qualität der Arbeitssituation, das technisch bestimmte Tempo und die Intensität der technischen Wandlungsprozesse mit ihren Auswirkungen herauszuarbeiten hätte. Im gleichen Zusammenhang wäre dann auch die Problematik der Technischen Intelligenz zu beachten, vor allem die der Ingenieurberufsgruppe, die bei Hausen und Rürup unerwähnt bleibt.

Einiger Anmerkungen bedarf noch der sechste und letzte Teil, der dem Thema »Technik, Staat und Politik« gewidmet wurde, ohne das vielgestaltige Thema freilich auch nur annähernd erschöpfen zu können. Kritik richtet sich im folgenden nicht grundsätzlich gegen

den Artikel von *John G. Burke* über »Kesselexplosionen und bundesstaatliche Gewalt in den USA«, der 1973 auch in einer amerikanischen Anthologie erneut abgedruckt wurde, sondern gegen die Aufnahme in den deutschsprachigen Sammelband. Die herausgeberische Präferenz für angelsächsische Darstellungen kann den deutschen Leser spätestens an dieser Stelle in die Irre führen. Das wechselseitige Verhältnis von Technik und Politik läßt sich in den USA im 19. Jahrhundert nicht ohne weiteres mit dem in Deutschland vergleichen. Immerhin stand auf der einen Seite ein demokratisches, auf der anderen ein monarchisches System.

In entsprechenden Darstellungen herrscht auch keine Übereinstimmung. Der amerikanische Autor formuliert: »Die wissenschaftlich und technisch gebildeten Mitglieder der Gesellschaft setzten sich [...] von Anfang an für die Notwendigkeit bundesstaatlicher Intervention und Regelung ein« (S. 315). Ganz im Gegensatz dazu wurde in Deutschland über zu viel Reglement und Administration geklagt und eine Freigabe der Kontrolle an die Industrie selbst gefordert, und zwar ähnlich wie in England bei grundsätzlicher Haftbarkeit der Betreiber für entstehende Schäden. Solche Differenzen gehen aus einem Vergleich mit der Arbeit von G. S. Sonnenberg, die in die Bibliographie der »Modernen Technikgeschichte« aufgenommen wurde (allerdings nicht unter »Technik und Politik«, sondern unter »Energieumwandlung, Arbeitsmaschinen«), klar hervor. Sie sind auch deshalb wichtig, weil sie unterschiedliche Aspekte der Geschichtsbetrachtung zu erkennen geben.

Der letzte Aufsatz, den Hausen und Rürup auswählten, wirft einige der schon behandelten Fragen noch einmal auf. Wieder wird ein amerikanischer Historiker (*Thomas P. Hughes*) bemüht, der dann häufig deutsche Autoren wie Birkenfeld, Petzina und Treue zitiert. Wichtiger als die Frage, warum es ein ausländischer Autor sein muß, erscheint das sogenannte »Technologische Momentum«. Der Verfasser versteht darunter eine technisch-wirtschaftliche (!) Eigenlogik als Interventionsanlaß im politischen Bereich. Diese schon ökonomisch bestimmte »Eigenlogik« verfälscht aber doch wohl das »technologische Momentum« und bringt es auf die Linie Schmooklers. Auch die Wahl des Gegenstands erweist sich insofern als unglücklich. Die technisch-wissenschaftliche Entwicklung des Hydrierverfahrens kann nur sehr bedingt aus der Konzernpolitik der IG Farben herausgelöst werden. Jedenfalls dürfte die eingangs geäußerte These, wonach die Entstehung von Technik in dieser Anthologie gegenüber der Anwendung zu kurz kommt, durch den hier erwähnten Beitrag eher bestärkt worden sein.

Der vorliegende Sammelband wird, insgesamt gesehen, nicht zuletzt dadurch wertvoll, daß er beispielhaft aufzuzeigen vermag, woran es der deutschen Technikgeschichte noch mangelt. Ihr fehlt vornehmlich der Mut zu Zusammenfassungen und Strukturierungen, und zwar weniger in technisch-deskriptiver, sondern in interdisziplinär auf historische Systeme oder paradigmatisch auf Interdependenzen sowie Struktur- und Funktionsrelationen bezogener Darstellung der Technik. Auch wenn der eigenen Konzeption der Herausgeber nicht in allem zu folgen ist, zumal sich manche Probleme m. E. verkürzt oder einseitig darstellen, legt die Anthologie dennoch neue Grundlagen für die weitere Argumentation und wirkt damit als ein Zwischenschritt auf dem Wege zu größerer Sicherheit der Technikgeschichte in Theorie und Methode.

Die lange Zeit ohne vernünftigen Grund (oder aus der Sicht der »zwei Kulturen«?) über die Schulter betrachtete Technikgeschichte wird von der allgemeinen Legitimationskrise der Geschichtswissenschaft heute vielleicht am wenigsten betroffen und gesellschaftlich eher herausgefordert. Unabhängig oder besser unbeeinflusst von den Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, deren spezifische Relevanzkriterien die Geschichte als Wissenschaft heute zurückdrängen oder zu Rechtfertigungsprogrammen nutzen, möchte und muß die Gesellschaft heute mehr wissen über die Dynamik der Technik, über vermeintlich oder real gesetzmäßige Interdependenzen, über die geschichtliche Fundierung einer Technikfolgenabschät-

zung und weiterhin – und kühn formuliert – über eine Zukunft als Technikgeschichte. Damit hätte die Technikgeschichte aus der historischen Dimension heraus einen echten Beitrag zu weiterer Humanisierung der technischen Entwicklung als Voraussetzung menschlicher Fortexistenz zu leisten. Der vorliegende Sammelband trägt ganz ohne Zweifel dazu bei, das Problembewußtsein für diese wichtigen Aufgaben zu schärfen und Lösungsansätze zu verdeutlichen.

Karl-Heinz Ludwig

Technik und Gesellschaft, Bd. 1: Literaturführer, hrsg. und eingeführt von Hans Sachsse in Zusammenarbeit mit Hubert Fein, Wolf Dieter Förster, Reinhard Jung, Carter Kniffler, Christa Maria Ludwig, Manfred Kunzelmann, Hans Werner Müller, Rupert Schmidt und Fritz Winterling (= Uni-Taschenbücher, Bd. 413), Verlag Dokumentation, Pullach bei München 1974, 309 S., Kunststoff, 15,80 DM.

Die Mitarbeiter des »Literaturführers« attestieren dem Herausgeber, dessen eigenes Buch über »Technik und Verantwortung« auf S. 166 f. vorgestellt wird, folgenden geistigen Standort: »Sachsse war 25 Jahre in der chemischen Großindustrie tätig (auch in leitender Stellung) und verfügt daher neben seinen philosophischen Kenntnissen über zahlreiche praktische Erfahrungen. In abwägenden Gedankengängen spricht er sich für gesellschaftliche Normen aus, in deren Rahmen Entscheidungen verantwortet werden müssen«.

Mutatis mutandis wird der gesamte Literaturführer von einer gleichen Einstellung bestimmt. Im übrigen muß der Rezensent von Einschränkungen ausgehen, die Sachsse, Chemiker also und zudem engagiertes Mitglied der Gesellschaft für Verantwortung in der Wissenschaft, im Vorwort selbst anbringt. In Zusammenarbeit mit einer Gruppe jüngerer Wissenschaftler setzte er sich das Ziel, die Bildungslücke »Technik« im öffentlichen Bewußtsein wenigstens partiell zu schließen. Insgesamt ging es um eine »nützliche Vorarbeit« für »eine neue Ethik, eine neue Philosophie und Soziologie der Technik« (S. 6), kurzum um ein Fundament für eine auch anderwärts vermißte, gesellschaftlich praktikable Techniktheorie. Rund 400 deutschsprachige Arbeiten aus dem Problemkreis Technik und Gesellschaft wurden ausgewählt und nach einem vereinbarten Schema (»Stichwörter«, »geistiger Standort«, »signifikante Stellen«, »Verwendungshinweis« und »Kommentar«) vorgestellt. In Frage kamen anthropologische, historische, ökonomische, philosophische und im »schöngeistigen« Sinne literarische Interpretationen der Technik. Als Zielgruppe der so aufbereiteten Literatur fungieren laut Vorwort »Pädagogen und Interessenten aller Fachrichtungen«.

»Quantitative Vollständigkeit« wurde von den insgesamt zehn Bearbeitern nicht erstrebt – sie hätte sich auch schwerlich erreichen lassen. Qualitative Vollständigkeit oder, mit anderen Worten, die Aufnahme der aussagekräftigsten Literatur wurde vermutlich beabsichtigt – daß beispielsweise Gottl-Ottlilienfelds hochwichtige Beiträge im Grundriß der Sozialökonomik (1. Aufl. 1914) fehlen, wäre demnach zu bemängeln –, doch stand man damit auch vor dem Problem der Wertung. Der Herausgeber und seine Mitarbeiter lösten es praktisch und eher durch Unbekümmertheit: Man trug Material zusammen und hat die »Beurteilungen miteinander besprochen« (S. 7).

Angesichts solcher Mehrheitseinschätzungen, ähnlich übrigens der eingangs zitierten des Herausgebers selbst, bleiben dem einzelnen Rezensenten vornehmlich formale Anmerkungen. Nach der Anzahl der Belegstellen (nicht der angeführten Schriften) führt laut Personenregister Karl Marx vor Herbert Marcuse, gefolgt von Francis Bacon und Martin Heidegger. Sind Häufigkeitsnachweise nun aber Kriterien für die wirkliche Aussagekraft der zitierten Personen in bezug auf das Thema? Tatsächlich wird Marx' »Das Kapital« auf fast zwei Seiten am ausführlichsten referiert, zumal das lange 13. Kapitel seines Hauptwerkes noch eine gesonderte Würdigung erfährt (S. 247 ff. und 142 f.). In beiden Fällen

zung und weiterhin – und kühn formuliert – über eine Zukunft als Technikgeschichte. Damit hätte die Technikgeschichte aus der historischen Dimension heraus einen echten Beitrag zu weiterer Humanisierung der technischen Entwicklung als Voraussetzung menschlicher Fortexistenz zu leisten. Der vorliegende Sammelband trägt ganz ohne Zweifel dazu bei, das Problembewußtsein für diese wichtigen Aufgaben zu schärfen und Lösungsansätze zu verdeutlichen.

Karl-Heinz Ludwig

Technik und Gesellschaft, Bd. 1: Literaturführer, hrsg. und eingeführt von Hans Sachsse in Zusammenarbeit mit Hubert Fein, Wolf Dieter Förster, Reinhard Jung, Carter Kniffler, Christa Maria Ludwig, Manfred Kunzelmann, Hans Werner Müller, Rupert Schmidt und Fritz Winterling (= Uni-Taschenbücher, Bd. 413), Verlag Dokumentation, Pullach bei München 1974, 309 S., Kunststoff, 15,80 DM.

Die Mitarbeiter des »Literaturführers« attestieren dem Herausgeber, dessen eigenes Buch über »Technik und Verantwortung« auf S. 166 f. vorgestellt wird, folgenden geistigen Standort: »Sachsse war 25 Jahre in der chemischen Großindustrie tätig (auch in leitender Stellung) und verfügt daher neben seinen philosophischen Kenntnissen über zahlreiche praktische Erfahrungen. In abwägenden Gedankengängen spricht er sich für gesellschaftliche Normen aus, in deren Rahmen Entscheidungen verantwortet werden müssen«.

Mutatis mutandis wird der gesamte Literaturführer von einer gleichen Einstellung bestimmt. Im übrigen muß der Rezensent von Einschränkungen ausgehen, die Sachsse, Chemiker also und zudem engagiertes Mitglied der Gesellschaft für Verantwortung in der Wissenschaft, im Vorwort selbst anbringt. In Zusammenarbeit mit einer Gruppe jüngerer Wissenschaftler setzte er sich das Ziel, die Bildungslücke »Technik« im öffentlichen Bewußtsein wenigstens partiell zu schließen. Insgesamt ging es um eine »nützliche Vorarbeit« für »eine neue Ethik, eine neue Philosophie und Soziologie der Technik« (S. 6), kurzum um ein Fundament für eine auch anderwärts vermißte, gesellschaftlich praktikable Techniktheorie. Rund 400 deutschsprachige Arbeiten aus dem Problemkreis Technik und Gesellschaft wurden ausgewählt und nach einem vereinbarten Schema (»Stichwörter«, »geistiger Standort«, »signifikante Stellen«, »Verwendungshinweis« und »Kommentar«) vorgestellt. In Frage kamen anthropologische, historische, ökonomische, philosophische und im »schöngeistigen« Sinne literarische Interpretationen der Technik. Als Zielgruppe der so aufbereiteten Literatur fungieren laut Vorwort »Pädagogen und Interessenten aller Fachrichtungen«.

»Quantitative Vollständigkeit« wurde von den insgesamt zehn Bearbeitern nicht erstrebt – sie hätte sich auch schwerlich erreichen lassen. Qualitative Vollständigkeit oder, mit anderen Worten, die Aufnahme der aussagekräftigsten Literatur wurde vermutlich beabsichtigt – daß beispielsweise Gottl-Ottlilienfelds hochwichtige Beiträge im Grundriß der Sozialökonomik (1. Aufl. 1914) fehlen, wäre demnach zu bemängeln –, doch stand man damit auch vor dem Problem der Wertung. Der Herausgeber und seine Mitarbeiter lösten es praktisch und eher durch Unbekümmertheit: Man trug Material zusammen und hat die »Beurteilungen miteinander besprochen« (S. 7).

Angesichts solcher Mehrheitseinschätzungen, ähnlich übrigens der eingangs zitierten des Herausgebers selbst, bleiben dem einzelnen Rezensenten vornehmlich formale Anmerkungen. Nach der Anzahl der Belegstellen (nicht der angeführten Schriften) führt laut Personenregister Karl Marx vor Herbert Marcuse, gefolgt von Francis Bacon und Martin Heidegger. Sind Häufigkeitsnachweise nun aber Kriterien für die wirkliche Aussagekraft der zitierten Personen in bezug auf das Thema? Tatsächlich wird Marx' »Das Kapital« auf fast zwei Seiten am ausführlichsten referiert, zumal das lange 13. Kapitel seines Hauptwerkes noch eine gesonderte Würdigung erfährt (S. 247 ff. und 142 f.). In beiden Fällen

folgen dann Hinweise auf Werner Beckers »Kritik der Marx'schen Wertlehre« (Hamburg 1972).

Überblickt man diesen Literaturführer »Technik und Gesellschaft«, dann fällt einmal mehr auf, wie viele Wissenschaftler der verschiedensten Fachgebiete sich schon in der Vergangenheit um Interpretationen der Technik mühten. Das geschichtliche Komplexphänomen Technik hat sich dennoch einer allgemeinen und gar endgültigen Deutung bisher entzogen. Diese Aussage gilt – so viel verdeutlicht der Literaturführer trotz einiger Lücken (Theorie der Technischen Intelligenz!) – auch für interpretatorische Aufarbeitungen in der Nachfolge Marx'.

Fragen wir abschließend, ob und wie die Bearbeiter dem Klappentext gerecht zu werden und »Hilfe und Orientierung« auch für Historiker zu bieten vermochten. Der erhobene Anspruch trifft am ehesten sicherlich auf diejenigen zu, die nicht selbst in der Technikforschung tätig sind und für Lehr- und Unterrichtszwecke eine Einführung in die ganze Breite der Thematik benötigen. Das Gesamtproblem Technik und Geschichte hingegen wird seit einiger Zeit in verstärktem Maße interdisziplinär diskutiert. Diese laufende Debatte, die allerdings nicht nur im deutschsprachigen Raum stattfindet, erhielt im Literaturführer nur andeutungsweise Platz. Ein kurzer Hinweis auf die beteiligten Zeitschriften hätte hier schon weitergeholfen. Andererseits müssen gegenwärtige Aussagen regelmäßig auf die früheren Arbeiten zurückgreifen, die in Sachsses Literaturführer zusammengefaßt vorgestellt werden. Ohne ihre Berücksichtigung gäbe es im Prozeß der historischen Funktionsbestimmung der Technik keine Fortschritte. Der Literaturführer »Technik und Gesellschaft«, der über Denkstrukturen der Gesellschaft in bezug auf die Technik Auskunft gibt, erhält seinen Stellenwert nicht zuletzt dadurch, daß dieselben weiterzuentwickeln sind.

Karl-Heinz Ludwig

Reinhard Rürup, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur ›Judenfrage‹ der bürgerlichen Gesellschaft (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 15), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 208 S., Pb., 28 DM.

Die von Rürup vorgelegten »Studien zur ›Judenfrage‹ der bürgerlichen Gesellschaft« könnten Studenten und Historiker gleichermaßen entmutigen oder motivieren, sich künftig mit dem Thema von Emanzipation und Antisemitismus zu beschäftigen: Denn das Buch überschreitet streckenweise den Charakter der vom Autor intendierten »Zwischenbilanz« (S. 8) – besonders einige Passagen aus Teil II, III und IV. Zugleich aber weist es dem interessierten Leser neben den Ergebnissen der Antisemitismusforschung deren Lücken auf (Teil V), gibt ihm mit der »Bibliographie zur Geschichte der ›Judenfrage‹, der Emanzipation und des Antisemitismus« (S. 184–202) eine neue Orientierungs- und Arbeitshilfe an die Hand und führt außerdem mit der gelungenen sozialgeschichtlichen Studie über die »Emanzipation der Juden in Baden« (Teil II) beispielhaft vor, wie die Komplexität und Problematik der Judenemanzipation konkret vermittelt werden kann, die zuvor theoretisch behandelt wurden (Teil I).

Schließlich ist die Lektüre von großem Interesse, weil Rürup die Forschungsliteratur sowie noch unbekanntes Archivmaterial zur Judenfrage (Bestände des DZA Merseburg, des Bundesarchivs in Frankfurt, der Staatsarchive von Berlin, Darmstadt, Karlsruhe, Ludwigsburg, München und Stuttgart) unter dem neuen Aspekt interpretiert, daß die Judenfrage – überhaupt erst das Produkt des »Transformationsprozesses von der ständisch-feudalen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft« (S. 75, vgl. S. 13 ff.) – im 19. Jahrhundert unter verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Vorzeichen inhaltlich grundsätzlich anders formuliert wurde:

Im Zeitalter der bürgerlich-liberalen Bewegung zwischen 1780 und 1870 als Emanzipationsfrage (S. 78 ff.), in den Jahren des Kaiserreichs als »Frage nach der Emanzipation

folgen dann Hinweise auf Werner Beckers »Kritik der Marx'schen Wertlehre« (Hamburg 1972).

Überblickt man diesen Literaturführer »Technik und Gesellschaft«, dann fällt einmal mehr auf, wie viele Wissenschaftler der verschiedensten Fachgebiete sich schon in der Vergangenheit um Interpretationen der Technik mühten. Das geschichtliche Komplexphänomen Technik hat sich dennoch einer allgemeinen und gar endgültigen Deutung bisher entzogen. Diese Aussage gilt – so viel verdeutlicht der Literaturführer trotz einiger Lücken (Theorie der Technischen Intelligenz!) – auch für interpretatorische Aufarbeitungen in der Nachfolge Marx'.

Fragen wir abschließend, ob und wie die Bearbeiter dem Klappentext gerecht zu werden und »Hilfe und Orientierung« auch für Historiker zu bieten vermochten. Der erhobene Anspruch trifft am ehesten sicherlich auf diejenigen zu, die nicht selbst in der Technikforschung tätig sind und für Lehr- und Unterrichtszwecke eine Einführung in die ganze Breite der Thematik benötigen. Das Gesamtproblem Technik und Geschichte hingegen wird seit einiger Zeit in verstärktem Maße interdisziplinär diskutiert. Diese laufende Debatte, die allerdings nicht nur im deutschsprachigen Raum stattfindet, erhielt im Literaturführer nur andeutungsweise Platz. Ein kurzer Hinweis auf die beteiligten Zeitschriften hätte hier schon weitergeholfen. Andererseits müssen gegenwärtige Aussagen regelmäßig auf die früheren Arbeiten zurückgreifen, die in Sachsses Literaturführer zusammengefaßt vorgestellt werden. Ohne ihre Berücksichtigung gäbe es im Prozeß der historischen Funktionsbestimmung der Technik keine Fortschritte. Der Literaturführer »Technik und Gesellschaft«, der über Denkstrukturen der Gesellschaft in bezug auf die Technik Auskunft gibt, erhält seinen Stellenwert nicht zuletzt dadurch, daß dieselben weiterzuentwickeln sind.

Karl-Heinz Ludwig

Reinhard Rürup, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur ›Judenfrage‹ der bürgerlichen Gesellschaft (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 15), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 208 S., Pb., 28 DM.

Die von Rürup vorgelegten »Studien zur ›Judenfrage‹ der bürgerlichen Gesellschaft« könnten Studenten und Historiker gleichermaßen entmutigen oder motivieren, sich künftig mit dem Thema von Emanzipation und Antisemitismus zu beschäftigen: Denn das Buch überschreitet streckenweise den Charakter der vom Autor intendierten »Zwischenbilanz« (S. 8) – besonders einige Passagen aus Teil II, III und IV. Zugleich aber weist es dem interessierten Leser neben den Ergebnissen der Antisemitismusforschung deren Lücken auf (Teil V), gibt ihm mit der »Bibliographie zur Geschichte der ›Judenfrage‹, der Emanzipation und des Antisemitismus« (S. 184–202) eine neue Orientierungs- und Arbeitshilfe an die Hand und führt außerdem mit der gelungenen sozialgeschichtlichen Studie über die »Emanzipation der Juden in Baden« (Teil II) beispielhaft vor, wie die Komplexität und Problematik der Judenemanzipation konkret vermittelt werden kann, die zuvor theoretisch behandelt wurden (Teil I).

Schließlich ist die Lektüre von großem Interesse, weil Rürup die Forschungsliteratur sowie noch unbekanntes Archivmaterial zur Judenfrage (Bestände des DZA Merseburg, des Bundesarchivs in Frankfurt, der Staatsarchive von Berlin, Darmstadt, Karlsruhe, Ludwigsburg, München und Stuttgart) unter dem neuen Aspekt interpretiert, daß die Judenfrage – überhaupt erst das Produkt des »Transformationsprozesses von der ständisch-feudalen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft« (S. 75, vgl. S. 13 ff.) – im 19. Jahrhundert unter verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Vorzeichen inhaltlich grundsätzlich anders formuliert wurde:

Im Zeitalter der bürgerlich-liberalen Bewegung zwischen 1780 und 1870 als Emanzipationsfrage (S. 78 ff.), in den Jahren des Kaiserreichs als »Frage nach der Emanzipation

von den Juden« (S. 90) – also antisemitisch. Während die aufsteigende bürgerliche Gesellschaft darauf abzielte, die jüdische Bevölkerung rechtlich gleichzustellen und sozial zu integrieren resp. zu assimilieren (S. 85), glaubte »die in die Krise geratene bürgerliche Gesellschaft« (S. 7) am Ende des 19. Jahrhunderts, »über die Judenfrage die Gesamtheit der aktuellen Probleme lösen zu können« (S. 91).

Indem Rürup von einer Korrelation zwischen Aufstieg und Krise der bürgerlichen Gesellschaft und den beiden Grundformen der Judenfrage – Emanzipation und Antisemitismus – ausgeht, stellt er nicht allein eine neuartige und zusammenfassende Interpretation der Judenfrage zur Diskussion, sondern vermittelt auch »einige Anregungen zur Entwicklung, Ausformung und Krise der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland« (S. 8) und trägt damit dem Konsensus der diesbezüglichen Forschung in hohem Grade Rechnung, »daß der Antisemitismus nicht länger isoliert, sondern im Zusammenhang gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und Probleme zu interpretieren [sei]« (S. 74).

Anregend wirken sich Seitenblicke auf die anderen mitteleuropäischen Staaten (vgl. u. a. S. 78 f., 116, 129) sowie Hinweise auf einen internationalen Vergleich aus, wenn auch nur am Beispiel Deutschlands dargestellt wird, wie sich die Judenfrage entwickelte. Das habe seine guten Gründe: Nicht daß Deutschland erst durch die nationalsozialistischen Judenverfolgungen einen besonderen Platz einnahm; es war das Ursprungsland des Antisemitismus, hat aber auch zuerst den Emanzipationsgedanken formuliert und politisch umgesetzt (S. 7 f.).

Der Verfasser stellt mit Recht fest, daß die Judenfrage zunächst weder »ein Kind der reinen Theorie« noch eine »Angelegenheit des Philosemitismus« gewesen sei, sondern sich aus den Notwendigkeiten des sozialen Wandels von der ständisch-feudalen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ergeben habe (vgl. S. 13 f.): Mit der Auflösung der ständischen Ordnung, außerhalb derer die Juden lebten, mußte auch ihre soziale Stellung neu definiert werden. Dieser Beweggrund sei dadurch verstärkt worden, daß sich die jüdische Bevölkerung stärker differenzierte. Neben eine kleine Schicht reicher Juden, die dem Staat bei der Entwicklung zur kapitalistischen Wirtschaft tatkräftig Unterstützung gewährte (vgl. Beispiel Baden, S. 55), gesellte sich eine kulturell führende jüdische Oberschicht in den Städten, während die Masse der Juden weiterhin in Armut und Lethargie auf dem Lande lebte oder der städtischen Unterschicht angehörte (S. 25 f., 55 f.). Somit sei die Judenfrage – unabhängig von den Gedanken der Aufklärung – eine soziale Frage gewesen, die sich gemäß der Struktur der Einzelstaaten als Stadt-Land-Problem (Süddeutschland) oder innerstädtische Angelegenheit (Preußen) gestellt habe. In allen Staaten des Deutschen Bundes aber, die sich für die stufenweise Emanzipation der Juden entschieden hatten, müsse als eigentlicher Träger der Emanzipation das aufgeklärte Beamtentum angesehen werden. Die grundsätzlichen Überlegungen, daß »der Jude [. . .] noch mehr Mensch als Jude [sei]« (S. 15), hätten konkret die Identifikation von Integration und Assimilation bedeutet (S. 24). Interessant sind in diesem Zusammenhang die von Rürup ermittelten Versuche, die Berufs- und Erwerbsmöglichkeiten der Juden zu verändern (S. 54, 82), die in einigen Fällen (Baden, Württemberg) den staatlichen Reformen parallel liefen.

Die Statistiken über die Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung ergänzen anhand neuer archivalischer Funde für Preußen, Baden, Württemberg und Bayern (S. 26 f., 54 f., 67 ff.) die Studien von Eleonore Sterling zur sozialen Lage der Juden im Vormärz¹, während die konkreten rechtlichen Reformen der einzelnen Bundesstaaten schon bekannt sein dürften².

1 E. Sterling, *Judenhaß. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815 – 1850)*, Frankfurt 1969, bes. S. 22 – 46.

2 Vgl. beispielsweise W. Kampmann, *Deutsche und Juden*, Heidelberg 1963; H. Adler, *Die Juden in Deutschland*, München 1961; E. Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848 – 1918*, Tübingen 1968.

Als Erklärung für die Behinderung des Emanzipationsprozesses in Deutschland sowie für das plötzliche Umschlagen der emanzipatorisch gestellten Judenfrage in ihre antisemitische Konzeption stellt Rürup drei Ursachen zur Diskussion (S. 30): 1. die »Konzeption einer allmählichen, stufenweisen Emanzipation« im Gegensatz z. B. zum revolutionär-liberalen Modell französischer Prägung (vgl. S. 78); 2. das »Nebeneinander verschiedener Lösungsversuche in den einzelnen deutschen Staaten« und 3. den »Versuch einer Emanzipation der Juden in einer nicht- oder nur teilemanzipierten Gesellschaft«.

Der Verfasser vernachlässigt zwar den Aspekt, daß die als Antiliberalismus verbrämte Judenfeindlichkeit et vice versa als Gegen- bzw. Unterströmung zur Emanzipationsbewegung schon vor der Jahrhundertmitte vorhanden war³, arbeitet aber – im wesentlichen anhand vorliegender Literatur – gut heraus, warum die »nur in ihren Oberflächenphänomenen liberalisierte Gesellschaft« (S. 88) nach dem Gründerkrach den Antisemitismus als »erste große Gegenbewegung gegen die moderne Gesellschaft und die Ideen der französischen Revolution« (S. 12) aufgriff und ausprägte (S. 88–94; vgl. auch Teil IV). Die Einfachheit der im Antisemitismus angebotenen Erklärungen und Lösungsmöglichkeiten für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Krise wertet Rürup als »Ausdruck für das Theoriedefizit der in die Krise geratenen bürgerlichen Gesellschaft« (S. 91) und greift damit bewußt auf zeitgenössische sozialdemokratische Antisemitismusanalysen zurück (S. 173).

Das Fallbeispiel der Judenemanzipation in Baden ergänzt auf der Basis von intensiven archivalischen Studien den ideengeschichtlichen Ansatz in der Forschung zur Judenfrage des frühen 19. Jahrhunderts, der noch weitgehend das Buch von E. Sterling beherrscht. Detaillierte sozialgeschichtliche Untersuchungen wünschte man sich überhaupt im Rahmen regionalgeschichtlicher Arbeiten aufgegriffen, denn eine intensivere Zuwendung zur Geschichte der Juden in Deutschland könnte wichtige Ergebnisse liefern, wie die Judenfrage in den jeweiligen Bundesstaaten, Regionen und Städten zu lösen versucht wurde und welche Bedingungen im einzelnen den Antisemitismus fördern konnten. Damit könnte zugleich ein detailliertes Bild über die soziale Lage und die Rolle der deutschen Juden ermittelt und die Tragfähigkeit der jeweiligen Emanzipationsmodelle geprüft werden. Denn neben der Studie Rürups stellen die diesbezüglichen Untersuchungen von Helga Krohn, Arno Herzig und Wilhelm Treue noch immer eine Ausnahme dar⁴.

Während dem Leser, der mit dem Gegenstand der Judenfrage befaßt ist, die begriffliche Fallstudie zum Antisemitismus (Teil IV) schon bekannt sein dürfte⁵, präzisieren bzw. korrigieren Rürups Bemerkungen zur Geschichte des Begriffs »Emanzipation« (Teil VI) diesbezügliche Arbeiten aufgrund von Archivfunden. Rürup belegt, daß sich der Begriff »Emanzipation« nicht erstmals in der Schrift von W. T. Krug »Über das Verhältnis verschiedener Religionsparteien zum Staate und über die Emanzipation der Juden«, Jena 1828 nachweisen lasse und sich von hier aus ab 1830 im allgemeinen Sprachgebrauch durchgesetzt habe (S. 127 f.): Vielmehr belegten die Regierungsakten und zahlreiche Petitionen, daß

³ Vgl. insgesamt E. Sterling.

⁴ H. Krohn, Die Juden in Hamburg 1800 – 1850. Ihre soziale, kulturelle und politische Entwicklung während der Emanzipationszeit, Frankfurt 1967; dies., Die Juden in Hamburg. Die politische, soziale und kulturelle Entwicklung einer jüdischen Großstadtgemeinde nach der Emanzipation, 1848 – 1918, Hamburg 1974; A. Herzig, Judentum und Emanzipation in Westfalen, Münster 1973; W. Treue, Die Juden in der Wirtschaftsgeschichte des rheinischen Raumes 1648 – 1945, in: Monumenta Judaica, Köln 1963, S. 419 – 466. – Untersuchungen zur sozialen Lage und beruflichen Situation der Juden im Kaiserreich liegen schon seit längerem vor. Vgl. beispielsweise A. Ruppin, Die Juden der Gegenwart, Berlin 21911; ders., Soziologie der Juden, 2 Bde., Berlin 1930 f.; F. A. Theilhaber, Der Untergang der deutschen Juden, München 1911; H. Silbergleit, Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich, Berlin 1930.

⁵ Sie erschien – gemeinsam mit Thomas Nipperdey – zuerst als Artikel »Antisemitismus«, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 129 – 153. Vgl. Rürup, S. 174.

der Terminus schon vor 1828 verwendet worden sei, allerdings nicht als »Kampfbegriff im Sinne der Emanzipation« (S. 128), sondern um eine kritische und ablehnende Stellung gegenüber der Judenemanzipation zu bekunden. Der Verfasser stellt ferner Überlegungen an, warum der Begriff zwischen 1830 und 1848 »eine so überragende Bedeutung« (S. 130) zu gewinnen vermochte, und behandelt neben seinen positiven Aspekten auch seine Schwächen, die in der doppeldeutigen Verwendungsmöglichkeit begründet lagen (S. 130 ff.). Rürup leitet den Überblick über die Antisemitismusforschung (Teil V) dankenswerterweise mit einigen Definitionsversuchen für den nicht eindeutigen Begriff »Antisemitismus« ein (S. 115 ff.). Diese Bemühungen sind hervorzuheben, weil in der Literatur oft Unklarheit über die Verwendung des Begriffes herrscht, zumal er nach 1945 in seiner Bedeutung erweitert wurde – eine Tatsache, die nach Rürup Berücksichtigung finden müsse (S. 113 f.).

Im übrigen grenzt der Verfasser den »bürgerlichen« Antisemitismus vom »faschistischen« ab (S. 116; vgl. auch S. 111 f.) und stellt dann die marxistische Position der bürgerlichen Antisemitismusforschung gegenüber, deren Schwerpunkte jeweils analysiert und deren Ergebnisse zusammengefaßt werden (S. 117–125). Allerdings bedarf die Skizze der Auseinandersetzung und Interpretation des Antisemitismus durch die deutsche Sozialdemokratie einiger Korrekturen und Ergänzungen, zumal wenn Aussagen über den Stellenwert von Karl Marx' »Zur Judenfrage« (1843) innerhalb der sozialdemokratischen Position und über die Reaktion der Sozialdemokratie auf den Antisemitismus im Kaiserreich getroffen werden.

Auch wenn die Studien außer Bibliographie und Anhang: Emanzipation. Anmerkungen zur Begriffsgeschichte (Teil VI) schon als Einzelveröffentlichungen in verschiedenen Fachzeitschriften und Handbüchern zugänglich waren⁶, stellt ihre zusammenhängende Darbietung eine wesentliche Anregung und Hilfe für alle dar, die sich mit der Judenfrage beschäftigen, und muß ihnen als unerläßliche Lektüre empfohlen werden.

Rosemarie Leuschen-Seppel

Thomas Nipperdey, *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 18), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 466 S., kart., 64 DM.

»Den Freunden der Berliner Jahre 1967–1972« hat Nipperdey diese Zusammenstellung seiner (nicht nur in der Selbsteinschätzung) »wichtigeren Arbeiten« aus der Zeit zwischen 1958 und 1975 gewidmet. Mag sich darin eine – wie auch immer geartete – Reminiszenz des »Wahl-Münchener« an seine hochschulpolitischen »Kampfjahre« andeuten, so verweist seine Entscheidung für die Veröffentlichung dieser Aufsätze auf Anregung und unter dem »Protektorat« der »Preußischen Oberrechnungskammer mit Sitz in Bielefeld« (Berghahn) in »pikanter« Weise auf die nicht mehr nur latente innerdisziplinäre Konfliktsituation der Sozialgeschichte. Denn der beschwörende Unterton ist unüberhörbar, wenn Nipperdey im Vorwort u. a. versichert, daß »unsere Wissenschaft« glücklicherweise »nicht in Lager zerfällt und daß das Gespräch der Forscher unter sich [...] offen bleibt« (S. 10).

In vier Gruppen hat Nipperdey 16 (mit einer Ausnahme unverändert gelassene) Abhandlungen »Zur Theorie der Geschichtswissenschaft« (I), über »Allgemeine Probleme der Neuzeit« (II), über die Zeit »Zwischen den Revolutionen: Vom späten 18. Jh. bis 1848« (III) und über »Kaiserreich und Republik« (IV) zusammengefaßt. Sie können hier nicht einmal vollständig genannt, geschweige denn alle vorgestellt werden. Dies ist um so bedauerlicher, als diese zeitlich und thematisch weitgespannten Studien u. a. zur (andauernden) »Grundlagendebatte« in der Geschichtswissenschaft, zur Begriffsgeschichte, zur Partei- und Ver-

⁶ Der Verfasser gibt jeweils den Ort der Ersterscheinung an (vgl. den Anmerkungsteil, S. 134 – 183).

der Terminus schon vor 1828 verwendet worden sei, allerdings nicht als »Kampfbegriff im Sinne der Emanzipation« (S. 128), sondern um eine kritische und ablehnende Stellung gegenüber der Judenemanzipation zu bekunden. Der Verfasser stellt ferner Überlegungen an, warum der Begriff zwischen 1830 und 1848 »eine so überragende Bedeutung« (S. 130) zu gewinnen vermochte, und behandelt neben seinen positiven Aspekten auch seine Schwächen, die in der doppeldeutigen Verwendungsmöglichkeit begründet lagen (S. 130 ff.). Rürup leitet den Überblick über die Antisemitismusforschung (Teil V) dankenswerterweise mit einigen Definitionsversuchen für den nicht eindeutigen Begriff »Antisemitismus« ein (S. 115 ff.). Diese Bemühungen sind hervorzuheben, weil in der Literatur oft Unklarheit über die Verwendung des Begriffes herrscht, zumal er nach 1945 in seiner Bedeutung erweitert wurde – eine Tatsache, die nach Rürup Berücksichtigung finden müsse (S. 113 f.).

Im übrigen grenzt der Verfasser den »bürgerlichen« Antisemitismus vom »faschistischen« ab (S. 116; vgl. auch S. 111 f.) und stellt dann die marxistische Position der bürgerlichen Antisemitismusforschung gegenüber, deren Schwerpunkte jeweils analysiert und deren Ergebnisse zusammengefaßt werden (S. 117–125). Allerdings bedarf die Skizze der Auseinandersetzung und Interpretation des Antisemitismus durch die deutsche Sozialdemokratie einiger Korrekturen und Ergänzungen, zumal wenn Aussagen über den Stellenwert von Karl Marx' »Zur Judenfrage« (1843) innerhalb der sozialdemokratischen Position und über die Reaktion der Sozialdemokratie auf den Antisemitismus im Kaiserreich getroffen werden.

Auch wenn die Studien außer Bibliographie und Anhang: Emanzipation. Anmerkungen zur Begriffsgeschichte (Teil VI) schon als Einzelveröffentlichungen in verschiedenen Fachzeitschriften und Handbüchern zugänglich waren⁶, stellt ihre zusammenhängende Darbietung eine wesentliche Anregung und Hilfe für alle dar, die sich mit der Judenfrage beschäftigen, und muß ihnen als unerläßliche Lektüre empfohlen werden.

Rosemarie Leuschen-Seppel

Thomas Nipperdey, *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 18), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 466 S., kart., 64 DM.

»Den Freunden der Berliner Jahre 1967–1972« hat Nipperdey diese Zusammenstellung seiner (nicht nur in der Selbsteinschätzung) »wichtigeren Arbeiten« aus der Zeit zwischen 1958 und 1975 gewidmet. Mag sich darin eine – wie auch immer geartete – Reminiszenz des »Wahl-Münchener« an seine hochschulpolitischen »Kampfjahre« andeuten, so verweist seine Entscheidung für die Veröffentlichung dieser Aufsätze auf Anregung und unter dem »Protektorat« der »Preußischen Oberrechnungskammer mit Sitz in Bielefeld« (Berghahn) in »pikanter« Weise auf die nicht mehr nur latente innerdisziplinäre Konfliktsituation der Sozialgeschichte. Denn der beschwörende Unterton ist unüberhörbar, wenn Nipperdey im Vorwort u. a. versichert, daß »unsere Wissenschaft« glücklicherweise »nicht in Lager zerfällt und daß das Gespräch der Forscher unter sich [...] offen bleibt« (S. 10).

In vier Gruppen hat Nipperdey 16 (mit einer Ausnahme unverändert gelassene) Abhandlungen »Zur Theorie der Geschichtswissenschaft« (I), über »Allgemeine Probleme der Neuzeit« (II), über die Zeit »Zwischen den Revolutionen: Vom späten 18. Jh. bis 1848« (III) und über »Kaiserreich und Republik« (IV) zusammengefaßt. Sie können hier nicht einmal vollständig genannt, geschweige denn alle vorgestellt werden. Dies ist um so bedauerlicher, als diese zeitlich und thematisch weitgespannten Studien u. a. zur (andauernden) »Grundlagendebatte« in der Geschichtswissenschaft, zur Begriffsgeschichte, zur Partei- und Ver-

⁶ Der Verfasser gibt jeweils den Ort der Ersterscheinung an (vgl. den Anmerkungsteil, S. 134 – 183).

bandsgeschichte und zur »sozialen Ideengeschichte« ausnahmslos jenes Gütesiegel »relevant« (im Sinne des Fortschritts historischer Erkenntnis) tragen, dessen Verwendbarkeit Nipperdey selbst insoweit ja in Frage gestellt hat, als er den (vor allem fachintern grassierenden) Fetischismus eines politisch-pädagogisch reduzierten Relevanzideals attackierte, der Objektbereich wie Forschungsmethoden und selbst Darstellungsweisen der Historie drastisch einzuengen droht(e). Trotz der Vehemenz seiner Zurückweisung »einsinniger Deformationen« (S. 371) einer rein »präsentistischen« und/oder »zukunftsorientierten« Geschichtsbeurteilung (S. 19/21; vgl. u. a. S. 261 f.) formulierte Nipperdey weit mehr als etwa elfenbeinturminspiriertes oder gar larmoyantes Unbehagen vor allem gegenüber dem, was er als »neue ›kritische‹ Richtung« etikettiert (S. 9; vgl. u. a. S. 22). Dies zeigen nicht allein seine gewissermaßen zeitlosen, obgleich stark von der augenblicklichen »Diskussionslage« (S. 60) bedingten Ausführungen ›Über Relevanz‹ (S. 12 ff.), sondern auch, ja fast mehr noch seine anschließenden geschichtstheoretischen Überlegungen zur ›anthropologischen Dimension der Geschichtswissenschaft‹ (S. 33 ff.) und über ›Historismus und Historismuskritik heute‹ (S. 59 ff.).

Nun mag Nipperdeys methodologisch umfassend begründetes Engagement für die Wahrung der »revolutionären Implikation des Historismus« (S. 26 f.) nicht zuletzt im Interesse einer »unideologischen politischen Pädagogik« (S. 28) nicht immer ganz frei sein von subtil bis massiv polemischer Überzeichnung ›gegnerischer‹ Intentionen (vgl. z. B. S. 22, 61, 262 und 367). Doch bleibt sein Plädoyer für den bedachten Verzicht auf – womöglich moralisierende – Verabsolutierung »präsentistisch-futuralistisch« (S. 262) bestimmter Selektions- und Beurteilungskriterien einer (in der Selbstdarstellung) »kritisch-progressiven« Geschichtsschreibung (S. 22; vgl. u. a. S. 59, 68 und 261) keineswegs bloße Funktion seiner Auseinandersetzung mit den »Protagonisten der [gesellschaftlichen] Relevanz« (S. 23), mit einseitig »an Gesellschaft und Struktur fixierten« ›Emanzipationshistorikern‹ (S. 366). »Pluralismus der Forschung« oder »Herrschaft des Relevanzprinzips« (S. 25) ist für Nipperdey eine Alternative, die wissenschaftsethisch wie vor allem wissenschaftslogisch nicht zu umgehen ist. Daß »die Historie [...] der Vergangenheit zurückgeben« müsse, »was die Zukunft besitzt (und die Vergangenheit, die einmal Zukunft war, besaß): die ihr zugehörige Ungewißheit« (S. 366; vgl. u. a. S. 26 und 263), bezeichnet sowohl das Ergebnis methodologischer Reflexion Nipperdeys als auch die ihn leitende Forschungsmaxime. Von daher verbindet sich der publizistische Kampf des erklärtermaßen als »skeptischer ›Semihistorist‹« (S. 371) antretenden *Kritiker* Nipperdey gegen die »dezisionistische Erhebung partikularer Standpunkte [...] zur Norm« (S. 25) wissenschaftlichen Arbeitens – etwa in Gestalt von ›Wehlers ›Kaiserreich‹« (S. 360 ff.) – bruchlos mit den eigenen, ungemein gedanken- und kenntnisreichen empirischen Forschungen des *Historikers* Nipperdey.

Besonders greifbar wird das unausgesetzte Bemühen um Variabilität der Methoden (vgl. S. 9) wie um komplementäre Behutsamkeit der Interpretationen und/oder historischen Urteile (vgl. auch S. 259 ff. den wohl nur glänzend zu nennenden Vortrag über die Bedingungen der Revolution von 1848) gerade in den Spezialuntersuchungen, die sein Verständnis von Sozialgeschichte als einer multidimensionalen »Aspektwissenschaft« (S. 9) von der Struktur ihres Gegenstands her vielleicht am ehesten auf die Probe stellen. Es sind dies – um nur sie hier noch zu erwähnen – seine in der Tat »Neuland erschließenden Lieblingsaufsätze« (S. 9): der originelle Versuch, nichtschriftliche Quellen wie »künstlerische Symbole« für die sozialgeschichtliche Analyse epochaler »Bewußtseinszustände« in spezifischen Erscheinungsformen auszuwerten (S. 133 ff.: ›Nationalidee und Nationaldenkmal im 19. Jh.‹); ferner die beiden ›Fallstudien zur Modernisierung‹: einmal der Aufsatz über den ›Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jh.‹ (S. 174 ff.), in dem Nipperdey unbestreitbar zeigen konnte, daß die »eminente Bedeutung des Vereinswesens für Politik und Wirtschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert nur begreifbar wird,

wenn man die Wandlungen der anthropologischen Struktur der mitmenschlichen Beziehungen und des Verhältnisses des Menschen zur ›Kultur‹ genau untersucht« (Anm. 12 auf S. 418); zum andern seine Studie über ›Volksschule und Revolution im Vormärz‹ (S. 206 ff.), in der er unter Berücksichtigung zahlreicher interdependenter Faktoren die »revolutionären Sympathien« der Gruppe der Volksschullehrer überzeugend begründet hat und dabei in der Tat zu einer »Analyse des sozialen Typs« (S. 49 f.) vorgestoßen ist.

In diesen (wie in den übrigen wieder abgedruckten) Arbeiten wird eindringlich in Erinnerung gerufen und exemplarisch demonstriert, daß die schwierige *Vermittlung* zwischen »beobachtbaren [›objektiven‹] Umständen und beobachtbarem [›subjektivem‹] Verhalten« (S. 49) in jedem Fall versucht werden muß; daß der Historiker – gleich welcher ›Richtung‹ – nie auf das mühsame Unterfangen verzichten darf, »zwischen Sozialstatistik, Politik und Selbstverständnis eine wirkliche Verbindung zu stiften« (S. 50; vgl. S. 56). Ohne Zweifel liegt darin ein wirksames Korrektiv jeder Methode, die zu »einer etwas fatalen Eindeutigkeit« (S. 369) der Ergebnisse führt – wo immer diese auch festzustellen sein mag.

Ulrich Engelhardt

Texte zur Theorie des politischen Strafrechts Ende des 18. Jh./Mitte des 19. Jh., hrsg., eingel. und mit einem Register vers. von Friedrich-Christian Schroeder, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1974, XIII, 397 S., Ln., 66 DM (Mitgliederpreis 37,50 DM).

Die hier vorgelegte Textauswahl erhebt den Anspruch, die theoretischen Grundlagen einer Entwicklung zu dokumentieren, welche in knapp einhundert Jahren den älteren Begriff des Majestätsverbrechens durch die modernen Begriffe des Hoch- und Landesverrats abgelöst hat.

Zu diesem Zweck werden die Schriften neun verschiedener Autoren aus der Zeit von 1783 bis 1799 und von 1849 bis 1851 vorgestellt. Der Herausgeber, der als Professor für Strafrecht an der Universität Regensburg tätig ist und bereits eine systematische Untersuchung zum strafrechtlichen Schutz von Staat und Verfassung vorgelegt hat¹, führt gute Gründe dafür ins Feld, daß sich die von ihm ausgewählten Beiträge auf zwei so relativ kurze Zeitabschnitte konzentrieren: In den Jahren vor der Wende zum 19. Jahrhundert wurde die Regelung der politischen Delikte im Preußischen Allgemeinen Landrecht teils vorbereitet, teils systematisierend interpretiert, und im Anschluß an die Ereignisse von 1848/49 wurde verstärkt über die Möglichkeiten und Grenzen eines politischen Strafrechts rasonniert. In beiden Fällen sind es Perioden des revolutionären Umbruchs, welche dazu herausfordern, neue Maßstäbe für das politische Strafrecht zu entwickeln. Dieser Tatbestand wird in Schroeders Einleitung freilich nicht thematisiert; stattdessen findet sich die etwas hochgegriffene Bemerkung, es handele sich bei der Auswahl dieser »Momentaufnahmen« um eine »methodisch [. . .] neuartige Konzeption« (S. VII). Der Herausgeber läßt seine Anthologie mit einem Auszug aus der von der Berner ökonomischen Gesellschaft im Jahre 1782 preisgekrönten Schrift *Hans Ernst von Globigs* und *Johann Georg Husters* über »Staatsverbrechen« beginnen (S. 1–13), der er »archaische Größe« attestiert (S. VII).

Die Arbeit der beiden sächsischen Juristen ist in der Tat ein wichtiges rechtstheoretisches Dokument. Es markiert die aus der Aufklärung hervorgegangene völlige Umgestaltung der Rechtsgüterordnung. Der Staat übernimmt nun die Spitzenstellung unter den strafrechtlich geschützten Werten; ihm wird die Person des Regenten nachgeordnet². Strittig ist allerdings, ob die im Allgemeinen Landrecht von 1791/94 erstmals ausgebildete Unterscheidung

1 *Friedrich-Christian Schroeder*, Der Schutz von Staat und Verfassung im Strafrecht. Eine systematische Darstellung, entwickelt aus Rechtsgeschichte und Rechtsvergleichung, München 1970.

2 *Dietrich Oehler*, Wandel und Wert der strafrechtlichen Legalordnung, Berlin 1950, S. 105.

wenn man die Wandlungen der anthropologischen Struktur der mitmenschlichen Beziehungen und des Verhältnisses des Menschen zur ›Kultur‹ genau untersucht« (Anm. 12 auf S. 418); zum andern seine Studie über ›Volksschule und Revolution im Vormärz‹ (S. 206 ff.), in der er unter Berücksichtigung zahlreicher interdependenter Faktoren die »revolutionären Sympathien« der Gruppe der Volksschullehrer überzeugend begründet hat und dabei in der Tat zu einer »Analyse des sozialen Typs« (S. 49 f.) vorgestoßen ist.

In diesen (wie in den übrigen wieder abgedruckten) Arbeiten wird eindringlich in Erinnerung gerufen und exemplarisch demonstriert, daß die schwierige *Vermittlung* zwischen »beobachtbaren [›objektiven‹] Umständen und beobachtbarem [›subjektivem‹] Verhalten« (S. 49) in jedem Fall versucht werden muß; daß der Historiker – gleich welcher ›Richtung‹ – nie auf das mühsame Unterfangen verzichten darf, »zwischen Sozialstatistik, Politik und Selbstverständnis eine wirkliche Verbindung zu stiften« (S. 50; vgl. S. 56). Ohne Zweifel liegt darin ein wirksames Korrektiv jeder Methode, die zu »einer etwas fatalen Eindeutigkeit« (S. 369) der Ergebnisse führt – wo immer diese auch festzustellen sein mag.

Ulrich Engelhardt

Texte zur Theorie des politischen Strafrechts Ende des 18. Jh./Mitte des 19. Jh., hrsg., eingel. und mit einem Register vers. von Friedrich-Christian Schroeder, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1974, XIII, 397 S., Ln., 66 DM (Mitgliederpreis 37,50 DM).

Die hier vorgelegte Textauswahl erhebt den Anspruch, die theoretischen Grundlagen einer Entwicklung zu dokumentieren, welche in knapp einhundert Jahren den älteren Begriff des Majestätsverbrechens durch die modernen Begriffe des Hoch- und Landesverrats abgelöst hat.

Zu diesem Zweck werden die Schriften neun verschiedener Autoren aus der Zeit von 1783 bis 1799 und von 1849 bis 1851 vorgestellt. Der Herausgeber, der als Professor für Strafrecht an der Universität Regensburg tätig ist und bereits eine systematische Untersuchung zum strafrechtlichen Schutz von Staat und Verfassung vorgelegt hat¹, führt gute Gründe dafür ins Feld, daß sich die von ihm ausgewählten Beiträge auf zwei so relativ kurze Zeitabschnitte konzentrieren: In den Jahren vor der Wende zum 19. Jahrhundert wurde die Regelung der politischen Delikte im Preußischen Allgemeinen Landrecht teils vorbereitet, teils systematisierend interpretiert, und im Anschluß an die Ereignisse von 1848/49 wurde verstärkt über die Möglichkeiten und Grenzen eines politischen Strafrechts rasonniert. In beiden Fällen sind es Perioden des revolutionären Umbruchs, welche dazu herausfordern, neue Maßstäbe für das politische Strafrecht zu entwickeln. Dieser Tatbestand wird in Schroeders Einleitung freilich nicht thematisiert; stattdessen findet sich die etwas hochgegriffene Bemerkung, es handele sich bei der Auswahl dieser »Momentaufnahmen« um eine »methodisch [...] neuartige Konzeption« (S. VII). Der Herausgeber läßt seine Anthologie mit einem Auszug aus der von der Berner ökonomischen Gesellschaft im Jahre 1782 preisgekrönten Schrift *Hans Ernst von Globigs* und *Johann Georg Husters* über »Staatsverbrechen« beginnen (S. 1–13), der er »archaische Größe« attestiert (S. VII).

Die Arbeit der beiden sächsischen Juristen ist in der Tat ein wichtiges rechtstheoretisches Dokument. Es markiert die aus der Aufklärung hervorgegangene völlige Umgestaltung der Rechtsgüterordnung. Der Staat übernimmt nun die Spitzenstellung unter den strafrechtlich geschützten Werten; ihm wird die Person des Regenten nachgeordnet². Strittig ist allerdings, ob die im Allgemeinen Landrecht von 1791/94 erstmals ausgebildete Unterscheidung

1 *Friedrich-Christian Schroeder*, Der Schutz von Staat und Verfassung im Strafrecht. Eine systematische Darstellung, entwickelt aus Rechtsgeschichte und Rechtsvergleichung, München 1970.

2 *Dietrich Oehler*, Wandel und Wert der strafrechtlichen Legalordnung, Berlin 1950, S. 105.

des Landesverrats (als »Verbrechen gegen die äußere Sicherheit des Staates«) vom Hochverrat (der »auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung [. . .]« abzielt) bereits auf die von Globig und Huster vorgeschlagene Systematik (S. 3 ff.) zurückgeht. Die ältere Literatur hat dies vielfach ohne nähere Begründung angenommen³, während Schroeder mit überzeugenden Argumenten nachgewiesen hat, daß die Fragestellung für von Globig und Huster noch ganz dem aufklärerischen Interesse folgte, die Staatsverbrechen insgesamt gegenüber dem Angriff auf den Regenten hervorzuheben⁴.

Weniger originell ist demgegenüber die Arbeit von *Caietan Filangieri* über »Verbrechen gegen den Souverän« (S. 15–29), ein Auszug aus seinem vielbändigen »System der Gesetzgebung«. Der Sohn eines neapolitanischen Fürsten geht bei seiner Untersuchung vom Begriff der Souveränität aus und stellt dementsprechend erneut die Person des Herrschers in den Vordergrund der strafrechtlichen Würdigung.

Vermutlich hat Schroeder den Filangieri-Text vor allem deshalb ausgewählt, um seine schon früher geäußerte These⁵ zu belegen, wonach nicht Globig und Huster, sondern Filangieri als Vorbild für die Trennung von Hochverrat und Landesverrat im ALR gedient habe (S. VIII).

In einer Sammlung zum politischen Strafrecht darf natürlich die Schrift des jungen *Anselm Feuerbach* über das »Verbrechen des Hochverrats« (1798) nicht fehlen (S. 31–95)⁶. Ob man freilich das bei Feuerbach den Staat konstituierende System von drei gesellschaftlichen Grundverträgen, das sich immerhin bis in die legislatorische Praxis als fruchtbar erwiesen hat, mit dem »staatsphilosophischen Konstruktivismus« Filangieris (S. IX) auf eine Stufe stellen sollte, wie Schroeder es tut, ist durchaus zweifelhaft. Zutreffend ist dagegen die von Schroeder hervorgehobene institutionalisierende Betrachtungsweise Feuerbachs, wie sie sich im Begriff des Staates als »moralische Person«⁷ ankündigt. Eine Hervorhebung hätte freilich auch die von Feuerbach vertretene Lehre vom Widerstandsrecht (S. 86 f.) verdient⁸. Empirischer, nämlich auf den Schutz des »politischen Daseins« (S. 98), also der Regierungsform, der Integrität und Unabhängigkeit des Staates, gerichtet, ist der ausführliche Aufsatz *Gallus Aloys Kleinschrods* »über den Begriff und die Strafbarkeit des Hochverrats« (S. 97–130) aus dem Jahre 1798⁹. Feuerbachs Antipode bei der Diskussion um die Schaffung des bayrischen Strafgesetzbuches, bei der schließlich Feuerbach obsiegte, war jedoch von einer strafrechtlichen Verabsolutierung des Staatsschutzes weit entfernt. Neben der politischen Existenz des Staates sah er als durchaus gesondertes Rechtsgut seine Verfassung. Nicht nur aus diesem Grunde bieten die Gedanken Kleinschrods manche Anknüpfungspunkte für die moderne Strafrechtswissenschaft. Kernstück des politischen Strafrechts ist bei ihm das im Gesellschaftsvertrag verbundene Volk. Demgegenüber tritt – von Feuerbach in der Kontroverse um das bayrische Strafgesetzbuch scharf kritisiert¹⁰ – der Herrscherschutz deutlich zurück. Modern mutet auch das Interesse Kleinschrods an der Frage hochverräterischer Vereinigungen an. Ausgehend von der Erfahrung des französischen Revolu-

3 Zuletzt *Oehler*, S. 101, 119.

4 *Schroeder*, Der Schutz von Staat und Verfassung, S. 39 f.

5 *Ebda.*, S. 41, 49.

6 Sie liegt freilich seit 1970 in einem vollständigen Reprint vor.

7 Dies allerdings nicht, wie angegeben (S. IX), auf S. 50, sondern S. 81 der vorliegenden Edition.

8 Deutlicher freilich in seinem *Anti-Hobbes*. Vgl. *Richard Hartmann*, P. J. A. Feuerbachs politische und strafrechtliche Grundanschauungen, Berlin – DDR 1961, S. 35 f.

9 Nicht 1799. Vgl. *Christian Baltzer*, Die geschichtlichen Grundlagen der privilegierten Behandlung politischer Straftäter im Reichsstrafgesetzbuch von 1871, jur. Diss. Bonn 1966, S. 85, Anm. 47. Bei richtiger Datierung wird auch die in Schroeders Anordnung gestörte Chronologie wiederhergestellt.

10 Kritisch gegen Kleinschrod auch v. Globig, der entgegen der grundsätzlichen Absage an die Todesstrafe in seiner Berner Preisschrift für einen gegenüber Kleinschrod erweiterten Anwendungsbereich der Todesstrafe im bayerischen StGB eintrat. Vgl. *Baltzer*, S. 125.

tionskrieges prüft er die Frage, ob für denjenigen eine Strafbarkeit wegen Hochverrats gegeben sei, der dem Feind dazu verhilft, im besetzten Land die Verfassung zu ändern. Grundsätzlich wird diese Frage von Kleinschrod bejaht: »Aber der bloße Eintritt in Volksgesellschaften oder Clubbs, die sich mit der Veränderung der Staatsform abgegeben, kann unsträflich sein, wenn er in guter Absicht geschah, um durch Ansehen solche Gesellschaften auf gute Wege zu leiten [...] Die Beschlüsse solcher Versammlungen machen nur jene verantwortlich, welche dazu ihre Stimme gaben, nicht die andersdenkenden« (S. 118).

Die Strafrechtsdiskussion vor 1800 wird schließlich durch einen Auszug über »Verbrechen gegen die öffentliche Rechtssicherheit des Staats« aus *Karl Grolmans* Strafrechtslehrbuch dokumentiert (S. 131–142), der freilich kaum neue Gesichtspunkte hinzufügt.

Nicht berücksichtigt sind in Schroeders Edition die Theoretiker des politischen Strafrechts in der Restaurationszeit nach 1815. Dies mag unter dem Gesichtspunkt vertretbar erscheinen, daß bleibende theoretische Leistungen von ihnen nicht erbracht worden sind. Immerhin aber haben sie wesentlich dazu beigetragen, das politische Klima der Demagogenverfolgung strafrechtlich abzusichern, und ein Reaktionär wie *Karl Albert von Kamptz* (1769–1849) vermochte den preußischen Strafrechtsentwurf von 1836 mit seiner Tendenz zu einem politischen Gesinnungsstrafrecht erheblich zu beeinflussen¹¹. Auf der anderen Seite fehlt auch der radikale Demokrat *Ludwig Frey* (1810–1871), der seit Mitte der dreißiger Jahre aus seinem schweizerischen Exil die deutsche Rechtsgelehrsamkeit zu erregen verstand. Das Fehlen der konservativen Strafrechtler in Schroeders Edition ist besonders deshalb bedauerlich, weil erst vor diesem Hintergrund die große Leistung der liberalen Strafrechtslehre deutlich wird, die neben einer Infragestellung des gerade im Bereich des politischen Strafrechts so problematischen Abschreckungsprinzips dazu führte, den politischen Straftäter gegenüber dem »gemeinen Kriminellen« nach Strafmaß und Strafart (»Festungshaft«) zu privilegieren. Dies aber dürfte sozialgeschichtlich, etwa für die Herausbildung einer politischen Führungsschicht der Arbeiterbewegung, das wohl wichtigste Ergebnis der von Schroeders Edition ins Auge gefaßten theoretischen Entwicklung sein. Aus dem gleichen Grunde muß besonders bedauert werden, daß *Carl Joseph Anton Mittermaier*, der zu dieser Entwicklung mehr als jeder andere beigetragen hat, mit keiner seiner Arbeiten vertreten ist. Besonders hätte sich einer seiner Artikel im Staatslexikon von Rotteck und Welcker dazu angeboten (»Hochverrat«, »Strafarten«).

Statt dessen hat Schroeder auf vier Autoren zurückgegriffen, die bei allen Unterschieden doch vor allem durch ihre zeitgenössische liberale Verwandtschaft auffallen: *Heinrich Marguardsen*, *Theodor Brackenhoeft* (der als einziger Autor ohne seinen vollen Vornamen erscheint), *Heinrich von Feder* und *Carl von Schirach*. Der aus dem Jahre 1851 stammende Beitrag von Schirachs (S. 305–392) »über politische Verbrechen« ist allerdings deshalb interessant, weil er ein frühes Beispiel für die Beschäftigung mit der – von ihm deutlich unterschiedenen – sozialistischen und kommunistischen Bewegung unter strafrechtlichen Gesichtspunkten bietet. Dabei kommt Schirach zu dem Ergebnis, daß das »soziale Verbrechen«, weil gegen die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt gerichtet, als das schwerwiegendste politische Delikt anzusehen sei (S. 333 ff.).

Bei Schroeders Edition handelt es sich um eine photomechanische Reproduktion der Originaltexte. Dies Verfahren hat durchaus auch sachliche Vorzüge. Einiges Erstaunen verursacht dabei allerdings der doch recht stattliche Verkaufspreis. Die überaus knappe Einführung beschränkt sich auf recht cursorische Bemerkungen. Der Versuch einer Einordnung in den jeweiligen historischen Kontext ist weitgehend unterblieben.

Zumindest dürfte man wohl die Angabe der notdürftigen biographischen Daten für die

¹¹ *Eberhard Schmidt*, Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, Göttingen ³1965, S. 317 f.

vorgestellten Autoren erwarten. Auf erläuternde Anmerkungen hat Schroeder verzichtet. Lediglich das – entgegen der Titelanündigung von Friederike Lehle angefertigte (S. XIII) – Register bietet eine bescheidene Orientierungshilfe. Die wünschenswerte Anregung des Interesses an der spezifisch deutschen Tradition des politischen Strafrechts, die in vieler Hinsicht so verhängnisvolle Folgen gezeitigt hat, wird durch diesen Band nur bei wenigen Spezialisten gelingen.

Martin Martiny

Hans H. Gerth, *Bürgerliche Intelligenz um 1800. Zur Soziologie des deutschen Frühliberalismus*. Mit einem Vorwort und einer ergänzenden Bibliographie hrsg. von Ulrich Herrmann (= *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, Bd. 19), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 155 S., kart., 24 DM.

Mit der Studie von Hans Gerth wird ein Buch angezeigt, das bereits vor vierzig Jahren als Dissertation geschrieben worden ist, jetzt aber zum erstenmal veröffentlicht wird. Daß es so lange Zeit nach seiner Entstehung überhaupt und überdies als Band der von Wehler, Kocka u. a. herausgegebenen »Kritischen Studien« gedruckt wird, läßt vermuten, daß es sich gleichwohl um ein »modernes« und »aktuelles« Buch handelt. Die Vermutung trägt nicht. Modern und aktuell ist Gerths Buch nun freilich weniger, weil in ihm mit struktur- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen, Ansätzen und Methoden gearbeitet worden ist, sondern weil es ein gutes, anregendes, lesenswertes Buch ist. Solche Bücher sind immer modern und aktuell; unter anderen Gesichtspunkten aber sind Modernität und Aktualität keine Kriterien für die Beurteilung von Literatur. Es war also zweifellos verdienstvoll, die einst nur als VDI-Druck vervielfältigte Dissertation jetzt einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Und es bleibt auch dann verdienstvoll, wenn man die Edition weniger dramatisierend begründet, als es der Herausgeber tut. Sicher ist es bedauerlich, daß manche nützliche und tüchtige sozialwissenschaftliche und historische Untersuchung jener Zeit, die immer noch auf verbreitetes Interesse stieß, bis heute übersehen und vergessen worden ist und vielleicht für immer übersehen und vergessen wird. Daß damit nun aber gleich die Intentionen der Nazis, »das kritische Bewußtsein der historischen Sozialforschung [der zwanziger und dreißiger Jahre] zum Verstummen zu bringen«, vollzogen werden, vermag ich dennoch nicht ganz einzusehen. So ganz unbekannt ist nun wahrlich nicht, was es damals an neuen, weiterwirkenden Ansätzen auf dem weiten Gebiet der Sozialwissenschaften gegeben hat. Herrmann selbst nennt Mannheim, Horkheimer, Pollock und andere Namen, die dafür sprechen. Und was ein »Beitrag zur Wiedergutmachung an uns selbst« ist, verstehe ich rein sprachlich nicht. Das aber nur nebenbei. Im übrigen ist Ulrich Herrmann dafür zu danken, daß er in einer knappen, informativen Einleitung die geistigen und institutionellen Bedingungen, in denen die Arbeit Gerths entstanden ist, erhellt und auf die konzeptionellen Grundlagen seines Forschens, Denkens und Schreibens hingewiesen hat. Gleichsam ein Stück Wissenssoziologie am Beispiel eines jungen Gelehrten und seiner ersten größeren Arbeit, der in hohem Maße von Mannheims Soziologie des Erkennens und Wissens und darüber hinaus von den historisch-sozialwissenschaftlichen Kategorien Max Webers zu Leitlinien der eigenen Deutung gewordene Anregungen erfahren hat.

Gerth fragt in seiner Abhandlung nach der Ursprungssituation frühliberalen Denkens; genauer – da er sich der Vielfältigkeit und Mehrdeutigkeit der historischen Lebenswirklichkeit auf eindrucksvolle Weise bewußt ist –: nach bedeutsamen sozioökonomischen und soziokulturellen Milieus und Lebensbedingungen, die aus einer stark ständisch geprägten Staats- und Gesellschaftsordnung heraus »Zugangschancen zum liberalen Denken« boten. Geringen Raum nimmt dabei die heute bei sozialwissenschaftlich orientierten Historikern gar zu rasch, im Übermaß und gelegentlich etwas kurzschlüssig gebrauchte Kategorie des

vorgestellten Autoren erwarten. Auf erläuternde Anmerkungen hat Schroeder verzichtet. Lediglich das – entgegen der Titelanündigung von Friederike Lehle angefertigte (S. XIII) – Register bietet eine bescheidene Orientierungshilfe. Die wünschenswerte Anregung des Interesses an der spezifisch deutschen Tradition des politischen Strafrechts, die in vieler Hinsicht so verhängnisvolle Folgen gezeitigt hat, wird durch diesen Band nur bei wenigen Spezialisten gelingen.

Martin Martiny

Hans H. Gerth, *Bürgerliche Intelligenz um 1800. Zur Soziologie des deutschen Frühliberalismus*. Mit einem Vorwort und einer ergänzenden Bibliographie hrsg. von Ulrich Herrmann (= *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, Bd. 19), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 155 S., kart., 24 DM.

Mit der Studie von Hans Gerth wird ein Buch angezeigt, das bereits vor vierzig Jahren als Dissertation geschrieben worden ist, jetzt aber zum erstenmal veröffentlicht wird. Daß es so lange Zeit nach seiner Entstehung überhaupt und überdies als Band der von Wehler, Kocka u. a. herausgegebenen »Kritischen Studien« gedruckt wird, läßt vermuten, daß es sich gleichwohl um ein »modernes« und »aktuelles« Buch handelt. Die Vermutung trägt nicht. Modern und aktuell ist Gerths Buch nun freilich weniger, weil in ihm mit struktur- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen, Ansätzen und Methoden gearbeitet worden ist, sondern weil es ein gutes, anregendes, lesenswertes Buch ist. Solche Bücher sind immer modern und aktuell; unter anderen Gesichtspunkten aber sind Modernität und Aktualität keine Kriterien für die Beurteilung von Literatur. Es war also zweifellos verdienstvoll, die einst nur als VDI-Druck vervielfältigte Dissertation jetzt einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Und es bleibt auch dann verdienstvoll, wenn man die Edition weniger dramatisierend begründet, als es der Herausgeber tut. Sicher ist es bedauerlich, daß manche nützliche und tüchtige sozialwissenschaftliche und historische Untersuchung jener Zeit, die immer noch auf verbreitetes Interesse stieß, bis heute übersehen und vergessen worden ist und vielleicht für immer übersehen und vergessen wird. Daß damit nun aber gleich die Intentionen der Nazis, »das kritische Bewußtsein der historischen Sozialforschung [der zwanziger und dreißiger Jahre] zum Verstummen zu bringen«, vollzogen werden, vermag ich dennoch nicht ganz einzusehen. So ganz unbekannt ist nun wahrlich nicht, was es damals an neuen, weiterwirkenden Ansätzen auf dem weiten Gebiet der Sozialwissenschaften gegeben hat. Herrmann selbst nennt Mannheim, Horkheimer, Pollock und andere Namen, die dafür sprechen. Und was ein »Beitrag zur Wiedergutmachung an uns selbst« ist, verstehe ich rein sprachlich nicht. Das aber nur nebenbei. Im übrigen ist Ulrich Herrmann dafür zu danken, daß er in einer knappen, informativen Einleitung die geistigen und institutionellen Bedingungen, in denen die Arbeit Gerths entstanden ist, erhellt und auf die konzeptionellen Grundlagen seines Forschens, Denkens und Schreibens hingewiesen hat. Gleichsam ein Stück Wissenssoziologie am Beispiel eines jungen Gelehrten und seiner ersten größeren Arbeit, der in hohem Maße von Mannheims Soziologie des Erkennens und Wissens und darüber hinaus von den historisch-sozialwissenschaftlichen Kategorien Max Webers zu Leitlinien der eigenen Deutung gewordene Anregungen erfahren hat.

Gerth fragt in seiner Abhandlung nach der Ursprungssituation frühliberalen Denkens; genauer – da er sich der Vielfältigkeit und Mehrdeutigkeit der historischen Lebenswirklichkeit auf eindrucksvolle Weise bewußt ist –: nach bedeutsamen sozioökonomischen und soziokulturellen Milieus und Lebensbedingungen, die aus einer stark ständisch geprägten Staats- und Gesellschaftsordnung heraus »Zugangschancen zum liberalen Denken« boten. Geringen Raum nimmt dabei die heute bei sozialwissenschaftlich orientierten Historikern gar zu rasch, im Übermaß und gelegentlich etwas kurzschlüssig gebrauchte Kategorie des

wirtschaftlich-gesellschaftlichen Interesses, das sich an eine wirtschaftlich und sozial deutlich abgrenzbare Schicht knüpft, ein. Es gilt für Gerth vielmehr, »die Aufnahme jenes Gedankenguts als sozial bedingt zu erklären, ohne daß man allgemein und unmittelbar auf die Situation eines spezifisch modernen Bürgertums verweisen könnte«. Deshalb sucht Gerth nach Faktoren in unterschiedlichen Daseinssituationen, die dem Denken, Handeln und Verhalten von Menschen mit im übrigen ganz unterschiedlicher Interessenhaltung die gleiche Richtung wiesen. Dieser allenfalls am Rande auch nach Interessenbestimmtheit, vor allem aber nach Milieubedingtheiten fragende und deshalb betont weitgreifende, flexible Ansatz ist der Breite des Blickwinkels und der Assoziations- und Deutungsvielfalt der Darstellung und Analyse sehr zugute gekommen. Diese Breite und Vielfalt haben freilich keine Entsprechung in der Seitenzahl des Buches. Angesichts der gängigen Vorliebe für dicke, detailbesessene Bücher, in denen Breite mit Vielfalt und Aussagereichtum nicht immer im harmonischen Verhältnis steht, ist Gerths Arbeit von nachgerade hinreißender Kürze. Ganze dreiundsechzig Seiten und noch einmal zweiundvierzig Seiten mit höchst informationshaltigen Anmerkungen, die man in extenso mitlesen sollte, braucht er, um in einem »sozialgeschichtlichen Aufriß« den politisch-sozialen Hintergrund der Genesis liberalen Denkens in Deutschland und in knappen, gehaltvollen Milieu- und »Situations«studien – diesen Begriff sehr weit verstanden – die persönlich-soziale Herkunft (hier exemplarisch: das protestantische Pfarrhaus), den geistig-sozialen Werdegang (Schule und Universität) und die vielleicht wichtigsten Daseins- und Erfahrungsweisen der bürgerlichen Intelligenz, die in jener Zeit Zugangschancen zum liberalen Denken und Verhalten boten (Hofmeisterdienst, Öffentliche Meinung, Bürokratie), zu behandeln. Vieles, fast alles muß bei dieser Verbindung von Begrenztheit der Darstellung einerseits und Weite des Ansatzes andererseits skizzenhaft, andeutend und aphoristisch bleiben. Der Herausgeber hat bereits darauf hingewiesen, daß die neuere Forschung unser Wissen auf allen Gebieten, von denen Gerth handelt, in der Zwischenzeit im einzelnen erweitert und vertieft hat. Das gilt insbesondere für den ersten Abschnitt über die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnisse im halben Jahrhundert zwischen 1770 und 1820 und für den letzten über die Bürokratie. Ihr Informationswert ist vergleichsweise gering und die Interpretation weniger originell und überzeugend als beim Rest des Buches. Um so gelungener sind dafür die beiden mittleren Abschnitte, deren besonderer Reiz gerade in ihrer anregenden Skizzenhaftigkeit liegt. Sicher gab es nach Gerths Arbeit noch vielerlei über Schule und Universität und über die Entstehung und den »Strukturwandel der Öffentlichkeit« und der öffentlichen Meinung zu sagen (z. B. zur Geschichte der Institutionen, der Schule zumal) – der Kraft und dem Ideenreichtum, mit denen hier eine Fülle statistischen, biographischen und literarischen Materials zusammengefaßt und sinnreich interpretiert worden ist, tut das keinen Abbruch. Ein Kabinettstück ebenso knapp wie glänzend formulierter, assoziationsreicher Geschichtsdeutung, die gleichermaßen souverän aus ideen-, geistes-, sozial- und persönlichkeitsgeschichtlichen Quellen schöpft und den Mut hat, einen zeitlich und sachlich weiten Interpretationsbogen zu spannen, sind die zehn Seiten über die öffentliche Meinung. Wie dabei Entstehung der Öffentlichkeit, Kommerzialisierung des Literaturwesens, Entwicklung der periodischen Presse, Trennung von Haushalt und Betrieb, Privatheit und Öffentlichkeit, Gemeinde und Gesellschaft, Formwandel des Zeitungswesens hinsichtlich Inhalt und Rezeption, Politisierung und Hinwendung des Bürgertums zum Staat, Organisationsfunktion der Presse und »Demokratisierung des Wissens« miteinander in Beziehung gesetzt werden, mag im Einzelfall wegen einer gewissen Neigung zu Eindeutigkeiten anfechtbar und deshalb differenzierungsbedürftig sein: Es bleibt ein vorzügliches Beispiel weit über den interpretierten Text und die statistische Zahl hinausgreifender und dennoch an sie gebundener, sinnvermittelnder Geschichtsschreibung.

Fraglich scheint mir, ob es Gerth nun auch immer gelungen ist, überzeugend zu zeigen, daß

und weshalb die sozialen und kulturellen Milieus, die er darstellt und analysiert, besondere Zugangschancen zum liberalen Denken boten. Die Verbindungsstellen, an denen der Verfasser von der Milieuuntersuchung zur Begründung seiner These übergeht, wirken gelegentlich etwas konstruiert. Ungewiß bleibt auch, ob manche Situation nicht bereits von liberalem Denken und Verhalten geprägt und nicht erst deren Entstehungsbedingung war. Säuberlich zu trennen ist das ja wohl auch nicht. Hier liegen die Grenzen und die möglichen Gefahren aller Wissenssoziologie. Diese Bedenken treffen den Wert des Buches aber ebensowenig im Kern wie manche Begriffsunschärfen. Was ist »eine Struktursituation«? Sollte man um 1800 von »kleinbürgerlich-proletaroiden Schichten« sprechen? Zeichnet sich der Hofmeister, der in Familien unterschiedlichster wirtschaftlicher und sozialer Stellung diente, durch »horizontale und vertikale Mobilität« aus?

Volker Hentschel

Michael Klöcker, Theodor Brüggemann (1796 – 1866). Eine Studie zur preußischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Kultuspolitik und des politischen Katholizismus (= Schriftenreihe zur Geschichte und Politischen Bildung, Bd. 17), Verlag Aloys Henn, Ratingen/Kastellaun 1975, 356 S., kart., 56 DM.

Theodor Brüggemann, Gymnasialdirektor in Düsseldorf, Schulrat in Koblenz und Geheimrat in der Schulabteilung des Kultusministeriums, war bislang hauptsächlich den Kirchenhistorikern aus dem Zusammenhang des Hermesianismus (jener rationalistischen Reformbewegung im rheinischen Klerus der 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts) bekannt. Der aus Westfalen stammende Schulmann hatte sich in hohem Maße zugunsten dieser Richtung exponiert und dadurch den Zorn der orthodoxen Katholiken erregt, insbesondere als er in den – falschen – Verdacht geriet, an der Verhaftung des Erzbischofs v. Droste beteiligt gewesen zu sein.

In dieser überarbeiteten Kölner philosophischen Dissertation wird nun erstmalig die gesamte, viel weiterreichende Tätigkeit dieses preußischen Bürokraten einer genauen, kritischen, quellenmäßigen Untersuchung unterzogen. Grundlage dazu ist der 7000 Blatt umfassende Nachlaß Brüggemanns im Staatsarchiv Osnabrück, den der Verfasser als erster verwertet hat (abgesehen von anderen Archivbeständen). Diese außerordentlich günstige Quellenlage erlaubt es ihm, über das Biographisch-Punktueller hinausgehend, in exemplarischer Weise in die Mechanismen der preußischen Bürokratie und das Denken und Verhalten einer ganzen Schicht einzudringen. Keiner, der sich in Zukunft mit dem »Innenleben« des preußischen Staates unter Friedrich Wilhelm IV. beschäftigen will, kann an dieser Arbeit vorbeigehen.

Es sind zwei Bereiche, in denen sich Brüggemanns Tätigkeit abspielte: das Verhältnis von Kirche und Staat sowie das Problem der Ausgestaltung der Volks- und höheren Schulen. Beides waren ideologisch hochneuralgische Gebiete, welche der preußische Staat sich gänzlich einzuverleiben suchte: Bildete die Schule, besonders die höhere und die »Bürgerschule«, das Scharnier, welches das Bürgertum mit dem Staat verknüpfte (und daher die Doppelfunktion des Öffnens für die »gebildeten« Klassen und Abschließens für das »Volk« hatte), stellten die Staat-Kirche-Beziehungen in den westlichen Provinzen ein nicht klassenmäßiges, sondern konfessionelles Integrationsproblem dar: der mühsame, extrem mühsame Prozeß der Eingliederung der rheinisch-westfälischen Katholiken in den sich als protestantisch empfindenden Staat.

Dabei geht es nicht mehr bloß um den großen Kölner Kirchenkonflikt, sondern – und hier bewährt sich die »bürokratische« Sichtweise der Themenstellung – um die reale Verwaltungspraxis in all den Jahrzehnten zwischen 1820 und 1870. Es waren der tägliche Kleinkampf um die katholischen Lehrerseminare, um die Oberlehrerposten und die jährlichen

und weshalb die sozialen und kulturellen Milieus, die er darstellt und analysiert, besondere Zugangschancen zum liberalen Denken boten. Die Verbindungsstellen, an denen der Verfasser von der Milieuuntersuchung zur Begründung seiner These übergeht, wirken gelegentlich etwas konstruiert. Ungewiß bleibt auch, ob manche Situation nicht bereits von liberalem Denken und Verhalten geprägt und nicht erst deren Entstehungsbedingung war. Säuberlich zu trennen ist das ja wohl auch nicht. Hier liegen die Grenzen und die möglichen Gefahren aller Wissenssoziologie. Diese Bedenken treffen den Wert des Buches aber ebensowenig im Kern wie manche Begriffsunschärfen. Was ist »eine Struktursituation«? Sollte man um 1800 von »kleinbürgerlich-proletaroiden Schichten« sprechen? Zeichnet sich der Hofmeister, der in Familien unterschiedlichster wirtschaftlicher und sozialer Stellung diente, durch »horizontale und vertikale Mobilität« aus?

Volker Hentschel

Michael Klöcker, Theodor Brüggemann (1796 – 1866). Eine Studie zur preußischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Kultuspolitik und des politischen Katholizismus (= Schriftenreihe zur Geschichte und Politischen Bildung, Bd. 17), Verlag Aloys Henn, Ratingen/Kastellaun 1975, 356 S., kart., 56 DM.

Theodor Brüggemann, Gymnasialdirektor in Düsseldorf, Schulrat in Koblenz und Geheimrat in der Schulabteilung des Kultusministeriums, war bislang hauptsächlich den Kirchenhistorikern aus dem Zusammenhang des Hermesianismus (jener rationalistischen Reformbewegung im rheinischen Klerus der 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts) bekannt. Der aus Westfalen stammende Schulmann hatte sich in hohem Maße zugunsten dieser Richtung exponiert und dadurch den Zorn der orthodoxen Katholiken erregt, insbesondere als er in den – falschen – Verdacht geriet, an der Verhaftung des Erzbischofs v. Droste beteiligt gewesen zu sein.

In dieser überarbeiteten Kölner philosophischen Dissertation wird nun erstmalig die gesamte, viel weiterreichende Tätigkeit dieses preußischen Bürokraten einer genauen, kritischen, quellenmäßigen Untersuchung unterzogen. Grundlage dazu ist der 7000 Blatt umfassende Nachlaß Brüggemanns im Staatsarchiv Osnabrück, den der Verfasser als erster verwertet hat (abgesehen von anderen Archivbeständen). Diese außerordentlich günstige Quellenlage erlaubt es ihm, über das Biographisch-Punktuelle hinausgehend, in exemplarischer Weise in die Mechanismen der preußischen Bürokratie und das Denken und Verhalten einer ganzen Schicht einzudringen. Keiner, der sich in Zukunft mit dem »Innenleben« des preußischen Staates unter Friedrich Wilhelm IV. beschäftigen will, kann an dieser Arbeit vorbeigehen.

Es sind zwei Bereiche, in denen sich Brüggemanns Tätigkeit abspielte: das Verhältnis von Kirche und Staat sowie das Problem der Ausgestaltung der Volks- und höheren Schulen. Beides waren ideologisch hochneuralgische Gebiete, welche der preußische Staat sich gänzlich einzuverleiben suchte: Bildete die Schule, besonders die höhere und die »Bürgerschule«, das Scharnier, welches das Bürgertum mit dem Staat verknüpfte (und daher die Doppelfunktion des Öffnens für die »gebildeten« Klassen und Abschließens für das »Volk« hatte), stellten die Staat-Kirche-Beziehungen in den westlichen Provinzen ein nicht klassenmäßiges, sondern konfessionelles Integrationsproblem dar: der mühsame, extrem mühsame Prozeß der Eingliederung der rheinisch-westfälischen Katholiken in den sich als protestantisch empfindenden Staat.

Dabei geht es nicht mehr bloß um den großen Kölner Kirchenkonflikt, sondern – und hier bewährt sich die »bürokratische« Sichtweise der Themenstellung – um die reale Verwaltungspraxis in all den Jahrzehnten zwischen 1820 und 1870. Es waren der tägliche Kleinkampf um die katholischen Lehrerseminare, um die Oberlehrerposten und die jährlichen

Sachmittel, die ewigen Bezuschussungskonflikte, um die es wirklich ging, und nicht so sehr die theoretischen Grundsatzfragen. Immer wieder tauchen Statistiken auf, die die eklatante Bevorzugung evangelischer Schulen mit Personal usw. belegten, die den zermürbenden Kleinkrieg um die Verteilung des Finanz-»Kuchens« auf die beiden Konfessionen zeigten und allein geeignet sind, das wirkliche Klima deutlich zu machen. Brüggemann als Katholik war im Kultusministerium ein Fremdkörper – und ganz offiziell mit der Wahrnehmung der katholischen Schulinteressen beauftragt (obwohl er nicht eigentlich zur katholischen Abteilung gehörte). Die Papiere des Geheimen Oberregierungsrates enthüllen so eine Schattenseite des preußischen Staates, die von der gegenwärtigen Forschung weitgehend ignoriert wird, da sie nun einmal nicht in das alles-erklären-sollende sozio-ökonomische Interpretationsraster paßt.

Brüggemann selbst war ein durch und durch konservativer Mann: Das Hauptargument, mit dem er einen höheren Einfluß der katholischen Kirche verlangte, war deren Eignung als Stütze des Staates. Ganz so faßte er auch die Schulprobleme auf: Er verlangte einen maximalen konfessionellen Einfluß auf Volks- und höhere Schulen, wobei er dann mit den Anhängern Diesterwegs zusammenstieß. Auch war er ein strikter Anhänger des altsprachlichen Gymnasiums, neben dem es allerdings auch zweitrangige Realschulen geben dürfe. Diese Problemkreise hat der Verfasser mit einer breiten Kenntnis der gleichzeitigen pädagogischen, schultheoretischen und schulpolitischen Debatte erörtert, was ihn der Gefahr entgehen läßt, alles zu sehr durch die Brille seines Gewährsmannes zu sehen. Am Rande sei erwähnt, daß Brüggemann auch Landtagsabgeordneter im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus war und dort als Vertreter der katholischen Schulinteressen hervortrat. Nach Meinung des Rezensenten ist auch hier das Verdienst des Autors darin zu sehen, daß er stets den Weg von den offiziellen Verlautbarungen zur Verwaltungspraxis findet und es auf diesem Wege allein möglich macht, die tiefsitzende, allmählich schwelende Mißstimmung der rheinischen Katholiken verständlich zu machen.

Dem Autor ist mit dieser Arbeit ein höchst wertvoller Beitrag zum Problemkreis Staat – Kirche und Staat – Schule sowie zur Strukturanalyse der preußischen Bürokratie des 19. Jahrhunderts gelungen. Der Verfasser würde diesem Verdienst ein weiteres hinzufügen, wenn er die nicht wenigen, umfangreichen und wichtigen Denkschriften Brüggemanns, die er naturgemäß oft nur kurz behandeln konnte, gesammelt herausgeben wollte. Man könnte dann aus ihnen wohl noch Wesentliches zur inneren Geschichte Preußens entnehmen.

Christoph Weber

Peter Kühn, Materialien zu einer Geschichte der Mannheimer Unterschichten in der Zeit von 1835 – 1862 (1871) (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 34), Verlag Herbert Lang, Bern/Verlag Peter Lang, Frankfurt 1974, 261 S., brosch., 43,20 Fr.

»In comparison with the work available on British and American cities, there is depressingly little research being done on modern German urban history«. Diese Feststellung Sheehans aus dem Jahr 1971 (Past and Present, No. 51, S. 117) ist heute so gültig wie vor fünf Jahren. Noch immer ist der Arbeit Köllmanns über Barmen auf dem Gebiet der Stadtgeschichte wenig an die Seite zu stellen, obgleich es über die Fruchtbarkeit regional- und ortsgeschichtlicher Untersuchungen unter sozialgeschichtlicher Fragestellung kaum mehr Meinungsverschiedenheiten geben dürfte. Das Buch von Peter Kühn könnte als wesentlicher Teil einer Antwort auf die Frage gewertet werden, warum es entgegen der verbreiteten Einsicht in die Notwendigkeit und Wünschbarkeit solcher Arbeiten noch nicht mehr von ihnen gibt. Obgleich explizit wenig dazu gesagt wird, ist dieser Materialienband zugleich ein Buch über die quellenkritischen, methodischen und interpretatorischen Schwierigkeiten

Sachmittel, die ewigen Bezuschussungskonflikte, um die es wirklich ging, und nicht so sehr die theoretischen Grundsatzfragen. Immer wieder tauchen Statistiken auf, die die eklatante Bevorzugung evangelischer Schulen mit Personal usw. belegten, die den zermürbenden Kleinkrieg um die Verteilung des Finanz-»Kuchens« auf die beiden Konfessionen zeigten und allein geeignet sind, das wirkliche Klima deutlich zu machen. Brüggemann als Katholik war im Kultusministerium ein Fremdkörper – und ganz offiziell mit der Wahrnehmung der katholischen Schulinteressen beauftragt (obwohl er nicht eigentlich zur katholischen Abteilung gehörte). Die Papiere des Geheimen Oberregierungsrates enthüllen so eine Schattenseite des preußischen Staates, die von der gegenwärtigen Forschung weitgehend ignoriert wird, da sie nun einmal nicht in das alles-erklären-sollende sozio-ökonomische Interpretationsraster paßt.

Brüggemann selbst war ein durch und durch konservativer Mann: Das Hauptargument, mit dem er einen höheren Einfluß der katholischen Kirche verlangte, war deren Eignung als Stütze des Staates. Ganz so faßte er auch die Schulprobleme auf: Er verlangte einen maximalen konfessionellen Einfluß auf Volks- und höhere Schulen, wobei er dann mit den Anhängern Diesterwegs zusammenstieß. Auch war er ein strikter Anhänger des altsprachlichen Gymnasiums, neben dem es allerdings auch zweitrangige Realschulen geben dürfe. Diese Problemkreise hat der Verfasser mit einer breiten Kenntnis der gleichzeitigen pädagogischen, schultheoretischen und schulpolitischen Debatte erörtert, was ihn der Gefahr entgehen läßt, alles zu sehr durch die Brille seines Gewährsmannes zu sehen. Am Rande sei erwähnt, daß Brüggemann auch Landtagsabgeordneter im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus war und dort als Vertreter der katholischen Schulinteressen hervortrat. Nach Meinung des Rezensenten ist auch hier das Verdienst des Autors darin zu sehen, daß er stets den Weg von den offiziellen Verlautbarungen zur Verwaltungspraxis findet und es auf diesem Wege allein möglich macht, die tiefsitzende, allmählich schwelende Mißstimmung der rheinischen Katholiken verständlich zu machen.

Dem Autor ist mit dieser Arbeit ein höchst wertvoller Beitrag zum Problemkreis Staat – Kirche und Staat – Schule sowie zur Strukturanalyse der preußischen Bürokratie des 19. Jahrhunderts gelungen. Der Verfasser würde diesem Verdienst ein weiteres hinzufügen, wenn er die nicht wenigen, umfangreichen und wichtigen Denkschriften Brüggemanns, die er naturgemäß oft nur kurz behandeln konnte, gesammelt herausgeben wollte. Man könnte dann aus ihnen wohl noch Wesentliches zur inneren Geschichte Preußens entnehmen.

Christoph Weber

Peter Kühn, Materialien zu einer Geschichte der Mannheimer Unterschichten in der Zeit von 1835 – 1862 (1871) (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 34), Verlag Herbert Lang, Bern/Verlag Peter Lang, Frankfurt 1974, 261 S., brosch., 43,20 Fr.

»In comparison with the work available on British and American cities, there is depressingly little research being done on modern German urban history«. Diese Feststellung Sheehans aus dem Jahr 1971 (Past and Present, No. 51, S. 117) ist heute so gültig wie vor fünf Jahren. Noch immer ist der Arbeit Köllmanns über Barmen auf dem Gebiet der Stadtgeschichte wenig an die Seite zu stellen, obgleich es über die Fruchtbarkeit regional- und ortsgeschichtlicher Untersuchungen unter sozialgeschichtlicher Fragestellung kaum mehr Meinungsverschiedenheiten geben dürfte. Das Buch von Peter Kühn könnte als wesentlicher Teil einer Antwort auf die Frage gewertet werden, warum es entgegen der verbreiteten Einsicht in die Notwendigkeit und Wünschbarkeit solcher Arbeiten noch nicht mehr von ihnen gibt. Obgleich explizit wenig dazu gesagt wird, ist dieser Materialienband zugleich ein Buch über die quellenkritischen, methodischen und interpretatorischen Schwierigkeiten

einer Sozialgeschichte, die nicht nur als Geschichte sozialkritischen Denkens und sozialer Bewegungen, sondern als Geschichte der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen und ihrer Wandlungen sowie des alltäglichen Handelns und der Betroffenheit von Menschen verstanden wird. Der deutlichste Ausdruck dieser Schwierigkeiten ist wohl die Tatsache, daß eine solche Geschichte in dem Buch eben *nicht* geschrieben worden ist. Leider wird über die Beweggründe nichts gesagt. Es bleibt unklar, ob Kühn vorhat, das hier vorgelegte Material noch zu einer zusammenhängenden Darstellung zu verbinden (wozu dann aber die Vorwegpublikation?), oder ob er nach sicherlich mühsamer und langwieriger Quellen-suche und Datenaufbereitung am fragmentarischen und häufig statistischer Genauigkeit entbehrenden Charakter seines Materials verzweifelt ist. Ebenso wenig wird etwas über die Kriterien der Auswahl und der Anordnung gesagt. Hat Kühn nur zusammengestellt, was ihm für eine Geschichte städtischer Unterschichten bedeutsam erschien, oder bezeichnet der Band die Grenzen des vorfindbaren sozialgeschichtlichen Materials über Mannheim? Ein Vorwort hätte da manches erläutern und klären, vielleicht auch eine Fragestellung entfalten und die Benutzbarkeit des Buches erleichtern können. Sie bliebe immer noch schwierig genug. Statistische Reihen – welcher wirtschaftlichen und sozialen historischen Wirklichkeit sie auch immer nahekommen wollen – sind gewöhnlich so vielfältiger Interpretation offen, daß sie wegen des breiten Spielraums möglicher Aussagen für sich allein genommen schon wieder aussagelos sind. Sie gewinnen erst in ihrer Beziehung zu anderen quantitativen und vor allem qualitativen Zeugnissen Kontur und Gewicht. Nun erhellen sich einige Daten des Bandes sicherlich gegenseitig. Warum aber, ist die naheliegende Frage, überläßt Kühn diesen Vorgang dem dafür sehr viel weniger gut gerüsteten Benutzer des Buches? Warum gibt er nur einen Teil der Ergebnisse seiner Quellenarbeit weiter? Quellenarbeit beruht ja nicht nur auf additivem Sammeln konkreten Materials, an das die Interpretation gleichsam angehängt wird, sondern ist bereits ein fortlaufender, kumulativer Prozeß der Material-durchdringung, Materialkombination und Materialdeutung, der in dieser Weise nicht nachvollziehbar ist, weil er – gerade bei einem so speziellen Gegenstand – die Fülle des Detailwissens und die Kenntnis oder auch nur Ahnung der Bezüge voraussetzt, die nur der Quellenforscher haben kann. Nur aneinandergereiht, ohne daß sie durch einen Interpretationszusammenhang, der von einer klaren Fragestellung bestimmt ist, verbunden wäre, liefert Kühn seine mühevollen Arbeit teils als Versatzstücke der fast beliebigen Verwendbarkeit aus, teils entzieht er sie in ihrer Karg- und Kahlheit geradezu der Benutzung. Das ist um so bedauerlicher, als die Quellen, aus denen Kühn seine Daten und Mitteilungen geschöpft hat, eindrucksvoll reichhaltig sind. Außer staatlichen und kommunalen Akten hat er eine Vielzahl von gedruckten zeitgenössischen statistischen Mitteilungen, Rechenschaftsberichten von behördlichen Institutionen, wohltätigen und gewerblichen Vereinen, Gesetzen, Verordnungen und Statuten sowie Zeitungen und Broschüren ausgewertet. Angesichts dieser Fülle und Vielfalt gewinnt man bei der Durchsicht des Buches den Eindruck, als habe Kühn zuviel Gewicht auf Zahlen und zuwenig auf narrativ-qualifizierende Überlieferungen gelegt. Teilweise höchst informative Mitteilungen sind häufig in den Anmerkungen zu – gelegentlich viel weniger aussagehaltigen – Tabellen versteckt und bekräftigen nur die Vermutung, daß eine stärkere Berücksichtigung von »Texten« dem Informationswert des Buches und schließlich auch der Aussagekraft der Tabellen sehr zugute gekommen wäre. Ungezählte Verweise auf zeitgenössische Zeitschriften, Jahrbücher, Broschüren, Zeitungen und dergleichen deuten an, daß es an solchen erhellenden Texten nicht zu fehlen scheint. Es kann gar nicht oft genug daran erinnert werden, daß gerade der durchaus berechtigte Drang zu quantifizierenden Aussagen in der Sozialgeschichte die Auslegung von Texten nicht etwa überflüssig macht, sondern gewöhnlich einen Abstraktionsgrad zur Folge hat, der die Textinterpretation um so mehr verlangt (Koselleck).

Mit diesen recht grundsätzlichen Einwänden gegen solcherart Materialiensammlungen über-

haupt und gegen Kühns Zusammenstellung im besonderen soll freilich nicht gesagt sein, daß in dem Band nicht zahlreiche interessante Einzelinformationen stecken. Kühn hat seine Quellenbefunde zu zwei Komplexen zusammengefaßt: »Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung« und »Unterschichten«. Was unter diesen Überschriften in Zahlen und Worten dokumentiert ist, verweist einmal mehr auf die – hier stimmt das bis zur Unverwendbarkeit abgenutzte Wort einmal – frustrierenden Grenzen moderner Sozialgeschichte, die von der Quellenlage gesetzt werden. Vergleichsweise gut, jedenfalls hinlänglich erfahrbar ist, was aus irgendwelchen Gründen das Interesse staatlicher und kommunaler Behörden erregt hat: die nach mancherlei Kriterien differenzierte Bevölkerungsentwicklung, die Veränderung des Steueraufkommens, die Einlagen der Sparkassen und die Mitgliederzahlen von Versicherungen, der Güterverkehr der (staatlichen) Eisenbahn und der Warenumsatz im Hafen, die (Binnen- und Aus)wanderungsbewegung, die Zu- und Abnahme unterstützungsbedürftiger Armer und die aufgewendeten Mittel. Ziemlich kontinuierliche Daten über diese Bereiche füllen denn auch, fast bis zum Überdruß detailliert belegt, den größten Teil des Bandes. Sobald nach privatwirtschaftlichen oder behördlich nicht erfaßten sozialen Verhältnissen und Entwicklungen gefragt wird, werden die Angaben gewöhnlich sehr fragmentarisch, ungewiß und über die Zeit hinweg nur noch schwer vergleichbar. Das gilt z. B. für die Zahlen über Handels- und Gewerbebetriebe und deren Beschäftigte sowie über Fabriken und Fabrikarbeiter, die Kühn unter dem zu hoch gegriffenen Stichwort »Wirtschaftsstruktur« mitteilt. Das gilt im Teil über die Unterschichten gleichermaßen für die Daten über Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, Löhne, Preise und aus beiden konstruierte Lebensunterhaltskosten. Erst aus hinlänglich zahlreichen und gut abgesicherten Angaben über diese sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Indikatoren ließe sich eine überzeugende, auf den wirtschaftlichen Strukturwandel innerhalb der Stadt bezogene Geschichte der Unterschichten Mannheims schreiben. Gleichwohl gibt auch das vorliegende und das im Buch nicht präsentierte, wohl aber vorhandene Material, ideenreich und behutsam kombiniert und interpretiert, für ein bescheideneres Vorhaben eine Menge her.

Die Sozial- und Wirtschaftshistoriker haben gelernt und müssen immer wieder lernen, die Herausforderung, die in den Quellendefiziten steckt, zur Chance für die Erprobung neuer Fragestellungen und Methoden zu machen, die dann ihrerseits wiederum bislang übersehene oder geringgeschätzte Quellen fruchtbar und ergiebig machen können. Das macht ihr Geschäft häufig mühsam und zeitraubend und läßt es gelegentlich auch in Vergeblichkeit enden. Es birgt aber auch ein hohes Maß an jener historischen Entdeckerfreude, die Geschichte immer wieder zur aufregenden Sache macht. Man sollte freilich nicht, wie Kühn es getan hat, an der Stelle des Arbeitsprozesses stehenbleiben, hinter der es überhaupt erst spannend wird.

Volker Hentschel

Gerard Schwarz, »Nahrungsstand« und »erzwungener Gesellenstand«. Mentalité und Strukturwandel des bayerischen Handwerks im Industrialisierungsprozeß um 1860 (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, hrsg. von Karl Bosl, Bd. 10), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1974, 264 S., brosch., 66,60 DM.

Neuere sozial- und wirtschaftshistorische Arbeiten über das Handwerk im 19. Jahrhundert sind noch immer rar. So ist es um so verdienstvoller, daß sich Gerard Schwarz diesem Thema für Bayern um die Mitte des 19. Jahrhunderts widmet, womit er trotz der fortschreitenden Industrialisierung einen Schwerpunkt der Wirtschaftsgeschichte für die damalige Zeit herausgreift. Dieses Verdienst ist um so größer, als die Arbeit von Schwarz auf einem reichhaltigen Quellenmaterial beruht, das von ihm sehr sorgfältig ausgewertet wurde. Schwarz gelingt es, allgemeine Kenntnisse über Handwerksverfassung und Hand-

haupt und gegen Kühns Zusammenstellung im besonderen soll freilich nicht gesagt sein, daß in dem Band nicht zahlreiche interessante Einzelinformationen stecken. Kühn hat seine Quellenbefunde zu zwei Komplexen zusammengefaßt: »Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung« und »Unterschichten«. Was unter diesen Überschriften in Zahlen und Worten dokumentiert ist, verweist einmal mehr auf die – hier stimmt das bis zur Unverwendbarkeit abgenutzte Wort einmal – frustrierenden Grenzen moderner Sozialgeschichte, die von der Quellenlage gesetzt werden. Vergleichsweise gut, jedenfalls hinlänglich erfahrbar ist, was aus irgendwelchen Gründen das Interesse staatlicher und kommunaler Behörden erregt hat: die nach mancherlei Kriterien differenzierte Bevölkerungsentwicklung, die Veränderung des Steueraufkommens, die Einlagen der Sparkassen und die Mitgliederzahlen von Versicherungen, der Güterverkehr der (staatlichen) Eisenbahn und der Warenumsatz im Hafen, die (Binnen- und Aus)wanderungsbewegung, die Zu- und Abnahme unterstützungsbedürftiger Armer und die aufgewendeten Mittel. Ziemlich kontinuierliche Daten über diese Bereiche füllen denn auch, fast bis zum Überdruß detailliert belegt, den größten Teil des Bandes. Sobald nach privatwirtschaftlichen oder behördlich nicht erfaßten sozialen Verhältnissen und Entwicklungen gefragt wird, werden die Angaben gewöhnlich sehr fragmentarisch, ungewiß und über die Zeit hinweg nur noch schwer vergleichbar. Das gilt z. B. für die Zahlen über Handels- und Gewerbebetriebe und deren Beschäftigte sowie über Fabriken und Fabrikarbeiter, die Kühn unter dem zu hoch gegriffenen Stichwort »Wirtschaftsstruktur« mitteilt. Das gilt im Teil über die Unterschichten gleichermaßen für die Daten über Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, Löhne, Preise und aus beiden konstruierte Lebensunterhaltskosten. Erst aus hinlänglich zahlreichen und gut abgesicherten Angaben über diese sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Indikatoren ließe sich eine überzeugende, auf den wirtschaftlichen Strukturwandel innerhalb der Stadt bezogene Geschichte der Unterschichten Mannheims schreiben. Gleichwohl gibt auch das vorliegende und das im Buch nicht präsentierte, wohl aber vorhandene Material, ideenreich und behutsam kombiniert und interpretiert, für ein bescheideneres Vorhaben eine Menge her.

Die Sozial- und Wirtschaftshistoriker haben gelernt und müssen immer wieder lernen, die Herausforderung, die in den Quellendefiziten steckt, zur Chance für die Erprobung neuer Fragestellungen und Methoden zu machen, die dann ihrerseits wiederum bislang übersehene oder geringgeschätzte Quellen fruchtbar und ergiebig machen können. Das macht ihr Geschäft häufig mühsam und zeitraubend und läßt es gelegentlich auch in Vergeblichkeit enden. Es birgt aber auch ein hohes Maß an jener historischen Entdeckerfreude, die Geschichte immer wieder zur aufregenden Sache macht. Man sollte freilich nicht, wie Kühn es getan hat, an der Stelle des Arbeitsprozesses stehenbleiben, hinter der es überhaupt erst spannend wird.

Volker Hentschel

Gerard Schwarz, »Nahrungsstand« und »erzwungener Gesellenstand«. Mentalité und Strukturwandel des bayerischen Handwerks im Industrialisierungsprozeß um 1860 (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, hrsg. von Karl Bosl, Bd. 10), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1974, 264 S., brosch., 66,60 DM.

Neuere sozial- und wirtschaftshistorische Arbeiten über das Handwerk im 19. Jahrhundert sind noch immer rar. So ist es um so verdienstvoller, daß sich Gerard Schwarz diesem Thema für Bayern um die Mitte des 19. Jahrhunderts widmet, womit er trotz der fortschreitenden Industrialisierung einen Schwerpunkt der Wirtschaftsgeschichte für die damalige Zeit herausgreift. Dieses Verdienst ist um so größer, als die Arbeit von Schwarz auf einem reichhaltigen Quellenmaterial beruht, das von ihm sehr sorgfältig ausgewertet wurde. Schwarz gelingt es, allgemeine Kenntnisse über Handwerksverfassung und Hand-

werkslage in Bayern mit konkretem Inhalt zu füllen, wodurch manch tradierte Anschauung Differenzierungen und Modifikationen erhält. So erfährt der Leser z. B., daß von einer zunehmenden Übersetzung des bayrischen Handwerks zwischen 1847 und 1861 keine Rede sein kann (S. 131), wenngleich diese Aussage insofern wieder eingeschränkt wird, als in einem Teil der Städte sich doch eine Überfüllung des Handwerks gezeigt hat, vor allem nämlich in Orten, in denen die Bevölkerung stagnierte (S. 134, 139). Neue Aspekte werden dem Leser auch in dem Kapitel über das Prüfungswesen der damaligen Zeit aufgezeigt, das vor allem gekennzeichnet ist durch die schlechte Qualität der Ausbildung und durch den hohen Stellenwert, den die Prüfungsgebühren anscheinend für die Handwerksmeister darstellten, die gleichzeitig Mitglieder der Prüfungskommissionen waren (S. 110).

Aufgrund seiner quellennahen Analyse gelingt Schwarz auch die notwendige Differenzierung des Begriffes Handwerk in sozio-ökonomischer Hinsicht. Für die von ihm behandelte Zeit unterscheidet er vor allem zwischen dem streng konzessionierten Handwerk und den freien Gewerben, die zum größeren Teil mit Lizenz, zum kleineren Teil ohne Lizenz ausgeübt werden konnten, sowie dem Landhandwerk im Unterschied zum Stadthandwerk. Er unterscheidet ferner zwischen den einzelnen Handwerksbranchen, dem vielfach abgestuften sogen. verlegten Handwerk, sowie den sogen. Störern, die ihre Arbeit in den Häusern der Kunden verrichteten. Neben zahlreichen Hinweisen auf regionale und lokale Sonderentwicklungen (z. B. in Nürnberg, Fürth S. 180 ff.) wird auch auf die Bedeutung der unterschiedlichen Betriebsgrößen hingewiesen.

Durch die mannigfaltige Gliederung seines Handwerksbegriffes stellt Schwarz implizit infrage, ob überhaupt von *dem Handwerk* schlechthin gesprochen werden kann, da die einzelnen Gruppen zum Teil sehr unterschiedliche Interessen vertraten. Schwarz widmet sich mit Recht insbesondere der konzessionierten Handwerkergruppe und bezeichnet sie bzw. den Großteil von ihr als die mächtigste, die Innungen beherrschende Handwerkergruppe, die mit Erfolg die Realrechte verteidigte¹. Diese Gruppe hatte die größten Vorteile vom bestehenden Konzessionssystem und Prüfungswesen, allerdings m. E. nicht nur im rein ökonomischen Sinne verstanden, sondern auch im ortsbezogenen machtpolitischen Sinne. Schwarz erkennt durchaus diese Privilegierung, er spricht von einem »skrupellosen und korrupten Selbstschutz des gewerblichen Establishments« (S. 75; auch S. 77), aber dieses Ergebnis hätte noch stärker strukturierend ausgewertet werden können: Auf S. 224 z. B. schreibt Schwarz von der »wirtschaftsgeistigen Haltung« vieler etablierter Handwerker, die in »den Ordnungskategorien althergebrachter Sozial- und Wirtschaftsvorstellungen« befangen blieben und keine Notwendigkeit für die Einführung der Gewerbefreiheit sahen, während seine eigenen Ausführungen doch implizit die wirtschafts- und machtpolitischen Gründe, die dahinter standen, zutage treten lassen. (Die Frage, warum eine solche Wirtschaftsauffassung auch zum Teil von denen vertreten wurde, die nicht durch dieses System wirklich oder scheinbar privilegiert waren, ließe sich vermutlich u. a. mit der Analyse von Macht- und Öffentlichkeitsstrukturen erklären, wobei den Innungen wohl zentraler Stellenwert zukäme.)

Doch nun zur Hauptthese von Schwarz: »Der Übergang des bayrischen Handwerks von der alten in die neue (industrielle) Sozial- und Wirtschaftsordnung vollzieht sich krisenhaft. Ursache dafür ist nicht so sehr die Überlegenheit der Maschine und des Fabrikbetriebes über die handwerkliche Tätigkeit, sondern die allzulange und immer anachronistischer werdende Aufrechterhaltung des staatlichen Konzessionsschutzes und einer repressiven

¹ Die Realrechte hatten nämlich meist Innungsmitglieder inne; dabei handelt es sich um veräußerbare Güter, die in Bayern seit 1825 im Werte um etwa das Fünffache gestiegen waren; ca. jedes vierte produzierende Gewerbe in Bayern basierte auf Realrechten (S. 89, 95, 100); im übrigen taten die Innungen denkbar wenig für die Verbesserung der Lage des Handwerks, vgl. S. 210.

Sozialpolitik. Die liberalen Reformen der 60er Jahre waren, so gesehen, keine politische Pioniertat, sondern die überfällige Korrektur einer fehlgeleiteten Entwicklung« (S. 223). Auf S. 225 spricht er von einem »selbstverschuldeten Destruktionsprozeß« im Handwerk, der stärker gewesen sei »als eine durch das Ingangkommen der Industrialisierung ausgelöste Proletarisierung«. Das Handwerk trug spätestens seit der Jahrhundertwende »die Tendenz der Selbstzerstörung in sich« (S. 66). So formuliert, kann dieser These jedoch nicht zugestimmt werden, da m. E. hier die Prioritäten falsch gesetzt sind. Die Arbeit von Schwarz zeigt dies selbst an verschiedenen Stellen an: Gemeint ist nicht nur die Abmilderung seiner These auf S. 227, wo er »nurmehr« davon spricht, daß die Konkurrenz der Fabriken nicht als monokausaler Grund für die Strukturkrise des Handwerks gelten dürfe; gemeint sind vielmehr seine soliden Ausführungen über die Handwerke, die von der Industrie bedrängt wurden; das waren eben nicht jene, die besonders scharf konzessioniert waren (wobei eingeräumt werden muß, daß das Konzessionssystem sowieso nur zum Teil effektiv war [S. 74], daß also von einer Abkapselung des Handwerks [S. 66] nur partiell die Rede sein kann), sondern jene, »deren Tätigkeit relativ leicht mechanisch nachvollziehbar war« (S. 198). Auch der Blick über die bayrische Landesgrenze hinaus hätte gezeigt, daß dort, wo größere Gewerbefreiheit bestand, wie z. B. in Preußen, das Handwerk (genauer gesagt: bestimmte Zweige des Handwerks) nicht dem Konkurrenzdruck seitens der Industrie auf die Dauer entgehen konnte, was nichts darüber besagt, daß die Industrialisierung nicht auch für einzelne Handwerke neue Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung eröffnet hat. Schwarz legt durch seine Untersuchung ferner dar, wie sich das Handwerk durch die Industrialisierung in seiner Substanz verändert hat, so daß man vielfach nurmehr von »pseudohandwerklichen Existenzen« (S. 226) sprechen könne. Dies scheint mir ein wichtiges Moment zu sein für eine Annäherung der unterschiedlichen Positionen in der traditionellen Auseinandersetzung um den »Untergang« oder die »Widerstandsfähigkeit« des »Handwerks« im kapitalistischen Industriesystem. Schwarz errechnet, daß ca. 41 0/0 (ohne Handweber) aller bayrischen Handwerksbetriebe damals – also Anfang der 60er Jahre – schon Handel mit Fabrikwaren trieben (S. 200), um so die Konkurrenz der Fabrik »aufzufangen« – so war es möglich, daß die Zahl der Meister, wieder mit Ausnahme der Handweberei, von 1847 bis 1861 sich kaum veränderte, während die Zahl der Meister in der Handweberei außerordentlich dezimiert wurde (S. 200). »Innerlich also wurde das Handwerk immer mehr ausgehöhlt; es verfehlte praktisch seinen Zweck und wurde zum Handlanger der Fabrikindustrie. Was bei oberflächlicher Betrachtung als kooperative Koexistenz des Handwerks und der Fabrikindustrie erscheinen könnte, war letztlich doch eine zwar freundliche, aber kompromißlose Einvernahme schwacher Handwerkszweige in den Wirtschafts- und Einflußbereich der Fabrikindustrie« (S. 194).

Schließlich sei noch ein letzter Komplex aus dieser anregenden Arbeit herausgegriffen: die Frage nach der gesellschaftspolitischen Einordnung des Konzessionssystems. Hierzu Schwarz: »Neben einer reaktionären Handwerks- und Sozialpolitik stand eine liberale Zoll- und Industrialisierungspolitik. Erst um 1869 wird der innere Widerspruch beider Prinzipien in voller Schärfe erkannt« (S. 218 f.). Dieser Widerspruch wird – so Schwarz – vor allem dadurch deutlich, daß die Abkapselung des Handwerks nicht möglich sein konnte aufgrund der »Außenreize der Industrialisierung und der Bevölkerungsentwicklung«, der Auflösung des lokalen Marktes und des verstärkten Güterausstausches (S. 220 f.). Über den Zusammenhang von Handwerkspolitik zur allgemeinen Politik heißt es: »So sehr diese Bestimmungen [gemeint ist das Konzessionssystem] den reaktionären Tendenzen der 50er Jahre entsprachen, so sehr widersprachen sie der menschlichen Vernunft« (S. 72). Hier müßte man weiterfragen. So ist es weder Zufall noch eine isolierte Erscheinung, daß in der späten Bismarck-Zeit und in der Wilhelminischen Zeit die sozialprotektionistisch ausgerichtete Mittelstandspolitik nach den im allgemeinen liberalen 60er und frühen 70er Jahren

einen erhöhten Stellenwert erhielt und in eine betont antisozialdemokratische Sammlungspolitik einmündete. Solche pauschalen Formulierungen über gesellschaftspolitische Zusammenhänge endbinden einen natürlich nicht, die Besonderheiten der gesellschaftlichen und politischen Konstellation – im vorliegenden Fall für Bayern in den 50er und 60er Jahren – jeweils gesondert aufzuhellen, eine Aufgabe, für die Schwarz wichtige Anstöße gibt. Die gesamtgesellschaftliche Motivation für eine solche Handwerkspolitik wird bei Schwarz an verschiedenen Stellen angedeutet, nämlich wenn er von dem Zusammenhang spricht, der bestanden hat zwischen dem Konzessionssystem, der streng gehandhabten Erlaubnisbefugnis der Kommunalbehörden in bezug auf Ansässigmachung und Eheschließung, dem »erzwungenen Gesellenstand«², dem Anwachsen der kommunalen Armenlasten, und wenn er die Interessengemeinschaft zwischen Kommunalverwaltung und eingessener Handwerker-schaft darlegt (vgl. S. 77 f., 81, 140 ff., 147 f.).

Das Konzessionssystem – zusammengesesehen mit den Bestimmungen in bezug auf Ansässigmachung und Eheschließung – erhält aufgrund des aufgetretenen Problems eines überdimensional anwachsenden Proletariats die Funktion, die Gesellschaftsordnung in ganz bestimmter Weise zu stabilisieren, nämlich durch Kontrolle bzw. möglichst wirksame Einschränkung des Bevölkerungswachstums der Unterschichten bei gleichzeitiger »Pflege eines gediegenen Mittelstandes« (so der Central-Ausschuß der Münchner Innungen, in: Schwarz, S. 49), einer politisch konservativen Handwerkerschicht (vgl. auch S. 63), wodurch die zutreffende Aussage von Schwarz über die »negative Selektion« des Handwerks aufgrund des Konzessionssystems in wirtschaftlicher Hinsicht eine ergänzende Aussage in politischer Hinsicht erhält. Daran zeigt sich, daß die Handwerkspolitik nur zu erklären ist, wenn sie als Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik verstanden wird.

Insgesamt gesehen, ist der vorliegenden Münchner Dissertation, die von Karl Bosl betreut wurde, ein großer Wert zuzuschreiben, der vor allem in der übersichtlichen Verarbeitung wichtigen empirischen Materials liegt. Damit ist ein weiterer grundlegender Baustein geschaffen worden, um das traditionelle, harmonisierende Bild von der Gesellschaft Bayerns im 19. Jahrhundert gar gründlich zu zerstören.

Adelheid v. Saldern

Theodore S. Hamerow, *The Social Foundations of German Unification, 1858 – 1871*, Vol. I: Ideas and Institutions, Vol. II: Struggles and Accomplishments, Princeton, N. J., University Press, 1969 und 1972, 433, VII S. und 456, VII S., geb., \$ 12.50 und \$ 15.50.

In den letzten Jahren ist eine ganze Reihe von Arbeiten erschienen, die die deutsche politische Entwicklung im 19. Jahrhundert im allgemeinen und die Politik Bismarcks insbesondere als Folgen des sozio-ökonomischen Wandels interpretieren. Zu nennen wären z. B. Hans Rosenberg, Hans-Ulrich Wehler, Helmut Böhme und nun auch der Verfasser der beiden hier zur Rezension anstehenden Bücher, T. S. Hamerow. Hamerow ist bereits 1958 mit einem interessanten Versuch hervorgetreten, die deutsche politische Entwicklung von 1815 bis 1871 (unter besonderer Berücksichtigung der Revolution von 1848–49) in Beziehung zum Prozeß der Industrialisierung zu setzen, was methodisch durchaus in die eben angedeutete Interpretationslinie hineinpaßt.

In den vorliegenden Büchern setzt Hamerow diesen Versuch fort, indem er die politische Einigung Deutschlands unter preußischer Führung zwischen 1858 und 1871 ursächlich mit

2 Die Vorstellung allerdings, daß jene Gesellen, die dem »erzwungenen Gesellenstand« entwichen und in die Fabriken abwanderten, eine »Welt der Freiheit«, die »Freiheit der beruflichen Selbstverwirklichung« (S. 156, 225) vorfanden, ist wohl auch für Nicht-Marxisten in dieser pauschalen Form nicht haltbar.

einen erhöhten Stellenwert erhielt und in eine betont antisozialdemokratische Sammlungspolitik einmündete. Solche pauschalen Formulierungen über gesellschaftspolitische Zusammenhänge endbinden einen natürlich nicht, die Besonderheiten der gesellschaftlichen und politischen Konstellation – im vorliegenden Fall für Bayern in den 50er und 60er Jahren – jeweils gesondert aufzuhellen, eine Aufgabe, für die Schwarz wichtige Anstöße gibt. Die gesamtgesellschaftliche Motivation für eine solche Handwerkspolitik wird bei Schwarz an verschiedenen Stellen angedeutet, nämlich wenn er von dem Zusammenhang spricht, der bestanden hat zwischen dem Konzessionssystem, der streng gehandhabten Erlaubnisbefugnis der Kommunalbehörden in bezug auf Ansässigmachung und Eheschließung, dem »erzwungenen Gesellenstand«², dem Anwachsen der kommunalen Armenlasten, und wenn er die Interessengemeinschaft zwischen Kommunalverwaltung und eingessener Handwerker-schaft darlegt (vgl. S. 77 f., 81, 140 ff., 147 f.).

Das Konzessionssystem – zusammengesesehen mit den Bestimmungen in bezug auf Ansässigmachung und Eheschließung – erhält aufgrund des aufgetretenen Problems eines überdimensional anwachsenden Proletariats die Funktion, die Gesellschaftsordnung in ganz bestimmter Weise zu stabilisieren, nämlich durch Kontrolle bzw. möglichst wirksame Einschränkung des Bevölkerungswachstums der Unterschichten bei gleichzeitiger »Pflege eines gediegenen Mittelstandes« (so der Central-Ausschuß der Münchner Innungen, in: Schwarz, S. 49), einer politisch konservativen Handwerkerschicht (vgl. auch S. 63), wodurch die zutreffende Aussage von Schwarz über die »negative Selektion« des Handwerks aufgrund des Konzessionssystems in wirtschaftlicher Hinsicht eine ergänzende Aussage in politischer Hinsicht erhält. Daran zeigt sich, daß die Handwerkspolitik nur zu erklären ist, wenn sie als Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik verstanden wird.

Insgesamt gesehen, ist der vorliegenden Münchner Dissertation, die von Karl Bosl betreut wurde, ein großer Wert zuzuschreiben, der vor allem in der übersichtlichen Verarbeitung wichtigen empirischen Materials liegt. Damit ist ein weiterer grundlegender Baustein geschaffen worden, um das traditionelle, harmonisierende Bild von der Gesellschaft Bayerns im 19. Jahrhundert gar gründlich zu zerstören.

Adelheid v. Saldern

Theodore S. Hamerow, *The Social Foundations of German Unification, 1858 – 1871*, Vol. I: Ideas and Institutions, Vol. II: Struggles and Accomplishments, Princeton, N. J., University Press, 1969 und 1972, 433, VII S. und 456, VII S., geb., \$ 12.50 und \$ 15.50.

In den letzten Jahren ist eine ganze Reihe von Arbeiten erschienen, die die deutsche politische Entwicklung im 19. Jahrhundert im allgemeinen und die Politik Bismarcks insbesondere als Folgen des sozio-ökonomischen Wandels interpretieren. Zu nennen wären z. B. Hans Rosenberg, Hans-Ulrich Wehler, Helmut Böhme und nun auch der Verfasser der beiden hier zur Rezension anstehenden Bücher, T. S. Hamerow. Hamerow ist bereits 1958 mit einem interessanten Versuch hervorgetreten, die deutsche politische Entwicklung von 1815 bis 1871 (unter besonderer Berücksichtigung der Revolution von 1848–49) in Beziehung zum Prozeß der Industrialisierung zu setzen, was methodisch durchaus in die eben angedeutete Interpretationslinie hineinpaßt.

In den vorliegenden Büchern setzt Hamerow diesen Versuch fort, indem er die politische Einigung Deutschlands unter preußischer Führung zwischen 1858 und 1871 ursächlich mit

2 Die Vorstellung allerdings, daß jene Gesellen, die dem »erzwungenen Gesellenstand« entwichen und in die Fabriken abwanderten, eine »Welt der Freiheit«, die »Freiheit der beruflichen Selbstverwirklichung« (S. 156, 225) vorfanden, ist wohl auch für Nicht-Marxisten in dieser pauschalen Form nicht haltbar.

sozioökonomischen Strukturveränderungen verkoppelt. Zu betonen ist das Wort »Strukturveränderung«, denn hier wird keine enge ökonomische oder konjunkturelle Interpretation der Politik versucht (etwa wie Hans Rosenbergs Buch über die »Große Depression«), sondern implizit eine komplexe Überbau (politische Einigung als innen- und außenpolitisches Problem) – Basis (Produktionsentwicklung plus Urbanisierung plus Klassenverhältnisse) – Analyse.

Wenn ich Hamerow richtig interpretiere, sieht er hier zwei mächtige Widersprüche am Werk. Erstens gab es den Widerspruch zwischen den Großmachtansprüchen des am Hof, unter dem Militär und in der Bürokratie dominierenden Adels – die einerseits zur Rechtfertigung und damit zur Aufrechterhaltung seiner politischen Vorrechte den anderen Klassen, insbesondere der Bourgeoisie gegenüber, erforderlich waren, aber andererseits die Kooperation und damit gesellschaftliche Aufwertung gerade dieser Bourgeoisie voraussetzten. In Hamerows Worten: »The urban bourgeoisie, free from the domination of a hereditary noble caste, was creating a new economic system which threatened to undermine the traditional class relationships of Central Europe. The danger to the established order was recognized by its defenders, and yet the force of circumstances obliged them to tolerate it. What else could they do? No government dared risk the military defense of its interests without the support of railroads, foundries, factories and banks, in short, the entire apparatus of modern industrialism« (Ideas . . ., S. 63 f.).

Zweitens bestand ein Widerspruch zwischen der Forderung der Bourgeoisie nach einem größeren Mitspracherecht und einer Liberalisierung im politischen Leben Deutschlands und der damit bewirkten Vermehrung und Verstärkung der Feinde eben dieser Bourgeoisie und deren Liberalismus (z. B. unter den Kleingewerbetreibenden, Bauern und städtischen Handwerkern). Freilich waren diese Widersprüche schon 1848 sichtbar; auf dem Schauplatz des Einigungskampfes sind sie eben – dank der Dynamik der Industrialisierung – um einige Reifegrade weiter. Das Verdienst Hamerows liegt eben darin, dem englischen Sprachraum eine ausführliche Darstellung dieser Weiterentwicklung zu liefern.

Das Anliegen Hamerows ist zweifellos wichtig. Irgendwie leuchtet es ein, daß in der »konservativen«, preußischen Lösung der deutschen Frage gewisse Wurzeln des 1. Weltkrieges und des Dritten Reiches zu sehen sind, Wurzeln, die aber nicht nur auf »Fehlentscheidungen« eines Bismarck zurückzuführen sind (vgl. den Schlußsatz des zweiten Bandes »Struggles . . .«, S. 427). Die von Hamerow zur Lösung dieses historischen Rätsels angewandte Methode ist aber m. E. wenig glücklich und vor allem kaum geeignet, eine Diskussion bzw. weitere Forschungen zu diesem Thema anzuregen. Der erste Band (»Ideas and Institutions«) soll die Strukturfaktoren des Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus, Industrialismus, Klassenantagonismus usw. darlegen, der zweite (»Struggles and Accomplishments«) eine mehr oder weniger chronologische Darstellung des Ablaufs der Kämpfe und Errungenschaften bis zur Gründung des Reiches im Jahre 1871 wiedergeben – unter Rückgriff auf die Faktoren des »ersten« Bandes.

Mehr Struktur haben diese Bände nicht. Eine Hypothese über ökonomische, soziale oder politische Prozesse, die eine wissenschaftliche Einordnung des Befundes erleichtern könnte, ist hier nicht zu finden. Die deutschen »Kämpfe und Errungenschaften« des 19. Jahrhunderts erscheinen hier fast als ein Prozeß *sui generis*, einmalig, nicht mit den Erfahrungen anderer Länder oder Epochen vergleichbar. Hamerow interessieren andere Interpretationen auch nicht. Obwohl z. B. Helmut Böhmes wichtiges Buch sein Thema behandelt, setzt sich Hamerow mit seinen Ergebnissen genausowenig auseinander wie mit irgendeiner anderen Publikation. Historiographisch ist also die Einordnung der zwei Bände auch schwierig. Es drängt sich die Frage auf: Wird hier überhaupt etwas Neues geboten? Ist nicht z. B. die These des Primats ökonomischer Interessen in der Zollvereinsfrage sowie bei mehreren Handlungen Bismarcks schon früher formuliert worden (z. B. von Böhme)? Der Mangel an

neuen Argumenten wird durch die fehlende Erschließung neuer Quellen ergänzt, vielleicht teilweise verursacht. Nicht daß der Text schwach belegt ist. Recht breite Literaturkenntnisse werden im Text und in den Fußnoten dokumentiert. Es fehlen eben neue Quellen, überhaupt Archivalien, völlig.

Die vorliegenden Bücher halten sich eng an die traditionellen Quellen und Methoden der alten politischen Historiographie: Biographien, Memoiren, Protokolle von parlamentarischen Verhandlungen, Zeitungen, in denen die Meinungen einiger politischer Prominenter gehört werden. Lange Zitate aus Reden oder Briefen eines Bismarck, Schulze-Delitzsch, Lassalle oder A. E. F. Schäffle werden angeführt. Hamerow hat sich diese Grenzen selbst gesetzt. Er schreibt doch (*Ideas . . .*, S. 359): »Does the cultured minority, however, reflect the great body of the poor, ignorant, and apathetic? There is no direct way of making sure. The illiterate and semiliterate published no creeds, kept no diaries, composed no memoirs, and left no letters. Their feelings can only be surmised from what contemporary observers outside their own class said about them. This inability to express their views contributed to their ineffectualness in public affairs. Since they did not speak, they were not heard«.

Jedoch versucht Hamerow nirgends ernsthaft die Sprache der »ungehörten Massen« – in Handlungen wie Streikaktionen, öffentlichen Versammlungen oder Straßenunruhen – zu vernehmen. Er untersucht eben nicht das Handeln, sondern die schriftlich niedergelegten Eindrücke einzelner, meist prominenter Persönlichkeiten über das Handeln anderer. Obwohl Hamerow nach meiner Meinung eine breite und solide Dokumentierung jener zeitgenössischen Eindrücke zusammengestellt und sogar in einer plausiblen Argumentationslinie formuliert hat, bezweifle ich, ob mit seinen Ergebnissen sehr viel anzufangen ist. Seine Methode konfrontiert uns mit Fakten und Meinungen, die an einer fließenden Darstellung zusammengekettet sind. Sie eröffnet uns – ohne neue Quellen, ohne neue Auswertungsmethoden, ohne eine explizite Fragestellung – keine neuen Vergleichsmöglichkeiten.

Es ist freilich möglich, den zwei Bänden Fachfehler und Fehlinterpretation konkreter Fakten nachzuweisen, z. B.: Der Boom von 1854–57 war nicht auf »paper profits« aufgebaut, sondern auf das reale Wachstum des schwerindustriellen Komplexes (*Ideas . . .*, S. 3). Der Boom der frühen 1870er Jahre fing eigentlich 1868 oder 1869 an, wurde also nicht durch die politische Umwälzung im Jahre 1871 eingeleitet (*Ideas . . .*, S. 11). Es ist nicht sinnvoll, das durchschnittliche Kapital der größten deutschen Aktienbanken 1857 von 30 Millionen Mark (10 Millionen Taler) mit dem Adjektiv »knapp«, d. h. klein, zu bezeichnen, denn selbst 1913 hatten nicht mehr als 75 deutsche Aktiengesellschaften überhaupt so viel Aktienkapital aufzuweisen (*Ideas . . .*, S. 32). Man kann nicht ohne weiteres die Jahre zwischen 1815 und 1845 als »tranquil« (friedlich) kennzeichnen, besonders nicht, wenn man an die Unruhen von 1819, 1830–32 oder 1844 denkt (*Ideas . . .*, S. 44). Keine Erklärung für den vermuteten Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungswachstum der 1870er Jahre und der Reichsgründung ist hier zu finden (*Ideas . . .*, S. 45). Dennoch haben solche Unrichtigkeiten im Vergleich zu dem schon oben angekreideten Fehlen einer expliziten Fragestellung wenig Gewicht. Ich habe eigentlich den Eindruck, daß die »Fehlerquote« dieser Bücher recht gering ist und daß der Verfasser aus den benutzten Quellen außerordentlich genau und fleißig seine Informationen gezogen hat. Gleichwohl habe ich leider den Eindruck, daß dies den meisten Lesern nicht viel zur Nutzensteigerung ihrer Lektüre helfen wird. Wer schon eine explizite Fragestellung entwickelt hat und in der Geschichte des politischen Einigungskampfes nach Fakten und Anhaltspunkten sucht, wird – besonders wenn er an englische Literatur leicht und an deutsche Literatur schwer herankommt – mit den Hamerowschen Bänden gut bedient sein.

Richard H. Tilly

Volker Hentschel, Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885 (= Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, hrsg. von Werner Conze, Bd. 16), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1975, 308 S., kart., 62 DM.

In der wachsenden neueren Literatur zur Geschichte des deutschen Liberalismus, die die Frage zu beantworten sucht, ob und wie die bürgerliche Emanzipationsbewegung gerade in Preußen-Deutschland die tradierten Feudalstrukturen aufzuweichen in der Lage war, fehlen noch weitgehend Detailstudien zu verschiedenen bürgerlichen Schichten und Gruppen. Das gilt insbesondere für den mittelständischen Bereich der Bildungsbürger, Literaten, Journalisten etc. Diese Lücke könnte die vorliegende Untersuchung etwas füllen helfen, obwohl sie sich kein so weites Ziel gesetzt hat. Im wesentlichen versucht Hentschel zu zeigen, daß die sogenannten Freihändler keine ideell oder interessenpolitisch einheitlich ausgerichtete Gruppe bildeten. Überdeckt wurden die unterschiedlichen Kreise – repräsentiert von Politikern, Juristen, Journalisten – der auf Adam Smith aufbauenden liberalkapitalistischen Freihandelslehre in der bisherigen Literatur vor allem von der orthodoxen Manchester Schule um John Prince-Smith und Julius Faucher. Zeichnete die sogen. »Bremer« Gruppe um Viktor Böhmert, August Lammers, Adolf Lette das »naiv anmutende Vertrauen in die versittlichende Kraft der Freiheit« aus, so bewies eine andere Richtung um Otto Wolff, Otto Michaelis, Alexander Meyer mehr tagespolitischen Pragmatismus. Ihnen nahe stand ein später zusammengekommener Kreis um H. Bernhard Oppenheim und Ludwig Bamberger, der vor allem die Enge wirtschaftspolitischer Argumentationsweise anläßlich allgemeiner gesellschaftspolitischer Fragestellungen kritisierte.

Am Beispiel des »Kongresses deutscher Volkswirte«, einer jährlich einberufenen lockeren Versammlung der Freihändler, sowie ihrer bedeutendsten Publikationsorgane, der »Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft«, des »Bremer Handelsblattes« und der Stettiner »Ostseezeitung«, versucht Hentschel, den divergierenden Richtungen nachzugehen. Da es eine institutionalisierte Nationalökonomie als eigenständige Wissenschaft noch nicht gab, kam gerade den Journalisten, das macht der Autor deutlich, eine erhebliche Bedeutung bei der Formulierung und Verbreitung liberalkapitalistischer Gedanken zu. Prägnant arbeitet der Autor anhand der Beratungsgegenstände in der ersten Phase des »Kongresses« – Gewerbefreiheit und Genossenschaftswesen – die schichtenspezifische Herkunft jener Agitatoren mit ihren mittelständisch-handwerklichen Optionen heraus, die die Kongresse dominierten, während Interessenvertreter des neuen großen Industriekapitals nicht vertreten waren; sie unterwanderten jene Vereinigung erst in der Schlußphase ihres Bestehens in den siebziger Jahren anläßlich der Debatte um die Einführung der Schutzzölle.

Akzentuiert hebt Hentschel den Widerspruch liberaler Präntentionen hervor, deren vorgegebenes Engagement für die Unterprivilegierten in eklatantem Gegensatz zum realen Interesse an einer Erforschung der Lebens- und Arbeitsbedingungen jener Klasse unter den veränderten industriekapitalistischen Verhältnissen stand. Tagespolitische Mikroschau bestimmte die Debatten um soziale Probleme, deren gesellschaftlicher Hintergrund kaum erkannt wurde. Typische Reaktion der Freihändler auf soziale Fragen während aller Kongresse wurde die Flucht in Allgemeinplätze, die Ideologisierung der »Selbsthilfe«, etwa in der Genossenschaftsidee, oder Verdrängung der Probleme, indem brisante Tagesordnungspunkte von Jahr zu Jahr vertagt wurden.

Die relativ enge personengeschichtliche Orientierung der Untersuchung sowie die Analyse vorwiegend der überlieferten Kongreßprotokolle führten dazu, daß der sozialökonomische Hintergrund gar nicht oder nur im Spiegel der freihändlerischen Debatten erscheint. So stellt Hentschel die Gründung des »Kongresses« Ende der fünfziger Jahre lediglich als das Bedürfnis der Freihändler dar, ihre liberalen Gedanken »öffentlich« zu machen. Möglichen Reaktionen auf die erste Weltwirtschaftskrise von 1857 nach dem industriellen take-off

wird nicht nachgegangen. Ebenso wird im chronologischen Abriss der einzelnen Kongresse und ihrer Beratungsthemen die immanente Betrachtung kaum überschritten. Die Bankendebatte seit Ende der sechziger Jahre beschränkt der Autor auf das Problem der Notenausgabe. Die Entwicklung der Banktheorie im industriewirtschaftlichen Aufschwung (banking-Lehre), die Entstehung der Bankverfassung des Deutschen Reiches werden nicht erwähnt. Die steuerpolitischen Vorstellungen der Freihändler werden gleichfalls nur nach den Kongreßprotokollen referiert, ohne die realökonomische Verteilungsproblematik – auf deren Hintergrund liberale Argumente Aussagekraft erhalten – einzubeziehen. In der Zollfrage, die die Verhandlungen der Kongresse seit 1873 bestimmten und bereits deren Ende signalisierten, bildeten die orthodoxen Liberalen gegenüber den konzentrierten Angriffen der Schutzzöllner, die – nach Hentschel – unerklärterweise plötzlich auf den Kongressen auftauchten, nur noch ein irrelevantes dogmatisch verengtes Häuflein. Das Interessengeflecht von Industriellen und Junkern, deren umfangreiche Propaganda, mit der sie die gemäßigten Freihändler und »Pragmatiker« für sich gewannen, werden von Hentschel nur unzureichend problematisiert.

Packend werden demgegenüber die schon von Gustav Mayer u. a. erhellten Beziehungen der Liberalen zu Lassalle und der neuformierten Arbeiterbewegung geschildert, wobei insbesondere die Darstellung liberaler Polemik gegen Lassalle und die Kritik an dessen ehernem Lohngesetz hervorragen. Hentschel macht deutlich, wie die prinzipielle Leugnung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit die liberalen Harmoniepostulate zur realitätsfernen Ideologie werden ließ. Dabei seien die liberalen Freihändler weniger von der ökonomischen Lehre Lassalles als vor allem davon beunruhigt worden, daß jener die wirtschaftlichen Probleme nicht mehr aus hermetisch-theoretischen, sondern aus praktisch-politischen Perspektiven anzugehen suchte.

Ebenso eindrucksvoll werden die Auseinandersetzungen der Freihändler mit den Katheder-Sozialisten – eine pejorativ gemeinte Wortschöpfung des Liberalen Oppenheim – vorgeführt. In diesem irrational geführten Streit mit Brentano, Schmoller und Wagner kam es in der Schlußphase des »Kongresses« gar nicht mehr zu fundierter Kritik. Mit grobschlächtigen Unterstellungen und persönlichen Beleidigungen bekämpften die Liberalen jene Lehren der jungen Akademiker von der sozialpolitisch notwendigen Interventionsaufgabe des Staates. Die Art des Kampfes kündigte das Ende des Volkswirtschaftlichen Kongresses an. Deutlich zeigte sich nicht nur die Unfähigkeit der Liberalen, sozialökonomische Veränderungen zu adaptieren, sondern auch ihre gruppenspezifische Borniertheit, die sie hinderte, sich mit Andersdenkenden ernsthaft auseinanderzusetzen.

Wäre auch eine akzentuiertere schichtenspezifische Analyse der freihändlerischen Programmatik wünschenswert gewesen, so bietet die Studie trotz ihrer starken Anlehnung an die Chronologie der Kongreßprotokolle bei Vernachlässigung sozialökonomischer Rahmenbedingungen doch einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des liberalen Bürgertums.

Claus-Dieter Krohn

Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918, im Auftrage der Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie (1848 – 1918) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. I: Die wirtschaftliche Entwicklung, hrsg. von Alois Brusatti, Bd. II: Verwaltung und Rechtswesen, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1973 und 1975, XXII, 666 S. und XVIII, 791 S., Ln., 115 DM und 120 DM (bei Abnahme aller Bände 100 DM und 110 DM).

Mehr als zwei Jahrzehnte dauerte die keineswegs bruchlose Vorgeschichte bis zum Erscheinen des ersten Bandes dieses internationalen Gemeinschaftswerkes, das sich an das unerhört

wird nicht nachgegangen. Ebenso wird im chronologischen Abriss der einzelnen Kongresse und ihrer Beratungsthemen die immanente Betrachtung kaum überschritten. Die Bankendebatte seit Ende der sechziger Jahre beschränkt der Autor auf das Problem der Notenausgabe. Die Entwicklung der Banktheorie im industriewirtschaftlichen Aufschwung (banking-Lehre), die Entstehung der Bankverfassung des Deutschen Reiches werden nicht erwähnt. Die steuerpolitischen Vorstellungen der Freihändler werden gleichfalls nur nach den Kongreßprotokollen referiert, ohne die realökonomische Verteilungsproblematik – auf deren Hintergrund liberale Argumente Aussagekraft erhalten – einzubeziehen. In der Zollfrage, die die Verhandlungen der Kongresse seit 1873 bestimmten und bereits deren Ende signalisierten, bildeten die orthodoxen Liberalen gegenüber den konzentrierten Angriffen der Schutzzöllner, die – nach Hentschel – unerklärterweise plötzlich auf den Kongressen auftauchten, nur noch ein irrelevantes dogmatisch verengtes Häuflein. Das Interessengeflecht von Industriellen und Junkern, deren umfangreiche Propaganda, mit der sie die gemäßigten Freihändler und »Pragmatiker« für sich gewannen, werden von Hentschel nur unzureichend problematisiert.

Packend werden demgegenüber die schon von Gustav Mayer u. a. erhellten Beziehungen der Liberalen zu Lassalle und der neuformierten Arbeiterbewegung geschildert, wobei insbesondere die Darstellung liberaler Polemik gegen Lassalle und die Kritik an dessen ehernem Lohngesetz hervorragen. Hentschel macht deutlich, wie die prinzipielle Leugnung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit die liberalen Harmoniepostulate zur realitätsfernen Ideologie werden ließ. Dabei seien die liberalen Freihändler weniger von der ökonomischen Lehre Lassalles als vor allem davon beunruhigt worden, daß jener die wirtschaftlichen Probleme nicht mehr aus hermetisch-theoretischen, sondern aus praktisch-politischen Perspektiven anzugehen suchte.

Ebenso eindrucksvoll werden die Auseinandersetzungen der Freihändler mit den Katheder-Sozialisten – eine pejorativ gemeinte Wortschöpfung des Liberalen Oppenheim – vorgeführt. In diesem irrational geführten Streit mit Brentano, Schmoller und Wagner kam es in der Schlußphase des »Kongresses« gar nicht mehr zu fundierter Kritik. Mit grobschlächtigen Unterstellungen und persönlichen Beleidigungen bekämpften die Liberalen jene Lehren der jungen Akademiker von der sozialpolitisch notwendigen Interventionsaufgabe des Staates. Die Art des Kampfes kündigte das Ende des Volkswirtschaftlichen Kongresses an. Deutlich zeigte sich nicht nur die Unfähigkeit der Liberalen, sozialökonomische Veränderungen zu adaptieren, sondern auch ihre gruppenspezifische Borniertheit, die sie hinderte, sich mit Andersdenkenden ernsthaft auseinanderzusetzen.

Wäre auch eine akzentuiertere schichtenspezifische Analyse der freihändlerischen Programmatik wünschenswert gewesen, so bietet die Studie trotz ihrer starken Anlehnung an die Chronologie der Kongreßprotokolle bei Vernachlässigung sozialökonomischer Rahmenbedingungen doch einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des liberalen Bürgertums.

Claus-Dieter Krohn

Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918, im Auftrage der Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie (1848 – 1918) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. I: Die wirtschaftliche Entwicklung, hrsg. von Alois Brusatti, Bd. II: Verwaltung und Rechtswesen, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1973 und 1975, XXII, 666 S. und XVIII, 791 S., Ln., 115 DM und 120 DM (bei Abnahme aller Bände 100 DM und 110 DM).

Mehr als zwei Jahrzehnte dauerte die keineswegs bruchlose Vorgeschichte bis zum Erscheinen des ersten Bandes dieses internationalen Gemeinschaftswerkes, das sich an das unerhört

schwierige Unterfangen der Gesamtdarstellung einer Epoche wagt. Der geistige Vater dieses Großprojekts, Professor Hugo Hantsch, konnte das Erscheinen dieses ersten Bandes nicht mehr erleben, und so ist der Wiener Ordinarius Adam Wandruszka nunmehr als Obmann der »Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie« im Rahmen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften für das Werk verantwortlich, das er gemeinsam mit dem Sekretär dieser Kommission, Peter Urbanitsch, auch herausgibt. Daß sich die umfangreichen Vorarbeiten gelohnt haben, beweisen die beiden vorliegenden Bände, die jeweils einen abgeschlossenen Themenkreis behandeln. Es ist äußerst bemerkenswert, daß der erste Band der wirtschaftlichen Entwicklung gewidmet ist, daß man also auch in Österreich die Erkenntnis gewonnen hat, »daß das Verständnis für eine geistige, politische oder rechtliche Situation nur in der ununterbrochenen Wechselwirkung mit der sozio-ökonomischen Entwicklung erfassbar« ist, wie *Alois Brusatti* im Vorwort dieses Bandes schreibt. Der zweite Band ist Fragen der Verwaltung und des Rechtswesens gewidmet, die natürlich nicht klar von der Thematik des geplanten dritten Bandes (»Der Donaauraum und seine Völker«) getrennt werden konnten, so daß es hier zwangsläufig zu Überschneidungen kommen wird.

Sammelwerke haben wohl grundsätzlich die Nachteile der unterschiedlichen Qualität und Akzentuierung in ihren Beiträgen zu tragen. Davor konnten die Herausgeber auch dieses Werk nicht bewahren. Man muß ihnen allerdings bescheinigen, daß es ihnen gelungen ist, manche Querverbindungen zwischen den Aufsätzen herzustellen und wechselseitige Verweise einzubauen. Das macht das voluminöse Werk für den Leser wesentlich handlicher. Dazu kommt, und das ist wohl besonders zu betonen, ein ganz hervorragendes Register, das neben das Namensregister ein übersichtliches und ausführliches Sachregister stellt. Diese beiden Register ergänzt ein synoptisches Ortsnamenverzeichnis, das gemeinsam mit den beiden anderen Verzeichnissen den Wert und die Benützbarkeit des Werkes entscheidend erhöht.

Wenn auch die nicht deutschsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie in den beiden vorliegenden Bänden nicht gleichwertig berücksichtigt sind, so bietet das Werk doch wesentliche Ansätze für eine fruchtbare Zusammenarbeit in der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte. Besonders interessant ist jedoch, in welchem Maß die Beiträge aus den verschiedenen Gebieten den Stand der Forschung, der Aufbereitung der Quellen und der methodologischen Diskussion in den Nachfolgestaaten der Monarchie spiegeln, wobei sich vor allem natürlich der Vergleich mit Ungarn lohnt, da die anderen Länder, wie etwa Böhmen, ja in die Darstellung der jeweiligen Reichshälfte eingebaut sind, der sie damals angehörten. Bei allem Lob, das dem gesamten Werk auszusprechen ist, sollen jedoch auch die Schwächen nicht übersehen werden. Ist es zweifellos vertretbar und richtig, eine Untersuchung über die wirtschaftliche Entwicklung der Habsburgermonarchie an die Spitze zu stellen, so ist der Leser doch erstaunt und befremdet, daß eine extrem klare Trennlinie zwischen der Wirtschafts- und der Sozialgeschichte gezogen wurde. Die »Arbeiterschaft« findet auf den mehr als 650 Seiten des ersten Bandes laut Register acht Erwähnungen, die sich auf zwölf erhöhen, rechnet man die viermal »Arbeitslosigkeit« ein. In einem Werk zur Wirtschaftsgeschichte wird also der Träger der Entwicklung, die Arbeiterklasse, im Durchschnitt auf jeder sechzigsten Seite erwähnt. Hingegen hat man dem österreichischen Unternehmertum einen eigenen Beitrag gewidmet, man hat also die Trennlinie zur Sozialgeschichte in diesem Punkt durchaus überschritten. Es kann als Trost angeführt werden, daß gerade dieser Beitrag, verfaßt von *Josef Mentschl* (Wien), wohl die Schwachstelle des Gesamtbandes darstellt.

Der Aufsatz von *Nachum Th. Gross* (Jerusalem) über die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft, der an den Anfang des ersten Bandes gestellt ist, erweist sich als sehr nützliche Übersicht und wertvolle Gesamtdarstellung. Zudem ist dieser Beitrag

als Einführung in die Gesamtproblematik bestens geeignet, da er kurz und übersichtlich den Stellenwert der österreichischen Wirtschaft verdeutlicht.

Ebenso nützlich, wenn auch durch die größere Breite nicht so übersichtlich, ist der folgende Beitrag von *Herbert Matis* (Wien) über die Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik. Lesenswert ist vor allem das Schlußkapitel dieses Beitrags, das eine gute Zusammenfassung bietet. *Herbert Matis* kommt in diesem Band noch einmal zu Wort, und zwar gemeinsam mit *Karl Bachinger* (Wien) als Verfasser jenes Beitrages, den man nicht nur vom Umfang her als den zentralen des Sammelwerkes ansprechen kann. Er behandelt Österreichs industrielle Entwicklung und besticht vor allem durch hervorragendes statistisches Material. Dazu kommen einige Karten, die auf den Anteil der in Industrie und Gewerbe Tätigen an der Gesamtbevölkerung eingehen und die ein erstaunliches Gleichbleiben der Zentren im Zeitabschnitt von 1869 bis 1910 verdeutlichen können. Die in diesem Aufsatz hergestellten Bezüge zur gesellschaftlichen Struktur deuten an, wie nützlich eine Aufnahme sozialgeschichtlicher Beiträge in diesen Band zur Wirtschaftsgeschichte gewesen wäre.

Zwischen diesen beiden Aufsätzen, deren Autor bez. Koautor *Herbert Matis* ist, ist ein Beitrag über die österreichische Finanzpolitik angesiedelt, verfaßt von *Josef Wysocki* (Hohenheim). Auch dieser Aufsatz beinhaltet viele nützliche Tabellen und zeichnet sich durch eine klare Linienführung im theoretischen Teil aus.

Eine ganz kurze, aber äußerst interessante Studie stammt aus der Feder des Amerikaners *Richard L. Rudolph* (Minneapolis), der methodisch neue Wege geht und die Industrialisierung in Cisleithanien unter quantitativen Aspekten betrachtet. In diesem Beitrag werden die großen Möglichkeiten, aber auch die Grenzen, die in der Anwendung neuer, aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften entlehnter Methoden liegen, deutlich. Es gelingt *Rudolph*, den Nachweis zu liefern, daß durchaus nicht alle Industriezweige Österreichs zyklischen Schwankungen in ihrer Entwicklung unterworfen waren. So war etwa das Wachstum im Sektor Bergbau kontinuierlich, auch über die »Große Depression« hinweg. Im allgemeinen Wachstumsmuster läßt sich ein langsamer, aber ziemlich gleichmäßiger Industrialisierungsprozeß der Wirtschaft erkennen, der sich ohne größere Sprünge und Widersprüche vollzog. Was der interessanten Studie aber nicht gelingt und wahrscheinlich vom methodischen Ansatz her auch nicht gelingen kann, ist die Erklärung des Widerspruchs zwischen diesem Resultat und den großen Brüchen, die sich doch tatsächlich vollzogen haben und aus den Arbeitslosenzahlen oder aus den Konkursen ja leicht ersichtlich sind. Dennoch muß man sagen, daß hier neue Möglichkeiten der historischen Forschung angedeutet sind, deren Fruchtbarkeit sich sicher noch erweisen wird.

Auf diesen interessanten Beitrag folgt direkt der bereits erwähnte Aufsatz über das österreichische Unternehmertum, den man besser überblättert, um zu einer Studie über das Verkehrswesen zu gelangen, die von *Karl Bachinger* (Wien) verfaßt wurde. Es gelingt *Bachinger* sehr gut, die Entwicklungsphasen im Ausbau der Eisenbahnen herauszuarbeiten, und manche nützliche Tabelle bereichert die Ausführungen. Leider vermißt man, in dieser Studie sicher mehr als in anderen, Karten, die gerade die Ausweitung des Verkehrswesens illustrieren könnten. *Bachinger* hätte durchaus seinen eigenen, gemeinsam mit *Matis* verfaßten Beitrag über die industrielle Entwicklung in diesem Punkt zum Vorbild nehmen können.

In der Industrialisierung Österreichs haben, mehr als in anderen Ländern, die Banken stets eine entscheidende Rolle gespielt. *Eduard März* und *Karl Socher* (Wien) liefern eine übersichtliche und klare Darstellung von Währung und Banken in Cisleithanien, und man muß diese Studie wohl zu den ausgewogensten und interessantesten des Sammelbandes rechnen.

Ferdinand Tremel (Graz) behandelt den Binnenhandel und den Fremdenverkehr. Gerade in der Entwicklung des Binnenhandels wird dabei die Änderung in der Stellung der beiden Reichshälften zueinander verdeutlicht. Es ist Ungarn durchaus gelungen, langsam aus

seiner »halbkolonialen« Stellung herauszuwachsen. Cisleithanien erblickte in der sogenannten wirtschaftlichen »Ergänzung« der beiden Reichshälften einen möglichst großen Export von Fertigwaren nach Ungarn und einen Import von Rohstoffen aus Ungarn, doch mußte man, besonders ab der Jahrhundertwende, Einbußen in Kauf nehmen.

Der wesentlichste Wirtschaftszweig der Habsburgermonarchie war, bei aller Bedeutung der jungen Industrie, wohl ohne Zweifel die Landwirtschaft, die in einem nützlichen Beitrag von *Karl Dinklage* (Klagenfurt) dargestellt wird. Die Grundentlastung von 1848 steht nicht zufällig am Anfang des Zeitalters der Industrialisierung, das durch eben diese Maßnahme überhaupt erst ermöglicht wurde. Aber auch in der Landwirtschaft selbst waren die Folgen dieser Grundentlastung außerordentlich. Sie bilden den Hauptinhalt dieser Studie. Eher etwas unterrepräsentiert bilden im Anschluß die anderen Gebiete der Monarchie den Gegenstand der Untersuchungen. *Iván T. Berend* und *György Ránki* (Budapest) versuchen auf gut fünfzig Seiten eine Gesamtdarstellung von Ungarns wirtschaftlicher Entwicklung 1848 bis 1918 zu bieten. Trotz der Kürze ist diese Studie sehr informativ, da der deutschsprachige Leser eine nützliche Zusammenfassung geboten erhält. Methodisch ist dieser Beitrag nicht sonderlich aufregend, man hätte sich gerade auf diesem Gebiet mehr erwartet.

Das dritte Gebiet der Habsburgermonarchie, Bosnien und die Herzegowina, wird in seiner wirtschaftlichen Entwicklung von *Kurt Wessely* (Wien) dargestellt. Dieser Beitrag muß natürlich unter den fehlenden Vorarbeiten leiden, bietet aber trotzdem eine sehr gute Übersicht und erste Einführung in einen Bereich, der bisher durchaus nicht im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses lag.

Der letzte Beitrag des ersten Bandes behandelt die sogenannte gemeinsame Wirtschaftspolitik in Österreich-Ungarn und stammt aus der Feder von *Ákos Paulinyi* (Marburg). Diese nützliche, wenn auch nicht gerade sehr tiefeschürfende Untersuchung leitet bereits über zum zweiten Band des Gesamtwerkes, da mancher Aspekt der Verwaltung bereits Erwähnung findet. Abgerundet wird der erste Band des Gesamtwerkes mit einem Anhang von *Alois Brusatti* (Wien), dem Herausgeber dieses Bandes, der die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftsgeschichte in Österreich schildert.

Der zweite Band des Gesamtwerkes, der den Problemen Verwaltung und Rechtswesen gewidmet ist, hat schon von der Thematik her den Nachteil zu tragen, methodischen Experimenten nicht gerade aufgeschlossen zu sein. So fehlen in diesem Band die interessanten Versuche, die der erste Band etwa im Beitrag von Richard L. Rudolph wagt. Auch fehlt über weite Strecken jede Rückkoppelung zum Band I, der dadurch seine Funktion, das Verständnis politischer und rechtlicher Situationen zu erleichtern und sie in ihrer ökonomischen Bedingtheit zu verdeutlichen, nur sehr mangelhaft erfüllen kann. Auch gibt es im zweiten Band einige Mängel in der Auswahl und Zusammenstellung der Beiträge. Während etwa Ungarn hier ausreichend berücksichtigt erscheint, fehlt ein Artikel über Bosnien und die Herzegowina, die es insgesamt nur auf drei kurze Erwähnungen auf den beinahe 800 Seiten bringen.

Den Gesamteindruck, den dieser Band erweckt, faßt *Adam Wandruszka*, aus dessen Feder das Vorwort stammt, treffend zusammen, wenn er die Frage, ob die Habsburgermonarchie ein vorbildlicher Rechtsstaat war, positiv beantwortet, und das hohe Ansehen der österreichischen Beamten unterstreicht.

Der Höhepunkt dieses Bandes findet sich gleich in der ersten Studie. *Robert A. Kann* (Princeton), der wohl beste Kenner der Nationalitätenfrage in Österreich, liefert in seinem Aufsatz über die Habsburgermonarchie und das Problem des übernationalen Staates eine kurze und prägnante Zusammenfassung seiner Forschungsergebnisse, die auch die sozialdemokratischen Vorstellungen mit großem Verständnis referiert.

Alexander Novotny (Graz) ist der Verfasser des zweiten Beitrages, der dem Monarchen und seinen Ratgebern gewidmet ist. Es handelt sich dabei um einen »klassischen« historischen Aufsatz, konservativ, aber durchaus informativ.

Der nützliche und umfangreiche Beitrag über die Zentralverwaltung in Cisleithanien und über die gemeinsame Zentralverwaltung der Habsburgermonarchie, den *Walter Goldinger* (Wien) verfaßt hat, leidet in besonderem Maße daran, daß manche wichtige Information nicht näher hinterfragt wird. So führt Goldinger eine Verfünffachung der Gesamtzahl der Beamten von 1870 bis 1910 an (von 80 000 auf 400 000), erklärt diesen Sprung allerdings nicht, obwohl sich einleuchtende Erklärungsmodelle, wie etwa die teilweise Demokratisierung des Staatswesens, geradezu aufdrängen.

Einige wichtige Informationen gerade zum Verständnis der nationalen Problematik bietet der Beitrag über die Landesverwaltung in Cisleithanien, verfaßt von *Ernst C. Hellbling* (Salzburg). Dies gilt besonders für das Zahlenmaterial über die nationale Zugehörigkeit der Finanzbeamten. Die Verarbeitung der Informationen ist allerdings nicht immer voll gelungen. Hellbling kann zwar die Etappen in der Entwicklung der Landesverwaltung herausarbeiten, bleibt jedoch methodisch uninteressant.

Trotz seiner Kürze ist der Beitrag von *Jiří Klabouch* (Prag) über die Lokalverwaltung in Cisleithanien unübersichtlich und daher nicht gerade leicht lesbar. Auch vom Inhalt her zählt dieser Aufsatz nicht zu den stärksten des Sammelbandes.

Sehr ausführlich stellt *George Barany* (Denver) die Verwaltung Ungarns von 1848 bis 1918 dar. Der Beitrag, der sich über 150 Seiten erstreckt, besticht vor allem dadurch, daß auch wirtschaftliche und soziale Bezüge hergestellt werden, die die Verwaltungsgeschichte um eine wichtige Dimension erweitern. So wird der Verwaltungsapparat als Herrschaftsinstrument verdeutlicht, das auch dann und in solchen Bereichen funktioniert, wenn die militärische Gewalt versagt oder wo diese nicht ausreicht. Dies gilt sowohl für die Kontrolle in sozialer, aber auch in nationaler Hinsicht. Die Schwäche dieses Beitrags liegt darin, daß durch manche sprachliche Konstruktion das Lesen unnötigerweise erschwert wird. Wer sich aber durch den Text geplagt hat, hat eine gute und brauchbare Einführung in die Verwaltungsprobleme Ungarns erhalten.

Ähnliches gilt für die Darstellung über die Verwaltung im Königreich Kroatien und Slawonien, die aus der Feder von *Hodomir Sirotković* (Zagreb) stammt. Dieser Aufsatz hat zudem den Vorteil der Kürze. Er ist als Einführung daher äußerst nützlich.

Manch fortschrittliche Betrachtungsweise kennzeichnet den ersten Beitrag zur Rechtsgeschichte, in dem *Béla Sarlós* (Budapest) das Rechtswesen in Ungarn schildert. Er erkennt, »daß die seit März 1848 geschaffenen Rechtsnormen von bürgerlichem Charakter waren, das gesamte Rechtssystem im Dienst der kapitalistischen Umgestaltung und Entwicklung stand« (S. 499). Die Brüche in der Entwicklung im Rechtswesen und Rückstände gab es vor allem dort, wo der Großgrundbesitz seine Interessen schützte oder die Unterdrückung der Nationalitäten gewährleisten mußte. Ausgehend von diesem Ansatz, sind die Bezüge in diesem Beitrag zur ökonomischen Entwicklung natürlich stärker als in den anderen Aufsätzen. Es wird verdeutlicht, welche Möglichkeiten die Verwaltungs- und Rechtsgeschichte bietet, wenn man die traditionellen Bahnen verläßt und die Wechselwirkung mit der Wirtschafts- und Sozialgeschichte betont.

Diesen Anspruch kann der nächste Aufsatz, der die Rechtsentwicklung in Cisleithanien zum Inhalt hat, nicht erheben. Sein Verfasser, *Werner Ogris* (Wien), versucht zwar ebenfalls, Zusammenhänge mit der Wirtschaftsentwicklung nicht zu vernachlässigen, er bleibt jedoch, da ihm für eine solche Betrachtungsweise das Instrumentarium fehlt, groben Erklärungsmustern verhaftet, die nur als Einführung ihren Zweck erfüllen können. Auffällig ist seine Furcht vor der Verwendung »marxistischer« Ausdrücke, und so werden »Entfremdung« zur »Entpersönlichung«, die »Arbeitermassen in Fabriken« zur »Ballung großer Massen von Arbeitnehmern an einer Fabrikationsstätte« (S. 631).

Abgeschlossen wird dieser zweite Band durch einen Aufsatz über Rechtsschutz im öffentlichen Recht, also über Staatsgerichtshof, Reichsgericht und Verwaltungsgerichtshof, aus

der Feder von *Friedrich Lehne* (Wien), ein Beitrag, dem man stark anmerkt, daß sein Verfasser Jurist und nicht Historiker ist. Als Übersicht ist dieser Aufsatz jedoch nicht ungeeignet.

Zusätzlich zu den bereits erwähnten drei Registern, die diesen Band wie auch den ersten Band abrunden und wirklich benützlich machen, hat der zweite Band auch noch ein Verzeichnis der angeführten Gesetze und Verordnungen aufzuweisen, in das sogar der Anmerkungsapparat eingearbeitet wurde.

Bei aller Kritik, die natürlich im Detail an einem so riesigen Unterfangen wie der Darstellung der Habsburgermonarchie in den beiden vorliegenden Bänden anzubringen ist, muß aber abschließend doch betont werden, daß mit diesem Werk ein Standardwerk zur Geschichte dieser sieben Jahrzehnte erschienen ist, das sicherlich noch die Grundlage für etliche tieferschürfende Einzelstudien abgeben wird und das vor allem als Nachschlagewerk auch in Bibliotheken außerhalb Österreichs nicht fehlen sollte.

Helmut Konrad

Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, Jg. 1, 1975, Heft 4 (S. 401 – 560): Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten. Herausgeber dieses Heftes: Wolfgang J. Mommsen.

Herausgeber und Autoren dieses Heftes haben sich zwei begrüßenswerte Aufgaben gestellt. 1. Sie wollen mit ihren Beiträgen die einseitig europazentrierte Analyse des Imperialismus überwinden und – am Beispiel eines ausgewählten geographischen Raumes – die Aufmerksamkeit auf die innere Situation der »peripheren« Länder lenken. Auf einschlägige Thesen westeuropäischer Autoren wird dabei Rücksicht genommen. Nur der Verfasser des letzten unter den vier Beiträgen schenkt der einheimischen Forschung gebührend Aufmerksamkeit. Es kann nicht nur der Redaktion der Zeitschrift *GG*, es muß auch anderen Historikern im deutschen Sprachraum, auch in der DDR, angelastet werden, daß sie in den gegenwärtigen Imperialismen-Diskussionen zu wenig auf die Gesprächspartner aus den »peripheren« Ländern hören. »Die eigenständige Rolle der indigenen Kollaborationsregime« (Mommsen im Vorwort, S. 401) wäre in dem vorliegenden Werk sonst sicher differenzierter verstanden worden.

2. Die Redaktion hat für die Untersuchung langfristiger Entwicklungsprozesse des Imperialismus einen vorzüglichen Ansatz gewählt, indem sie die Ablösung einer niedergehenden »imperialistischen« Herrschaft, der des Osmanischen Reiches, durch einen jungen Imperialismus, des europäischen im 19. Jahrhundert, zum Gegenstand ihrer Untersuchung macht. Leider kommen dabei die Rückblicke auf den Finanzimperialismus der Pforte und die Ausblicke auf die Hegemonie Europas im 20. Jahrhundert in ihren mannigfaltigen kulturellen, technologischen, finanzpolitischen, siedlungsstrategischen und unternehmerischen Formen zu kurz. Eine möglicherweise kohärente Entwicklung der Imperialismen in diesem Raum kann unter diesen Umständen nicht einmal zur Diskussion gestellt werden.

Den ersten Beitrag des Heftes bringt *Alexander Schölch* unter dem Titel: »Wirtschaftliche Durchdringung und politische Kontrolle durch die europäischen Mächte im Osmanischen Reich (Konstantinopel, Kairo, Tunis)«. Die Wahl der drei Beispiele mit verschiedenartigen inneren Strukturen ist gut getroffen, doch zur Veranschaulichung unterschiedlicher Verhaltensweisen einheimischer Führungsschichten und unterschiedlicher Konzepte des Frühimperialismus wäre es günstig gewesen, auch Algier nach seinem Ausscheiden aus dem Verband des Osmanischen Reiches in die Betrachtung einzubeziehen.

Ein Vergleich der französischen Durchdringung Tunesiens und Algeriens unter ungleichen Umständen hätte verständlich machen können, warum die Führungsschichten beider benachbarter Länder bei verwandten Sozialstrukturen fast gegensätzlich auf die europäische Infiltration reagierten. So aber bleibt es unerörtert, warum sich die einheimische

der Feder von *Friedrich Lehne* (Wien), ein Beitrag, dem man stark anmerkt, daß sein Verfasser Jurist und nicht Historiker ist. Als Übersicht ist dieser Aufsatz jedoch nicht ungeeignet.

Zusätzlich zu den bereits erwähnten drei Registern, die diesen Band wie auch den ersten Band abrunden und wirklich benützlich machen, hat der zweite Band auch noch ein Verzeichnis der angeführten Gesetze und Verordnungen aufzuweisen, in das sogar der Anmerkungsapparat eingearbeitet wurde.

Bei aller Kritik, die natürlich im Detail an einem so riesigen Unterfangen wie der Darstellung der Habsburgermonarchie in den beiden vorliegenden Bänden anzubringen ist, muß aber abschließend doch betont werden, daß mit diesem Werk ein Standardwerk zur Geschichte dieser sieben Jahrzehnte erschienen ist, das sicherlich noch die Grundlage für etliche tieferschürfende Einzelstudien abgeben wird und das vor allem als Nachschlagewerk auch in Bibliotheken außerhalb Österreichs nicht fehlen sollte.

Helmut Konrad

Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, Jg. 1, 1975, Heft 4 (S. 401 – 560): Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten. Herausgeber dieses Heftes: Wolfgang J. Mommsen.

Herausgeber und Autoren dieses Heftes haben sich zwei begrüßenswerte Aufgaben gestellt. 1. Sie wollen mit ihren Beiträgen die einseitig europazentrierte Analyse des Imperialismus überwinden und – am Beispiel eines ausgewählten geographischen Raumes – die Aufmerksamkeit auf die innere Situation der »peripheren« Länder lenken. Auf einschlägige Thesen westeuropäischer Autoren wird dabei Rücksicht genommen. Nur der Verfasser des letzten unter den vier Beiträgen schenkt der einheimischen Forschung gebührend Aufmerksamkeit. Es kann nicht nur der Redaktion der Zeitschrift *GG*, es muß auch anderen Historikern im deutschen Sprachraum, auch in der DDR, angelastet werden, daß sie in den gegenwärtigen Imperialismen-Diskussionen zu wenig auf die Gesprächspartner aus den »peripheren« Ländern hören. »Die eigenständige Rolle der indigenen Kollaborationsregime« (Mommsen im Vorwort, S. 401) wäre in dem vorliegenden Werk sonst sicher differenzierter verstanden worden.

2. Die Redaktion hat für die Untersuchung langfristiger Entwicklungsprozesse des Imperialismus einen vorzüglichen Ansatz gewählt, indem sie die Ablösung einer niedergehenden »imperialistischen« Herrschaft, der des Osmanischen Reiches, durch einen jungen Imperialismus, des europäischen im 19. Jahrhundert, zum Gegenstand ihrer Untersuchung macht. Leider kommen dabei die Rückblicke auf den Finanzimperialismus der Pforte und die Ausblicke auf die Hegemonie Europas im 20. Jahrhundert in ihren mannigfaltigen kulturellen, technologischen, finanzpolitischen, siedlungsstrategischen und unternehmerischen Formen zu kurz. Eine möglicherweise kohärente Entwicklung der Imperialismen in diesem Raum kann unter diesen Umständen nicht einmal zur Diskussion gestellt werden.

Den ersten Beitrag des Heftes bringt *Alexander Schölch* unter dem Titel: »Wirtschaftliche Durchdringung und politische Kontrolle durch die europäischen Mächte im Osmanischen Reich (Konstantinopel, Kairo, Tunis)«. Die Wahl der drei Beispiele mit verschiedenartigen inneren Strukturen ist gut getroffen, doch zur Veranschaulichung unterschiedlicher Verhaltensweisen einheimischer Führungsschichten und unterschiedlicher Konzepte des Frühimperialismus wäre es günstig gewesen, auch Algier nach seinem Ausscheiden aus dem Verband des Osmanischen Reiches in die Betrachtung einzubeziehen.

Ein Vergleich der französischen Durchdringung Tunesiens und Algeriens unter ungleichen Umständen hätte verständlich machen können, warum die Führungsschichten beider benachbarter Länder bei verwandten Sozialstrukturen fast gegensätzlich auf die europäische Infiltration reagierten. So aber bleibt es unerörtert, warum sich die einheimische

Führung in einer bestimmten Weise (z. B. in Tunesien mit »extrem korrupten und verantwortungslosen Beamten«) gegenüber einer bestimmten Technik des Imperialismus (z. B. mit Staatsanleihen »als ein übles Gaunerstück«) verhielt.

Pauschal und hier nur umstrittene Sekundärliteratur heranziehend spricht der Verfasser von »einer korrupten Clique der herrschenden Schicht« Tunesiens (S. 419). Vielleicht wäre er vor diesem Vorurteil bewahrt geblieben, hätte er sich mit den Arbeiten tunesischer Historiker, z. B. im *Centre d'Études et de Recherches Economiques et Sociales* (C.E.R.E.S.) in Tunis, in der maghrebinisch-französischen Forschergruppe des *Centre de Recherches et d'Études sur les Sociétés Méditerranéennes* (C.R.E.S.M.) in Aix-en-Provence oder in der *Revue de l'Occident Musulman et de la Méditerranée*, vertraut gemacht.

»Die erste internationale Finanzkontrolle« über Tunesien setzt der Verfasser 1869 an (S. 415). Wenn man den ersten Ansatz von 1816 berücksichtigt, steht der Bezug mit Europa und Algerien in einem anderen Licht als in diesem Aufsatz.

Im übrigen hätte sich die Geschichte der kolonialisatorisch-ökologisch-technologischen Penetration des nordalgerischen Raumes durch Europa als Kontrastmodell zur »Bagdadbahn als Instrument deutschen wirtschaftlichen Einflusses im Osmanischen Reich« geeignet, ein Thema, welches *Helmut Mejcher* im folgenden Beitrag aufgreift.

Mejcher untersucht an dem übersichtlichen, wenn auch bis heute noch nicht hinreichend geklärten Beispiel der »Bagdadbahn« vor allem die Spekulation europäischer, nicht nur deutscher Hochfinanz, ohne das potentielle Interesse der Notabeln im Einzugsgebiet der Bahn außer acht zu lassen.

Wohlthuend nimmt der Verfasser die »Bagdadbahn« aus der Tradition der Diplomatiegeschichte heraus, doch er geht nicht so weit, diese berühmte »Projektruine« in die Geschichte der Entwicklungspolitik aufzunehmen. Zur Begründung führt er an:

»Was nun die Brauchbarkeit von Modellen der gegenwärtigen Imperialismuskritik für eine Strukturierung des hier vorliegenden Imperialismusphänomens angeht, so zeigt unsere Skizze, daß im Falle des Osmanischen Reichs das starre und wohl stärker von der Gegenwartsproblematik der Dritten Welt bzw. des Nord-Süd-Konflikts beeinflusste Schema von der Zentralnation (Metropole) versus Peripherienation (Peripherie bzw. Zentrale der Peripherie) die Wirkungslinien des Finanzimperialismus nicht erfaßt« (S. 449).

Zugegeben, die Gegenwart bietet dem »Finanzimperialismus« des 19. Jahrhunderts keine Analogien. Aber der Verfasser stößt hier auch auf eine Definitionsenge, die leichter überwunden wäre, hätte sein Beitrag nicht so starr im Rahmen der Imperialismuskritik gestanden.

Die Argumente, die er gegen die Brauchbarkeit des vorliegenden Modells für die gegenwärtige Imperialismuskritik ins Feld führt, sprechen zugleich für die gegenwartsorientierte Diskussion über Entwicklungspolitik. Der Verfasser bietet hierzu in seiner »Bagdadbahn«-Studie ein reichhaltiges Material, wovon nur wenige Themen erwähnt sein mögen: das Risiko der Kapitalinvestitionen in absolutistisch regierten Ländern ohne Verwaltungstraditionen mit geldbedürftigen Staatsmännern; der internationale Verschuldungsmechanismus mit Beteiligung der Regierung eines unterentwickelten Landes; Revolutionen, die mit etatistischer Reformprogrammatik aufwarten, als Unsicherheitsfaktor für ausländische Kapitalanleger; die Resistenz lokaler Notabeln und Dezentralisten gegenüber Innovationen, die von Zentralen in »Peripheriestaaten« motiviert werden; der Versuch dieser Zentralen, sich imperialer Machteinflüsse durch eine »divide-et-impera«-Strategie zu entziehen; das planvolle Spiel des Schwächeren mit dem Starken.

Dieser Beitrag – und dieses Thema – eignen sich vorzüglich für eine interdisziplinäre »Selbstaufklärung der Gegenwart«, wie es die Herausgeber der GG im Vorwort des ersten Heftes gefordert haben. Mejcher stößt mit seinem guten Rat, den er am Ende des Aufsatzes gibt, offene Türen auf: »Vor allem eine soziologisierende Imperialismusforschung wird sich

hüten müssen, in derlei Erscheinungen [Konzessionsjägerei der Notabeln] theoretische Grundmuster für Interessensolidaritäten zwischen sozio-ökonomisch führenden Gruppen der Metropole und der Peripherie zu erblicken« (S. 478).

Linda Schatkowski-Schilcher macht in dem Aufsatz »Ein Modellfall indirekter wirtschaftlicher Durchdringung: Das Beispiel Syrien« den interessanten Versuch, das Thema anhand britischer und französischer Konsularberichte zu behandeln. Sie stellt dabei in Frage, ob die wirtschaftliche Durchdringung Syriens, vorwiegend über den Handel mit Europa, noch einer Imperialismusdefinition unterzogen werden kann.

In diesem Zusammenhang wäre sicher eine Vertiefung in die Unterschiede französischer und britischer Einflüsse nützlich. Die schichtenspezifische Auswirkung der englischen Anpassungsfähigkeit an das einheimische Marktsystem mit billigen Produkten und der französischen Kulturpolitik mit Sprachunterricht und Luxusgütern für wohlhabende Gebildete dürfte nicht ohne Belang für die gesellschaftliche und kulturelle Selbstbehauptung eines so kleinen Landes gewesen sein.

In dem Aufsatz »Strategische Interessen und Anleihepolitik Rußlands in Iran« von *Paul Luft* wird der Raum des Osmanischen Reiches überschritten, aber die thematische Kontinuität des Heftes bleibt vor allem im Anschluß an den vorausgehenden Beitrag gewahrt.

Auch hier, in Iran, wirkte die Dualität zweier verschiedenartiger Imperien, Rußland und Großbritannien mit der Machtbasis in Indien. Beide hatten politische Ambitionen, doch Iran konnte aus dieser Rivalität keinen entwicklungspolitischen Nutzen ziehen. Daran war nicht nur das »negative Gleichgewicht« der imperialistischen Kräfte schuld. Der Verfasser hebt abgewogen die entwicklungshemmenden Faktoren der inneren Gesellschaftsstrukturen hervor.

Damit bringt er unter den vier Autoren am deutlichsten zum Ausdruck, welche Stütze die Imperialismusforschung in der Erforschung sozio-kultureller Phänomene finden kann.

Vielleicht wird die Imperialismusforschung dieser Zusammenarbeit in Zukunft sogar bedürfen, wenn sich einige aus der »Peripherie« des Imperialismus stammende Ansätze durchsetzen. Alle Autoren des Heftes haben zwar Probleme der internen und externen kulturellen Einflußnahme angesprochen, jedoch ohne dabei europazentrische Orientierungen preiszugeben. Aus ihren Beiträgen ist nicht zu erkennen, warum ihre Fachkollegen in den betroffenen Ländern heute so sehr um Probleme der Akkulturation und der gesellschaftlichen Identifikation in der »peripheren« Imperialismusforschung ringen müssen.

Werner Plum

Hans-Otto Binder, Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871 – 1890. Eine Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 29), Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1971, 213 S., kart., 34 DM.

Manfred Rauh, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 47), Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 396 S., Ln., 64 DM.

Der Föderalismus hat tiefere Wurzeln in der deutschen Geschichte als der Parlamentarismus. Das Bismarckreich, das nach außen wie ein moderner National- und Einheitsstaat erschien, blieb doch in politischer Kultur und Machtstruktur geprägt vom Übergewicht des stärksten seiner Einzelstaaten, der preußischen Monarchie. Die preußische Führungsstellung beruhte auf vorgegebenen Tatsachen: Bevölkerung, Territorium, militärische Schlagkraft. Sie beruhte aber auch auf der historischen Legitimation der Macht, die die deutsche Nationalstaatsbildung »von oben« zuwege gebracht hatte. Und schließlich ruhte Preußens Großmacht- und Hegemonialrolle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf seiner Industrialisierung, auf der industriellen Achse von Schlesien über Berlin ins Ruhrgebiet, und auf

hüten müssen, in derlei Erscheinungen [Konzessionsjägerei der Notabeln] theoretische Grundmuster für Interessensolidaritäten zwischen sozio-ökonomisch führenden Gruppen der Metropole und der Peripherie zu erblicken« (S. 478).

Linda Schatkowski-Schilcher macht in dem Aufsatz »Ein Modellfall indirekter wirtschaftlicher Durchdringung: Das Beispiel Syrien« den interessanten Versuch, das Thema anhand britischer und französischer Konsularberichte zu behandeln. Sie stellt dabei in Frage, ob die wirtschaftliche Durchdringung Syriens, vorwiegend über den Handel mit Europa, noch einer Imperialismusdefinition unterzogen werden kann.

In diesem Zusammenhang wäre sicher eine Vertiefung in die Unterschiede französischer und britischer Einflüsse nützlich. Die schichtenspezifische Auswirkung der englischen Anpassungsfähigkeit an das einheimische Marktsystem mit billigen Produkten und der französischen Kulturpolitik mit Sprachunterricht und Luxusgütern für wohlhabende Gebildete dürfte nicht ohne Belang für die gesellschaftliche und kulturelle Selbstbehauptung eines so kleinen Landes gewesen sein.

In dem Aufsatz »Strategische Interessen und Anleihepolitik Rußlands in Iran« von *Paul Luft* wird der Raum des Osmanischen Reiches überschritten, aber die thematische Kontinuität des Heftes bleibt vor allem im Anschluß an den vorausgehenden Beitrag gewahrt.

Auch hier, in Iran, wirkte die Dualität zweier verschiedenartiger Imperien, Rußland und Großbritannien mit der Machtbasis in Indien. Beide hatten politische Ambitionen, doch Iran konnte aus dieser Rivalität keinen entwicklungspolitischen Nutzen ziehen. Daran war nicht nur das »negative Gleichgewicht« der imperialistischen Kräfte schuld. Der Verfasser hebt abgewogen die entwicklungshemmenden Faktoren der inneren Gesellschaftsstrukturen hervor.

Damit bringt er unter den vier Autoren am deutlichsten zum Ausdruck, welche Stütze die Imperialismusforschung in der Erforschung sozio-kultureller Phänomene finden kann.

Vielleicht wird die Imperialismusforschung dieser Zusammenarbeit in Zukunft sogar bedürfen, wenn sich einige aus der »Peripherie« des Imperialismus stammende Ansätze durchsetzen. Alle Autoren des Heftes haben zwar Probleme der internen und externen kulturellen Einflußnahme angesprochen, jedoch ohne dabei europazentrische Orientierungen preiszugeben. Aus ihren Beiträgen ist nicht zu erkennen, warum ihre Fachkollegen in den betroffenen Ländern heute so sehr um Probleme der Akkulturation und der gesellschaftlichen Identifikation in der »peripheren« Imperialismusforschung ringen müssen.

Werner Plum

Hans-Otto Binder, Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871 – 1890. Eine Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 29), Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1971, 213 S., kart., 34 DM.

Manfred Rauh, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 47), Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 396 S., Ln., 64 DM.

Der Föderalismus hat tiefere Wurzeln in der deutschen Geschichte als der Parlamentarismus. Das Bismarckreich, das nach außen wie ein moderner National- und Einheitsstaat erschien, blieb doch in politischer Kultur und Machtstruktur geprägt vom Übergewicht des stärksten seiner Einzelstaaten, der preußischen Monarchie. Die preußische Führungsstellung beruhte auf vorgegebenen Tatsachen: Bevölkerung, Territorium, militärische Schlagkraft. Sie beruhte aber auch auf der historischen Legitimation der Macht, die die deutsche Nationalstaatsbildung »von oben« zuwege gebracht hatte. Und schließlich ruhte Preußens Großmacht- und Hegemonialrolle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf seiner Industrialisierung, auf der industriellen Achse von Schlesien über Berlin ins Ruhrgebiet, und auf

der zentralen Bedeutung von Berlin als Finanzplatz. Politisch und staatsrechtlich war die preußische Führung, wie bekannt, über den Bundesrat abgesichert, wo sich gegen den Willen des preußischen Staatsministeriums nichts bewegte, und, wie weniger bekannt, durch die enge, bis in den Geschäftsgang der »Reichsregierung« hinein bestimmende Verschränkung der Reichsbürokratie mit der preußischen. Der Föderalismus im Bismarckstaat hatte mithin durchaus hegemoniale Züge, und im Konflikt gab es keinen Zweifel, daß Preußen die stärkeren Bataillone zur Seite standen. Die seit 1890 sich abzeichnende Umakzentuierung vom Bundesstaat zur Nationalmonarchie¹ hat die föderale Struktur nicht gestärkt, sondern naturgemäß geschwächt, und die zentralistischen Elemente der Weimarer Reichsverfassung von 1919 fielen nicht aus heiterem Himmel.

So hat der Bundesrat schon im Bismarckreich niemals halten können, was sich die ungleichen Vertragspartner von 1870/71 von ihm versprochen. Um als »anonyme Reichsregierung« (Bismarck) etwas zu leisten, fehlte es ihm an Kontinuität, Homogenität und bürokratischem Unterbau. Er vermochte weder ein bundesstaatliches Gegengewicht des »dritten Deutschland« zu Preußen zu bilden – die Belanglosigkeit des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten belegt das zur Genüge – noch ein ministerielles zum Reichstag, es sei denn, daß Bismarck Reichstagsmehrheit und Bundesrat gegeneinander auszuspielen liebte. Die beiden im folgenden zu besprechenden Studien zum Föderalismusproblem im Bismarckstaat 1870–1914 kommen zu keinem anderen Schluß.

Binder untersucht die Stellung des Bundesrats im Verfassungsgefüge vornehmlich aus der Sicht bayerischer und württembergischer Akten. Er fragt nach der Reichspolitik der Einzelstaaten und exemplifiziert sie an den süddeutschen Mittelstaaten. Das geschieht einerseits durch Untersuchung der Organisation der Reichsangelegenheiten in Karlsruhe, Stuttgart und München, teils in der Form und mit den Begriffen einer Art von innerstaatlicher Diplomatiegeschichte, die freilich schon unter Bismarck gelegentlich das Farcenhafte streifte. Der Schwerpunkt liegt auf den Jahren vor der konservativen Wendung 1878/79. Für die 1880er Jahre unterschreibt der Verfasser die zeitgenössische These (K. Oldenburg), der Bundesrat sei bloße »Stimmaschine« des Systems Bismarck geworden. Überhastung und mangelhafte Vorbereitung der Beratungen verdrossen die einzelstaatlichen Regierungen und ließen, zumal die süddeutschen Ministerien in wichtigen Fragen auch ungeniert über die ihnen nahestehenden Reichstagsabgeordneten Einfluß ausübten, den Bundesrat in Bedeutungslosigkeit absinken. Dahinter stand die zunehmende materielle und formelle Verlagerung der Gewichte auf den Reichstag und zur Berliner Bürokratie, gleich ob sie auf das Kommando des Reiches oder Preußens hörte, vor allem aber auch die wiederholte Demonstration, daß im Konflikt der Reichskanzler entschied. Aus süddeutscher Sicht fällt daher in dieser Arbeit Licht auf die großen Streitfälle mit Berlin, vom großen Anfangsversäumnis, das »dritte Deutschland« gegen Preußen zum Gegengewicht aufzubauen, über die Reichseisenbahnpläne der 1870er Jahre bis zur Stellvertretungsvorlage 1878. Die Stärke der Arbeit liegt in der Verknüpfung verschiedener »case studies« und den daraus gezogenen Schlüssen über die Verfassungswirklichkeit des Reiches. Die Auswirkungen der großen Deflation, des beginnenden Staatsinterventionismus und der quasi-plebiszitären Herrschaftstechnik Bismarcks auf den Bundesrat bleiben dagegen am Rande.

Was die Frage des Staatsstreichs anlangt, so hat *Binder* aus seinem Material weniger gemacht, als sich ihm anbot, und das, obwohl die Drohung mit dem Staatsstreich gerade den Süddeutschen mehrmals unmißverständlich die Grenzen ihrer Eigenständigkeit vor Augen führte. Sehr bemerkenswert und aufschlußreich hinsichtlich des Verhältnisses des cäsaristischen Staatsmanns zum Föderalismus der Reichsverfassung ist ein im Anhang (S. 199 ff.) gedrucktes Schreiben des Fürsten Hohenlohe, der als Staatssekretär des Auswärtigen Amts

¹ Dazu *Elisabeth Fehrenbach*, Wandlungen des deutschen Kaisergedankens 1871 – 1918, München 1969.

1880 dem bayerischen Außenminister vertraulich und eigenhändig mitteilte, Fürst Bismarck sehe im »Geheimratsliberalismus« seinen Hauptgegner und werde einer Allianz von Bundesrat und Reichstag vorzubeugen wissen: »Ja er geht so weit, schon von Reformanträgen, von Umgestaltung des Bundesrats im Sinne eines Staatenhauses usw. zu sprechen, wobei er bemerkt, daß er zwar die Majorität nicht für sich haben werde, daß diese Majorität im Jahre 1866 aber auch nicht vorhanden gewesen sei«.

Die Studie von *Rauh* schließt zeitlich an Binders Arbeit an. Sie verbindet die Strukturanalyse des Bundesrats mit der Entwicklung oder eher Rück-Entwicklung seiner politischen Rolle im Verfassungsgefüge im Zeichen des von Bismarck so genannten »wilhelminischen Absolutismus«. Die Arbeit ruht auf eindrucksvoller Aktengrundlage und erweitert unsere Kenntnis der Wilhelminischen Verfassungsrealität, ohne aber zu grundlegend neuen Interpretationen zu gelangen. Wichtig ist, was Rauh über Verfahren und Geschäftsordnung des Bundesrats ermittelt hat. Er beleuchtet auch zum erstenmal systematisch das bisher meist übersehene Verfahren einzelstaatlicher Regierungen, über Reichstagsabgeordnete der liberalen Fraktionen jenen Zugang zu den Entscheidungen zu finden, den sie im Bundesrat vergeblich suchten – ein Verfahren allerdings, das den Bundesrat auf die Dauer überhaupt überflüssig machen konnte.

Im zweiten Teil seiner Studie stellt Rauh auf das Verhältnis von Bundesrat und »persönlichem Regiment« Wilhelms II. ab, was zwar begrifflich an eine langwierige Debatte unter Historikern anschließt², aber im Grunde der eigentlich weiterführenden Frage nach dem fundamentalen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands um 1890 ausweicht³. Denn 1890 ist ja nicht deshalb in der deutschen Geschichte von Belang, weil der »Großregierer« (Treitschke) ging und Wilhelm II. versuchte, in zu großen Schuhen zu tanzen, sondern weil Bismarcks Sturz nach 20 Jahren cäsarischer Machtausübung eine tiefe Krise von Legitimation und Konsens bloßlegte, eine Krise, aus der zunächst Caprivis Reformkonservatismus und dann der fahrig-e Weltmachtgestus der Ära Bülow hervorgingen. Solche Fragen werden durch die von Rauh fast unbesehen übernommene These vom »persönlichen Regiment« eher verdeckt als erhellt. Gleichwohl ist seine Studie belangvoll und aufschlußreich für die Kräfteverschiebung vom System Bismarck zur verwalteten Krise am Vorabend des Weltkriegs. Ähnlich der Arbeit von Binder verfolgt auch diese Studie anhand von einzelnen »case studies« (Weinsteuer, Militärstrafprozeßordnung, Flottenbau) die Schwächung der Institutionen und die Stärkung der kaiserlichen Deziision. Ob indes die Entwicklung 1900–1909 der zentralen These einer »Stärkung des Reichstags« zu subsumieren ist, erscheint dem Rezensenten fraglich. Die Entwicklung ist, wie neuere Studien von Witt, Stegmann, Eley und Berghahn zeigen, viel doppeldeutiger und eher in Begriffen des Gruppenkampfes um wirtschaftliche und soziale Vorteile als in denen der Verfassungsgeschichte zu analysieren. Bülow stürzte nicht deshalb, weil der Reichstag als Institution es so wollte, sondern weil er den Fehler machte, als es um die Kosten der maßlosen Aufrüstung ging, den Dolch der Steuerreform unter die Senatoren zu werfen. Deshalb scheint mir auch die These der »stillen Parlamentarisierung«, so gut sie sich – seit Frauendienst⁴ – in eine Kontinuitätslinie von 1848 bis Ebert einfügt, auf unsicherem Grund zu stehen. Unbestreitbar ist allerdings, daß, wie immer man die Verfassungsgeschichte der letzten beiden Vor-

2 Zuletzt zusammenfassend *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. III, Stuttgart 1963, Bd. IV, Stuttgart 1969. Weiterführend vor allem *Hans Boldt*, Deutscher Konstitutionalismus und Bismarckreich, in: *Michael Stürmer* (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870 – 1918*, Düsseldorf 1970 (1976²), S. 119 – 142.

3 Dazu jetzt *Gilbert Ziebura*, Sozialökonomische Grundfragen des deutschen Imperialismus vor 1914, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg*, Göttingen 1974, S. 495 – 524.

4 *Werner Frauendienst*, Demokratisierung des deutschen Konstitutionalismus in der Zeit Wilhelms II., in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 113, 1957, S. 721 – 746.

kriegsjahrzehnte auf Begriffe bringt, der Bundesrat das Nachsehen hatte. Jetzt, wo man ihn als Sicherungsmechanismus gegen Mehrheiten der linken Mitte hätte brauchen können, rächte sich die Mißachtung, mit der Bismarck und seitdem auch die meisten einzelstaatlichen Regierungen ihn behandelt hatten. Die faktische Reichsregierung wahrte nicht einmal mehr den Schein, was Bismarck oft noch für taktisch klug gehalten hatte, daß bei den »verbündeten Regierungen« die eigentliche Regierungsgewalt in Deutschland liege. Damit kommt Rauh zu dem bemerkenswerten Schluß, daß der Föderalismus, der anfangs Gegengewicht zum Parlamentarismus sein sollte, durch die »Ungleichzeitigkeit« der einzelstaatlichen Entwicklung und die Übertragung freundlicherer Umgangsformen aus den süddeutschen Einzelstaaten auf das Reichsparlament eher Wegbereiter als Bremsklotz der Parlamentarisierung geworden sei.

Michael Stürmer

Michael Stürmer, *Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871 – 1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 54), Droste Verlag, Düsseldorf 1974, 376 S., Ln., 68 DM.

Folgt man dem (zweifellos auch hier vom Autor selbst stammenden) Klappentext des Buches, so entwickelt Stürmer in seiner Studie über das »Verhältnis von Macht und Konsens [vgl. S. 231] im Bismarckstaat« die Verfassungsalternative »Parlamentarismus oder Cäsarismus« (so, allerdings in umgekehrter Reihenfolge, auch der Untertitel) aus den Bedingungen des epochalen »Übergangs zur industriellen Gesellschaft in Deutschland«. Verfassungs- und Sozialgeschichte sollen also »in Form einer Fallstudie [?]*«* miteinander verbunden worden sein (vgl. auch S. 26). Mehr noch: Stürmer möchte seine Darstellung der »Ära des ungewissen liberal-konservativen Kompromisses und des Übergangs zum neuen Equilibrium des konservativen Deutschland der 1880er Jahre« (S. 15) ausdrücklich als »praktischen Beitrag [?] zu der notwendigen Debatte um die Ortsbestimmung der Historie als kritischer Gegenwartswissenschaft und historischer Sozialwissenschaft« verstanden wissen (Vorwort, S. 7). Fürwahr kein geringes Unterfangen des Verfassers, der nach früheren Teilstudien (1969/70) mit dieser seiner überarbeiteten und ergänzten Habilitationsschrift von 1970/71 seine langjährige Beschäftigung mit Problemen des »im Feldlager von Versailles inaugurierten Reiches« (S. 16) nun zu einem gewissen Abschluß gebracht hat.

Im Zentrum der – als wohl erster eingehender Überblick über das Jahrzehnt nach der Reichsgründung informativen – Arbeit steht »das den vorgegebenen, verhältnismäßig stabilen gesellschaftlichen und verfassungsmäßigen Rahmen [des Bismarckreichs] ständig in Frage stellende Wechselverhältnis der in den politischen Parteien repräsentierten sozialen Gruppen, wirtschaftlichen Interessen und ideologischen Wertsysteme zueinander, vor allem aber zur preußisch-deutschen Staatspolitik« (S. 12). Mit guten Gründen geht Stürmer von einer zumindest partiell »offenen« Entwicklung aus, verwirft also rigorose Präjudizien im Sinne einer »zwangsläufigen« Tendenz des politisch-sozialen Systems Preußen-Deutschlands zur »Stabilisierung auf monarchisch-bürokratischer Basis« (S. 18). Wohl sieht Stürmer den historischen »[Bezugs-]Rahmen« seiner Arbeit von einem »[Wirkungs-]Dreieck von Staatsstreichdrohung, Parlamentarisierung und Revolutionsfurcht« abgesteckt (S. 21; s. a. S. 23). Daher zweifelt er – im Hinblick vor allem auf die Entwicklung seit den 80er Jahren – nicht nur an der »immer wieder vertretenen These einer fortschreitenden Parlamentarisierung und damit einhergehenden Demokratisierung des deutschen Konstitutionalismus« für die Bismarckzeit (S. 19) und betrachtet den Verzicht des »bürgerlichen Liberalismus« auf eine »Rochade« zur Anpassung an die durch den Aufstieg der Arbeiterbewegung entstandene »neue Konstellation klassenpolitischer Gegensätze« sogar als »historische Stunde des cäsaristischen Lösungsversuchs« (S. 22; vgl. u. a. S. 128 ff., 155, 230, 291 ff., 311 ff.

kriegsjahrzehnte auf Begriffe bringt, der Bundesrat das Nachsehen hatte. Jetzt, wo man ihn als Sicherungsmechanismus gegen Mehrheiten der linken Mitte hätte brauchen können, rächte sich die Mißachtung, mit der Bismarck und seitdem auch die meisten einzelstaatlichen Regierungen ihn behandelt hatten. Die faktische Reichsregierung wahrte nicht einmal mehr den Schein, was Bismarck oft noch für taktisch klug gehalten hatte, daß bei den »verbündeten Regierungen« die eigentliche Regierungsgewalt in Deutschland liege. Damit kommt Rauh zu dem bemerkenswerten Schluß, daß der Föderalismus, der anfangs Gegengewicht zum Parlamentarismus sein sollte, durch die »Ungleichzeitigkeit« der einzelstaatlichen Entwicklung und die Übertragung freundlicherer Umgangsformen aus den süddeutschen Einzelstaaten auf das Reichsparlament eher Wegbereiter als Bremsklotz der Parlamentarisierung geworden sei.

Michael Stürmer

Michael Stürmer, *Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871 – 1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 54)*, Droste Verlag, Düsseldorf 1974, 376 S., Ln., 68 DM.

Folgt man dem (zweifellos auch hier vom Autor selbst stammenden) Klappentext des Buches, so entwickelt Stürmer in seiner Studie über das »Verhältnis von Macht und Konsens [vgl. S. 231] im Bismarckstaat« die Verfassungsalternative »Parlamentarismus oder Cäsarismus« (so, allerdings in umgekehrter Reihenfolge, auch der Untertitel) aus den Bedingungen des epochalen »Übergangs zur industriellen Gesellschaft in Deutschland«. Verfassungs- und Sozialgeschichte sollen also »in Form einer Fallstudie [?]*«* miteinander verbunden worden sein (vgl. auch S. 26). Mehr noch: Stürmer möchte seine Darstellung der »Ära des ungewissen liberal-konservativen Kompromisses und des Übergangs zum neuen Equilibrium des konservativen Deutschland der 1880er Jahre« (S. 15) ausdrücklich als »praktischen Beitrag [?] zu der notwendigen Debatte um die Ortsbestimmung der Historie als kritischer Gegenwartswissenschaft und historischer Sozialwissenschaft« verstanden wissen (Vorwort, S. 7). Fürwahr kein geringes Unterfangen des Verfassers, der nach früheren Teilstudien (1969/70) mit dieser seiner überarbeiteten und ergänzten Habilitationsschrift von 1970/71 seine langjährige Beschäftigung mit Problemen des »im Feldlager von Versailles inaugurierten Reiches« (S. 16) nun zu einem gewissen Abschluß gebracht hat.

Im Zentrum der – als wohl erster eingehender Überblick über das Jahrzehnt nach der Reichsgründung informativen – Arbeit steht »das den vorgegebenen, verhältnismäßig stabilen gesellschaftlichen und verfassungsmäßigen Rahmen [des Bismarckreichs] ständig in Frage stellende Wechselverhältnis der in den politischen Parteien repräsentierten sozialen Gruppen, wirtschaftlichen Interessen und ideologischen Wertsysteme zueinander, vor allem aber zur preußisch-deutschen Staatspolitik« (S. 12). Mit guten Gründen geht Stürmer von einer zumindest partiell »offenen« Entwicklung aus, verwirft also rigorose Präjudizien im Sinne einer »zwangsläufigen« Tendenz des politisch-sozialen Systems Preußen-Deutschlands zur »Stabilisierung auf monarchisch-bürokratischer Basis« (S. 18). Wohl sieht Stürmer den historischen »[Bezugs-]Rahmen« seiner Arbeit von einem »[Wirkungs-]Dreieck von Staatsstreichdrohung, Parlamentarisierung und Revolutionsfurcht« abgesteckt (S. 21; s. a. S. 23). Daher zweifelt er – im Hinblick vor allem auf die Entwicklung seit den 80er Jahren – nicht nur an der »immer wieder vertretenen These einer fortschreitenden Parlamentarisierung und damit einhergehenden Demokratisierung des deutschen Konstitutionalismus« für die Bismarckzeit (S. 19) und betrachtet den Verzicht des »bürgerlichen Liberalismus« auf eine »Rochade« zur Anpassung an die durch den Aufstieg der Arbeiterbewegung entstandene »neue Konstellation klassenpolitischer Gegensätze« sogar als »historische Stunde des cäsaristischen Lösungsversuchs« (S. 22; vgl. u. a. S. 128 ff., 155, 230, 291 ff., 311 ff.

und 322 ff.). Doch hindert ihn dies nicht an der hypothetischen Annahme einer »latenten Verfassungskrisis der 1870er Jahre«, die angesichts des parlamentarischen Übergewichts des »industriell führenden Großbürgertums liberaler und gemäßigt konservativer Prägung« jedenfalls anfänglich die Möglichkeit »maßgeblichen, personell und institutionell abgesicherten Mitregiments« enthalten habe (S. 18).

Dieser perspektivische Ansatz ist nach den scharfsinnigen Aufrissen von W. Sauer (1962) und R. Wahl (1972) nun zwar nicht originär, hält dem Verfasser aber den Blick für eine Fülle verfassungs- und sozialgeschichtlicher Teilereignisse und -prozesse offen (vgl. S. 24 und 26) und ist somit eine grundlegende Voraussetzung für seinen Versuch einer ebenso groß angelegten wie minutiösen Analyse der politisch-gesellschaftlichen »Kräfteverteilung« (S. 20; vgl. S. 23 ff.) des »Bismarckstaates« zwischen dem deutsch-französischen Krieg und dem »großen, Politik und Wirtschaft umgreifenden Umschwung der Jahre 1878/79« (S. 25). Eine andere wichtige Voraussetzung sind die breite Materialgrundlage aus Ministerial-, Kabinetts- und anderen Archivalien, zahlreichen Nachlässen, Memoiren und Parlamentsprotokollen sowie die im ganzen ausgedehnte Literaturkenntnis des Verfassers. Daß die periodische Presse – übrigens kommentarlos – so gut wie ausgespart ist, d. h. nur selten und auch dann nur »aus zweiter Hand« berücksichtigt wurde, muß trotz des vorrangigen Interesses für die »Ebene der Entscheidungsbildung zwischen Regierung und Reichstag« (S. 25) allerdings als irritierende Lücke vermerkt werden, jedenfalls bei Abschnitten wie »Die Liberalen, das Septennat und die Mobilisierung der Öffentlichkeit« (S. 118 ff.; s. a. S. 267 f.).

Der Aufbau der Untersuchung, deren einzelne Teile gedanklich gut miteinander verbunden sind, folgt in der Hauptsache den Wahlperioden des Reichstags (vgl. S. 25). Infolgedessen beginnt die Arbeit nach einigen mehr diskursiven Erörterungen der »Voraussetzungen des Systems Bismarck« (S. 29 ff.) mit einer Analyse der innenpolitischen Ausgangskonstellation der »liberalen Ära in den Parlamenten« (Teil I) nach den Märzahlen von 1871, um dann die Entstehung eines »neuen Machtgefüges« zwischen »Bismarck, dem preußischen Staatsministerium und der nationalliberal-freikonservativen Reichstagsmehrheit« herauszuarbeiten, ermöglicht durch das »Scheitern der konservativen Opposition und eine Labilität aller verfassungsmäßigen Institutionen« (S. 105). Dabei untersucht Stürmer sowohl Bismarcks »Herrschaftstechnik« (vgl. u. a. S. 96 f.) als auch die »Mechanismen« der durchaus möglichen, wenngleich weitgehend informellen Einflußnahme der »Reichsgründungsparteien« auf die Politik von Reichskanzleramt und Staatsministerium und zeigt auf diese Weise, daß das verfassungstheoretische »Problem der Parlamentarisierung« (vgl. dazu bes. auch S. 300 f.) zunächst »in der politischen Wirklichkeit keine beherrschende Stellung« mehr hatte (S. 108; vgl. S. 111 f.). Wie die von den »ungelösten Widersprüchen des preußisch-deutschen Konstitutionalismus« gebildete »graue Zone der Verfassung« nach den Januarwahlen 1874 (»eine Art von Plebiszit über die liberale Ära« [S. 114]) schließlich zum Objekt eines Ringens wurde, das mit der »konservativen Neugründung des Reichs von oben« im Jahre 1878 endete (S. 112), untersucht Stürmer primär unter dem Gesichtspunkt »Sog der Depression« (S. 114 ff.). Damit stellt er sich die anspruchsvolle Aufgabe, vor allem den postulierten Zusammenhang der nachhaltigen Veränderungen des politischen Systems in den Jahren der »Verfassungskrisis« 1874 ff. (S. 112; vgl. S. 142 ff.) mit dem immerhin als »Hintergrund der großen Zäsur von 1878/79« (S. 159) angesehenen konjunkturellen Abschwung wie den begleitenden sozialen Konflikten nicht nur vorauszusetzen oder in großen Zügen zu beschreiben, sondern im Detail auch sichtbar zu machen: also zu zeigen, wie der »jahrelange, erbitterte Kampf um die Prinzipien der Handels-, Finanz- und Wirtschaftspolitik [...] über die politisch-soziale Bauform des Deutschen Reiches entschied« (S. 155). Die Bewältigung dieser gewiß eminent schwierigen Aufgabe der *Vermittlung* zwischen ökonomisch-sozialen und staatspolitischen Faktoren gelingt jedoch

nur ansatzweise (vgl. z. B. S. 147 ff. und 188 ff.), zumal Stürmer eigene Vermittlungsbe-mühungen in manchen zentralen Passagen (vgl. z. B. S. 156 ff.) durch die auf räumlich und zeitlich z. T. ja sehr viel weitere Zusammenhänge zugeschnittenen Globalaussagen Hans Rosenbergs substituiert (ohne übrigens die Vorbehalte der neueren wirtschaftsgeschichtlichen Forschung, z. B. K. Borchardts [1972] und F. W. Hennings [1973], wenigstens anmer-kungsweise noch zu bedenken).

Hat Stürmer im ersten Teil seines Buches also – was den Begründungszusammenhang be-trifft – nur bedingt überzeugend dargetan, daß die vom ›bürgerlichen Liberalismus‹ auf-geworfene »Parlamentarisierungsfrage [vgl. bes. S. 152] und mit ihr der Kampf um das Verhältnis von Macht, Recht und Moral im staatlichen Leben im Zeichen des [depressions-begünstigten] Interventionsstaates und seines Potentials an sozialökonomischer Beschwich-tigung die [frühere] politische Sprengkraft« verloren hatten (S. 178; vgl. S. 155 f. und 183), so verfolgt er in Teil II die allmähliche Deprivation der »liberalen Parlamentstheorie« (S. 183; vgl. bes. S. 229 f.). Im einzelnen befaßt er sich mit dem Übergang zur »großen konservativen Wendung am Ende der 1870er Jahre« (S. 145 ff.), d. h. mit dem innen-politischen Kurswechsel seit der »entscheidenden Kräfteverschiebung nach rechts« am 10. Jan. 1877 (S. 183 ff.), und untersucht zuletzt Bismarcks offenen »Kampf gegen das Parlament« (S. 231 ff.) nach der Wahl vom Juli 1878, die die planmäßige Sammlungs-politik des Kanzlers (vgl. bes. S. 190 und 196) im Zeichen einer breiten parteipolitischen »Solidarität der Angst« (S. 186; vgl. u. a. S. 15, 20 f., 216, 231, 294 f. und 327) vor der aufsteigenden Sozialdemokratie absicherte. Daß und wie der »Solidarprotektionismus von Großgrundbesitz und Schwerindustrie, begründet in der ›Großen Depression‹ und zemen-tiert durch die Angst vor dem roten Gespenst, [. . .] zur wirtschaftlichen (?) Basis für die Weiterführung und Vollendung einer konservativen Politik im Stil der ›Revolution von oben‹« wurde (S. 191; vgl. u. a. S. 213 und 228 f.), versucht Stürmer durch genaue Nach-zeichnung der Etappen der Bismarckschen Parlamentspolitik erkennbar zu machen. Er be-müht sich – im ganzen erfolgreich – um Freilegung des Beziehungsgeflechts von Wirtschafts-bzw. Finanzpolitik und Verfassungswandel und betont die (an sich ja bekannte) Integra-tionsfunktion des Sozialistengesetzes, seine mediale Bedeutung für die antiparlamentarisch-antiliberalen, bis zu Staatsstreichgedanken erweiterte Strategie Bismarcks stärker als bisher (vgl. S. 216 ff.).

Leider ist Stürmer dabei trotz mancher gegenläufiger Detailbeobachtung weitgehend der Versuchung erlegen, in Bismarcks Politik eine geradezu teleologische Zielstrebigkeit hinein-zuinterpretieren (und dies gelegentlich mit frappierend einseitig-kurzschlüssigen Aussagen zu verbinden, z. B. S. 232 über die Motive der Bismarckschen Sozialpolitik). Nicht nur ist ihm die heuristisch durchaus nützliche Verwendung von Rastern wie ›Parlamentarismus‹ und besonders ›Cäsarismus‹ in ihrer alternativen Zuordnung (vgl. bes. S. 297) unter der Hand zur methodisch einzig denkbaren geraten. Vielmehr ist es ihm trotz gegenteiliger Überlegungen (vgl. bes. S. 291) häufig auch nicht gelungen, sich aus der Gefahrenzone der Verwechslung von idealtypischem Konstrukt und empirisch aufweisbarem Sachverhalt (S. 323: »historischer Realtypus«) herauszuhalten. Das diagnostizierte Ergebnis der unter-suchten Entwicklung – »plebiszitär legitimierter Neu-Absolutismus (?)« (S. 17; vgl. u. a. S. 22 f. und 296) – erscheint folglich am Ende wenn nicht als historisch »unausweichlich« (S. 18), so doch eindeutig als Produkt einer nur verfassungstheoretisch offen gebliebenen (vgl. S. 291), faktisch aber mit allen Mitteln virtuoser Herrschaftshandhabung in Politik umgesetzten Option des »charismatischen Ersatzmonarchen« Bismarck (S. 23) für die »epochaltypische Alternative zum bürgerlichen Parlamentarismus« (S. 297), für die »cäsari-stische Transformierung der Realverfassung« (S. 239) mit ihrer Deformation des Parteien-systems und aller »bisher geltenden politischen Werte und positiven Sozialnormen« (S. 258).

Von daher ist es zweifellos folgerichtig, die »entscheidende, in ihren langfristigen Konsequenzen aber bedenkliche Leistung« Bismarcks darin zu sehen, daß er die »übermächtigen Prozesse des sozialen und wirtschaftlichen Gestaltwandels in der Phase der Depression für die Erhaltung einer vorindustriell-agrarischen Macht- und Wertehierarchie zu nutzen und einzusetzen verstand« (S. 146). Der »Epilog« Stürmers über »Das zerbrochene Haus« (S. 289 ff.) ist im Grunde »nur« noch eine ins historisch-politisch Prinzipielle ausgeweitete Explikation dieser These. Verflüchtigen sich Gedankengang und Sprache (Metaphern!) dabei wiederholt ins Visionär-Nebulöse (vgl. etwa S. 298 ff.), so enthalten doch auch diese (vielleicht zu weit) ausgreifenden Schlußausführungen neben allzu bekannten Vereinfachungen (vgl. z. B. S. 303 f. über die angebliche politische Entscheidung des »rechten Flügels des Bürgertums«) einige treffende Beobachtungen (vgl. z. B. S. 330 f.), so daß auch derjenige sie mit Interesse lesen wird, der Stürmer auf dem angedeuteten Weg methodisch und inhaltlich nicht oder nur mit Vorbehalten zu folgen vermag. Ulrich Engelhardt

Klaus Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik¹ des Wilhelminischen Deutschland. 1903 - 1914 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 16), Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974, 620 S., Pb., 75 DM.

»Nachhaltiger als jede Gesetzgebung prägte der Kleinkrieg der Behörden, der Justiz und Arbeitgeberorganisationen sowie die gesellschaftliche Diskriminierung das Bewußtsein der Arbeiter vor 1914 und schuf jene ›Verbitterungsstimmung‹, die noch bis weit in die Weimarer Zeit nachwirkte« (S. 10).

Dieses Hauptergebnis der Untersuchung wird als Einführung der Darstellung vorausgestellt und aufgrund einer breiten Quellenbasis außerordentlich gut belegt. Mit dieser Arbeit kann die bisher immer noch als Standardwerk geltende Darstellung K. E. Borns »Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz« als überholt gelten. Die Enge der Studie Borns, bedingt durch die Konzentration auf den schmalen Sektor der Gesetzgebungsarbeit, der Reichsregierung und des Bundesrates, der daraus folgenden »Personalisierung der Entscheidungsprozesse« und der »Überbewertung des Handlungsspielraumes der Reichsleitung« (S. 8) überwindet Saul durch die Erschließung neuer Quellenbestände: Staatliches Archivgut und zeitgenössische Publizistik werden gleichwertig berücksichtigt. Das bereits erwähnte Hauptergebnis ist Beweis genug, daß es bei diesem Thema nicht ausgereicht hätte, die Archive der Reichsämtler und der preußischen Ministerien durchzusehen. Es mußte auch – wie Saul dies getan hat – auf die Verwaltungsakten der regionalen Staatsarchive zurückgegriffen werden. Auf diese Weise konnte die gesamte Breite der »Politik der Nadelstiche« in Preußen und in den anderen Bundesstaaten ebenso nachgezeichnet werden wie die in den antisozialistischen Kampf einbezogene Rechtsprechung. »Die Bildung der antisozialistischen Kampforganisationen der Unternehmer, die Abschirmung weiter Volkskreise gegen die ›sozialistische Verseuchung‹ und [...] das Problem der Klassenjustiz« sind die drei zentralen Untersuchungsgegenstände, die am Beispiel der Auseinandersetzung um das Koalitionsrecht entwickelt werden.

Die Untersuchung beginnt mit dem Wahlsieg der Sozialdemokratie von 1903, der die Parteien, Verbände und Regierungen zu neuen Überlegungen im antisozialdemokratischen Kampf veranlaßte. Die Alternativen reichten von den wieder aufgenommenen Staatsstreichplänen zur Abschaffung des Reichstagswahlrechts bei der politischen Rechten und ihren Verbänden der Schwerindustrie (CDI) und des Großgrundbesitzes (BDL) bis zu den Vorschlägen der Sozialreformer und Kathedersozialisten, die im Bunde mit den christlichen

¹ Das Buch ist mit dem falsch ausgedruckten Untertitel »Außenpolitik« statt »Sozialpolitik« im Handel.

Von daher ist es zweifellos folgerichtig, die »entscheidende, in ihren langfristigen Konsequenzen aber bedenkliche Leistung« Bismarcks darin zu sehen, daß er die »übermächtigen Prozesse des sozialen und wirtschaftlichen Gestaltwandels in der Phase der Depression für die Erhaltung einer vorindustriell-agrarischen Macht- und Wertehierarchie zu nutzen und einzusetzen verstand« (S. 146). Der »Epilog« Stürmers über »Das zerbrochene Haus« (S. 289 ff.) ist im Grunde »nur« noch eine ins historisch-politisch Prinzipielle ausgeweitete Explikation dieser These. Verflüchtigen sich Gedankengang und Sprache (Metaphern!) dabei wiederholt ins Visionär-Nebulöse (vgl. etwa S. 298 ff.), so enthalten doch auch diese (vielleicht zu weit) ausgreifenden Schlußausführungen neben allzu bekannten Vereinfachungen (vgl. z. B. S. 303 f. über die angebliche politische Entscheidung des »rechten Flügels des Bürgertums«) einige treffende Beobachtungen (vgl. z. B. S. 330 f.), so daß auch derjenige sie mit Interesse lesen wird, der Stürmer auf dem angedeuteten Weg methodisch und inhaltlich nicht oder nur mit Vorbehalten zu folgen vermag. Ulrich Engelhardt

Klaus Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik¹ des Wilhelminischen Deutschland. 1903 - 1914 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 16), Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974, 620 S., Pb., 75 DM.

»Nachhaltiger als jede Gesetzgebung prägte der Kleinkrieg der Behörden, der Justiz und Arbeitgeberorganisationen sowie die gesellschaftliche Diskriminierung das Bewußtsein der Arbeiter vor 1914 und schuf jene ›Verbitterungsstimmung‹, die noch bis weit in die Weimarer Zeit nachwirkte« (S. 10).

Dieses Hauptergebnis der Untersuchung wird als Einführung der Darstellung vorausgestellt und aufgrund einer breiten Quellenbasis außerordentlich gut belegt. Mit dieser Arbeit kann die bisher immer noch als Standardwerk geltende Darstellung K. E. Borns »Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz« als überholt gelten. Die Enge der Studie Borns, bedingt durch die Konzentration auf den schmalen Sektor der Gesetzgebungsarbeit, der Reichsregierung und des Bundesrates, der daraus folgenden »Personalisierung der Entscheidungsprozesse« und der »Überbewertung des Handlungsspielraumes der Reichsleitung« (S. 8) überwindet Saul durch die Erschließung neuer Quellenbestände: Staatliches Archivgut und zeitgenössische Publizistik werden gleichwertig berücksichtigt. Das bereits erwähnte Hauptergebnis ist Beweis genug, daß es bei diesem Thema nicht ausgereicht hätte, die Archive der Reichsämtler und der preußischen Ministerien durchzusehen. Es mußte auch – wie Saul dies getan hat – auf die Verwaltungsakten der regionalen Staatsarchive zurückgegriffen werden. Auf diese Weise konnte die gesamte Breite der »Politik der Nadelstiche« in Preußen und in den anderen Bundesstaaten ebenso nachgezeichnet werden wie die in den antisozialistischen Kampf einbezogene Rechtsprechung. »Die Bildung der antisozialistischen Kampforganisationen der Unternehmer, die Abschirmung weiter Volkskreise gegen die ›sozialistische Verseuchung‹ und [...] das Problem der Klassenjustiz« sind die drei zentralen Untersuchungsgegenstände, die am Beispiel der Auseinandersetzung um das Koalitionsrecht entwickelt werden.

Die Untersuchung beginnt mit dem Wahlsieg der Sozialdemokratie von 1903, der die Parteien, Verbände und Regierungen zu neuen Überlegungen im antisozialdemokratischen Kampf veranlaßte. Die Alternativen reichten von den wieder aufgenommenen Staatsstreichplänen zur Abschaffung des Reichstagswahlrechts bei der politischen Rechten und ihren Verbänden der Schwerindustrie (CDI) und des Großgrundbesitzes (BDL) bis zu den Vorschlägen der Sozialreformer und Kathedersozialisten, die im Bunde mit den christlichen

¹ Das Buch ist mit dem falsch ausgedruckten Untertitel »Außenpolitik« statt »Sozialpolitik« im Handel.

und liberalen Gewerkschaften für eine Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes, für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und später auch für die gesetzliche Einrichtung von Schlichtungsausschüssen eintraten. Der Autor schildert nicht nur die Vorstellungen der bürgerlichen Sozialreformer im Zentrum und in den liberalen Parteien. Er zeichnet auch deren organisatorische Bemühungen nach, die in der 1901 gegründeten »Gesellschaft für soziale Reform« und dem 1903 erstmals abgehaltenen »Deutschen Arbeiterkongreß« gipfelten.

Angesichts der Alternative »Staatsstreich oder soziale Reform« war der Handlungsspielraum der Reichsleitung außerordentlich eingeengt. Trotz gewisser Sympathien für die Sozialreformer, die im Reichstag die Mehrheit stellten, scheiterten die Versuche des Staatssekretärs des Innern Graf Posadowsky, mit Hilfe sozialer Reformen die Sozialdemokratie einzudämmen, am Widerstand des Bundesrates und der von den konservativen Machteliten beherrschten Preußenregierung. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges gelang es der Reichsregierung nicht, die Initiative in den Fragen der Sozialpolitik zurückzugewinnen. Dem immer stärker werdenden Ruf der Unternehmer nach Ausnahmegesetzen gegen die gewerkschaftliche Koalitionsfreiheit, besonders gegen Streikpostenstreik und Boykott, konnte die Reichsregierung nicht nachgeben, weil sich dazu keine Mehrheit im Reichstag fand. Die Parteien links von den Konservativen waren alle auf Arbeiterwähler angewiesen und konnten sich eine antigewerkschaftliche Politik daher nicht leisten. Da die Reichsleitung aber aufgrund des Drucks der antisozialistischen Agitationsverbände zum Handeln gezwungen war, blieb ihr nur der Ausweg, die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten (Polizeiverordnungen, Effektivierung der antigewerkschaftlichen Rechtsprechung) extensiv auszuschöpfen.

Das erste Kapitel, das den Charakter einer Einführung trägt, zeigt die Stellung der verschiedenen Gruppen und Parteien zum Koalitionsrecht auf und gibt eine knappe und präzise Gewichtung der Kräfteverhältnisse. Es werden jeweils die organisatorische Stärke und personelle Verflechtung der Parteien und Interessenverbände dargestellt. Hier finden sich sehr prägnante und materialgesättigte Organisationskizzen u. a. von der SPD und den Freien Gewerkschaften (S. 16–24), den christlichen und liberalen Gewerkschaften, den Unternehmerverbänden und ihren jeweiligen parteipolitischen Vertretern. Da in jüngster Zeit ausführlichere Monographien über den BDL, den CDI, die »Gelben« und den Hansa-Bund erschienen sind, wird man es begrüßen, hier auch die »Gesellschaft für soziale Reform« mit ihren Trägergruppen, ihren profiliertesten Vertretern und ihren publizistischen Organen dargestellt zu finden.

Nachdem die Agitation der konservativen Parteien und des CDI für ein »Arbeitswilligen-Schutzgesetz« und für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts gescheitert war, wandten sich die Unternehmer aus Schwerindustrie, Bergbau, Großchemie und einem Teil der Textilindustrie wieder verstärkt ihren eigenen Möglichkeiten des antisozialistischen Kampfes zu. Diese Gegenoffensive beschreibt der Autor im zweiten Kapitel, in dem die gesamte Palette der Repressions- und Manipulationsmaßnahmen detailliert vorgeführt wird: die Einführung und Verbreitung von schwarzen Listen, Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen und Maßregelungen, mit deren Hilfe vor allem die Schwerindustrie das Erstarken der Gewerkschaften bekämpfte. Der Bergbau an der Saar und im Mansfeld, teilweise aber auch in Oberschlesien und die Hüttenindustrie an der Ruhr sowie die Großchemie konnten mit diesem Instrumentarium nennenswerte gewerkschaftliche Aktivitäten aus ihren Betrieben fernhalten. In diesen Branchen setzte auch ab 1905 die von Unternehmern initiierte und geleitete Gründung Gelber Gewerkschaften ein, deren Entwicklung an den Beispielen MAN, Siemens, Krupp und Gute-Hoffnungs-Hütte nachgezeichnet und in Verbindung mit der Gewinnung einer konservativen Massenbasis im »Reichsverband gegen die Sozialdemokratie« gesehen wird. Die ab 1904 stark zunehmende Gründung von Arbeitgeberverbänden

hatte in den oben erwähnten Industriezweigen vor allem den Zweck der systematischen Verbreitung und Kontrolle der schwarzen Listen, der koalitionsfeindlichen Reversen und der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise. Im mittelständischen Handwerk und Gewerbe sowie in der metallverarbeitenden Industrie waren die Arbeitgeberverbände die Voraussetzung für die Aussperrung als Arbeitskampfmittel, weil das Führen von schwarzen Listen oft mit zu viel Verwaltungsaufwand verbunden war.

Was das Stichwort »Klassenjustiz« beinhaltete und wie sehr der gewerkschaftliche Alltag im Wilhelminischen Reich davon geprägt worden war, läßt sich wohl nirgendwo präziser und besser dokumentiert nachlesen als im dritten Kapitel dieser Studie. Einleitend werden das Justizwesen, die soziale Herkunft und Stellung der Richter, ihr Einkommen und die Einseitigkeit der Urteilsfindung sowie das Zusammenwirken von Justiz und Verwaltung zur Effektivierung des antisozialdemokratischen Kampfes beschrieben. Die Streikbekämpfung konzentrierte sich auf den Schutz der Streikbrecher (sogenannte Arbeitswillige) mit Hilfe des Strafgesetzbuches (Ehrverletzung, Drohung, Nötigung) und das Verbot des Streikpostenstehens, das als Verkehrs- oder Ruhestörung geahndet wurde. Die Kriminalisierung von Streik und Boykott (als Erpressung, strafbare Drohung, Verstoß gegen die »guten Sitten«) rundet das Bild der Klassenjustiz im Kaiserreich ab. Sauls Beispielsammlung für diesen Teil der Untersuchung ist überwältigend. Sie schließt ab mit der Beschreibung der Niederschlagung des Ruhrbergarbeiterstreiks von 1912 als einem »Modell für das Zusammenwirken von Staatsverwaltung, Justiz und Unternehmern« (S. 269 ff.).

Die Bedeutung der Justiz als zentrale Stütze im antigewerkschaftlichen Kampf wird im vierten Kapitel nochmals hervorgehoben, in dem Saul das Zusammenwirken von Interessenverbänden und Regierung zur Verschärfung des Koalitionsrechtes detailliert aufdeckt. Die Zunahme der Klassengegensätze vor dem Ersten Weltkrieg manifestiert sich im zunehmenden Druck des CDI und der Agitationsverbände, denen es bisher nicht gelungen war, mit der Intensivierung ihrer eigenen Anstrengungen die Gewerkschaftsbewegung zu vernichten. Der Rechtsruck des Handwerks, des gewerblichen Mittelstandes und weiter Teile der Industrie (»Kartell der schaffenden Stände«) zwang auch den konsum- und exportorientierten BDI und die Nationalliberale Partei, die bisher für das Koalitionsrecht und das Verhandlungsprinzip (Tarifvertrag) eingetreten waren, auf einen stärker antigewerkschaftlichen Kurs. Die Reichsleitung, die aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag immer noch keine Möglichkeit für antisozialistische Ausnahmegesetze sah, versuchte diesem Druck nachzugeben durch die Verschärfung der polizeilichen Vollmachten und eine Reform des Strafgesetzbuches (Einführung von »Gummiparagraphen«, drastische Erhöhung der Strafmaße bei Streikdelikten), die den Reichstag allerdings nicht mehr passierten. Saul dokumentiert diese Zunahme der Klassenantagonismen an einer differenzierten Analyse der Interessenverbände sowie an der einsetzenden Resignation der bürgerlichen und sozialdemokratischen Sozialreformer.

Der Autor kommt zu dem gut begründeten Schluß, daß die Tendenz zur Beschränkung des Koalitionsrechtes und somit die Gefahr einer gewaltsamen Lösung des Problems im Sinne der Alternative Massenstreik oder Staatsstreich näher lagen als die Chancen der reformistischen Demokratisierung des Kaiserreichs. Jedoch unterläßt es der Autor, dieses aus dem Bereich der Sozialpolitik herrührende Ergebnis mit den Untersuchungen über die Chancen einer parlamentarischen Neuorientierung im Kaiserreich in Beziehung zu setzen. Auch die Relevanz dieser Ergebnisse für die innersozialdemokratische Debatte um das parlamentarische oder außerparlamentarische Vorgehen (Großblockpolitik oder Massenstreik), wie dies beispielsweise von Groh aufgearbeitet wurde, wird nicht thematisiert. Überhaupt bleibt die sozialdemokratische Reaktion auf die koordinierte Repressionspolitik von Staat und Unternehmertum vergleichsweise weniger differenziert und dokumentiert als die der Gegenseite.

Angesichts der hier eindeutig belegten geringen sozialpolitischen Reformfähigkeit des Wilhelminischen Reiches haben mehrere Rezensenten den Schluß gezogen, daß die Lageeinschätzung der sozialdemokratischen Linken realitätsgerechter war als die der reformistischen Rechten. Dies scheint durchaus berechtigt, auch wenn der Autor dieser für die Einschätzung der Vorkriegssozialdemokratie wichtigen Frage völlig ausweicht. Die Rückwirkung der zugespitzten Klassenkampfsituation vor dem Weltkrieg auf die Sozialdemokratie wird lediglich an den Reaktionen einzelner Vertreter (Legien, Heine, Südekum, Winnig, Hugo Heinemann, Ebert) illustriert, nicht aber systematisch ausgeleuchtet.

Für diesen Mangel scheint das methodische Vorgehen Sauls verantwortlich zu sein, das darauf beruht, das aufbereitete Quellenmaterial vor dem Leser auszubreiten und möglichst aus sich heraus sprechen zu lassen. Auf die Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen oder anderen sein Thema übergreifenden Bezugsrahmens verzichtet der Autor. Der Leser kommt leicht in die Gefahr, in der Masse des Materials zu versinken, zumal der Autor keine erleichternde Hilfestellung zur Einordnung seiner Ergebnisse (Einleitung, Zusammenfassung) oder Auffindbarkeit einzelner Teilaspekte (Tabellen, Untertitel) gibt. Obwohl §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung im Mittelpunkt der Untersuchung stehen, werden sie an keiner Stelle im vollen Wortlaut zitiert. Die geschichtliche Entwicklung der Gewerbeordnung (Rechtsfähigkeit der Vereine) wird nicht in einer Einleitung vorangestellt, sondern bei der Behandlung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mitgeteilt (S. 36). Alle Zahlenangaben über Tarifverträge, Mitglieder, Streiks u. ä. sind im Text eingearbeitet, nicht aber in Tabellen zusammengefaßt (S. 61, 78, 100). Dadurch sind sie vielfach verstreut und kaum nachschlagbar. Dies sowie die ungünstige Anordnung der Fußnoten am Buchende machen das Buch nur schwer benutzbar und vermindern seinen Wert als Standardwerk.

Friedhelm Boll

Dankwart Guratzsch, *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums* (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 7). Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974, 486 S., kart., 42 DM.

Wann immer in der Diskussion über Fragen bundesrepublikanischer Medienpolitik der Warnung vor den politischen Gefahren von Pressekonzentration und Meinungsmonopolen besonderer Nachdruck verliehen werden soll, fällt der Name Alfred Hugenbergs, der führenden Figur einer extrem nationalistischen Politik und Publizistik in den zwanziger Jahren. Es soll damit vornehmlich auf Hugenbergs Rolle als Promotor des deutschen Faschismus hingewiesen werden, dem er durch seine auf Zerstörung der Weimarer Republik gerichtete Politik und Propaganda den Boden bereitete, dem er seinen Propagandaapparat zur Verfügung stellte und dem er schließlich zum politischen Durchbruch verhalf. Während sich das politische und Forschungsinteresse der Nachwelt an Hugenberg – wie auch schon das seiner Zeitgenossen – primär auf die Jahre 1918 bis 1933 konzentrierte, in denen er unter anderem den Scherl-Verlag mit seinen einflußreichen Tageszeitungen und Zeitschriften, mehrere Holding-Gesellschaften, die einen Teil der Provinzpresse kontrollierten, das zweitgrößte deutsche Nachrichtenbüro, eine mächtige Anzeigenagentur und die Universum-Film AG (Ufa) beherrschte, beschränkt sich Dankwart Guratzsch in seiner Untersuchung auf die Zeit vor 1918 und gelangt zu dem Ergebnis, daß Hugenberg »den Zenith seines Einflusses« bereits in diesen Jahren erreicht hatte (S. 12).

Daß Hugenbergs Position in der Zeit vor und während des Ersten Weltkrieges bisher nicht erkannt worden ist, führt Guratzsch auf die von diesem entwickelte perfekte Art der Tarnung politischer Machtausübung und Einflußnahme zurück, die er mit dem Terminus »Organisation« umschreibt: ein nicht nur für Außenstehende, sondern auch für die direkt Beteiligten und Betroffenen unentwirrbares Gestrüpp von privaten, geschäftlichen, poli-

Angesichts der hier eindeutig belegten geringen sozialpolitischen Reformfähigkeit des Wilhelminischen Reiches haben mehrere Rezensenten den Schluß gezogen, daß die Lageeinschätzung der sozialdemokratischen Linken realitätsgerechter war als die der reformistischen Rechten. Dies scheint durchaus berechtigt, auch wenn der Autor dieser für die Einschätzung der Vorkriegssozialdemokratie wichtigen Frage völlig ausweicht. Die Rückwirkung der zugespitzten Klassenkampfsituation vor dem Weltkrieg auf die Sozialdemokratie wird lediglich an den Reaktionen einzelner Vertreter (Legien, Heine, Südekum, Winnig, Hugo Heinemann, Ebert) illustriert, nicht aber systematisch ausgeleuchtet.

Für diesen Mangel scheint das methodische Vorgehen Sauls verantwortlich zu sein, das darauf beruht, das aufbereitete Quellenmaterial vor dem Leser auszubreiten und möglichst aus sich heraus sprechen zu lassen. Auf die Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen oder anderen sein Thema übergreifenden Bezugsrahmens verzichtet der Autor. Der Leser kommt leicht in die Gefahr, in der Masse des Materials zu versinken, zumal der Autor keine erleichternde Hilfestellung zur Einordnung seiner Ergebnisse (Einleitung, Zusammenfassung) oder Auffindbarkeit einzelner Teilaspekte (Tabellen, Untertitel) gibt. Obwohl §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung im Mittelpunkt der Untersuchung stehen, werden sie an keiner Stelle im vollen Wortlaut zitiert. Die geschichtliche Entwicklung der Gewerbeordnung (Rechtsfähigkeit der Vereine) wird nicht in einer Einleitung vorangestellt, sondern bei der Behandlung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mitgeteilt (S. 36). Alle Zahlenangaben über Tarifverträge, Mitglieder, Streiks u. ä. sind im Text eingearbeitet, nicht aber in Tabellen zusammengefaßt (S. 61, 78, 100). Dadurch sind sie vielfach verstreut und kaum nachschlagbar. Dies sowie die ungünstige Anordnung der Fußnoten am Buchende machen das Buch nur schwer benutzbar und vermindern seinen Wert als Standardwerk.

Friedhelm Boll

Dankwart Guratzsch, *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums* (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 7). Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974, 486 S., kart., 42 DM.

Wann immer in der Diskussion über Fragen bundesrepublikanischer Medienpolitik der Warnung vor den politischen Gefahren von Pressekonzentration und Meinungsmonopolen besonderer Nachdruck verliehen werden soll, fällt der Name Alfred Hugenbergs, der führenden Figur einer extrem nationalistischen Politik und Publizistik in den zwanziger Jahren. Es soll damit vornehmlich auf Hugenbergs Rolle als Promotor des deutschen Faschismus hingewiesen werden, dem er durch seine auf Zerstörung der Weimarer Republik gerichtete Politik und Propaganda den Boden bereitete, dem er seinen Propagandaapparat zur Verfügung stellte und dem er schließlich zum politischen Durchbruch verhalf. Während sich das politische und Forschungsinteresse der Nachwelt an Hugenberg – wie auch schon das seiner Zeitgenossen – primär auf die Jahre 1918 bis 1933 konzentrierte, in denen er unter anderem den Scherl-Verlag mit seinen einflußreichen Tageszeitungen und Zeitschriften, mehrere Holding-Gesellschaften, die einen Teil der Provinzpresse kontrollierten, das zweitgrößte deutsche Nachrichtenbüro, eine mächtige Anzeigenagentur und die Universum-Film AG (Ufa) beherrschte, beschränkt sich Dankwart Guratzsch in seiner Untersuchung auf die Zeit vor 1918 und gelangt zu dem Ergebnis, daß Hugenberg »den Zenith seines Einflusses« bereits in diesen Jahren erreicht hatte (S. 12).

Daß Hugenbergs Position in der Zeit vor und während des Ersten Weltkrieges bisher nicht erkannt worden ist, führt Guratzsch auf die von diesem entwickelte perfekte Art der Tarnung politischer Machtausübung und Einflußnahme zurück, die er mit dem Terminus »Organisation« umschreibt: ein nicht nur für Außenstehende, sondern auch für die direkt Beteiligten und Betroffenen unentwirrbares Gestrüpp von privaten, geschäftlichen, poli-

tischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verbindungen und Abhängigkeiten, das lediglich Hugenberg zu durchdringen und für seine Ziele einzusetzen vermochte. Knotenpunkte in diesem Beziehungsgewirr stellten »Freundeskreise« (Guratzsch) dar, die Hugenberg sich auf den einzelnen Stationen seiner politischen und beruflichen Karriere schuf.

Konstanten politischen Rückhalt fand Hugenberg im Alldeutschen Verband, dessen führendes Gründungsmitglied er war (1891). Sein erstes berufliches Aktionsfeld in der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen (1895) und später als Leiter des Verbandes Deutscher Genossenschaften in der Provinz Posen (1900) bot ihm Gelegenheit, sich im Sinne des Verbandsprogramms zu betätigen. Unter seiner Ägide wurden die Genossenschaften zu »Kampfinstituten« (Guratzsch) im wirtschaftlichen Nationalitätenkampf gegen Polen. Nach seinem Weggang (1903) setzten Mitglieder des inzwischen aufgebauten »Posener Freundeskreises« seine auf »Stärkung des Deutschtums« und Förderung des mittelständischen immobilien Besitzes gerichteten Bemühungen sowie deren propagandistische Untermauerung fort. Hugenberg selbst knüpfte in seiner neuen Position als Referent für Genossenschaftswesen und Ostfragen im preußischen Finanzministerium Beziehungen zur Ministerialbürokratie, die ihn, über die Verbindung mit dem »Posener Freundeskreis«, zur zentralen Figur einer Art »Nebenregierung« (Guratzsch) in der östlichen Ansiedlungspolitik machten.

Mit der Übernahme des Direktoriumsvorsitzes des Krupp-Konzerns im Jahre 1909 konnte Hugenberg seinen Aktionsradius beträchtlich erweitern. Er wurde in kurzer Zeit Vorsitzender der Vereinigung der Handelskammern des niederheinisch-westfälischen Industriebezirks, des Bergbauvereins und des Zechenverbandes, Vorstandsmitglied der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Mitglied des Ausschusses des Langnamvereins und Direktoriumsmitglied des Centralverbandes Deutscher Industrieller. Von diesen Schlüsselpositionen aus betrieb er den Aufbau eines »Freundeskreises« führender Industrieller, dessen Kern aus Emil Kirdorf (Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und Leiter des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats), Hugo Stinnes (Aufsichtsratsvorsitzender der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG), Wilhelm Beukenburg (Generaldirektor der Phoenix-AG für Bergbau und Hüttenbetrieb) und ihm selbst bestand. Verbunden durch ihre gemeinsame politische Grundanschauung: expansionistisches Weltmachtstreben nach außen – Ablehnung jeglicher Liberalisierungs- und Parlamentarisierungstendenzen im Innern, sprengten die Mitglieder dieses »Viererausschusses« wie der »Gruppe Hugenberg« (Guratzsch) insgesamt in ihren Aktivitäten bald den Rahmen schwerindustrieller Verbandspolitik und wurden zum Motor sowohl der nationalen Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie als auch der imperialistischen Kriegszielbewegung. In ihr gewann Hugenberg zunächst sogar die Unterstützung der um den Bund der Industriellen und die Nationalliberale Partei gruppierten Vertreter der verarbeitenden Industrie und der Banken für seine Losung, daß nicht die wirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Nachbarstaaten, sondern nur direkte Annexionen dem deutschen Sicherheits- und Weltmachtinteresse genügen könnten. Das Rückgrat der annexionistischen Kriegszielbewegung bildeten jedoch der von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie beherrschte CDI, der Bund der Landwirte, der ADV, Teile der konservativen Parteien und Gruppen nationalistischer Hochschullehrer, die alle auch schon vor der Konstituierung der Deutschen Vaterlandspartei im Jahre 1917 von Hugenberg über sein weitverzweigtes Netz von Mittels- und Verbindungsmännern, wenn nicht zusammengehalten, so doch zumindest kontrolliert und indirekt gesteuert wurden.

Um ihren national- und wirtschaftspolitischen Forderungen auch publizistischen Rückhalt zu verschaffen, hatte Hugenberg zusammen mit einigen anderen Schwerindustriellen bereits vor dem Kriege mit dem Aufbau eines Meinungskonzerns begonnen, der schon 1918 nicht nur einzelne Zeitungen, Verlage und Filmgesellschaften umfaßte, sondern auch Annoncen-

und Nachrichtenbüros, Korrespondenzen und Fachberatungsstellen für sanierungsbedürftige auflagenschwache Zeitungen, die somit indirekte Einflußnahme auch auf dem Konzern nicht angehörende Organe erlaubten. Der minutiösen Darstellung dieses »Presseimperiums« in all seinen organisatorischen Verästelungen, seinen personellen Verknüpfungen und seinen finanziellen Verflechtungen ist der große Teil von Guratzschs Buch, das aus einer von Fritz Fischer betreuten Dissertation hervorging, gewidmet. Obwohl der Autor sich bemüht hat, durch die Verlagerung von Detailinformationen in die Anmerkungen und von Hintergrundmaterial in den Anhang den Text zu entlasten und diesen darüber hinaus durch thesenartige Zusammenfassungen zu strukturieren, stellt das Buch wegen der ungeheuren Masse der berichteten Einzelheiten einige Anforderungen an die Geduld des Lesers. Die Ausbreitung dieser Materialfülle erscheint dennoch gerechtfertigt angesichts der Vernachlässigung der Entstehungsgeschichte des Hugenberg-Konzerns in der bisherigen Forschung und der Tatsache, daß ein großer Teil der von ihm benutzten, aus zahlreichen staatlichen, privaten und Firmen-Archiven zusammengetragenen Dokumente erstmals ausgewertet wurde. Darüber hinaus bedingt der Untersuchungsgegenstand selbst eine gewisse Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit der Darstellung. Denn die von Hugenberg über Jahrzehnte hinweg aufgebaute »Organisation« war kein klar gegliedertes Gebilde mit eindeutigen Weisungsstrukturen und Kompetenzabgrenzungen, sondern ein Konglomerat von Presse-, Siedlungs- und Finanzierungsgesellschaften verschiedenster firmenrechtlicher Art, die durch persönliche Bekanntschaften und verbandspolitische Zusammenarbeit einzelner Anteilseigner miteinander verbunden waren und deren fixe Koordinaten die »Freundeskreise« bildeten. Bei Hugenberg selbst liefen alle Fäden zusammen, während der einzelne Gesellschafter seine Entscheidungen zwar weitgehend autonom traf und verantwortete, jedoch jeweils nur einen begrenzten Bereich überschaute und sich häufig der Integration in ein großes zusammenhängendes System gar nicht bewußt war.

Auf diese spezifische Art der »Organisation« führt Guratzsch die Tatsache zurück, daß Hugenergs Machtposition in der Vorkriegs- und Kriegszeit bisher nicht erkannt worden ist. Hinzu kam – und darin glaubt der Autor ein modernes Element an dem extrem konservativen Hugenberg zu erkennen –, daß dieser ebenso wie auch einige seiner engsten national- und wirtschaftspolitischen Mitstreiter aus der Schwerindustrie persönlich keine einzige Mark in die zahlreichen Unternehmungen investiert hatten, sondern die riesigen Summen, die ihren Einfluß mitbegründeten – Guratzsch setzt das Kapital, das Hugenberg und seine Freunde bis 1918 für politische und völkische Zwecke anlegten, auf 225 Mio. Mark an –, von Dritten beschafften, zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von den Firmen, deren Angestellte sie waren. Guratzsch sieht in dieser Macht der Manager einen Gegenbeweis für die Auffassung, Privateigentum an Produktionsmitteln verschaffe auch politischen Einfluß, eine Argumentation, die nicht ganz überzeugt. Denn setzten Hugenberg, Kirdorf und Beukenburg auch nicht ihr persönliches Eigentum für die Realisierung ihrer politischen Ziele ein, so war es doch durch keine öffentliche Instanz kontrolliertes Kapital, über das sie fast uneingeschränkt verfügten.

Guratzsch unterstellt, daß Manager Entscheidungen allein unter den Gesichtspunkten von Sachlichkeit und Effizienz treffen, und leitet daraus eine grundsätzlich apolitische Haltung ab. Dieser schreibt er dann neben dem Verlust des Krieges letztlich auch das Scheitern der annexionistischen Kriegszielpolitik sowie des Kampfes gegen innenpolitische Liberalisierung zu. Während die politischen und wirtschaftlichen Exponenten der »herrschenden Schichten« sich mit einer gewissen Kompromißbereitschaft und Flexibilität an die politische und militärische Entwicklung anpaßten, habe »der Absolutheitsanspruch der ›realen‹ Interessen, die Ideologisierung und Erstarrung der Politik in einem System von Dogmen und Grundanschauungen« der »nationalen Opposition« den Blick für das politisch Durchsetzbare verstellt (S. 361). Guratzsch konstruiert hier einen Gegensatz zwischen Hugenberg und den

um ihn gruppierten rechtskonservativen Kreisen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft einerseits und den im Wilhelminischen Deutschland herrschenden Schichten andererseits, der offenbar darauf beruht, daß er Unterstützung der Regierungspolitik und Interesse an der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Machtverhältnisse verwechselt. Hugenberg hat die Regierung Bethmann Hollweg und die politischen und wirtschaftlichen Kräfte, auf die sie sich stützte, doch nicht zuletzt deshalb bekämpft, weil sie das bestehende politische, soziale und wirtschaftliche System nur unzureichend zur Geltung zu bringen schienen.

Trotz solcher sich auf den theoretischen Interpretationsansatz beziehenden Kritik füllt Guratzschs Arbeit eine bisher z. T. nicht einmal klar erkannte Lücke. Mit Hugenbergs »Organisation« geraten jene sozial- und politikhistorisch wichtigen Vermittlungsinstanzen zwischen Kapitalinteressen und politischen Zielsetzungen des deutschen Kaiserreiches ins Blickfeld, deren weitgehende Ausblendung die Diskussion um die deutschen Kriegsziele vor und in dem ersten Weltkrieg in der deutschen Geschichtswissenschaft in den sechziger Jahren erschwerte.

Die Arbeit mit ihrem verschiedene traditionell getrennte Untersuchungsfelder (Konzernverflechtung, Presse, Verbände, Ministerialbürokratie u. a.) verklammernden Zugang kann deutlich machen, daß auch die traditionelle, vor allem auf quellenmäßige Rekonstruktion gerichtete Verfahrensweise historischer Forschung durchaus in der Lage ist, bei geeigneter Wahl des Gegenstands strukturerschließende Darstellungen zu ermöglichen.

Jutta Sywottek

Jürgen Reulecke, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barmen von 1910 bis 1925 (= Bergische Forschungen, Bd. 10), Verlag Ph. C. W. Schmidt, Neustadt an der Aisch 1973, 219 S., brosch., 16 DM.

Daß Geschichte auch etwas mit Quantitäten zu tun hat, daß Strukturen und Prozesse meßbare Größen bilden, ist eine Einsicht, die sich in Deutschland allmählich durchzusetzen beginnt. Große Verdienste in dieser Hinsicht gebühren dem Bochumer Lehrstuhl Wolfgang Köllmanns für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte/Demographie. Für die dort gepflegten und angeregten Forschungen ist weiter eine starke Berücksichtigung lokaler und regionaler Entwicklungen charakteristisch, die Überzeugung, daß die Anfänge der allgemeinen strukturwandelnden Prozesse und ihre unterschiedlichen Verlaufsformen im Rahmen einer räumlich begrenzten geschichtlichen Einheit am ehesten präzise und typenbeschreibend faßbar sind. Für beide methodischen Verfahrensweisen, die quantifizierende Analyse und den regionalen Zugriff, liefert die vorliegende Studie, die sich zeitlich an Köllmanns epochemachende Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert anschließt, thematisch sich aber auf die Wirtschaftsgeschichte beschränkt, ein höchst beachtenswertes Beispiel.

Im Sinne einer »Konkretisierung und Individualisierung des Typischen« will Reulecke zeigen, in welchen individuellen Formen typische Prozesse der allgemeinen deutschen Wirtschaftsgeschichte in einer fast ausschließlich durch die Industrie geprägten Großstadt verlaufen sind, welche »exogenen« Einflüsse der Kriegsverhältnisse und der Inflationszeit und welche »endogenen« Faktoren der stark spezialisierten Textilindustrie Barmens den ökonomischen Strukturwandel bestimmten. Mit anderen Worten: Hat die politische Ausnahme-situation des Weltkrieges die Entwicklung der Wirtschaftsregion in neue Bahnen gelenkt oder nur schon länger angelegte Trends beschleunigt und verstärkt? Die Barmer Textilwirtschaft, die den industriellen Ausbau und die Großstadtbildung Barmens in der Hochindustrialisierungsperiode entscheidend bestimmt hatte und 1907 noch immer 50,7 % aller Beschäftigten Arbeit bot, zeigte vor dem Krieg Merkmale der Stagnation. Ihre Abhängigkeit vom internationalen Rohstoffmarkt, von den Exportumsätzen der sogenannten Barmer

um ihn gruppierten rechtskonservativen Kreisen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft einerseits und den im Wilhelminischen Deutschland herrschenden Schichten andererseits, der offenbar darauf beruht, daß er Unterstützung der Regierungspolitik und Interesse an der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Machtverhältnisse verwechselt. Hugenberg hat die Regierung Bethmann Hollweg und die politischen und wirtschaftlichen Kräfte, auf die sie sich stützte, doch nicht zuletzt deshalb bekämpft, weil sie das bestehende politische, soziale und wirtschaftliche System nur unzureichend zur Geltung zu bringen schienen.

Trotz solcher sich auf den theoretischen Interpretationsansatz beziehenden Kritik füllt Guratzschs Arbeit eine bisher z. T. nicht einmal klar erkannte Lücke. Mit Hugenbergs »Organisation« geraten jene sozial- und politikhistorisch wichtigen Vermittlungsinstanzen zwischen Kapitalinteressen und politischen Zielsetzungen des deutschen Kaiserreiches ins Blickfeld, deren weitgehende Ausblendung die Diskussion um die deutschen Kriegsziele vor und in dem ersten Weltkrieg in der deutschen Geschichtswissenschaft in den sechziger Jahren erschwerte.

Die Arbeit mit ihrem verschiedene traditionell getrennte Untersuchungsfelder (Konzernverflechtung, Presse, Verbände, Ministerialbürokratie u. a.) verklammernden Zugang kann deutlich machen, daß auch die traditionelle, vor allem auf quellenmäßige Rekonstruktion gerichtete Verfahrensweise historischer Forschung durchaus in der Lage ist, bei geeigneter Wahl des Gegenstands strukturerschließende Darstellungen zu ermöglichen.

Jutta Sywottek

Jürgen Reulecke, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barmen von 1910 bis 1925 (= Bergische Forschungen, Bd. 10), Verlag Ph. C. W. Schmidt, Neustadt an der Aisch 1973, 219 S., brosch., 16 DM.

Daß Geschichte auch etwas mit Quantitäten zu tun hat, daß Strukturen und Prozesse meßbare Größen bilden, ist eine Einsicht, die sich in Deutschland allmählich durchzusetzen beginnt. Große Verdienste in dieser Hinsicht gebühren dem Bochumer Lehrstuhl Wolfgang Köllmanns für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte/Demographie. Für die dort gepflegten und angeregten Forschungen ist weiter eine starke Berücksichtigung lokaler und regionaler Entwicklungen charakteristisch, die Überzeugung, daß die Anfänge der allgemeinen strukturwandelnden Prozesse und ihre unterschiedlichen Verlaufsformen im Rahmen einer räumlich begrenzten geschichtlichen Einheit am ehesten präzise und typenbeschreibend faßbar sind. Für beide methodischen Verfahrensweisen, die quantifizierende Analyse und den regionalen Zugriff, liefert die vorliegende Studie, die sich zeitlich an Köllmanns epochemachende Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert anschließt, thematisch sich aber auf die Wirtschaftsgeschichte beschränkt, ein höchst beachtenswertes Beispiel.

Im Sinne einer »Konkretisierung und Individualisierung des Typischen« will Reulecke zeigen, in welchen individuellen Formen typische Prozesse der allgemeinen deutschen Wirtschaftsgeschichte in einer fast ausschließlich durch die Industrie geprägten Großstadt verlaufen sind, welche »exogenen« Einflüsse der Kriegsverhältnisse und der Inflationszeit und welche »endogenen« Faktoren der stark spezialisierten Textilindustrie Barmens den ökonomischen Strukturwandel bestimmten. Mit anderen Worten: Hat die politische Ausnahme-situation des Weltkrieges die Entwicklung der Wirtschaftsregion in neue Bahnen gelenkt oder nur schon länger angelegte Trends beschleunigt und verstärkt? Die Barmer Textilwirtschaft, die den industriellen Ausbau und die Großstadtbildung Barmens in der Hochindustrialisierungsperiode entscheidend bestimmt hatte und 1907 noch immer 50,7 % aller Beschäftigten Arbeit bot, zeigte vor dem Krieg Merkmale der Stagnation. Ihre Abhängigkeit vom internationalen Rohstoffmarkt, von den Exportumsätzen der sogenannten Barmer

Artikel (Bänder, Kordeln, Litzen und Spitzen) und den Wandlungen der Modegunst gestaltete den lokalen Arbeitsmarkt besonders krisenanfällig. Die Lohnentwicklung wurde gebremst, das Bevölkerungswachstum kam zum Stillstand. Die Metall- und Maschinenindustrie, die sich lange auf Knöpfe und Kleinmetallwaren, auf Textilmaschinen und Werkzeugfertigung verlegt hatten, suchten sich durch Produktionsverlagerungen von der einseitigen Ausrichtung auf die Textilindustrie zu lösen. Der Strukturbeschreibung der Vorkriegswirtschaft folgen detaillierte statistische Analysen der konjunkturellen Wechsellagen während des Kriegsverlaufs: Sie waren bestimmt von der langwierigen Umstellung der Barmer Friedenskapazitäten auf Kriegsproduktion, der durch Rohstoffknappheit erschwerten Beschaffung von Heeresaufträgen, der Entwicklung von Ersatzstoffen wie Papiergarn, der Ausweitung der metallverarbeitenden Unternehmen für die Rüstung und schließlich sogar der Umstellung ganzer Textilbetriebe auf Munitionsproduktion. In der Nachkriegszeit konzentriert sich Reulecke auf die Folgen des Währungsverfalls, die inflationäre Hochkonjunktur und die Abschnürung Barmens vom besetzten Rheinland. Die nachinflationäre »Reinigungskrise« und die Rationalisierungsbewegung erhöhten zwar die Leistungsfähigkeit der örtlichen Wirtschaft, verengten aber Arbeitsmarkt und Gewerbestruktur. Die Arbeit schließt mit einem Strukturvergleich der Barmer Vorkriegs- und Nachkriegswirtschaft, wofür die Gewerbezahlungen von 1907 und 1925 die Quellengrundlage bilden. Einem relativen Rückgang der Textilbranche stand ein Wachstum der Metallindustrie gegenüber, die sich von einem Zuliefergewerbe für die Textilindustrie zu einem eigenständigen Industriezweig entwickelte. Überdurchschnittlich war die Zunahme der Beschäftigten auf dem Sektor »Handel und Verkehr«, worin sich der säkulare Trend zur Dienstleistungsgesellschaft spiegelte. Hinsichtlich der längerfristigen Entwicklungschancen der Barmer Wirtschaft kam dem Krieg eine ausgesprochene Schubwirkung zu, nicht aber der Charakter einer tief einschneidenden Zäsur. Neben dem politischen Geschehen wirkten »mindestens ebenso stark« innervolkswirtschaftliche Kräfte, die mit den generellen Wandlungsprozessen von Wirtschaft und Gesellschaft zusammenhingen.

Das Buch ist mehr als eine lokale Wirtschaftsgeschichte. Die statistischen Analysen, die insgesamt 52 Tabellen und Kurven – mit ausgesprochener Sensibilität für politisch bedingte Schwankungen interpretiert – zeigen die Barmer Entwicklung immer auf dem Hintergrund der Verhältnisse in Preußen und im Reich und lassen somit generalisierende Schlüsse zu. Der Gewinn der Studie liegt überhaupt im Methodischen. Die quellenkritischen Bemerkungen zur Arbeitsmarktbeschreibung (z. B. S. 26, 42, 124), die hier erstmals unter Verwendung der Krankenkassenstatistik präzisiert werden kann, und die handwerklichen Anweisungen zur Vergleichbarkeit von Gewerbezahlungen haben den exemplarischen Wert seminaristischer Lehrstücke. Nebenbei fallen, trotz der Beschränkung auf den Wirtschaftsprozess, Beobachtungen zur allgemeinen Sozialgeschichte ab: Durch kriegsbedingte Verschiebungen in der Altersstruktur änderte sich das Arbeitskräftepotential (S. 177 und 204), die Eingliederung der Frauen in die Rüstungsproduktion setzte sich nach dem Krieg in einer allgemeinen Zunahme der Frauenarbeit fort (S. 86 und 144), das Sozialgefüge von Selbständigen, Angestellten und Arbeitern änderte sich sprunghaft zugunsten der Angestellten (S. 196), der Grad der gewerkschaftlichen Organisation nahm nach Einbrüchen in der Kriegszeit seit 1918 wieder erheblich zu (S. 107 f.), während die Streikbereitschaft parallel zu den Konjunkturschwankungen verlief und, wie es scheint, erst unter Hinzutritt politischer Motive wuchs (S. 35, 102, 136, 176). Leider bleiben diese und andere sozialgeschichtliche Bezüge im Text versteckt und werden nicht durch ein Register erschlossen.

Dieter Rebentisch

Günter Brakelmann, *Der deutsche Protestantismus im Epochenjahr 1917* (= Politik und Kirche, Bd. 1), Luther-Verlag, Witten 1974, 348 S., kart., 15,80 DM.

Martin Greschat, *Der deutsche Protestantismus im Revolutionsjahr 1918/19* (= Politik und Kirche, Bd. 2), Luther-Verlag, Witten 1974, 200 S., kart., 10,80 DM.

Wenn man den beiden hier anzuzeigenden Büchern in ihrem kritischen Rasonnement gerecht werden will, so wird man vorweg von der Tatsache ausgehen müssen, daß die aus der Reformation hervorgegangenen deutschen evangelischen Landeskirchen in engem Zusammenhang mit der politischen Entwicklung der damals im Aufstieg begriffenen deutschen Territorialstaaten entstanden sind. Die sozial-politische Unfertigkeit der Deutschen hat das Schicksal der neuen Glaubensformen bestimmt. Das bedeutet keine Abwertung der theologischen Gedankenbewegung, ist aber ein notwendiger Hinweis, daß auch die Theologie keine zeitlose Weisheit ist. Gibt es doch keine evangelische Bekenntnisschrift, die nicht aus politischen Anlässen entstanden ist. So hat sich vom patriarchalischen Obrigkeitsregime über den aufgeklärten Absolutismus bis zum modernen Nationalstaat auch kirchenpolitisch ein Führungswille durchgesetzt, der auch in den Synodalverfassungen des vorigen Jahrhunderts keine wesentlichen Einschränkungen erfuhr. Auch die spärlichen pietistischen Erweckungen blieben stille Weiher in den Anlagen des landesherrlichen Kirchenregiments. Von hier aus erklärt sich nicht nur die Struktur dieser Kirchen, sondern auch ihre gesellschaftspolitische Stellung: Sie gehörten zu den konservativen, haltenden und erhaltenden Kräften traditioneller Lebensordnungen. Der 1. Weltkrieg war für sie eine Verteidigung des Bestehenden, die Krisis des Jahres 1917 eine gefährliche Bedrohung, die es abzuwehren galt. – Brakelmann zeigt in seinem Buch unter Zitierung und Auswertung eines reichen Materials, wie die Kirchen in diesem Epochenjahr noch unbedingter an die Seite der kämpfenden militärischen und konservativen politischen Kräfte rückten und das Kirchenvolk zum verbissenen Durchhalten bis zum ersehnten Siegfrieden aufriefen. Diese illusionäre Hoffnung schlug mit dem Zusammenbruch vom November 1918 um in eine starrreaktionäre Trotzhaltung. Es zeigte sich nach Überwindung der ersten Schockwirkung und nach dem Abflauen der radikalen Tendenzen, daß der kirchliche Protestantismus seinen Platz im nationalen Bürgertum hatte, das in Opposition zur Revolution und demokratischen Neuordnung stand. Diese Entwicklung zeigt das in gleicher Weise angelegte Buch von Greschat. Die Kirche war weit entfernt von einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Vergangenheit. Eine religiöse Erneuerung, die man gewiß nicht organisieren kann, lag außerhalb aller Möglichkeiten. Auf der ganzen Linie sollte nach Fortfall der Monarchien verwaltungsmäßig die Kontinuität gewahrt bleiben. Der deutsche Protestantismus blieb seinen Ursprüngen treu. Seine Geschichte wußte nichts von Umbrüchen. Die Volkskirche blieb eine Herrschaftsinstitution, in der die Gemeinden nur eine unterste, dienende Funktion besaßen, aber keine Eigenverantwortlichkeit besitzen sollten.

Die beiden Bücher mit ihrem reichen und ausführlich zitierten publizistischen Material bieten dem Leser viel Anregung zum kritischen Nachdenken. Sie sind wichtige Vorarbeiten für eine künftige Darstellung des neueren kirchlichen Protestantismus in bewegter Zeit.

Karl Kupisch

Parlamentspraxis in der Weimarer Republik. Die Tagungsberichte der Vereinigung der deutschen Parlamentsdirektoren 1925 bis 1933 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 3: Die Weimarer Republik, i. A. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Erich Matthias und Rudolf Morsey, Bd. 2), bearb. von Martin Schumacher, Droste Verlag, Düsseldorf 1974, VII, 272 S., Ln., 72 DM.

Die deutschen Parlamentsdirektoren, also die Leiter der Büros des Reichstags und der Landtage, haben sich in der Weimarer Republik 1925 zu einer lockeren Vereinigung zusammengeschlossen. Die Initiative dazu ging von dem württembergischen Landtagsdirektor Alfred Eisenmann aus. Er blieb in der Organisation ein belebendes Element, wenn auch die stärkere Autorität bei den Direktoren der beiden Berliner Parlamente lag: dem Direktor beim Reichstag, Reinhold Galle, und dem Direktor beim Preußischen Landtag, Osbert Döhl. Über den Zweck der Vereinigung wurde auf der zweiten Tagung der Direktoren eine Vereinbarung erzielt. Sie wollten den Zusammenhang untereinander im dienstlichen Interesse fördern, sich über die Einrichtungen der einzelnen Parlamente unterrichten und zu regelmäßigen Beratungen zwecks Informations- und Meinungsaustauschs zusammentreten. Die Verfolgung persönlicher Berufs- und Standesinteressen schlossen sie aus. Mitglieder der Vereinigung waren auch die Direktoren bei den Bürgerschaften der Freien Städte, des Danziger Volksrates, des Österreichischen Nationalrates und des Landtags für Niederösterreich. Der Direktor des österreichischen Nationalrats hat allerdings niemals an einer Tagung teilgenommen, wenn auch gelegentlich schriftliche Auskünfte erteilt.

In jedem der Jahre von 1925 bis 1929 fand eine Tagung statt. Danach riß die Reihe der Zusammenkünfte ab. Persönliche und sachliche Gründe waren dafür verantwortlich, die Finanzlage in der Wirtschaftskrise, wahrscheinlich auch das rapide Anwachsen der Nationalsozialisten und der Kommunisten, die den Parlamentsbetrieb zunächst erheblich behinderten und schließlich lahmlegten. Im Herbst 1933, als die Nationalsozialisten bereits das Reich beherrschten, traten noch einmal die Direktoren der drei süddeutschen Landtage und des hessischen Landtags zu einer Besprechung zusammen. Sie spiegelt den Untergang des Parlamentarismus wider und befaßt sich mit dem Abbau und der anderweitigen Verwendung des Personals und der Parlamentsgebäude. Man bemühte sich um die Erhaltung der Büchereien und Archive als selbständige Bestände. Die Vereinigung galt als aufgelöst, ohne formell darüber einen Beschluß gefaßt zu haben.

Martin Schumacher, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn, hat die Berichte über die Tagungen wieder entdeckt. Er hat die Protokolle veröffentlicht, sorgfältig kommentiert und eine fundierte Einleitung dazu verfaßt. Ihr sind die vorhergehenden Angaben entnommen. Die Arbeit ist wichtig für ein bisher wenig erforschtes Gebiet der deutschen Parlamentsgeschichte und soziologisch interessant durch die Zusammentragung des nicht leicht zugänglichen Materials über die Herkunft und Laufbahn der Bürodirektoren und die Zusammensetzung des Personals. Zugleich legt sie Grundlagen für rechtsvergleichende Studien auf diesem Gebiet der Verwaltungswissenschaft. Der Verfasser beschreibt den Verband, seine Tätigkeit und die Zusammensetzung des Vorstandes. Er liefert einen Beitrag zur Stellung der Parlamentsbürokratie in Deutschland. Wertvoll sind auch die Betrachtungen über Parlamentsrecht und Parlamentsbrauch bis zum Ende der Weimarer Republik, in denen die verschiedenen Lehrmeinungen einander gegenübergestellt werden. Schumacher erkennt August Plate, dem Direktor beim Preußischen Abgeordnetenhaus, dann beim Preußischen Landtag von 1902 bis 1920, dem besten Kenner der Geschäftsordnung des Preußenparlaments, den ihm gebührenden ersten Platz unter den deutschen Parlamentsdirektoren zu. Plate maß den schriftlich fixierten Normen keinen allzu großen Wert bei

und bemühte sich, beeindruckt durch das Beispiel des britischen Unterhauses, die Preußische Landesversammlung zu bewegen, Teile der Geschäftsordnung erst aus der Entwicklung der im ständigen Fluß befindlichen Parlamentspraxis hervorgehen zu lassen. Das entsprach nicht dem deutschen Rechtsdenken und dem Streben nach Kodifikation, und Plate drang damit nicht durch.

Das Buch Schumachers enthält ferner tabellarische Übersichten über das Personal: Archivare, Bibliothekare, Stenographen und die Zahl und Art der Tätigkeit der mittleren und unteren Beamten. Verdienstvoll ist auch das Schriftenverzeichnis über die Verfassungen und die Geschäftsordnungen des Reichstags und der Länderparlamente. Darin ist die Literatur über kleine Länder eingeschlossen, die in der Vereinigung nicht vertreten waren; in ihnen nahm der Präsident vielfach Teile der Arbeit des Bürodirektors selbst wahr.

Die leitenden Beamten stammten in Deutschland zumeist aus der mittleren Beamtenlaufbahn. Als Parlamentsdirektoren, wie übrigens auch als Verwaltungsdirektoren in den Ministerien, erreichten sie Spitzenstellungen, in denen sie als höhere Beamte eingestuft waren. Sonst war den mittleren Beamten der Aufstieg in die höhere Beamtschaft in der monarchischen Zeit versperrt; es kam dazu erst in der Weimarer Republik. Schumacher zeichnet zutreffend das Bild des gut eingearbeiteten, pflichttreuen, im allgemeinen konservativ gerichteten Fachmanns, der für den Landrat und die Regierungsräte der Mittelinstanzen unentbehrlich war und in der Landtagsverwaltung dem Präsidenten auf Grund seiner langjährigen Erfahrung hilfreich zur Seite stand. Für den Parlamentsdirektor war parteipolitische Neutralität innerhalb und außerhalb des Dienstes lebenswichtig, da er auf eine Zusammenarbeit mit allen Parteien angewiesen war. Schumacher hat nach der Veröffentlichung seines Buches die Erinnerungen Plates publiziert, die dieser in der Nacht vom 11. auf den 12. November »an der Schwelle einer neuen Zeit« für seine Kinder »zur Erinnerung und zum Trost und zur Ermunterung beim Ausblick in eine ungewisse Zukunft« niedergeschrieben hat. Sie sind bezeichnend für die konservative Grundgesinnung, aber auch für die Loyalität gegenüber Vertretern aller Parteien, unter anderem dem künftigen Ministerpräsidenten Paul Hirsch, den er zu seinen Helfern und Gönnern rechnet. Der Menschlichkeit und den Fähigkeiten manches der früheren konservativen Präsidenten spendet er hohes Lob, anderen steht er kritisch gegenüber; er bezeichnet einen von ihnen als »jeder Menschenfreundlichkeit bar«.

Bei solcher für die Parlamentsdirektoren typischen Haltung kam es selten zu Spannungen zwischen dem Präsidenten und dem Parlament einerseits und der Parlamentsbürokratie andererseits. Mehr als die politische Einstellung konnten Persönlichkeitskonflikte zu Abweichungen von dieser Regel führen. Mit dem sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Paul Löbe, dem weichen, verbindlichen Schlesier, war die Zusammenarbeit leicht und angenehm. Mit dem gleichfalls sozialdemokratischen Präsidenten des Preußischen Landtags Robert Leinert war es nicht einfach umzugehen. Daß Plate nach fast zweijähriger Tätigkeit im Dienst der Republik sich auf seine monarchische Gesinnung bezog, um seine Pensionierung durchzusetzen, wird von Schumacher mit Recht als wahrer Grund bezweifelt.

Die Bürodirektoren waren nicht politische Beamte und konnten daher nicht in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Da ihr dienstliches und außerdienstliches Verhalten keine Veranlassung zu Disziplinierungen gab, ist die bürokratische Stabilität der Parlamentsverwaltungen nicht weiter erstaunlich. Sie war der Weimarer Republik nicht schädlich. Ein auf eine Bemerkung in Wolfgang Runges Buch über Politik und Beamtentum im Parteienstaat gestützter Vergleich mit einer ähnlichen Kontinuität für die Spitzenbeamten der inneren Verwaltung Preußens ist irrig. Diese waren politische Beamte, und es vollzog sich bei ihnen sogleich, wenn auch in begrenztem Maße, dann erheblich stärker seit der Übernahme der Regierung durch Otto Braun ein Wechsel, am deutlichsten sichtbar bei der Besetzung der Polizeipräsiden, klar erkennbar aber auch im Bereich der Oberpräsidien, Regierungen und Landratsämter.

Schumacher macht darauf aufmerksam, daß die Parlamentsbürokratie Deutschlands weder den Einfluß noch den Status der entsprechenden leitenden Beamten bei den Parlamenten Großbritanniens und Frankreichs erreicht hatte. Dies war, wie man hinzufügen kann, kennzeichnend für den Obrigkeitsstaat. In den westlichen Demokratien war der leitende Parlamentsbeamte Verwaltungsfachmann und Träger der Parlamentswissenschaft in einer Person. Als bezeichnend kann man ansehen, daß die Parlamentsdirektoren im königlichen Preußen, wie Schumacher feststellt, in der Hof-Rangliste erst an 55. Stelle erschienen. Immerhin aber waren sie damit den Parlamentariern selbst voraus. Die Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses wurden an die 58. Stelle gesetzt, ein Ausdruck der Verachtung für die Parlamentarier. Sie rangierten hinter dem niedersten Stabsoffizier, dem Major, und drei Stellen hinter dem Bürodirektor.

Die Verhandlungsgegenstände spiegeln nicht nur den Alltag der Parlamentsverwaltung wider, sondern berühren vielfach auch politisch wesentliche Probleme, wie die Immunität und Ausschließung der Abgeordneten von Sitzungen, die Befriedung des Parlamentsgebäudes oder Mißtrauensvoten gegen den Parlamentspräsidenten. Zu den diskutierten verwaltungsbeamten- und arbeitsrechtlichen Problemen gehören die Dienstaufsicht, der Status des Parlamentsbeamten, das Petitionsrecht der Beamten oder die Nebentätigkeit der Stenographen. Besprochen werden auch Dinge, die mit der Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses und eines Ausschusses sowie mit der Berechnung der Mehrheit zusammenhängen. Organisatorischer Art sind die Aussprachen über die stenographischen Berichte und die Schaffung eines Zentralarchivs. Auch die Behandlung von Eingaben steht wiederholt zur Debatte. Zuweilen werden die Besprechungen durch Referate eingeführt. So behandeln der bayerische Direktor Mißtrauensvoten gegen den Präsidenten und der württembergische Direktor das Immunitätsrecht. Der berechtigte Wunsch nach Vollständigkeit der Wiedergabe der Protokolle führt dazu, daß manche kaum erwähnenswerten Punkte in die Veröffentlichung einbezogen worden sind. Die Frage, ob die Publikation auch für die Parlamentspraxis der Bundesrepublik von Bedeutung ist, läßt sich nicht generell beantworten. Der Verfasser nimmt dazu positiv Stellung. In der Tat kann die Lektüre mancher Verhandlungsgegenstände auch einen Nutzen für die gegenwärtige Praxis bringen, ganz abgesehen davon, daß in der Beamtschaft das Bestreben, zwecks Anknüpfung an frühere Vorgänge ein »simile« zu finden, sehr ausgebildet ist. Bei anderen Gegenständen aber ist die Behauptung angesichts ihrer Geringfügigkeit und der völlig veränderten Verhältnisse der Gegenwart zweifelhaft.

Die Veröffentlichung Martin Schumachers ist als Dokumentation, präzise und wissenschaftlich einwandfreie Kommentierung und anregende Studie auf einem vernachlässigten Felde der Verwaltungswissenschaft überaus verdienstvoll.

Ernest Hamburger

Hans-Peter Ehni, *Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928 - 1932* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 111), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn - Bad Godesberg 1975, 304 S., kart., 32 DM.

Die Geschichtsschreibung über die Weimarer Zeit, wiewohl an Umfang kaum noch übersehbar, begeht in ihrer großen Masse nach wie vor die alten, ausgetretenen Trampelpfade, die sie bereits seit dem Beginn der Auseinandersetzung mit jener Epoche eingeschlagen hatte. Die Politik der Reichsspitze, in geringerem Umfang auch die der politischen Parteien und Verbände sind minutiös nachgezeichnet, während sich links und rechts weites unerforschtes Land ausbreitet. Das gilt unter anderem für die Regional- und Ländergeschichte. Gerade dieser relativ überschaubare Bereich bietet bedeutende Einblicke in Problemstellungen, die auf Reichsebene leicht zu übersehen sind oder wegen der föderalen Aufgaben-

Schumacher macht darauf aufmerksam, daß die Parlamentsbürokratie Deutschlands weder den Einfluß noch den Status der entsprechenden leitenden Beamten bei den Parlamenten Großbritanniens und Frankreichs erreicht hatte. Dies war, wie man hinzufügen kann, kennzeichnend für den Obrigkeitsstaat. In den westlichen Demokratien war der leitende Parlamentsbeamte Verwaltungsfachmann und Träger der Parlamentswissenschaft in einer Person. Als bezeichnend kann man ansehen, daß die Parlamentsdirektoren im königlichen Preußen, wie Schumacher feststellt, in der Hof-Rangliste erst an 55. Stelle erschienen. Immerhin aber waren sie damit den Parlamentariern selbst voraus. Die Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses wurden an die 58. Stelle gesetzt, ein Ausdruck der Verachtung für die Parlamentarier. Sie rangierten hinter dem niedersten Stabsoffizier, dem Major, und drei Stellen hinter dem Bürodirektor.

Die Verhandlungsgegenstände spiegeln nicht nur den Alltag der Parlamentsverwaltung wider, sondern berühren vielfach auch politisch wesentliche Probleme, wie die Immunität und Ausschließung der Abgeordneten von Sitzungen, die Befriedung des Parlamentsgebäudes oder Mißtrauensvoten gegen den Parlamentspräsidenten. Zu den diskutierten verwaltungsbeamten- und arbeitsrechtlichen Problemen gehören die Dienstaufsicht, der Status des Parlamentsbeamten, das Petitionsrecht der Beamten oder die Nebentätigkeit der Stenographen. Besprochen werden auch Dinge, die mit der Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses und eines Ausschusses sowie mit der Berechnung der Mehrheit zusammenhängen. Organisatorischer Art sind die Aussprachen über die stenographischen Berichte und die Schaffung eines Zentralarchivs. Auch die Behandlung von Eingaben steht wiederholt zur Debatte. Zuweilen werden die Besprechungen durch Referate eingeführt. So behandeln der bayerische Direktor Mißtrauensvoten gegen den Präsidenten und der württembergische Direktor das Immunitätsrecht. Der berechtigte Wunsch nach Vollständigkeit der Wiedergabe der Protokolle führt dazu, daß manche kaum erwähnenswerten Punkte in die Veröffentlichung einbezogen worden sind. Die Frage, ob die Publikation auch für die Parlamentspraxis der Bundesrepublik von Bedeutung ist, läßt sich nicht generell beantworten. Der Verfasser nimmt dazu positiv Stellung. In der Tat kann die Lektüre mancher Verhandlungsgegenstände auch einen Nutzen für die gegenwärtige Praxis bringen, ganz abgesehen davon, daß in der Beamtschaft das Bestreben, zwecks Anknüpfung an frühere Vorgänge ein »simile« zu finden, sehr ausgebildet ist. Bei anderen Gegenständen aber ist die Behauptung angesichts ihrer Geringfügigkeit und der völlig veränderten Verhältnisse der Gegenwart zweifelhaft.

Die Veröffentlichung Martin Schumachers ist als Dokumentation, präzise und wissenschaftlich einwandfreie Kommentierung und anregende Studie auf einem vernachlässigten Felde der Verwaltungswissenschaft überaus verdienstvoll.

Ernest Hamburger

Hans-Peter Ehni, *Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928 - 1932* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 111), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn - Bad Godesberg 1975, 304 S., kart., 32 DM.

Die Geschichtsschreibung über die Weimarer Zeit, wiewohl an Umfang kaum noch übersehbar, begeht in ihrer großen Masse nach wie vor die alten, ausgetretenen Trampelpfade, die sie bereits seit dem Beginn der Auseinandersetzung mit jener Epoche eingeschlagen hatte. Die Politik der Reichsspitze, in geringerem Umfang auch die der politischen Parteien und Verbände sind minutiös nachgezeichnet, während sich links und rechts weites unerforschtes Land ausbreitet. Das gilt unter anderem für die Regional- und Ländergeschichte. Gerade dieser relativ überschaubare Bereich bietet bedeutende Einblicke in Problemstellungen, die auf Reichsebene leicht zu übersehen sind oder wegen der föderalen Aufgaben-

teilung gar nicht erscheinen; hinzu kommt das für die Verfassungssituation der ersten Republik zentrale Reich-Länder-Verhältnis, eine durch die vielfachen Halbheiten der Weimarer Reichsverfassung bedingte Spannungslage, die allgemeine Entwicklungstendenzen mit erhöhter Klarheit sichtbar werden läßt.

Das gilt besonders für die Zeit der Staatskrise von 1928 an; die bedeutende Arbeit von Waldemar Besson (Württemberg und die deutsche Staatskrise, Stuttgart 1959) machte sich diesen Umstand zunutze. Seitdem mußten mehr als anderthalb Jahrzehnte vergehen, bis diese Fragestellung wieder aufgegriffen wurde. Mit seiner hier angezeigten Arbeit schließt Hans-Peter Ehni eine bedeutende Lücke in der Geschichtsschreibung über jene Epoche. Daß dies erst jetzt geschieht, ist um so erstaunlicher, als die Literatur zur preußischen Geschichte in der Weimarer Zeit jetzt noch an den Fingern einer Hand abzuzählen ist. Daß Preußen nicht ein beliebiges Land war, daß es drei Fünftel des Deutschen Reichs und dessen Verwaltungsstruktur ausmachte und trotz des Verlusts seiner Suprematrolle aus der Bismarckschen Ära einen entscheidenden Machtfaktor in der Republik ausmachte, hat die Geschichtsschreibung überraschenderweise bislang wenig interessiert; hier herrscht noch über weite Strecken völlige Finsternis.

Um es vorwegzunehmen: Die Arbeit von H.-P. Ehni erfüllt für den von ihm behandelten Zeitraum – 1928 bis 1932 – den größten Teil der Erwartungen, die an sie zu stellen sind. Der Autor baut auf einem breiten Fundament offensichtlich sorgfältig ausgewerteter Quellen auf, wobei die Verwendung der kaum zugänglichen Merseburger Aktenbestände einen besonderen Pluspunkt ausmacht. Seine Darstellung ist klar und konzis und vermeidet erfreulicherweise jene modischen Soziologismen, die nach alter und schlechter deutscher Wissenschaftstradition Analysen und Darstellungen zu beschweren und zu vernebeln pflegen. Die Systematik ist logisch und übersichtlich und läßt erkennen, daß dem Verfasser die wesentlichen Problemstellungen bewußt sind.

Das Bild, das er uns entrollt, ist auf dramatische und düstere Farben abgestimmt. Im Jahr 1928 stand die preußische Regierung auf dem Höhepunkt ihrer Machtentfaltung. Im Gegensatz zum Reich, das in den bislang zehn republikanischen Jahren siebzehn Regierungen gehabt hatte, war Preußen seit 1919 mit zwei unerheblichen Unterbrechungen von der Weimarer Koalition, der sich zwischen 1921 und 1925 die DVP hinzugesellt hatte, regiert worden, seit dem Kapp-Putsch im März 1920 unter der Führung des Ministerpräsidenten Otto Braun. Der Verfasser liefert eine eingehende Analyse der Gründe für jene außerordentliche Stabilität: Da war die ungewöhnliche Persönlichkeit des Regierungschefs Otto Braun, der nicht nur seine eigentlich verhältnismäßig schmalen Machtbefugnisse extensiv zu nutzen verstand, sondern auch die Souveränität und Integrationsfähigkeit besaß, derer es bedurfte, um die oft weit auseinanderstrebenden Interessen der Koalitionsparteien zusammenzufassen. Da waren weiterhin Koalitionsfraktionen, die nicht, wie die entsprechenden Reichstagsfraktionen, nach Art eines »gouvernement d'assemblée« sich selbst als die ausschlaggebenden Machtzentren und die Regierung als ihren Ausschuß ansahen, aus dem nach Belieben Minister herausgezogen werden konnten, wenn die jeweilige Partearaison es gebot. Stattdessen akzeptierten und unterstützten die preußischen Fraktionen der Weimarer Koalition die Exekutive und begriffen sich als deren parlamentarischen Schirm gegen oppositionelle Angriffe. Diese Art des Regierungssystems – der Verfasser hält sie für »konservativ«, was nicht recht einleuchtet – ermöglichte erst eine zielbewußte und langfristig konzipierte Regierungspolitik.

Allerdings fehlt der Analyse dieses wichtigen Umstands eine wesentliche Dimension: die Frage nach den Gründen für die unterschiedliche Rollenauffassung der Landtags- und der Reichstagsfraktionen. Es hätte sich gelohnt, hier die kritische Sonde anzusetzen, denn diese Frage führt mitten hinein in das Grundproblem der Weimarer Staatskrise.

Worin bestand nun die Grundkonzeption der preußischen Regierungspolitik in jener

Epoche? Ehni verweist darauf bereits im Buchtitel: Ein Hauptziel der Regierung Otto Brauns war es, mittels der überlegenen Verwaltungs- und Polizeimacht Preußens den Staat zum »Bollwerk der Demokratie«, zum Hüter der parlamentarischen Regierungsweise und ihrer verfassungsmäßigen Grundnormen auszubauen. Daß dieses Ziel ohne weiteres mit den engeren Machtinteressen der preußischen Regierung im Zusammenhang gesehen wurde und mit durchaus nicht zimperlichen Mitteln verfolgt wurde, verdeutlicht der Verfasser am Beispiel der preußischen Reichsreform-Politik, die konsequent und im offensichtlichen Gegensatz zur Einheitsstaats-Ideologie der SPD auf die territoriale und machtmäßige Ausweitung Preußens hinarbeitete: Nicht Reichsreform gegen, sondern durch Preußen hieß die Parole – Bismarck redivivus.

Auch die Probleme der Demokratisierungsprozesse innerhalb jenes »Bollwerks« schildert der Verfasser kompetent und eindringlich, so die Schwierigkeiten, den Beamtenapparat, jene ausschlaggebende Stütze des preußischen Staats, zu »republikanisieren«, was wegen der viel zu kurzen Personaldecke der Koalitionsparteien im ganzen fehlschlug, sieht man von den wenigen »politischen« Beamten ab, die die Spitze der Personalpyramide ausmachten.

Daß der preußische Staat trotz alledem der bedeutendste demokratische Machtfaktor im Gefüge der Weimarer Republik war, wird vom Verfasser bei allen notwendigen kritischen Einschränkungen klar herausgestellt. Auf diesem Hintergrund hebt sich das Hauptthema der Arbeit, die unaufhaltsame Reduzierung der preußischen Position in der Ära Brüning, mit beklemmender Deutlichkeit ab. An den besonders sorgfältig ausgearbeiteten Beispielen des preußischen Stahlhelm-Verbots von 1929/30 sowie der Osthilfe illustriert der Autor das Vordringen der »altpreußischen«, konservativen, agrar-reaktionären Interessengruppen, ihren steigenden Einfluß auf die Entscheidungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung und das daraus resultierende Scheitern der preußischen Regierung bei zentralen Bemühungen: um das Zurückdrängen der antidemokratischen Rechtsopposition und um eine weitgreifende Umstrukturierung der ostelbischen Agrarverfassung, um dem spezifisch preußischen Konservativismus den Nährboden zu entziehen.

Die ständig zunehmende Einengung der preußischen Bewegungsfreiheit wurde von Brüning durch die ständige Drohung mit der Zurückziehung der Zentrumsminister aus der preußischen Koalition erzwungen – hier wird sichtbar, wie sehr die preußische Regierung vom Zentrum abhing, das tatsächlich die entscheidende Schlüsselstellung in der Regierungskoalition einnahm und gegen das in Preußen keine Politik zu machen war. Und schließlich zeichnet Ehni mit aller wünschenswerten Klarheit die zunehmende finanzielle Zwangslage Preußens nach, die immer stärkere Eingriffe von der Seite des Reichs und immer demütigendere Zugeständnisse seitens der preußischen Regierung notwendig machten. Aus dieser Perspektive erscheinen der Papen-Putsch vom 20. Juli 1932 und die jämmerliche Schattenrolle, die die Regierung des einstigen »Bollwerks« in den ihr noch verbleibenden wenigen Monaten bis zum Februar 1933 spielte, als nicht mehr als die Folge einer Entwicklung, die bereits sehr viel früher begonnen hatte.

An diesem Punkt beginnt allerdings die Grundanlage der Arbeit problematisch zu werden; Strukturanalysen dieser Art geraten nur zu leicht in die Gefahr, die Historie in Form determinierter, eingleisiger Zwangsabläufe zu beschreiben und die prinzipielle Offenheit geschichtlicher Entscheidungssituationen zu verwischen. Es macht den Rang des Verfassers aus, daß er dieses Problem erkennt und bereits in der Einleitung betont, in erster Linie der Frage nach den Alternativen nachgehen zu wollen – eine begrüßenswerte Absicht, denn gerade diese Frage begründet die besondere Aufgabe der Zeitgeschichte überhaupt.

Leider weckt der Verfasser damit allerdings Erwartungen, die er anschließend nicht erfüllt. Es wäre notwendig gewesen, Entscheidungssituationen herauszuarbeiten, den Entscheidungsprozessen nachzugehen und aus der Lage der jeweils Handelnden im jeweiligen

Augenblick heraus die ihnen wahrscheinlicherweise erkennbaren Alternativen und deren Realisierbarkeit zu diskutieren. Fraglos eine äußerst schwierige Aufgabe, die nicht nur vom Historiker ein hohes Maß an Verstehensfähigkeit und -bereitschaft, sondern auch eine Quellenbasis erfordert, die nicht leicht aufzufinden ist. Aber Analysen dieser Art suchen wir hier vergeblich. Eine klare Aussage über die Alternativmöglichkeiten der preußischen Politik unter der Voraussetzung, daß die Weimarer Koalition die Regierungsgewalt in Preußen behielt, wird nicht gemacht – vermutlich war auch dem Verfasser klar, daß zumindest seit dem Amtsantritt Brüning eine Alternative schlechterdings nicht existierte, denn jede andere Politik hätte zum Austritt des Zentrums aus der Regierung und damit zum Sturz Brauns geführt, und die DNVP hätte den lachenden Dritten abgegeben.

Im Licht dieser Umstände ist auch das gelegentlich vom Verfasser mit erkennbarem Bedauern erwähnte unerfreuliche Verhältnis zwischen der preußischen Regierung und der KPD zu sehen. Abgesehen davon, daß die Darstellung der kommunistischen Politik im behandelten Zeitraum einfach irreführend ist – die antikommunistische Kampfstellung der Regierung Braun wird bei weitem zu hoch bewertet, die Tatsache, daß die grundsätzlichen Entscheidungen über die kommunistische Politik in Deutschland nicht im Karl-Liebknecht-Haus, sondern im Kreml fielen, dagegen übersehen –, so war es doch auch offenkundig, daß eine Annäherung zwischen SPD und KPD den umgehenden Bruch des Koalitionsbündnisses zur Folge gehabt hätte. Daß ein Bündnis SPD-KPD inner- wie außerparlamentarisch bei den vollkommen divergierenden politischen Zielvorstellungen und angesichts der bestehenden staatlichen Machtverhältnisse zu jeder Zeit ein totgeborenes Kind gewesen wäre, war zu offensichtlich, als daß Realisten wie Braun oder Heilmann darauf auch nur einen zweiten Gedanken verschwendet hätten.

Aber diese Einschränkungen treffen nicht die Hauptsache des angezeigten Buchs; wir verdanken ihm im Gegenteil Einsichten in die Hintergründe der Krise seit 1928, die teilweise neu, insgesamt jedenfalls von hoher historischer Relevanz sind. Es steht zu hoffen, daß diese Arbeit nicht in der Fülle der zeitgeschichtlichen Fachliteratur untergeht, sondern den ihr zustehenden Platz an hervorgehobener Stelle einnehmen wird. Hagen Schulze

Geoffrey Pridham, *Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923 - 1933*, Hart-Davis, Mac Gibbon Ltd., London 1973, XVIII, 380 S., Ln., £ 4.95.

Falk Wiesemann, *Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933* (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 12), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1975, 328 S., brosch., 78,60 DM.

Wilfried Böhnke, *Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920 - 1933* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 106), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1974, 239 S., kart., 32 DM.

In den vergangenen Jahren ist die Erforschung der NSDAP vor der »Machtergreifung« merklich intensiviert worden. Neben breit angelegte Darstellungen zum Werdegang der Gesamtpartei (Orlow, Horn) ist eine wachsende Zahl von Studien getreten, die in regionaler Perspektive Ideologien und Organisationsstrukturen, Mobilisierungstechniken und Bündnisbeziehungen, Wählerbindungen und Wählerfluktuationen sowie das soziale Milieu von Mitgliedern und Sympathisanten auszuleuchten suchen¹. Auf dem Hintergrund lokaler

¹ Neben den hier angezeigten Arbeiten vgl. noch *John Farquharson*, *The NSDAP in Hanover and Lower Saxony 1921 - 26*, in: *Journal of Contemporary History* 8,4, 1973, S. 103 - 120; *Donald R. Tracey*, *The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924 - 30*, in: *Central*

Augenblick heraus die ihnen wahrscheinlicherweise erkennbaren Alternativen und deren Realisierbarkeit zu diskutieren. Fraglos eine äußerst schwierige Aufgabe, die nicht nur vom Historiker ein hohes Maß an Verstehensfähigkeit und -bereitschaft, sondern auch eine Quellenbasis erfordert, die nicht leicht aufzufinden ist. Aber Analysen dieser Art suchen wir hier vergeblich. Eine klare Aussage über die Alternativmöglichkeiten der preußischen Politik unter der Voraussetzung, daß die Weimarer Koalition die Regierungsgewalt in Preußen behielt, wird nicht gemacht – vermutlich war auch dem Verfasser klar, daß zumindest seit dem Amtsantritt Brüning eine Alternative schlechterdings nicht existierte, denn jede andere Politik hätte zum Austritt des Zentrums aus der Regierung und damit zum Sturz Brauns geführt, und die DNVP hätte den lachenden Dritten abgegeben.

Im Licht dieser Umstände ist auch das gelegentlich vom Verfasser mit erkennbarem Bedauern erwähnte unerfreuliche Verhältnis zwischen der preußischen Regierung und der KPD zu sehen. Abgesehen davon, daß die Darstellung der kommunistischen Politik im behandelten Zeitraum einfach irreführend ist – die antikommunistische Kampfstellung der Regierung Braun wird bei weitem zu hoch bewertet, die Tatsache, daß die grundsätzlichen Entscheidungen über die kommunistische Politik in Deutschland nicht im Karl-Liebknecht-Haus, sondern im Kreml fielen, dagegen übersehen –, so war es doch auch offenkundig, daß eine Annäherung zwischen SPD und KPD den umgehenden Bruch des Koalitionsbündnisses zur Folge gehabt hätte. Daß ein Bündnis SPD-KPD inner- wie außerparlamentarisch bei den vollkommen divergierenden politischen Zielvorstellungen und angesichts der bestehenden staatlichen Machtverhältnisse zu jeder Zeit ein totgeborenes Kind gewesen wäre, war zu offensichtlich, als daß Realisten wie Braun oder Heilmann darauf auch nur einen zweiten Gedanken verschwendet hätten.

Aber diese Einschränkungen treffen nicht die Hauptsache des angezeigten Buchs; wir verdanken ihm im Gegenteil Einsichten in die Hintergründe der Krise seit 1928, die teilweise neu, insgesamt jedenfalls von hoher historischer Relevanz sind. Es steht zu hoffen, daß diese Arbeit nicht in der Fülle der zeitgeschichtlichen Fachliteratur untergeht, sondern den ihr zustehenden Platz an hervorgehobener Stelle einnehmen wird. Hagen Schulze

Geoffrey Pridham, *Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923 - 1933*, Hart-Davis, Mac Gibbon Ltd., London 1973, XVIII, 380 S., Ln., £ 4.95.

Falk Wiesemann, *Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933* (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 12), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1975, 328 S., brosch., 78,60 DM.

Wilfried Böhnke, *Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920 - 1933* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 106), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1974, 239 S., kart., 32 DM.

In den vergangenen Jahren ist die Erforschung der NSDAP vor der »Machtergreifung« merklich intensiviert worden. Neben breit angelegte Darstellungen zum Werdegang der Gesamtpartei (Orlow, Horn) ist eine wachsende Zahl von Studien getreten, die in regionaler Perspektive Ideologien und Organisationsstrukturen, Mobilisierungstechniken und Bündnisbeziehungen, Wählerbindungen und Wählerfluktuationen sowie das soziale Milieu von Mitgliedern und Sympathisanten auszuleuchten suchen¹. Auf dem Hintergrund lokaler

¹ Neben den hier angezeigten Arbeiten vgl. noch *John Farquharson*, *The NSDAP in Hanover and Lower Saxony 1921 - 26*, in: *Journal of Contemporary History* 8,4, 1973, S. 103 - 120; *Donald R. Tracey*, *The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924 - 30*, in: *Central*

Ereignisse diskutiert, gewinnen die Verbindungslinien zwischen Ideologie und Politik, die vielfältigen Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit, aber auch die in der Weimarer Parteienlandschaft ungewöhnlichen Erfolge bei der Sammlung und Integration heterogener Gesellschaftsschichten mit zum Teil erheblich divergierenden ökonomischen Interessen durch konkrete Anschauung an Plastizität und Verbindlichkeit. Die vorliegenden Untersuchungen fügen sich in diesen Rahmen regionalgeschichtlicher Forschungsaktivitäten ein, wobei der besondere Reiz der Lektüre darin besteht, die Entwicklung der Nationalsozialisten in zwei gänzlich unterschiedlich strukturierten Räumen zu verfolgen, im überwiegend ländlichen Bayern und im hochindustrialisierten Ruhrgebiet.

Der in Bristol lehrende Historiker *Geoffrey Pridham* hat die Frage nach der Wirksamkeit konfessioneller Faktoren in den Mittelpunkt seiner Arbeit über die NSDAP in Bayern zwischen der Wende nach dem kläglich gescheiterten Novemberputsch von 1923 und der ersten institutionell-administrativen Konsolidierung des Machtwechsels im Frühjahr 1933 gestellt. Eingebettet in den jeweils mit sicheren Strichen gezeichneten Kontext der Reichspolitik und der von der katholisch-konservativen Bayerischen Volkspartei (BVP) in der Ära des Ministerpräsidenten Heinrich Held (1924–33) bestimmten politischen Kultur des weißblauen Freistaates, gelingt dem Autor eine überzeugende und materialgesättigte Analyse einer Partei, die binnen weniger Jahre das Odium einer bedeutungslosen Splittergruppe im Umkreis des völkischen Radikalismus hinter sich ließ und zur Massenbewegung mit vergleichsweise weit gefächertem Sozialprofil answoll.

Zu den stärksten Hindernissen auf diesem Weg zählten die BVP und der von ihr getragene ausgeprägt bayerische Föderalismus, die einer unitarischen sowie partiell militant antikatholischen Überzeugungen verpflichteten Partei wie der NSDAP mit eingewurzelter Mißtrauen begegneten. Ausfälle einzelner Agitationsredner und Funktionäre gegen den Katholizismus, besonders der im Oktober 1930 publizierte »Mythos des 20. Jahrhunderts« von Alfred Rosenberg, vertieften diese Aversionen. Obwohl die Partei sich bemühte, Rosenbergs Bedeutung herunterzuspielen, um Konflikte mit dem Klerus zu vermeiden, und unermüdlich ihre konfessionelle Neutralität betonte, blieben die fundamentalen weltanschaulichen Rivalitäten zwischen Katholiken und Nationalsozialisten bestehen. Daneben waren jedoch auch Affinitäten, gemeinsame antidemokratische Orientierungen und Präferenzen für autoritäre Staatskonstruktionen unübersehbar, und die offizielle Kirche zeigte sich durchaus geneigt, den »nationalen« Charakter und die revisionistischen außenpolitischen Ziele der NSDAP mit Wohlwollen zu bedenken. Gegen die Aggressivität der NS-Propaganda mit ihren eindeutigen Feindbildern und holzschnittartigen, massenwirksamen Erklärungsmustern, gegen die Effizienz und Schlagkraft der seit 1928/29 konsequent bürokratisierten Parteiorganisation und die aufwendig inszenierten Wahlkampagnen konnte sich die BVP, ähnlich dem »Zentrumsturm« in den übrigen Gebieten des Reichs, lange Zeit in erstaunlicher Geschlossenheit behaupten, ja sogar bis weit in die Große Krise unter dem Eindruck zugespitzter Polarisierungen teils bescheidene, teils beachtliche Zugewinne verbuchen. Wie die bei Pridham sorgfältig ausgewerteten Wahlergebnisse belegen, zog die BVP aus der Gemengelage von konfessionellen mit regionalen Bindungen und Traditionalismen erheblichen Nutzen, wodurch dem Vordringen der Nationalsozialisten in den BVP-Hochburgen, überwiegend Landbezirken mit katholischer Bevölkerung, Grenzen gezogen waren.

Erst in den Märzahlen 1933 gelang der NSDAP, die nun mit dem Bonus der Regierungspartei operierte und den Staatsapparat rigoros zu ihren Gunsten einsetzte, der entschei-

European History 8, 1975, S. 23 – 50; *Ellsworth Faris*, Takeoff Point for the National Socialist Party. The Landtag Election in Baden, 1929, ebda., S. 140 – 71; *Albrecht Tyrell*, Führergedanke und Gauleiterwechsel. Die Teilung des Gaues Rheinland der NSDAP 1931, in: VfZG 23, 1975, S. 341 – 374.

dende Durchbruch in den vordem volksparteilich dominierten Kreisen. Die BVP war, so *Falk Wiesemann*, dessen Forschungen mit denen Pridhams mancherlei Berührungspunkte aufweisen, der »eigentliche Verlierer« (S. 265) dieser Wahlen, die die bis dahin zwischen Bayern und dem Reich zu beobachtenden Differenzierungen im Wählerverhalten endgültig einebneten. Diesen Trend zur Nivellierung mögen einige der von Wiesemann zusammengestellten Daten (S. 265–68) verdeutlichen. Für den Wahlgang im November 1932 verzeichnete die Wahlstatistik in Bayern eine gegenüber dem Reich um knapp drei Punkte schwächere Wahlbeteiligung (77,7 gegen 80,6 ‰). Im März 1933 glich sich dieser Abstand aus: Mit einer Wahlbeteiligung von 88,0 ‰ erreichte Bayern beinahe die Quote des Reichs (88,7 ‰). Lag die NSDAP im November mit ihrem Stimmenanteil in Bayern circa drei Prozent unter dem Reichsdurchschnitt (30,5 gegen 33,1 ‰), so zog sie im März mit 43,1 ‰ (gegen 43,9 ‰ im Reich) fast gleich. Zwischen beiden Wahlen erzielte die NSDAP ein Plus von 728 000 Stimmen, die BVP hatte dagegen ein Minus von 8800 Stimmen zu beklagen. Der Prozeß der Wählermobilisierung und die Bewegung von der BVP weg und hin zur NSDAP verliefen am »einschneidendsten« in vornehmlich landwirtschaftlich geprägten Wahlkreisen »mit traditionell niedriger Wahlbeteiligung und hohem katholischen Bevölkerungsanteil«, in Gebieten also, »die sich bei den vorangegangenen Wahlen als relativ immun gegenüber der Propaganda der Nationalsozialisten gezeigt hatten« (S. 264) und nun – verglichen mit städtischen Wahlkreisen – der BVP überproportional hohe Stimmenrückgänge, der NSDAP aber verhältnismäßig hohe Stimmengewinne brachten.

Folgt man Wiesemanns einleuchtend und übersichtlich entwickelter Analyse, so gründeten relative Stabilität und Resistenz des volksparteilichen Wählerpotentials in der prononciert konservativen Orientierung der BVP, die – darin vom Zentrum im Reich prinzipiell abgehoben – von keinem »linken«, republikanisch optierenden Arbeitnehmerflügel beeinträchtigt wurde. Nach dem Sturz des sozialdemokratisch geführten Kabinetts Hoffmann im Frühjahr 1920 verstand sie es, die Sozialdemokratie konsequent von jeglicher Einwirkung auf die Staats- und Verwaltungsgeschäfte fernzuhalten, und für ein gutes Dutzend von Jahren avancierte sie zu einem der maßgeblichsten Faktoren im Kräftefeld der bayerischen Innenpolitik. Katholizismus, Regionalismus und ein überaus kompromißloser Antisozialismus verschmolzen dabei zu einer unauflösbaren Symbiose, die Ressentiments und Verhaltensmuster ihres Wählerstamms im mittleren Bürgertum artikulierte und bestätigte, nostalgische Erinnerungen an das Haus Wittelsbach mit rückwärtsgewandten gesellschaftlichen Utopien wachhielt und ständestaatlichen Ordnungsmodellen das Wort redete. Diese Denkschablonen waren denen der NSDAP in mancher Hinsicht verwandt, nur daß die BVP sie in »soliderer«, traditionsverpflichteter, christlich-katholischer Verbrämung präsentierte. Aus dieser Konstellation resultierte wesentlich das delikate Konkurrenzverhältnis zwischen beiden Parteien, aber auch die anhaltende Attraktivität der BVP für mittelständische Wählergruppen, die von der NSDAP in der Substanz nicht viel mehr erwarten durften als von der BVP. Ebenso wenig wie die NSDAP verstand sich die BVP als Hüterin des Weimarer Staates. Wengleich in jeweils situationsspezifischer Nuancierung und wechselnden, taktisch bedingten Varianten vorgetragen, trachtete sie danach, die bayerische wie die Reichsverfassung zugunsten eines autoritären, nach Möglichkeit monarchischen Zweikammerkonstitutionalismus mit starken föderalistischen Akzenten und extensiver Sicherung bayerischer Reservatsrechte umzuformen. Von daher verwundert es nicht, auch die BVP und die von ihr getragene Staatsregierung im Chor derjenigen Stimmen anzutreffen, die seit 1924 immer vernehmlicher nach »Reichsreform« riefen. Ideologisches Substrat und antidemokratischer Affekt dieser Bestrebungen lassen sich prägnant mit einem von Wiesemann angezogenen Zitat aus der Correspondenz der BVP vom November 1929 illustrieren (S. 23): »Aus dem Gedankengute der christlichen Staatsauffassung schöpfend stellen wir der unchristlichen Volkssouveränitätslehre der französischen Revolution, die sich in das

deutsche Recht eingeschlichen hat, die Ideen der wahren Demokratie entgegen, die die Sehnsucht der Generation nach Stärkung der Autorität, nach Schmälerung der anonymen Verantwortlichkeit, nach Eindämmung des kulturlosen Massegeistes, nach organischer Einordnung der Stände in den Staat, nach Stärkung des Persönlichkeitsgedankens und nach gehorsamwilliger Disziplin der Gefolgschaften zu erfüllen vermag. Der moderne Staat und die wahre Demokratie können sich keinen besseren Bundesgenossen suchen als den christlichen Staatsgeist«. Die Wirkungen solcher Äußerungen dürfen nicht gering veranschlagt werden, und dem Verfasser ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er aus den verfassungspolitischen Revisionsforderungen der BVP den Schluß zieht, daß sie »breite Teile der Bevölkerung« nicht nur daran hinderten, »für den Grundgedanken der Verfassung« Verständnis und Sympathie zu entwickeln, sondern sie im Gegenteil darin bestärkten, »von antiparlamentarischen Parolen ihr Heil [zu] erwarten« (S. 38). In diesem Zusammenhang gewinnt die vom Autor einleitend formulierte Kritik an Karl Schwends² quasi staatsoffiziöser Schilderung der Rolle Bayerns »zwischen Monarchie und Diktatur« an Plausibilität, dessen Kernthese, »daß die Konstruktionsfehler der Weimarer Verfassung als Sünden wider den Föderalismus bayerischer Prägung die Vorbedingungen für die nationalsozialistische Diktatur geschaffen hätten«, völlig zu Recht in das Reich historischer Legendenbildung verwiesen und als vordergründiger Versuch gewertet wird, »die Notwendigkeit einer durch staatliche Hoheitsrechte abgesicherten eigenständigen bayerischen Politik auch im Rahmen der Bundesrepublik Deutschland« zu belegen (S. 13 f.).

Während die NSDAP unter dem katholischen Klerus kaum Anhang fand, war ihre Anziehungskraft auf die evangelische Geistlichkeit in den protestantischen Bezirken Frankens bedeutend größer – so groß, daß etwa der geschäftsführende Direktor des Bayerischen Landbundes, der Landtagsabgeordnete Brügel, im Juli 1931 eine Beschwerde an den Kirchenpräsidenten Veit richtete, in der es u. a. hieß: »Vor allem wird es in evangelischen Kreisen bitter empfunden, daß evangelische Geistliche in nationalsozialistischen Versammlungen für diese Partei werben [...] Ich würde es daher außerordentlich begrüßen, wenn Sie [...] die Pfarrerschaft ermahnen könnten, daß sie für die ganze Gemeinde da ist«³. In dieser Bitte spiegelte sich die wachsende Sorge des ehemals deutschnational orientierten, nun mit der 1928 gegründeten Landvolkpartei liierten Landbundes vor Terrainverlusten an die Nationalsozialisten, die bei der Reichstagswahl im September 1930 in den fränkischen Wahlkreisen zwar noch nicht zur Landvolkpartei aufschließen konnten, sich aber doch als Teilhaber an den Auflösungserscheinungen im Lager der Deutschnationalen profiliert hatten. Hinzu kam, daß die NSDAP Anfang 1930 ihre bis dahin einseitige Konzentration auf die Städte zugunsten einer relativ stärkeren Durchdringung der ländlichen Regionen aufgab, die mit einem Netz von sogenannten Landwirtschaftlichen Fachberatern überzogen wurden. Mit Hilfe des sich in kurzer Zeit festigenden Agrarpolitischen Apparates unter Leitung des Rasseideologen Darré wurde die Schwerpunkterweiterung auch organisatorisch und propagandistisch rasch konsolidiert, das im Zuge der wirtschaftlichen Depression freigesetzte Radikalisierungs- und Protestpotential in der Bauernschaft verschärft und für die Expansion der NSDAP nutzbar gemacht, die in den Dörfern den traditionellen bäuerlichen Repräsentationsorganen (Landbund, Landvolkpartei, Deutschnationale, Bauernbund) den Rang ablief. Pridham und Wiesemann werten die Kampagne zur Gewinnung der ländlichen Wählerschaft zutreffend als entscheidenden Wendepunkt, auf dem seit 1930 ein großer Teil der nationalsozialistischen Erfolge beruhte. Ein Vergleich der Stimmenanteile in ländlichen und städtischen Kreisen macht die Verlagerungsprozesse

2 1920 – 33 Hauptschriftleiter der BVP-Correspondenz, 1949 – 54 Leiter der bayerischen Staatskanzlei.

3 Landeskirchliches Archiv Nürnberg, Nachlaß Veit 7.

deutlich (Pridham, S. 282; vgl. aber auch Wiesemann, S. 268): Im September 1930 übertrafen beispielsweise in Mittelfranken die NS-Voten in den Städten mit 24,4 % noch knapp die auf dem Land (22,7 %), im Juli 1932 hingegen lagen die ländlichen Stimmen weit vorn und hatten sich gegenüber 1930 reichlich verdoppelt (59,8 gegen nur 39,0 % in den Städten). Als ähnlich verwundbar wie der Landbund erwies sich im übrigen der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund, der 1930 aus Anlaß einer steuerpolitischen Detailfrage die Koalition mit der BVP und den Deutschnationalen aufgekündigt hatte. In ihm entfaltete die Konfession keine der BVP vergleichbare Bindekraft, und trotz eines mehr und mehr rechtslastig gesteuerten Kurses fielen seine Bastionen im katholischen Niederbayern widerstandslos an die NSDAP.

Bereits die Landtagswahlen im April 1932, in denen sich die BVP vor der NSDAP noch einmal mit einer hauchdünnen Mehrheit als stärkste Partei behaupten konnte (32,6 gegen 32,5 %; Pridham, S. 275), zogen für die BVP den »Verlust« ihres »Handlungsspielraumes« nach sich und beschleunigten den »Autoritätsverfall« (Wiesemann, S. 110 und 159) der bayerischen Administration, der durch deren Untätigkeit, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise einzudämmen, noch potenziert wurde. Die seit 1930 geübte Praxis, sich mit einem geschäftsführenden Minderheitskabinett über Wasser zu halten, wurde fortgeschleppt, Fühler zur NSDAP, die vor allem der agile Parteivorsitzende Fritz Schäffer ausstreckte, um im Reich und in Bayern einen breiten »antisozialistischen Rechtsblock« (Wiesemann, S. 127) zustande zu bringen, scheiterten, waren zudem innerhalb der BVP nicht unumstritten. Von der Bildung der ersten Regierung Hitler blieb die BVP ausgeschlossen. Seither verdichteten sich die Anzeichen, daß die neue Reichsleitung auch in Bayern nach Art des Papenschen »Preußenschlags« vom 20. Juli 1932 eingreifen, einen Reichskommissar einsetzen und der weiß-blauen Eigenstaatlichkeit ein Ende bereiten könnte. Obwohl diese Gefahren klar erkannt wurden, verharnte die Staatsregierung in Untätigkeit und vermochte sich zu konkreten Abwehrmaßnahmen nicht aufzuraffen. Anstatt in dieser Situation auf eine »Sammlung aller antinationalsozialistischen Kräfte« zu drängen und eine Öffnung nach links zur – koalitionswilligen – Sozialdemokratie zu betreiben, entschied man sich für eine schwankende Politik des Zuwartens, des »Lavierens zwischen halbherziger Anpassung und verzweifelter Selbstbehauptung« mit dem doppelten Ziel, dadurch die volksparteiliche »Hegemonie in Bayern« zu erhalten und auf Reichsebene nach den Märzahlen für die NSDAP »koalitionsfähig zu bleiben« (Wiesemann, S. 185). Den Ereignissen in den Wochen vom 30. Januar bis zum 9. März, der Ernennung des Generals a. D. Ritter von Epp zum Reichskommissar und den Versuchen »Bayerischer Gegenwehr« (Wehrpolitik der BVP durch Ausbau der »Bayernwacht«, monarchistische Restaurationsbestrebungen aus der Umgebung des Kronprinzen Rupprecht) widmet Wiesemann im zweiten Teil seines Buches eine minutiöse Fallstudie, die Pridhams in dieser Hinsicht mehr skizzenhafte Bemerkungen vorzüglich ergänzen und eindringlich demonstrieren, wie wenig Substanz der von der BVP verfochtene autoritär eingefärbte bayerische Föderalismus der Machtausweitung der NSDAP entgegenzusetzen hatte.

Sowohl Pridham als auch Wiesemann lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß die bayerische NSDAP keine Partei der Arbeiter gewesen ist. Obwohl sich im Juli 1925 eine Funktionärskonferenz in Rosenheim die Aufgabe stellte, in die städtischen Domänen der KPD und der SPD einzudringen (Pridham, S. 45 f.), war die Wirkung der NSDAP auf die Industriearbeiterschaft, insbesondere in der Phase der relativen Stabilität, gering. Die Partei war von mittelständischem Zuschnitt und kleinbürgerlichen Leitbildern verhaftet. In ihr sammelte sich vor allem das kleinstädtische Bürgertum, das dort am ehesten an die Traditionen eines radikalisierten Konservatismus anknüpfen zu können glaubte, dessen Wurzeln bis weit in die Zeit vor 1918 hineinreichten. Dieser eindeutige Befund änderte sich erst zwischen 1930 und 1933, als sich die soziale Basis der Mitgliedschaft zugunsten eines

relativ hohen Prozentsatzes an Arbeitern und eines prozentualen Rückganges der Selbständigen, Angestellten und Beamten verschob: Im Gau München-Oberbayern etwa weist die parteiamtliche Statistik von 1935 für das Jahr 1933 einen Anteil von 24,4 % Arbeitern (gegen 19,0 % für 1930, Pridham, S. 187) aus. Auch wenn man die terminologische Großzügigkeit der NS-Statistiker und ihre Bestrebungen, den »volksgemeinschaftlichen« Charakter der »Bewegung« zu untermauern, in Rechnung stellt, überrascht die Höhe dieser – auch in den übrigen bayerischen Gauen zu verzeichnenden – Zuwachsquote, zumal die bayerische NSDAP nie sonderliche Anstrengungen unternahm, mit »sozialistischen« Parolen zu operieren. Die Arbeiter waren überdies in den Führungspositionen der Partei sichtlich unterrepräsentiert, die weiterhin Angehörige der mittleren und kleineren Bourgeoisie besetzt hielten. Pridham macht für das hier nur grob umrissene Phänomen in erster Linie die wirtschaftliche Depression verantwortlich, diskutiert die damit verbundenen Probleme allerdings nicht eingehender. Ohne die Validität des ökonomischen Arguments prinzipiell in Zweifel zu ziehen – der Tatbestand, daß die NSDAP breite Schichten der Lohnabhängigen für sich zu mobilisieren vermochte, bedarf weiterer, detaillierter Erklärung.

Dieser Eindruck und die daraus abzuleitende Notwendigkeit, dem Prozeß der Politisierung eines Teils vor allem der unorganisierten Arbeiterschaft nach rechts eine eigenständige, mit soziographischen und wahlsoziologischen Methoden arbeitende Analyse zu widmen, wird auch durch die Lektüre der 1970 in Marburg eingereichten Dissertation *Wilfried Böhnkes* bestärkt, deren vorliegende Buchfassung aus nicht ganz einsichtigen Gründen die seither erschienene Literatur außer acht läßt. Böhnke untersucht Organisation, Mitgliederstand und -fluktuation, Pressewesen, Wahlkampftechniken und Ideologien der NSDAP im Ruhrrevier zwischen 1920 und 1933, in einer Region, die zwar verwaltungsmäßig auf mehrere preußische Regierungsbezirke verteilt war, aber wirtschaftlich-strukturell ein hohes Maß an Geschlossenheit aufwies und infolge der dichten städtischen Agglomeration, der ökonomisch-politischen Machtkonzentration und nicht zuletzt der Stärke der sozialistischen, aber auch der katholischen Arbeiterbewegung als direkter Gegenpart zum überwiegend agrarischen Bayern zu gelten hat. Dies erklärt, warum sich die NSDAP – als eine Partei von kleinbürgerlicher Prägung mit mittelständischer Programmatik – im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vor größere und andersartige Probleme gestellt sah, sich als Sammlungsbewegung mit breitem Rückhalt in den Massen zu verankern.

Anders als in Bayern versuchte die NSDAP hier nach der Aufkündigung des Bündnisses mit dem traditionellen bürgerlich-konservativen Antisemitismus der Deutschvölkischen Freiheitspartei seit 1925, sich ein deutlicher akzentuiertes antikapitalistisches, gleichermaßen arbeiter- wie mittelstandsfreundliches Profil zu geben, nahm hier, wie Goebbels 1934 rückblickend notierte, »der Kampf um die Wiedergewinnung des Ruhrproletariats einen stark sozialistischen Charakter an« (zit. auf S. 205). Der Verfasser wertet diese Bemühungen, einen »nationalen« Sozialismus auch programmatisch zu fundieren, als eine in ihrer Aussage zudem außerordentlich verschwommene Variante mittelständisch-antikapitalistischer Ressentiments, die mit »radikalsozialistischen« Entwürfen nur sehr entfernt etwas zu tun hatte. Leider beschränkt sich Böhnke auf diese allgemeinen, so auch schon mehrfach bei Kühnl u. a. nachzulesenden Feststellungen, ohne den weitergehenden und wünschenswerten Versuch zu machen, konkret zu analysieren, welchen Einfluß der Strasser-Flügel auf die innere Entwicklung der Ruhr-NSDAP hatte, welche (evtl. hemmende) Rolle er bei der Anknüpfung von Bündnisbeziehungen zur Industrie spielte und welchen Einfluß er beim Durchbruch der NSDAP zur Massenpartei seit 1929 und der so permanenten wie nachhaltigen Mobilisierung der Wählerschaft ausübte. Die Interessen des Autors gelten in diesem Zusammenhang mehr organisatorischen Fragen im engeren Sinne, dem Verhältnis zwischen der Münchener Zentrale und der Leitung des Gaues Ruhr, dessen relative Eigen-

ständigkeit bis 1928, der Ablösung Kaufmanns durch Joseph Wagner als Gauleiter, pointiert herausgearbeitet wird; ferner dem Prozeß der Bürokratisierung der Partei, der Festigung und Verzweigung des Apparats. Zur Frage der Finanzierung dieser Aktivitäten ist allerdings kritisch anzumerken, daß Böhnke dazu neigt, die ohnehin spärlich gesäten Berichte und Belege über industrielle Subsidien zu unterschätzen und die Beitragszahlungen der in der Regel nicht sehr finanzstarken Parteigenossen zu überschätzen, so daß der Eindruck entsteht, als sei der Verfasser allzusehr dem Mythos von der Opferbereitschaft der Mitglieder aufgesessen.

Das soziale Erscheinungsbild der NSDAP kontrastierte eindrucksvoll mit der nach außen gepflegten Attitüde »sozialistischer« Phraseologie. Ähnlich wie in Bayern lag auch im Ruhrgebiet die Führung der Partei fest in den Händen »mittelständischer Berufsgruppen« (S. 201), dies, obwohl nach den Angaben der parteiamtlichen Statistik von 1935 der Prozentsatz an Arbeitern innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft hier deutlich über dem Reichsdurchschnitt lag. Im Gau Essen waren es 1930/33 39,6 % (Reichsdurchschnitt 31,5 %), im Gau Westfalen-Nord 37,5 % und im Gau Westfalen-Süd 43,8 % (S. 199). Nun ist freilich, wie Böhnke zu Recht konstatiert, die Parteistatistik insoweit wenig aussagekräftig, als sie zwischen Industriearbeitern und Handwerkern, zwischen erwerbslosen und beschäftigten Arbeitern nicht differenziert, und möglicherweise trifft die zitierte Stellungnahme des Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom Jahresende 1930 die soziale Struktur der Partei besser, wenn er für seinen Regierungsbezirk 5 % Landwirte, 34 % Handwerker und Kleingewerbetreibende, 34 % kaufmännische Angestellte, 3 % Beamte, 5 % Freiberufliche und nur 14 % Industrie- und 5 % Landarbeiter annimmt (S. 199). Aber solcher statistischen Divergenzen ungeachtet – eine Arbeiterpartei war die NSDAP auch im Ruhrgebiet nicht. Böhnke kann mit einer ganzen Reihe von Belegen nachweisen, daß sich die nicht arbeitslose Industriearbeiterschaft auch in der Weltwirtschaftskrise (deren sozialökonomische Auswirkungen auf die Städte des Reviers im übrigen knapp, aber erhellend auf S. 139 ff. skizziert werden) gegenüber den Werbungen der Nationalsozialisten im großen und ganzen immun verhielt und ihrem traditionellen Wahlverhalten wie ihren alten Parteibindungen (SPD, KPD, Zentrum) treu blieb. Daran konnte auch die gewerkschaftsähnliche Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation wenig ändern, deren Mitgliederzahl weit hinter den allgemeinen Mitgliederzuwachs der Gesamtpartei zurückfiel. In den Betriebsrätewahlen vom Frühjahr 1931 konnte sie im Bergbau beispielsweise nur 3,5 %, im Bereich der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie 5,0 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen (S. 173). Die Reichstagswahlen von 1930 und 1932 brachten der NSDAP in den Städten des Reviers Ergebnisse, die den Reichsdurchschnitt sichtbar unterschritten. Auch dies sind Indizien dafür, daß nennenswerte Einbrüche in die organisierte Arbeiterschaft nicht gelangen und daß die Nationalsozialisten ihre Gewinne (neben der Mobilisierung von Jung- und Neuwählern) nicht so sehr auf Kosten der Linken, als vielmehr wesentlich zu Lasten der zerfallenden bürgerlichen Rechten erzielten, deren Integrationskraft sich unter dem Ansturm der Depression endgültig erschöpft hatte. Diesen Prozeß mit regionalem Anschauungsmaterial erneut vor Augen geführt zu haben, gehört nicht zuletzt zu den Verdiensten der hier angezeigten Arbeiten.

Jens Flemming

Kuno Bludau, Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933 – 1945 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 98; Duisburger Forschungen, Bd. 16), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg 1973, XIX, 324 S., brosch., 27 DM.

Im Rahmen der lokalen Forschung zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes im Rhein-Ruhr-Gebiet ist zu den beiden bereits vorliegenden Monographien von K. Klotz-

ständigkeit bis 1928, der Ablösung Kaufmanns durch Joseph Wagner als Gauleiter, pointiert herausgearbeitet wird; ferner dem Prozeß der Bürokratisierung der Partei, der Festigung und Verzweigung des Apparats. Zur Frage der Finanzierung dieser Aktivitäten ist allerdings kritisch anzumerken, daß Böhnke dazu neigt, die ohnehin spärlich gesäten Berichte und Belege über industrielle Subsidien zu unterschätzen und die Beitragszahlungen der in der Regel nicht sehr finanzstarken Parteigenossen zu überschätzen, so daß der Eindruck entsteht, als sei der Verfasser allzusehr dem Mythos von der Opferbereitschaft der Mitglieder aufgesessen.

Das soziale Erscheinungsbild der NSDAP kontrastierte eindrucksvoll mit der nach außen gepflegten Attitüde »sozialistischer« Phraseologie. Ähnlich wie in Bayern lag auch im Ruhrgebiet die Führung der Partei fest in den Händen »mittelständischer Berufsgruppen« (S. 201), dies, obwohl nach den Angaben der parteiamtlichen Statistik von 1935 der Prozentsatz an Arbeitern innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft hier deutlich über dem Reichsdurchschnitt lag. Im Gau Essen waren es 1930/33 39,6 % (Reichsdurchschnitt 31,5 %), im Gau Westfalen-Nord 37,5 % und im Gau Westfalen-Süd 43,8 % (S. 199). Nun ist freilich, wie Böhnke zu Recht konstatiert, die Parteistatistik insoweit wenig aussagekräftig, als sie zwischen Industriearbeitern und Handwerkern, zwischen erwerbslosen und beschäftigten Arbeitern nicht differenziert, und möglicherweise trifft die zitierte Stellungnahme des Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom Jahresende 1930 die soziale Struktur der Partei besser, wenn er für seinen Regierungsbezirk 5 % Landwirte, 34 % Handwerker und Kleingewerbetreibende, 34 % kaufmännische Angestellte, 3 % Beamte, 5 % Freiberufliche und nur 14 % Industrie- und 5 % Landarbeiter annimmt (S. 199). Aber solcher statistischen Divergenzen ungeachtet – eine Arbeiterpartei war die NSDAP auch im Ruhrgebiet nicht. Böhnke kann mit einer ganzen Reihe von Belegen nachweisen, daß sich die nicht arbeitslose Industriearbeiterschaft auch in der Weltwirtschaftskrise (deren sozial-ökonomische Auswirkungen auf die Städte des Reviers im übrigen knapp, aber erhellend auf S. 139 ff. skizziert werden) gegenüber den Werbungen der Nationalsozialisten im großen und ganzen immun verhielt und ihrem traditionellen Wahlverhalten wie ihren alten Parteibindungen (SPD, KPD, Zentrum) treu blieb. Daran konnte auch die gewerkschaftsähnliche Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation wenig ändern, deren Mitgliederzahl weit hinter den allgemeinen Mitgliederzuwachs der Gesamtpartei zurückfiel. In den Betriebsrätewahlen vom Frühjahr 1931 konnte sie im Bergbau beispielsweise nur 3,5 %, im Bereich der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie 5,0 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen (S. 173). Die Reichstagswahlen von 1930 und 1932 brachten der NSDAP in den Städten des Reviers Ergebnisse, die den Reichsdurchschnitt sichtbar unterschritten. Auch dies sind Indizien dafür, daß nennenswerte Einbrüche in die organisierte Arbeiterschaft nicht gelangen und daß die Nationalsozialisten ihre Gewinne (neben der Mobilisierung von Jung- und Neuwählern) nicht so sehr auf Kosten der Linken, als vielmehr wesentlich zu Lasten der zerfallenden bürgerlichen Rechten erzielten, deren Integrationskraft sich unter dem Ansturm der Depression endgültig erschöpft hatte. Diesen Prozeß mit regionalem Anschauungsmaterial erneut vor Augen geführt zu haben, gehört nicht zuletzt zu den Verdiensten der hier angezeigten Arbeiten.

Jens Flemming

Kuno Bludau, Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933 – 1945 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 98; Duisburger Forschungen, Bd. 16), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg 1973, XIX, 324 S., brosch., 27 DM.

Im Rahmen der lokalen Forschung zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes im Rhein-Ruhr-Gebiet ist zu den beiden bereits vorliegenden Monographien von K. Klotz-

bach (Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930 bis 1945. Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969) und H.-J. Steinberg (Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Hannover 1969) nun eine dritte von K. Bludau hinzuge treten.

Auf der Basis eines sehr intensiv betriebenen Quellenstudiums – dem Verfasser standen zur Verfügung insbesondere die Akten der vor dem Oberlandesgericht Hamm/Westfalen geführten Hochverratsprozesse (Archiv des Oberlandesgerichts Hamm), ferner Materialien des Berliner Volksgerichtshofs (Document Center Berlin), des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf u. a. – wird der Widerstand von drei gesellschaftlichen Strömungen in Duisburg dargestellt: zunächst der Sozialdemokratischen Partei, der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter Union Deutschlands-Syndikalistinnen (FAUD-S) (Teil A), sodann der Kommunistischen Partei, ihrer Jugendorganisation (KJVD) sowie ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) und Roter Frontkämpferbund (RFB) (Teil B) und schließlich der beiden Kirchen (Teil C). Von besonderem Interesse für den Verfasser ist hierbei die Frage nach den Organisationsformen des Widerstandskampfes der Arbeiterbewegung.

K. Bludau zeigt am Beispiel der Brotfabrik »Germania« in Duisburg-Hamborn – ein Zentrum illegalen sozialdemokratischen Widerstandes – auf, daß in den ersten Monaten nach der faschistischen Machtergreifung in den Denk- und Verhaltensmustern der Mehrheit der sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder noch keine Resignation zu erkennen ist. Die Verbreitung illegaler Druckschriften durch Mitarbeiter dieses Betriebes am Niederrhein (z. B. Moers, Dinslaken, Kamp-Lintfort) bis nach Düsseldorf hatte eine wichtige kommunikative Funktion zwischen den Mitgliedern und Funktionsträgern der SPD und erfüllte damit eine wesentliche Aufgabe zur Sicherung der Organisationsbasis und der – wenn auch in zunehmendem Maße eingeschränkten – Handlungsmöglichkeiten der Partei. So entstanden in Duisburg und im Umland Leseringe mit jeweils 5–10 Abonnenten illegaler sozialdemokratischer Zeitungen. Dieses Druckschriftenmaterial wurde durch zuverlässige Verbindungsleute aus Roskilde/Dänemark und Antwerpen/Belgien sowie zu einem geringen Teil aus Rotterdam/Holland nach Deutschland eingeschleust. Das Ende der sozialdemokratischen Widerstandsbewegung in Duisburg und anderen Städten der rheinisch-westfälischen Region wird markiert durch die Verhaftungswelle zwischen dem 31. Mai und 6. Juni 1935. Einzelne Sozialdemokraten setzten zusammen mit sozialdemokratischen Mitgliedern der illegalen Eisenbahner-Gewerkschaft ihren antifaschistischen Widerstandskampf bis zum Februar 1937 fort, allerdings mit einer veränderten Aufgabenstellung. Ihre Haupttätigkeit bestand nicht mehr in der Einfuhr illegaler Druckschriften aus dem Ausland und ihrer Weiterverbreitung, sondern im Sammeln von Stimmungsberichten aus den Betrieben und ihrer Weiterleitung an die Prager Sopade sowie wahrscheinlich auch an den britischen Geheimdienst.

Ähnlicher Kampfformen wie die SPD bediente sich auch die illegale SAP im Rhein-Ruhr-Gebiet. In den Bezirken Niederrhein (Zentrale Duisburg), Mittelrhein (Zentrale Köln) und in Westfalen (Zentrale Dortmund) wurden Verteilerorganisationen für die aus dem Ausland, vornehmlich aus Holland, eingeführten illegalen Druckschriften geschaffen. Die aufgeführten ausführlichen Zitate aus dem illegalen SAP-Schrifttum (insbesondere aus der Flugschrift mit dem Tarntitel »Die Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront«) machen auf die Kampfstrategie und -taktik dieser linkssozialistischen Partei aufmerksam: eine Verständigung mit allen Gruppen innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung – trotz bestehender politisch-ideologischer Differenzen – über praktische Aufgaben herbeizuführen (»Neuformierung der proletarischen Klassenfront«). Insbesondere sollte in den Betrieben, genauer bei den bisher faschistischen Denkmustern folgenden Gewerkschaftsmitgliedern, ein Bewußtseinswandel initiiert werden mit dem Ziele, »illegale Klassengewerkschaften im

Schoß der faschistischen Zwangsorganisationen zu schaffen, Organisationen, die die wirtschaftlichen Widersprüche des Faschismus ausnützen, um die Gesamtheit der Arbeiterklasse kampffähig zu machen und die faschistischen Organisationen zu sprengen [...]« (»Die Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront«, zit. nach K. Bludau, S. 55).

Während nun der Verfasser die Kampf- und Organisationsmechanismen sowie die Aufdeckung und Zerschlagung der Widerstandsgruppen von SPD und SAP durch die Gestapo sehr ausführlich beschreibt, werden ihre mittel- bzw. langfristigen Zielsetzungen (z. B. für die postfaschistische Phase) weder in der Analyse noch in den ausgewählten Zitaten als eigenständige Fragestellung thematisiert. Die Zitate aus den illegalen sozialdemokratischen Pressepublikationen (insbesondere der »Sozialistischen Aktion«) sind allerdings vorzüglich geeignet, den Bewußtseinswandel bei den aktiven sozialdemokratischen Widerstandskämpfern deutlich werden zu lassen: von der Hoffnung auf einen raschen Zusammenbruch der Hitler-Diktatur in den ersten Wochen und Monaten nach dem 30. Januar 1933 bis hin zur Erkenntnis in den Jahren 1934/35, der Sturz des faschistischen Regimes in Deutschland sei ein langfristiger Prozeß.

Die sehr detaillierte Analyse der faktischen Handlungsabläufe des antifaschistischen Kampfes der Anarchosyndikalisten (FAUD-S) im Duisburger Raum läßt allerdings wiederum eine Frage unbeantwortet, nämlich die nach der Zielperspektive; die in den überlangen Zitaten erwähnten Postulate (Zerschlagung des Militarismus und Schaffung eines Rätedeutschlands) hätten einer begrifflichen wie auch inhaltlichen Präzisierung und Konkretisierung bedurft.

Einen sehr breiten Raum (S. 82–172) nimmt die Darstellung des kommunistischen Widerstandskampfes ein. Hier werden die Fragen der Sicherung einer breiten Organisationsbasis auf lokaler und regionaler Ebene, die Probleme der Herstellung, des Transports und der Verteilung illegalen Schrifttums (Einschleusung der Druckschriften hauptsächlich aus Rotterdam) mit großer Akribie beschrieben. Die sich dabei stellende zentrale Frage, ob die von der KPD-Auslandsleitung in Paris eingenommenen unterschiedlichen Positionen zur Strategie des antifaschistischen Kampfes (von der Konzeption einer »Volksfront von unten« bis hin zur Kooperation auch mit dem Prager sozialistischen Emigrationsvorstand im Anschluß an den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 25. Juli bis 20. August 1935, und die Brüsseler Konferenz der KPD, 3.–15. Oktober 1935) ihren Niederschlag finden in der Strategie der illegalen KPD im Raum Duisburg-Hamborn, wird vom Verfasser nur im Ansatz thematisiert. Er zeigt, daß die Partei in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur ernsthafte Versuche unternahm, die größtenteils zerbrochene hierarchische Organisationsstruktur zu restituieren, und 1935 begann, den Parteaufbau zu dezentralisieren. Diese Umstellung im organisatorischen Bereich erfolgte nicht zuletzt, weil die KPD 1935 mit Ausnahme der illegalen Gruppen ihres Jugendverbandes (KJVD) fast völlig vernichtet wurde. Auch in der Aufgabenstellung sind seit 1935 Änderungen zu erkennen: Nicht mehr die in großem Umfange (z. B. durch Flugblattaktionen) betriebene Aufklärung der Bevölkerung über den wahren – aggressiven – Charakter des Faschismus dominierte die Funktionsstruktur, sondern in zunehmendem Maße das Sammeln von Stimmungsberichten aus Industriebetrieben, von Informationen über militärisch bedeutsame Objekte (Flugplätze, Luftschutzeinrichtungen, Eisenbahnlinien u. a.). K. Bludau betont hierbei, bereits für die Phase vor Kriegsbeginn sei es schwierig, eine eindeutige Trennungslinie zwischen politischem Widerstand und militärischer Spionage zu ziehen.

Im Gegensatz zu den beiden großen Arbeiterparteien sind innerhalb der Kirchen – und hier zunächst der katholischen Laienbewegung wie auch der Amtskirche – deutliche Formen des politischen Protests erst ab Februar 1934 erkennbar: wie Mißachtung faschistischer Symbole und Rituale (z. B. Verweigerung des Hitler-Grußes), Verteilen von Flugblättern, in denen – wie auch in Predigten – die kirchenfeindliche Politik der Machthaber des »Drit-

ten Reiches« scharf kritisiert wurde. Einen planmäßig organisierten Widerstand gab es weder auf der katholischen noch auf der evangelischen Seite einschließlich der Sekten (z. B. der Bibelforscher). Immer handelte es sich um den Widerstand einzelner Personen.

Ein Dokumentenanhang sowie eine ausführliche Bibliographie schließen eine Untersuchung ab, die wegen ihrer detaillierten Analyse Anerkennung verdient, wegen ihres wissenschaftstheoretischen Ansatzes aber kritisiert werden muß. K. Bludau bedient sich eines Totalitarismusmodells, dessen wissenschaftliche Untauglichkeit in der neueren, kritischen Sozialwissenschaft längst nachgewiesen ist (z. B. von R. Kühnl, J. B. Müller, D. Petzina u. a.).

Horst Dähn

Herbert E. Tutas, Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration 1933 – 1939, Carl Hanser Verlag, München 1975, 354 S., Pb., 35 DM.

Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte 1), Droste Verlag, Düsseldorf 1972, 382 S., kart., 38 DM.

Nachdem in den letzten Jahren eine Reihe von Veröffentlichungen zur Geschichte und Problematik der Emigration von 1933–1945 erschienen ist, behandelt nun die aus einer Dissertation hervorgegangene Studie von *Herbert E. Tutas* die Politik und insbesondere die Maßnahmen des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration. Der Autor will mit seiner Studie Motive, Mittel, Methoden und Ziele nationalsozialistischer Emigrantenpolitik und darüber hinausweisende Tendenzen nationalsozialistischer Politik aufzeigen. Dabei sind die Politik gegenüber der politischen Emigration und nationalsozialistische Rassenpolitik nicht immer voneinander zu trennen, weil die Maßnahmen des Dritten Reiches nicht allein gegen die politische Emigration gerichtet waren, sondern gegen die gesamte Emigration, bei der zahlenmäßig der jüdische Teil überwog. Die zeitliche Begrenzung des Themas auf die Vorkriegszeit ist sowohl einleuchtend als auch dadurch gerechtfertigt, daß mit Kriegsausbruch die Emigrantenpolitik der Asylländer zunehmend restriktiver gehandhabt wurde, was vornehmlich die Einschränkung der politischen Betätigung von Emigranten bedeutete. Dazu kam der Verlust von Kontakten zwischen Emigration und Widerstandsgruppen im Reich selbst, verursacht zum einen durch die erfolgreiche Abwehr der Gestapo, zum anderen durch die Zerstreuung der Exilierten in alle Welt als Folge der Kriegereignisse. Schließlich verlor das Exil mit abnehmender Möglichkeit, nach Deutschland hineinzuwirken, auch als antinationalsozialistischer Faktor für das Dritte Reich an Bedeutung.

Anhand von bisher zum Teil unveröffentlichten Quellen weist Tutas an vielen Beispielen einen ganzen Katalog von Gegenmaßnahmen des Dritten Reiches nach, der von allgemeinen Maßnahmen (wie Abwehr der antifaschistischen Propaganda des Exils durch den Goebbelschen Propagandaapparat, Überwachung durch die Gestapo und die amtlichen deutschen Auslandsvertretungen, Rückkehrverbot nach Deutschland, Einweisung von Rückkehrern in KZs) und gezielten Maßnahmen gegen einzelne (wie Ausbürgerungen, Geiselnahme von Angehörigen, Bemühungen um Auslieferung durch ein Asylland) schließlich bis hin zu Entführung und sogar Mord reichte. Im Anschluß daran werden die deutsche Emigration als internationales Problem und die damit verbundene Haltung des Dritten Reiches dargestellt. Dabei handelte es sich um die Einsetzung eines Hohen Kommissars für die Flüchtlinge aus Deutschland durch den Völkerbund und die Tätigkeit des Flüchtlingskommissars McDonald bis zu seinem Rücktritt 1935. Soweit die Probleme zur Lösung des Flüchtlingsproblems Deutschland direkt betrafen, ging es hauptsächlich um den rechtlichen Status der Emigranten und um finanzielle Probleme. Nach zweijähriger Tätigkeit aber mußte Mc-

ten Reiches« scharf kritisiert wurde. Einen planmäßig organisierten Widerstand gab es weder auf der katholischen noch auf der evangelischen Seite einschließlich der Sekten (z. B. der Bibelforscher). Immer handelte es sich um den Widerstand einzelner Personen.

Ein Dokumentenanhang sowie eine ausführliche Bibliographie schließen eine Untersuchung ab, die wegen ihrer detaillierten Analyse Anerkennung verdient, wegen ihres wissenschaftstheoretischen Ansatzes aber kritisiert werden muß. K. Bludau bedient sich eines Totalitarismusmodells, dessen wissenschaftliche Untauglichkeit in der neueren, kritischen Sozialwissenschaft längst nachgewiesen ist (z. B. von R. Kühnl, J. B. Müller, D. Petzina u. a.).

Horst Dähn

Herbert E. Tutas, Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration 1933 – 1939, Carl Hanser Verlag, München 1975, 354 S., Pb., 35 DM.

Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte 1), Droste Verlag, Düsseldorf 1972, 382 S., kart., 38 DM.

Nachdem in den letzten Jahren eine Reihe von Veröffentlichungen zur Geschichte und Problematik der Emigration von 1933–1945 erschienen ist, behandelt nun die aus einer Dissertation hervorgegangene Studie von *Herbert E. Tutas* die Politik und insbesondere die Maßnahmen des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration. Der Autor will mit seiner Studie Motive, Mittel, Methoden und Ziele nationalsozialistischer Emigrantenpolitik und darüber hinausweisende Tendenzen nationalsozialistischer Politik aufzeigen. Dabei sind die Politik gegenüber der politischen Emigration und nationalsozialistische Rassenpolitik nicht immer voneinander zu trennen, weil die Maßnahmen des Dritten Reiches nicht allein gegen die politische Emigration gerichtet waren, sondern gegen die gesamte Emigration, bei der zahlenmäßig der jüdische Teil überwog. Die zeitliche Begrenzung des Themas auf die Vorkriegszeit ist sowohl einleuchtend als auch dadurch gerechtfertigt, daß mit Kriegsausbruch die Emigrantenpolitik der Asylländer zunehmend restriktiver gehandhabt wurde, was vornehmlich die Einschränkung der politischen Betätigung von Emigranten bedeutete. Dazu kam der Verlust von Kontakten zwischen Emigration und Widerstandsgruppen im Reich selbst, verursacht zum einen durch die erfolgreiche Abwehr der Gestapo, zum anderen durch die Zerstreuung der Exilierten in alle Welt als Folge der Kriegereignisse. Schließlich verlor das Exil mit abnehmender Möglichkeit, nach Deutschland hineinzuwirken, auch als antinationalsozialistischer Faktor für das Dritte Reich an Bedeutung.

Anhand von bisher zum Teil unveröffentlichten Quellen weist Tutas an vielen Beispielen einen ganzen Katalog von Gegenmaßnahmen des Dritten Reiches nach, der von allgemeinen Maßnahmen (wie Abwehr der antifaschistischen Propaganda des Exils durch den Goebbelschen Propagandaapparat, Überwachung durch die Gestapo und die amtlichen deutschen Auslandsvertretungen, Rückkehrverbot nach Deutschland, Einweisung von Rückkehrern in KZs) und gezielten Maßnahmen gegen einzelne (wie Ausbürgerungen, Geiselnahme von Angehörigen, Bemühungen um Auslieferung durch ein Asylland) schließlich bis hin zu Entführung und sogar Mord reichte. Im Anschluß daran werden die deutsche Emigration als internationales Problem und die damit verbundene Haltung des Dritten Reiches dargestellt. Dabei handelte es sich um die Einsetzung eines Hohen Kommissars für die Flüchtlinge aus Deutschland durch den Völkerbund und die Tätigkeit des Flüchtlingskommissars McDonald bis zu seinem Rücktritt 1935. Soweit die Probleme zur Lösung des Flüchtlingsproblems Deutschland direkt betrafen, ging es hauptsächlich um den rechtlichen Status der Emigranten und um finanzielle Probleme. Nach zweijähriger Tätigkeit aber mußte Mc-

Donald erkennen, daß seine Bemühungen um eine Lösung des Flüchtlingsproblems ohne nennenswerten Erfolg geblieben waren. Die letztlich auf deutschen Druck hin erfolgte Trennung seiner Organisation vom Völkerbund hatte von vornherein McDonalds Arbeit belastet. Die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes hatte seine Arbeit zusätzlich erschwert. Die Weigerung Deutschlands schließlich, durch praktische Mitwirkung eine Lösung des Flüchtlingsproblems herbeizuführen, machte jede weitere Arbeit unter diesen Umständen sinnlos, so daß McDonald, die Konsequenzen zog und seinen Rücktritt erklärte.

In einem letzten Kapitel der Studie wird die Rolle des Exils als Faktor nationalsozialistischer Politik am Beispiel des Abstimmungskampfes für die Rückgliederung des Saargebietes 1933–1935 dargestellt. Der Autor behandelt in diesem Zusammenhang u. a. die Auseinandersetzung um die Einstellung von Emigranten in den saarländischen öffentlichen Dienst, die von den Nationalsozialisten als »flagranter Rechtsbruch« (S. 247) bezeichnet wurde, die Frage der Sicherheitsgarantien für die Bewohner des Saargebietes sowie das Verhältnis von Abstimmungspropaganda und Exil. In diesem Abstimmungskampf war die Emigration nicht nur Objekt nationalsozialistischer Angriffe, sie war für die Nationalsozialisten auch Mittel zum Zweck, wie die Thematisierung der Emigration in diesem Propagandafeldzug deutlich machte. Ungeachtet der politischen Unterschiede und Differenzen wurden die Gegner des NS in eine einzige Frontstellung zum Nationalsozialismus gebracht, wobei vornehmlich die Führer und Repräsentanten herausgelöst und isoliert angegriffen wurden. Indem man weiterhin – wie der Autor darlegt – die Emigranten als die Hauptvertreter des Status quo und dessen einzige Nutznießer anprangerte, konnte man sich auf sie als die einzigen Gegner konzentrieren. »Damit brauchte man weniger die Saareinwohner selbst, also die Wähler, anzugreifen, sondern konnte durch Identifikation der nichtabstimmungsberechtigten Emigranten mit der Status-quo-Lösung diese Lösung diffamieren, als unwählbar charakterisieren und damit mittelbar auch unentschiedene wahlberechtigte Status-quo-Anhänger umstimmen« (S. 275).

Obgleich Gegenstand der vorliegenden Untersuchung primär die Politik gegenüber der politischen Emigration ist, konnten die vielfältigen Berührungspunkte mit der nationalsozialistischen Judenpolitik nicht unberücksichtigt bleiben, insbesondere nicht bei den Maßnahmen gegen rückkehrende Emigranten und bei der Ausbürgerungspolitik nach 1935. Die Androhung von KZ-Haft bei einer eventuellen Rückkehr ins Reich war in erster Linie als Abschreckung gegen eine Rückkehr jüdischer Emigranten gedacht.

Ausschließlich mit der Judenpolitik des nationalsozialistischen Staates beschäftigt sich die ausgezeichnete Studie von *Uwe Dietrich Adam*. In der Historiographie wurde bisher hinsichtlich der Judenpolitik besonders der Kontinuitätsfrage Bedeutung beigemessen. Aus dieser Perspektive erschien dann auch die »Endlösung« als konsequenter Schlußpunkt eines von Hitler planmäßig betriebenen Ausschaltungs- und schließlich Vernichtungsprozesses. In Phasen zerlegt, ergab sich daraus folgende Abfolge einer logischen Reihe: Definition – Ausbeutung – Konzentration – Vernichtung (S. 16). In zahlreichen Arbeiten wurde zwar das erschütternde Schicksal der jüdischen Minderheit anschaulich belegt, gleichzeitig wurde dadurch aber der Eindruck eines vorgeplanten Ablaufs der Judenpolitik nur verstärkt. Unter dem übergreifenden Aspekt der nationalsozialistischen Herrschaftsstruktur sind in den vergangenen Jahren überraschende Ergebnisse auch zum Problem der Judenverfolgung erzielt worden; auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Erziehungspolitik z. B. ergab sich ein Bild höchst widerspruchsvoller Interessen und Richtungen, die eine These der Kontinuität in der Judenpolitik zweifelhaft erscheinen lassen. Diese Zweifel schließlich bestimmten den methodischen Ansatz und die Fragestellung der vorliegenden Arbeit. Zentrale Frage ist demnach, »ob die »Endlösung« das von vornherein eingeplante Ziel einer langfristig angelegten Politik darstellte oder ob andere Ursachen und Bedingungen für die Menschenver-

nichtung der Jahre 1941–1945 ausschlaggebend waren« (S. 17). Verknüpft werden mit dem historischen Prozeß der Judenverfolgung soll die Frage nach der Dynamik in der Umwandlung des Struktur- und Rechtsgefüges.

Anhand des vorhandenen empirischen Materials kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, daß in der Judenpolitik von einer geplanten und gelenkten Politik nicht die Rede sein kann, »daß ein Gesamtplan über Art, Inhalt und Umfang der Judenverfolgung niemals bestand und daß auch die Massentötung und Vernichtung mit größter Wahrscheinlichkeit von Hitler nicht a priori als politisches Ziel angestrebt wurde« (S. 357).

Zunächst standen den rassepolitischen Plänen Hitlers auch noch z. B. von Broszat als autoritär gekennzeichnete Kräfte entgegen, so daß mit Rücksicht auf sie zunächst eine schnelle und radikale Lösung verschoben wurde. Mit der zugewiesenen Ausschaltung bzw. Lähmung dieser konservativ-autoritären Kräfte wuchs gleichzeitig das Kompetenzchaos des nationalsozialistischen Staates, jene »Strukturanarchie«, die in Verbindung mit einer perfektionierten Bürokratie zum Fundament des »totalen« Staates wurde (S. 359). In diesen Zusammenhang stellt Adam die Judenpolitik von 1933–1938, deren wechselnde Phasen äußerlicher Ruhe mit Etappen plötzlicher Aktivität für ihn alle Merkmale totalitärer Machtentfaltung zeigen. »In eben dem Maße, in dem das Judentum sukzessive verfolgt und entrechtet wurde, drangen die totalitären Elemente, das Gerüst der rechtsstaatlichen Ordnung immer weiter unterhöhrend, vor« (S. 359). Mit dem fortschreitenden Verfall der überschaubaren Ordnung übernahm das Judentum immer mehr die Rolle eines »integrierenden Momentes« (S. 360), und so war es in diesem Sinne nur folgerichtig, daß die Juden nach dem Angriff auf die Sowjetunion und dem immer ungewisseren Ausgang des Krieges als »jüdisch-bolschewistischer Weltfeind« die ideologische Legitimation für den »Weltkampf« liefern mußten. Wenn schließlich auch der Befehl zur Ermordung der Juden Hitlers persönliche Entscheidung war, so entsprach sie doch der Dynamik und Entwicklung seines Staates, dessen innere Entwicklung auch ihn selbst binden mußte. Beatrix W. Bouvier

Leonore Siegele-Wenschkewitz, Nationalsozialismus und Kirchen. Religionspolitik von Partei und Staat bis 1935 (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 5), Droste Verlag, Düsseldorf 1974, 235 S., Pb., 32 DM.

In der vorliegenden Studie über das Verhältnis des Nationalsozialismus zu den Kirchen bis 1935 unternimmt die Verfasserin den Versuch, die wechselseitige Verknüpfung von parteiamtlicher bzw. staatlicher Kirchenpolitik mit dem politischen Verhalten der Kirchen darzustellen. Ungeachtet des Vorhandenseins neuheidnischer und kirchenfeindlicher Strömungen in der NSDAP stellt sie die Partei in eine politische Kontinuität, die bis zum Antiliberalismus und Antisemitismus bayerisch-ultramontaner und preußisch-pietistischer Strömungen des frühen 19. Jahrhunderts zurückreicht. Gleichwohl war ein Konflikt zwischen Nationalsozialismus und Kirchen wegen dessen Selbstverständnis als Weltanschauung vorprogrammiert: ein Kulturkampf auf katholischer und ein Kirchenkampf auf evangelischer Seite. Die Parolen vom »positiven Christentum« im Parteiprogramm der NSDAP und in der gesamten NS-Publizistik waren nur vom taktischen Kalkül getragen, im konservativen Bürgertum Anerkennung zu finden und sich als Bundesgenossen gegen die marxistischen Parteien anzubieten.

Auf katholischer Seite jedoch stieß der Nationalsozialismus auf Ablehnung durch die offizielle Kirchenleitung. Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, erklärte 1930 Parteimitgliedschaft und Kirchenzugehörigkeit aus seelsorgerlichen Gründen für unvereinbar. Differenzierter war das Verhältnis zwischen dem Nationalsozialismus und der evangelischen Kirche. Einerseits gab es unter national gesinnten und konservativen Pfarrern manche Anknüpfungspunkte mit der NSDAP, beispielsweise in der gemeinsamen

nichtung der Jahre 1941–1945 ausschlaggebend waren« (S. 17). Verknüpft werden mit dem historischen Prozeß der Judenverfolgung soll die Frage nach der Dynamik in der Umwandlung des Struktur- und Rechtsgefüges.

Anhand des vorhandenen empirischen Materials kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, daß in der Judenpolitik von einer geplanten und gelenkten Politik nicht die Rede sein kann, »daß ein Gesamtplan über Art, Inhalt und Umfang der Judenverfolgung niemals bestand und daß auch die Massentötung und Vernichtung mit größter Wahrscheinlichkeit von Hitler nicht a priori als politisches Ziel angestrebt wurde« (S. 357).

Zunächst standen den rassepolitischen Plänen Hitlers auch noch z. B. von Broszat als autoritär gekennzeichnete Kräfte entgegen, so daß mit Rücksicht auf sie zunächst eine schnelle und radikale Lösung verschoben wurde. Mit der zugewiesenen Ausschaltung bzw. Lähmung dieser konservativ-autoritären Kräfte wuchs gleichzeitig das Kompetenzchaos des nationalsozialistischen Staates, jene »Strukturanarchie«, die in Verbindung mit einer perfektionierten Bürokratie zum Fundament des »totalen« Staates wurde (S. 359). In diesen Zusammenhang stellt Adam die Judenpolitik von 1933–1938, deren wechselnde Phasen äußerlicher Ruhe mit Etappen plötzlicher Aktivität für ihn alle Merkmale totalitärer Machtentfaltung zeigen. »In eben dem Maße, in dem das Judentum sukzessive verfolgt und entrechtet wurde, drangen die totalitären Elemente, das Gerüst der rechtsstaatlichen Ordnung immer weiter unterhöhrend, vor« (S. 359). Mit dem fortschreitenden Verfall der überschaubaren Ordnung übernahm das Judentum immer mehr die Rolle eines »integrierenden Momentes« (S. 360), und so war es in diesem Sinne nur folgerichtig, daß die Juden nach dem Angriff auf die Sowjetunion und dem immer ungewisseren Ausgang des Krieges als »jüdisch-bolschewistischer Weltfeind« die ideologische Legitimation für den »Weltkampf« liefern mußten. Wenn schließlich auch der Befehl zur Ermordung der Juden Hitlers persönliche Entscheidung war, so entsprach sie doch der Dynamik und Entwicklung seines Staates, dessen innere Entwicklung auch ihn selbst binden mußte. Beatrix W. Bouvier

Leonore Siegele-Wenschkewitz, Nationalsozialismus und Kirchen. Religionspolitik von Partei und Staat bis 1935 (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 5), Droste Verlag, Düsseldorf 1974, 235 S., Pb., 32 DM.

In der vorliegenden Studie über das Verhältnis des Nationalsozialismus zu den Kirchen bis 1935 unternimmt die Verfasserin den Versuch, die wechselseitige Verknüpfung von parteiamtlicher bzw. staatlicher Kirchenpolitik mit dem politischen Verhalten der Kirchen darzustellen. Ungeachtet des Vorhandenseins neuheidnischer und kirchenfeindlicher Strömungen in der NSDAP stellt sie die Partei in eine politische Kontinuität, die bis zum Antiliberalismus und Antisemitismus bayerisch-ultramontaner und preußisch-pietistischer Strömungen des frühen 19. Jahrhunderts zurückreicht. Gleichwohl war ein Konflikt zwischen Nationalsozialismus und Kirchen wegen dessen Selbstverständnis als Weltanschauung vorprogrammiert: ein Kulturkampf auf katholischer und ein Kirchenkampf auf evangelischer Seite. Die Parolen vom »positiven Christentum« im Parteiprogramm der NSDAP und in der gesamten NS-Publizistik waren nur vom taktischen Kalkül getragen, im konservativen Bürgertum Anerkennung zu finden und sich als Bundesgenossen gegen die marxistischen Parteien anzubieten.

Auf katholischer Seite jedoch stieß der Nationalsozialismus auf Ablehnung durch die offizielle Kirchenleitung. Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, erklärte 1930 Parteimitgliedschaft und Kirchenzugehörigkeit aus seelsorgerlichen Gründen für unvereinbar. Differenzierter war das Verhältnis zwischen dem Nationalsozialismus und der evangelischen Kirche. Einerseits gab es unter national gesinnten und konservativen Pfarrern manche Anknüpfungspunkte mit der NSDAP, beispielsweise in der gemeinsamen

Ablehnung von Liberalismus, Demokratie und republikanischer Staatsform. Andererseits verstand es die NSDAP, Kontakte zu nationalistischen Pfarrerbünden geschickt auszubauen zu einer Bewegung, aus der um 1930 die Deutschen Christen hervorgingen. Ihre Stellung innerhalb der Kirche wurde gestärkt durch die parteiamtliche Aufforderung an alle evangelischen Parteigenossen, in der Gemeinde aktiv mitzuwirken und sich an Kirchenwahlen zu beteiligen. Die Kooperationsbereitschaft auf kirchlicher Seite stand häufig unter dem Motiv, daß von der neuen Bewegung eine Re-Christianisierung des Volkes zu erwarten sei und daß man andererseits nicht den Anschluß an die neue Zeit verpassen dürfe, wie man etwa im 19. Jahrhundert vielfach den Kontakt zur Arbeiterschaft verloren habe.

Nach der Machtübernahme 1933 war es Hitlers Bestreben, die Kirchen als politischen Faktor auszuschalten. Da die katholische Kirche ungleich geschlossener war als die Vielzahl der evangelischen Landeskirchen mit ihren unterschiedlichen theologischen Richtungen, war eine Spaltungspolitik mit Gruppen von der Art der Deutschen Christen nicht sehr erfolgversprechend. Versucht wurde sie trotzdem in Form von Organisationen wie der »Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher« (AKD) und Papens Vereinigung »Kreuz und Adler«, deren Aufgabe es war, die Geschlossenheit des deutschen Episkopats zu paralysieren und den Katholizismus dem Nationalsozialismus näherzubringen. Diesen Versuchen waren jedoch nur begrenzte Erfolge beschieden. Innenpolitisch wirkungsvoller war die unmittelbare Kontaktaufnahme Hitlers mit dem Vatikan, ein Schachzug, mit dem die Ausschaltung des Zentrums nachträglich legitimiert und gleichzeitig der deutsche Episkopat übergangen wurde. Als Vorbild diente Hitler der 1929 zwischen Mussolini und dem Vatikan geschlossene Lateranvertrag. Beim Abschluß des Reichskonkordats 1934 ging indessen jede der vertragschließenden Seiten von anderen Voraussetzungen und Erwartungen aus: Jede glaubte ihre Rechte und Ansprüche durch den anderen bestätigt. Dabei dachte Hitler gar nicht daran, die Bestimmungen des Konkordats einzuhalten. Da die Kirche nach seiner Überzeugung kein dem Deutschen Reich gleichwertiger Vertragspartner war, bestanden für ihn auch keinerlei Verpflichtungen aus dem Vertrag. Von kirchlicher Seite, insbesondere durch den späteren Papst Pius XII., wurde der Standpunkt vertreten, daß der Kirche nach der Entmachtung des politischen Katholizismus in Deutschland keine andere Wahl geblieben sei, um die Interessen der deutschen Katholiken zu sichern. Dagegen zeigt die Verfasserin sehr deutlich, wie sehr das Entgegenkommen der Kirche gerade die Voraussetzungen dafür schuf, den politischen Katholizismus, der noch weit über die ersten Monate der Hitlerherrschaft hinaus eine politische Potenz darstellte, auszuschalten.

Hinsichtlich des Protestantismus hatten in der NSDAP schon vor der Machtergreifung sehr unterschiedliche Konzeptionen einer Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche bestanden. Das Spektrum der Pläne reichte von einer Fortsetzung des Staatskirchentums über eine Vereinigung aller evangelischen Landeskirchen zu einer »Reichskirche« bis hin zur völligen Trennung von Staat und Kirche. Zunächst galt es jedoch, auch den Protestantismus als mögliches Hindernis bei der Errichtung eines totalen Staates gleichzuschalten. Unter maßgeblicher Mitwirkung der Deutschen Christen wurde der Aufbau der evangelischen Reichskirche vorbereitet. Die Wahl Friedrich v. Bodelschwinghs, eines Sohnes des Gründers der Bethel-Anstalten, zum Reichsbischof durch die zuständigen kirchlichen Wahlgremien wurde vom Staat annulliert. Mit autoritären Maßnahmen, zu denen sich die Reichs- und preußische Regierung als Rechtsnachfolger des monarchischen »summus episcopus« berechtigt fühlte, sowie durch verschiedene Manipulationen wurde im Spätsommer 1933 der Königsberger Militärfarrer und ostpreußische Landesleiter der Deutschen Christen, Ludwig Müller, zum Reichsbischof berufen. Das »Führerprinzip« wurde auch auf die Kirchen übertragen. Dieser Gewaltstreich stieß jedoch auf innerkirchliche Widerstände, die seit September 1933 zunahmen und schließlich zur Bildung der Bekennenden Kirche führten. Gegen Ende 1933 wurden auch die Deutschen Christen, nachdem sie ihre Rolle in der

Gleichschaltungspolitik der NSDAP ausgespielt hatten, fallengelassen. Das Bekenntnis der Partei zum »positiven Christentum« wurde durch die Parole von der konfessionellen Neutralität des Staates ersetzt. Zu gleicher Zeit regten sich innerhalb der Partei wieder stärker neuheidnische Strömungen um Rosenberg mit grundsätzlichen Angriffen auf das Christentum.

Reichsbischof Müller geriet durch die innerkirchlichen Konflikte um die Deutschen Christen und infolge des Nachlassens staatlicher Protektion zwischen alle kirchlichen Fronten. Gegen Ende 1934 mußte Hitler erkennen, daß die Gleichschaltungspolitik gegenüber den Kirchen mit Hilfe der »Reichskirche« gescheitert war. Müller verblieb zwar in seinem bedeutungslos gewordenen Amt. Seit Ende 1934 wurden aber Pläne zur völligen Trennung von Staat und Kirche ausgearbeitet, die indessen nicht verwirklicht wurden. Hitler beschritt den Weg des geringsten Widerstandes, als er im Juli 1935 die Kompetenzen der Reichsminister für Inneres, für Wissenschaft, Erziehung und Kunst sowie des preußischen Ministerpräsidenten in einem Reichskirchenministerium zusammenfaßte und dieses dem altgedienten Parteigenossen Hanns Kerrl übertrug.

Die Arbeit beruht auf gründlichem Quellenstudium und verfolgt bis in die Einzelheiten genau den Verlauf der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik gegenüber den Kirchen. Allerdings wird die Lektüre durch das häufige Wechselbad von katholischen und evangelischen Kapiteln ebenso erschwert wie durch den chronologischen Fortgang der Studie anstelle einer mehr sachorientierten Gliederung. Schwerer wiegt indessen die einseitige Beschränkung der Untersuchung auf den staats- und kirchenrechtlichen sowie diplomatischen Bereich, der soziologische und politische Fragestellungen weitgehend ausklammert. Es mag sein, daß der Arbeitstitel der aus einer theologischen Dissertation hervorgegangenen Studie diese Einseitigkeit vorgegeben hat. Aber von einer Veröffentlichung über »Nationalsozialismus und Kirchen« würde man gern einiges erfahren über das Verhältnis von Konfession und NSDAP. Gibt es beispielsweise einen Zusammenhang zwischen der Anfälligkeit für den Nationalsozialismus und den theologischen Ausrichtungen bestimmter Landeskirchen, also den lutherischen, pietistischen oder reformierten Traditionen bestimmter Gebiete? Wahlkreisanalysen für 1932/33 und die NSDAP-Mitgliederdichte vor dem Hintergrund der konfessionellen Bevölkerungsstruktur hätten hier Auskünfte geben können. Ebenso fehlt eine Untersuchung über Art und Zeitraum des Vordringens der NSDAP in den katholischen Raum. Wieviele Mitglieder umfaßte die »Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher«, und welche Resonanz hatte sie im katholischen Kirchenvolk? Eine bloße *relatio ex actis*, mag sie auch noch so sorgfältig aufbereitet sein, vermittelt nur einen sehr unvollständigen Einblick in die Fragestellung und damit in das zeitgeschichtliche Geschehen.

Patrik v. zur Mühlen

Arthur Hanau / Roderich Plate, Die deutsche landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 28), Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1975, IX, 126 S., kart., 39 DM.

Studien über Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik sind in den letzten Jahren in größerer Zahl erschienen. Nur wenige befassen sich aber in subtiler Weise und auf bisher nicht veröffentlichtem Material basierend so vollständig mit einem speziellen Teil der Agrarpolitik, daß dadurch unsere Erkenntnisse über einige interessante Interpretationsvarianten hinaus wirklich bereichert werden. Die Verfasser des zu besprechenden Buches haben 1948 und 1949 die hier veröffentlichte Darstellung im Rahmen eines größeren Projektes über die Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion in verschiedenen Ländern im Zweiten Weltkrieg im Auftrage des Food Research Institute der Stanford University

Gleichschaltungspolitik der NSDAP ausgespielt hatten, fallengelassen. Das Bekenntnis der Partei zum »positiven Christentum« wurde durch die Parole von der konfessionellen Neutralität des Staates ersetzt. Zu gleicher Zeit regten sich innerhalb der Partei wieder stärker neuheidnische Strömungen um Rosenberg mit grundsätzlichen Angriffen auf das Christentum.

Reichsbischof Müller geriet durch die innerkirchlichen Konflikte um die Deutschen Christen und infolge des Nachlassens staatlicher Protektion zwischen alle kirchlichen Fronten. Gegen Ende 1934 mußte Hitler erkennen, daß die Gleichschaltungspolitik gegenüber den Kirchen mit Hilfe der »Reichskirche« gescheitert war. Müller verblieb zwar in seinem bedeutungslos gewordenen Amt. Seit Ende 1934 wurden aber Pläne zur völligen Trennung von Staat und Kirche ausgearbeitet, die indessen nicht verwirklicht wurden. Hitler beschritt den Weg des geringsten Widerstandes, als er im Juli 1935 die Kompetenzen der Reichsminister für Inneres, für Wissenschaft, Erziehung und Kunst sowie des preußischen Ministerpräsidenten in einem Reichskirchenministerium zusammenfaßte und dieses dem altgedienten Parteigenossen Hanns Kerrl übertrug.

Die Arbeit beruht auf gründlichem Quellenstudium und verfolgt bis in die Einzelheiten genau den Verlauf der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik gegenüber den Kirchen. Allerdings wird die Lektüre durch das häufige Wechselbad von katholischen und evangelischen Kapiteln ebenso erschwert wie durch den chronologischen Fortgang der Studie anstelle einer mehr sachorientierten Gliederung. Schwerer wiegt indessen die einseitige Beschränkung der Untersuchung auf den staats- und kirchenrechtlichen sowie diplomatischen Bereich, der soziologische und politische Fragestellungen weitgehend ausklammert. Es mag sein, daß der Arbeitstitel der aus einer theologischen Dissertation hervorgegangenen Studie diese Einseitigkeit vorgegeben hat. Aber von einer Veröffentlichung über »Nationalsozialismus und Kirchen« würde man gern einiges erfahren über das Verhältnis von Konfession und NSDAP. Gibt es beispielsweise einen Zusammenhang zwischen der Anfälligkeit für den Nationalsozialismus und den theologischen Ausrichtungen bestimmter Landeskirchen, also den lutherischen, pietistischen oder reformierten Traditionen bestimmter Gebiete? Wahlkreisanalysen für 1932/33 und die NSDAP-Mitgliederdichte vor dem Hintergrund der konfessionellen Bevölkerungsstruktur hätten hier Auskünfte geben können. Ebenso fehlt eine Untersuchung über Art und Zeitraum des Vordringens der NSDAP in den katholischen Raum. Wieviele Mitglieder umfaßte die »Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher«, und welche Resonanz hatte sie im katholischen Kirchenvolk? Eine bloße *relatio ex actis*, mag sie auch noch so sorgfältig aufbereitet sein, vermittelt nur einen sehr unvollständigen Einblick in die Fragestellung und damit in das zeitgeschichtliche Geschehen.

Patrik v. zur Mühlen

Arthur Hanau / Roderich Plate, Die deutsche landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 28), Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1975, IX, 126 S., kart., 39 DM.

Studien über Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik sind in den letzten Jahren in größerer Zahl erschienen. Nur wenige befassen sich aber in subtiler Weise und auf bisher nicht veröffentlichtem Material basierend so vollständig mit einem speziellen Teil der Agrarpolitik, daß dadurch unsere Erkenntnisse über einige interessante Interpretationsvarianten hinaus wirklich bereichert werden. Die Verfasser des zu besprechenden Buches haben 1948 und 1949 die hier veröffentlichte Darstellung im Rahmen eines größeren Projektes über die Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion in verschiedenen Ländern im Zweiten Weltkrieg im Auftrage des Food Research Institute der Stanford University

in Kalifornien angefertigt. Entsprechend der Bedeutung der nationalsozialistischen Agrarpolitik von 1933 bis 1939 für die Organisation der Kriegswirtschaft in diesem Bereich mußten die Autoren zu einem erheblichen Teil auch die Agrarpolitik der Nationalsozialisten in dieser Vorkriegszeit mit in ihre Betrachtung einbeziehen, so daß es eigentlich zu einer Darstellung der landwirtschaftlichen Preis- und Marktpolitik und ihrer Auswirkungen für Produktion und Versorgung von 1933 bis 1945 insgesamt gekommen ist. Bereits 1949 hatten die Autoren die Untersuchung abgeschlossen. Sie haben sie in dieser, mehr als 25 Jahre alten Fassung zum Druck gegeben, da »neuere Literatur [...] die landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik des Nationalsozialismus [...] nicht weiterführt«, was durchaus zutrifft und was zugleich ein Symptom für die nicht in der Sache begründeten begrenzten Erfolge umfangreicher Studien über einzelne Bereiche der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist. Die Verfasser stellen sehr detailliert dar, welche Ziele die Nationalsozialisten mit welchen Mitteln und mit welchem Ergebnis im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und -versorgung gehabt haben. Dabei wird vor allem auch hervorgehoben, daß die häufig zu beobachtende isolierte Betrachtung der Agrarpolitik oder gar der landwirtschaftlichen Preis- und Marktpolitik auf wichtige Erkenntnismöglichkeiten verzichtet, indem die zahlreichen Wechselwirkungen und parallelen Entwicklungen vernachlässigt werden. Gerade für die Nationalsozialisten war auch die Agrarpolitik nur Mittel zu einem weit über die Landwirtschaft hinausgehenden Zweck, nämlich zur Absicherung der Nahrungsmittelversorgung zu möglichst niedrigen oder wenigstens stabilen Preisen, vor dem Erfahrungshorizont des Ersten Weltkrieges. Die Verfasser machen deutlich, daß diese Einordnung auch der Agrarpolitik in eine allgemeine, Konflikte mit dem Ausland bewußt in Kauf nehmende oder gar darauf abzielende Machtpolitik die landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik erst zu einem Teil der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und insbesondere auch der nationalsozialistischen Finanzpolitik macht. Wenn die Autoren in ihrer Darstellung drei Perioden unterscheiden, dann geschieht dies daher in enger Anlehnung an die sonst übliche Periodisierung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik:

1. Die von den Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung gekennzeichneten Jahre von 1933 bis 1939 wurden von einer Förderung der Nahrungsmittelproduktion zur Verminderung der Abhängigkeit von Zufuhren aus dem Ausland, von der Schaffung einer landwirtschaftlichen Marktordnung zur Stabilisierung von Produktion (d. h. Angebot), Nachfrage und Preisen, ferner von einer Regulierung der Einfuhren (durch Einordnung in die seit dem 31. Juli 1931 bestehende Devisenbewirtschaftung) bestimmt. Die Verfasser hätten deutlicher herausarbeiten müssen, daß es sich bei diesen Maßnahmen einmal um einen Schutz der Landwirtschaft vor den auf dem Weltmarkt infolge der erheblichen natürlichen Produktionsschwankungen und der unelastischen Nachfrage immer wieder auftretenden Krisen handelte, d. h. um einen Schutz vor erheblichen Preiseinbrüchen und damit Einkommensminderungen. Bedenkt man, daß das Manuskript dieses Buches bereits 1949 abgeschlossen worden ist, d. h. lange vor der erneuten Bedrängung der Landwirtschaft durch eine auf dem Weltmarkt bemerkbare Überproduktion, dann ist dieses Versäumnis allerdings verständlich. Neben dem hier genannten und vor allem für die Landwirte interessanten Aspekt konnte und sollte diese Politik dazu dienen, das wichtige Ziel einer Stabilisierung der landwirtschaftlichen Produktion auf einem relativ hohen Niveau anzusteuern. Damit sollte eine wichtige Voraussetzung geschaffen werden, um die Autarkie im Nahrungsbereich im Hinblick auf einen außenpolitischen Konflikt, insbesondere im Kriegsfall, zu erreichen. Da beide Ziele mit gleichgerichteten Mitteln erreicht werden konnten, war es möglich, einheitliche agrarpolitische Mittel einzusetzen.

2. Die Verfasser heben hervor und machen innerhalb der Entwicklung von 1933 bis 1945 deutlich, daß die zweite Phase von Ende 1936 bis Sommer 1939 einerseits von der mit dem

Abbau der Arbeitslosigkeit verbundenen wachsenden Nachfrage der privaten Haushalte auch nach Nahrungsmitteln, vor allem des gehobenen Bedarfs (tierische Produkte), gekennzeichnet war, andererseits von dem Bemühen der Nationalsozialisten, die bisher begonnene Agrarpolitik stärker zu kanalisieren und weiter zu entwickeln, um sie als Instrument einer eventuellen Kriegswirtschaft nutzbar machen zu können. Die am Anfang dieser Periode den Außenhandel beeinträchtigende Devisenknappheit zwang bereits zu einschneidenden Maßnahmen, vor allem im Butterverbrauch. Zugleich wurde damit begonnen (ab 1936), Abgabekontingente für Getreide festzulegen, um nach und nach (bis 1939) einen Vorrat an Nahrungs- und Futtergetreide (von 8,8 Mill. t) anzulegen. Auch wenn Beeinflussungsmöglichkeiten z. B. über die individuelle Beratung mit Hilfe der Hofkarte bestanden, so betonen die Verfasser doch, daß es dem einzelnen Landwirt überlassen blieb, zu entscheiden, welchen Produktionszweig er innerhalb seines Betriebes in besonderer Weise fördern wollte. Wenn diese Freiheit im allgemeinen auch bestand, so konnte doch im Einzelfall die Beratung mit dem erforderlichen Nachdruck durchgeführt worden sein. Hier zeigt sich, daß die Verfasser sich nach den schriftlichen Quellen richten, aber die Praxis der Betriebsberatung nicht in ihre Überlegungen einbezogen haben. Für den Verbraucher wurden schon 1936/37 die infolge der Einfuhrdrosselung entstehenden Lücken in der Versorgung mit tierischen Produkten bemerkbar.

3. Auf die dritte Periode von 1939 bis 1944/45 zielen die Ausführungen der Autoren hauptsächlich ab. Sie zeigen, in welchem Maße die Produktion sich dem Bedarf anpassen konnte, d. h. ob die nationalsozialistische Agrarpolitik sich bewährte, das angestrebte Ziel einer Versorgung der einheimischen Bevölkerung ohne Nahrungsmiteleinfuhren zu erreichen. Die Verfasser machen deutlich, daß die Nationalsozialisten die bis 1939 geschaffenen Einrichtungen der Erfassung und Verteilung von Agrarprodukten jetzt intensivierten. Die Produktion blieb allerdings auch nunmehr im wesentlichen ohne globale Steuerung. Das System war vielmehr auf eine Verteilung des Produzierten ausgerichtet. Produktmenge und Produktionsstruktur standen außerhalb der Beeinflussung. Dies war so lange ohne große Bedeutung, wie Produktion, Zuteilung und die steuerbare Nachfrage in etwa übereinstimmten. Erst als mit fortschreitendem Krieg die angesammelten Vorräte vermindert wurden und auch die Erträge infolge der verringerten Nährstoffversorgung der Böden zurückgingen, kam es zu einer deutlichen Disharmonie zwischen Angebot und gelenkter Nachfrage. Zusätzliche Einfuhren aus den besetzten Gebieten konnten zwar zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden Ernährung beitragen und den Anschein erwecken, als ob bis Kriegsende die nationalsozialistische Agrarpolitik erfolgreich gewesen sei. In Wirklichkeit war aber eine entscheidende und zur Absicherung erforderliche Ausdehnung der Produktion insgesamt nicht oder kaum eingetreten. – Berücksichtigt man, daß ein erhebliches Produktionspotential bei breiter Ausnutzung der wichtigsten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, vor allem bei einer verstärkten Anwendung der künstlichen Düngemittel inländischer Herkunft, hätte aktiviert werden können, dann erkennt man erst, wie sehr die Maßnahmen der Nationalsozialisten in der Agrarpolitik lediglich auf eine Lenkung des Vorhandenen ausgerichtet waren. Marktwirtschaftliche und planwirtschaftliche Bestandteile sind keineswegs zu einer optimalen Wirkungsweise kombiniert worden. Eine ordnungspolitische Orientierung hätte wohl auch nicht in der pragmatischen Ausrichtung der Nationalsozialisten gelegen.

Die Verfasser gehen auf das Problem der Zweckerreichung nicht ausdrücklich ein, wie die Studie überhaupt durch die fast durchweg fehlende politische Bewertung hervorsteht. Sie versucht nicht, wie es heute leider häufig geschieht, den Leser durch einseitige Interpretationen und Bewertungen zu bevormunden. Man merkt, daß die Verfasser es gewohnt sind, für einen Leserkreis zu schreiben, der mit den Grundproblemen des Agrarmarktes vertraut ist. Durch diese kühle und distanzierte Darstellungsweise gelingt es ihnen, einen so umfassenden

Problemkreis übersichtlich und verständlich auf wenig mehr als 100 Seiten zusammenzuziehen. Sie füllen damit eine wirkliche Informationslücke. Zu bedauern ist lediglich, daß dies erst 26 Jahre nach Abschluß des Manuskriptes geschieht.

Friedrich-Wilhelm Henning

Gottfried Niedhart, Großbritannien und die Sowjetunion 1934 – 1939. Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen (= Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Mannheim, Bd. 2), Wilhelm Fink Verlag, München 1972, 497 S., Ln., 68 DM.

Die aus einer Dissertation hervorgegangene materialreiche Studie behandelt einen speziellen Aspekt der britischen Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg. Im Rahmen der internationalen Beziehungen soll die Sowjetunion von ihrem Eintritt in den Völkerbund bis zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes als Faktor der britischen Politik eingeordnet und seine wechselnde Bedeutung bestimmt werden. Zwar werden einzelne Aspekte der Thematik bereits in der vielfältigen und umfangreichen Literatur zur Zwischenkriegszeit angeschnitten, doch gehen verschiedene Thesen in diesen Arbeiten zumeist von der Annahme aus, das Problem Sowjetunion habe in den außenpolitischen Überlegungen britischer Politiker eine zentrale Stellung eingenommen (S. 23). Aufgabe der vorliegenden Arbeit soll es nun sein, dies zu überprüfen. Vor dem allgemeineren Hintergrund der Ziele und Motive britischer Politik in den dreißiger Jahren soll in vier Kapiteln das Spektrum der Auseinandersetzung mit dem »bolschewistischen Rußland« untersucht werden, wobei sich die Darstellung letztlich auf die Regierungspolitik konzentriert.

In einem ersten Kapitel werden zunächst die Rußlandbilder verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen vorgestellt, deren Wurzeln nicht selten in der Oktoberrevolution zu suchen sind. Ein zweites Kapitel ist der jeweiligen Stellung der UdSSR in den Zielvorstellungen verschiedener außenpolitischer »Schulen« gewidmet (S. 25). Während im allgemeinen lediglich zwischen den »traditionalists« und den »collectivists« unterschieden wird, soll in der vorliegenden Arbeit eine stärkere Differenzierung vorgenommen werden. Zwar werden die »collectivists« als Anhänger des Gedankens der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes als damit hinreichend charakterisiert bezeichnet, doch bei den »traditionalists« erscheint es dem Autor nicht ausreichend, sie lediglich als relativ geschlossene Gruppe mit den Grundsätzen traditioneller britischer Außenpolitik zu identifizieren. Das dritte und vierte Kapitel schließlich behandeln die jeweilige Außenpolitik der Regierung, wobei Entscheidungen in Beziehung zu politischen Parteien, Gruppen und Einzelpersonlichkeiten außerhalb des engeren Regierungsbereiches gesetzt werden sollen (S. 26). Zentrale Fragen dieser Kapitel sind zum einen die Funktion der UdSSR in der britischen Deutschlandpolitik und zum anderen die außereuropäischen Interessen und Verflechtungen der britischen Politik. Festzuhalten gilt es noch, daß die Ereignisse und auch die sowjetische Außenpolitik allein von der britischen Perspektive aus betrachtet werden und auch hier nur insoweit, als sie auf die britische Politik eingewirkt haben.

Bei den anfangs zu untersuchenden unterschiedlichen Rußlandbildern stellt der Autor zunächst fest, daß große Informationslücken jegliche Entscheidungsfindung erschwerten, so daß es ihm außerordentlich problematisch erscheint, ein Urteil darüber zu fällen, ob die britische Rußlandpolitik alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft hat. Seine Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß jedes Rußlandbild sich aus mehreren Komponenten zusammensetzte, die mit unterschiedlicher Gewichtung jeweils vorhanden waren. Dazu gehörten u. a. Informationen und Meinungen über »politische und soziale Verfassung der Sowjetunion«, »Ziele der sowjetischen Außenpolitik«, »Propagandatätigkeit der Komintern« und die »UdSSR als Machtfaktor in der internationalen Politik« (S. 427). Aus

Problemkreis übersichtlich und verständlich auf wenig mehr als 100 Seiten zusammenzuziehen. Sie füllen damit eine wirkliche Informationslücke. Zu bedauern ist lediglich, daß dies erst 26 Jahre nach Abschluß des Manuskriptes geschieht.

Friedrich-Wilhelm Henning

Gottfried Niedhart, Großbritannien und die Sowjetunion 1934 – 1939. Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen (= Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Mannheim, Bd. 2), Wilhelm Fink Verlag, München 1972, 497 S., Ln., 68 DM.

Die aus einer Dissertation hervorgegangene materialreiche Studie behandelt einen speziellen Aspekt der britischen Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg. Im Rahmen der internationalen Beziehungen soll die Sowjetunion von ihrem Eintritt in den Völkerbund bis zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes als Faktor der britischen Politik eingeordnet und seine wechselnde Bedeutung bestimmt werden. Zwar werden einzelne Aspekte der Thematik bereits in der vielfältigen und umfangreichen Literatur zur Zwischenkriegszeit angeschnitten, doch gehen verschiedene Thesen in diesen Arbeiten zumeist von der Annahme aus, das Problem Sowjetunion habe in den außenpolitischen Überlegungen britischer Politiker eine zentrale Stellung eingenommen (S. 23). Aufgabe der vorliegenden Arbeit soll es nun sein, dies zu überprüfen. Vor dem allgemeineren Hintergrund der Ziele und Motive britischer Politik in den dreißiger Jahren soll in vier Kapiteln das Spektrum der Auseinandersetzung mit dem »bolschewistischen Rußland« untersucht werden, wobei sich die Darstellung letztlich auf die Regierungspolitik konzentriert.

In einem ersten Kapitel werden zunächst die Rußlandbilder verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen vorgestellt, deren Wurzeln nicht selten in der Oktoberrevolution zu suchen sind. Ein zweites Kapitel ist der jeweiligen Stellung der UdSSR in den Zielvorstellungen verschiedener außenpolitischer »Schulen« gewidmet (S. 25). Während im allgemeinen lediglich zwischen den »traditionalists« und den »collectivists« unterschieden wird, soll in der vorliegenden Arbeit eine stärkere Differenzierung vorgenommen werden. Zwar werden die »collectivists« als Anhänger des Gedankens der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes als damit hinreichend charakterisiert bezeichnet, doch bei den »traditionalists« erscheint es dem Autor nicht ausreichend, sie lediglich als relativ geschlossene Gruppe mit den Grundsätzen traditioneller britischer Außenpolitik zu identifizieren. Das dritte und vierte Kapitel schließlich behandeln die jeweilige Außenpolitik der Regierung, wobei Entscheidungen in Beziehung zu politischen Parteien, Gruppen und Einzelpersonlichkeiten außerhalb des engeren Regierungsbereiches gesetzt werden sollen (S. 26). Zentrale Fragen dieser Kapitel sind zum einen die Funktion der UdSSR in der britischen Deutschlandpolitik und zum anderen die außereuropäischen Interessen und Verflechtungen der britischen Politik. Festzuhalten gilt es noch, daß die Ereignisse und auch die sowjetische Außenpolitik allein von der britischen Perspektive aus betrachtet werden und auch hier nur insoweit, als sie auf die britische Politik eingewirkt haben.

Bei den anfangs zu untersuchenden unterschiedlichen Rußlandbildern stellt der Autor zunächst fest, daß große Informationslücken jegliche Entscheidungsfindung erschwerten, so daß es ihm außerordentlich problematisch erscheint, ein Urteil darüber zu fällen, ob die britische Rußlandpolitik alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft hat. Seine Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß jedes Rußlandbild sich aus mehreren Komponenten zusammensetzte, die mit unterschiedlicher Gewichtung jeweils vorhanden waren. Dazu gehörten u. a. Informationen und Meinungen über »politische und soziale Verfassung der Sowjetunion«, »Ziele der sowjetischen Außenpolitik«, »Propagandatätigkeit der Komintern« und die »UdSSR als Machtfaktor in der internationalen Politik« (S. 427). Aus

der unterschiedlichen Zuordnung dieser Komponenten ergeben sich fünf verschiedene Rußlandbilder: der militante Antikommunismus, der antibolschewistische Affekt, das pragmatische Rußlandbild, das Rußlandverständnis der Labour-Bewegung und schließlich das apologetische Rußlandbild der radikalen Linken (ebda.). Diese Differenzierung kann z. B. deutlich machen, daß der »antibolschewistische Affekt« der Regierung nicht unbedingt einen »Kreuzzug gegen Kommunismus und die UdSSR« implizierte, sondern sich die Möglichkeit zur Einbeziehung der Sowjetunion in die britische Politik offenhielt.

Nach vorliegender Studie war das oberste Ziel der britischen Politik die Erhaltung des Weltfriedens, weil daran die Bewahrung der britischen Weltmachtposition geknüpft war. Das für Europa projektierte »General Settlement« (S. 429) sah ein »natürliches Gleichgewicht der saturierten Großmächte« vor und strebte hauptsächlich ein »European appeasement« zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland an. Nach Niedhart verstand sich Appeasement in diesem Sinne keinesweg als Verzicht auf Machtpositionen, sondern implizierte den Beitrag jedes dieser Staaten zur Bewahrung des Friedens. Solange dementsprechend ein Ausgleich der Konflikte in Europa möglich schien, blieb die Sowjetunion außerhalb der britischen Erwägungen. Mit der zunehmenden Unsicherheit über den Abschluß eines allgemeinen europäischen Abkommens wuchs dann die britische Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. »Die britische Rußlandpolitik war immer nur Funktion der Erfolge oder Fehlschläge der britischen Ausgleichsbestrebungen« (S. 430). In bezug auf die außereuropäischen Interessen Großbritanniens kommt die Studie zu dem Ergebnis, daß der Rückhalt und die Unterstützung des Commonwealth der britischen Regierung weitaus wichtiger erschienen als die nach ihrer Meinung ohnehin fragwürdige Hilfe der Sowjetunion.

Hinsichtlich der zentralen Frage nach der Funktion der Sowjetunion in der britischen Deutschlandpolitik kommt Niedhart zu dem Ergebnis, »daß die sich antibolschewistisch gebende nationalsozialistische Propaganda in Großbritannien auf Regierungsebene nicht den gewünschten Erfolg erzielte. Der antibolschewistische Affekt, der das Rußlandbild der Regierung prägte, wurde nie zum zentralen Bezugspunkt oder zum strukturellen Bestandteil britischer Außenpolitik« (S. 431). Gerade aber die britischen Bemühungen um eine Verständigung und einen Ausgleich mit den antikommunistischen Staaten mußten engere Bindungen zur Sowjetunion verhindern. Dies will der Autor jedoch keineswegs als eine bewußte Isolierung der Sowjetunion verstanden wissen, vielmehr sei dies lediglich ein sekundärer Effekt der britischen Außenpolitik gewesen.

Als sich dann Gerüchte um einen möglichen deutschen Angriff im Westen verdichteten, nahm Großbritannien um die Jahreswende 1938/39 zwar verstärkten Kontakt zur Sowjetunion auf, doch letztlich blieben sogar das Scheitern der britisch-sowjetischen Verhandlungen und der Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes ohne Auswirkungen auf den ursprünglichen Kurs der britischen Außenpolitik. Diese Politik war gegen die Störung des »natürlichen« Gleichgewichtes gerichtet, und noch nach Kriegsausbruch war London zu einem Abkommen mit Deutschland bereit, falls Hitler unter für Großbritannien annehmbaren Bedingungen in einen Kompromiß und ein »General Settlement« einwilligte.

Beatrix W. Bouvier

Günter J. Trittel, Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1975, 185 S., kart., 16,80 DM.

Sozialgeschichtlich wird die westdeutsche Nachkriegsentwicklung der Jahre 1945–49 häufig mit dem Stichwort »Restauration« oder – begrifflich weniger problematisch – dem einer »verhinderten Neuordnung« charakterisiert; als ursächlich für das Ausbleiben sozialen

der unterschiedlichen Zuordnung dieser Komponenten ergeben sich fünf verschiedene Rußlandbilder: der militante Antikommunismus, der antibolschewistische Affekt, das pragmatische Rußlandbild, das Rußlandverständnis der Labour-Bewegung und schließlich das apologetische Rußlandbild der radikalen Linken (ebda.). Diese Differenzierung kann z. B. deutlich machen, daß der »antibolschewistische Affekt« der Regierung nicht unbedingt einen »Kreuzzug gegen Kommunismus und die UdSSR« implizierte, sondern sich die Möglichkeit zur Einbeziehung der Sowjetunion in die britische Politik offenhielt.

Nach vorliegender Studie war das oberste Ziel der britischen Politik die Erhaltung des Weltfriedens, weil daran die Bewahrung der britischen Weltmachtposition geknüpft war. Das für Europa projektierte »General Settlement« (S. 429) sah ein »natürliches Gleichgewicht der saturierten Großmächte« vor und strebte hauptsächlich ein »European appeasement« zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland an. Nach Niedhart verstand sich Appeasement in diesem Sinne keinesweg als Verzicht auf Machtpositionen, sondern implizierte den Beitrag jedes dieser Staaten zur Bewahrung des Friedens. Solange dementsprechend ein Ausgleich der Konflikte in Europa möglich schien, blieb die Sowjetunion außerhalb der britischen Erwägungen. Mit der zunehmenden Unsicherheit über den Abschluß eines allgemeinen europäischen Abkommens wuchs dann die britische Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. »Die britische Rußlandpolitik war immer nur Funktion der Erfolge oder Fehlschläge der britischen Ausgleichsbestrebungen« (S. 430). In bezug auf die außereuropäischen Interessen Großbritanniens kommt die Studie zu dem Ergebnis, daß der Rückhalt und die Unterstützung des Commonwealth der britischen Regierung weitaus wichtiger erschienen als die nach ihrer Meinung ohnehin fragwürdige Hilfe der Sowjetunion.

Hinsichtlich der zentralen Frage nach der Funktion der Sowjetunion in der britischen Deutschlandpolitik kommt Niedhart zu dem Ergebnis, »daß die sich antibolschewistisch gebende nationalsozialistische Propaganda in Großbritannien auf Regierungsebene nicht den gewünschten Erfolg erzielte. Der antibolschewistische Affekt, der das Rußlandbild der Regierung prägte, wurde nie zum zentralen Bezugspunkt oder zum strukturellen Bestandteil britischer Außenpolitik« (S. 431). Gerade aber die britischen Bemühungen um eine Verständigung und einen Ausgleich mit den antikommunistischen Staaten mußten engere Bindungen zur Sowjetunion verhindern. Dies will der Autor jedoch keineswegs als eine bewußte Isolierung der Sowjetunion verstanden wissen, vielmehr sei dies lediglich ein sekundärer Effekt der britischen Außenpolitik gewesen.

Als sich dann Gerüchte um einen möglichen deutschen Angriff im Westen verdichteten, nahm Großbritannien um die Jahreswende 1938/39 zwar verstärkten Kontakt zur Sowjetunion auf, doch letztlich blieben sogar das Scheitern der britisch-sowjetischen Verhandlungen und der Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes ohne Auswirkungen auf den ursprünglichen Kurs der britischen Außenpolitik. Diese Politik war gegen die Störung des »natürlichen« Gleichgewichtes gerichtet, und noch nach Kriegsausbruch war London zu einem Abkommen mit Deutschland bereit, falls Hitler unter für Großbritannien annehmbaren Bedingungen in einen Kompromiß und ein »General Settlement« einwilligte.

Beatrix W. Bouvier

Günter J. Trittel, Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1975, 185 S., kart., 16,80 DM.

Sozialgeschichtlich wird die westdeutsche Nachkriegsentwicklung der Jahre 1945–49 häufig mit dem Stichwort »Restauration« oder – begrifflich weniger problematisch – dem einer »verhinderten Neuordnung« charakterisiert; als ursächlich für das Ausbleiben sozialen

Wandels gilt vor allem die Haltung der westlichen Besatzungsmächte. Allerdings bekannte sich die britische Besatzungsmacht im Zeichen der Labour-Regierung Attlee ausdrücklich zu sozialstrukturellen Veränderungen, doch ihrer Gesellschaftspolitik in der Britischen Zone hat Hüttenberger ein wenig planvolles, tastendes und unausgewogenes Vorgehen bis zum Sommer 1947, gefolgt von einer Anpassung an die Amerikaner, attestiert.

Diese Thesen basieren im wesentlichen auf Beurteilungen der Entwicklung im industriellen Bereich. Für den Agrarbereich fehlte es bisher an einer monographischen Darstellung der Bodenreformbestrebungen nach 1945, vor allem des Versuchs der Briten, den deutschen Großgrundbesitz zu beseitigen und so zur sozialen Absicherung der Demokratie in Deutschland beizutragen. Diese Lücke füllt nun die Dissertation Trittels. Sie darf infolgedessen bereits von ihrer Thematik her als ein wichtiger, unbedingt notwendiger Beitrag zur Erforschung der Nachkriegsgeschichte gelten, der es erleichtert, die allgemeinen Thesen zur sozialstrukturellen Entwicklung anhand eines nicht-industriellen Sektors zu überprüfen und zu differenzieren.

Der Einwand liegt nahe, es handle sich hier um ein Randproblem, da der Anteil des Großgrundbesitzes in der Britischen Zone relativ gering und die politische Rolle der Eigentümer fraglich war. Die Arbeit Trittels verdeutlicht jedoch, daß deutsche Bestrebungen weiter griffen und auf eine gestaffelte Landabgabe auch mittlerer Betriebe hinzielten; zudem war ein sehr viel höherer Prozentsatz der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt als heute, ja man erwartete noch dessen Anwachsen im Zeichen einer »Reagrarisierung« Deutschlands. Es überrascht daher nicht, daß die Bodenreform auch zu einem zentralen innerdeutschen Konfliktthema wurde.

Die Darstellung Trittels ist geprägt durch die von ihm ausgewerteten Quellen: Zonenbeiratsprotokolle, Akten des Zentralamtes für Ernährung der Britischen Zone, des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums, Materialien aus Parteiarchiven, Protokolle der Landtage u. a. Britisches Aktenmaterial stand, wie auch im Falle aller anderen Arbeiten über die Britische Zone, nicht zur Verfügung. Der interne britische Willensbildungsprozeß bleibt daher unvermeidlich im Dunkeln, die Besatzungsmacht gewissermaßen eine »black box«. Im übrigen führt eine starke Orientierung der Arbeit auf die erwähnten Quellen dazu, daß sie sich vor allem auf den politischen Entscheidungsprozeß in Sachen Bodenreform konzentriert und weniger Sozialgeschichte im engeren Sinne liefert; überkommene Agrarstrukturen, ältere Bodenreformdiskussionen, allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen der Nachkriegsjahre, Durchführung und Ergebnisse der Bodenreform – dies alles wird, wenn überhaupt, nur kurz gestreift.

In diesem Rahmen freilich zeichnet Trittel Schritt um Schritt, sorgfältig abgesichert und umsichtig die Geschichte der Bodenreformgesetzgebung nach, beginnend mit den Tendenzen alliierter Deutschlandpolitik bis zu den Konflikten um die Bodenreform in den drei Ländern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Deutlich wird, wie die Akteure Besatzungsmacht, Parteien, Verbände, Regierungen und Verwaltungsinstanzen Positionen bezogen und die Entscheidungsprozesse beeinflussten.

Dabei bestätigen sich manche Vorstellungen über die Parteien der ersten Nachkriegsjahre; besonders prägnant tritt die uneinheitliche und mittlere Position der CDU hervor, ebenso die mit den Briten auch in diesem Problembereich unkoordinierte, ja mit ihnen mehrfach kollidierende Politik der SPD. Bemerkenswert ist, daß von den politischen Parteien in einer Links-Rechts-Konfrontation zwar sehr unterschiedliche Umverteilungsforderungen erhoben wurden, im Unterschied zum industriellen Bereich aber das Prinzip des Privateigentums kaum in Frage gestellt wurde; das Propagieren neuer, kollektiver Eigentumsformen trat bei den Sozialdemokraten sehr rasch in den Hintergrund und blieb dann den Gewerkschaften allein überlassen, ohne für die praktische Entwicklung eine Rolle zu spielen. Trittels Darstellung macht darüber hinaus ein recht zögerndes britisches Vorgehen sichtbar, was

die These vom eher tastenden Verhalten der britischen Besatzungsmacht bis 1947 bestätigt; andererseits läßt sich aber nicht von einer Angleichung an die Haltung der Amerikaner in der Folgezeit sprechen.

Schließlich das Ergebnis der Reformbestrebungen: Gesetze zwar, die bis zur Enteignung von Nutzland über 100 ha gingen, deren Kautelen und Durchführung aber zur Folge hatten, daß nur einige zehntausend Hektar Land den Eigentümer wechselten. Es ist, wie Trittel resümierend feststellt, »zwar zu einer Bodenreformgesetzgebung, nicht aber zu einer Bodenreform gekommen«. Die Agrarstruktur wurde kaum verändert.

Hierfür macht Trittel vor allem die britische Besatzungsmacht, ihre »Unfähigkeit« und ihr »Desinteresse« verantwortlich. Für seine These, die die eingangs erwähnten Auffassungen stützen würde, spricht in der Tat vieles: die uneingeschränkte Entscheidungskompetenz der Briten, ihr allzu langsames Vorgehen, ihre Fixierung auf eine ausschließliche Enteignung von Großgrundbesitz, ihr Veto gegen einen rückdatierten Stichtag, etwa den 1. Januar 1945, wodurch man umfangreiche Scheinverkäufe an Verwandte annulliert hätte.

Allerdings schränkt dann Trittel, selbst offenbar voller Zweifel, jene These wieder ein, indem er – zu Recht – auf weitere erklärende Faktoren für dieses Ergebnis hinweist und deren Gewicht letztlich in der Schwebe läßt. Es sind dies vor allem drei Faktoren:

- Die drückende Ernährungskrise in der Britischen Zone, welche die Sicherung der Ernährung zum »obersten Gebot der Besatzungspolitik« werden ließ. Diese schwer bestreitbare Priorität erlaubte nur Bodenreformmaßnahmen, die – im Unterschied zu denen in der Sowjetischen Zone – keine auch nur vorübergehenden erheblichen Produktionsrückgänge, etwa durch allgemeine Beunruhigung der Landwirte, provozierten.
- Hinzu kam eine unglückselige Koppelung zweier Bodenreformansätze: der Forderung nach Beseitigung des Großgrundbesitzes einerseits und der nach breiter Ansiedlung, vor allem eingeströmter Flüchtlingsbauern, andererseits. Denn die siedlungspolitische Zielsetzung machte Landabgaben auch unter der 100-ha-Grenze erforderlich, und man kann annehmen, daß gerade dies den Widerstand der ländlichen Bevölkerung gegen eine Bodenreform in die Breite wachsen ließ.
- Schließlich stießen die Briten, die die Bodenreform nicht allein per Besatzungsbefehl oktroyieren wollten, auf recht massive Abneigungen gegen jede einschneidende Reform. Dies zeigte sich in den Landtagen, und Trittels Eindruck ist der einer nachdrücklich eigentumsorientierten Einstellung bei der Bevölkerungsmehrheit.

Insgesamt spricht die Entwicklung, wie sie sich in Trittels Buch darstellt, gegen die Annahme, die Deutschen – allein gelassen – hätten eine konsequentere Bodenreform zustande gebracht. Insofern ist die eingangs erwähnte These, die intervenierenden Besatzungsmächte hätten eine soziale Neuordnung blockiert, nicht auf den hier behandelten Bereich übertragbar. Andererseits erweist sich die Rolle der britischen Besatzungsmacht als Faktor sozialstruktureller Veränderung nicht gerade eindrucksvoll und sehr viel eingengter, als es ihre formale Omnipotenz nahelegen könnte – selbst in Sachen Bodenreform, wo offenbar kein amerikanischer Druck auf sie einwirkte. Angesichts der Quellenlage kann freilich auch die vorliegende Untersuchung hier nicht abschließende Erklärungen bieten.

Alles in allem: Die Untersuchung Trittels stellt einen konkreten, bei durchscheinender Sympathie für konsequentere Bodenreformen nüchtern und abwägend geschriebenen Beitrag zur Analyse der Nachkriegsperiode dar. Sie dürfte, wie die angeschnittenen Probleme zeigen, in der Diskussion nicht zu übergehen sein.

Wolfgang Rudzio

Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Seewald Verlag, Stuttgart 1974, 970 S., Ln., 78 DM.

Was Verlag, Bundeszentrale für politische Bildung und Herausgeber unter dem schlichten Wort »Bilanz« vorstellen, ist der großangelegte und alles in allem imponierend gelungene Versuch, einen 25jährigen politischen und gesellschaftlichen Prozeß in seinen wichtigsten Stationen und Ergebnissen rückschauend zu analysieren wie auch künftige Entwicklungslinien vorsichtig zu prognostizieren. Daß die Voraussagen für den Leser des Jahres 1976 zum Teil überholt und ihrerseits schon wieder zu Zeugnissen einer bestimmten historischen Real- und Bewußtseinskonstellation geworden sind, ist darauf zurückzuführen, daß die Krise des Weltwirtschaftssystems und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftlich-soziale Stabilität, das politische Kräftefeld und auf das politisch-gesellschaftliche Klima der Bundesrepublik noch außerhalb des Erfahrungshorizonts der Autoren lagen. Sechs Hauptteile mit 29 Abhandlungen – hinzu kommen *Löwenthals* Prolog und der Ausblick von *Schwarz* – thematisieren folgende Hauptgesichtspunkte, unter denen das System »Bundesrepublik« beschrieben, analysiert und bewertet wird: 1. die inneren und äußeren Bedingungsbeziehungen, die zur Formierung des westdeutschen Staates führten und seine anfängliche Entfaltung prägten; 2. den staatlich-institutionellen Rahmen; 3. die zentralen Phänomene gesellschaftlicher Dynamik; 4. Parteien und Großverbände; 5. die Verflechtung mit der Europa- und Weltpolitik; 6. die – vor allem in neuerer Zeit relevant gewordenen – Ansätze und Ausbildungen bewußter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gestaltung. Die Herausgeber mußten, wie sie im Vorwort schreiben, entgegen der ursprünglichen Planung auf Beiträge über Entnazifizierung und Wiedergutmachung, über die Rolle der Massenmedien in der politischen Willensbildung und über den Wandel in der Haltung der Bürger zum Selbstverständnis ihres Staates verzichten. Darüber hinaus liegen konzeptionelle Mängel insofern vor, als die Gewerkschaften nicht ihrer Bedeutung gemäß mit einem separaten Beitrag vertreten sind (*Ellweins* streifende Bemerkungen im Aufsatz über die großen Interessenverbände schaffen keinen zulänglichen Ersatz) und als die kulturelle Entwicklung jenseits und oberhalb des bildungspolitischen Sektors ausgeklammert bleibt. Sicherlich muß ein Buch, das Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen, Theoretiker und Praktiker zu Wort kommen läßt, für die Form der Abhandlungen eine gewisse Variationsbreite – vom assoziativen Essay bis zur systematischen, die Quellen genau nachweisenden Untersuchung – gewähren. Störend aber wirkt die inhaltliche Heterogenität der Beiträge zum Parteiwesen: Während *Susanne Millers* Studie zur SPD und *Heino Kaacks* Arbeit über die Liberalen historische Prozesse verdeutlichen, bleibt *Rudolf Wildenmanns* Untersuchung der CDU/CSU im wesentlichen auf Gegenwartsprobleme, d. h. auf 1972 und kurz davor, fixiert. Zudem sind manche der Feststellungen Wildenmanns, die sich aus diesem Bezug auf die spektakuläre Niederlage der Unionsparteien herleiten, bereits heute zumindest fragwürdig, wenn nicht hinfällig.

Bei der Auswahl sowohl der Herausgeber als auch der Autoren für die einzelnen Aufsätze wurde nicht zuletzt auf parteipolitische Balance geachtet. So sehr die Verfasser in der Einschätzung von Details variieren, so offenkundig sind aber auch das Fehlen grundsätzlicher Systemkritik und die Stützung auf den gemeinsamen Nenner der Affirmation, überwiegend auf einen verhaltenen Konservatismus. Dies ist nicht abwertend gemeint. Im Gegenteil: Eine derartige Disposition fördert das behutsame Infragestellen von Grundannahmen und Schlagwörtern, die die Systemüberwindungsmode jahrelang bis zum Überdruß strapaziert hat. Empfohlen sei insbesondere die Lektüre der Ausführungen, die *Löwenthal* und *Dieter Hilger* zum Begriff »Restauration« machen. *Löwenthal* hebt von den Restaurationsregimes, die er als »selbstsicher, autoritär und zunächst stabil, aber nicht wandlungsfähig« kennzeichnet, die »konservative Demokratie« ab, als die sich die Bundesrepublik zunächst prä-

sentierte (S. 10 f.). Sie sei etwas völlig Neues nicht nur gegenüber der NS-Diktatur, sondern auch im Vergleich zu Republik und Kaiserreich gewesen. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte hätten besitzende Oberschichten und Beamte die Demokratie akzeptiert, zum erstenmal habe sich »marktwirtschaftliche Initiative mit einer fast amerikanischen sozialen Mobilität« ohne die traditionellen Kastenschranken verbunden, zum erstenmal sei »eine im westlichen Sinne bürgerliche Lebensform« entstanden, »gleich entfernt vom hierarchischen Untertanengeist der Wilhelminischen Ära und von der formlosen Gärung der Weimarer Zeit«. Hilger prüft den Restaurationsvorwurf unter dem Aspekt der »Kontinuität der Modernisierung in den Diskontinuitäten der Zeitgeschichte« (S. 113 ff.). Er verweist auf die geradezu existenznotwendige »Schicht nichtkontroverser Fundamentalrestauration« in der wirtschaftlichen, auch in der politisch-sozialen Sphäre. Damit will Hilger wie übrigens auch Löwenthal nicht die Relikte der deutschen Staats- und Gesellschaftsgeschichte wegdisputieren, die den Neuansatz nach 1945/49 tatsächlich belasteten. Aber: »es soll [...] lediglich an jene Grenzen erinnert werden, in denen der wie immer heftig geführte Streit allein als sinnvoll erscheinen kann: sie liegen jenseits dessen, was hier als Fundamentalrestauration umschrieben worden ist. Unpolitischen Köpfen oder utopischen Philosophen mag etwas radikal anderes als erreichbar oder machbar erscheinen; hierin besteht der menschlich durchaus ansprechende Irrtum der Großen Weigerung«. Nicht zufällig ist das »Ganz Andere« eine Kategorie der dialektischen Theologie, eine Umschreibung für den Deus absconditus in seiner Unerreichbarkeit und Unfaßlichkeit« (S. 114).

Zu den gehaltvollsten und originellsten Beiträgen gehört *Friedrich H. Tenbrucks* Essay über »Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik«. Das Risiko, nicht die »geronnenen Strukturen«, sondern »die seismographischen Anzeiger, an denen sich ablesen läßt, ob die Antriebe und Bedürfnisse der Menschen sich in gegebenen Institutionen abtätigen und akkommodieren lassen, oder ob und wo sie über die Institutionen hinausdrängen, sich ihnen jedenfalls versagen« (S. 289), in den Blick zu nehmen, wird hier mit äußerster Sensibilität für die Wandlungen des Zeitgefühls und für die facettenreichen Artikulationen privater Wünsche, Freuden, Ängste und Hoffnungen samt den jeweils schwer faßbaren Rückwirkungen auf den öffentlich-politischen Bereich und mit erlesener Sprachkunst bewältigt. Alltagsnormen und Lebensgefühle bilden eine Wirklichkeitsschicht, an der der Historiker oft vorbeisieht, die er vielleicht auch bewußt, in der Ahnung immenser Methoden- und Quellenprobleme, negiert, die er aber kennen muß, um illusionäre Fehleinschätzungen rational organisierter Struktur und politischer Aktion zu vermeiden.

Kurt Klotzbach

Erhard H. M. Lange, Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945 - 1956 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 26), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, XVIII, 883 S., brosch., 145 DM.

Die Diskussion über Wahlrecht, Wahlsysteme und Wahlverfahren ist seit der Bildung der ersten Regierung zwischen Sozial- und Freidemokraten im Jahre 1969 verstummt. Die Aktualität zur Zeit der Großen Koalition (1966-1969) beruhte auf der Überlegung, durch ein Mehrheitswahlrecht die großen Parteien CDU/CSU und SPD zu trennen und eine von beiden nach einer mit dem neuen Verfahren durchgeführten Wahl mit einer Mehrheit auszustatten, die ein alleiniges Regieren erlaubte. Die Diskussion über das Mehrheitswahlrecht war demnach von den Wünschen nach einem Zweiparteiensystem und der Hoffnung auf eine stabile Regierung geleitet, der - auf dem Hintergrund der Koalitionssituation von 1966 bis 1969 - eine starke Opposition gegenüberstehen sollte.

sentierte (S. 10 f.). Sie sei etwas völlig Neues nicht nur gegenüber der NS-Diktatur, sondern auch im Vergleich zu Republik und Kaiserreich gewesen. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte hätten besitzende Oberschichten und Beamte die Demokratie akzeptiert, zum erstenmal habe sich »marktwirtschaftliche Initiative mit einer fast amerikanischen sozialen Mobilität« ohne die traditionellen Kastenschranken verbunden, zum erstenmal sei »eine im westlichen Sinne bürgerliche Lebensform« entstanden, »gleich entfernt vom hierarchischen Untertanengeist der Wilhelminischen Ära und von der formlosen Gärung der Weimarer Zeit«. Hilger prüft den Restaurationsvorwurf unter dem Aspekt der »Kontinuität der Modernisierung in den Diskontinuitäten der Zeitgeschichte« (S. 113 ff.). Er verweist auf die geradezu existenznotwendige »Schicht nichtkontroverser Fundamentalrestauration« in der wirtschaftlichen, auch in der politisch-sozialen Sphäre. Damit will Hilger wie übrigens auch Löwenthal nicht die Relikte der deutschen Staats- und Gesellschaftsgeschichte wegdisputieren, die den Neuansatz nach 1945/49 tatsächlich belasteten. Aber: »es soll [. . .] lediglich an jene Grenzen erinnert werden, in denen der wie immer heftig geführte Streit allein als sinnvoll erscheinen kann: sie liegen jenseits dessen, was hier als Fundamentalrestauration umschrieben worden ist. Unpolitischen Köpfen oder utopischen Philosophen mag etwas radikal anderes als erreichbar oder machbar erscheinen; hierin besteht der menschlich durchaus ansprechende Irrtum der Großen Weigerung«. Nicht zufällig ist das »Ganz Andere« eine Kategorie der dialektischen Theologie, eine Umschreibung für den Deus absconditus in seiner Unerreichbarkeit und Unfaßlichkeit« (S. 114).

Zu den gehaltvollsten und originellsten Beiträgen gehört *Friedrich H. Tenbrucks* Essay über »Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik«. Das Risiko, nicht die »geronnenen Strukturen«, sondern »die seismographischen Anzeiger, an denen sich ablesen läßt, ob die Antriebe und Bedürfnisse der Menschen sich in gegebenen Institutionen abtätigen und akkommodieren lassen, oder ob und wo sie über die Institutionen hinausdrängen, sich ihnen jedenfalls versagen« (S. 289), in den Blick zu nehmen, wird hier mit äußerster Sensibilität für die Wandlungen des Zeitgefühls und für die facettenreichen Artikulationen privater Wünsche, Freuden, Ängste und Hoffnungen samt den jeweils schwer faßbaren Rückwirkungen auf den öffentlich-politischen Bereich und mit erlesener Sprachkunst bewältigt. Alltagsnormen und Lebensgefühle bilden eine Wirklichkeitsschicht, an der der Historiker oft vorbeisieht, die er vielleicht auch bewußt, in der Ahnung immenser Methoden- und Quellenprobleme, negiert, die er aber kennen muß, um illusionäre Fehleinschätzungen rational organisierter Struktur und politischer Aktion zu vermeiden.

Kurt Klotzbach

Erhard H. M. Lange, Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945 - 1956 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 26), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, XVIII, 883 S., brosch., 145 DM.

Die Diskussion über Wahlrecht, Wahlsysteme und Wahlverfahren ist seit der Bildung der ersten Regierung zwischen Sozial- und Freidemokraten im Jahre 1969 verstummt. Die Aktualität zur Zeit der Großen Koalition (1966-1969) beruhte auf der Überlegung, durch ein Mehrheitswahlrecht die großen Parteien CDU/CSU und SPD zu trennen und eine von beiden nach einer mit dem neuen Verfahren durchgeführten Wahl mit einer Mehrheit auszustatten, die ein alleiniges Regieren erlaubte. Die Diskussion über das Mehrheitswahlrecht war demnach von den Wünschen nach einem Zweiparteiensystem und der Hoffnung auf eine stabile Regierung geleitet, der - auf dem Hintergrund der Koalitionssituation von 1966 bis 1969 - eine starke Opposition gegenüberstehen sollte.

Die politischen Unruhen in der Zeit der Großen Koalition erweckten zudem den Eindruck, daß die bisherigen Parteien nicht mehr alle Interessen der Bevölkerung auffangen könnten; es entstanden neue Parteien wie die DKP; die Liberalen rutschten in der Wählergunst ab und steuerten bedenklich der Fünfprozentklausel zu. In diesem Zusammenhang wurde in der CDU/CSU die Idee der Einführung des Mehrheitswahlrechtes mit der Intention der Bereinigung der Parteienlandschaft verbunden, d. h. die Wahlrechtspläne richteten sich gegen die FDP. Die CDU/CSU hoffte Erbin eines Teiles der heimatlosen liberalen Wählerschaft werden zu können – eine Funktion, die die Christdemokraten in den fünfziger und sechziger Jahren für Reste der DP-, BHE- und Zentrumsanhängerschaft übernommen hatten. Die SPD – der Juniorpartner in der Großen Koalition – behandelte die Wahlrechtspläne ab 1967/68 deshalb dilatorisch, weil sie die Liberalen als mögliche Koalitionspartner ab 1969 benötigte; bei einem Mehrheitswahlrecht wäre die FDP nicht mehr in den Bundestag zurückgekehrt.

Die Partner CDU/CSU und SPD konnten sich nicht auf ein Mehrheitswahlrecht verständigen – Innenminister Lücke (CDU) trat deshalb im Jahre 1968 zurück; wie erwähnt, unterblieb die große Wahlrechtsreform erst recht unter der sozialliberalen Koalition ab 1969. An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Ausgestaltung des Wahlrechts von den Parteien hauptsächlich unter den Gesichtspunkten des Machterwerbs und des Machterhalts gesehen wird.

Das zur Zeit gültige Wahlrecht, nach welchem im Herbst 1976 der achte deutsche Bundestag gewählt wird, geht in seinen Grundzügen und in seiner Ausgestaltung auf die Wahlrechtsänderung im Jahre 1956 zurück. Erhard H. M. Lange untersucht auf der Basis seiner Dissertation, die er bei Wolfgang Abendroth anfertigte, in seiner umfangreichen Studie die Entstehungsgeschichte der Wahlgesetzgebung in den westlichen Besatzungszonen und in der BRD bis 1956. Der Einschnitt ergibt sich aus dem vorher Gesagten.

Im Zentrum der Erörterungen stehen die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, die zu den Bundestagswahlgesetzen für die Wahlen 1949, 1953 und 1957 führten; das Wahlrecht erweist sich als ein zentrales Problem der Demokratie, weil das Wahlrechtssystem in einer engen Verbindung zur Innenpolitik steht.

Lange geht in seiner Studie von einem ›synthetischen Ansatz‹ (S. 7) aus, wobei der Begriff Synthese sich auf das Ineinandergreifen von politikwissenschaftlichen und geschichtswissenschaftlichen Fragestellungen (S. 8) bezieht. Die Analyse wird als Fallstudie (S. 9) verstanden, in der querschnitthaft die systematischen Aspekte aufgezeigt werden. Konkret fragt der Autor in diesem politikwissenschaftlichen Bereich nach den Akteuren, die die Gesetzgebung beeinflussen haben und die in Kooperation mit den Interessenvertretern ihre Vorstellungen (S. 9) artikulierten. Die Frage nach den Akteuren ist gekoppelt mit der Erforschung der Motive, die den Aktivitäten in der Wahlgesetzgebung zugrunde liegen, für Lange der wichtigste Punkt der Studie (S. 9). Die politikwissenschaftliche wird durch die geschichtswissenschaftliche Ebene in der Weise ergänzt, daß der Autor in Längsschnitten historische Entwicklungslinien aufzeigt. Beispiele dafür sind die Vorstellungen zum Wahlrecht, die die SPD (S. 224–234), die Vorläufer der CDU (S. 152–169) und die der Liberalen (S. 260–284) in der Weimarer Republik hatten. Diese Ergänzungen ziehen die Darstellung in die Länge, vermitteln jedoch gleichzeitig notwendige Hilfen für das Verständnis der Wahlrechtsdiskussion nach 1945. Immer wieder tauchte die Meinung auf, daß die Weimarer Republik durch das Verhältniswahlrecht mit der Folge der Parteienzersplitterung zugrunde gegangen sei.

Die erkenntnisleitenden Interessen des Autors erstrecken sich neben den Motiven der Akteure in den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen der Wahlrechtsgestaltung auf die Kompetenz der zuständigen Instanzen, Parteien und Gruppierungen, für die Wahlrecht ein Machtfaktor ist, und auf die Bedeutung des Wahlsystems für das Parteiensystem (S. 11).

Unter verfassungspolitischen und verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten liegt die Bedeutung der Studie in dem Ansatz, daß der Autor die Wahl als eine der entscheidenden Modalitäten ansieht, nach denen sich die Legitimation des Parlaments ausrichtet. Die Legitimationsfrage weist über die Ausfaltung des Wahlrechts in Verhältnis- und Mehrheitswahlverfahren auf grundsätzliche Probleme der Begründung des demokratischen Systems und seiner Organe hin. Die Studie von Lange stützt sich auf eine sorgfältig erarbeitete breite Materialbasis, die sich aus den einschlägigen Parteimaterialien, Archivalien und zahlreichen Veröffentlichungen über diese Fragen zusammensetzt.

Die Darstellung ist nach dem chronologischen Ablauf der Gesetzgebung in vier Teile gegliedert, dem sich ein weiterer anschließt, der die Ergebnisse der einzelnen Teile noch einmal zusammenfaßt, ohne jedoch neue Erkenntnisse hinzuzufügen.

Der erste Teil befaßt sich mit den – schon erwähnten – Vorstellungen der Parteien über Wahlrecht und weiterhin ausgiebig mit den Maßnahmen der Besatzungsmächte auf diesem Gebiet, die mehr oder weniger direkt die ersten Wahlgesetze in ihren Zonen erließen. Gemeinsame Tendenzen lassen sich bei Amerikanern, Franzosen und Briten feststellen, die im Kern das Verhältniswahlrecht einführten, dem ein Vielparteiensystem entsprach (S. 28). Die CDU (S. 51) prüfte die Frage des Wahlrechts unter dem Gesichtspunkt der Brauchbarkeit; da zunächst nur Kommunal- und ab 1946/47 Landtagswahlen stattfanden, wurde die Frage pragmatisch, nach regionalen Gesichtspunkten beantwortet (S. 189), so daß in der CDU neben Vertretern des Verhältniswahlrechts solche des Mehrheitswahlrechts standen. In der SPD setzte die Diskussion über das Wahlrecht später als in der CDU ein; die Sozialdemokraten prüften diese Frage unter dem Gesichtspunkt des Ausbaus konkreter Herrschaftspositionen (S. 236) und entschieden sich – etwa ab 1948 – für ein modifiziertes Verhältniswahlrecht (S. 252); die Liberalen votierten in diesem Problem gleich (S. 291).

Im zweiten Teil der Studie wird die Diskussion über das Wahlgesetz im Parlamentarischen Rat nachgezeichnet. Die Besatzungsmächte hatten dieses Organ dazu nicht beauftragt, das sich seinerseits dennoch dieser Materie annahm; es wurde ein Entwurf erarbeitet, der nach längeren Auseinandersetzungen mit den Besatzungsmächten stark verändert angenommen wurde und die gesetzliche Grundlage zur Wahl am 14. August 1949 für den ersten deutschen Bundestag darstellte. Eindeutig läßt sich nachweisen, daß der grundsätzliche Teil dieses Gesetzes von deutschen politischen Kräften (S. 401) und nicht von den Besatzungsmächten gestaltet wurde.

Der dritte Teil konzentriert sich auf die Wahlgesetzgebung im Jahre 1953. Die erste Legislaturperiode war u.a. durch eine Vielzahl von Parteineugründungen gekennzeichnet, die alle nach der Aufhebung des Lizenzzwanges für die Zulassung der Parteien durch die Alliierten entstanden waren. Schon in der ersten Wahl hatten 7 Parteien mit mehr als 4 % in den Bundestag einziehen können. Unter dem Gesichtspunkt einer stabilen Regierungsbildung einigten sich nach langen und zähen Verhandlungen alle Parteien auf ein neues Wahlrecht, in das eine Sperrklausel eingebaut wurde; sie hatte das Ziel, kleinere Parteien auszuschalten; zum Überleben waren sie deshalb auf Wahlabsprachen angewiesen.

Der vierte Teil widmet sich dem Wahlgesetz, das im Jahre 1956 verabschiedet wurde. Dieses Gesetz löste eine Koalitionskrise zwischen der CDU/CSU und der FDP aus, die zum Austritt der Liberalen aus der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und damit zum Sturz der Regierung Arnold führte; die FDP trat ebenfalls aus der Koalition auf Bundesebene aus, wobei die FDP-Minister und ein Teil der Fraktion sich von ihrer Partei abspalteten und als Freie Volkspartei (FVP) die Koalition aufrechterhielten. Der Anlaß der Spaltung war ein Entwurf gewesen, der zum Schaden der kleinen Parteien einschließlich der FDP hätte ausgehen müssen, wenn er Gesetzeskraft erlangt hätte. Das verabschiedete Gesetz etablierte dann das personalisierte Verhältniswahlrecht, das bis heute noch gilt. Es löste für die Wahl 1957 – im Gegensatz zu 1953 – eine Welle von Fusionsabsprachen aus (S. 752);

nur die Deutsche Partei (DP) fusionierte dann endgültig mit der FVP; der neuen DP gelang – durch Wahlabsprachen mit der CDU – der Sprung in den vierten Bundestag; sie war jedoch schon so geschwächt, daß sie kaum aus eigener Kraft weiterexistieren konnte und 1961 nicht mehr kandidierte.

Lange faßt die Absichten der Parteien hinsichtlich der Wahlgesetzgebung in der Feststellung zusammen, daß diese die Kalkulation eines günstigen Abschneidens als den wichtigsten Maßstab für die Akzeptierung des einen oder anderen Verfahrens gelten lassen (S. 771). Nach außen werden aber demokratiethoretische Argumente wie Regierungsstabilität, Wählerwille und Stärkung plebiszitärer Momente betont.

Die Darstellung ist insgesamt sehr aufschlußreich: vom Material her ergiebig, von der Fragestellung her so breit angelegt, daß der systembezogene Kontext die Bedeutung des Wahlrechts für die demokratische Entwicklung deutlich hervortreten läßt. Diesen positiven Aspekten stehen einige negative gegenüber: Wenn die Arbeit von der Materie her auch an einen Kreis von Spezialisten adressiert ist, so erscheint die Länge des Manuskripts doch nicht vertretbar zu sein; das hängt mit der breiten Deskription zusammen, die wegen der zu weiten systematischen Fragestellungen nicht gestrafft wird. Besonders wichtig erscheint die Verbindung geschichtswissenschaftlicher und politikwissenschaftlicher Ansätze in dieser Arbeit – ein Versuch, der in den sechziger Jahren noch gewagt wurde, zur Zeit jedoch nur noch selten.

Kurt Th. Schmitz